

Alma Mater Studiorum – Università di Bologna

DOTTORATO DI RICERCA IN

STORIA DELL'ETA' CONTEMPORANEA NEI SECOLI XIX E XX "FEDERICO CHABOD"

Ciclo XXV

**Die praktische Komponente deutscher
Verständigungspolitik:
Leopold von Hoesch in Paris**

Presentata da: Paul Köppen

Coordinatore Dottorato

Prof. Stefano Cavazza

Relatore

Prof. Manfred Görtemaker

Esame finale anno 2013

INHALT

EINLEITUNG.....	2
1. DAS VERMÄCHTNIS DER ERBFEINDSCHAFT: DIE RUHRBESETZUNG 1923	5
1.1. Gegenseitige Wahrnehmungen und die Traditionslinien der Erbfeindschaft: Zur Ausgangslage der deutsch-französischen Beziehungen	18
1.2. Unüberwindbare Traumata? Die Unfähigkeit zum Friedensschluss zwischen Deutschen und Franzosen nach dem Ersten Weltkrieg	67
1.3. ‚Wir leben nicht im Frieden, sondern in einer eigentümlichen Form des Krieges vor dem Kriege‘: Das Scheitern der Politik und die Funktionskrise der Diplomatie.....	115
2. DIE ÜBERWINDUNG DER SPRACHLOSIGKEIT: LOCARNO-DIPLOMATIE 1923–1925	168
2.1. Locarno – Eine Konferenz ohne Vorgeschichte?	169
2.2. ‚Eine Lösung des Problems kann nicht mehr in einer Abschüttelung des Gegners, sondern nur in einer innigen Verflechtung der beiderseitigen Interessen gesucht werden‘ – Leopold von Hoesch und die Refunktionalisierung der Diplomatie	186
2.3. ‚Ein vorbeifahrendes Schiff, in das alle einsteigen müssen, wenn nicht jede Hoffnung auf Weiterkommen verloren sein soll‘ – Praktische Verständigungspolitik und internationale Entspannung auf dem Weg nach Locarno	238
3. VERSTÄNDIGUNGSPOLITIK – ‚EIN VERSPRECHEN FÜR DIE ZUKUNFT‘?.....	269
ABKÜRZUNGEN	282
LITERATUR	284

Es dürfte nicht unbedingt die Regel sein, dass jemand, der ein historisches Forschungsprojekt – zu welchem Thema auch immer – durchführt, dabei quasi gleich zwei Mal von der Tagesaktualität eingeholt wird. Als im Oktober 2010 die Historikerstudie zur Verstrickung des Auswärtigen Amtes in die Verbrechen des NS-Regimes erschien,¹ brach kurz darauf eine zum Teil wüste Debatte über die Rolle der Diplomaten vor, in und nach dem Dritten Reich aus, die ihren Anstoß vor allem daran nahm, dass einer der verantwortlichen Historiker in einem Zeitungsinterview das Auswärtige Amt eine ‚verbrecherische Organisation‘ nannte;² was nicht nur eine plakative Phrase ist wohlgemerkt, sondern ein den Nürnberger Prozessen entlehnter juristischer Begriff, den man dort etwa auf die Gestapo und die SS angewendet hatte. Letztlich bedeutet er nichts anderes, als dass schon die reine Mitgliedschaft in einer entsprechenden Institution strafbar ist. Für die Beamten des Auswärtigen Amtes, die sich aufgrund einer ‚weitreichenden Teilidentität ihrer Ziele‘ mit dem Nationalsozialismus dessen Großmachtphantasien angeschlossen und auch aktiv an Hitlers Unrechtsregime mitgewirkt hätten, erschien das jetzt endlich der ‚passende Nachruf‘ (Joschka Fischer) zu sein. In den Medien war gar die Rede von den ‚Diplomaten des Holocaust‘.³

Inwieweit auch Leopold von Hoesch von solchen Vorwürfen betroffen ist, ist schwer zu sagen. Vermutlich verstarb er zu früh (* 10. Juni 1881 – † 10. April 1936), als dass man ihm einen konkreten Vorwurf der Mittäterschaft machen kann; und doch fällt die Historikerstudie auch auf ihn zurück. Die generelle personelle Kontinuität des Jahres 1933 wirft natürlich zwangsläufig Fragen auf dazu, ob diese besagten Zielvorstellungen nicht auch schon vor 1933 bestanden haben müssen, sprich: ob der diplomatische Apparat der Weimarer Zeit, der bislang ja eigentlich weitestgehend jener ‚republikanischen Außenpolitik‘ (Peter Krüger) der sogenannten ‚Ära Stresemann‘ zugerechnet wurde, in Wirklichkeit bestimmt gewesen ist von Demokratiefeindlichkeit, Antisemitismus und der zumindest latenter Bereitschaft zu Gewaltverbrechen. Und was bedeutet das für die sogenannte ‚Verständigungspolitik‘? War sie am Ende doch nur ein Tarnmittel zur Verschleierung tieferliegender Ziele? Gab es sie überhaupt? Und gab es die deutsch-französische Annäherung in den 20er Jahren überhaupt? Eine Antwort darauf scheint zunächst leicht: Ja, es gab sie; und nein, sie war nicht in Einklang zu bringen mit jenen späteren Entwicklungen nach 1933. Dass die Diplomaten in erdrückender Mehrzahl trotzdem im Amt blieben, ist aus heutiger Sicht tatsächlich nur schwer begreiflich. Wer beispielsweise Hoeschs Lebenslauf verfolgt, seine

¹ Eckart Conze u.a., *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*, München 2010.

² Jan Friedman und Klaus Wiegrefe, *Verbrecherische Organisation*, *Der Spiegel* vom 25. Oktober 2010.

³ Alexander Camann, *Die Diplomaten des Holocaust*, *DIE ZEIT* vom 28. Oktober 2010.

politischen Überzeugungen, seine konkreten diplomatischen Aktionen, der findet eigentlich keine schlüssige Erklärung dafür, warum ein Mann, den die Nazis übrigens für einen Verräter hielten,⁴ im Frühjahr 1934 tatsächlich von einem ‚neuen Deutschland‘ schwärmte, das „under the guidance of an enthusiastic, unselfish, and inspired leader“ jetzt zwei Ziele verfolge: „reconstruction at home – peace with honour abroad“.⁵ Denkbar, dass er das wirklich geglaubt hat, und dennoch irgendwie unverständlich. Vielleicht kann das irgendwann eine Biographie auflösen

Das zweite aktuelle Thema, das mit ihm in Verbindung gebracht werden kann, zeigt jedenfalls einen ganz anderen Leopold von Hoesch: Es gab wohl im gesamten 20. Jahrhundert nur wenige Menschen, die im aktiven Sinne so viel getan haben für eine deutsch-französische Verständigung wie er. Unter welchen Problemen ein solches Bemühen stehen kann, sieht man wohl heute wieder besonders gut. Die internationale Schuldenkrise und die mit ihr verbundenen europapolitischen Differenzen der jüngeren Vergangenheit haben zwischen Deutschland und Frankreich – im Jubiläumsjahr des Elysee-Vertrages wohl gemerkt – zu ganz erstaunlichen Verstimmungen geführt, wie sie der Historiker vom Hörensagen vermutlich einer anderen Zeitspanne zuordnen würde. Wenn es selbst heute noch nützlich sein kann, im eigenen Wahlkampf den anderen zum Thema zu machen, und zwar als Negativfolie, dann stellt sich schon die Frage, was das eigentlich sein kann: die deutsch-französische Verständigung? Hoesch vertrat hier einen rationalen Standpunkt, mit dem er möglicherweise sogar der heutigen Zeit voraus gewesen sein könnte. Unabhängig davon, dass natürlich die Probleme der 20er Jahre mit denen der Gegenwart nur schwerlich zu vergleichen sind, scheint doch für beide Epochen eine Definition zu zählen: Das, was damals unter dem Begriff ‚Verständigung‘, heute als deutsch-französische Freundschaft oder – quasi als ihr Mantel – als europäischer Einigungsprozess firmiert, war zu keinem Zeitpunkt, und muss es auch heute nicht sein, eine wirkliche Gesinnungstat oder ein echtes Glaubensbekenntnis. Es ist und bleibt eine Frage von Vernunft, eine Entscheidung aus Rationalität, für die zwei Weltkriege eben nicht in dem Sinne Grundvoraussetzung gewesen sind, als dass es zumindest einige Akteure gab, die eine entsprechende Fähigkeit zur Einsicht bereits im frühen 20. Jahrhundert artikulieren konnten, ohne dafür über die Millionengräber des Kontinents blicken zu müssen. Dass sie sich nicht auf Dauer behaupten sollten gegen andere, konfliktbereite Stimmen, lässt sich weniger auf die Schwäche ihrer Argumente zurückführen als auf die breite gesellschaftliche Tragfähigkeit entsprechender Gegenthesen. Die ‚deutsch-französische Erbfeindschaft‘ ist der Gegenentwurf, mit dem wir uns zunächst beschäftigen werden, um dann der schon erwähnten Frage nachzugehen: Was ist eigentlich deutsch-französische Verständigung? Wie sieht eine

⁴ Siehe: Das Politische Tagebuch Alfred Rosenbergs 1934/35 und 1939/49, hrsg. von Hans-Günther Seraphim, München 1964, S. 102.

⁵ Rede Hoeschs vor dem Deutschen Club in Oxford am 07.03.1934 in NL Hoesch 18/11.

Verständigungspolitik aus? Gegen wen und was muss sie sich richten? Was beinhaltet sie? Und wie setzt man sie durch, wenn alle Welt etwas anderes will?

Zwei bisherige Studien setzen dabei gewissermaßen den Rahmen dieser Arbeit. Jacques Bariéty's großes Buch zu *Les relations franco-allemandes après la première guerre mondiale* mit dem bezeichnenden Untertitel *d'exécution à la négociation* hat bereits vor 35 Jahren aus einer ähnlichen Perspektive gefragt, wie man eigentlich von einem Extrem in der politischen Haltung zum anderen gelangt,⁶ sich dabei aber wesentlich auf die französische Seite konzentriert, aus deutscher Sicht müsste der Untertitel hier ja eher lauten: *de la résistance à la interdépendance*. Jon Jacobson's Buch *Locarno Diplomacy Germany and the West, 1925–1929* findet sich sogar im Titel wieder der vorliegenden Arbeit, wobei die zeitliche Rahmensetzung Jacobson's wohl weiterhin rätselhaft bleiben muss.⁷ Braucht man Diplomatie eher vor oder eher nach einer wichtigen Konferenz?

⁶ Jacques Bariéty, *Les relations franco-allemandes après la première guerre mondiale*. 10. Nov. 1918 – 10. Jan. 1925 de l'exécution à la négociation, Paris 1977 (Publications de la Sorbonne: Sér. Internationale; 8) [Diss. 1975].

⁷ Jon Jacobson, *Locarno Diplomacy and the West 1925–1929*, Princeton 1972.

1. DAS VERMÄCHTNIS DER ERBFEINDSCHAFT: DIE RUHRBESETZUNG 1923

Als seit dem 11. Januar 1923 französische und belgische Truppen in die wichtigen Industriegebiete entlang der Ruhr einmarschierten, hätte der deutsche Aufschrei kaum drastischer ausfallen können. Die unmittelbaren Reaktionen der Öffentlichkeit schwankten zwischen Entrüstung und Wut, mancherorts offenbarten sie sogar Züge unverhohlenen Hasses. Es meldeten sich jetzt keineswegs nur diejenigen zu Wort, die schon seit jeher vor französischen Hegemoniebestrebungen gewarnt hatten und sich einmal mehr in ihrer generellen Frankophobie bestätigt sahen; auch vormals besonnenere Stimmen verfielen nun zunehmend den traditionellen Denk- und Sprechmustern der vielbeschworenen ‚deutsch-französischen Erbfeindschaft‘. Paris, so hieß es, würde einmal mehr danach trachten, Deutschland zu unterjochen, um künftig den europäischen Kurs ganz allein und nach eigenem Wunsch bestimmen zu können. Richard Lewinsohn, Wirtschaftsjournalist der Berliner *Weltbühne*, fasste bereits wenige Tage nach dem Beginn der Militäraktion die generelle Stimmung rechts des Rheins dementsprechend zusammen und gab die allgemeine Empörung breiter Bevölkerungsteile in durchaus schroffer Rhetorik wieder: Die öffentliche Meinung in Deutschland müsse quasi notgedrungen zu der Auffassung kommen, dass die Franzosen das Ruhrgebiet besetzt hätten, „um uns zu vergewaltigen, um unsere Zukunft zu zerstören“. Dass „fremde Soldaten, feldmarschmäßig, mit Artillerie und allen Mitteln des modernen Krieges ins Land“ gefallen seien, „ist und bleibt eine Ungeheuerlichkeit“.¹

Die Verlegung von mehreren 10.000 französischen und belgischen Soldaten unmittelbar in das für die deutsche Wirtschaft so essenzielle Ruhrgebiet hatte symbolisch natürlich, dies zeigt sich bereits hier, eine kaum zu überschätzende Wirkung – um nicht zu sagen: eine regelrechte Sprengkraft. Die so in Gang gesetzte Welle nationaler Entrüstung musste die Ereignisse der folgenden Tage und Wochen bereits vorzeichnen: In Deutschland zählte für den Moment allein der besondere „kriegerische Gestus“² des französisch-belgischen Einmarsches. Unabhängig von völkerrechtlichen Fragen nach Recht oder Unrecht verstand man den Verstoß gegen die eigene staatliche Souveränität von Anfang an als gewaltsame Militäroperation, die sofort jene typischen Bilder von Nation, Feindschaft und Krieg ins öffentliche Bewusstsein rief, die bereits seit dem frühen 19. Jahrhunderts vor allem das deutsch-französische Verhältnis entscheidend mitgeprägt hatten. Insofern war es für weite Teile der deutschen Bevölkerung auch nicht von sonderlichem Interesse, dass Franzosen und Belgier dem deutschen Außenminister Frederic von Rosenberg am Nachmittag des 10. Januar ganz formal hatten mitteilen lassen, dass wegen der von der Pariser

¹ Morus [d.i. Richard Lewinsohn], Der Kohlenkrieg, *Die Weltbühne* vom 18.01.1923, S. 61.

² Gerd Krumeich, Der „Ruhrkampf“ als Krieg: Überlegungen zu einem verdrängten deutsch-französischen Konflikt, In: Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923, hrsg. von Gerd Krumeich und Joachim Schröder, Essen 2004 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens; 69), S. 9–24, hier S. 12.

Reparationskonferenz festgestellten absichtlichen Verfehlung Deutschlands bei den Holz- und Kohlelieferungen von nun an einige „Kontrollkommissionen von Ingenieuren, begleitet von den nötigen Truppen, ins Ruhrgebiet“³ gesendet würden, um die fälligen Reparationszahlungen zu gewährleisten. Ausdrücklich hatte die Regierung in Paris mit ihrer Note noch darauf hingewiesen,

„daß sie gegenwärtig nicht daran denkt, zu einer militärischen Operation oder zu einer Besetzung politischer Art zu schreiten. Sie entsendet einfach ins Ruhrgebiet eine Mission von Ingenieuren und Beamten [...] [und] nur die zum Schutze der Mission [...] erforderlichen Truppen.“⁴

In der aufgeheizten, mitunter geradezu chauvinistischen Gefühlslage, in der sich die deutsche Öffentlichkeit unmittelbar nach der Besetzung befand, machte man sich freilich schnell ein eigenes und ganz anderes Bild von den Hintergründen beziehungsweise Absichten der Regierungen in Paris und Brüssel. Die allermeisten deutschen Beobachter waren nicht bereit, wie auch immer geartete Rechtfertigungen oder Argumentationen von alliierter Seite überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, geschweige denn ernsthaft über eigene Vertragsversäumnisse zu diskutieren. Vielmehr schien sich aus ihrer Perspektive zu bestätigen, dass Frankreich in alter Tradition mit und seit den Versailler Bestimmungen „Gewalt vor Recht gehen“ lassen wollte, um – wie es im *Reichswart*, einer deutschnationalen Wochenzeitschrift, hieß – „Deutschland zum willenlosen Objekt der Auslaugung und Vergewaltigung machen“ zu können. Der Einfall von fremden Truppen in deutsches Hoheitsgebiet ergab sich nach dieser Sichtweise vielmehr aus einer gewissen Folgerichtigkeit, die man bereits in dem allseits verschmähten ‚Diktat von Versailles‘ zementiert glaubte, das „keineswegs den Völkern den ersehnten Frieden“ gebracht habe, „sondern den Krieg in anderer Form fortsetzen“⁵ musste. Solche und ähnliche Urteile verdeutlichen sicherlich die besondere emotionale aufgeladene Situation der damaligen Situation.

Sogar noch düsterer fielen gleichwohl die Worte Gerhart Hauptmanns aus, dessen bejubelter 60. Geburtstag ein viertel Jahr zuvor zum wiederholten Male die besondere öffentliche Geltung des Literatur-Nobelpreisträgers für die junge Weimarer Republik verdeutlicht hatte. Die entsprechenden Feierlichkeiten betonten damals allenthalben, wie sehr „das geistige Deutschland [...] in ihm einen zweiten Goethe“⁶ erblicken wollte, eine repräsentative Stimme Weimars also. Der Schriftsteller glaubte nun 1923 nicht nur „die Idee Europa mit Füßen zertrampelt“, sondern wählte den gesamten Kontinent durch die französisch-belgische Maßnahme in großer Gefahr:

„Irgendein furchtbares Schlachtschiff ist unter das Kommando eines wildgewordenen Staatsanwalts geraten, der, mit der ihm zur zweiten Natur gewordenen Idee von Schuld und Sühne behaftet, sich als Ankläger und als Richter fühlt und betrügt. Dieser dämoni-

³ Runderlass RAM Rosenberg vom 10.01.1923 in ADAP A VII, Nr. 16.

⁴ Note der französischen Regierung vom 10.01.1923 in UF V, Dok. 998a.

⁵ Anonymous [vmtl. Ernst Graf zu Reventlow], Der Aufruf an die Ruhrbevölkerung, *Der Reichswart* vom 13.01.1923.

⁶ Hagen Schulze, Weimar. Deutschland 1917–1933, Berlin 1982 (Die Deutschen und ihre Nation; 4), S. 123.

sche Narr wird, ohne mit der Wimper zu zucken, heroisch untergehen, wenn er in seinem Wahnwitz die gesamte europäische Reederei und zuletzt sein eignes Schiff zum Sinken gebracht haben wird.“⁷

Im französischen Ministerpräsidenten und Außenminister Raymond Poincaré, dem diese Worte galten, erblickte Hauptmann die kommende „Verheerung Europas“. Jener, so die geradezu apokalyptische Prophezeiung des Dichters, stünde „wie ein blutrünstig drohendes Himmelszeichen Tag und Nacht über Europa.“ Vor dem konkreten Hintergrund der französisch-belgischen Besatzungspolitik schrieb Hauptmann, Poincaré verbreite im Namen Europas Lügen von

„Christentum, Menschenliebe, Herrschaft der Vernunft, Völkerrecht, Völkerbund, Menschlichkeit, Kultur. Statt dessen müßte es heißen: Bestialität, Menschenhaß, Herrschaft der Unvernunft, Völkerrechtlosigkeit, Völkerverhetzung, Unmenschlichkeit, und anstelle des einen Wortes ‚Kultur‘ müßte stehen: Diebstahl, Raub, Mordbrand, Mord und Plünderung.“⁸

Den amerikanischen Präsidenten Warren Harding bat Hauptmann folgerichtig in einem Appell, er solle doch „einen Blitz“ senden, um Poincaré für seinen „Weltfriedensbruch“ zu strafen.⁹

Ganz gleich, wie viel Emphase in diesen Worten steckte, sie lassen wohl doch Rückschlüsse zu auf ein nahezu konsensfähiges Meinungsbild der Deutschen in jener Zeit. Der Angriff von außen schloss dabei wenigstens bis zu einem bestimmten Grad die ansonsten keineswegs uniformen politischen und gesellschaftlichen Reihen im Land. Wie die spätere sozialdemokratische Gesundheitspolitikerin Käte Frankenthal in ihren Erinnerungen beschrieb, hatte die Ruhrbesetzung in allen politischen Lagern – zumindest für den Moment – eine gewisse Befriedung im Kampf unter- und gegeneinander eingeleitet:

„Kein Wort mehr von der Schuld Deutschlands am Kriege. Kein Wort mehr von der Rolle der deutschen Kapitalisten, den *Stinnes* und Konsorten. Alles Unglück, das jetzt auf das Volk herunterprasselte, hatte nur eine Ursache: Die verruchten Feinde Deutschlands, die so schnöde ein entwaffnetes Volk überfallen hatten.“¹⁰

Insofern überrascht es auch nicht, dass die drastischen Äußerungen Hauptmanns noch keineswegs den Höhepunkt nationaler Aufwallung bildeten. Während Hunderte in den besetzten Gebieten an spontanen Protestkundgebungen teilnahmen,¹¹ nutzen manche Zeitgenossen die damalige Situation sogar, um die eigenen Landsleute wieder zu den Waffen zu rufen. Der Historiker Gerhard Ritter zum Beispiel wünschte sich sofort im Januar 1923 bei einem Vortrag in Weinheim

⁷ Gerhart Hauptmann, *Zur Besetzung des Ruhrgebiets* (1923), In: Ders., *Sämtliche Werke. Centenar-Ausgabe zum 100. Geburtstag des Dichters*, hrsg. von Hans-Egon Hass, fortgeführt von Martin Machatzke und Wolfgang Bungies, 11 Bde., Frankfurt am Main – Berlin 1962–1974, Bd. 11, S. 984f.

⁸ Ders., *An das Gewissen der Welt* (1923), In: Ebd., S. 990–992.

⁹ Ders., *Appell an den amerikanischen Präsidenten Harding* (1923), In: Ebd., S. 986–990. Vgl. insgesamt zu diesem Abschnitt Paul Michael Lützel, *Die Schriftsteller und Europa. Von der Romantik bis zur Gegenwart*, Baden-Baden 1998, S. 287f.

¹⁰ Käte Frankenthal, *Der dreifache Fluch: Jüdin, Intellektuelle, Sozialistin. Lebenserinnerungen einer Ärztin in Deutschland und im Exil*, hrsg. von Kathleen M. Pearle und Stephan Leibfried, Frankfurt am Main – New York 1981, S. 102.

¹¹ Siehe z.B. Ernst Nolte, *Die Weimarer Republik. Demokratie zwischen Lenin und Hitler*, Stuttgart 2006, S. 110.

am Rhein ein entschiedenes deutsches Handeln, bei dem alle Kriegsfähigen wieder „den Säbel und das alte Kriegspistol von der Wand reißen, den Stahlhelm aufstülpen und das feige Diebesgesindel herauswerfen, das sich in unserem Hause herumtreibt.“¹² Zumindest in den Worten und Gedanken der Zeit war der Erste Weltkrieg also noch keineswegs überwunden – ja, vielleicht noch nicht einmal richtig vorbei.

Es liegt angesichts der genannten Beispiele natürlich nahe, die unmittelbaren und zum Teil sehr radikalen Äußerungen der ersten Wochen des Jahres 1923 als Ausdruck eines den besonderen Umständen geschuldeten ‚nationalen Reflexes‘ zu sehen.¹³ Ausgehend von der französisch-belgischen Militäraktion, so ja auch die oben erwähnte Argumentation Lewinsohns, hatten sich weite Teile der deutschen Bevölkerung nicht nur als Einheit angegriffen gefühlt, sondern sahen sich nun auch dazu veranlasst, fortan selbst in größtmöglicher Einigkeit mit einer zwangsläufig emotionalen und notfalls auch geräuschvollen Antwort des kollektiven Protests auf die Besatzung zu reagieren. Ob dabei wirklich erneut eine Art ‚innenpolitischer Burgfrieden nach dem Muster des Jahres 1914‘¹⁴ gewirkt hat, darf aber eher bezweifelt werden. Dafür erscheinen die jeweiligen Vorzeichen – also sowohl die äußeren Umstände als auch die allgemeine innere Situation der Jahre 1914 beziehungsweise 1923 – doch als zu unterschiedlich. Gerade angesichts der militärischen Hilf- und Ausweglosigkeit der deutschen Republik während des französisch-belgischen Einmarsches – denn eine militärische Reaktion war für Berlin schlichtweg undurchführbar¹⁵ – erscheint es nicht sonderlich plausibel, die Januartage 1923 als Periode zu werten, in der in Deutschland die besondere ‚Stimmung des Jahres 1914 wiederzukehren‘¹⁶ drohte. Ganz abgesehen von der Tatsache, dass jüngere Forschungen zu zeigen versucht haben, dass es dieses *eine* Augusterlebnis in der deutschen Bevölkerung, also den Moment kollektiver, mithin gesamtgesell-

¹² Zit. nach: Christoph Cornelißen, Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2001 (Schriften des Bundesarchivs; Bd. 58) [Habil. Düsseldorf 1999/2000], S. 103.

¹³ Es überrascht, dass weder in der soziologischen, noch der historischen Forschung bislang Einvernehmen darüber erzielt worden ist, wie solche Reflexe letztlich entstehen und wirken. Die häufige Verwendung des Terminus ‚nationaler‘ bzw. ‚nationalistischer Reflex‘ bietet sowohl im allgemeinen als auch im fachspezifischen Sprachgebrauch in der Regel keine klare Herleitung oder Erklärung, was für den ersteren Fall vermutlich auch nicht notwendig ist, im zweiten dann aber dazu führt, dass unterschiedliche Autoren mitunter sehr Unterschiedliches damit meinen können. Hinweise im größeren Zusammenhang bieten hier zumindest Christian Jansen und Henning Borggräfe, Nation, Nationalität, Nationalismus, Frankfurt am Main 2007 (Historische Einführungen; 1) sowie Michael Mäs, Regionalismus, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit, Wiesbaden 2005.

¹⁴ Gottfried Niedhart, Deutsche Geschichte 1918–1933. Politik in der Weimarer Republik und der Sieg der Rechten, Stuttgart – Berlin – Köln 1994, S. 83.

¹⁵ Karl Dietrich Erdmann, Alternativen der deutschen Politik im Ruhrkampf, In: Klaus Schwabe (Hrsg.), Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Paderborn 1985, S. 29–38, betonte auf S. 31 noch, dass eine auf Krieg zielende Politik Deutschlands nur nach einer erneuten Revolution, also einem Umsturz im Inneren in Richtung links oder rechts überhaupt möglich gewesen sei. Wichtiger erscheint jedoch, dass „sich das geschwächte Reich militärisch [gar] nicht zur Wehr setzen konnte“ 1923, wie Hildebrand, Das vergangene Reich, S. 435 richtig betont.

¹⁶ Kolb, Die Weimarer Republik, S. 51.

schaftlicher Kriegsbegeisterung 1914 gar nicht gegeben hat,¹⁷ lässt sich so oder so achteinhalb Jahre später jedenfalls nicht wirklich davon sprechen, dass ein berauschendes Hochgefühl wieder aufgekommen sei, das vormals zumindest Teile der deutschen Bevölkerung dazu verleitet hatte, den ‚Geist von 1914‘ als den Beginn einer neuen, natürlich goldenen Ära der deutschen Geschichte zu sehen.¹⁸ Wichtiger waren sicherlich zwei andere Punkte: So erklärt sich die besondere Welle nationaler Empörung nach dem französisch-belgischen Einfall 1923 zum einen aus der nach wie vor ungebrochenen Präsenz gegenseitiger Feindbilder in den Köpfen der beiden Nachbarn Deutschland und Frankreich, die sich nicht erst 1914 manifestierten, sondern dort bereits einen Höhepunkt erreichten. Zum anderen scheint von großer Bedeutung zu sein, dass sich derartige nationale oder nationalistische Reflexe eben doch besonders exemplarisch in Situationen von Besatzung oder Niederlage ergeben, in denen der Wunsch nach kollektivem Zusammenhalt quasi aus dem Gefühl entsteht, auch als Kollektiv angegriffen respektive besiegt worden zu sein.¹⁹ Indem sie Gemeinsamkeit und Identität stiften beziehungsweise fordern, geben solche Reflexe die Möglichkeit, auch gemeinsam Stellung zu beziehen oder eventuell sogar Front zu machen gegen einen Feind von außen, vor allem wenn die Gegnerschaft zu diesem bereits Generationen übergreifend in eine Art allgemeines Kulturgut übergegangen ist.

Vor genau diesem Hintergrund erklärt sich auch die Radikalisierung des deutschen Nationalismus durch „die Niederlage 1918 [...] [als] besonderen Schock“,²⁰ stand sie als konkrete Erfahrung doch in krassem Gegensatz zu den unmittelbaren Erwartungen und Illusionen der Vorkriegszeit, die deutscherseits nicht unwesentlich dadurch geprägt waren, dass man den deutsch-

¹⁷ Hierzu u.a. Jeffrey Verhey, *The Spirit of 1914. Militarism, Myth, and Mobilisation in Germany*, Cambridge 2000.

¹⁸ Siehe zur Situation 1914 z.B. Roger Chickering, *Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg*, München ²2005 (Beck'sche Reihe; 1452) [engl. 1998], S. 24–29.

¹⁹ Heinz-Gerhard Haupt, *Nationalismus und Demokratie. Zur Geschichte der Bourgeoisie im Frankreich der Restauration*, Frankfurt am Main 1974 [Diss. FU Berlin 1972], S. 145 bezeichnet die Vorstellung, es „beständen mechanische Beziehungen zwischen Niederlage und Besatzung einerseits und nationalistischen Reflexen in der Bevölkerung andererseits“, als „Illusion“. Wichtiger seien jene „politischen Gruppen [...], die nationalistische Reaktionen wenn auch nicht hervorriefen, so doch agitatorisch förderten und zu einem politischen Faktor machten.“ Solche nationalen Reflexe würden „erst dann zu einer politisch relevanten Kraft, wenn sie in die Taktik einer wichtigen politischen Gruppe“ eingingen. Es leuchtet nicht ein, warum sich beide Gedankengänge an dieser Stelle ausschließen sollen. Natürlich sind Träger und Artikulatoren von nationalistischem Gedankengut wichtig für dessen Ausbreitung und gesellschaftliche Wirkung; aber dennoch erscheinen doch gerade etwaige Bedrohungssituationen geradezu prädestiniert, Ausgangspunkte solcher Entwicklungen zu sein. Man denke nur die deutsche Öffentlichkeit zu Beginn des 19. Jahrhunderts, die sich – trotz aller geographischen Zersplitterung – als eben solche nicht nur von der napoleonischen Besatzung angegriffen sah, sondern mithilfe des hier entstehenden Nationalismus und gewisser Ideen-Träger auch in die Zukunft gerichtete politische Strategien patriotischer Färbung entwickelte. Vgl. hierzu z.B. Otto Dann, *Nation und Nationalismus in Deutschland 1770–1990*, München ³1996 (Beck'sche Reihe; 494), S. 68–84. Wie Horst Carl, *Der Mythos des Befreiungskrieges: Die „martialische Nation“ im Zeitalter der Revolutions- und Befreiungskriege 1792–1815*, In: *Föderative Nation. Deutschlandkonzepte von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg*, hrsg. von Dieter Langewiesche und Georg Schmidt, München 2000, S. 63–82, hier S. 64f. betont, müsse diese traditionelle Sichtweise auch nicht „im Zuge einer kulturalistischen Wende über Bord geworfen werden“.

²⁰ Manfred Kittel, *Provinz zwischen Reich und Republik. Politische Mentalitäten in Deutschland und Frankreich 1918–1933/36*, München 2000 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; 47) [Habil. Regensburg 1999], S. 238.

französischen Dualismus eigentlich zu den eigenen Gunsten entschieden glaubte. Hatte sich im Zuge des militärischen Erfolgs und der darauffolgenden Reichsgründung 1871 noch ein zunehmendes wirtschaftliches, militärisches und somit auch generelles machtpolitisches Überlegenheitsgefühl in der Reichsöffentlichkeit etabliert und somit den deutschen Nationalismus proportional übersteigert,²¹ wandelte sich dies nun quasi über Nacht durch Revolution, ‚Schandfrieden‘ und internationale Degradierung

„zu einem tief traumatisierten, ressentimentgeladenen Radikalnationalismus, der gegen das vermeintliche Unrecht, gegen das Joch der von den Alliierten auferlegten Kriegsfolge erbittert aufbegehrte.“²²

Dass nun ausgerechnet der alte Rivale Frankreich die deutsche Weltkriegsniederlage mithilfe seiner Friedensbedingungen auszukosten schien – einen Weltkrieg wohlgemerkt, den man deutscherseits ja mitunter weniger als kontinentalen Krieg gegen Paris kämpfen, sondern eher als Weltmachtkonflikt mit England verstehen wollte²³ – und die Ruhrbesetzung als Manifestation der neuen Machtverhältnisse bildeten somit Grundpfeiler einer konkreten Erinnerungs- und Erfahrungsgemeinschaft, die sich als eben solche nun angegriffen fühlte 1923. Eigentliche innere Konflikte solcher Gemeinschaften treten vor dem Hintergrund einer akuten Bedrohung dann oft in den Hintergrund. Wie jüngste sozio-psychologische Studien bestätigen, führen wie auch immer geartete Angriffe von außen, auch nur als solche empfundene Angriffe in der Regel nämlich genau dazu, dass Menschen ihre eigenen sozialen Systeme oder staatlichen Strukturen selbst dann voller Überzeugung verteidigen, wenn sie ihnen eigentlich kritisch gegenüberstehen. Angriffe auf die eigene Gemeinschaft, so heißt es, provozieren demnach quasi automatisch “defensive reactions and system-justifying processes.”²⁴

Hinter der empörten Rhetorik der ersten Jahreshälfte 1923 steht somit vor allem natürlich viel nationale, wenn nicht sogar nationalistische Symbolik. Es handelte sich um so etwas wie eine gewissermaßen automatisch eingenommene Abwehrhaltung, die je nach Situation auch selbst in den Angriffsmodus übergehen konnte. Die Radikalität mancher Äußerungen erklärte sich dabei sicherlich auch aus der besonderen psychologischen und politischen Situation des Ruhrgebiets. Zu der allgemein bekannten und auch den Zeitgenossen ungemein präsenten wirtschaftlichen Bedeutung der Region kommt die besondere Erfahrung der dortigen Bevölkerung nach Kriegsende hinzu. So war das Gebiet unmittelbar seit der deutschen Revolution im November 1918 über viele Monate Schauplatz gewaltsamer, mitunter bürgerkriegsähnlicher Auseinandersetzungen

²¹ Vgl. hierzu Peter Walkenhorst, *Nation – Volk – Rasse. Radikaler Nationalismus im Deutschen Kaiserreich 1890–1914*, Göttingen 2007 (*Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft*; 176) [Diss. Bielefeld 2005/06].

²² Hans-Ulrich Wehler, *Der Nationalsozialismus. Bewegung, Führerschaft, Verbrechen*, München 2009, S. 5.

²³ Siehe J.-J. Becker/Krumeich, *La Grande Guerre*, S. 9.

²⁴ Aaron C. Kay und Justin Friesen, *On Social Stability and Social Change: Understanding When System Justification Does and Does Not Occur*, In: *Current Directions in Psychological Science* 20 (2011) 6, S. 360–364, hier S. 361.

gewesen, die – zumal nach der Kürze der Zeit – natürlich noch voll im kollektiven Bewusstsein standen.²⁵ Insofern ergab sich die Basis der nationalen Empörung aus dem spezifisch deutschen Erfahrungskontext der damaligen Situation: aus Kriegsniederlage und kollektiv empfundener Demütigung durch Frankreich 1918/19, den bürgerkriegsähnlichen Unruhen 1918–1920 und schließlich der Besetzung 1923.

Die deutsche Regierung freilich war in jenen Januartagen 1923 nicht in der Position, irgendwelchen nationalen oder nationalistischen Tönen der Öffentlichkeit unbedacht nachzugeben – ganz im Gegenteil. Angesichts der besonderen, innen- wie außenpolitisch nicht unheiklen Situation eröffneten sich ihr gleich mehrere, zum Teil sich auch noch überlagernde Problemfelder, welche die eigene Reaktion auf die Ruhrbesetzung enorm verkomplizierten. Der vormalige Reederei-Direktor der Hamburg-Amerika-Linie Wilhelm Cuno, der im November 1922 von Reichspräsident Friedrich Ebert bewusst als Unternehmer mit guten Kontakten in die US-amerikanische Geschäftswelt ausgewählt worden war, eine parteilich ungebundene Regierung von Wirtschaftssachverständigen zu bilden,²⁶ erkannte schnell, welche grundsätzlichen Probleme mit dem Verlust der Kontrolle über das Ruhrgebiet auf Deutschland zukamen. Noch vor Beginn der Besetzung warnte er seine Minister, dass aus einem eventuellen Zusammenbruch der ohnehin fragilen deutschen Kohlenversorgung schon bald so große Finanzprobleme erwachsen würden, dass die Situation „sich letztlich bis zur Auflösung des Reiches steigern“²⁷ könnte. Der erst seit wenigen Wochen amtierende Reichskanzler und sein unmittelbares Umfeld bemühten sich also, wie diese erste Lagebeurteilung zeigt, keineswegs nur um eine kurzfristige Positionierung, sondern versuchten durchaus, eine Gesamtkonzeption zumindest im Blick zu haben,²⁸ auch wenn das unter dem Eindruck der zu erwartenden Zuspitzung des Konflikts nicht einfach war.

Zunächst galt es jedoch, unmittelbar auf die bevorstehende französisch-belgische Okkupation zu reagieren. Dabei war es aus mehreren Gründen wichtig, den richtigen Ton zu treffen. Einerseits musste man den Alliierten natürlich möglichst entschlossen entgegentreten; nicht nur in Anbetracht der erwartbaren öffentlichen Empörung im eigenen Land, sondern auch weil es gleichwohl in internationalen Regierungs- und vor allem Wirtschaftskreisen den Eindruck zu ver-

²⁵ Dazu Klaus Tenfelde, Bürgerkrieg im Ruhrgebiet 1918 bis 1920, In: Erster Weltkrieg, Bürgerkrieg und Ruhrbesetzung. Dortmund und das Ruhrgebiet 1914/18–1924. Mit Beiträgen von Margrit Schulte Beerbühl, Klaus Tenfelde und Gabriele Unverferth hrsg. von Karl-Peter Ellerbrock, Dortmund 2010 (Gesellschaft für Westfälische Wirtschaftsgeschichte e.V., Kleine Schriften; 33), S. 13–57.

²⁶ Zur Regierungsbildung siehe v.a. Hermann J. Rupieper, The Cuno Government and Reparations 1922–1923, Den Haag – Boston – London 1979 (Studies in Contemporary History; 1), S. 13–30.

²⁷ So die Formulierung in einer undatierten Aufzeichnung Eduard Hamms, des StS. in der Reichskanzlei, die Cuno vermutlich als Vorlage während einer Ministerrats-Sitzung am 09.01.1923 benutzt hat. Die Aufzeichnung ist abgedruckt in AdR Cuno, Nr. 37, Anm. 3.

²⁸ Anders bewertet dies Büttner, Weimar, S. 151 entsprechend ihres Interpretationsmusters der ‚überforderten Republik‘: Cuno habe sich durch ein generelles „Unverständnis für die Bedingungen von Politik“ ausgezeichnet.

hindern galt, man sei der französischen Politik bedingungslos ausgeliefert. Sie allein galt dabei als Ausgangspunkt der Probleme, Belgien geriet schnell aus dem Blickfeld. In internen Regierungsbesprechungen hieß es sogar, dass dessen „nicht starke Beteiligung [...] an der Gewaltpolitik Frankreichs [...] zweckmäßigerweise übersehen werden“²⁹ könne. Mit Blick auf Paris hatte nun aber eine weitere Befeuerung der angespannten Situation aufgrund der bereits angesprochenen militärischen Handlungsunfähigkeit und der allgemeinen außenpolitischen Zwangslage des deutschen Reiches tunlichst zu unterbleiben. Anders als die Berliner Zeitungslandschaft, die noch kurz vor der Besetzung mit sicherer Gewissheit vermeldete,

„daß das deutsche Volk, falls nicht wieder Engländer, Amerikaner und Italiener den Franzosen zu Hilfe eilen, auch ohne moderne Waffen, nötigenfalls mit Sensen und Dreschflegeln, die glorreiche *Arme der grande nation* aus Essen und darüber hinaus aus gesamten Rheinlande hinauswerfen könnte“³⁰,

musste die Regierung zu einer nüchternen Lagebeurteilung kommen. Wirkliche internationale Neutralität oder gar Unterstützung, das war den Verantwortlichen zu diesem Zeitpunkt bereits klar, war für den Moment nicht zu erwarten.³¹ Maßvoller Protest schien also mit Blick auf das Ausland zunächst die einzige Möglichkeit zu sein.

Auf der anderen Seite galt es aber auch, der unter diesen Umständen vorherzusehenden harten Kritik im eigenen Land standzuhalten und sich dabei unbedingt des Verdachts zu erwehren, man habe durch eine Politik der Konzilianz gegenüber Frankreich die Besetzung letztlich in erheblichem Maße mitzuverantworten. Genau solche Vorwürfe ließen gar nicht lange auf sich warten. Der rechtskatholische Historiker Martin Spahn schrieb bereits am 15. Januar ausdrücklich auch all jenen deutschen ‚Erfüllungspolitikern‘ eine wesentliche Mitschuld an den Vorkommnissen zu, die mit ihren Bemühungen um pünktliche und vertragskonforme Reparationszahlungen an die ‚vermeintlichen Siegermächte‘ des Weltkriegs seit jeher die eigentlichen Ziele der französischen Politik im 20. Jahrhundert verkannt hätten, weil ihnen – so die logische Erklärung eines Geschichtswissenschaftlers – schlichtweg „jedes geschichtliche Gefühl abging.“ Jetzt, „da die Erfüllungspolitik vor aller Augen in Scherben“ liegen würde, sei es für jeden an der Zeit, die schmerzliche Wahrheit zu erkennen und zu akzeptieren:

„Frankreich will das linke Rheinufer beherrschen und Frankreich will das deutsche Reich auseinandersprennen. [...] Während wir nichts [dagegen] taten, hat die Weltgeschichte gearbeitet.“³²

²⁹ So RAM Rosenberg im Ministerrat bei RP Ebert am 09.01.1923 in AdR Cuno, Nr. 37. Gleiches reklamierte man auch für Italien, das sich ebenfalls mit einigen Kontrollingenieuren an der Aktion beteiligt hatte.

³⁰ *Deutsche Zeitung* vom 10.01.1923, zit. nach: Reichstagsprotokolle, Bd. 357, S. 9427 C.

³¹ Vgl. hier die Äußerung von RP Ebert in der Sitzung des Ministerrats vom 09.01.1923 in AdR Cuno, Nr. 37: „Appelle an die Welt seien stark abgegriffen und haben uns bisher wenig Erfolg gebracht. Wenn wir die Erkenntnis durchblicken lassen, daß wir in dieser schweren Zeit auf unsere eigene Kraft und Festigkeit angewiesen sind, so werde das in der Welt den besten Eindruck machen.“

³² Martin Spahn, Wendepunkt!, *Gewissen* vom 15.01.1923.

Daraus leitete sich natürlich auch ab, was für eine Reaktion man sich nun gemeinhin von der Regierung erwartete. Die von der Besetzung so empfindlich getroffene deutsche Öffentlichkeit drängte ihrem allgemeinen Tenor nach darauf, dass jetzt endlich etwas gegen die seit Jahren andauernde französische Anmaßung getan würde. Der bereits erwähnte Gerhard Ritter sagte in seinem Vortrag, die Bevölkerung brauche jetzt endlich einen Staat, „der handelt, nicht bloß einen, der duldet“.³³ Und auch im *Reichswart* forderte man ganz offen,

„daß der Reichskanzler mit seiner Regierung von jetzt ab nun wirklich jede weitere Forderung und Zumutung zurückweisen wird, auf jedes Risiko, auf jede Möglichkeit und jede Gefahr hin.“³⁴

Entschiedenenes Handeln, das über den bloßen Protest hinausging, überstieg jedoch die Berliner Möglichkeiten, egal wie sehr Medien und Bürger danach verlangten. Während an der Hauptstadt-Universität am 18. Januar noch demonstrativ die Reichsgründungsfeier begangen wurde und sowohl studentische als auch akademische Vertreter einhellig betonten, jetzt bräuchte es einen Staatsmann von der Statur Bismarcks, der Europa wieder das Fürchten lehren könne,³⁵ galt es für das ohne feste parlamentarische Bindung gebildete Kabinett Cuno, die nächsten Schritte gut zu überdenken. Die besonders gereizte Stimmung im Land war dabei sicherlich ebenso bedrohlich für die Regierung wie die bereits erwarteten alliierten Truppen.

Als die Reparationskommission am 9. Januar mehrheitlich eine vorsätzliche Verfehlung Deutschlands hinsichtlich seiner Zahlungsverpflichtungen festgestellt hatte³⁶ und die bereits seit geraumer Zeit im Raum stehende Ruhrbesetzung unmittelbar Realität zu werden drohte, war längst klar, dass man trotz der Gefahr, für eine vermeintlich lasche Haltung gegen den ‚Willkürakt der Besetzung‘ im Reichsinneren angefeindet zu werden, partout keinen Anlass für weitere Strafmaßnahmen bieten durfte. Noch am selben Abend, also zwei Tage vor dem letztlichen Einmarsch der fünf französischen Divisionen und der einen belgischen, hatte Reichspräsident Friedrich Ebert dementsprechend einen Ministerrat einbestellt, um über die politische Lage und mögliche Auswege zu diskutieren. Ein zu diesem Zeitpunkt bereits in die Grenzgebiete versendeter, aber noch nicht veröffentlichter Aufruf Eberts bot bereits Hinweise darauf, wie sich die deutsche Regierung vorerst zu positionieren gedachte. Natürlich hoffte man, sich selbst zum Sprachrohr der allgemeinen Empörungssstimmung der Bevölkerung stilisieren zu können, auch um die Stoßrichtung der öffentlichen Wut von sich selbst fernzuhalten. Insofern erschien es der Situation

³³ Zit. nach: Cornelißen, Gerhard Ritter, S. 104.

³⁴ Anonymous [vmtl. Ernst Graf zu Reventlow], Der Aufruf an die Ruhrbevölkerung, *Der Reichswart* vom 13.01.1923.

³⁵ Vgl. Robert Gerwarth, *Der Bismarck Mythos. Die Deutschen und der eiserne Kanzler*, München 2007 [engl. 2005, Diss. Oxford 2003], S. 88f.

³⁶ Siehe die Beschlüsse der RepKo vom 9. und 16. Januar 1923 über die Feststellung weiterer deutscher Nichterfüllungen hinsichtlich der Kohlen- und Viehlieferungen, In: *Aktenstücke über den französisch-belgischen Einmarsch in das Ruhrgebiet*, 4 Bde., Berlin 1923, Bd. 1, Nr. 3.

angemessen, – den bereits erwähnten Duktus von der ‚Vergewaltigung durch Feindeshand‘ vorwegnehmend – klarzustellen, „daß hier eine fremde Macht das heilige Recht des deutschen Volkes am eigenen Boden und sein Recht zum Leben vergewaltigt.“ Im gleichen Atemzug hieß es aber an die unmittelbar Betroffenen der Besetzung gerichtet auch: „Harrt aus in dulddender Treue, bleibt fest, bleibt ruhig und bleibt besonnen!“ Die hier geforderte Besonnenheit nahmen Ebert und Cuno, die den Aufruf beide unterzeichnet hatten, ebenso für sich selbst in Anspruch, da sie – wenn auch eher indirekt als gerade heraus – jegliche offene Konfrontation mit den Alliierten eigentlich bereits ausschlossen. Zwar gelobte man der Ruhrbevölkerung „treue Hilfe“ und, dass man „rastlose Sorge“ trage, „nichts ungeschehen zu lassen“; allerdings eben nur in der Absicht, „die Dauer der Fremdherrschaft abzukürzen, Eure Not zu lindern und den Weg zum wahren Frieden zu finden.“³⁷ Eine aktive Politik, wie sie weiten Teilen der deutschen Öffentlichkeit vorschwebte, sah freilich anders aus als dieses verklausulierte Eingeständnis der Wehrlosigkeit.

Das wusste auch der Reichskanzler, der bereits während der Sitzung des Ministerrats – so lasen die Akten schließen – mahnte, man dürfe die zu erwartende

„starke nationale Welle [...] nicht sich selbst [...] überlassen und nicht etwa unter das Zeichen des Hakenkreuzes, auch nicht der schwarz-weiß-roten Fahne kommen [...] lassen“.

Die Regierung habe die Aufgabe, „fern jeder Hurrabegeisterung, den Willen [zu] stärke[n], schwere Not zu tragen“. Angesichts des sich abzeichnenden allgemeinen Unmuts gegen Besetzung und Regierung gleichermaßen käme es aber in einem zweiten Punkt auch unbedingt darauf an, die „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“³⁸ zu gewährleisten. Wie Außenminister Rosenberg sofort beipflichtete, musste allen Beteiligten klar sein, dass das Kabinett – ungeachtet des großen öffentlichen Drucks und der besonderen Erwartungen – gegen die Besatzer „Widerstand [...] leider nur in bescheidenen Formen äußern“ könne. Insofern entschied sich die Regierung in der Strategie der Worte statt Taten folgerichtig für einen weiteren gemeinsamen „Aufruf an die gesamte Bevölkerung des Reiches“³⁹ – und nicht nur an die Bevölkerung der zu besetzenden Gebiete wie Ebert und Cuno zuvor. Der Text, der am 11. Januar veröffentlicht wurde, bemühte sich dabei um die sprichwörtliche Quadratur des Kreises und griff in der Sprache zwar die allgemeine Stimmung auf, indem man den „Gewaltstreich [...] der französischen Faust“ gegen „den unbeschützten Lebenspunkt der deutschen Wirtschaft“ geißelte. Er gab aber auch zu: „Doch uns fehlt die Macht, diese Tat der Verblendung [...] aus eigenen Kräften zu verhindern.“ Die Regierung mahnte damit vor allem die eigene Bevölkerung zur Vernunft, weil unüberlegte

³⁷ Aufruf von RP Ebert und RK Cuno an die Bevölkerung der von der neuen Besetzung bedrohten Gebiete in: Schulthess 1923, S. 4.

³⁸ Auch diese Zitate entstammen der Aufzeichnung von StS. Hamm für den Vortrag des RK im Ministerrat in AdR Cuno, Nr. 37, Anm. 3.

³⁹ Ministerrat bei RP Ebert vom 09.01.1923 in AdR Cuno, Nr. 37.

Handlungen „das Los der am härtesten betroffenen Landsleute“ nur erschweren könne. Es dürfe, unter welchen Umständen auch immer,

„keine Handlung [...] geschehen, die unsere gerechte Sache schädigt. Schwerste Schuld am eigenen Volke würde der auf sich laden, wer sich hinreißen ließe, durch eine unüberlegte Tat dem Gegner in die Hand zu arbeiten. Von eiserner Selbstbeherrschung jedes Einzelnen hängt Wohl und Wehe der Gesamtheit ab.“⁴⁰

Wohl auch um der eigenen Haltung symbolisches Gewicht – nach innen wie nach außen – zu verleihen, rief die Regierung eigens zu einem Gedenk-Sonntag unmittelbar für den 14. Januar auf.

Unklar war auf der Sitzung des Ministerrats allerdings noch, ob diese Form des Protests gegen die Besetzung genügen würde, um die deutsche Öffentlichkeit zu beruhigen; und was man darüber hinaus tun konnte, um die eigene Position nach innen wie nach außen zu stabilisieren. Die Suche nach einer gleichermaßen für Paris akzeptablen und der eigenen Bevölkerung dennoch genügenden politischen Reaktion bot nur wenige Alternativen. Rosenberg betonte zunächst, dass man sich „von einer Politik der Appelle frei halten“ sollte, weil „durch solche Appelle Sympathien nicht gestärkt und nicht geweckt würden.“ Die Engländer oder Amerikaner also direkt um Unterstützung oder wenigstens Vermittlung zu bitten, wie Hauptmann es zum Beispiel später in seinem Aufruf an Präsident Harding vorschlug, kam für das Kabinett nicht in Frage. Auch sich direkt an Paris zu wenden, schien eigentlich nichts bringen zu können. In naher Zukunft sei ohnehin „[d]ie schwierigste Frage [...] die der künftigen Verhandlungen“,⁴¹ so der Außenminister. Schon einige Tage zuvor hatte der deutsche Botschafter in Paris, Wilhelm Mayer, selbst die Einschätzung nach Berlin gedrahtet, dass aus seiner Sicht jeder Versuch, „mit Frankreich etwa jetzt noch zu sprechen, [...] natürlich völlig aussichtslos“⁴² sei. Aufgrund dieser Situation entschloss sich das Kabinett zu einem weiteren, vor allem wohl symbolisch zu verstehenden Schritt, der nicht nur die eigene Position in Paris nicht wirklich noch weiter verschlechtern sollte – weil er vielmehr den dortigen Tatsachen entsprach –, sondern der in der Außenbetrachtung gleichwohl als entschlossener deutscher Protest dargestellt werden konnte. Cuno ordnete an, dass Botschafter Mayer sofort abberufen „und Paris zu verlassen angewiesen werde.“ Ebert hatte zwar noch eingewandt, dass sich so ein Schritt auch als hinderlich erweisen könnte, weil ein „Fehlen der wichtigsten Vertreter in solcher Zeit [...] ein Mangel“ wäre. Rosenberg beharrte jedoch darauf, dass momentan eh jeder Dialog mit den Franzosen unmöglich sei und es daher vielleicht sowieso ratsam wäre, gleich jedem potenziellen „Zusammentreffen mit Vertretern der an der Gewaltpolitik beteiligten Mächte [...] auszuweichen“.⁴³ Der Außenminister setzte also die Linie durch, die er

⁴⁰ Aufruf des RP Ebert und der Reichsregierung vom 11.01.1923 in UF V, Dok. 999a.

⁴¹ Ministerrat beim RP Ebert vom 09.01.1923 in AdR Cuno, Nr. 37.

⁴² Mayer an AA vom 05.01.1923 in ADAP A VII, Nr. 8.

⁴³ Alle Zitate: Ministerrat bei RP Ebert vom 09.01.1923 in AdR Cuno, Nr. 37. Auch der deutsche Gesandte in Belgien, Otto Landsberg, wurde abberufen.

bereits einige Tage zuvor mit der Botschaft in Paris abgestimmt hatte.⁴⁴ Mayers verließ Frankreich sofort am 11. Januar, nachdem er seine Amtsgeschäfte dem bisherigen Botschaftsrat Leopold von Hoesch übergeben hatte.⁴⁵

Die ersten Versuche einer genaueren Herleitung der Ereignisse um den 11. Januar 1923 haben sich deutscherseits bemüht, den Ruhrkonflikt als Ausdruck eines großangelegten französischen Versuchs zu werten, „die Vormachtstellung in Europa im Augenblicke der tiefsten Ohnmacht des Reiches an sich zu reißen“. Ludwig Zimmermanns Studie zur generellen französischen Ruhrpolitik, dem diese Wertung entnommen ist und die vermutlich kurz vor Kriegsende 1945 fertiggestellt wurde, führte „[d]as Sendungsbewußtsein des modernen Frankreichs“ folgerichtig auf eine Tradition nationaler Großmachtpolitik zurück, deren Vertreter schon Richelieu, Ludwig XIV. und natürlich Napoleon gewesen seien. Angesichts des Sieges über Deutschland im Weltkrieg habe Poincaré nun konsequent darauf hingearbeitet, „sich zum Herren der lebenswichtigen Punkte des Deutschen Reiches zu machen“.⁴⁶ Dem bedeutenden französischen Germanisten und unmittelbaren Zeitgenossen der Ereignisse Henri Lichtenberger erschien Poincarés Politik hingegen keineswegs auf „die Erwerbung einer Quelle von Reichtümern“ gerichtet, „die sich Frankreich gutschreiben könnte“, sondern vielmehr „als ein Zwangsmittel zur Brechung des deutschen Widerstandes, das geeignet sei, die Deutschen zu veranlassen, endlich einmal ihren Verpflichtungen nachzukommen“. War die französische Argumentation also darauf aus, die Ruhrbesetzung letztlich als völkerrechtlich relevanten „Akt legitimer Verteidigung“⁴⁷ darzustellen, interpretierte die deutsche Perspektive vielmehr die Reaktion der Regierung Cuno – unter anderem also auch den Abzug Mayers – selbst als Akt der Verteidigung, mit dem man lediglich auf den französischen „Bruch des Völkerrechts wie auch des Versailler Vertrags“⁴⁸ geantwortet habe, ja antworten habe müssen.

Die neuere internationale Forschung hat diese beiden Argumentationslinien jedoch zugunsten einer grundsätzlicheren Analyse des allgemeinen Nachkriegssystems verworfen. Statt also einzelne Faktoren wie ein grundlegendes französisches Macht- beziehungsweise unvermeidliches deutsches Revisionsstreben überzubetonen, hat man versucht, das zweite und dritte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts im gesamteuropäischen Kontext unter besonderer Berücksichtigung der vielfältigen, zum Teil sehr komplexen Gemengelagen an Problemen, Konflikten und Rivalitäten da-

⁴⁴ Siehe Rosenbergs Antwort vom 7. Januar auf Mayers Bericht zwei Tage zuvor in ADAP A VII, Nr. 8, Anm. 5.

⁴⁵ Siehe Mayer an AA vom 11.01.1923 in PA AA R 28040.

⁴⁶ Alle Zitate: Ludwig Zimmermann, Frankreichs Ruhrpolitik von Versailles bis zum Dawesplan, hrsg. von Walther Peter Fuchs, Zürich – Göttingen 1971 [geschrieben vor Kriegsende 1945], S. 5 bzw. 65.

⁴⁷ Henri Lichtenberger, Deutschland und Frankreich in ihren gegenwärtigen Beziehungen, Leipzig 1924 [frühere franz. Fassung 1922], S. 184.

⁴⁸ Zimmermann, Frankreichs Ruhrpolitik von Versailles bis zum Dawesplan, S. 98.

raufhin zu untersuchen, wie sich die beteiligten Länder im Gegenzug zum Beispiel die etwaige Herstellung eines europäischen Gleichgewichts oder zumindest eines belastbaren Friedens vorstellten – und ob beides, vor allem aber letzterer angesichts vieler alter Wunden überhaupt im Bereich des Möglichen lag.⁴⁹ Die in der Nachkriegszeit zunächst weiterhin auftretenden und die durch die Versailler Ordnung neu entstandenen Probleme führten, so die jüngsten Analysen, vor allem zwischen Paris und Berlin letztlich zu einer fast vollständig destruktiven „Dynamik der Eskalation“. In dieser Perspektive erscheint es durchaus angebracht, davon auszugehen, dass der Weltkrieg gerade in deutsch-französischer Dimension noch lange über den eigentlichen Waffenstillstand vom 9. November 1918 hinaus fortgeführt wurde, „[d]as Ende der Kampfhandlungen“ also bei weitem „nicht das Ende der Feindseligkeit“⁵⁰ bedeutete. Diese Vorstellung von der „Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln“,⁵¹ die für die deutsch-französischen Beziehungen der Zwischenkriegszeit zuletzt vor allem von Nicolas Beaupré verfochten worden ist, führt insofern auch zu einer Neubewertung des Jahres 1923, das nun weniger als „Bruchpunkt der internationalen Beziehungen“⁵² denn vielmehr als ihr Wendepunkt erscheint.⁵³ Es ist jüngst sogar argumentiert worden, dass erst nach der wirklichen ‚Eskalation‘ des bis dato lediglich schwelenden, aber dennoch quälenden Konflikts und dessen anschließend gemeinsam betriebener Überwindung eine friedliche und erfolgreichere Nachkriegsordnung überhaupt realisierbar wurde.⁵⁴

⁴⁹ Siehe zur Forschungsentwicklung allgemein Niedhart, *Die Außenpolitik der Weimarer Republik*, S. 71–75.

⁵⁰ Beaupré, *Das Trauma des großen Krieges 1918–1932/33*, S. 63 bzw. 29.

⁵¹ So der Titel eines Vortrags von Nicolas Beaupré im Rahmen einer Veranstaltungsreihe des Berliner *Centre Marc Bloch* in Kooperation mit dem *Zentrum für Zeithistorische Forschung* in Potsdam am 23. Juni 2011.

⁵² Krumeich, *Der „Ruhrkampf“ als Krieg*, S. 9.

⁵³ So auch Cohrs, *The Unfinished Peace after World War I*, S. 100.

⁵⁴ Vgl. Ralph Blessing, *Der mögliche Frieden. Die Modernisierung der Außenpolitik und die deutsch-französischen Beziehungen 1923–1929*, München 2008 (*Pariser Historische Studien*; Bd. 76) [Diss. HU Berlin 2004], S. 70.

1.1. Gegenseitige Wahrnehmungen und die Traditionslinien der Erbfeindschaft: Zur Ausgangslage der deutsch-französischen Beziehungen

Um zu verstehen, welchen besonderen Rahmenbedingungen die deutsch-französischen Beziehungen der Zwischenkriegszeit unterworfen waren, welche prägenden Belastungen das Verhältnis dauerhaft erschwerten und welche wesentlichen Probleme sich für die zwei Nationen im Umgang miteinander ergaben, bedarf es zunächst eines Blickes zurück in die gemeinsame Geschichte beider Länder. Angesichts des bisher Erwähnten mag es nahe liegen, dafür mit dem Ersten Weltkrieg zu beginnen, der ja „im Hinblick auf das Verhältnis von Deutschen und Franzosen *die* Katastrophe schlechthin“⁵⁵ genannt worden ist. Eine solche Einschätzung folgt ganz der konventionellen Sichtweise auf den Krieg von 1914/18, den der US-Diplomat und Historiker George F. Kennan Ende der 70er Jahre mit enormer Breitenwirksamkeit „*the* great seminal catastrophe of this century“⁵⁶ getauft hatte. Es gibt wohl in der internationalen Forschung überhaupt nur wenige Sprachbilder, die so oft zitiert worden sind wie das mittlerweile geflügelte Wort von der ‚Urkatastrophe‘. Gerade der deutschen Geschichtswissenschaft ist es zu einem Standardnarrativ geworden – nicht nur für die Geschichte des Krieges an sich, sondern überhaupt für die Geschichte des gesamten Jahrhunderts. Der Weltkrieg wurde dementsprechend als „Anfang einer Epoche gewaltiger Umwälzungen“ verstanden, die erst in den Jahren 1989/90 „einer neuen, freilich immer noch instabilen Weltgesellschaft Platz gemacht“⁵⁷ habe. In dem aus solchen Überlegungen vor allem von Eric Hobsbawm entwickelten Konzept vom ‚kurzen 20. Jahrhundert‘⁵⁸ gewann der Kriegsausbruch von 1914 seine epochale Bedeutung weniger als Beginn des bis dato vermutlich radikalsten militärischen Konflikts der Weltgeschichte;⁵⁹ er galt vielmehr als der entscheidende „Wendepunkt zum Schlechten“, von dem aus sich „das ganze Leben durch Erschütterung und Zerstörung verwandelt“ habe und der jedermann hatte vor Augen führen müssen, dass die kommende „Entwicklung der modernen Welt [...] aus gefährlichen, ja katastrophalen Mischungen bestand.“⁶⁰ Insbesondere Europa, wo sich der Krieg entzündete und das sein hauptsächlicher Schauplatz werden sollte, hätte hier einen verhängnisvollen „Schritt aus der Zivilisati-

⁵⁵ Michael Kißener, Wie Völker hassen lernen. Deutsche und Franzosen im 19. Jahrhundert, In: Frankreich am Rhein – vom Mittelalter bis heute, hrsg. von Franz J. Felten, Stuttgart 2009 (Mainzer Vorträge; 13), S. 181–198, hier S. 193 [Hervorhebung von mir, P.K.].

⁵⁶ George F. Kennan, The Decline of Bismarck's European Order. Franco-Russian Relations 1875–1890, Princeton 1979, S. 3 [Hervorhebung im Original].

⁵⁷ Wolfgang J. Mommsen, Die Urkatastrophe Deutschlands. Der Erste Weltkrieg 1914–1918, Stuttgart 2002 (Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte; 17), S. 14.

⁵⁸ Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 2009 [engl. 1994].

⁵⁹ Vgl. gleichwohl die Beiträge in Roger Chickering und Stig Förster (Hrsg.), Great War, Total War. Combat and Mobilization on the Western Front 1914–1918, Cambridge 2000.

⁶⁰ Ernst Schulin, Die Urkatastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts, In: Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Wolfgang Michalka, Weyarn 1997 [1994], S. 3–27, hier S. 3.

on“⁶¹ heraus gemacht. Derlei Wertungen verdeutlichen, welche Dimensionen der Formel von der ‚Urkatastrophe‘ mittlerweile innezuwohnen und wie das die generelle Perspektive auf den Krieg bestimmen musste: Selbst diejenigen, die heute ohne wörtlichen Bezug auf Kennans Diktum auskommen, führen in der Regel die Erfahrungen des „Zeitalter[s] des Massakers“, ⁶² des „europäischen Bürgerkrieg[s]“⁶³ oder gar des „Weltbürgerkrieg[s]“, ⁶⁴ mithin also fast die gesamte Geschichte des 20. Jahrhunderts auf eine Grundsteinlegung im Ersten Weltkrieg zurück.

So viel auch für eine solche Auffassung sprechen mag und so wenig die Bedeutung des Weltkriegs für den weiteren Gang der Geschichte unterschätzt werden sollte, so darf auch nicht übersehen werden, dass die Argumentation von der ‚Urkatastrophe‘, wie sie mittlerweile dutzende Male vorgetragen und ja auch mit Blick auf die deutsch-französischen Beziehungen wiederholt worden ist, sich vor allem aus der *ex post*-Perspektive ergeben hat. Diese hatte mit Blick auf den weiteren Verlauf des 20. Jahrhunderts natürlich vor allem zwei wesentliche Fluchtpunkte: Einerseits, das zeigen die oben erwähnten Beispiele bereits, suchte man spätestens seit den 1960ern immer auch Anfänge und Vorbedingungen der großen Menschheitsverbrechen des Säkulum, die der Geschichtswissenschaft gerade wegen ihrer Inkommensurabilität zum dauerhaften Forschungsgegenstand werden mussten.⁶⁵ Und da nun schon im Ersten Weltkrieg jene „Ursprünge des NS- und des Sowjet-Regimes“ auszumachen waren, welche die Jahrhundert-Katastrophen von Vertreibung, Vernichtung und Massenmord wesentlich bedingen sollten, stellte man hier logischerweise eine direkte Verbindung her. Es sei letztlich der Erste Weltkrieg gewesen, so argumentierte jüngst Timothy Snyder, der es überhaupt ermöglicht habe, „dass Millionen von Menschen dem Befehl gehorchen würden, zu kämpfen und zu sterben – für abstrakte und ferne Ziele“.⁶⁶ Ganz ähnlich hatte auch Kennan seine Formulierung von der ‚Urkatastrophe‘ unmittelbar in einen Zusammenhang gestellt mit der Erkenntnis,

„to what overwhelming extent the determining phenomena of the interwar period, Rus-

⁶¹ Jürgen Angelow, Schritt aus der Zivilisation. Forschungen, Fragestellungen und Neudeutungen zum Kriegsausbruch von 1914, In: Das Deutsche Kaiserreich 1890–1914, hrsg. von Bernd Heidenreich und Sönke Neitzel, Paderborn u.a. 2011, S. 189–200, hier S. 189.

⁶² Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, S. 41.

⁶³ Etwa Enzo Traverso, Im Bann der Gewalt. Der europäische Bürgerkrieg 1914–1945, München 2008 [frz. 2007].

⁶⁴ Vor allem Ernst Nolte, Weltbürgerkrieg 1917–1989?, In: Ders., Lehrstück oder Tragödie? Beiträge zur Interpretation des 20. Jahrhunderts, Köln – Weimar – Wien 1991, S. 117–136.

⁶⁵ Vgl. etwa Gustav Seibt, 2000. Endliche Welt, kein Ende der Geschichte, In: Das Jahrtausend im Spiegel der Jahrhundertwenden, hrsg. von Lothar Gall, Berlin 1999, S. 379–418, v.a. S. 380f. Auch nach Norman M. Naimark, Flammender Hass. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert, München 2004 [engl. 2001], S. 78 sind die Gewaltverbrechen „zur beherrschenden historischen Metapher unseres Zeitalters geworden. [...] Besonders seit Anfang der sechziger Jahre ist der Holocaust in unserem intellektuellen, moralischen und religiösen Universum allgegenwärtig“. Siehe ferner Andreas Wirsching, Vom „Lehrstück Weimar“ zum Lehrstück Holocaust?, In: Aus Politik und Zeitgeschichte 1–3/2012, S. 9–14. Zur speziellen, mitunter ambivalenten Situation und Entwicklung der deutschen Geschichtswissenschaft in diesem Zusammenhang siehe Nicolas Berg, Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung, Göttingen ³2004 [12003; Diss. Freiburg 2001].

⁶⁶ Beide Zitate: Timothy Snyder, Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin, München 2011 [engl. 2010], S. 23.

sian Communism and German Nazism, and indeed the Second World War itself, were the products of that first great holocaust of 1914–18: Nature’s revenge, if you will, for the fearful abuse of the process of human life which that holocaust had represented“.⁶⁷

Ein anderer, ebenso grundlegender Blickwinkel auf den Krieg ergab sich aus der besonderen politischen Konstellation des Kalten Krieges, der vor allem die Generationen der miterlebenden Historiker auf verschiedene Art und Weise immer wieder zur Beschäftigung mit der Grundsteinlegung der bipolaren Welt anregte. Auch dafür mag das 1979 erschienene Buch des Containment-Politikers Kennan exemplarisch stehen, weil es die Relevanz des Ersten Weltkriegs als Forschungsgegenstand ja nicht zuletzt darin begründet sah, dass dieser auch für die 1980er Jahre ein „factor in the live of our own time“ gewesen sei, dessen Interpretation folglich aufzuzeigen vermocht habe, „where the dangers lay for ourselves in our attempt to come to terms with some of the great problems of public policy of our own day.“⁶⁸ Die Rekonstruktion historischer Kausalitäten hatte so natürlich eine konkrete Funktion, da die Sichtbarmachung geschichtlicher Zusammenhänge hier eigene Politik legitimieren konnte. Der Weltkrieg wurde in diesem Kontext als Brutkasten des späteren Ideologiekonflikts wahrgenommen, als entscheidender Ausgangspunkt, der dem Kommunismus überhaupt erst zum Durchbruch verhalf und ihn als Gegenspieler des westlichen Demokratiemodells in Position gebracht hatte.⁶⁹ Beide Forschungstendenzen finden bis heute im Wort von der ‚Urkatastrophe‘ zweifelsohne eine besondere begriffliche Prägnanz.

Selbst ohne die Legitimität dieser Sichtweisen generell in Zweifel ziehen zu wollen, ließe sich allerdings auch einiges gegen sie einwenden: Zum Beispiel, dass die heutige Forschung nach dem vorläufigen Ende des amerikanisch-russischen Dualismus logischerweise durch andere „lens of contemporary geopolitical realities“⁷⁰ auf den Beginn des 20. Jahrhunderts blicken muss, als Historiker dies zuvor angesichts ihre jeweiligen Gegenwart getan haben. Zudem könnte man kritisieren – und dies gerade auch mit Blick auf die deutsch-französischen Beziehungen –, dass der eher

⁶⁷ Kennan, *The Decline of Bismarck’s European Order*, S. 3. Insofern betont Jörg Echternkamp, 1914–1945: Ein zweiter Dreißigjähriger Krieg? Vom Nutzen und Nachteil eines Deutungsmodells der Zeitgeschichte, In: *Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse*, hrsg. von Sven Oliver Müller und Cornelius Torp, Göttingen 2009, S. 265–280, Anm. 1 zu Unrecht, dass Kennan mit der ‚Katastrophe‘ eigentlich das diplomatische Versagen und dessen Folgen für die europäische Ordnung gemeint und nicht die Verbrechen und Massenmorde mitgedacht habe, an die wir uns heute im Zusammenhang mit dem 20. Jahrhundert in der Regel erinnern. Natürlich hat Kennans Studie insgesamt eine andere Schwerpunktsetzung, weil ihr Autor einen Teilaspekt der Kriegsursachen für 1914 herausarbeiten möchte. Das berühmte Wort von der ‚Urkatastrophe‘ steht aber – wie das obige Zitat zeigt – explizit in Zusammenhang mit den katastrophalen Gewalterfahrungen während der beiden Weltkriege. Dies findet im Übrigen auch eine Entsprechung in Kennans generellem Geschichtsbild, das den Ersten Weltkrieg als „selbstzerstörerisch, irrational und tragisch“ eben bewusst in die historische Fluchtlinie hin zum Zweiten setzte. Vgl. A. Kai-Uwe Lange, *George Frost Kennan und der Kalte Krieg. Eine Analyse der Kennanschen Variante der Containment Policy*, Münster 2001 (Texte zu Politik und Zeitgeschichte; 3) [Diss. Marburg 2000], S. 40f.

⁶⁸ Kennan, *The Decline of Bismarck’s European Order*, S. 3f.

⁶⁹ Siehe u.a. David C. Engerman, *Ideology and the Origins of the Cold War, 1917–1962*, In: *The Cambridge History of the Cold War*, hrsg. von Melvyn P. Leffler und Odd Arne Westad, 3 Bde., Cambridge u.a. 2010, Bd. 1: *Origins*, S. 20–43.

⁷⁰ Adam R. Seipp, *Beyond the ‚Seminal Catastrophe‘: Re-imagining the First World War*, In: *Journal of Contemporary History* 41 (2006) 4, S. 757–766, hier S. 765.

deterministische Charakter der ‚Urkatastrophen‘-Interpretation eigentlich bereits mit dem Beginn des Krieges 1914 weitestgehend auszuschließen scheint, dass die Geschichte in den Folgejahren auch einen anderen Verlauf hätte nehmen können. Ein solcher Umstand hat mitunter zu gewissen Verkürzungen geführt, in denen der Erste Weltkrieg nur noch als „Auftakt und Vorbild für den Zweiten Weltkrieg“⁷¹ erschien und dadurch am Ende zu so etwas wurde wie einer „bloßen Generalprobe für das eigentliche Objekt des historischen Interesses“. Folglich hat man auf ihn auch „allzu leicht Fragestellungen und Erkenntnisinteressen ahistorisch [...] übertragen“⁷² können, die sich eigentlich vor allem im Zusammenhang mit dem späteren Krieg ergaben.

Vor diesem Hintergrund wird vielleicht verständlich, warum Aviel Roshwald und Richard Stites sich ausdrücklich dafür ausgesprochen haben, die ursprünglich zeitgenössische Bezeichnung vom ‚Great War‘ der numerisch-kausalen Kategorie des *Ersten* Weltkriegs wieder vorzuziehen. Dies könne, so ihr Argument, die ansonsten immer irgendwie implizierte Selbstverständlichkeit eines zwangsläufig nachfolgenden Krieges zu umgehen helfen, ohne dabei faktisch vorhandene Verbindungslinien grundsätzlich zu negieren. Stattdessen würde die Wiederentdeckung des älteren Begriffs dazu beitragen, den „earlier war in its own time and its own terms“⁷³ zu denken. Zudem trage die frühere Bezeichnung Eigenständigkeit und Relevanz der methodisch vielfältigen und innovativen Forschung zum Weltkrieg gesondert Rechnung.⁷⁴ Es sind ja gerade die vielen Studien zur Alltags- und Mentalitätsgeschichte des ‚Großen Krieges‘,⁷⁵ die seit Mitte der 1980er Jahre unser Wissen über die unmittelbare Kriegszeit und ihre gesellschaftlichen, politischen und psychologischen Folgen mithilfe kulturhistorischer Fragestellungen so massiv erweitert haben.⁷⁶

In Anbetracht dieser Gedanken empfähle es sich für eine Untersuchung der Grundprobleme in den deutsch-französischen Beziehungen während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vielleicht eher mit dem zu beginnen, was vor allem die mentalitätsgeschichtlich interessierte frankophone Forschung immer noch gern ‚la Grande Guerre‘ nennt.⁷⁷ Dass mit solchen unterschiedli-

⁷¹ So Hans-Ulrich Wehler, „Die Urkatastrophe“. Der Erste Weltkrieg als Auftakt und Vorbild für den Zweiten Weltkrieg, In: *Der Spiegel* vom 16.02.2004, S. 82–89.

⁷² Kritisch hierzu Aribert Reimann, Der Erste Weltkrieg – Urkatastrophe oder Katalysator?, In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 29–30 (2004), S. 30–38, hier S. 38.

⁷³ Aviel Roshwald und Richard Stites (Hrsg.), *European cultures in the Great War. The arts, entertainment and propaganda 1914–1918*, Cambridge 2002 [1999] (*Studies in the Social and Cultural History of Modern Warfare*; 6), S. 3.

⁷⁴ Vgl. Belinda Davis, Experience, Identity, and Memory: The Legacy of World War I, In: *Journal of Modern History* 75 (2003) 1, S. 111–131.

⁷⁵ Siehe dazu den Überblick bei Gerhard Hirschfeld, Der Erste Weltkrieg in der deutschen und internationalen Geschichtsschreibung, In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 29–30 (2004), S. 3–12. Zur französischen Forschung gesondert Élise Julien, À propos de l’historiographie française de la Première Guerre Mondiale, In: *Labyrinthe* 18 (2004) 2, S. 53–68.

⁷⁶ Hierzu auch Jean-Jacques Becker, L’évolution de l’historiographie de la Première Guerre Mondiale, In: *Revue historique des armées* 242 (2006), S. 4–15 und Roger Chickering, Ein Krieg, der nicht vergehen will. Zur Frage des methodischen Fortschritts in der Historiographie des Ersten Weltkrieges, In: *Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse*, hrsg. von Sven Oliver Müller und Cornelius Torp, Göttingen 2009, S. 281–289.

⁷⁷ So u.a. Antoine Prost und Jay Winter, *Penser la Grande Guerre. Un essai d’historiographie*, Paris 2004.

chen Titulierungen bereits gewisse Differenzierungen in der Interpretation und Bewertung des Weltkrieges zum Ausdruck kommen, sollte nicht unterschätzt werden: Wertet nämlich die eine Seite den Kriegsausbruch 1914 als „fundamentale historische Zäsur“,⁷⁸ welche die Welt „[a]uf allen Ebenen [...] nach dem Krieg eine andere als vor dem Krieg“⁷⁹ habe sein lassen, legen die Vertreter des ‚Grande Guerre‘-Modells eher weiter zurückreichende Kontinuitätslinien an und betonen unter anderem, wie sehr zum Beispiel der Erste Weltkrieg gerade französischerseits als erneuter deutsch-französischer Krieg wahrgenommen wurde, als „la deuxième grande guerre franco-allemande“⁸⁰ innerhalb von nicht einmal zwei Generationen.

Eine solche Analyse zeitgenössischer Perzeptionen deutet darauf hin, dass die akademischen Periodisierungsfragen für das 20. Jahrhundert keineswegs so klar beantwortet sind, wie mitunter der Eindruck erweckt wird.⁸¹ Wer vielmehr die gegenseitigen Wahrnehmungen des ‚Großen Krieges‘ in Deutschland und Frankreich für eine Untersuchung heranziehen will, müsste dafür – wie jüngst richtig betont wurde – die eigentlich in Stein gemeißelte Zäsur von 1914 ein Stück weit relativieren und fragen, „ab wann sich eigentlich die Beziehungen zwischen den beiden Nationen so verschlechterten“,⁸² dass man auf jeder Seite des Rheins den Weltkrieg als eine geradezu schicksalshafte, lang erwartete Wiederaufnahme des Krieges von 1870/71 verstehen konnte oder letztlich eventuell sogar verstehen musste.⁸³ Wer diese Zusammenhänge genauer ergründen will, der wird vermutlich zu etwas anderen Aussagen kommen, als sie bislang vom Gros der Forschung gemacht worden sind und wie sie vorwiegend versucht haben, den historischen Ort des Ersten Weltkriegs dadurch zu bestimmen, dass man vornehmlich seine ursächliche Bedeutung für den weiteren Verlauf des 20. Jahrhunderts betonte.⁸⁴

⁷⁸ Jürgen Angelow, *Der Weg in die Urkatastrophe. Der Zerfall des alten Europa 1900–1914*, Berlin 2010 (Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert; 2), S. 9.

⁷⁹ Andreas Rödder, *Zwischen Besatzung und Besetzung: Möglichkeiten und Grenzen deutsch-französischer Verständigung zwischen den Weltkriegen*, In: *Frankreich am Rhein – vom Mittelalter bis heute*, hrsg. von Franz J. Felten, Stuttgart 2009 (Mainzer Vorträge; 13), S. 199–216, hier S. 203.

⁸⁰ J.-J. Becker/Krumeich, *La Grande Guerre*, S. 9.

⁸¹ „Wenig Streit“ hinsichtlich der Zäsur von 1914 attestiert u.a. Hans-Peter Schwarz, *Fragen an das 20. Jahrhundert*, In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 48 (2000) 1, S. 1–36, hier S. 4. Dabei ist wohl eher das Gegenteil der Fall: Die Forschung kann immer noch vortrefflich darüber diskutieren, ob das ‚lange 19. Jahrhundert‘ als Gegenstück zum ‚kurzen 20.‘ nun schon 1914 endete – wie z.B. Klaus Tenfelde, *1914 bis 1990: Einheit der Epoche*, In: *Was ist Gesellschaftsgeschichte? Positionen, Themen, Analysen, zum 60. Geburtstag von Hans-Ulrich Wehler* hrsg. von Manfred Hettling u.a., München 1991, S. 70–79 glaubt – oder doch eher erst 1918, wie Reimann, *Der Erste Weltkrieg – Urkatastrophe oder Katalysator?*, S. 38 argumentiert. Hinzu kommt die Frage nach dem Epochenjahr 1917, das in globaler Perspektive gern noch stärker betont wird als 1914 oder 1918. Siehe z.B. Gottfried Niedhart, *Internationale Beziehungen 1917–1947*, Paderborn u.a. 1989 (UTB; 1552).

⁸² Gerd Krumeich, *Frankreichs Sicht des deutschen Kaiserreiches 1890–1914*, In: *Das Deutsche Kaiserreich 1890–1914*, hrsg. von Bernd Heidenreich und Sönke Neitzel, Paderborn u.a. 2011, S. 241–254, hier S. 241.

⁸³ Vgl. J.-J. Becker/Krumeich, *La Grande Guerre*, S. 15.

⁸⁴ Siehe u.a. die Beiträge in Jay Winter, Geoffrey Parker und Mary R. Habeck (Hrsg.), *Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert*, Hamburg 2002 [engl. 2000].

Eine etwas anders gerichtete Perzeptionsanalyse zum ‚Grande Guerre‘ soll dabei den geschichtswissenschaftlichen Bemühungen um große zusammenhängende Analysen, wie sie in Kennans Interpretation von der ‚Urkatastrophe‘ ja oft ihren Ausgang nehmen, natürlich nicht ihre generelle Existenzberechtigung absprechen. Selbstverständlich müssen Historiker auch im 21. Jahrhundert darauf aus sein, „so etwas wie eine innere Einheit im Chaos zu erkennen“,⁸⁵ und den Ersten Weltkrieg historisch damit in den größeren Zusammenhang einordnen. Die Frage ist nur, ob der dafür bisher häufig gewählte Zeitrahmen – nämlich mit Ausrichtung auf die nachfolgende Zeit, also vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg – der einzig sinnvolle sein muss oder ob der ‚Große Krieg‘ als Gegenstand der damaligen Erfahrungswelt nicht eher in einer gewissen Kontinuität zum 19. Jahrhundert steht⁸⁶ und er seine besondere Bedeutung im Zeitkontext weniger als zäsuraler Beginn einer neuen Epoche erhielt, als vielmehr durch die Fortschreibung historischer Feindbilder in das 20. Jahrhundert hinein.

Natürlich, so mag man einwenden, haben auch die großen Interpretationsversuche mit Blick auf das ‚Zeitalter der Extreme‘ bereits zeitgenössische Wahrnehmungen berücksichtigt. Angesichts der Tatsache, dass der Zweite Weltkrieg hier aber offenbar die größere Prägekraft besaß, führten diese Bemühungen in der Regel dazu, beide Weltkriege nur noch näher in Beziehung zueinander zu setzen. Bestes Beispiel dafür ist der Versuch, sie begrifflich mit der Vorstellung von einem ‚zweiten Dreißigjährigen Krieg‘ Europas zwischen 1914 und 1945 zu fassen – eine Interpretation, die bereits Charles de Gaulle und Winston Churchill jeweils in den 1940ern benutzt hatten.⁸⁷ Als Deutungsmodell mag es für bestimmte Periodisierungen in größerem Kontext auch sinnvoll erscheinen;⁸⁸ es muss im Gegenzug aber ebenso klar sein, dass es als geschichtswissenschaftliches Narrativ zumindest eine gewisse Abwertung der Zeit zwischen den Kriegen zur Folge hat, wenn nicht sogar schlimmstenfalls deren Nivellierung zum unbedeutenden Zwischenspiel. Denn natürlich liegt hier eine Wertung aus dem Blickwinkel einer Rückprojektion zugrunde, die unter Umständen weit mehr verdeckt als erklärt. Wenn die 20er Jahre heute in der allgemeinen Rezeption oft nur noch als ein von Krisen vorbereitetes Aufmarschgebiet europäischer Dik-

⁸⁵ Schwarz, Fragen an das 20. Jahrhundert, S. 2.

⁸⁶ So die Argumentation von Reimann, Der Erste Weltkrieg – Urkatastrophe oder Katalysator?, S. 37f.

⁸⁷ De Gaulle hielt bereits im Spätsommer 1941 vom Londoner Exil aus eine Radioansprache, in der er von einem ‚dreißigjährigen Krieg gegen die weltweite Herrschaft des Germanismus‘ sprach. Siehe Charles de Gaulle, Discours et Messages, 5 Bde., Paris 1970, Bd. 1: Pendant la guerre, S. 102f. Ein Audiomittschnitt und das Transkript der Rede vom 18. September finden sich auch auf <http://www.ina.fr/fresques/de-gaulle/fiche-media/Gaulle00403/le-pere-la-defaite.html> (23.03.2012). Churchill griff die Formel in der Einleitung zu seinen Kriegserinnerungen auf. Siehe Winston Churchill, The Second World War, 6 Bde., London 1948-1954, Bd. 1: The Gathering Storm, S. VII.

⁸⁸ Vgl. v.a. Arno J. Mayer, Der Krieg als Kreuzzug. Das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die „Endlösung“, Reinbek 1989 [engl. 1988], S. 65–71 und Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, 5 Bde., München 1987–2008, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, S. 985–994.

taturen erscheinen,⁸⁹ ja, letztlich als ein Teil des eigentlichen, allumfassenden Krieges, zeigt dies zweifelsohne eine Tendenz zur Simplifizierung:

„Der Begriff des ‚zweiten Dreißigjährigen Krieges‘ suggeriert eine Zwangsläufigkeit der Entwicklung zwischen 1914 und 1945 und verwandelt die Friedensjahre im nachhinein in eine optische Täuschung – eine teleologische und deterministische Geschichtssicht, die keinen Raum mehr läßt für die Unterscheidung zwischen dem, was als Möglichkeit im Ausgang des Ersten Weltkrieges angelegt war, und dem, was unter dem Einfluß einer globalen ökonomischen Katastrophe politische Wirklichkeit wurde.“⁹⁰

Um eine solche Verkürzung zu verhindern, sollte man also differenzieren: Was jemandem wie de Gaulle unter dem unmittelbaren Eindruck der deutschen Besatzung 1940 noch zugestanden werden kann – nämlich die Jahre nach 1918 lediglich als „une absurde suspension d’armes au cours de laquelle l’ennemi refit ses forces d’agression“⁹¹ zu sehen – hat bei unkritischer Übernahme für den heutigen Historiker, jedenfalls für den Historiker der Zwischenkriegszeit kaum noch wirklichen Erklärungswert. Gerade

„weil wir wissen, wie die Entwicklung weitergegangen ist, welche Fehlentscheidung zum Zweiten Weltkrieg und von da aus weiter zur Drohung eines dritten [...] geführt haben“,

erscheint es sinnvoller, die Geschichte nach 1918 ganz bewusst eben auch „mit den Augen der Zeitgenossen der unmittelbaren Nachkriegszeit“ und „im Bewußtsein [...] der Offenheit der Geschichte nach vorn“⁹² zu schreiben.

Dafür erscheint es insbesondere nötig, die Jahre ab 1918/19 vor dem Hintergrund der damaligen Situation zu sehen, anstatt die Periode zwischen Versailler Friedensvertrag und der deutschen Besetzung Frankreichs zwei Dekaden später aus der historischen Gesamtschau heraus herunterzubrechen auf das Bild eines letztlich nur ‚20 Jahre währenden Waffenstillstands‘.⁹³ Derlei kann dem Zeitabschnitt und seinen handelnden Personen vermutlich nicht gerecht werden, weil es ihnen am Ende ja genau das nimmt, „was jede Zeit und auch unsere Gegenwart [eigentlich; P.K.] hat, nämlich eine offene Zukunft.“⁹⁴ Und natürlich ist insofern auch der französische Historiker René Rémond im Recht, wenn er darauf hinweist, dass sogar der Terminus ‚Zwischenkriegszeit‘

⁸⁹ So kommt die Zwischenkriegs-Dekade in der deutschen Ausgabe des *Le Monde Diplomatique*-Geschichtsatlas‘ zum 20. Jahrhundert genau zwei Mal vor: nämlich anlässlich der Weltwirtschaftskrise 1929 sowie wegen des Aufstiegs von Mussolini und Hitler. Siehe Benoit Breville u.a. (Hrsg.), Atlas der Globalisierung. Das 20. Jahrhundert, Berlin 2011 [frz. 2010], S. 20–23.

⁹⁰ Heinrich August Winkler, Geschichte des Westens, 3 Bde., München 2009ff., Bd. 2: Die Zeit der Weltkriege 1914–1945, S. 1200f.

⁹¹ De Gaulle, Discours et Messages, Bd. 1, S. 102.

⁹² Andreas Hillgruber, Der historische Ort des Ersten Weltkrieges, In: Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa. Festschrift für Karl Dietrich Bracher, hrsg. von Manfred Funke u.a., Düsseldorf 1987, S. 109–123, hier S. 120.

⁹³ So z.B. James Sheehan, Kontinent der Gewalt. Europas langer Weg zum Frieden, München 2008 [engl. 2008], S. 123–152.

⁹⁴ Eindrücklich: Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918, 2 Bde., München 1990–1992., Bd. 2: Machtstaat vor Demokratie, S. 881.

(frz.: l'entre-deux-guerres) bei unreflektiertem Gebrauch eine Verzerrung des Untersuchungsgegenstandes zur Folge haben kann: „[C]’est projeter sur la vision des contemporains le point de vue de la génération d’après.“⁹⁵ Bei aller historischen Relevanz des Zweiten Weltkriegs und der vor, während sowie nach ihm sich ereignenden Menschheitsverbrechen liegt die Gefahr für den Historiker in einer Verkleinerung der vorherigen Geschichte zum Prolog, in dem alles zuvor Geschehene zum Vorspiel des Schreckens zusammenschmilzt. Die Jahre des Ersten Weltkriegs und die Nachkriegszeit *allein* als Vorgeschichte des Kommenden zu sehen, sie mithin *allein* von ihrem Ende her zu denken, wie es mit Blick auf 1933 und den erneuten Kriegsbeginn 1939 gerade in Deutschland oft getan wurde,⁹⁶ entspräche einer Außerachtlassung der zeitgenössischen Umstände und Handlungsmöglichkeiten, die vor allem Geschichtswissenschaftler stets mitdenken sollten, wenn sie – wie Thomas Nipperdey zu Recht betont hat – ihrem Sujet im Bemühen um Objektivität gerecht werden wollen.

Wer die deutsch-französischen Verständigungsbemühungen der 1920er *allein* vor dem Hintergrund der Entwicklungen zehn und zwanzig Jahre später beschreiben wollen würde, käme letztlich nicht über eine Geschichte des Scheiterns hinaus, in der jeder Annäherungsschritt, jeder bilaterale Vertrag, jeder Versuch der Friedenssicherung unter den Eindruck der Vergeblichkeit geriete. Dass sie aber – gleichwohl ihnen in mittelfristiger Perspektive zunächst kaum Erfolg beschert war – dennoch von historischer Relevanz sind, ist nicht nur dem Umstand ihrer Renaissance während der 1950er und 60er Jahre geschuldet,⁹⁷ sondern liegt ja nicht zuletzt auch in der Tatsache begründet, „daß der geschichtliche Prozess, bevor das zu erklärende Ereignis eingetreten ist, nicht voll determiniert ist“,⁹⁸ ja, dass er es auch gar nicht sein kann.

Diese Überlegungen sollen gleichwohl nicht bestreiten, dass das Bild vom ‚zweiten Dreißigjährigen Krieg‘ und das der darin aufgehenden Waffenstillstandsperiode nichtsdestotrotz einen gewissen Reiz haben, der vielleicht weniger in einer besonderen historischen Erklärungskraft liegt,

⁹⁵ René Rémond, *Notre siècle de 1918 à 1991*, Paris 1991 [1988] (Histoire de France; 6), S. 38.

⁹⁶ Richtungsweisend hier bereits Karl Dietrich Erdmann, *Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft*, In: *Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte* 3 (1955), S. 1–19, hier S. 5: „Alle Forschung zur Geschichte der Weimarer Republik steht mit Notwendigkeit – ausgesprochen oder unausgesprochen – unter der Frage nach Ursachen ihres Zusammenbruchs.“ Später ist diese Fokussierung auf den Zivilisationsbruch und seine Ursachen auch auf die Forschung zum Kaiserreich übertragen worden, das fortan vielen bereits als Teil des „besonderen Sonderwegs der Deutschen“ erschien. Grundlegend Hans-Ulrich Wehler, *Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918*, Göttingen 1988 [1973] (Deutsche Geschichte; 9), hier S. 11. Einen Forschungsüberblick dazu bietet Helmut Walser Smith, *Jenseits der Sonderweg-Debatte*, In: *Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse*, hrsg. von Sven Oliver Müller und Cornelius Torp, Göttingen 2009, S. 31–50.

⁹⁷ Vgl. neben den Beiträgen in Stefan Martens (Hrsg.), *Vom „Erbfeind“ zum „Erneuerer“*. Aspekte und Motive der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Sigmaringen 1993 (Beihefte der Francia; 27) jetzt v.a. Corine Defrance und Ulrich Pfeil, *Eine Nachkriegsgeschichte in Europa 1945 bis 1963*, Darmstadt 2011 (WBG Deutsch-Französische Geschichte; 10). Mit besonderem Augenmerk auf die wirtschaftlichen Faktoren schon John Gillingham, *Coal, Steel, and the Rebirth of Europe, 1945–1955. The Germans and French from Ruhr Conflict to Economic Community*, Cambridge u.a. 1991.

⁹⁸ Klassisch: Thomas Nipperdey, *1933 und die Kontinuität der deutschen Geschichte*, In: Ders., *Nachdenken über die deutsche Geschichte. Essays*, München 1986, S. 186–205, hier S. 187 [zuerst 1978].

als vielmehr in der speziellen Griffigkeit der Formulierung. Und natürlich, auch das muss klar sein, sind alle angesprochenen Begriffe – Urkatastrophe, Erster Weltkrieg, Zweiter Weltkrieg, Zwischenkriegszeit, mit Abstrichen sogar der ‚zweite Dreißigjährige Krieg‘ – nach wie vor vollkommen legitim und unter bestimmten Voraussetzungen auch praktikabel, nicht zuletzt weil sie eben in Teilen damalige Wahrnehmungshaltungen widerspiegeln. Wie angedeutet erschließt sich aus der Perspektive der 1940er Jahre zum Beispiel sehr wohl, warum die zwei Weltkriege als eine mehr oder minder in sich geschlossene Erfahrungseinheit begriffen werden konnten, die dann wiederum erinnerungsgeschichtlich zur Epoche wurde.⁹⁹ Solche Periodisierungen folgen dabei aber, selbst wenn sie sich kollektiv verfestigen, in der Regel logischerweise eher aktualitätsbezogenen und autobiographischen Mustern denn objektiv-rationalen. Ein zeitgenössisches Epochenbewusstsein entsteht für gewöhnlich dadurch, dass die „Vergangenheit [...] aus der Perspektive einer jeweiligen Gegenwart interpretiert und reinterpretiert“ wird, um dann „zugleich [...] beides“ – also Vergangenheit und Gegenwart – „auf eine antizipierte Zukunft hin“ neu ausrichten zu können. Eine solche „historische Selbstverortung“ wird insofern zu einem politischen Faktor, als dass sie neben einer gewissen Legitimierungsfunktion für Individuen, Gruppen oder Generationen diesen letztlich auch „in die Zukunft weisende Handlungsräume eröffnet.“¹⁰⁰

Dementsprechend ist de Gaulles Rhetorik aus den Jahren 1940/41 natürlich nicht das Ergebnis einer historisch tiefergehenden Analyse der europäischen Geschichte des frühen 20. Jahrhunderts, sondern vielmehr beredtes Beispiel dafür, wie sehr die französische *Résistance* unter seiner Führung bewusst versucht hat, mit zum Teil stark aufgeladenen Formulierungen direkt an die kollektiven Erinnerungsressourcen der eigenen Landsleute zu appellieren. Wenn de Gaulle einen „guerre de trente ans, pour ou contre la domination universelle du germanisme“¹⁰¹ heraufbeschwor, dann weil sich seine Widerstandsbewegung *France libre* ganz offensiv darum bemühte, selbst als einzig legitimer Erbe der während des Ersten Weltkriegs siegreichen *Grande Nation* aufzutreten. Das Identität stiftende und Kontinuität betonende Berufen auf das ‚ewige Frankreich‘¹⁰² sollte nicht nur für den Kampf gegen Hitler-Deutschland mobilisieren, sondern im nationalen Erinnerungskontext auch verdeutlichen, wie sehr die Kollaboration des Vichy-Regimes unter diesen Gesichtspunkten ein Verrat an den Traditionen der französischen Republik sein musste.¹⁰³

⁹⁹ Vgl. Bruno Thoß, Die Zeit der Weltkriege – Epochen als Erfahrungseinheit?, In: Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Bruno Thoß und Hans-Erich Volkmann, Paderborn u.a. 2002, S. 7–30.

¹⁰⁰ Alle Zitate: Volker Depkat, Lebenswenden und Zeitenwenden. Deutsche Politiker und die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, München 2007 [Habil. Greifswald 2003], S. 129 und 30.

¹⁰¹ De Gaulle, Discours et Messages, Bd. 1, S. 102f.

¹⁰² Hierzu Clemens Klünemann, Akt einer neuen politischen Kultur. De Gaulles Aufruf und die „France éternelle“, In: Dokumente/Documents 2/2010, S. 37–41.

¹⁰³ Siehe besonders Philippe Burrin, Vichy, In: Les lieux de mémoire, hrsg. von Pierre Nora, 7 Bde., Paris 1984–1992 (Bibliothèque illustrée des histoires), Bd. 3.1: Les Frances. Conflits et partage, S. 321–345.

Die eigentliche Kontinuitätslinie zwischen beiden Kriegen war in diesem Kontext weniger eine historisch-kausale, als vielmehr eine erinnerungsgeschichtlich-patriotische.¹⁰⁴ De Gaulle konnte seine Radioansprachen 1940/41 also bewusst an das kollektive Gedächtnis seiner Nation richten,¹⁰⁵ dem die ‚Erbfeindschaft‘ zum Rheinnachbarn vor dem Hintergrund der mittlerweile über mehrere Generationen tradierten Erinnerung an die allgegenwärtige deutsche Bedrohung zur Selbstverständlichkeit geworden war. Zur Umsetzung politischer Inhalte entwarf der französische Widerstand keine fernen Zukunftspläne, sondern berief sich auf die Instrumentalisierungskraft der Geschichte. Es versteht sich wohl von selbst, dass wer die Rhetorik de Gaulles verstehen und wissenschaftlich nutzbar machen will, die Ursprünge dieser mobilisierbaren Erinnerungshaltung berücksichtigen muss, wie sie sich weit in die Neuzeit zurückverfolgen lassen und wie sie sich seitdem in verschiedener Weise verfestigt und intensiviert hatten. Denn dies lässt sich verallgemeinern: Die besondere Situation der deutsch-französischen Beziehungen – wie sie hier bereits deutlich geworden ist – wird man nur verstehen, wenn man jenen öffentlichen Erbfeindschaft-Diskursen genauer nachgeht, die vor allem im Verlauf des 19. Jahrhunderts nationale Rollenverständnisse hervorbrachten und allgemeine Differenzen zum jeweiligen deutschen respektive französischen Gegenüber fest „in nationale Gegensätze umdefiniert[en]“,¹⁰⁶ die sie dann bis weit ins 20. Jahrhundert hinübertrugen.

Schon in den 1840er und 50er Jahren waren Teile der französischen Gesellschaft darum bemüht gewesen, die von der Forschung oft herausgehobene Deutschenverehrung der Jahre zuvor wieder stärker zu relativieren. Diese hatte sich während der Restaurations-Ära vor allem an Madame de Staëls Bestseller *De L'Allemagne* entzündet und zeitweise sogar zu regelrechten Pilgerreisen nach Deutschland geführt.¹⁰⁷ Freilich handelte es sich dabei eher um ein Intellektuellen-Phänomen, während innerhalb der breiten Bevölkerung bereits zu diesem frühen Zeitpunkt vornehmlich negative Ressentiments die Wahrnehmung vom deutschen Nachbarn dominiert haben dürften. Gerade die Erinnerungen an die vielerorts als besonders rigide empfundene Besatzungspolitik Preußens nach Ende der napoleonischen Kriege trugen ihren Teil dazu bei,¹⁰⁸ dass es in der französischen Öffentlichkeit zahlreiche Stimmen gab, die vor den Gefahren warnten, welche

¹⁰⁴ Hierzu v.a. Matthias Waechter, De Gaulles 30jähriger Krieg. Die Résistance und die Erinnerung an 1918, In: Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918, hrsg. von Jost Dülffer und Gerd Krumeich, Essen 2002 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, N.F.; 15), S. 51–60.

¹⁰⁵ Zu Konzept und Theorie des kollektiven Gedächtnisses siehe einführend Astrid Erll, Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung, Stuttgart – Weimar 2011 [12005].

¹⁰⁶ Jeismann, Das Vaterland der Feinde, S. 23.

¹⁰⁷ Vgl. hierzu Jérôme Pascal, Germanies Liebe zu Deutschland, In: Dokumente/Documents 4/2010, S. 81–84.

¹⁰⁸ Siehe Ilja Mieck, Das Preußenbild der Franzosen zwischen 1815 und 1870, In: Médiations/Vermittlungen. Aspects des relations franco-allemandes du XVII^e siècle à nos jours, hrsg. von Michel Grunewald und Jochen Schlobach, 2 Bde., Bern u.a. 1992 (Contacts, Série II – Gallo-Germanica; 7), S. 281–301, hier S. 287–289.

der sich immer deutlicher abzeichnende deutsche Nationalismus für die europäische Ordnung mit sich zu bringen schien.¹⁰⁹ Was genau man hier bedroht sah, hing natürlich wesentlich vom eigenen Standpunkt ab: War ein aufstrebendes, zunehmend von Preußen dominiertes Deutschland bereits eine Gefahr für die französische Sicherheit¹¹⁰ oder doch eher für das, was die Franzosen bisweilen unter europäischer Ordnung verstehen wollten: nämlich die eigene kontinentale Vormachtstellung?¹¹¹ In der Tat spricht nicht Weniges für Letzteres. Die patriotische Selbstgewissheit vom natürlichen Führungsanspruch war gerade innerhalb Frankreichs nach wie vor sehr stark verbreitet.¹¹² Die grundsätzliche Erwartungshaltung der post-napoleonischen Zeit zielte trotz – oder vielleicht auch gerade wegen – der Wiener Ordnung von 1815 auf Wahrung respektive Ausbau von Prestige und Einfluss des eigenen Landes im internationalen System.¹¹³

Ein derartiges Selbstverständnis musste sich in der Folgezeit unter anderem durch den Londoner Vertrag von 1840 herausgefordert fühlen, mit dem Großbritannien, Russland, Österreich und eben Preußen gegen die regionalen Interessen Frankreichs die Erhaltung des Osmanischen Reiches garantierten, was man losgelöst vom eigentlichen Konflikt französischerseits in aller erster Linie als eine gezielte Demütigung durch die anderen Großmächte der Pentarchie empfand.¹¹⁴ Überhaupt war die an Bedeutung stetig noch zulegende französische Öffentlichkeit seit der schockhaften Niederlage Napoleons I. – und gleichwohl man danach de facto im Status einer Großmacht verblieb – „hochsensibel für jede scheinbare oder tatsächliche Missachtung französischer Größe.“¹¹⁵ Den nun in der Ferne getroffenen nationalen Stolz suchte man in Paris dadurch wiederaufzurichten, dass die Revanchegelüste innerhalb der Bevölkerung gezielt auf die Forderung nach Wiederherstellung der Rhein-Grenze kanalisiert wurden.¹¹⁶ Obwohl beide Dinge auf den ersten Blick eigentlich gar nichts miteinander zu tun hatten, sollte die internationale Brüskierung, die man im Orient erlebt hatte, in Europa wieder ausgewetzt werden. Auch wenn das von

¹⁰⁹ Vgl. Poidevin/Bariéty, Frankreich und Deutschland, S. 46–53.

¹¹⁰ Hierzu Reiner Marcowitz, Frankreich – Akteur oder Objekt des europäischen Mächtekonzerts 1814–1848?, In: Das europäische Mächtekonzept. Friedens- und Sicherheitspolitik vom Wiener Kongreß 1815 bis zum Krimkrieg 1853, hrsg. von Wolfram Pyta unter Mitarbeit von Philipp Menger, Köln – Weimar – Wien 2009 (Stuttgarter historische Forschungen; 9), S. 103–123, bes. S. 121.

¹¹¹ So Elisabeth Fehrenbach, Preußen-Deutschland als Faktor der französischen Außenpolitik in der Reichsgründungszeit, In: Europa und die Reichsgründung. Preußen-Deutschland in der Sicht der großen europäischen Mächte 1860–1880, hrsg. von Eberhard Kolb, München 1980 (HZ, Beihefte N.F.; 6), S. 109–137, v.a. S. 109

¹¹² Hierzu z.B. Winfried Baumgart, Europäisches Konzert und nationale Bewegung. Internationale Beziehungen 1830–1878, Paderborn u.a. 1999 (Handbuch der Geschichte der internationalen Beziehungen; 6), S. 204.

¹¹³ Vgl. neben Francis Roy Bridge und Roger Bullen, The Great Powers and the European States System 1814–1914, Harlow 2005 [1980], S. 84f. auch Volker Sellin, France, the Vienna Settlement and the Balance of Power, In: „The Transformation of European Politics, 1763–1848“: Episode or Model in Modern History?, hrsg. von Peter Krüger und Paul W. Schroeder unter Mitarbeit von Katja Wüstenbecker, Münster 2002 (Forschungen zur Geschichte der Neuzeit. Marburger Beiträge; 5), S. 227–234.

¹¹⁴ Siehe Poidevin/Bariéty, Frankreich und Deutschland, S. 32f.

¹¹⁵ Marcowitz, Frankreich – Akteur oder Objekt des europäischen Mächtekonzerts 1814–1848?, S. 109.

¹¹⁶ Vgl. Winkler, Geschichte des Westens, Bd. 1: Von den Anfängen der Antike bis zum 20. Jahrhundert, S. 542f.

außen betrachtet vielleicht „alles andere als rational“¹¹⁷ erscheinen mag, wird man das außergewöhnliche Nationalbewusstsein in Frankreich nicht unterschätzen dürfen,¹¹⁸ das die dortige Politik sowohl im Inneren als auch nach außen besonders geprägt hat.¹¹⁹ Und über den Faktor ‚Prestige‘ ließen sich die beiden regionalen Gemengelagen im Orient und am Rhein aus einer zugegebenermaßen franko-zentrischen Weltsicht eben doch miteinander verbinden, zumal die Idee von den ‚natürlichen Grenzen‘ (frz.: les frontières naturelles) in Frankreich seit jeher eine große Anziehungskraft besessen hatte, gerade was den Rhein anbetraf.¹²⁰

Obschon der durch diese Entwicklungen über mehrere Monate drohende große Krieg letztlich ausblieb – denn anders als durch einen Krieg wäre eine solche territoriale Revision wohl nicht zu erreichen gewesen –,¹²¹ so verschärfte das Jahr 1840 doch merklich den Ton zwischen beiden Ländern und ihren jeweiligen Gesellschaften; nicht zuletzt auch dadurch, dass Frankreich als „Feindbild und Antipode“¹²² die deutsche Einheitsbewegung nur noch weiter in ihren nationalstaatlichen Zielen bestärkte.¹²³ Die in Deutschland wiederaufkommende „Franzosenfeindschaft der Befreiungskriege [...], diesmal ohne das Nord-Süd-Gefälle der napoleonischen Zeit“, wurde zum Kern eines „gesamtdeutschen Nationalismus“,¹²⁴ der fortan „zu einer bürgerlichen Massenbewegung“¹²⁵ von enormer „Breiten- und Langzeitwirkung“¹²⁶ anwachsen konnte. Es ist nicht ohne Ironie, dass ihr geradezu sprichwörtliches Selbstbewusstsein die französische Öffentlichkeit weiter darüber täuschte, dass eine rigoros anti-deutsche Haltung eben nur noch mehr zum dortigen Prozess der nationalen Integration beitragen musste, was den eigenen Interessen gleichwohl diametral entgegenstand. Denn je stärker die deutschen Einigungsbestrebungen nun

¹¹⁷ Kißener, *Wie Völker hassen lernen*, S. 188.

¹¹⁸ Siehe Ilya Mieck, *Der Einfluß der „Orientalischen Frage“ auf die französisch-preußischen Beziehungen im 19. Jahrhundert*, In: *Les tiers dans le relations franco-allemandes*, im Auftrag des Deutsch-Französischen Historikerkomitees hrsg. von Christian Baechler und Klaus-Jürgen Müller, München 1996, S. 139–153, v.a. S. 149.

¹¹⁹ Neben Maurice Agulhon, *Die nationale Frage in Frankreich: Geschichte und Anthropologie*, In: *Nation und Emotion. Deutschland und Frankreich im Vergleich. 19. und 20. Jahrhundert*, hrsg. von Etienne François, Hannes Siegrist und Jakob Vogel, Göttingen 1995 (*Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft*; 10), S. 56–65 zur ‚identité nationale française‘ ist auch immer noch lesenswert Theodore Zeldin, *France 1848–1945*, 2 Bde., Oxford 1973–1977 (*Oxford History of Modern Europe*), Bd. 2: *Intellect, Taste and Anxiety*, S. 3–28.

¹²⁰ Vgl. v.a. Joseph Smets, *Le Rhin, frontière naturelle de la France*, In: *Annales historiques de la Révolution française* 314 (1998), S. 657–698.

¹²¹ Hierzu Winkler, *Geschichte des Westens*, Bd. 1, S. 543.

¹²² Jeismann, *Vaterland der Feinde*, S. 168.

¹²³ Siehe noch immer Irmeline Veit-Brause, *Die deutsch-französische Krise von 1840. Studien zur deutschen Einheitsbewegung*, Diss. Köln 1967.

¹²⁴ Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, 2 Bde., München 2000, Bd. 1: *Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik*, S. 87.

¹²⁵ Andreas Etges, *Von der „vorgestellten“ zur „realen“ Gefühls- und Interessengemeinschaft? Nation und Nationalismus in Deutschland von 1830 bis 1848*, In: *Die Politik der Nation. Deutscher Nationalismus in Krieg und Krisen 1760–1960*, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Jörg Echternkamp und Sven Oliver Müller, München 2002 (*Beiträge zur Militärgeschichte*; 56), S. 61–80, hier S. 64.

¹²⁶ Mieck, *Der Einfluß der „Orientalischen Frage“ auf die französisch-preußischen Beziehungen im 19. Jahrhundert*, S. 152.

wurden, desto größer war auch die Herausforderung, die sie bedeuteten für den als unverrückbar angesehenen französischen „Anspruch auf die *Prépondérance* in Europa“.¹²⁷

Dies führte in mittelfristiger Perspektive zu einer Art *self-fulfilling prophecy*: Während sich in Frankreich „das Stereotyp vom territorialen Nimmersatt“¹²⁸ Preußen verbreitete und die Warnungen vor dessen kriegerischer Macht- und Eroberungspolitik immer radikaler wurden,¹²⁹ belebte diese Rhetorik tatsächlich nicht unwesentlich den „Gedanken einer nationalen Führungsrolle Preußens [...] bis in die Reihen der konservativen Führungselite“¹³⁰ hinein. Die jetzt einsetzende Imagination einer deutschen ‚Waffenbrüderschaft‘ gegen den Rivalen im Westen wurde zu einer der Grundvoraussetzungen dafür, dass die nationalpolitischen Differenzen zwischen den und innerhalb der deutschen Staaten zugunsten eines patriotischen Konsenses an Gewicht verloren.¹³¹ Wie nicht zuletzt das jeweilige Liedgut der Zeit zeigte, erhitzten sich fortan beiderseits des Rheins die Gemüter in geradezu schwindelerregender Art und Weise.¹³² Jedem Anlass zum Dissens folgte eine – mal schwerere, mal leichtere – Bedrohungssituation des europäischen Friedens. Und der Kriegsausbruch von 1870 erschien vielen dann sogar „nachträglich eine partielle Rechtfertigung“¹³³ zu sein für die enormen Aufgeregtheiten der Vorzeit, die in beiden Bevölkerungen nur noch weiter zur Herausbildung und Verfestigung antagonistischer Feindbilder beigetragen hatte.

Noch immer ließe sich lebhaft darüber diskutieren, ob Europa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts geradezu zwangsläufig auf eine kriegerische Auseinandersetzung zusteuern musste angesichts der immer drängenderen Frage, inwieweit ein starker deutscher Nationalstaat in der Mitte des Kontinents allgemein verträglich war – oder eben nicht. Natürlich gibt es auch hier keinerlei Anlass, einem historischen Determinismus das Wort zu reden. Mit Blick auf die machtpolitische Ausgangslage lassen sich gleichwohl zumindest Anhaltspunkte dafür finden, dass spätestens in den 1860er Jahren ein Konflikt zwischen der selbstbewussten, außenpolitisch zunehmend wieder gestärkten *status quo*-Macht Frankreich und dem aufstrebenden Parvenü Preußen in diesem Punkt auf längere Sicht als recht wahrscheinlich gelten musste, auch wenn er

¹²⁷ Fehrenbach, Preußen-Deutschland als Faktor der französischen Außenpolitik, S. 109. Ähnlich auch Jörg Ulbert, *France and German Dualism 1756–1871*, In: *A History of Franco-German Relations in Europe. From „Hereditary Enemies“ to Partners*, hrsg. von Carine Germond und Henning Türk, New York 2008, S. 39–48, bes. S. 45f.

¹²⁸ Klaus Rudolf Wenger, *Preußen in der öffentlichen Meinung Frankreichs 1815–1870. Politische Aspekte des französischen Preußenbildes. Ein Beitrag mit historischer Analyse nationaler Urteilsklischees*, Göttingen 1979 (*Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft*; 50) [Diss. 1976], S. 223.

¹²⁹ Hierzu Fehrenbach, *Preußen-Deutschland als Faktor der französischen Außenpolitik*, S. 128f.

¹³⁰ Elisabeth Fehrenbach, *Verfassungsstaat und Nationsbildung 1815–1871*, München 1992 (*Enzyklopädie Deutscher Geschichte*; 22), S. 25.

¹³¹ Vgl. Nikolaus Buschmann, *Einkreisung und Waffenbrüderschaft. Die öffentliche Deutung von Krieg und Nation in Deutschland 1850–1871*, Göttingen 2003 (*Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft*; 161) [Diss. Tübingen 2003], z.B. S. 235.

¹³² Siehe Kißener, *Wie Völker hassen lernen*, S. 188–190.

¹³³ Mieck, *Das Preußenbild der Franzosen zwischen 1815 und 1870*, S. 301.

unter gewissen Umständen sicherlich vermeidbar gewesen wäre. Während Paris im Zuge der internationalen „politique de prestige“¹³⁴ Napoleons III. nach dem Krimkrieg-Erfolg gegen Russland tatsächlich zumindest die „scheinbare Hegemonie auf dem Kontinent“¹³⁵ wiedererlangt hatte und sich fortan als „Schiedsrichter Europas“¹³⁶ dauerhaft einzurichten suchte, fühlte man sich offenbar nichtsdestoweniger – oder vielleicht sogar gerade deshalb – zu einer beharrlichen „[l’]affirmation de la présence française dans le monde“¹³⁷ getrieben. Einerseits wollte man so natürlich die eigene Stellung international demonstrieren und festigen, andererseits aber hoffte man wohl zugleich, mit Hilfe einer solchen, ständig wiederholten Selbstvergewisserung überdies auch das französische Nationalempfinden zu befriedigen, das derlei Statusdemonstrationen weiterhin goutierte, vielleicht sogar erwartete.¹³⁸

Beides spielte vermutlich eine entscheidende Rolle dafür, dass Soldaten der *Grande Nation* zunehmend über die ganze Weltkugel verteilt wieder in imperialer Mission unterwegs waren.¹³⁹ Ein derartiges globales Engagement wie überhaupt der generelle Habitus des *Second Empire* konnten dabei natürlich nicht ohne Folgen bleiben für die politische Kultur des Landes, in dem Patriotismus, militärische Begeisterung und nationales Ehrbewusstsein auf Dauer nur noch weiter an Bedeutung gewannen als ohnehin schon. Auch wenn es gerade in der einfachen Bevölkerung nach wie vor einen allgemeinen Wunsch nach europäischem Frieden gegeben haben mag, so leitete sich aus dem kollektiven französischen Nationalbewusstsein dennoch so etwas wie eine universal verstandene *gloire* ab, die jederzeit mobilisierend wirkte, sobald – real oder imaginiert – Frankreichs selbst-zugeschriebene Position als Hegemon und Garant des Staaten-Systems irgendwie auf dem Spiel stand.¹⁴⁰ Egal wie weit etwaige Planspiele Napoleons III. hierbei hinsichtlich einer europäischen Nationen-Konföderation gediehen gewesen sein mögen,¹⁴¹ klar muss sein, dass den Franzosen in der Eigenwahrnehmung für dergleichen zumindest der Status eines *primus inter pares* – wenn nicht sogar noch mehr – Grundvoraussetzung gewesen sein dürfte. Gerade weil die anderen Großmächte Russland und Großbritannien sich nach dem Konflikt auf der Krim zunächst

¹³⁴ François Caron, *La France des patriotes de 1851 à 1918*, Paris 1985 (*Histoire de France* ; 5), S. 144.

¹³⁵ Imanuel Geiss, *Der lange Weg in die Katastrophe. Die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs 1815–1914*, München 21991 [1990] (Serie Piper; 943), S. 88 und 93.

¹³⁶ Winkler, *Geschichte des Westens*, Bd. 1, S. 696.

¹³⁷ Caron, *La France des patriotes de 1851 à 1918*, S. 144.

¹³⁸ Hierzu Geiss, *Der lange Weg in die Katastrophe*, S. 88.

¹³⁹ Vgl. David Todd, *A French Imperial Meridian 1814–1870*, In: *Past and Present* 210 (2011), S. 155–186.

¹⁴⁰ Siehe v.a. Jean-Jacques Becker und Stéphane Audoin-Rouzeau, *La France, la nation, la guerre: 1850-1920*, Paris 1995 (*Collection Regards sur l’Histoire*; 106), S. 11–51.

¹⁴¹ Von einer „Art Europäische[n] Konföderation mit Frankreich als Schwerpunkt und als Gegengewicht für den im 20. Jahrhundert erwarteten Machtzuwachs der USA und Rußlands“ geht Wilfried Radewahn, *Europäische Fragen und Konfliktzonen im Kalkül der französischen Außenpolitik vor dem Krieg von 1870*, In: *Europa vor dem Krieg von 1870. Mächtekonstellation – Konfliktfelder – Kriegsausbruch*, hrsg. von Eberhard Kolb unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner, München 1987 (*Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien*; 10), S. 33–63, hier S. 63 aus.

weitestgehend extrakontinental orientiert hatten, konnte und wollte Frankreich die Politik Europas vorerst wieder dominieren – ein Führungsanspruch gleichwohl, der eher „auf, wie sich später herausstellte, künstliche Weise“¹⁴² bewahrt wurde, als dass er den wirklichen Dynamiken und Friktionen im europäischen Kräfteverhältnis auf Dauer hätte gerecht werden können.

Brisanz und Bedeutung der deutschen Frage für Paris ergaben sich in diesem Zusammenhang nun daraus, dass „den Deutschen [...] mit der (vollständigen oder annähernden) nationalen Zusammenfassung in einem Staat automatisch *die* Hegemonie“¹⁴³ zufallen würde, die man französischerseits für sich selbst beanspruchte. Gerade das wirtschaftliche und militärische Potenzial eines deutschen Nationalstaats erschien den Franzosen in mittel- und längerfristiger Perspektive bedrohlich,¹⁴⁴ zumal östlich des Rheins seit der Jahrhundertmitte erst die entscheidende Phase der Industrialisierung angelaufen war.¹⁴⁵ Insofern wird wohl verständlich, warum zahlreiche Historiker später geurteilt haben, dass ein Krieg angesichts der kommenden und ein Stück weit vorhersehbaren Entwicklung über kurz oder lang zwar nicht grundsätzlich unausweichlich gewesen sei, aber eben doch auch in der „Logik des Mächtesystems“¹⁴⁶ gelegen habe. Ideen eines kooperativen Mächtegleichgewichts, wie man sie unter anderem in der Wiener Ordnung von 1815 anzulegen versucht hatte,¹⁴⁷ boten hier auf Dauer nur begrenzten Schutz vor militärischen Auseinandersetzungen, weil in entscheidenden Situationen natürlich weiterhin so gut wie „[a]lle Mächte versuchten, dem Prinzip des Gleichgewichts der Kräfte *ihre* eigene Interpretation aufzuzwingen“.¹⁴⁸

Freilich finden sich in den Historiographien beider Länder auch andere Wertungen: Diese veranschaulichen jedoch vermutlich eher, wie damalige und mitunter einseitige Erklärungsvarianten des sich abzeichnenden Konflikts – die sich vor allem über die zu dieser Zeit stärker werdende Presse verbreiteten¹⁴⁹ und sich dabei natürlich weiterhin aus gegenseitigen negativen Perzeptionen speisten – sich gleichwohl so sehr in die Gesellschaft implementieren konnten, dass sie unter

¹⁴² Paul Kennedy, *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000*, Frankfurt am Main 1989 [engl. 1987], S. 285.

¹⁴³ Geiss, *Der lange Weg in die Katastrophe*, S. 103 [Hervorhebung von mir, P.K.].

¹⁴⁴ Vgl. Mieck, *Das Preußenbild der Franzosen zwischen 1815 und 1870*, S. 299.

¹⁴⁵ Hierzu u.a. Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 1: *Arbeitswelt und Bürgergeist*, S. 268–290 oder auch Reinhard Rürup, *Deutschland im 19. Jahrhundert, 1815–1871*, Göttingen ²1992 [1990] (*Deutsche Geschichte*; 8), S. 60–84. Einen Gesamtüberblick bietet Hans-Werner Hahn, *Die Industrielle Revolution in Deutschland*, München 2005 (*Enzyklopädie Deutscher Geschichte*; 49).

¹⁴⁶ Michael Stürmer, *Die Reichsgründung. Deutscher Nationalstaat und europäisches Gleichgewicht im Zeitalter Bismarcks*, München ²1986 [1984] (*Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart*; 4), S. 58.

¹⁴⁷ Hierzu u.a. Gordon A. Craig und Alexander L. George, *Zwischen Krieg und Frieden. Konfliktlösung in Geschichte und Gegenwart*, München 1984 [engl. 1983], S. 43–50.

¹⁴⁸ Geiss, *Der lange Weg in die Katastrophe*, S. 42 [Hervorhebung im Original]. Ähnlich auch Bridge/Bullen, *The Great Powers and the European States System 1814–1914*, S. 1f.

¹⁴⁹ Zum Verhältnis von Öffentlichkeit und Presse v.a. Baumgart, *Europäisches Konzert und nationale Bewegung*, S. 100–111. Einführend Clemens Zimmermann, *Politischer Journalismus, Öffentlichkeiten und Medien im 19. und 20. Jahrhundert*, In: *Politischer Journalismus, Öffentlichkeiten und Medien im 19. und 20. Jahrhundert*, hrsg. von Clemens Zimmermann, Ostfildern 2006 (*Schriften der Siebenpfeiffer-Stiftung*; 8), S. 9–23, v.a. S. 10–18.

Umständen sogar bis in unsere Zeit hinein wirkten.¹⁵⁰ Während Raymond Poidevin und Jacques Bariéty in ihrer klassischen Studie zu den deutsch-französischen Beziehungen zum Beispiel aus ihrer Perspektive die Rolle Frankreichs in Europa als ein ‚Hindernis‘ beschrieben haben, das angesichts der preußischen Nationalstaatspläne vom kriegsbereiten, vielleicht auch kriegswilligen Bismarck militärisch aus dem Weg geräumt werden musste,¹⁵¹ sahen einige deutsche Historiker – Michael Stürmer zum Beispiel – den Stein des Anstoßes eher in der Tatsache begründet, dass Frankreich eine Neugestaltung Mitteleuropas unter preußisch-nationalen Gesichtspunkten nicht zu akzeptieren bereit gewesen sei und hier stattdessen zur Wahrung seiner eigenen Position einen echten Kriegsgrund ausgemacht habe.¹⁵²

Beide Perspektiven beinhalten natürlich, wie so oft, auf ihre Art und Weise einen gewissen wahren Kern. Sie sind – nüchtern betrachtet – letztlich auch gar nicht so weit voneinander entfernt, weil beide das hohe generelle Konfliktpotenzial betonen, das sich aus der machtpolitischen Rivalität zweier benachbarter Großmächte ergab,¹⁵³ vor allem da es sich um eine ältere etablierte Macht und eine jüngere aufstrebende handelte und zumal auf beiden Seiten stark emotionalisierte Öffentlichkeiten existierten. Jede dieser nationalen Sichtweisen lässt sich zudem je nach Lesart mit Bismarcks späterem Bekenntnis belegen, wonach der Krieg so oder so ‚notwendig‘ gewesen sei, weil es ohne ihn das Deutsche Reich in seiner letztlich Form nicht hätte geben können.¹⁵⁴ Dessen nationalstaatlicher Entstehungsprozess aber war nun nach den wegweisenden Schritten seit der Jahrhundertmitte – Industrie- und Wirtschaftswachstum, gesellschaftlicher Wandlungsprozess, Beendigung des preußisch-österreichischen Dualismus durch den Krieg von 1866¹⁵⁵ – wohl nicht mehr ohne weiteres aufzuhalten. Insofern lässt sich mit Lothar Gall vielleicht am treffendsten analysieren, dass sich die deutsch-französische Rivalität vor diesem Hintergrund ganz im Rahmen „einer mit diplomatischen und militärischen Mitteln auszufechtenden rein machtpolitischen Auseinandersetzung zwischen zwei Staaten“¹⁵⁶ zuspitzte, wie es sie in ähnlicher Form in der Weltgeschichte bereits dutzende Male gegeben hatte.

¹⁵⁰ So auch Otto Pflanze, *Bismarck*, 2 Bde., München 1997/98 [engl. 1963–1990], Bd. 1: *Der Reichsgründer*, S. 449.

¹⁵¹ Vgl. Poidevin/Bariéty, *Frankreich und Deutschland*, S. 100–115, v.a. S. 106. Sie räumen gleichwohl ein, dass einige Franzosen den Krieg zumindest befürwortet haben könnten in der Hoffnung, so das bonapartistische System zu konsolidieren.

¹⁵² So Stürmer, *Die Reichsgründung*, S. 57–60. Dementsprechend wertet Heinrich August Winkler, *Ein Junker als Revolutionär. Zum 100. Todestag Otto von Bismarcks*, In: Ders., *Auf ewig in Hitlers Schatten? Über die Deutschen und ihre Geschichte*, München 2007, S. 25–32 [zuerst 1998], hier S. 26 auch Napoleon III. als den ‚kriegerischen Politiker‘ und nicht Bismarck.

¹⁵³ Verschiedene historische Beispiele aus der gesamten Neuzeit bieten hierzu die Beiträge in William R. Thompson (Hrsg.), *Great Power Rivalries*, Columbia 1999.

¹⁵⁴ Siehe Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1, S. 202f.

¹⁵⁵ Vgl. v.a. Wolfram Siemann, *Gesellschaft im Aufbruch. Deutschland 1849–1871*, Frankfurt am Main 1990 (Neue Historische Bibliothek; 1537).

¹⁵⁶ Lothar Gall, *Europa auf dem Weg in die Moderne 1850–1890*, München 2004 [1984] (Oldenbourg Grundriss der Geschichte; 14), S. 67.

Das sahen die zeitgenössischen Öffentlichkeiten freilich anders. Im Eifer überschäumender nationaler Emotionen und den bereits feststehenden Feinbildern entsprechend machte man für den Kriegsausbruch 1870 in der Regel allein sein Gegenüber verantwortlich. In Frankreich fühlte man sich bereits dadurch hintergangen, dass Bismarck zu territorialen Kompensationen für die *Grande Nation* partout nicht bereit gewesen war, obwohl man solche angesichts der eigenen Neutralität im preußischen Krieg gegen Österreich 1866 als angemessen empfunden hätte. Dies führte weniger aufgrund einer außenpolitischen Verwerfung zu Konflikten, als dass das Ausbleiben von Landgewinnen innenpolitisch eine erneute Form nationaler Demütigung bedeuten musste, die Napoleon III. und sein Kabinett automatisch unter Zugzwang setzte.¹⁵⁷ Hier erschließt sich einmal mehr, wie sehr das besondere französische Selbstverständnis als Großmacht auch zur Belastung werden konnte. In den Augen vieler Franzosen war nämlich ein solches ‚anmaßendes Verhalten‘ Preußens nun nicht nur ganz offensichtlicher Beweis dafür, dass man dort von den grundlegenden Wesenszügen der höheren Diplomatie nichts verstehen würde und darüber hinaus sogar ganz offen die informellen Spielregeln des europäischen Parketts mißachtete;¹⁵⁸ vielmehr interpretierte man in Frankreich die eigene Position innerhalb des internationalen Systems in etwa als die einer Garantiemacht, die jegliches Fehlverhalten anderer zu unterbinden und gegebenenfalls eben auch zu bestrafen hatte.

Dies zeigte sich besonders deutlich, als 1870 ein Hohenzoller für den vakanten spanischen Königsthron kandidieren sollte und das Gespenst einer Einkreisung durch die französischen Gazetten geisterte. Jetzt ergab sich, was Jean Stengers treffend „une véritable poussée de fièvre“ genannt hat. Schon weil man zunehmend den Eindruck gewann, die eigene Führung könne die Kontrolle über die internationale Lage verlieren, wenn man eine solche Herausforderung der französischen Stellung einfach ignorierte, erwartete man im gesamten Land eine sofortige Reaktion, notfalls auch mit kriegerischen Mitteln: „Impossible, considère-t-on, de ne pas répondre à une telle provocation.“¹⁵⁹ Der Handlungsspielraum Napoleons III. war so natürlich stark vorgezeichnet. Nicht zuletzt auch angesichts innenpolitischer Querelen, von denen man mit außenpolitischer Stärke gut hätte ablenken können,¹⁶⁰ war einem Konflikt mit Preußen so kaum noch aus dem Weg zu gehen, sofern man dem französischen Kaisertum einen weiteren Prestigeverlust im In- und Ausland ersparen wollte. Die allgemeine öffentliche Stimmung gegen das ‚deutsche

¹⁵⁷ Siehe Paul R. Hensel, *The Evolution of the Franco-German Rivalry*, In: *Great Power Rivalries*, hrsg. von William R. Thompson, Columbia 1999, S. 86–121, hier bes. S. 99.

¹⁵⁸ Hierzu Wolfgang Schmale, *Geschichte Frankreichs*, Stuttgart 2000 (UTB; 2145), S. 221.

¹⁵⁹ Jean Stengers, *Le rôle de l'opinion publique dans la genèse d'une guerre: 1870 et 1914*, In: *Europa vor dem Krieg von 1870. Mähtekonstellation – Konfliktfelder – Kriegsausbruch*, hrsg. von Eberhard Kolb unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner, München 1987 (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien; 10), S. 151–174, hier S. 155.

¹⁶⁰ Vgl. ausführlich Caron, *La France des patriotes de 1851 à 1918*, S. 185–199.

Schreckgespenst‘ aufgreifend,¹⁶¹ glaubte man sich in Paris so – wohl nicht zuletzt auch aufgrund einer „falschen militärischen Lagebeurteilung“ – verpflichtet,

„das Entstehen einer ökonomisch-industriell und militärisch modernen hegemonialen preußisch-kleindeutschen Großmacht in der sich seit 1866/67 abzeichnenden politischen Gestalt zu verhindern.“¹⁶²

Ungeachtet der vermutlich nicht ganz unberechtigten Frage, wie viel von dieser Entwicklung der kühlen Berechnung des Machtpolitikers Bismarck entsprang,¹⁶³ antwortete die deutsche Öffentlichkeit auf die französische Haltung und Napoleons Kriegserklärung vom 19. Juli 1870 dem bisher Gesagten entsprechend mit einem Rückgriff auf die

„gleichsam schon seit langem vorbereitete Deutungskultur, die sowohl den Konfliktypus des nationalen Einigungskrieges wie auch den Kriegsgegner Frankreich bereits mit festen Interpretationsschemata ausgestattet hatte.“¹⁶⁴

Dass nun erneut ein Bonaparte-Kaiser das jetzt unter klarer preußischer Führung aufstrebende Deutschland in seiner Entwicklung und Eigenständigkeit bedrohen würde, weckte nicht nur entsprechende Assoziationen zu den Befreiungskriegen, sondern wurde als besondere Vaterlandserfahrung auch zu einem spezifischen Einheitserlebnis,¹⁶⁵ das die weitere Auseinandersetzung mit Frankreich unmittelbar zu einem, wenn nicht *dem* „großen Nationalkrieg stilisierte.“¹⁶⁶

Der Kampf gegen den Nachbarn am Rhein und die Erinnerung an dessen Ursprünge wurden dafür nun geradezu überbordend aufgeladen – und zwar auf beiden Seiten mit langfristigen Folgen: Während in Frankreichs Öffentlichkeit schnell davon die Rede war, der Krieg diene einer ‚gerechten französischen Sache‘,¹⁶⁷ zeigte sich die weitverbreitete Kriegspopularität in Deutschland zum Beispiel in Sonntagspredigten, die auf Gottes Willen abhoben, „durch die Deutschen

¹⁶¹ Siehe Claire Aslangul, *De la haine héréditaire à l'amitié indéfectible. Quelques images-symboles de la relation France-Allemagne, 1870–2009*, In: *Revue historique des armées* 256 (2009), S. 3–13, hier S. 4.

¹⁶² Radewahn, *Europäische Fragen und Konfliktzonen im Kalkül der französischen Außenpolitik vor dem Krieg von 1870*, S. 62f.

¹⁶³ Die Diskussionen darum sind auch nach Eberhard Kolb, *Der Kriegausbruch 1870. Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870*, Göttingen 1970 nicht verstummt: Dass es zum Krieg gekommen sei, „weil Bismarck ihn für nötig hielt“, findet Pflanze, *Bismarck*, Bd. 1, S. 449–472. David Wetzel, *A Duel of Giants. Bismarck, Napoleon III, and the Origins of the Franco-Prussian War*, Madison u.a. 2001 sieht die Entscheidung zum Krieg hingegen als Pariser Fehlkalkulation, die dem überraschten Bismarck zum Vorteil gereicht habe. Dem widerspricht wiederum Josef Becker, *The Franco-Prussian Conflict of 1870 and Bismarck's Concept of a "Provoked Defensive War": A Response to David Wetzel*, In: *Central European History* 41 (2008) 1, S. 93–109.

¹⁶⁴ Frank Becker, *Bilder von Krieg und Nation. Die Einigungskriege in der bürgerlichen Öffentlichkeit Deutschlands 1864–1913*, München 2001 (*Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit*; 7) [Habil. Münster 1998], S. 292.

¹⁶⁵ Vgl. v.a. Jeismann, *Das Vaterland der Feinde*, S. 241–262, aber auch die Ausführungen von Buschmann, *Einkreisung und Waffenbruderschaft*, S. 327–329.

¹⁶⁶ F. Becker, *Bilder von Krieg und Nation*, S. 293.

¹⁶⁷ Hierzu Stéphane Audoin-Rouzeau, *French Public Opinion in 1870–71*, In: *On the Road to Total War. The American Civil War and the German Wars of Unification 1861–1871*, hrsg. von Stig Förster und Jörg Nagler, Cambridge 1997, S. 393–411, bes. S. 397.

ein Strafgericht an den Franzosen zu vollziehen“.¹⁶⁸ Beide Sichtweisen mussten dabei, wie Frank Becker zu Recht betont hat, natürlich weniger aktuellen Wirklichkeiten entsprechen, als vielmehr einer speziellen gesellschaftlichen Realitätskonstruktion dienen, welche die Ereignisse und Konflikte der bilateralen Beziehungen sofort in einer spezifischen Art und Weise – nämlich in den Mustern des tradierten Dualismus – interpretierte und somit zur weiteren Mobilisierung beitrug.¹⁶⁹ Insofern konnten sich hier wie dort vor allem jene Deutungen durchsetzen, denen ein militärischer Konflikt weniger im Zusammenhang mit konkreten politischen Streitpunkten wie der Frage nach dem spanischen Königsthron Sinn ergab, sondern eher als längst überfälliger Teil des jahrelangen Ringens um Status und Macht.

Analog zur Herstellung des Epochenbewusstseins 1940 bei de Gaulle galt es hier also ebenso, Vergangenheit und Erinnerung der gegenseitigen Rivalität insofern aufzurufen und zu instrumentalisieren, als dass der deutsch-französische Waffengang von 1870 nun als ultimativer Entscheidungsplatz des Länder-Zweikampfs legitimiert werden konnte, auch wenn darüber hinaus noch offen blieb, ob ein wie auch immer gearteter Kriegsausgang zugunsten des einen oder des anderen später wieder zu einer Beruhigung in den bilateralen Beziehungen und einer mentalen Abrüstung in den gegenseitigen Wahrnehmungen führen würde. Sowohl in Frankreich als auch in den deutschen Staaten schwor sich die Bevölkerung jetzt stattdessen darauf ein, die vom jeweiligen Gegenpart als gefährdet wahrgenommene nationale Existenz um jeden Preis zu verteidigen. Das entwickelte auch innerhalb der beiden Öffentlichkeiten eine ungeheure konsensuale Dynamik: Wer sich dem heimischen Nationalpatriotismus nicht vorbehaltlos anschließen wollte, konnte schnell zum Außenseiter werden.¹⁷⁰

All diese Punkte erklären sicherlich zu einem guten Teil das heute befremdlich anmutende Gemisch aus Erleichterung und Vorfremde derjenigen, die nun an die Front verlegt wurden im Sommer 1870. Der junge französische Offizier Léonce Patry – dessen später veröffentlichte Erinnerungen ein gutes Zeugnis nicht nur der allgegenwärtigen Begeisterung zu Kriegsbeginn sind, sondern auch die rasche Ernüchterung durch den grausamen Kriegsalltag dokumentieren – beschrieb, dass seine Kameraden und er schon sehnsüchtig auf den Waffengang gewartet hätten, „to put an end to Prussian bluster. [...] We had prayed long and fervently for this war that we so desired!“ Gegen die Deutschen kämpfen und somit die europäischen Machtverhältnisse wieder klarstellen – eine solche Aussicht versetzte ihn und viele seiner Landsleute, wie er offen zugab,

¹⁶⁸ Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1, S. 205. Zur Rolle der Geistlichen im Krieg insbesondere Christian Rak, *Krieg, Nation und Konfession. Die Erfahrung des deutsch-französischen Krieges 1870/71*, Paderborn u.a. 2004 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Forschungen; 97) [Diss. Tübingen 2001/02].

¹⁶⁹ Siehe F. Becker, *Bilder von Krieg und Nation*, S. 293.

¹⁷⁰ Vgl. Dieter Langewiesche, *Liberalismus, Nationalismus und Krieg im 19. Jahrhundert*, In: *Militärisches Zeremoniell in Deutschland*, hrsg. von Hans Ehlert, Potsdam 2008 (Potsdamer Schiften zur Militärgeschichte; 6), S. 59–74, hier S. 64.

„in a state of highest enthusiasm“.¹⁷¹ Gleichwohl erneut Differenzierungen zwischen Öffentlichkeitsstimmungen auf dem Land und der Stadt, im Zentrum und der Peripherie angebracht sind, wurde die Auseinandersetzung so recht schnell auch in Frankreich als „guerre de la nation“¹⁷² wahrgenommen, der sich von den eigentlichen dynastischen Ausgangsfragen sehr bald und sehr deutlich entfernte. In beiden Gesellschaften kam es folglich endgültig zu dem, was Michael Jeismann die „Nationalisierung der Feindschaft“¹⁷³ genannt hat. Der deutsch-französische Konflikt war zum bestimmenden Faktor der europäischen Vorstellungswelt beider Länder geworden – auch dort, wo keine wirkliche Kriegsbegeisterung aufflammte, gab es zumindest eine weitreichende Akzeptanz des Waffenganges.¹⁷⁴ Der Begriff der ‚Erbfeindschaft‘ (frz.: la haine héréditaire) war fortan in aller Munde. Deutsche beziehungsweise Franzosen wurden für die andere Seite zu jenem intensiven Feindbild, das man so vielleicht nur aus der Turkophobie der Frühen Neuzeit gekannt hatte.¹⁷⁵

Das deutsch-französische Verhältnis trat somit spätestens jetzt in eine Phase – oder: Epoche – ein, die bis ins 20. Jahrhundert hinein wesentlich davon geprägt sein sollte, dass sich beide Seiten offenkundig immer wieder ‚gegenseitig aus dem Kreis der westlichen Mächte exkommunizieren wollten‘.¹⁷⁶ Krieg erschien für ein solches Ziel als durchaus legitimes Mittel der damaligen Politik,¹⁷⁷ gleichwohl die beiden großen militärischen Auseinandersetzungen der Zeit – der Krieg von 1870/71 und der Weltkrieg knapp 50 Jahre später – durch die zunehmende Totalisierung in der Kriegsführung so tief und auch derart langfristig auf alle Bereiche des zivilen Lebens wirkten, dass ihre potenzielle Zerstörungsgewalt und ihre gesellschaftliche Traumatisierungskraft kaum mehr in wägbarer Relation standen zu dem, was während eines solchen Waffenganges unter Umständen an Zielsetzungen hätte verwirklicht werden können. Besonders bestimmend und letztlich auch belastend für die deutsch-französischen Beziehungen sollte hier werden, dass dem weiter aufflammenden Nationalismus beider Seiten mittlerweile ein kaum bestreitbarer Fatalismus innewohnte, der die Identifikation ganzer Bevölkerungen mit den jeweiligen nationalen Kriegszielen und den dafür im Einsatz stehenden Heeren über Gebühr forcierte.

¹⁷¹ Alle Zitate: Léonce Patry, *The Reality of War. A Memoir of the Franco-Prussian War and the Paris Commune (1870–1)* by a French Officer, übers. und komm. von Douglas Fermer, London 2001 [frz. 1897], S. 45.

¹⁷² Stéphane Audoin-Rouzeau, 1870. *La France dans la guerre*, Paris 1989, S. 56.

¹⁷³ Jeismann, *Das Vaterland der Feinde*, u.a. S. 274.

¹⁷⁴ Sinnvoll unterscheidet so Alexander Seyferth, *Die Heimatfront 1870/71. Wirtschaft und Gesellschaft im deutsch-französischen Krieg*, Paderborn 2007 (*Krieg in der Geschichte*; 35) [Diss. Potsdam 2005], S. 22f.

¹⁷⁵ Vgl. Kißener, *Wie Völker hassen lernen*, S. 191.

¹⁷⁶ So eine Formulierung Jürgen Osterhammels während seines Vortrags *Was war und ist „der Westen“?* auf dem Akademientag der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften zum Thema *Endet das europäische Zeitalter?* in Berlin am 20.06.2011. Ein Audiofile davon findet sich auf http://wissen.dradio.de/geschichtswissenschaft-was-war-und-ist-der-westen.88.de.html?dram:article_id=11177 (23.03.12).

¹⁷⁷ Siehe Baumgart, *Europäisches Konzert und nationale Bewegung*, S. 82.

Gute Belege dafür bietet erneut eine Analyse des Liedguts, das sich bereits zu Kriegsbeginn 1870 entsprechend der damaligen Ereignisse erweiterte und rasend schnell verbreitete.¹⁷⁸

Da, wie gesagt, weite Teile der Öffentlichkeiten die Auseinandersetzung bereits von Anfang an als Nationalkrieg begriffen,¹⁷⁹ entstand bald auch die allgemeine Neigung, den Krieg überall dorthin auszudehnen, „wo der Gegner in seiner Gesamtheit zu fassen war.“¹⁸⁰ Dies bedeutete letzten Endes, dass die traditionellen Muster des althergebrachten Kabinettskrieges zunehmend in den Hintergrund traten¹⁸¹ und stattdessen große Feuergefechte ultimativ entscheidend wurden, bei denen so schwere Waffen zum Einsatz kamen, dass sie sich keineswegs auf kämpfende Truppen allein beschränkten, sondern unmittelbar auch die Zivilbevölkerung betrafen: Als im September 1870 zunächst die Belagerung und im Januar darauf dann die Beschießung von Paris durch deutsche Kanonen die Einwohner der Metropole direkt gefährdeten und zum Kriegsziel werden ließen, geschah dies wohl bewusst in der Kalkulation,

„to alter the will of population by privation and intimidation. [...] The Germans, in other words, had not made even token gesture at distancing civilians from military operations“¹⁸².

Gleichwohl die quantitativen Opfer- und Verwundeten-Zahlen im Vergleich zum späteren 20. Jahrhundert den Krieg von 1870/71 als eher ‚klein‘ erscheinen lassen mögen, markierten Zerstörung und Schrecken hier sicherlich einen bis dato neuen Maßstab. Insgesamt deutete die qualitative Entwicklung hin zum modernen, industrialisierten Krieg bereits zu diesem Zeitpunkt eine verheerende Dynamik an,¹⁸³ deren prägende Elemente durchaus unter dem Stichwort „brutalisation of warfare“¹⁸⁴ zusammengefasst werden können. Zumindest sind die Tendenzen einer Totalisierung der Kriegsführung aus heutiger Perspektive kaum mehr zu verkennen.¹⁸⁵

¹⁷⁸ Ausführlich untersucht das Phänomen Paloma Cornejo, *Zwischen Geschichte und Mythos: La guerre de 1870/71 en chansons. Eine komparatistische Untersuchung zu den identitätsstiftenden Inhalten in deutschen und französischen Liedern zum Krieg*, Würzburg 2004 [Diss. Bonn 2003].

¹⁷⁹ So ebenfalls Jeismann, *Das Vaterland der Feinde*, S. 268.

¹⁸⁰ Günter Moltmann, *Ansätze zur totalen Kriegsführung im amerikanischen Bürgerkrieg (1861–65) und im deutsch-französischen Krieg (1870/71)*, In: *Politischer Wandel, organisierte Gewalt und nationale Sicherheit. Beiträge zur neueren Geschichte Deutschlands und Frankreichs*. Festschrift für Klaus-Jürgen Müller, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Ernst Willi Hansen, Gerhard Schreiber und Bernd Wegner, München 1995 (*Beiträge zur Militärgeschichte*; 50), S. 29–45, hier S. 44.

¹⁸¹ Hierzu und zum Folgenden Hew Strachan, *From Cabinet War to Total War: The Perspective of Military Doctrine, 1861–1918*, In: *Great War, Total War. Combat and Mobilization on the Western Front, 1914–1918*, hrsg. von Roger Chickering und Stig Förster, Cambridge 2000, S. 19–33.

¹⁸² Robert Tombs, *The Wars against Paris*, In: *On the Road to Total War. The American Civil War and the German Wars of Unification 1861–1871*, hrsg. von Stig Förster und Jörg Nagler, Cambridge 1997, S. 541–564, hier S. 541 und 546.

¹⁸³ Vgl. neben Rak, *Krieg, Nation und Konfession*, S. 186f. v.a. Frank Becker, „Bewaffnetes Volk“ oder „Volk in Waffen“? Militärpolitik und Militarismus in Deutschland und Frankreich 1870–1914, In: *Der Bürger als Soldat. Die Militarisierung europäischer Gesellschaften im langen 19. Jahrhundert: ein internationaler Vergleich*, Essen 2004 (*Frieden und Krieg. Beiträge zur Historischen Friedensforschung*; 3), S. 158–174.

¹⁸⁴ Bertrand Taithe, *Citizenship and Wars. France in Turmoil 1870–1871*, London 2001, S. 16.

¹⁸⁵ So auch das Urteil von Friedrich Lenger, *Industrielle Revolution und Nationalstaatsgründung*, Stuttgart 2003 (*Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte*; 15), S. 338.

Nicht nur auf französischer Seite, wo man bald die Überlegenheit der deutschen Mobilisierung einsehen musste,¹⁸⁶ waren schnell Gedanken an einen *guerre à outrance*, an den Krieg bis zum Äußersten aufgekommen. Michael Howard hat in seiner klassischen Studie bereits früh die Genese der allgemeinen Überzeugung rekonstruiert, man müsse in diesem so richtungsweisenden Zweikampf zwischen Frankreich und Deutschland jetzt alles Erdenkliche in die Waagschale werfen, um dem Feind Einhalt gebieten zu können. Howard hat dabei zu Recht betont, dass die Franzosen an Gewalt- und Aufopferungsbereitschaft den deutschen Invasoren in Nichts nachstanden: „Each nation came to believe that it alone was upholding civilisation against a race of barbarians which could only be bullied into submission by brute force.“¹⁸⁷ Alles wurde dementsprechend den nationalen Kriegszielen untergeordnet, Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen militärisch durchdrungen, technische Entwicklungen einer auf massenhafte Tötung angelegten Kriegsführung zunutze gemacht, die Öffentlichkeiten durch reale Bedrohung oder wenigstens mediale Botschaften selbst Teil des Kriegsschauplatzes.¹⁸⁸ Auch wenn es nach wie vor Bereiche gab, in denen die generelle Radikalisierung zunächst weniger zum Tragen kam,¹⁸⁹ war angesichts der nationalen Erregung und aufgeladenen Feindschaft zwischen den beteiligten Seiten eine hundertprozentige „militärische Selbstbeschränkung [...] 1870 politisch nicht mehr [ohne Weiteres; P.K.] möglich.“¹⁹⁰ Der Kriegsverlauf tat dann insofern ein Übriges, als dass die besonderen, auch individuellen Erfahrungen und ihre jeweilige Interpretation die ohnehin schon länger „vorhandene[n] nationale[n] Wahrnehmungsmuster nachhaltig bestätigten“,¹⁹¹ die Rivalität zwischen Franzosen und Deutschen zum Teil sogar noch weiter intensivierten.

Die Bevölkerungen beider Staaten forderten und imaginierten folgerichtig größtenteils einen „Volkskrieg“.¹⁹² Dieser beinhaltete dann auch in der Realität

„Tendenzen zur planmäßigen Einbeziehung der Zivilbevölkerung des Feindlandes in militärische Angriffshandlungen, verbunden mit den Zivilisten bewußt auferlegten Leiden und Drangsalierungen, in der Absicht einer Demoralisierung der gegnerischen Nation und einer schnellen Herbeiführung des Friedens nach Maßgabe der eigenen Kriegsziele.“¹⁹³

Auch wenn man einwenden mag, dass es gerade in militärischen Führungskreisen nach wie vor

¹⁸⁶ Vgl. dazu die Gesamtdarstellung Geoffrey Wawro, *The Franco-Prussian War. The German Conquest of France in 1870–1871*, Cambridge 2003, bes. S. 65–84.

¹⁸⁷ Michael Howard, *The Franco-Prussian War. The German Invasion of France, 1870–1871*, London 2002 [1961], S. 381.

¹⁸⁸ Hierzu u.a. Buschmann, *Einkreisung und Waffenbruderschaft*, S. 55–81.

¹⁸⁹ So zum Beispiel im Umgang mit Kriegsgefangenen: Vgl. Manfred Botzenhart, *Französische Kriegsgefangene in Deutschland 1870/71*, In: *Francia* 21 (1994) 3, S. 13–28.

¹⁹⁰ Langewiesche, *Liberalismus, Nationalismus und Krieg im 19. Jahrhundert*, S. 68.

¹⁹¹ Heidi Mehrkens, *Statuswechsel. Kriegserfahrung und nationale Wahrnehmung im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71*, Essen 2008 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, N.F.; 21) [Diss. Braunschweig 2005], S. 248.

¹⁹² Langewiesche, *Liberalismus, Nationalismus und Krieg im 19. Jahrhundert*, S. 68.

¹⁹³ Moltmann, *Ansätze zur totalen Kriegsführung im amerikanischen Bürgerkrieg (1861–65) und im deutsch-französischen Krieg (1870/71)*, S. 44f.

Stimmen gab, die an konventionellen Kriegsmitteln festhalten wollten,¹⁹⁴ verdeutlichten Kriegsverlauf und -ausgang die hohe und letztlich entscheidende Wirkung von Faktoren wie der Einbeziehung der Privatindustrie¹⁹⁵ oder der Inanspruchnahme der Bevölkerung mittels einer mentalen Mobilisierung gegen den Feind, durch die beide Gesellschaften tatsächlich auf ihre Art und Weise zu ‚Heimatfronten‘ wurden. Letzteres galt nicht nur für die deutsche Seite,¹⁹⁶ sondern auch für Frankreich, das keinesfalls allein auf seinen Schlachtfeldern im Osten des Landes eine emphatische Mobilisierung im Geiste der Vaterlandsverteidigung erlebte. Die generelle Akzeptanz des Krieges und der allgemeine Wille zum totalen Einsatz beschränkten sich, wie vor allem Stéphane Audoin-Rouzeau in seinen Arbeiten gezeigt hat, nicht allein auf die von der deutschen Invasion betroffenen Gebiete, sondern ergaben sich gesamtgesellschaftlich aus der Tatsache, dass die exzessive Gegnerschaft zum Rheinnachbarn jenen endgültigen Schritt besiegelte auf dem französischen Weg zur Vollendung eines unverbrüchlichen Nationalpatriotismus:

„La guerre de 1870 met en exergue une unité nationale plus complète, une société plus homogène que ne le laisseraient penser la catastrophe militaire elle-même et la décision finale des Français d’y mettre un terme.“¹⁹⁷

Umfassend erklären lässt sich die Entwicklung vor allem dann, wenn man die langfristige Wirkung jenes gewachsenen Repertoires an Feindbildern und Identitäten bedenkt, das immer stärker werdender nationaler Patriotismus und bilateraler Dualismus bereits während des 19. Jahrhunderts zwischen Deutschen und Franzosen angelegt hatten – und zwar relativ unabhängig von Bevölkerungsschicht und regionaler Herkunft –, und wie sehr die gegenseitige Feindschaft dann letztlich integraler Bestandteil auch des eigenen Staats- und Nationsverständnisses wurde.

Dies alles sollte nun insofern auch darüber hinaus für das 20. Jahrhundert bestimmend werden, als dass spätestens der deutsch-französische Krieg zwischen beiden Ländern eben jenes „cultural substratum of total war“¹⁹⁸ etablierte, das dann auch folgenden Generationen die entsprechenden Welt- und Feindbilder nacherlebbar machte und für die Zukunft implementierte. Unterstützt wurde dieser Prozess noch dadurch, dass jenes öffentliche Wahrnehmen und Ausleben der deutsch-französischen Gegnerschaft auch nach dem Kriegsende 1871 bei Weitem nicht abebbte, sondern der Dualismus ganz im Gegenteil mit zum Teil noch heftigerer Rhetorik fortge-

¹⁹⁴ Die These einer Totalisierung der Kriegsführung für falsch hält deshalb William Serman, *French Mobilization in 1870*, In: *On the Road to Total War. The American Civil War and the German Wars of Unification 1861–1871*, hrsg. von Stig Förster und Jörg Nagler, Cambridge 1997, S. 283–294, hier S. 293f. Eine gewisse Revision dieser Ansicht nimmt Mehrkens, *Statuswechsel*, S. 247 vor: Zwar hätten Regierungen und Militärs sich um eine Eindämmung „des industrialisierten Tötens“ bemüht, „[i]n der Kriegswirklichkeit gelang sie jedoch nur teilweise.“

¹⁹⁵ Vgl. Ulrich Wengenroth, *Industry and Warfare in Prussia*, In: *On the Road to Total War. The American Civil War and the German Wars of Unification 1861–1871*, hrsg. von Stig Förster und Jörg Nagler, Cambridge 1997, S. 249–262.

¹⁹⁶ Ausführlich argumentiert das hierfür Seyferth, *Die Heimatfront 1870/71*, passim, bes. S. 561–573.

¹⁹⁷ Audoin-Rouzeau, 1870, S. 322.

¹⁹⁸ Audoin-Rouzeau, *French Public Opinion in 1870–71*, S. 410.

führt und weitergelebt wurde. Die Erbfeindschaft wurde gleichermaßen tagespolitisch wie erinnerungsgeschichtlich zu einer Art ‚Volkskulturgut‘.¹⁹⁹ Ein wesentlicher Grund dafür lag sicherlich darin, dass eine Entmobilisierung der Massen, wie sie für eine belastbare Aussöhnung zwischen beiden Ländern unbedingt vonnöten gewesen wäre, durch die lange Vorgeschichte und die besondere Intensität der Feindschaft ohne besondere Bemühungen natürlich ohnehin schon nicht einfach zu erreichen gewesen wäre. Zusätzlich erschwert wurde eine positive Entwicklung nun einerseits noch durch die Extremerfahrungen des modernen Krieges mitsamt der besonderen massenmedialen Befeuerung des Nationalpatriotismus hüben wie drüben, aber sicherlich andererseits auch durch die besonderen psychologischen Folgen des Niederlagen-Erlebnisses, das Wolfgang Schivelbusch für den französischen Fall 1870/71 – aber auch für den späteren deutschen 1918/19 – zu Recht als absolute ‚Fundamentalerfahrung‘ bewertet hat.²⁰⁰ Nationale Bedeutung und symbolpolitischer Gehalt beider Ereignisse können trotz ihrer zeitlichen Distanz für eine Rekonstruktion der deutsch-französischen Beziehungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts kaum hoch genug veranschlagt werden. Beide Niederlagen – man könnte auch sagen: beide Traumata – müssen vor allem deshalb in einen Kontext gebracht werden, weil sie sich erinnerungsgeschichtlich mit dem gleichen Ort verbanden, was das *Weiter-* und *Wieder-*Erleben der Erbfeindschaftsrhetorik in den folgenden Jahren natürlich enorm begünstigte. Zum Sinnbild der Gegnerschaft wurde auf Generationen hinaus: das Schloss von Versailles.

Am 18. Januar 1871 wurde dort im Spiegelsaal – dem barocken Prunkstück des französischen Nationalbewusstseins, das bereits Ludwig XIV. als Schauplatz seiner Weltmacht genutzt hatte – das deutsche Kaiserreich ausgerufen; ausgerechnet dort also, wo das geschichtsversessene Frankreich besonders verwundbar war.²⁰¹ Wirkung und Bedeutung dieser Konstellation waren immens. Sie lassen sich in Teilen noch heute ermessen, wenn man auf den Wortlaut achtet, mit dem die damalige Inszenierung seither französischerseits in der Regel als „humiliation extrême de la patrie au cœur de sa gloire révolue“²⁰² beschrieben wird. Für die Zeitgenossen manifestierte sich im Versailler Zeremoniell bildlich, was sie durch militärische Niederlage und Napoleons persönliche Kapitulation bei Sedan erlebt hatten beziehungsweise durch die innenpoliti-

¹⁹⁹ Vgl. Dietmar Hüser, Selbstfindung durch Fremdwahrnehmung in Kriegs- und Nachkriegszeiten. Französische Nation und Deutscher Nachbar seit 1870, In: Das Bild „des Anderen“. Politische Wahrnehmungen im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Birgit Aschmann und Michael Salewski, Stuttgart 2000 (Historische Mitteilungen, Beihefte; 40), S. 55–79, hier S. 61.

²⁰⁰ Siehe Wolfgang Schivelbusch, Die Kultur der Niederlage. Der amerikanische Süden 1865 – Frankreich 1871 – Deutschland 1918, Berlin 2001, z.B. S. 15.

²⁰¹ Zur Einordnung: Jean-Claude Allain, Das Schloß von Versailles, In: Franzosen und Deutsche. Orte der gemeinsamen Geschichte, hrsg. von Horst Möller und Jacques Morizet, München 1996, S. 59–77.

²⁰² Daniel Madelénat, Le 18 janvier 1871: contraintes, apories et diversités d’une évocation littéraire française (1871–1900), In: Versailles dans la littérature. Mémoire et imaginaire aux XIX^e et XX^e siècles, hrsg. von Véronique Léonard-Roques, Clermont-Ferrand 2005, S. 343–355, hier S. 343.

schen Wirren der *Commune de Paris* in naher Zukunft noch erleben sollten:

„Il n'est pas interdit de parler ici d'une crise d'identité, qui touche à la vision que les Français ont d'eux-mêmes, de leur nation, de sa place et de son avenir en Europe et dans le monde.“²⁰³

Dass man die deutsche Kaiserkrönung ausgerechnet im Spiegelsaal abhielt, interpretiert man dementsprechend sogar noch heute als ein bewusstes „sentiment général d'hostilité“ gegenüber den Besiegten – als eine Geste, die auch nach aktuellen Maßstäben „un crime contre l'humanité“²⁰⁴ genannt werden müsse. Zumindest verdeutlichen derlei Äußerungen die Relevanz von Jacques Bariétys generellem Befund:

„Man wird diesem Trauma nicht genug Bedeutung beimessen können. Die Szene in der Spiegelgalerie wurde in Frankreich nicht nur als Symbol des Übergangs der Vormachtstellung in Europa von einer politischen Macht zur anderen empfunden [...] sondern auch als eine Art politische Vergewaltigung des nationalen Kulturguts.“²⁰⁵

Früh stilbildend wirkte für diese französische Perzeption von Kriegsausgang und Kriegsfolgen Victor Hugos Gedichtserie zum *L'année terrible*, die sowohl die innen- wie auch außenpolitischen Katastrophen der Jahre 1870/71 geißelte und ihrem Autor einen wahren Bestseller bescherte. Hugo, der in den 1840ern noch zu jenen Intellektuellen gehört hatte, die für eine Vermittlung mit dem Rheinnachbarn eingetreten waren, schlug nun gänzlich andere Töne an, sprach offen von ‚Revanche‘ und wandelte sich somit zu einem jener populären Träger eines genuin antideutschen Geistes in der französischen Öffentlichkeit, den man mitunter gar unter dem Stichwort ‚Germanophobie‘ zusammengefasst hat.²⁰⁶ Diese spezielle Stimmung zeichnete sich – mit Blick auf die unmittelbaren Beziehungen zwischen den beiden Ländern – nun dadurch aus, dass sie zunächst wesentlich von der Überzeugung geprägt war, das neue deutsche Kaiserreich basiere in mehrerlei Hinsicht auf „einer gewissen Illegitimität“.²⁰⁷ Ein solcher Vorwurf richtete sich sowohl gegen grundsätzliche Umstände der Zeit wie das veränderte europäische Mächtesystem – also vor allem gegen Deutschlands Auf- und Frankreichs Abstieg –, als auch gegen ganz konkrete Problemlagen wie den Anschluss vormalig französischer Gebiete im Elsass und in einem Teil Lothringens an das Reich, was noch bis weit ins 20. Jahrhundert hinein als durch und durch „ungerechter Gewaltakt“²⁰⁸ empfunden wurde und deshalb in der alltäglichen Vorstellungswelt der Bevölkerung ungemein präsent blieb.

²⁰³ J.-J. Becker/Audoin-Rouzeau, *La France, la nation, la guerre*, S. 70.

²⁰⁴ Pierre Milza, „L'année terrible.“ *La guerre franco-prussienne (septembre 1870 – mars 1871)*, Paris 2009, S. 414.

²⁰⁵ Jacques Bariéty, *Das Deutsche Reich im französischen Urteil, 1871–1945*, In: *Das Deutsche Reich im Urteil der Großen Mächte und europäischen Nachbarn (1871–1945)*, hrsg. von Klaus Hildebrand unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner, München 1995 (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien; 33), S. 203–218, hier S. 204.

²⁰⁶ So z.B. Cornejo, *Zwischen Geschichte und Mythos*, S. 14.

²⁰⁷ Bariéty, *Das Deutsche Reich im französischen Urteil*, S. 206.

²⁰⁸ Ebd., S. 209.

Insofern überrascht es auch wenig, dass die generelle französische Haltung, die Ergebnisse von 1870/71 als nicht gerechtfertigt anzusehen, dann ihrerseits wiederum wesentlicher Bestandteil des erinnerungsgeschichtlichen Fundaments wurde, das mehr oder weniger stark, aber zweifelsfrei durchgängig das französische Deutschlandbild in den nächsten Jahrzehnten auf den traditionellen Kurs des unaufhörlichen Antagonismus festlegte. Auch wenn mittlerweile mit guten Gründen die frühere Behauptung widerlegt worden ist, Frankreichs Politik habe nach der Reichsgründung alternativlos nach einer ultimativen Möglichkeit zur Revanche gesucht,²⁰⁹ so bleibt doch unbestreitbar, dass weder in Politik noch Bevölkerung belastbare Anzeichen für ein dauerhaftes französisches Arrangement mit Status- und Territorialverlust ausgemacht werden können.²¹⁰ Dass man in der Mehrheit vorerst keinen erneuten militärischen Konflikt provozieren wollte, sondern stattdessen mit einer Politik der ‚kolonialen Ablenkung‘ die eigene Regeneration vorantrieb,²¹¹ war natürlich kein hinreichendes Fundament für eine Aussöhnung am Rhein. Für eine solche gab es zunächst offenkundig schlichtweg keinen Möglichkeitsraum: Ihrem Selbstverständnis nach blieb die Dritte Republik über lange Zeit und im Konsens der eigenen Öffentlichkeit *das* Gegenstück zum ‚unzivilisierten‘ preußisch-deutschen Militarismus:

„Deutschland erschien fortan als Land der Brutalität, der Rücksichtslosigkeit, der eiser-
nen Disziplin, Frankreich selbst als Land des Rechts und des Friedens, der Franzose als
sprachgewandt, offen, [...] der Preuße [...] war der Barbar.“²¹²

Diese Gegenüberstellung von Gut und Böse sowie die erlebbaren, allgegenwärtigen Auswirkungen der Niederlage bescherten der französischen Öffentlichkeit einen zumindest dem Ton nach ‚aggressiven Antigermanismus‘, der zwar die Forderung nach einer Wiederaufnahme der Kriegshandlungen fast immer ausklammerte, aber für die französische Seele dennoch unverzichtbar wurde, weil er weiterhin zum Ausdruck brachte, dass man Frankreichs Gebiets- und Bedeutungsverlust nicht auf Dauer zu akzeptieren bereit war.²¹³

Bertrand Joly hat versucht, diese Haltung mithilfe einer Formulierung des jungen Jean Jaurès nachvollziehbar zu machen. Dessen Bekenntnis ‚Ni guerre ni renoncement‘ sei Ausdruck dafür gewesen, dass man eine Revanche ohne Krieg gewollt habe und – da dies nicht funktionieren konnte – den Kerngedanken sowohl der Restituierung der entsprechenden Territorien, als auch

²⁰⁹ So zunächst noch Christian Félix, *Alsace-Lorraine et Union sacrée*, Lyon 1991, z.B. S. 87. Zur Relativierung dieser Sichtweise vgl. besonders Bertrand Joly, *La France et la Revanche (1871–1914)*, In: *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 46 (1999) 2, S. 325–347.

²¹⁰ Hierzu auch Henning Köhler, *Deutschland auf dem Weg zu sich selbst. Eine Jahrhundertgeschichte*, Stuttgart – Leipzig 2002, S. 57.

²¹¹ Vgl. hierzu v.a. die Arbeit von Pierre Guillen, *L'Expansion 1881–1898*, Paris 1984.

²¹² Hüser, *Selbstfindung durch Fremdwahrnehmung in Kriegs- und Nachkriegszeiten*, S. 61. Ähnlich auch Bariéty, *Das Deutsche Reich im französischen Urteil*, S. 207f.

²¹³ Zum ‚aggressiven Antigermanismus‘ und seiner gesellschaftlichen Einordnung J.-J. Becker/Krumeich, *La Grande Guerre*, S. 17–19. Im Wesentlichen bestätigt wird dieser Befund auch durch die Analyse von Julia Schroda, *Nationaler Anspruch und regionale Identität im Reichsland Elsass-Lothringen im Spiegel des französischsprachigen Elsassromans (1871–1914)*, Bern 2008 [Diss. Freiburg].

das eigene generell vergiftete Verhältnis zu Deutschland späteren Generationen weitervererben musste.²¹⁴ Dies führte in längerer Perspektive natürlich zu einer zusätzlichen Verfestigung des althergebrachten Dualismus, der nach der Reichsgründung zudem auch von einem Prozess der „gesellschaftlichen französisch-deutschen Entfremdung“²¹⁵ begleitet und unterfüttert worden ist. Hartmut Kaelbles Studie zu den *Nachbarn am Rhein* hat das für verschiedene Bereiche belegen können: Obwohl beide Seiten eigentlich auf ein Grundgerüst an europäischen Gemeinsamkeiten zurückgreifen hätten können, entwickelten sie sich politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich zur Jahrhundertwende deutlich voneinander weg. Vereinzelte Annäherungsversuche zerbrachen in dieser Zeit immer wieder dann, wenn die traditionellen Feindbilder massenmedial geradezu explosionsartig remobilisiert wurden – zum Beispiel während der Dreyfus-Affäre, die einmal mehr „die aufwallenden antideutschen Gefühle in der französischen Öffentlichkeit“ ans Licht brachte und sogar „xenophoben Ideologien und Emotionen massiven Auftrieb gab.“²¹⁶

In dieser Episode, in der ein jüdischer Hauptmann wegen angeblichen Landesverrats zugunsten Berlins durch ein Pariser Kriegsgericht verurteilt worden war,²¹⁷ zeigte sich aber auch die grundsätzliche Ambivalenz der Dritten Republik: Die französische Perspektive war nämlich nach 1871 nun nicht mehr nur aus dem Selbstverständnis als Großmacht heraus geprägt, gleichwohl das weiterhin eine Rolle spielte, sondern mittlerweile auch durch klar wahrnehmbare Ängste²¹⁸ – Ängste beispielsweise vor der eigenen Unterlegenheit im wirtschaftlichen Zweikampf mit dem Kaiserreich, Angst auch vor einem erneuten militärischen Debakel gegen immer stärker werdende deutsche Truppen. Derlei Befürchtungen erhielten Auftrieb einerseits natürlich durch die sich in der preußischen Kaserne sinnbildlich widerspiegelnde Militarisierung des Kaiserreichs,²¹⁹ von der man eine dauernde Bedrohung für den europäischen Frieden ausgehen sah,²²⁰ andererseits aber auch durch den rasanten ökonomischen Aufstieg Deutschlands. Gerade die industrielle Entwicklung des Reiches, das Frankreich trotz einiger Probleme und Krisen²²¹ schon bald weit

²¹⁴ Siehe Joly, *La France et la Revanche*, S. 335.

²¹⁵ Hartmut Kaelble, *Nachbarn am Rhein. Entfremdung und Annäherung der französischen und deutschen Gesellschaft seit 1880*, München 1991, S. 145.

²¹⁶ Krumeich, *Frankreichs Sicht des deutschen Kaiserreichs 1890–1914*, S. 243.

²¹⁷ Zur Dreyfus-Affäre und ihrem antisemitischen Hintergrund gesondert Elke-Vera Kotowski, *Der Fall Dreyfus und die Folgen*, In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 50/2007, S. 25–32.

²¹⁸ Diesem noch jungen Forschungsfeld widmen sich einführend Patrick Borrmann, Thomas Freiberger und Judith Michel, *Theoretische Überlegungen zum Thema Angst in den Internationalen Beziehungen*, In: Dies. (Hrsg.), *Angst in den Internationalen Beziehungen*, Göttingen 2010 (*Internationale Beziehungen. Theorien und Geschichte*; 7), S. 13–43.

²¹⁹ Vgl. besonders Ute Frevert, *Die kasernierte Nation. Militärdienst und Zivilgesellschaft in Deutschland*, München 2001, v.a. Kap. IV.

²²⁰ So Bariéty, *Das Deutsche Reich im französischen Urteil*, S. 208.

²²¹ Zu wechselnden Konjunkturlagen und regionalen Differenzierungen Volker Berghahn, *Das Kaiserreich 1871–1914. Industriegesellschaft, bürgerlicher Kultur und autoritärer Staat*, Stuttgart 2003 (*Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte*; 16), S. 54–67.

hinter sich ließ und vor dem Ersten Weltkrieg noch zu Großbritannien aufschloss, musste dabei freilich „nicht im Weltkrieg enden, aber die Rivalitäten wurden dadurch mit Sicherheit nicht geringer.“²²² Hinzu kamen noch die in den Bevölkerungen heiß diskutierte Geburtenraten: Allein die schiere Masse an Deutschen – zur Jahrhundertwende waren es rund 62 Millionen gegen 40 Millionen Franzosen – wirkte beunruhigend. Man fürchtete, irgendwann regelrecht überflutet zu werden von den ‚Boches‘.²²³

Die hier zugrunde liegenden, mittel- und langfristigen Entwicklungen waren natürlich auch der deutschen Öffentlichkeit gegenwärtig.²²⁴ So kam es, dass – vereinfachend gesprochen – für die Politik des Kaiserreichs, aber auch für dessen Bevölkerung an sich, Frankreichs Gewicht im allgemeinen Wahrnehmungshorizont etwas in den Hintergrund trat und das Land im europäischen Mächtesystem vorläufig nur noch als ein Faktor zweiten Ranges erschien. Wie selbstverständlich werteten die damaligen Kommentatoren in Berlin den erfolgreichen Kriegsausgang von 1871 nicht nur als Abschluss der politischen Einheit Deutschlands, sondern auch als Beweis für die kommende eigene ‚Vorherrschaft in Europa‘²²⁵ und dafür, dass die französische Nation sich im Gegenzug auf dem sprichwörtlichen ‚absteigenden Ast‘ befand.²²⁶ Der nationalliberale Publizist und Reichstagsabgeordnete Wilhelm Wehrenpfennig verkündete nach Friedensschluss in den *Preußischen Jahrbüchern* beflügelt von patriotischem Selbstbewusstsein,

„daß der Stern Deutschlands im Aufsteigen, der Frankreichs im Niedergang sei [...]. So hat auch dieser Krieg die Wahrheit enthüllt, über den sittlichen Gesamtzustand zweier Nationen entschieden, die eine und die andere aus der falschen Stellung, die sie bisher einnahmen, auf die wirkliche Stufe der Macht gebracht, die sie einzunehmen werth sind.“²²⁷

Territoriale Größe, militärische Stärke, geostrategische Lage und wirtschaftliche Potenz führten nun in der Tat dazu, dass das Deutsche Reich nicht nur „seine definitive Institutionalisierung als Großmacht“ erlebte, sondern bald auch – so ist es von der Forschung oft beschrieben worden – einen entsprechenden ‚Willen zur Weltmacht‘²²⁸ an den Tag legte.

Grundlagen und genauer Verlauf dieser Entwicklung sind von der Geschichtswissenschaft gleichwohl kontrovers diskutiert worden: Während vor allem Hans-Ulrich Wehler ausgehend

²²² Werner Plumpe, Eine wirtschaftliche Weltmacht? Die ökonomische Entwicklung Deutschlands von 1870 bis 1914, In: Das Deutsche Kaiserreich 1890-1914, hrsg. von Bernd Heidenreich und Sönke Neitzel, Paderborn u.a. 2011, S. 39–60, hier S. 53.

²²³ Siehe Kießner, Wie Völker hassen lernen, S. 192f.

²²⁴ Hierzu z.B. Matthias Weipert, „Mehrung der Volkskraft“. Die Debatte über Bevölkerung, Modernisierung und Nation 1890–1933, Paderborn u.a. 2006 [Diss. Siegen 2005].

²²⁵ Vgl. Buschmann, Einkreisung und Waffenbruderschaft, S. 328f.

²²⁶ Siehe Fritz Fischer, Das Bild Frankreichs in Deutschland in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg, In: Ders., Der Erste Weltkrieg und das deutsche Geschichtsbild. Beiträge zur Bewältigung eines historischen Tabus. Aufsätze und Vorträge aus drei Jahrzehnten, Düsseldorf 1977, S. 333–344, hier S. 335.

²²⁷ Wilhelm Wehrenpfennig, Am Schluß des Kriegs, In: Preußische Jahrbücher 27 (1871) 3, S. 376–388, hier S. 377.

²²⁸ Gregor Schöllgen, Der Wille zur Weltmacht. Die deutsche „Weltpolitik“ und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs, In: Ders., Stationen deutscher Außenpolitik. Von Friedrich dem Großen bis zur Gegenwart, München 1992, S. 51–66, das Zitat auf S. 53.

vom in der Kaiserreichsgesellschaft weitverbreiteten sozialdarwinistischen Weltbild argumentiert hat, dass besonders der deutsche Wirtschafts imperialismus und der allgemeine Wunsch, reichsinnere Konflikte über eine starke Außenpolitik zumindest kompensieren zu können, den Weg bis 1914 zu einer Art Einbahnstraße gemacht hätten,²²⁹ haben Andreas Hillgruber, Klaus Hildebrand, Thomas Nipperdey und andere sich bemüht, die Diskontinuität zwischen der auf Ausgleich und Stabilität zielenden Bismarck'schen ‚Politik der Sättigung‘²³⁰ einerseits und der auf die Ausweitung deutscher Einflussphären gerichteten ‚Politik ungehemmter Macht- und Prestigesteigerung‘²³¹ nach dem Sturz des Reichskanzlers andererseits hinzuweisen. Eine solche Betonung des vom neuen Kaiser Wilhelm II. forcierten Abgangs Bismarcks im März 1890 und der darauffolgenden Abkehr von dessen bisheriger Bündnispolitik als „tiefe Zäsur in der deutschen und europäischen Geschichte“²³² und als „Bruch in der deutschen Außenpolitik“²³³ an sich stellt mit leichten Differenzierungen sicherlich nach wie vor eine Art Konsens innerhalb der Forschung dar.²³⁴ Wird Bismarck für seine internationale Haltung in dieser Sichtweise meistens noch als „maßvoll und im besten Sinne staatsmännisch“²³⁵ beschrieben, gilt gerade der spätere Kaiser selbst als Impuls- und deshalb auch Namensgeber für die sich bald herauskristallisierende „wilhelminische Weltmacht- und Schlachtflottenpolitik“.²³⁶

Hierbei darf freilich nicht übersehen werden, dass eine solche Neuorientierung des deutschen Auftritts und Selbstverständnisses auf durchaus gesamtgesellschaftlicher Grundlage fußte, vielleicht dort sogar bereits als längst überfällig erachtet worden ist. Nach der Einschätzung Konrad Canis' war „[h]egemoniales Gedankengut [...] in Teilen dieser Gesellschaft“ nämlich bereits viel

²²⁹ Siehe Wehler, *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918*, Kap. 6 und 7. Den Begriff der ‚Einbahnstraße‘ benutzt Wehler bewusst mit Blick auf die deutsch-französischen Beziehungen: Ebd., S. 187.

²³⁰ Vgl. exemplarisch Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 2, S. 426–429.

²³¹ Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1, S. 261.

²³² Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 149.

²³³ Andreas Hillgruber, *Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler*, In: *Grundfragen der deutschen Außenpolitik seit 1871*, hrsg. von Gilbert Ziebura, Darmstadt 1975 (*Wege der Forschung*; 315), S. 15–47, hier S. 25 [zuerst 1969].

²³⁴ Siehe z.B. die entsprechende Unterscheidung der deutschen Außenpolitik in die Zeit vor und nach 1890 bei Berghahn, *Das Kaiserreich 1871–1914*, § 19. Eine entscheidende Rolle spielt das Jahr 1890 auch im Dreiphasenmodell von Konrad Canis, *Internationale Stellung und Außenpolitik Deutschlands vor dem Ersten Weltkrieg*, In: *Das Deutsche Kaiserreich 1890–1914*, hrsg. von Bernd Heidenreich und Sönke Neitzel, Paderborn u.a. 2011, S. 177–187, hier S. 177, das ‚Bismarcks Sicherheitspolitik‘ bis zum Ende der Kanzlerschaft, die imperialistische Weltpolitikphase bis 1902/04 und die Etappe der internationalen Isolation bis 1914 unterscheidet. Ähnlich wichtig war die Zäsur von 1890 auch schon Andreas Hillgruber, *Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege*, Göttingen ²1979 [1967] (*Kleine Vandenhoeck-Reihe*; 1458), bes. S. 11. Gar von einer ‚neuen Epoche‘ spricht Dieter Hertz-Eichenrode, *Deutsche Geschichte 1890–1918. Das Kaiserreich in der Wilhelminischen Zeit*, Stuttgart – Berlin – Köln 1996, S. 7. Zur Forschung insgesamt und mit identischer Betonung der Zäsur von 1890: Klaus Hildebrand, *Deutsche Außenpolitik 1871–1918*, München ³2008 [1989] (*Enzyklopädie Deutscher Geschichte*; 2).

²³⁵ Winkler, *Geschichte des Westens*, Bd. 1, S. 903.

²³⁶ John C.G. Röhl, *Wilhelm II.*, 3 Bde., München 1993–2008, Bd. 2: *Der Aufbau der persönlichen Monarchie 1888–1900*, S. 420.

länger und weitaus „tiefer verwurzelt als bei Bismarck.“²³⁷ Demnach stand der Reichskanzler

„zunehmend in eine[m] Gegensatz zum ‚Zeitgeist‘, der im Kontext der Großmachttrivitalität nach einem weiteren Zuwachs an Macht und Prestige für die eigene Nation verlangte. In den Augen nationalistisch-imperialistisch gesinnter Kreise erschien der Kanzler am Ende als alter Mann, der sich rückwärtsgewandt an die überkommene Gleichgewichtsordnung klammerte, statt eine zukunftsorientierte ‚Weltpolitik‘ zu wagen.“²³⁸

Für diese Sichtweise spricht, dass in den engeren Führungskreisen des Reiches, also insbesondere auch in Militär und Auswärtigem Amt, das seit 1871 von der Berliner Wilhelmstraße aus federführend die gesamtdeutsche Außenpolitik verantwortete, tatsächlich bereits vor Bismarcks Sturz zunehmend Misstrauen an dessen Vorstellungen und Konzeptionen gewachsen war.²³⁹ Den weniger werdenden Befürwortern eines Kurses der Selbstbeschränkung, wie er dem Gründungskanzler vorzuschweben schien, gingen im Chor aus nationalen und patriotischen Stimmen zunehmend die Argumente aus. Vielen erschien er schlichtweg als „Schnee von vorgestern.“²⁴⁰ Nach nationaler Einigung und europäischer Etablierung fühlte man sich stattdessen für den nächsten Schritt gerüstet und letztlich auch legitimiert. Eine solche Stoßrichtung gaben schließlich auch alle maßgeblichen Gesellschaftsteile vor: Wirtschaftliche, militärische sowie außen- und innenpolitische Triebkräfte wollten und forderten am Ende „einen weltpolitischen Kurs.“²⁴¹ Rhetorischer Höhepunkt dieser auch von den anderen europäischen Mächten natürlich perzipierten Dynamik war vermutlich die Reichstagsrede Bernhard von Bülow vom 6. Dezember 1897. Der damalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt, der damit de facto Außenminister des Reiches war, rechtfertigte den deutschen Anspruch auf Weltgeltung unumwunden offensiv:

„Die Zeiten, wo der Deutsche dem einen seiner Nachbarn die Erde überließ, dem anderen das Meer und sich selbst den Himmel reservierte, wo die reine Doktrin thront – diese Zeiten sind vorüber. [...] Mit einem Worte: wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.“²⁴²

Ein solches Programm konnte, vielleicht musste es sogar über kurz oder lang zum Weiterschweelen alter Konflikte, zum Teil auch zu neuen Rivalitäten mit den anderen Staaten führen.

Zu diesem Themenkomplex und den sich ihm anschließenden Fragen hat die internationale Forschung in den letzten Jahrzehnten hunderte Diskussionsbeiträge vorgelegt. Das ‚Zeital-

²³⁷ Konrad Canis, Bismarcks Außenpolitik nach 1871: Die Frage der Alternativen, In: Deutschland und Europa. Außenpolitische Grundlinien zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg, Festgabe für Harm-Hinrich Brandt zum 70. Geburtstag hrsg. von Rainer F. Schmidt, Stuttgart 2004 (Historische Mitteilungen, Beihefte; 58), S. 20–35, hier S. 34.

²³⁸ Beate Althammer, Das Bismarckreich 1871–1890, Paderborn 2009, S. 210.

²³⁹ Vgl. Wolfgang J. Mommsen, Bürgerstolz und Weltmachtstreben. Deutschland unter Wilhelm II. 1890–1918, Berlin 1995 (Propyläen Geschichte Deutschlands; 7.2), S. 275.

²⁴⁰ Manfred Görtemaker, Deutschland im 19. Jahrhundert. Entwicklungslinien, Opladen 1983, S. 277.

²⁴¹ Canis, Internationale Stellung und Außenpolitik Deutschlands vor dem Ersten Weltkrieg, S. 177.

²⁴² Reichstagsprotokolle, Bd. 159, S. 60 B und D.

ter des Imperialismus‘ bis hin zum Kriegsausbruch des Sommers 1914 gehört sicherlich zu den meistuntersuchten Zeitabschnitten der neueren Geschichte überhaupt.²⁴³ Eine wesentliche Kernfrage war dabei, ob und inwieweit der deutsche Ausgriff auf die internationale Bühne vereinbar war mit den bisherigen weltpolitischen Kräfteverhältnissen oder ob Deutschlands Streben nach Teilhabe im multipolaren Mächtesystem nicht zwangsläufig eine sich selbst überschätzende Provokation der arrivierten Staaten sein musste, die mehr oder weniger bereits die groben Umrisse des späteren Weltkriegs vorgab. Dabei wurde deutlich: Auch wenn es damals Zeitgenossen gab, die sich den allem zugrunde liegenden Rivalitätsideen nicht unumwunden anschlossen, so herrschte zumindest in Regierungskreisen und bei einem Großteil der jeweiligen Landeseliten doch

„eine Sicht der Weltordnung vor, die Kampf, Wandel, Wettbewerb, Einsatz von Gewalt und die Mobilisierung nationaler Ressourcen zur Verstärkung der Staatsmacht betonte.“²⁴⁴

Diese dauernde Konkurrenzatmosphäre erschien vielen Beteiligten als *so* allgegenwärtig und unausweichlich, dass nach allgemeiner Überzeugung eine der Hauptaufgaben der Politik darin bestehen sollte, das eigene Land für den Wettstreit mit den internationalen Rivalen bestmöglich vorzubereiten. Darunter verstand man landläufig vor allem, unbedingt weiter wachsen und expandieren zu müssen: Stillstand bedeutete im Kontext der Zeit bereits den sicheren Untergang.²⁴⁵

Gleichwohl deshalb mit einigem Recht darauf hingewiesen worden ist, dass Deutschland zu seiner weltpolitischen Partizipation eigentlich nicht weniger berechtigt sein konnte als seine Kontrahenten,²⁴⁶ reagierten die übrigen europäischen Öffentlichkeiten auf die deutsche Entwicklung natürlich allesamt höchst alarmiert. Gerade in Frankreich herrschte – abgesehen von der Tatsache, dass die imperialen Interessen beider Länder irgendwann auch in direkten Konflikt geraten sollten²⁴⁷ – jetzt gar kein Zweifel mehr daran, dass jenes auf Machtzuwachs zielende ‚böse Deutschland‘ alle friedlichen Elemente des Landes, wie es hieß, „in seinem stählernen Griff“²⁴⁸ halten würde. Die Unterscheidung zwischen *l'Allemagne idéaliste*, dem Deutschland der bedeutenden Philosophen, Komponisten, Schriftsteller und Wissenschaftler, sowie *l'Allemagne réaliste*, dem Deutschland der kriegsbesessenen Expansionisten, wurde zum Gemeinplatz.²⁴⁹ Rhetorik und

²⁴³ Einen Überblick geben Gregor Schöllgen und Friedrich Kießling, *Das Zeitalter des Imperialismus*, München 52009 [1986] (Oldenbourg Grundriss der Geschichte; 15).

²⁴⁴ Kennedy, *Aufstieg und Fall der großen Mächte*, S. 304.

²⁴⁵ Siehe Jürgen Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München 2011 [2009], S. 710.

²⁴⁶ So Canis, *Internationale Stellung und Außenpolitik Deutschlands vor dem Ersten Weltkrieg*, S. 177.

²⁴⁷ Vgl. Poidevin/Bariéty, *Frankreich und Deutschland*, S. 225.

²⁴⁸ Wolfgang Leiner, *Das Deutschlandbild in der französischen Literatur*, Darmstadt 21991 [1989], S. 173.

²⁴⁹ Beate Gödde-Baumanns, *L'idée des deux Allemagnes dans l'historiographie française des années 1871–1914*, In: *Francia* 12 (1984), S. 609–619, hier S. 617.

Gebaren der letzteren schienen dabei für allerlei Pessimismus Anlass zu bieten. Die *Grande Nation* entwickelte sich so angesichts seines östlichen Nachbarn und dessen immer offensiver vorgetragenen Großmachtansprüchen zusehends zu „une France toujours préoccupée par le danger allemand.“²⁵⁰ Spätestens seitdem das Kaiserreich die ‚wilhelminische Wendung zur Weltpolitik‘ vollzogen hatte, war in weiten Teilen Europas, vor allem aber in Frankreich, die Zuversicht abhanden gekommen, dass die Regierungen des Kontinents diplomatische und friedliche Lösungen finden würden, sollten sich etwaige Konflikte zwischen den Mächten ergeben respektive verschärfen.²⁵¹ Ein erneuter Waffengang zur Klärung der Verhältnisse oder eben aufgrund einer deutschen Aggression blieb vor diesem Hintergrund ständig gegenwärtig.²⁵²

Die Sorge vor der ‚unruhigen deutschen Großmacht‘²⁵³ – nicht nur in der Mitte des Kontinents, sondern jetzt auch in der Weltpolitik – löste sich unter dem Einfluss der althergebrachten „geistige[n] Disposition zur Anwendung von Gewalt und Krieg“, welche den westlichen Öffentlichkeiten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts auch aufgrund der weiterhin ungebrochenen Attraktivität sozialdarwinistischer Ideen innewohnte, immer mehr von seinen ursprünglich

„propagandistischen Zusammenhängen ab und verselbstständigte sich schließlich angesichts der zunehmenden Verschärfung der internationalen Beziehungen vielerorts zu einer Art von fatalistischer Kriegserwartung.“²⁵⁴

Insofern war es gar nicht so entscheidend, ob und inwieweit beispielsweise die kaiserliche Flottenrüstungspolitik von den Berliner Verantwortlichen wirklich als Untermauerung und „Symbol des deutschen Weltmachtanspruchs“²⁵⁵ gedacht war oder vielleicht eher als logischer Schritt eines neuen Selbstverständnisses erachtet wurde, mit dem man als gleichberechtigtes Mitglied der damaligen *global player* auf Notwendigkeit und Legitimität einer solchen Haltung im imperialistischen Zeitalter reagierte; zumal entsprechende Trägergruppen in Großbritannien, Frankreich, Russland und anderswo ja mit ähnlich lautenden Argumenten eigentlich durchaus vergleichbare Ziele ver-

²⁵⁰ Raymond Poidevin, *Le face-à-face entre la France et l'Allemagne vers 1900*, In: *Das deutsche Problem in der neueren Geschichte*, hrsg. von Karl Otmar Freiherr von Aretin, Jacques Bariéty und Horst Möller, München 1997 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Sondernummer), S. 47–56, hier S. 47.

²⁵¹ Vgl. insbesondere Wolfgang J. Mommsen, *Der Topos vom unvermeidlichen Krieg. Außenpolitik und öffentliche Meinung im Deutschen Reich im letzten Jahrzehnt vor 1914*, In: *Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890–1914. Beiträge zur historischen Friedensforschung*, hrsg. von Jost Dülffer und Karl Holl, Göttingen 1986, S. 194–224, v.a. S. 195f.

²⁵² Siehe Gerd Krumeich, *Psychose de guerre et calcul politique dans la France de 1913: La crainte d'une „attaque brusquée“ allemande*, In: *1914, les psychoses de guerre?*, hrsg. von Johannes Vandenrath, Rouen 1985 (Publications de l'Université de Rouen; 82), S. 85–94.

²⁵³ Eine beinahe klassische Charakterisierung des Kaiserreichs: Siehe für die französische Perspektive Raymond Poidevin, *Die unruhige Großmacht. Deutschland und die Welt im 20. Jahrhundert*, Freiburg – Würzburg 1985 [frz. 1983] und für die deutsche Seite vor allem Michael Stürmer, *Das ruhelose Reich. Deutschland 1866–1918*, Berlin 1986 [1983] (Die Deutschen und ihre Nation; 3) und dann Volker Ullrich, *Die nervöse Großmacht 1871–1918. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs*, Frankfurt am Main 2007 [1997].

²⁵⁴ W. Mommsen, *Der Topos vom unvermeidlichen Krieg*, S. 196.

²⁵⁵ Fritz Fischer, *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*, Düsseldorf 2004 [zuerst 1961], S. 22.

folgten.²⁵⁶ Wichtig war für die internationalen Beziehungen und ihren weiteren Verlauf vor allem, dass die deutschen Aktivitäten von den anderen Staaten und deren Öffentlichkeiten im Wesentlichen als ein „ausuferndes weltpolitisches Denken“ verstanden wurden, das „nicht kosmopolitisch orientiert war, sondern fast stets einen fordernden oder hegemonialen Unterton“²⁵⁷ besaß. Auch heute noch glauben Historiker dementsprechend, dass die hier betriebene deutsche Politik tatsächlich im Wesentlichen als ein System von Drohung und Erpressung gesehen werden muss.²⁵⁸ Im Kaiserreich selbst hingegen schien man damals vor allem davon überzeugt zu sein, dass die anderen Staaten den Deutschen ihren Aufstieg neiden würden. Hier spielte das Gefühl, die übrigen Großmächte würden mit ihrer Politik den weltpolitischen Rang Deutschlands und die daraus ableitbaren Rechte inner- und außerhalb Europas streitig machen, die wesentlichste Rolle.²⁵⁹

So offenbart sich nicht zuletzt auch die ganze Dimension dessen, was bisher als ‚deutsch-französischen Erbfeindschaft‘ zu beschreiben versucht worden ist: Die während des 19. Jahrhunderts sich vielfach intensivierende und spätestens seit 1870/71 dann weitestgehend undifferenziert ins kollektive Bewusstsein eingepflanzte Gegnerschaft zum jeweiligen Nachbarn am Rhein, „dem äußeren Feind schlechthin“,²⁶⁰ war gerade in Frankreich – und in Teilen auch immer noch in Deutschland – längst zum gängigen Interpretationsmuster aller bilateralen oder auch internationalen Konstellationen avanciert. Während das Reich selbst zwar für den Moment aus einem gewissen Überlegenheitsgefühl heraus in seiner Ausrichtung eher gegen die beiden anderen Großmächte England und Russland Position bezog und Frankreichs Bedeutung hier für kurze Zeit etwas nachordnete, war in Paris nach wie vor aller Fokus auf Berlin und die dortige Politik gerichtet.²⁶¹ Die Angst vor Deutschland war dabei so wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Stimmungen und Mentalitäten geworden,²⁶² dass sie auch für die Entscheidungsträger und ihre Abwägung von Handlungsoptionen immense Bedeutung haben musste.²⁶³ Nachträgliche historiographische Diskussionen über Motive und Absichten imperialistischer Politik dürfen nicht verkennen, dass im Wahrnehmungshorizont der Zeit so gut wie alle Ereignisse und Äußerungen mithilfe der Erbfeindschafts-Folie in das antagonistische Weltbild zwischen Frankreich und Deutschland eingeordnet werden konnten – und in der Regel von den jeweiligen Bevölkerungen

²⁵⁶ Dazu insgesamt Gustav Schmidt, *Der europäische Imperialismus*, München – Wien 1989 [1985].

²⁵⁷ Dirk van Laak, *Über alles in der Welt. Deutscher Imperialismus im 19. und 20. Jahrhundert*, München 2005 (Beck'sche Reihe; 1650), S. 74.

²⁵⁸ Vgl. J.-J. Becker/Krumeich, *La Grande Guerre*, S. 27.

²⁵⁹ Hierzu pointiert Laak, *Über alles in der Welt*, S. 74.

²⁶⁰ Winkler, *Geschichte des Westens*, Bd. 1, S. 1071.

²⁶¹ Hierzu insgesamt Michael E. Nolan, *The Inverted Mirror. Mythologizing the Enemy in France and Germany 1898–1914*, New York – Oxford 2005.

²⁶² Vgl. Raymond Poidevin, *La peur de la concurrence allemande en France, avant 1914*, In: *1914, les psychoses de guerre?*, hrsg. von Johannes Vandenrath, Rouen 1985 (Publications de l'Université de Rouen; 82), S. 77–84.

²⁶³ Siehe Robert A. Doughty, *France*, In: *War Planning 1914*, hrsg. von Richard F. Hamilton und Holger H. Herwig, Cambridge u.a. 2010, S. 143–174, bes. S. 144.

auch wurden. Das galt selbst noch für die hochmütigeren Eliten des deutschen Kaiserreichs, wo die vor allem vom Pariser Außenminister Théophile Delcassé angestoßenen französischen Avancen einer Annäherung an Großbritannien um die Jahrhundertwende herum einzig und allein rezipiert wurden als der Versuch, eine dauerhafte Koalition *gegen* Deutschland zu schmieden.²⁶⁴ Dass dementsprechend entscheidende Teile der deutschen Gesellschaft glaubten, darauf wieder selbst mit einer Demonstration der eigenen Stärke reagieren zu müssen – so geschehen 1905 durch den Besuch Wilhelms II. in Marokko, wo der Kaiser in gewisser Parallelität zu den Ereignissen von 1840 dem Sultan gegen die offenkundigen französischen Interessen dessen Souveränität garantierte –, befeuerte den Konflikt für Frankreich wiederum so stark, dass an der unverminderten Präsenz des „antagonisme entre les deux pays“²⁶⁵ überhaupt kein Zweifel bestehen konnte. Trotz einiger Entspannungsphasen blieb die deutsche Gefahr daher auch in den folgenden Jahren das ‚Modethema des französischen Nationalismus‘²⁶⁶ und das Kaiserreich Mittelpunkt weitreichender Ängste und Befürchtungen in Frankreich.²⁶⁷

Mit Abstrichen galt, wie bereits angedeutet, ähnliches auch in die andere Richtung. Selbst wenn der französische Revanche-Geist nach 1871 in der oft beschriebenen Art tatsächlich eher ein Mythos gewesen ist: Die deutsche Öffentlichkeit war dennoch vollauf davon überzeugt, dass es ihn gab und dass er die Pariser Politik präjudizieren würde.²⁶⁸ Die Dynamiken des 19. Jahrhunderts, wie sie oben unter dem Stichwort der *self-fulfilling prophecy* beschrieben worden sind, wirkten hier also unvermindert fort: Zugespitzt könnte man sagen, dass die eigentlichen politischen Absichten in Berlin respektive Paris für die Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses nach 1871 nur bedingt eine entscheidendere Rolle spielten als die mittlerweile in Stein gemeißelten gegenseitigen Perzeptionen beider Bevölkerungen. Die damals gleichwohl vorhandenen Kräfte, die auf eine Politik der Entspannung und Friedenssicherung setzen wollten,²⁶⁹ kamen dagegen auf Dauer nicht an. Auch wenn man sich zum Beispiel auf den Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907 umfangreiche Gedanken dazu gemacht hatte, wie internationale Politik gerade durch Schiedsverfahren und die Weiterentwicklung ‚diplomatischer Vermittlungspraktiken‘²⁷⁰ in Zukunft ohne Gewalt auskommen könnte, blieb im Allgemeinen „die Bereitschaft auch zu großen Kriegen“ unvermindert vital: „In einem Wertekonflikt besaß damals Frieden nicht den

²⁶⁴ Dazu J.-J. Becker/Krumeich, *La Grande Guerre*, S. 29.

²⁶⁵ Poidevin, *La face-à-face entre la France et l'Allemagne vers 1900*, S. 56.

²⁶⁶ Siehe Poidevin/Bariéty, *Deutschland und Frankreich*, S. 262–265.

²⁶⁷ Vgl. Krumeich, *Frankreichs Sicht des deutschen Kaiserreiches 1890–1914*, S. 244.

²⁶⁸ Ausführlich J.-J. Becker/Krumeich, *La Grande Guerre*, S. 17–22.

²⁶⁹ Vgl. Friedrich Kießling, *Gegen den „großen Krieg“? Entspannung in den internationalen Beziehungen 1911–1914*, München 2002 (Studien zur Internationalen Geschichte; 12) [Diss. Erlangen-Nürnberg 2000].

²⁷⁰ Siehe dazu Steller, *Diplomatie von Angesicht zu Angesicht*, v.a. S. 484.

höchsten Rang.²⁷¹ Der bereits zitierte Bernhard von Bülow, der 1900 Reichskanzler geworden war, belächelte vielmehr die vermeintliche Einfältigkeit solcher ‚pazifistischen Träumereien‘, für die damals seiner Einschätzung nach kein Platz gewesen sei in der Weltordnung. In den posthum erschienenen *Denkwürdigkeiten* erklärte er selbstbewusst, dass es seine vordringliche Aufgabe an der Spitze der deutschen Regierung gewesen sei, die deutsche Sicherheit nicht „scheinheiligen Versicherungen unserer Feinde und Neider, hohlen Phrasen weltfremder, bisweilen auch unehrlicher Schwärmer zu opfern.“²⁷² Der Wille zum unbedingten Daseinskampf – und damit letztlich auch eine mögliche militärische Auseinandersetzung – blieb in wesentlichen Einflusskreisen der damaligen Zeit nicht nur vorstellbar zur Entscheidung internationaler Konflikte, sondern wurde mitunter favorisiert oder sogar ausdrücklich gewünscht.²⁷³

Dies galt auch in Berlin, nicht zuletzt mit Blick auf den Rheinnachbarn: Neben Wilhelm II., dessen „ausgeprägter Haß auf das republikanische Frankreich ein unverrückbarer Faktor in der [kaiserlichen] Weltanschauung“²⁷⁴ war, gab es in allen Schichten Stimmen, die mitunter regelrecht hoffnungsvoll auf den kommenden ‚Weltenbrand‘ warteten, ihm zum Teil sogar entgegenfieberten, weil man vor der Erinnerungsfolie des Krieges von 1870/71 vor allem Vorteile von einem erneuten Waffengang erwartete.²⁷⁵ Diese Geisteshaltung wurde nicht zuletzt befeuert durch die „fatale Weise, mit der sich subjektive Überzeugungen, Wünsche und Sehnsüchte mit der gefährlichen systemischen Dynamik der imperialistischen Epoche verzahnten.“²⁷⁶ Dem vereinzelt sicherlich existenten Friedensglauben entgegengesetzt,²⁷⁷ entwickelte sich im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts so eine durchaus militaristische Einstellung in Deutschland, die davon ausging, dass überhaupt erst der Krieg ‚kulturschaffend‘ sein könne für das Reich.²⁷⁸ Dieser Glaube wurde noch beflügelt durch die letztlich als modern zu bezeichnenden Propagandabemühungen ent-

²⁷¹ Jost Dülffer, Internationales System, Friedensgefährdung und Kriegsvermeidung: Das Beispiel der Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907, In: Lehren aus der Geschichte? Historische Friedensforschung, hrsg. von Reiner Steinweg, Frankfurt am Main 1990 (Friedensanalysen; 23), S. 95–116, hier S. 113.

²⁷² Bernhard von Bülow, *Denkwürdigkeiten*, hrsg. von Franz von Stockhammern, 4 Bde., Berlin 1930–1931, Bd. 2: Von der Marokko-Krise bis zum Abschied, S. 298.

²⁷³ Hierzu z.B. Peter Winzen, Der Krieg in Bülow's Kalkül. Katastrophe der Diplomatie oder Chance zur Machtexpansion?, In: Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890–1914. Beiträge zur historischen Friedensforschung, hrsg. von Jost Dülffer und Karl Holl, Göttingen 1986, S. 161–193.

²⁷⁴ Röhl, Wilhelm II., Bd. 2, S. 172. Dort auch ein passendes Zitat Wilhelms als Antwort auf einen französischen Vorschlag, der neue Monarch möge sich im deutsch-französischen Verhältnis zu einer konzilianteren Position durchringen als sein Vater: „Da die Väter als Gefangene uns über die Grenze kamen, werden es die Söhne also auch müssen! Nomen omen!“ Paris müsse dementsprechend „vernichtet“ werden, Deutschland werde jede kommende Gelegenheit nutzen, „die Gallier zusammen zu hauen“.

²⁷⁵ Hierzu Jost Dülffer, Kriegserwartung und Kriegsbild in Deutschland vor 1914, In: Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Wolfgang Michalka, Weyarn 1997 [1994], S. 778–798 [zuerst frz. 1993], bes. S. 780.

²⁷⁶ Thomas Rohkrämer, August 1914 – Kriegsmentalität und ihre Voraussetzungen, In: Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Wolfgang Michalka, Weyarn 1997 [1994], S. 759–777, hier S. 760.

²⁷⁷ Zu einzelnen Détente-Bemühungen Krumeich, Frankreichs Sicht des deutschen Kaiserreichs 1890–1914, S. 247.

²⁷⁸ Siehe Dülffer, Kriegserwartung und Kriegsbild in Deutschland vor 1914, bes. S. 781–783.

sprechender Kreise, die mit einer klaren Ausrichtung auf die breite Masse gerade im Hinblick auf die Vermarktung der eigenen Flottenrüstung erheblichen Einfluss auf die öffentliche Meinung gewinnen konnten.²⁷⁹ Zudem beunruhigten das französisch-russische Bündnis und dessen Annäherung an Großbritannien die deutsche Öffentlichkeit in so zunehmendem Maße, dass sich nicht nur in Heereskreisen ein regelrechtes „Präventivkriegsdrängen“²⁸⁰ breitmachte. Durch verschiedene internationale und nationale Faktoren hatte sich so auch innerhalb anderer Gesellschaftsteile das Bild einer „als unerträgliche Bedrohung empfundenen Einkreisungskonstellation“ ergeben, die eine weitverbreitete „Akzeptanz eines militärischen Befreiungsschlages“²⁸¹ schuf.

Solche Nervositäten und Reizbarkeiten bestimmten die damalige Zeit grundlegend.²⁸² Daher ist die internationale Geschichtswissenschaft zu dem weitestgehend einmütigen Schluss gekommen, dass der Vorlauf des Ersten Weltkrieges „in vielerlei Hinsicht eine Serie von Variationen“ dieser Stimmungen und Emotionen gewesen ist, die „in letzter Konsequenz auch vor dem Krieg nicht zurückscheute[n] [...] [und] sich allerorten zunehmender Popularität erfreute[n].“²⁸³ Die Anzeichen dafür sind in der Tat unübersehbar: Nicht nur der Rüstungswettlauf gerade zwischen England und Deutschland prägte die internationale Bühne vor 1914,²⁸⁴ auch die jeweiligen Öffentlichkeiten bewahrten sich ihre nationalen Vorbehalte und Feindbilder in unverminderter Präsenz. Diese zeigten sich unter anderem in regelrechten ‚Pressekriegen‘ zwischen den Staaten²⁸⁵ ebenso wie in ständig neu oder zum wiederholten Male aufkommenden nationalistischen Meinungsfehden, zum Beispiel im Wiederauflammen der hochbrisanten Elsass-Lothringen-Frage,²⁸⁶ die seit 1871 „eine eiternde Wunde in den deutsch-französischen Beziehungen“²⁸⁷ geblieben war. Auch wirtschaftspolitisch ergab sich eine zunehmend schärfere Konkurrenz um Märkte und Einflusszonen in Europa und an dessen Peripherie.²⁸⁸ Zudem entwickelte sich vor allem Südosteuropa in dieser Zeit zu einer echten Krisenregion, in der auch die Interessen der Großmächte immer

²⁷⁹ Vgl. Gunda Stöber, *Pressepolitik als Notwendigkeit. Zum Verhältnis von Staat und Öffentlichkeit im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914*, Stuttgart 2000 (Historische Mitteilungen, Beihefte; 38) [Diss. FU Berlin 1998].

²⁸⁰ Anscar Jansen, *Der Weg in den Ersten Weltkrieg. Das deutsche Militär in der Julikrise 1914*, Marburg 2005 [Diss. 2003], hier S. 510.

²⁸¹ Peter Winzen, *Das Kaiserreich am Abgrund. Die Daily-Telegraph-Affäre und das Hale-Interview von 1908. Darstellung und Dokumentation*, Stuttgart 2002 (Historische Mitteilungen, Beihefte; 43), S. 88.

²⁸² Hierzu Laak, *Über alles in der Welt*, S. 95.

²⁸³ Martin Mayer, *Geheime Diplomatie und öffentliche Meinung. Die Parlamente in Frankreich, Deutschland und Großbritannien und die erste Marokkokrise 1904–1906*, Düsseldorf 2002 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; 133) [Diss. Mainz 2000], S. 325f.

²⁸⁴ Dazu Rolf Hobson, *Imperialism at sea. Naval strategic thought, the ideology of sea power and the Tirpitz Plan, 1875–1914*, Boston 2002.

²⁸⁵ Ausführlich bei Dominik Geppert, *Pressekriege. Öffentlichkeit und Diplomatie in den deutsch-britischen Beziehungen (1896–1912)*, München 2007 [Habil. Berlin 2005/2006].

²⁸⁶ Siehe Poidevin/Bariéty, *Frankreich und Deutschland*, S. 254–268.

²⁸⁷ Kißener, *Wie Völker hassen lernen*, S. 191.

²⁸⁸ Vgl. Raymond Poidevin, *Les Relations économiques et financières entre la France et l’Allemagne de 1898 à 1914*, Paris 1969 [Diss.].

wieder kollidierten.²⁸⁹

Den meisten dieser Konflikte lag letztlich das gleiche Ausgangsproblem zugrunde: Während Frankreich, Großbritannien und Russland Berlins anhaltendes Expansionsdrängen weiterhin nicht zu akzeptieren bereit waren und um eine Reglementierung des deutschen Einflusses rangen, sahen sich viele Deutsche international in ihren vermeintlich legitimen Rechten beschnitten. ‚Einkreisung‘ wurde so zum beherrschenden politischen Schlagwort im Reich,²⁹⁰ ‚Feinde ringsum‘ zur populären Stammtischparole. Eine solche Rhetorik beflügelte wiederum die Konkurrenzsituation zu den Mächten der Triple-Entente und befeuerte auch dort den Willen zum „Um-, Nach- und Neurüsten“.²⁹¹ Das alles schloss zwar einen friedlichen Ausgang nicht kategorisch aus, konnte jedoch immer wieder „a dangerous situation“ schaffen, „in which another diplomatic crisis – if it occurred – was likely to trigger armed conflict.“²⁹²

Die zweite Marokkokrise, die bereits von einigen Zeitgenossen als Beginn einer unmittelbaren Vorkriegszeit verstanden wurde,²⁹³ offenbarte dann plastisch, wie wenig Diplomatie oder bilaterale Vertragswerke gerade zwischen Paris und Berlin noch zur dauerhaften Entspannung beitragen, geschweige denn einen belastbaren Frieden garantierten konnten. Im Gegenteil: Hatten sich beide Regierungen nach der ersten Marokkokrise noch auf ein Abkommen geeinigt, das die gegenseitigen Einflusssphären vor Ort eigentlich hätte regeln sollen und durchaus als ein Zeichen kooperativer Entspannungschancen gedacht war,²⁹⁴ fiel dessen Auslegung bald schon jeweils so gegensätzlich aus, dass auf dem Fuße neue Unsicherheiten und Streitigkeiten folgten. Als Frankreich 1911 unter Verweis auf einen möglichen Bürgerkrieg Truppen nach Nordafrika sandte, was in den zuvor festgelegten Absprachen mit dem Kaiserreich eigentlich nicht vorgesehen war, drängte der neue Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Alfred von Kiderlen-Waechter, die deutsche Führung auch auf öffentlichen Druck zu einer Gegeninitiative.²⁹⁵ Die unter dem Stichwort „Kanonendiplomatie“²⁹⁶ berühmt gewordene Verlegung des Kanonenboots *Panther* nach Agadir

²⁸⁹ Hierzu Angelow, *Der Weg in die Urkatastrophe*, S. 72–81.

²⁹⁰ Siehe J.-J. Becker/Krumeich, *La Grande Guerre*, S. 34–36.

²⁹¹ Dieter Storz, *Die Schlacht der Zukunft. Die Vorbereitungen der Armeen Deutschlands und Frankreichs auf den Landkrieg des 20. Jahrhunderts*, In: *Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse*, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Wolfgang Michalka, Weyarn 1997 [1994], S. 252–279, hier S. 257.

²⁹² David Stevenson, *Was a Peaceful Outcome Thinkable? The European Land Armaments Race before 1914*, In: *An Improbable War? The Outbreak of World War I and European Political Culture before 1914*, hrsg. von Holger Afflerbach und David Stevenson, New York und Oxford 2007, S. 227–260, hier S. 227.

²⁹³ Vgl. Rüdiger vom Bruch, *Das wilhelminische Kaiserreich: eine Zeit der Krise und des Umbruchs*, In: *Krisenwahrnehmungen in Deutschland um 1900. Zeitschriften als Foren der Umbruchszeit im Wilhelminischen Reich*, hrsg. von Michel Grunewald und Uwe Puschner, Bern 2010, S. 9–24, hier S. 21.

²⁹⁴ Dazu Poidevin/Bariéty, *Frankreich und Deutschland*, S. 244–247.

²⁹⁵ Siehe Thomas Meyer, *„Endlich eine Tat, eine befreiende Tat...“*. Alfred von Kiderlen-Wächters „Panthersprung nach Agadir“ unter dem Druck der öffentlichen Meinung, Husum 1996 (*Historische Studien*; 448) [Diss. Düsseldorf].

²⁹⁶ Winkler, *Geschichte des Westens*, Bd. 1, S. 1094.

im Juli desselben Jahres brachte die europäischen Mächte unmittelbar an den Rand eines großen Krieges.²⁹⁷ Die Motive für die deutsche Haltung mögen vielfältig gewesen sein. Am wichtigsten war sicherlich der Versuch, den eigenen Status respektive Anspruch plakativ zu untermauern und sich den anderen Mächten weiterhin als ein wehrhafter Faktor der Weltpolitik zu präsentieren.²⁹⁸

Dennoch scheiterte Berlin mit seiner Aktion in mehrerlei Hinsicht: Weder konnte man, wie ursprünglich erhofft, Risse auf tun zwischen den Staaten der Triple-Entente,²⁹⁹ noch gelang eine dauerhafte Beruhigung innerer Auseinandersetzungen im Reich durch äußere Ablenkung.³⁰⁰ Ganz im Gegenteil: Dass Deutschland nach den englischen und russischen Versicherungen, im Fall der Fälle tatsächlich an Paris' Seite zu stehen,³⁰¹ zunehmend bescheidenere Forderungen stellte im Verlauf des Sommers 1911 und sich am Ende mit vergleichsweise unbedeutenden Kompensationen in Äquatorialafrika zufrieden geben musste, wurde gerade vom heimischen Patriotismus als Fehlschlag einer zu zaghaften Politik kritisiert. Mit Ausnahme der Sozialdemokratie hatten nahezu alle politischen und gesellschaftlichen Verbände einhellig eine aktivere deutsche Politik gefordert.³⁰² Teile der Berliner Öffentlichkeit entrüsteten sich jetzt geradezu über ‚Wilhelm den Friedlichen‘ und die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit des Reiches auf internationalem Parkett.³⁰³ Insofern lässt sich die zweite Marokkokrise auch als wesentlicher Indikator dafür nehmen, dass die Bemühungen um eine ‚deutsche Weltpolitik‘ schlussendlich als Misserfolg bewertet werden müssen.³⁰⁴ Während im Ausland die Berliner Politik eher Einigkeit als Zwietracht schuf – sowohl in Paris als auch in London und St. Petersburg erschien die Entente zunehmend als der sicherste Weg, der Herausforderung durch Deutschlands Machtpotenzial dauerhaft zu widerstehen³⁰⁵ –, entstanden gleichzeitig im Inland neue überstiegene Erwartungen,³⁰⁶ die etwaige Kompromisslösungen mit den anderen europäischen Staaten auf Dauer nur noch schwieriger machten.³⁰⁷ Selbst das Verhältnis zu den eigenen Bündnispartnern Österreich-Ungarn und Italien hatte durch die wiederholten Provokationen und internationalen Krisen keine Stärkung erfahren.³⁰⁸

²⁹⁷ Vgl. Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 260–269.

²⁹⁸ So im Wesentlichen auch die Einschätzung von Emily Oncken, *Panthersprung nach Agadir. Die deutsche Politik während der zweiten Marokkokrise 1911*, Düsseldorf 1981 [Diss. Köln 1980].

²⁹⁹ Hierzu Berghahn, *Das Kaiserreich 1871–1914*, S. 394.

³⁰⁰ Vgl. Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3: *Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges*, S. 1138–1141.

³⁰¹ Siehe Winkler, *Geschichte des Westens*, Bd. 1, S. 1094.

³⁰² Dazu Walkenhorst, *Nation – Volk – Rasse*, S. 199–201.

³⁰³ Vgl. ausführlich bei Röhl, *Wilhelm II.*, Bd. 3: *Der Weg in den Abgrund 1900–1914*, S. 857–859.

³⁰⁴ So z.B. Poidevin, *Die unruhige Großmacht*, S. 69.

³⁰⁵ Vgl. Canis, *Internationale Stellung und Außenpolitik Deutschlands vor dem Ersten Weltkrieg*, S. 181.

³⁰⁶ Mit zahlreichen Beispielen Laak, *Über alles in der Welt*, Kap. III.

³⁰⁷ Siehe Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 267.

³⁰⁸ Hierzu Ralf Forsbach, *Alfred von Kiderlen-Wächter (1852–1912). Ein Diplomatenleben im Kaiserreich*, 2 Bde., Göttingen 1997 (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; 59) [Diss. Bonn 1995], Bd. 2, S. 537f.

In dieser Situation, so glaubten jedenfalls später viele Historiker, habe das Reich auf gewisse Art und Weise die ‚Flucht nach vorn‘ angetreten. Vor dem Hintergrund der verschiedenen innen- wie außenpolitischen Probleme sei die Reichsleitung, so heißt es, versucht gewesen, der zum Teil auch selbst verschuldeten ‚Sackgassensituation‘ (Volker Berghahn) zu entkommen, indem sie mit einem Höchstmaß an Risikobereitschaft alles auf eine Karte setzte und dem bereits altbekannten Kriegsdrängen der Militärs nachgab.³⁰⁹ Diese hatten in der Tat schon seit geraumer Zeit im Hinblick auf einen sich abzeichnenden Konflikt mit den weiter aufrüstenden Entente-Mächten zu einer Art vorbeugendem Gegenschlag geraten.³¹⁰ Im Glauben an die vorerst noch andauernde eigene Überlegenheit der deutschen Truppen hatte man hier darauf gerechnet, binnen Wochen oder zumindest einigen wenigen Monaten eine Art „Cannae-Effekt“³¹¹ erzielen zu können, indem man mithilfe des eigens dafür erdachten Schlieffen-Plans zunächst im Westen den Rheinnachbarn niederwerfen und dann die Truppen massiert im Osten gegen das Zarenreich stellen würde.³¹² Die in diesen Strategiekonzepten zum Ausdruck kommende Kriegsbereitschaft ist vor allem von Fritz Fischer in den frühen 1960er Jahren auch für die zivilen Gesellschaftsteile des Kaiserreichs attestiert worden. Seine seitdem viel diskutierte These ging von einer konkreten, die ganze Bevölkerung betreffenden „deutsche[n] Kriegszielpolitik“ aus, die

„nicht nur von den Gruppen der Alldeutschen und der dritten OHL unter Ludendorff propagiert, sondern von einer breiten Front vertreten [wurde], [...] von dem alldeutschen Flügel der Konservativen über National-Liberale, Zentrum und Freisinn bis zu dem rechten Flügel der SPD“.³¹³

Diese Sichtweise lässt sich insofern auch heute noch wiederfinden, als dass in der Forschung weiterhin gern unterstrichen wird, wie stark die „bildungsbürgerliche Krisenrhetorik“ in Deutschland vor 1914 gewesen ist, die sich vor allem aus dem Umstand speiste, „dass die innen- und außenpolitischen Spannungen in der Perspektive der Zeitgenossen sich gegenseitig bedingten.“³¹⁴ Vor diesem Hintergrund habe es eine geradezu allgegenwärtige Reminiszenz an die Überwindung innerer Spaltungen und vermeintlicher äußerer Gefahren durch die Einigungskriege Bismarcks gegeben, die nicht nur wesentliches Fundament des Kaiserreichs an sich gewesen sei, sondern auch im Verlauf des frühen 20. Jahrhunderts immer wieder zu einer regelrechten „Verlockung für

³⁰⁹ Dazu Dieter Hoffmann, *Der Sprung ins Dunkle oder Wie der 1. Weltkrieg entfesselt wurde*, Leipzig 2010.

³¹⁰ Siehe Hildebrand, *Deutsche Außenpolitik 1871–1918*, S. 37.

³¹¹ Wehler, *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918*, S. 193.

³¹² Siehe Annika Mombauer, *German War Plans*, In: *War Planning 1914*, hrsg. von Richard F. Hamilton und Holger H. Herwig, Cambridge u.a. 2010, S. 48–78.

³¹³ Fritz Fischer, *Deutsche Kriegsziele. Revolutionierung und Separatfrieden im Osten 1914–1918*, In: *Historische Zeitschrift* 188 (1959) 2, S. 249–310, hier S. 254.

³¹⁴ Sven Oliver Müller, *Die Nation als Waffe und Vorstellung. Nationalismus in Deutschland und Großbritannien im Ersten Weltkrieg*, Göttingen 2002 (*Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft*; 158) [Diss. Bielefeld 2001], hier S. 37.

Staatsmänner und Nationalisten³¹⁵ geworden wäre. Daher, so schloss man, habe gerade „das Vorsätzliche der deutschen Politik“³¹⁶ den Ersten Weltkrieg verschuldet.

Gegenstimmen dazu haben sich bemüht, andere Faktoren geltend zu machen. So habe Deutschland schon aufgrund seiner geographischen Mittellage im Machtwettkampf der Zeit einzig und allein zwischen zwei Alternativen festgesteckt: „Führung in Kontinentaleuropa oder Untergang des Reiches“³¹⁷ – etwas anderes sei nicht möglich gewesen, glaubte zum Beispiel Michael Stürmer. John Keegan hingegen erkannte im Kriegsausbruch eher eine ‚europäische Tragödie‘, in der die Verantwortlichen „von den Ereignissen, die sie unter Kontrolle zu halten suchten, zunehmend überwältigt“³¹⁸ worden seien. In diesem Sinne, so dachten andere eine solche Annahme weiter, sei gerade Deutschland eher in den Krieg ‚hineingestolpert‘ durch das generelle Versagen seiner, aber auch der anderen europäischen Führungskräfte im Augenblick der internationalen Krise 1914; vorsätzlich eine Hegemonie erkämpfen habe man hingegen nicht gewollt.³¹⁹ Damit wurde auch Andreas Hillgrubers frühere These wieder aktuell, die den Ausführungen Fischers insofern widersprach, als dass erst der Weltkrieg an sich die Kriegsziele der deutschen Bevölkerung radikalisiert habe. Diesen könne man daher nicht die Hauptschuld am Ausbruch des Waffenganges zuschreiben.³²⁰ In eine ganz andere Richtung argumentierte wiederum Niall Ferguson, der vor allem aus britischer Sicht einwandte, dass gerade die damalige Politik Englands einen ‚falschen Krieg‘ heraufbeschworen habe: Statt sich von den Kontinentalproblemen Deutschlands, Frankreichs und Russlands fernzuhalten, habe London, ohne dass es eine ernsthafte Bedrohung für das Empire gegeben habe, zusätzliche Spannungen erzeugt und letztlich zur Eskalation gebracht.³²¹ Ähnlich, wenn auch deutlich zurückhaltender haben einige Russland-Historiker betont, dass im Zarenreich ebenfalls Politikern und Militärs zumindest eine Teilschuld zukomme, da sie die „ohnehin schon gespannte Atmosphäre noch weiter aufzuladen“ versucht hätten und durch „hektisches Agieren“³²² den Kriegsausbruch zumindest beschleunigt hätten. Unterstützt worden sei diese Entwicklung, so argumentierte jetzt Stefan Schmidt in seinem Beitrag über Frankreichs Rolle in der Vorgeschichte des Krieges, ausdrücklich von Paris. Dort habe man – im eigenen

³¹⁵ Chickering, *Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg*, S. 20.

³¹⁶ John C.G. Röhl, *Vorsätzlicher Krieg? Die Ziele der deutschen Politik im Juli 1914*, In: *Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse*, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Wolfgang Michalka, Weyarn 1997 [1994], S. 193–215, hier S. 201.

³¹⁷ Stürmer, *Das ruhelose Reich*, S. 406.

³¹⁸ John Keegan, *Der Erste Weltkrieg. Eine europäische Tragödie*, Reinbek bei Hamburg 2000 [engl. 1998], S. 39.

³¹⁹ Siehe Lüder Meyer-Arndt, *Die Julikrise 1914. Wie Deutschland in den Ersten Weltkrieg stolperte*, Köln 2006.

³²⁰ Vgl. Hillgruber, *Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege*, v.a. S. 58–67.

³²¹ Siehe Niall Ferguson, *Der falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1999 [engl. 1998].

³²² Horst Günther Linke, *Rußlands Weg in den Ersten Weltkrieg und seine Kriegsziele 1914–1917*, In: *Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse*, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Wolfgang Michalka, Weyarn 1997 [1994], S. 54–94, hier S. 60 und 64.

Deutschlandbild weiterhin von „Angst und Arroganz“ geprägt – vor allem mit Blick auf den Balkan den Verantwortlichen in St. Petersburg ausdrücklich militärischen Beistand zugesichert und darüber hinaus die Verbündeten sogar zu weiteren Rüstungen gedrängt: Ein „zu kalkulierendes Kriegsrisiko“ hätten „die französischen Entscheidungsträger damals deutlich erkannt und bewußt in Kauf genommen“; die Bedeutung der Bündnispolitik habe nicht vorrangig in „der Bewahrung des Friedens [gelegen], sondern in der Vorbereitung des militärischen Triumphes.“³²³

Nicht alle diese Argumente haben freilich die gleiche Überzeugungskraft. Am ehesten ließe sich eine Art Forschungskonsens über die vielen jeweiligen nationalen ‚Kriegsschuld‘-Anteile vielleicht noch herstellen mit der Einräumung des französischen Historikers Raymond Poidevin, wonach alle damaligen Akteure eine gewisse Verantwortung getragen hätten für die Eskalation: „[D]ie österreichisch-deutschen Initiativen gefährdeten“ demnach „einen Frieden, den die Mächte der Tripleentente nicht mit aller Kraft zu erhalten suchten.“³²⁴ Die gleichwohl andauernde – und mitunter nach wie vor unvermindert kontrovers geführte – Diskussion um eine mögliche singuläre Kriegsschuld ist mittlerweile selbst Gegenstand geschichtswissenschaftlicher Untersuchungen geworden, vor allem in Deutschland.³²⁵ Dabei spielte sicherlich zum einen die Fischer-Kontroverse, der erste große Historikerstreit der Bundesrepublik,³²⁶ eine besondere Rolle, weil hier grundlegend nicht nur Deutschlands Rolle im 20. Jahrhundert verhandelt wurde, sondern auch darüber gestritten wurde, ob die deutsche Historikerzunft bis dato mit ihren eventuell zu einseitigen Interpretationen die großen Kontinuitätslinien der eigenen Geschichte bis hinein ins Dritte Reich verschleiert und die nationalsozialistischen Verbrechen fälschlicherweise eher als ‚Betriebsunfall‘ dargestellt habe.³²⁷ Zum anderen aber zeichnete sich die Kriegsschulddebatte vor allem dadurch aus, dass sie auf den verschiedenen Seiten interessanterweise schon geführt wurde, *bevor* im Sommer 1914 der erste Schuss fiel.³²⁸ Ein Blick in die jeweiligen Argumentationsmuster der Militärs beziehungsweise politischen Verantwortlichen, die in der unmittelbaren Vorkriegszeit die Notwendigkeit weiterer Aufrüstungen betonten,³²⁹ verdeutlicht dies eindrücklich.

So herrschte zum Beispiel in Frankreich gar kein Zweifel daran, dass die deutsche Politik und vor allem manch öffentliche politische Äußerung aus Berlin seit jeher als „une menace directe de

³²³ Stefan Schmidt, Frankreichs Außenpolitik in der Julikrise 1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs, München 2009 (Pariser Historische Studien; 90) [Diss. Bonn 2005/2006], S. 212, 356 und 123.

³²⁴ Poidevin, Die unruhige Großmacht, S. 97.

³²⁵ Vgl. v.a. Wolfgang Jäger, Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte 1914-1980 über den Ausbruch des Ersten Weltkriegs, Göttingen 1984 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 61).

³²⁶ Siehe Konrad H. Jarausch, Der nationale Tabubruch. Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik in der Fischer-Kontroverse, In: Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, hrsg. von Martin Sabrow, Ralph Jessen und Klaus Große Kracht, München 2003 (Beck'sche Reihe; 1544), S. 20–40.

³²⁷ Hierzu Fritz Fischer, Hitler war kein Betriebsunfall. Aufsätze, München 41998 [1992] (Beck'sche Reihe; 459).

³²⁸ Vgl. Annika Mombauer, The Origins of the First World War. Controversies and Consensus, Harlow 2002, S. 22.

³²⁹ Zur Aufrüstung generell David Stevenson, Armaments and the Coming of War. Europe 1904–1914, Oxford 2002 [1996].

guerre³³⁰ verstanden werden sollten. Der unvermindert weitverbreitete Eindruck einer konkreten deutschen Bedrohung besaß dabei wie ehemals eine ungebrochen starke Integrationskraft innerhalb der französischen Gesellschaft.³³¹ Folglich war es sicher auch kein Zufall, dass nach der zweiten Marokkokrise mit Raymond Poincaré ein betont nationaler Politiker, der zudem noch aus Lothringen stammte, Ministerpräsident und – in Personalunion – Außenminister wurde. In der Erwartung eines baldigen Waffengangs misstraute dieser nicht nur jedem deutschen Annäherungsversuch, den er allein für Tarnwerk hielt,³³² sondern intensivierte darüber hinaus das französisch-russische Bündnis, um für den kommenden Ernstfall besser vorbereitet zu sein.³³³ Was man unter einem solchen Ernstfall verstand, hatte der Offizier und Bestseller-Autor Émile Driant bereits 1906 in seinem vielbeachteten Buch *Vers un nouveau Sedan* zum Ausdruck gebracht: Deutschland strebe wie selbstverständlich danach, so seine Grundaussage, die französische Niederlage von 1870/71 schon bald zu wiederholen, dieses Mal allerdings noch umfassender und gnadenloser.³³⁴ Nur Wochen nach Poincarés Amtsantritt verhandelten Paris und St. Petersburg bereits über weitere militärische Abkommen, die offenkundig garantieren sollten, dass französische und russische Truppen einander zur Seite eilen würden – und zwar „dans toutes les éventualités“.³³⁵ Für Poincaré stand das ausdrücklich im Einklang mit jener französischen „amour de la paix et de l’humanité“, die er in seinen Memoiren rückblickend beschrieben hat. Man habe schlicht all jenen „mauvais instincts“³³⁶ der Deutschen etwas entgegensetzen müssen, von deren Existenz er und die nationale Öffentlichkeit seines Landes vollauf überzeugt waren. Gerade die gesellschaftlich äußerst prägnante Erinnerung an den Krieg von 1870/71, die man seit Beginn des 20. Jahrhunderts „als überparteiliche vaterländische Sakralhandlung zelebrierte“,³³⁷ befeuerte in diesem Sinne eine regelrechte „Rüstungs- und Kriegspsychose“.³³⁸

Quasi im Gleichschritt – man könnte auch sagen: im Gleichklang – verfestigte sich in Deutschland die Überzeugung, Frankreichs Position und seine Politik könnten weiterhin die eigenen vitalen Interessen gefährden, ihnen eventuell sogar schon in naher Zukunft aktiv entgegen-

³³⁰ J.-J. Becker/Krumeich, *La Grande Guerre*, S. 40.

³³¹ Siehe Mayer, *Geheime Diplomatie und öffentliche Meinung*, S. 329.

³³² Vgl. John F.V. Keiger, *Raymond Poincaré*, Cambridge 2002 [1997], S. 137.

³³³ Dazu ausführlich Gerd Krumeich, *Aufrüstung und Innenpolitik in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg. Die Einführung der dreijährigen Dienstpflicht 1913–1914*, Wiesbaden 1980 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abteilung Universalgeschichte; 96) [Diss. Düsseldorf], Kap. 2.

³³⁴ Émile Driant, *Vers un nouveau Sedan*, Paris 1906.

³³⁵ *Projet de convention navale vom 16.07.1912* in: *Documents diplomatiques. L’Alliance franco-russe. Origines de l’Alliance 1890–1893, Convention militaire 1892–1899 et Convention navale 1912*, hrsg. vom Ministère des Affaires étrangères, Paris 1918, Nr. 102.

³³⁶ Raymond Poincaré, *Au service de la France. Neuf années de souvenirs*, 10 Bde., Paris 1926–1933, Bd. 1: *Le lendemain d’Agadir 1912*, S. 142f. und 137.

³³⁷ Andreas Metzger, *Kriegsgedenken in Frankreich (1871–1914). Studien zur kollektiven Erinnerung an den Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71*, Diss. Freiburg 1995, hier S. 242.

³³⁸ Krumeich, *Frankreichs Sicht des deutschen Kaiserreichs 1890–1914*, S. 250.

stehen. Als die Reichsöffentlichkeit im Frühjahr 1913 darüber diskutierte, ob Berlin eventuell seine Truppenkontingente aufstocken müsse, um seine Ansprüche in Europa und der Welt wahren zu können, stellte die *Kölnische Zeitung*, der man nachsagte, dass sie enge Beziehungen zum Auswärtigen Amt pflegen würde, am 10. März klar:

„Wir sollten die Gründe für unsere Heeresvermehrung nicht allzu weit herholen, sondern sie dort aufnehmen, wo sie für jedermann sichtbar auf der Straße liegen: wir sollten deutlich nach Westen weisen; den Finger drauf, denn dort sitzt der Störenfried – in Frankreich.“³³⁹

Die anschließende Aufstockung um gut 135.000 Mann, die der Reichstag im Juni tatsächlich beschloss, bekam aus Paris die dortige Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit zur Antwort.³⁴⁰ So zeigte sich, dass auf Grundlage der bereits beschriebenen Nationalisierungs- sowie Abgrenzungsprozesse und unter dem hohen Einfluss, den alles Militärische mittlerweile ausübte auf die gegenseitigen Wahrnehmungen in beiden Ländern, gerade das antagonistische Weltbild vieler Zeitgenossen zu einer regelrecht „folkloristische[n] Inszenierung der ‚Nation in Waffen‘ [führte]“, in der die „Interessen und Bedürfnisse von Staat, Armee und Bevölkerung“³⁴¹ offenkundig gerade in der Rüstung gegen einen äußeren Feind zusammenzulaufen schienen. Dafür erwies sich als absolut essentiell, dass sich jede entsprechende Anordnung, jeder Rüstungsauftrag, jede Truppenverlegung mit Hinweis auf die angebliche oder reale ‚äußere Gefahr‘ als Verteidigungsmaßnahme rechtfertigen lies. Auf diese Weise verbreitete sich in beiden Ländern letztlich die Ansicht, dass das internationale „Nebeneinander“ der Großmächte eigentlich nur „als Vorbereitung auf ein Gegeneinander“³⁴² verstanden werden dürfe. Daraus resultierte am Ende eine die Grenzen zwischen Realität und Perzeption verwischende, allgegenwärtige Bedrohungswahrnehmung, die das jeweilige eigene Land in einer durch und durch feindlichen Umgebung währte. Die sich so aufdrängenden Sorgen um das eigene Wohlergehen und die weitere Zukunft waren nicht nur in nahezu allen Gesellschaftsteilen ungemein präsent – gerade auch in Deutschland³⁴³ –, sondern verknüpften sich bisweilen mit dem Willen, derlei Unsicherheiten aus eigener Kraft zu beenden. Eine exzessive Rüstungspolitik legitimierte sich vor diesem Hintergrund also nicht nur zur „Abwehr einer unmittelbar zwingenden Bedrohung, sondern [auch] zur Vorbeugung künftiger Ge-

³³⁹ Zit. nach: Albert Hopman, Das ereignisreiche Leben eines ‚Wilhelminers‘. Tagebücher, Briefe, Aufzeichnungen 1901 bis 1920, hrsg. von Michael Epkenhans, München 2004 (Beiträge zur Militärgeschichte; 62) [Habil. Hamburg], S. 311, Anm. 124.

³⁴⁰ Vgl. Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1, S. 325f.

³⁴¹ Jakob Vogel, *Nationen im Gleichschritt. Der Kult der ‚Nation in Waffen‘ in Deutschland und Frankreich 1871–1914*, Göttingen 1997 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 118) [Diss. FU Berlin 1995], S. 288.

³⁴² Hillgruber, *Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege*, S. 36.

³⁴³ Vgl. Patrick Bormann, *Furcht und Angst als Faktoren deutscher Weltpolitik 1897–1914*, In: *Angst in den Internationalen Beziehungen*, hrsg. von Patrick Bormann, Thomas Freiberger und Judith Michel, Göttingen 2010 (Internationale Beziehungen. Theorien und Geschichte; 7), S. 71–90, bes. S. 71f.

fahren“.³⁴⁴ Eine strenge Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg wurde auf diese Weise obsolet. Jede Machtdemonstration, selbst wenn sie mit nationalpatriotischer Angriffslust daher kam, konnte nun in einen Defensivakt umgedeutet werden; der Bau von militärischen Offensiveinheiten erschien zunehmend als Instrument des Selbstschutzes. Insofern war die logische Antwort auf die neuartige französische Feldkanone von 1897, die die bisherige deutsche konventionelle Bewaffnung deklassierte,³⁴⁵ das Weiterrüsten. Schon auf der Weltausstellung von 1900 präsentierte die Firma Krupp die sogenannte ‚dicke Bertha‘, eine Kanone, die alle vorherigen Ideen französischer Befestigungsanlagen obsolet werden ließ und so natürlich dort wiederum zu neuen Befürchtungen und weiterer militärtechnischer Forschung Anlass bot.³⁴⁶ Der Kreislauf, der sich daraus entwickelte, war zwar nicht unaufhaltbar, aber ohne Zweifel fatal.

Nicht von ungefähr erscheinen dem französischen Historiker Jean-François Lecaillon die Jahre zwischen 1871 und 1914 daher als eine ‚erste deutsch-französische Zwischenkriegszeit‘, in der die institutionalisierte Erinnerung an die früheren Auseinandersetzungen als ständig gegenwärtiges ‚souvenir‘ den Weg gewissermaßen vorgezeichnet habe in einen neuen Waffengang.³⁴⁷ Dieser Sichtweise ließe sich zwar entgegenhalten, dass der Weltkrieg von 1914 in seiner vielgliedrigen, unübersichtlichen Entstehungsgeschichte nicht – jedenfalls nicht allein – durch den deutsch-französischen Gegensatz ausgelöst worden ist. Gleichwohl, und das macht Lecaillons Argument bedenkenswert, hat genau *dieser* deutsch-französische Gegensatz dann „sofort die kriegerische Auseinandersetzung auch zwischen Deutschen und Franzosen herbeigeführt“,³⁴⁸ als nach den Schüssen auf den österreichischen Thronfolger in Sarajewo jene internationale Krise ihren Lauf nahm, an deren Ende nach einigen Wochen der Ultimaten und Mobilmachungen die gegenseitigen Kriegserklärungen folgten. Wenn man eine Zwangsläufigkeit entdecken will in der damaligen Entwicklung, dann am ehesten vielleicht in dem Umstand, dass der Krieg – und hierfür finden sich in Deutschland und Frankreich gleichermaßen unzählige Beispiele – vor allem durch den allgemeinen „Glaube[n] an seine Unvermeidlichkeit“³⁴⁹ sowie „den gegenseitigen Verdacht, die andere Seite führe nur Böses im Schilde“,³⁵⁰ immer wahrscheinlicher geworden war, ja dass er im Laufe der Zeit sogar von bestimmten Bevölkerungsteilen hüben wie drüben geradezu „herbei-

³⁴⁴ Rohkrämer, August 1914, S. 763.

³⁴⁵ Siehe Storz, Die Schlacht der Zukunft, S. 255.

³⁴⁶ Vgl. Krumeich, Frankreichs Sicht des deutschen Kaiserreichs 1890–1914, S. 243.

³⁴⁷ Hierzu Jean-François Lecaillon, Août 1870: Retrouver l'autre guerre (Mai 2001), http://mapage.noos.fr/jflecaillon/Pages/retrouver_lautre_guerre.htm (21.08.2012).

³⁴⁸ Kißener, Wie Völker hassen lernen, S. 193.

³⁴⁹ Thomas Lindemann, Die Macht der Perzeptionen und Perzeptionen von Mächten, Berlin 2000 (Beiträge zur Politischen Wissenschaft; 118) [Diss. Paris 1996], S. 282.

³⁵⁰ Stig Förster, Im Reich des Absurden: Die Ursachen des Ersten Weltkrieges, In: Wie Kriege entstehen. Zum historischen Hintergrund von Staatenkonflikten, hrsg. von Bernd Wegner in Verbindung mit Ernst Willi Hansen, Kerstin Rehwinkel und Matthias Reiß, Paderborn u.a. 2000 (Krieg in der Geschichte; 4), S. 211–252, hier S. 223.

phantasiert und herbeigeredet“ wurde. Bedenkt man die Masse an zeitgenössischen Stimmen der Kriegsbereitschaft, auch die vielen euphorischen des Augusts 1914 auf beiden Seiten des Rheins, dann scheint das Erstaunliche am Ersten Weltkrieg aus heutiger Perspektive in der Tat nicht zu sein, „dass er überhaupt kam, sondern dass er [erst] so spät begann.“³⁵¹

S ofort mit dem Einsetzen der Kampfhandlungen brachen dann zusätzlich zu allen grundsätzlich umlaufenden Erbfeindschafts-Attribuierungen auch wieder jene radikalen Wahrnehmungshaltungen aus, die augenscheinlich über all die Jahre immer vorhanden gewesen oder zumindest mobilisierbar geblieben waren: Wie selbstverständlich schob jede Seite den Feind erneut in die Rolle „eine[r] Gegen-Natur“,³⁵² sprach ihm kurzerhand ab, Mitmensch zu sein.³⁵³ Das geschah nicht zuletzt mithilfe eines großen medialen Boheis, das schon in den Vorkriegsjahren mit pejorativen Zuschreibungen dafür gesorgt hatte, den jeweiligen Widerpart von Grund auf zu diskreditieren,³⁵⁴ nun jedoch eine neue Intensivität und Radikalität erfuhr.³⁵⁵ Dies zeigte sich zum Beispiel darin, wie sehr sich Intellektuelle und Künstler auf beiden Seiten in regelrechten nationalen Abgrenzungsgorgien ereiferten.³⁵⁶ Die hier zum Ausdruck kommende, bereits seit langem überlieferte Gegenüberstellung von Gut und Böse, Zivilisation und Barbarei ließ sich jetzt, angesichts einer „Mentalität, die den Krieg als unvermeidlich ansah, ihn als Bewährungsprobe wahrnahm und ihm eine höhere Realität als dem Frieden zusprach“,³⁵⁷ unverzüglich auch in der breiten Masse reaktivieren. Die Parallelen zum Krieg von 1870/71 sind frappierend. So konnte einerseits im Inland binnen kurzem ein gewisses ideelles Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen, das bei den jeweiligen nationalen Mobilmachungen nicht nur behilflich war, sondern auch manchen pathetisch-enthusiastischen Gefühlsausbruch des Augusts begreiflich zu machen vermag, der die Geschichtswissenschaft lange vor Erklärungs- und Bewertungsprobleme gestellt hat. Andererseits wertete man so gleichzeitig den Gegner in seiner Gesamtheit ab, auch um damit vorsorglich alle seine eventuellen „militärischen und politischen Erfolge in einen heidnischen und antizivilisatori-

³⁵¹ Beide Zitate: Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt*, S. 710 und 675.

³⁵² Jeismann, *Das Vaterland der Feinde*, S. 201.

³⁵³ Vgl. Berghahn, *Europa im Zeitalter der Weltkriege*, S. 69.

³⁵⁴ Hierzu ausführlich Bernhard Rosenberger, *Zeitungen als Kriegstreiber? Die Rolle der Presse im Vorfeld des Ersten Weltkriegs, Weimar – Wien 1998* (Medien in Geschichte und Gegenwart; 11).

³⁵⁵ Siehe Helmut Korte, *Die Mobilmachung des Bildes – Medienkultur im ersten Weltkrieg*, In: *Krieg – Medien – Kultur. Neue Forschungsansätze*, hrsg. von Matthias Karmasin und Werner Faulstich, München 2007, S. 35–66.

³⁵⁶ Siehe für Frankreich Martha Hanna, *The Mobilization of Intellect. French Scholars and Writers during the Great War*, Cambridge 1996 und zu Deutschland u.a. Wolfgang J. Mommsen, *Die deutschen kulturellen Eliten im Ersten Weltkrieg*, In: *Kultur und Krieg. Die Rolle der Intellektuellen, Künstler und Schriftsteller im Ersten Weltkrieg*, hrsg. von Wolfgang J. Mommsen unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner, München 1996 (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien; 34), S. 1–16.

³⁵⁷ Rohkrämer, *August 1914*, S. 766f.

schen Schändungsakt umzudeuten.³⁵⁸ Sowohl in Deutschland,³⁵⁹ als auch in Frankreich flackerte die Kriegsstimmung und zum Teil auch die Kriegsbegeisterung des deutsch-französischen Krieges als entscheidender Faktor innerhalb der öffentlichen Meinung wieder auf. Der alteingesessene Dualismus und seine Neu- beziehungsweise Reaktivierung in den beiden Bevölkerungen belebte sämtliche Erinnerungsfolien und Prägungen der letzten Jahrzehnte. Ein Großteil der „hostilité à l’ennemi d’outre-Rhin, si présente dans l’univers mental [...] de 1914–1918, s’était cristallisée dans le quelques mois du conflit de 1870.“³⁶⁰ Und wie schon damals kochte auch jetzt wieder ein Patriotismus hoch, der Titel wie *Die Wacht am Rhein* zu regelrechten ‚Ersatz-Nationalhymnen‘ werden ließ, die Soldaten und Zivilisten überall gleichermaßen lauthals mitgrölten.³⁶¹ Nicht zufällig handelte es bei diesen Melodien in der Regel um Volkslieder, die bereits während der Orientkrise Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden und populär geworden waren.

Das ganze Ausmaß der deutsch-französischen Erbfeindschaft und ihre Bedeutung für die jeweiligen nationalen Mentalitäten zeigten sich gerade auch in dem Umstand, dass selbst die Teile beider Bevölkerungen, die einen Krieg eigentlich gar nicht grundsätzlich befürworteten,³⁶² aufgrund der vorab bestehenden Perzeptionen des Feindes und wegen der entsprechenden Informationspolitik von oben nun mit Kriegsbeginn größtenteils durch einen „vorübergehende[n] Zustand spontaner nationaler Einheit“ über alle politischen Lager hinweg der bereits vorgegebenen Prämisse folgten, „bei dem nun beginnenden großen Krieg der europäischen Mächte handle es sich für die eigene Nation um einen reinen Verteidigungskrieg.“ So setzte in Deutschland und Frankreich schon unmittelbar im Sommer 1914 eine intensive „Mythisierung und Ideologisierung des Kriegsbeginns“³⁶³ ein, was verschiedene „mécanismes d’acceptation de la guerre“³⁶⁴ in Gang brachte. Diese sind vor allem unter den Stichworten ‚Union sacrée‘ und ‚Burgfrieden‘ von der Geschichtswissenschaft hinlänglich beschrieben worden.³⁶⁵ Selbst die deutsche Sozialdemokratie, die in den Monaten vor Kriegsausbruch gegen jede Form von Kriegstreiberei energisch protestiert hatte, war im August 1914 auf die Linie der Reichsregierung umgeschwenkt und hatte sich

³⁵⁸ Jeismann, *Das Vaterland der Feinde*, S. 201.

³⁵⁹ Vgl. F. Becker, *Bilder von Krieg und Nation*, S. 508f.

³⁶⁰ Audoin-Rouzeau, 1870, S. 322

³⁶¹ Siehe Geiss, *Der lange Weg in die Urkatastrophe*, S. 78.

³⁶² Vgl. J.-J. Becker/Krumeich, *La Grande Guerre*, S. 75.

³⁶³ Alle Zitate: Thomas Raithel, „Augusterlebnisse“ 1914 in Deutschland und Frankreich, In: *Das ‚lange‘ 19. Jahrhundert. Alte Fragen und neue Perspektiven*, hrsg. von Nils Freytag und Dominik Petzold, München 2007 (Münchener Kontaktstudium Geschichte; 10), S. 245–260, hier S. 252 und 259.

³⁶⁴ J.-J. Becker/Audoin-Rouzeau, *La France, la nation, la guerre*, S. 287.

³⁶⁵ Hierzu die Beiträge in Wolfram Pyta und Carsten Kretschmann (Hrsg.), *Burgfrieden und Union sacrée. Literarische Deutungen und politische Ordnungsvorstellungen in Deutschland und Frankreich 1914–1933*, München 2011 (Historische Zeitschrift, Beihefte N.F.; 54).

der allgemeinen Defensivzwangsrhetorik gegen die Entente angeschlossen.³⁶⁶

Derartige „Verteidigungsideologie[n]“³⁶⁷ knüpften unmittelbar an die früheren Konfliktmuster und Fremdwahrnehmungen an, die sich vom 19. Jahrhundert bis in die Vorkriegszeit hinüber gerettet hatten. Während folgerichtig Wilhelm II. in Berlin unter Rückgriff auf die Erbfeindschaft am Rhein dem Botschafter der Donaumonarchie gegenüber unverblümt klarstellte, er sei nun fest „entschlossen, mit Frankreich abzurechnen“,³⁶⁸ betonte Poincaré am 4. August in Paris, dass sein Volk, „dans une même indignation [...] et dans une même foi patriotique“ wie in früheren Auseinandersetzungen, den Kampf wiederaufnehme „contre l’agresseur“.³⁶⁹ Der deutsch-französische Dualismus ging also mit Kriegsausbruch 1914 quasi in die nächste, längst erwartete Entscheidungsrunde. So empfanden das offenkundig auch jene Zeitgenossen, die den Beginn der Kampfhandlungen letztlich als einen „Akt der Befreiung von der Sterilität der Vorkriegsepoche“³⁷⁰ und als endlich erreichte Überwindung der „dangerous unclarity to international relations“³⁷¹ wahrnahmen, wie man sie lange Zeit beklagt hatte. Alle, für die das nicht galt, ließen sich zumindest über die patriotische Ausrufung des vom Anderen aufgezwungenen Kampfes zur Selbstverteidigung einfangen.³⁷²

Die französische Historiographie hat in den letzten Jahren herauszuarbeiten versucht, wie stark im Laufe der Sommer- und Herbstmonate 1914 unter Rückgriff auf ältere kollektive Interpretationsmuster und allgemeine Erinnerungshaltungen eine regelrechte ‚Kriegskultur‘ respektive ‚-mentalität‘ entstanden ist, deren starke Verbreitung die enorme Bandbreite an Radikalität, Siegeswillen, Propaganda, offen zur Schau gestelltem Hass und erschreckendem Enthusiasmus zu erklären vermag, die den Weltkrieg so lange Zeit als „l’incompréhensible“³⁷³ erschienen ließen. Getragen von einer Art ‚Kreuzzugsmythos‘ habe sich, so argumentierten vor allem Stéphane Audoin-Rouzeau und Anette Becker, der Sinn des Krieges für weite Bevölkerungskreise letztlich aus der alternativlosen Aufgabenstellung ergeben, die eigene Zivilisation wieder einmal verteidig-

³⁶⁶ Vgl. Walter Mühlhausen, Die Sozialdemokratie am Scheideweg – Burgfrieden, Parteikrise und Spaltung im Ersten Weltkrieg, In: Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Wolfgang Michalka, Weyarn 1997 [1994], S. 649–671.

³⁶⁷ Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918, S. 211.

³⁶⁸ So in einem Schreiben Szögyénys nach Wien am 02.08.1914, in: Julikrise und Kriegsausbruch 1914. Eine Dokumentensammlung, 2 Bde., bearb. und eingel. von Imanuel Geiss, Hannover 1963–1964, Bd. 2, Nr. 1063.

³⁶⁹ Poincaré, Au service de la France, Bd. 4: L’Union sacrée 1914, S. 546.

³⁷⁰ Wolfgang J. Mommsen, Der Erste Weltkrieg und die Krise Europas, In: „Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch...“. Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkriegs, hrsg. von Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich und Irina Renz, Essen 1993 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, N.F.; 1), S. 25–41, hier S. 27.

³⁷¹ Francis Roy Bridge, Transformations of the European States System, 1856-1914, In: „The Transformation of European Politics, 1763-1848“: Episode or Model in Modern History?, hrsg. von Peter Krüger und Paul W. Schroeder unter Mitarbeit von Katja Wüstenbecker, Münster 2002 (Forschungen zur Geschichte der Neuzeit. Marburger Beiträge; 5), S. 255–272, hier S. 267.

³⁷² Vgl. Berghahn, Europa im Zeitalter der Weltkriege, S. 44f.

³⁷³ Jean-Baptiste Duroselle, La Grande Guerre des Français 1914-1918. L’incompréhensible, Paris 2002 [1994].

gen zu müssen und den seit Generationen als Feind überlieferten Gegenüber und seine diametral entgegengesetzten Ansprüche nun endgültig auszulöschen.³⁷⁴ Die dafür benötigte Kontextualisierung erfolgte wie selbstverständlich – und keineswegs nur in Frankreich – durch Rückgriff auf die überlieferten Perzeptionen der Vergangenheit:

„Wie es scheint, mussten neue Feindbilder gar nicht erst entwickelt werden. Unter dem Eindruck der Bedrohung wurde das abgerufen, was in der Fremdwahrnehmung an Kritik und Feindschaft bereits vorhanden war.“³⁷⁵

Damit solche Ressourcen auf Dauer erhalten blieben, steuerte man die Verbreitung derartiger Bilder bald sogar planmäßig und schreckte nicht einmal mehr davor zurück, Kinder mit entsprechendem Schulunterricht, Informationsmaterial und Spielzeug „massiv in die laufende kriegerische Auseinandersetzung einzubeziehen“ und „sie ebenfalls zu mobilisieren.“³⁷⁶ Die Frontstellungen waren klar, der Totalität des kommenden Krieges der Weg geebnet.

Vor diesem Hintergrund wird mithin deutlich, warum es nicht unbedingt angebracht zu sein scheint, den Ersten Weltkrieg – zumindest mit Blick auf die deutsch-französischen Beziehungen – als ‚Urkatastrophe‘ zu beschreiben. Diese nach wie vor durchaus gängige Betonung eines besonderen, geradezu zäsuralen Charakters der militärischen Auseinandersetzung von 1914/18 für Berlin und Paris sowie ihr jeweiliges Verhältnis zueinander³⁷⁷ sollte vielleicht eher durch die Betonung der katalysatorischen Wirkung des Krieges für deutlich ältere, aber damals noch ungebrochen wirkende Verfeindungsprozesse ersetzt oder zumindest ergänzt werden. Dass der Weltkrieg von vielen Zeitgenossen in der Regel in den gleichen ursächlichen Zusammenhang gerückt wurde wie der Krieg von 1870/71 und dann unter den gleichen oder zumindest vergleichbaren Sinnstiftungsmechanismen geführt wurde, spricht eher dafür, ihn als eine – aufgrund der Opferzahlen und Langzeitfolgen gleichwohl katastrophale – Retraumatisierung des Verhältnisses zu sehen, als ein neues großes Trauma in einer bereits hochgradig negativ besetzten Beziehungsgeschichte. Erst wenn man alle Vorbedingungen und früheren Belastungen des bilateralen Verhältnisses zwischen Deutschen und Franzosen mit in den Blick nimmt, gewinnen sowohl der jeweilige ‚nationale Verteidigungskonsens‘ 1914, der schon seit Beginn des 20. Jahrhunderts zur Sicherung des eigenen Überlebens immer wieder beschworen worden war,³⁷⁸ als auch der gehäuft auftretende

³⁷⁴ Siehe Stéphane Audoin-Rouzeau und Annette Becker, 14–18, retrouver la Guerre, Paris 2000.

³⁷⁵ Gerhard Schneider, Barbaren, Boches, Hunnen – Bild- und Textpropaganda im Ersten Weltkrieg, In: Visualität und Geschichte, hrsg. von Saskia Handro und Bernd Schönemann, Berlin 2011 (Geschichtskultur und historisches Lernen; 1), S. 135–196, hier S. 136.

³⁷⁶ Stéphane Audoin-Rouzeau, Die mobilisierten Kinder: Erziehung zum Krieg an französischen Schulen, In: „Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch...“. Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkriegs, hrsg. von Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich und Irina Renz, Essen 1993 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, N.F.; 1), S. 151–174.

³⁷⁷ Siehe z.B. Schöllgen/Kießling, Das Zeitalter des Imperialismus, S. 104f.

³⁷⁸ Siehe Gunter Mai, „Verteidigungskrieg“ und „Volksgemeinschaft“. Staatliche Selbstbehauptung, nationale Solidarität und soziale Befreiung in Deutschland in der Zeit des Ersten Weltkrieges (1900–1925), In: Der Erste Welt-

Kriegsenthusiasmus des Augusts, die weitreichende Kriegsakzeptanz des Spätsommers und letztlich auch der langwierige Kriegsverlauf sowie die enormen Schwierigkeiten der Kriegsbeendigung und Nachkriegszeit eine gewisse Kohärenz. Die Erbfeindschaft am Rhein wurde im Umfeld des Weltkriegs *wieder-*, zum Teil auch *neu* erlebbar. Sie wurde nicht *ursächlich* begründet, sie wurde *reaktiviert*, bisweilen mit neuen Inhalten versehen und im Angesicht millionenfachen Leids fortgeschrieben. Der Stellungskrieg zwischen deutschen und französischen Truppen zwischen Herbst 1914 und Sommer 1918 wurde dafür ebenso zum Sinnbild des totalen Krieges – und somit ja auch der totalen Gegnerschaft – wie die Materialschlachten an der Somme oder in Verdun. Dass jene „[v]olkstümlichen Vorstellungen“³⁷⁹ von einem kurzen Entscheidungskrieg, dessen Sieg man bereits zum Weihnachtsfest zuhause würde feiern können und der sich in puncto Gewalt und Opferzahlen begrenzen ließe, sich letztlich als dermaßen illusorisch erweisen sollten, machte die ganze Sache noch schlimmer.

krieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Wolfgang Michalka, Weyarn 1997 [1994], S. 583–602, hier S. 585f.

³⁷⁹ Berghahn, Europa im Zeitalter der Weltkriege, S. 45.

1.2. Unüberwindbare Traumata? Die Unfähigkeit zum Friedensschluss zwischen Deutschen und Franzosen nach dem Ersten Weltkrieg

In der breiten Öffentlichkeit, zumal in der deutschen, ist es immer noch eine Art Alltagsplatz, den Versailler Friedensvertrag von 1919, genauer müsste es eigentlich heißen: das komplexe System der verschiedenen Pariser Vorortverträge,³⁸⁰ für unausgewogen und auf längere Sicht auch für grundsätzlich zum Scheitern verurteilt zu halten. Ausgehend vom bereits extrem negativen Urteil der Zeitgenossen – schon 1921 schrieb der Schriftsteller und Verleger Reinhold Eichacker im Geleitwort einer literarischen Anthologie wie selbstverständlich: „Wir Deutsche hassen den Geist von Versailles!“³⁸¹ – konnten eine entsprechende Publizistik und deren Tradierung über die Jahrzehnte ein Geschichtsbild etablieren, das die Verträge gerade aus der Perspektive der Verlierer für ‚sehr ungerecht‘ befand,³⁸² sie schlimmstenfalls sogar als Keimzelle des Zweiten Weltkriegs brandmarkte.³⁸³ Damit jedoch führte man, gewollt oder nicht, in Variationen jene Argumentation fort, die sich zum einen während der Weimarer Republik bereits radikal und mit weitreichenden Folgen gegen den ‚Diktatfrieden‘ gewandt hatte³⁸⁴ sowie zum anderen einigen Unverbesserlichen nach 1945 zur Exkulpation der Deutschen diente, weil es „ohne den Vertrag [...] und die brutale Behandlung des Deutschen Reiches in der Nachkriegszeit niemals eine nationalsozialistische Machtergreifung gegeben hätte.“³⁸⁵ Für eine solche, letztlich allzu einseitige Sichtweise konnte man mit entsprechender Auslegung gleichwohl auch bei renommierten Historikern immer wieder Anhaltspunkte finden. In einer frühen Ausgabe des *Gebhardt* zum Beispiel, eines mehrbändigen Handbuchs zur deutschen Geschichte, dessen achte und neunte Auflage seit den 1960ern bis zum Teil in die heutige Zeit hinein zu einem Standardwerkzeug für Lehrerbildung, Schulunterricht und Allgemeinwissen wurden, schrieb Karl Dietrich Erdmann trotz einiger Abwägungen reichlich plakativ: „Die europäische Ordnung, wie sie 1919 geschaffen wurde, trug den Keim neuer Kriege in sich.“³⁸⁶ Und Hagen Schulze fragte sogar noch im Jahr 2001, ob man nicht in „Hitler seinerseits eine von Versailles hervorgebrachte Kreatur“³⁸⁷ sehen müsse.

³⁸⁰ Für Deutschland am 28.06.19 in Versailles, für Österreich am 10.09.19 in Saint-Germain, für Bulgarien in Neuilly-sur-Seine am 27.11.19, für Ungarn am 04.06.20 in Trianon und für das Osmanische Reich am 10.08.20 in Sèvres.

³⁸¹ Reinhold Eichacker (Hrsg.), *Haß. Antwort deutscher Dichter auf Versailles*, München 1921, S. 8.

³⁸² Siehe z.B. Helmut Schmidt und Fritz Stern, *Unser Jahrhundert. Ein Gespräch*, München 2010, S. 97.

³⁸³ So u.a. Jörg Friedrich, *Von deutschen Schulden*, *Berliner Zeitung* vom 09.10.1999.

³⁸⁴ Vgl. Edgar Wolfrum, *Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung*, Göttingen 2001 (Kleine Reihe V&R; 4028), S. 27–31 und Thomas Lorenz, „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht!“ Der Versailler Vertrag in Diskurs und Zeitgeist der Weimarer Republik, Frankfurt – New York 2008 [Diss. Marburg 2004/2005].

³⁸⁵ So bspw. der ehemalige NS-Militärriichter und spätere Rektor der Universität Marburg Erich Schwinge, *Bilanz der Kriegsgeneration. Ein Beitrag zur Geschichte unserer Zeit*, Marburg 131987 [1979], S. 8.

³⁸⁶ Karl Dietrich Erdmann, *Die Zeit der Weltkriege*, In: *Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte*, 4 Bde., achte, neubearbeitete Auflage hrsg. von Herbert Grundmann, Stuttgart 1965 [Erstdruck 1959], Bd. 4, S. 107.

³⁸⁷ Hagen Schulze, *Versailles*, In: *Deutsche Erinnerungsorte*, 3 Bde., hrsg. von Etienne François und Hagen Schulze, München 42002 [12001], Bd. 1, S. 407–421, hier S. 421.

Über solche starken, sicherlich auch der Anschaulichkeit geschuldeten Bilder hinaus gab es gleichwohl Versuche, ein kritisches Urteil über das Friedenswerk im größeren Kontext zu begründen. Eine der vielleicht ausgewogensten Darstellungen diesbezüglich stammt von Gustav Schmidt, der den alliierten Friedensmachern vorwarf, dass sie während der Konferenz zu Versailles nicht ein kohärentes, auf die Zukunft ausgerichtetes Konzept zur Behebung der kriegsauslösenden „Strukturdefekte“ innerhalb der Weltordnung entwickelt, sondern vielmehr danach getrachtet hätten, sich auch weiterhin gegenseitig macht- und wirtschaftspolitisch auszustecken. So sei es im Ergebnis zu „essentielle[n] Konstruktionsfehlern“ gekommen, die vor allem auch Ausdruck der „Statuskonflikte und Interessendivergenzen der drei Westmächte“ gewesen wären und auf Dauer verhinderten, dass die dafür infrage kommenden Länder nach 1919 den komplexen Anforderungen einer dauerhaften Friedenssicherung wirklich gerecht werden konnten. Vor allem die USA hätten mit ihrem Rückzug aus der Verantwortung aufgrund der Nichtratifikation der Verträge im Washingtoner Senat den Geist der europäischen „Vorkriegsivalitäten“ wiederbelebt, so dass Frankreich fortan unter *sécurité* erneut kaum mehr als die eigene „Ordnungsfunktion auf dem Kontinent“ verstanden habe, gerade mit Blick auf den Rheinnachbarn also wieder ganz der alten Vorstellung von der Notwendigkeit zur *prépondérance* verfallen sei. Überhaupt wäre es von vorneherein „vergeblich“³⁸⁸ gewesen, so Schmidt in Anlehnung an die bekannte zeitgenössische Kritik des britischen Ökonomen John Maynard Keynes, ein Nachkriegssystem ganz unter Ausschluss Deutschlands und Russlands auf die Beine stellen zu wollen. Damit habe man sich ebenso den politischen Realitäten entzogen, wie man den Grad längst erreichter weltwirtschaftlicher Interdependenz verkannt habe. Keynes, selbst für einige Zeit Mitglied der britischen Delegation auf der Konferenz, hatte nach seinem Ausscheiden ähnlich kritisch geurteilt:

„The Treaty includes no provisions for the economic rehabilitation of Europe, – nothing to make the defeated Central Empires into good neighbours, nothing to stabilize the new States of Europe, nothing to reclaim Russia; nor does it promote in any way a compact of economic solidarity amongst the Allies themselves; no arrangement was reached at Paris for restoring the disordered finances of France and Italy, or to adjust the systems of the Old World and the New.“

Den Hauptverantwortlichen, den sogenannten ‚großen Vieren‘ – Frankreichs Ministerpräsident Georges Clemenceau, Großbritanniens Premier Lloyd George, US-Präsident Woodrow Wilson und Italiens Regierungschef Vittorio Emanuele Orlando –, warf Keynes schlicht Unverstand vor:

„It is an extraordinary fact that the fundamental economic problems of a Europe starving and disintegrating before their eyes, was the one question in which it was impossible to arouse the interest of the Four.“³⁸⁹

³⁸⁸ Alle Zitate: Gustav Schmidt, Der gescheiterte Frieden. Die Ursachen des Zusammenbruchs des Versailler Systems, In: Frankreich – Europa – Weltpolitik. Festschrift für Gilbert Ziebura zum 65. Geburtstag, hrsg. von Hartmut Elsenhans u.a., Opladen 1989, S. 174–196, hier S. 174, 181, 185, 179, 181 und 182.

³⁸⁹ John Maynard Keynes, *The Economic Consequences of the Peace*, New York 1920, S. 226.

Erstaunlicherweise hat die historiographische Diskussion der letzten Jahrzehnte, die bis auf einige Ausnahmen³⁹⁰ zu einer etwas positiveren Bewertung des Vertrages tendierte, diesen Argumenten kaum je scharf widersprochen. Zwar wandte man sich deutlich gegen die eingangs erwähnten, allzu einseitigen Verrisse des Friedens, indem man klarstellte, dass Versailles nicht automatisch für das Scheitern der Weimarer Demokratie und den Aufstieg Hitlers verantwortlich gemacht werden könne;³⁹¹ dennoch dürften einige kritische Überlegungen Keynes' und Schmidts heute sogar nach wie vor als konsensfähig gelten. Nur betonen andersgerichtete Analysen eben mehrheitlich den Umstand, dass die Verträge letztlich ja *trotz* der enormen damaligen Probleme, die ein Friedensschluss nach dem Weltkrieg impliziert habe, „auch ganz andere historische Optionen eröffneten“ als die landläufig angenommene „Scheinkausalität [...] Erster Weltkrieg – Versailler Vertrag – Schande und Entehrung – Drittes Reich – Zweiter Weltkrieg“.³⁹² So müsse beispielsweise attestiert werden, dass Deutschland bei dem Vertrag keineswegs so schlecht weggekommen sei, wie dies oft behauptet wurde, sondern trotz einiger – mitunter auch bedeutender – territorialer Verluste in seinen Grenzen eigentlich relativ zukunftssicher weiterbestehen konnte; und das *obwohl* angesichts der im Pariser Umland noch allgegenwärtigen Granatfeuerschäden niemand auf der Konferenz vergessen haben konnte, wie knapp der alliierte Sieg letztlich errungen worden war.³⁹³ Gerade im Vergleich zu den von Deutschland diktierten Friedensbedingungen für das revolutionäre Russland im Friedensvertrag von Brest-Litowsk Anfang 1918 wertete man die Versailler Regelungen zudem ungeachtet der wirtschaftlich-industriellen Schwächung des Reiches noch als weitestgehend „maßvoll“.³⁹⁴ Selbst der oft gescholtene Kriegsschuldparagraph 231, der im Wesentlichen aufgenommen wurde, um aus der

„responsibility of Germany and her allies for causing all the loss and damage to which the Allied and Associated Governments and their nationals have been subjected as a consequence of the war imposed upon them by the aggression of Germany and her allies“³⁹⁵

Wiedergutmachungsansprüche abzuleiten, und der lange Zeit Ziel wüster nationalpatriotischer Anfeindungen war, gilt heute in der Regel als „von der Wahrheit gar nicht so weit entfernt.“³⁹⁶

³⁹⁰ Etwa Norman A. Graebner und Edward M. Bennett, *The Versailles Treaty and Its Legacy. The Failure of the Wilsonian Vision*, Cambridge u.a. 2011.

³⁹¹ So z.B. Eberhard Kolb, *Der Frieden von Versailles*, München 2005 (Beck'sche Reihe; 2375), S. 107.

³⁹² Michael Salewski, *Versailles 1919: Der fast gelungene Frieden. Ein Essay*, In: *Internationale Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Winfried Baumgart zum 65. Geburtstag*, hrsg. von Wolfgang Elz und Sönke Neitzel, Paderborn u.a. 2003, S. 187–203, hier S. 189.

³⁹³ Siehe zu diesem Umstand Gerhard L. Weinberg, *Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkriegs*, Hamburg 2002 [1995, engl. 1994], S. 23f.

³⁹⁴ Vgl. Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4, S. 241f. Eine generelle Gegenüberstellung bietet Winfried Baumgart, *Brest-Litovsk und Versailles. Ein Vergleich zweier Friedensschlüsse*, In: *HZ 210* (1970), S. 583–619.

³⁹⁵ Eine englisch-französische Ausfertigung des Vertrages ist vom amerikanischen Kongress gedruckt worden: *Treaty of Peace with Germany*, Washington 1919, S. 249.

³⁹⁶ Wolfgang J. Mommsen, *Der Vertrag von Versailles. Eine Bilanz*, In: *Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung*, hrsg. von Gerd Krumeich in Zusammenarbeit mit Silke Fehlmann, Essen 2001 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, N.F.; 14), S. 351–360, hier S. 352.

In Wirklichkeit sei die reale Last deutscher ‚Alleinschuld‘ also zwar durchaus in teuren Reparationen zu bezahlen gewesen, habe damit aber weit weniger Schaden angerichtet als die psychologische Kriegsführung im Inneren der neuen Republik gegen den Vertrag, der vor allem für die Nationalsozialisten im Verlauf der 20er und 30er Jahre mehr ‚propagandistischer Aufhänger‘ als wirklicher politischer Gegenstand gewesen sei.³⁹⁷ Die letztlich „verhängnisvollen Langzeitwirkungen“ der Friedensregelungen seien also nicht durch den eigentlichen Inhalt, sondern dessen „irrationale Behandlung in Deutschland hervorgerufen“³⁹⁸ worden. Außerdem zeige, so argumentierte Wolfgang J. Mommsen leicht überspitzt, die Außenpolitik der späten Republik und dann des Dritten Reiches, dass eigentlich ja eher jene ursprünglichen Kritiker des Vertrages Recht behalten sollten, die Deutschlands Machtbeschneidung als viel zu gering ansahen und fürchteten, eine künftige Revision werde dem Verlierer damit auf lange Sicht zu leicht gemacht.³⁹⁹ Diese Sichtweise deutet zudem bereits an, für wie wirkmächtig man mittlerweile die geradezu aussichtslose Ausgangslage der Pariser Konferenz und ihrer Protagonisten einschätzt: Angesichts der schier endlosen Menge an Problemen, offenen Grenzfragen, konträren Erwartungen, unterschiedlichen Zielstellungen und unabsehbaren längerfristigen Folgen der zu treffenden Entscheidungen räumt man inzwischen unumwunden ein, dass die damaligen Staatsmänner und Diplomaten bei dem Versuch, einen belastbaren Frieden zu entwerfen,⁴⁰⁰ „vor einer kaum lösbaren Aufgabe“⁴⁰¹ gestanden haben. Nehme man alle Hindernisse und Belastungen zusammen, müsse klar sein,

„dass es einen Frieden aus einem Guss und vor allem einen Frieden, der allen Seiten international und innerhalb der deutschen Gesellschaft einleuchtete, nicht geben konnte. Die Emotionen [...] Hass, Tod, Not, Angst waren nicht nur tief in die Gesellschaften eingeschrieben, sondern mussten notwendig die Friedensverhandlungen und den Friedensschluss bestimmen.“⁴⁰²

Deshalb gestand man den Verantwortlichen aus der Nachbetrachtung zu, dass es sich beim Versailler Vertrag – auch „bei allen Mängeln, die dem Ergebnis schließlich anhafteten“ – doch um den ernst- und gewissenhaften Versuch gehandelt habe, „Wege aus diesem Trümmerfeld zu finden, die zu einer neuen, dauerhafteren internationalen Ordnung“⁴⁰³ führen sollten.

³⁹⁷ Vgl. Andreas Hillgruber, Unter dem Schatten von Versailles – Die außenpolitische Belastung der Weimarer Republik: Realität und Perzeption bei den Deutschen, In: Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute. Kölner Kolloquium der Fritz Thyssen Stiftung Juni 1979, hrsg. von Karl Dietrich Erdmann und Hagen Schulze, Düsseldorf 1980, S. 51–67, bes. S. 66f.

³⁹⁸ Büttner, Weimar, S. 130.

³⁹⁹ Siehe pointiert W. Mommsen, Der Vertrag von Versailles, S. 352f.

⁴⁰⁰ Hierzu insgesamt Margaret MacMillan, Peacemakers. The Paris Conference of 1919 and its Attempt to End War, London 2002 [2001] sowie Alan Sharp, The Versailles Settlement. Peacemaking After the First World War 1919–1923, Basingstoke 2008 [1991].

⁴⁰¹ Büttner, Weimar, S. 121.

⁴⁰² Jost Dülffer, Das Deutsche Reich und der Versailler Vertrag, In: ZOOM 1920–2010. Nachbarschaften neun Jahrzehnte nach Versailles, hrsg. von Christoph Brüll, Eupen 2012, S. 53–69, hier S. 59.

⁴⁰³ Horst Möller, Europa zwischen den Weltkriegen, München 1998 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte; 21), S. 18.

Ein wesentliches, wenn nicht sogar *das* wesentlichste dieser ‚Trümmerfelder‘ war natürlich weiterhin das deutsch-französische Verhältnis. Es stimmt zwar, dass „von eigentlichen Beziehungen“ zwischen beiden „vollauf mit dem Krieg beschäftigt[en]“ Ländern zwischen 1914 und 1918 eigentlich „keine Rede sein kann“⁴⁰⁴ – jedenfalls im Sinne bilateraler Kontakte auf Staatenebene –, jedoch erlebte die gesamtgesellschaftliche und damit letztlich auch politisch relevante Erbfeindschaft durch den Krieg eine dramatische Konjunktur, die der altbekannten Gegnerschaft mittlerweile quasi-religiöse Züge verlieh.⁴⁰⁵ Bereits in den ersten Kriegswochen, als deutsche Truppen bei ihrem Vormarsch nach Belgien und Frankreich vermutlich einige Tausend Zivilisten gezielt töteten, weil man von ihnen Widerstand, Vergeltung oder Sabotageakte befürchtete, war das natürlich kein ‚herkömmlicher‘ Kollateralschaden, sondern auch eine Folge der besonders aufgeladenen patriotischen Stimmung und der ungemainen Präsenz traditioneller Feindbilder.⁴⁰⁶ Die Historiographie mag hier erneut darüber spekulieren, ob es sich bei diesen Vorkommnissen um eher „[k]leine Zwischenfälle“⁴⁰⁷ handelte oder ob sie nicht bereits einen ersten Markstein für das deutsche Militär und dessen „descent into lawlessness and barbarity during the Third Reich“⁴⁰⁸ bildeten. Entscheidender war für die damalige Zeit jedoch zunächst mit Sicherheit die ungemaine Resonanz, die der gewaltsame Kampf zwischen deutschen Truppen und den angeblichen ‚Franktireurs‘ sofort in den Propagandabemühungen und damit bald auch in den beteiligten Öffentlichkeiten fand.⁴⁰⁹ Es vergingen nur Tage, bis internationale Zeitungen ausführlich über die barbarischen deutschen Truppen und die von ihnen abgehackten Kinderhände berichteten.⁴¹⁰ Französische Soldaten, die unterdessen zeitweise ins Elsass oder nach Lothringen vorgedrungen waren, ließen sich so auch selbst zu Übergriffen gegen deutsche Zivilisten verleiten.⁴¹¹ In den hier einsetzenden ‚Entgrenzungen der Gewalt‘ (Volker Berghahn) – die zudem korrespondierten mit den traumatischen Erlebnissen der Frontsoldaten im technisierten Massenkrieg⁴¹² – traten auch tieferliegende Dispositionen zu Tage, die streng im Freund-Feind-Schema verhaftet blieben und

⁴⁰⁴ Poidevin/Bariéty, Frankreich und Deutschland, S. 293.

⁴⁰⁵ Dazu bes. Michael Burleigh, *Irdische Mächte, göttliches Heil. Die Geschichte des Kampfes zwischen Politik und Religion von der Französischen Revolution bis in die Gegenwart*, München 2008 [engl. 2005/2006], S. 542–569.

⁴⁰⁶ Hierzu v.a. Alan Kramer, „Greuelthaten“. Zum Problem der deutschen Kriegsverbrechen in Belgien und Frankreich 1914, In: „Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch...“. Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkriegs, hrsg. von Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich und Irina Renz, Essen 1993 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, N.F.; 1), S. 85–114.

⁴⁰⁷ Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 2, S. 760.

⁴⁰⁸ John Horne und Alan Kramer, *German Atrocities 1914. A History of Denial*, Yale 2001, S. 425.

⁴⁰⁹ Siehe noch einmal Korte, *Die Mobilmachung des Bildes*, S. 39.

⁴¹⁰ Eine zeitgenössische Sammlung bietet bereits Arthur Ponsonby, *Falsehood in War Time: Containing an Assortment of Lies Circulated Throughout the Nations During The Great War*, London 1928, z.B. Kap. VIII.

⁴¹¹ Vgl. J.-J. Becker/Krumeich, *La Grande Guerre*, S. 170f.

⁴¹² Dazu Benjamin Ziemann, *Das „Fronterlebnis“ des Ersten Weltkrieges – eine sozialhistorische Zäsur? Deutungen und Wirkungen in Deutschland und Frankreich*, In: *Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik*, hrsg. von Hans Mommsen, Köln – Weimar – Wien 2000 (Industrielle Welt; 60), S. 43–82.

sich aus älteren Erinnerungen speisten: Kämpften die ‚stumpfen Deutschen‘ nicht immer noch mit Pickelhauben?⁴¹³ Und vergingen sich die Franzosen durch den Einsatz von Kolonialtruppen nicht wieder einmal an der ‚edlen deutschen Kultur‘?⁴¹⁴ Erneut ging es also um den zivilisatorisch legitimierten Kampf gegen die Barbarei – und zwar in beiden Lagern.

Der Ton wurde dabei gleichwohl rauer. In Deutschland wurden die Mächte der Entente und besonders Frankreich ganz offiziell für den Kriegsausbruch verantwortlich gemacht.⁴¹⁵ Sie trugen damit logischerweise ebenso für alle Folgen des Kriegsalltags die Haupt-, wenn nicht Alleinschuld: Dass der Hunger in den kommenden Wintern zu einer zentralen Erfahrung im Heimatfrontgebiet wurde, schob man jedenfalls vor allem auf die Gegner und ihre geradezu unmenschliche Blockadepolitik,⁴¹⁶ obwohl auch Unzulänglichkeiten der eigenen Behörden zweifelsohne eine entscheidende Rolle gespielt hatten bei den Versorgungsengpässen.⁴¹⁷ Für derartig einseitige Zuschreibungen zeichneten nicht zuletzt die sich mit Kriegsverlauf immer weiter verstärkenden Propagandabemühungen der involvierten Staaten verantwortlich, die sich keineswegs mehr nur darauf konzentrierten, mit echten oder auch gefälschten Nachrichten für eine gute Stimmung zuhause zu sorgen, sondern mittlerweile hauptsächlich darauf abzielten, mit einer konkreten ‚Selbst- wie Feinddarstellung vor der Weltöffentlichkeit‘ zu belegen, dass man ‚[n]icht allein um die Existenz des eigenen Volkes, sondern um einen universalen Wert, für den dieses einstand‘,⁴¹⁸ kämpfte. Eine solche Sinnstiftung des Krieges wurde umso dringlicher, desto mehr die jeweiligen Regierungen durch etwaige militärische Rückschläge, strategische Verzögerungen und eine dadurch oder anderweitig drohende Kriegsverdrossenheit ihre Legitimation zum ‚Abwehrkampf‘ zu verlieren befürchteten. Um dem entgegenzuwirken, bedurfte es einer ständigen Herausarbeitung des Antagonismus’ zwischen Gut auf der eigenen und Böse auf der anderen Seite.

Dies führte schon bald zu staatlichen ‚Praxisversuche[n] umfassend gelenkter Wirklichkeitskonstruktionen‘.⁴¹⁹ Die deutsche Presse beispielsweise rief vermeintliche Kriegsverbrechen der Franzosen aus dem Krieg 1870/71 in den grausamsten Farben in Erinnerung und hielt es dabei für absolut ausgemacht, dass die französische ‚Hunnen-Natur‘ auch jetzt wieder durchbrechen

⁴¹³ Siehe Hüser, *Selbstfindung durch Fremdwahrnehmung in Kriegs- und Nachkriegszeiten*, S. 62.

⁴¹⁴ Hierzu Christian Koller, ‚Von Wilden aller Rassen niedergemetzelt‘. Die Diskussion um die Verwendung von Kolonialtruppen in Europa zwischen Rassismus, Kolonial- und Militärpolitik (1914-1930), Stuttgart 2001 (Beiträge zur Kolonial- und Überseegeschichte; 82) [Diss. Zürich 1998], S. 103–134.

⁴¹⁵ Vgl. Jäger, *Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland*, S. 18–20.

⁴¹⁶ Siehe Mai, ‚Verteidigungskrieg‘ und ‚Volksgemeinschaft‘, S. 589.

⁴¹⁷ Dazu Volker Ullrich, *Kriegsalltag. Zur inneren Revolutionierung der wilhelminischen Gesellschaft*, In: *Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse*, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Wolfgang Michalka, Weyarn 1997 [1994], S. 603–621, bes. S. 606.

⁴¹⁸ Michael Jeismann, *Propaganda*, In: *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, hrsg. von Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich und Irina Renz, Paderborn 2009, S. 198–209, hier S. 198.

⁴¹⁹ Ute Daniel, *Informelle Kommunikation und Propaganda in der deutschen Kriegsgesellschaft*, In: *Der erste Weltkrieg als Kommunikationsereignis*, hrsg. von Siegfried Quandt und Horst Schichtel, Gießen 1993 (Medien, Kommunikation, Geschichte; 1), S. 76–94, hier S. 77.

werde.⁴²⁰ Die frankophone Kriegspropaganda hingegen nahm vor dem Hintergrund sexueller Übergriffe deutscher Soldaten im Kriegsgebiet enorm breitenwirksam jene Formel vom ‚vergewaltigten Land‘ vorweg, die dann auch in der Nachkriegszeit – wie bereits angesprochen – zu einem dauerhaften Bestandteil der politischen Rhetorik werden sollte. Hier schuf man mehr als nur ein griffiges Label, man steuerte konkret die gesamtgesellschaftliche Projektion von realen individuellen Vergehen auf die Gemeinschaft: Statt von *den* deutschen Tätern sprach man von *allen* deutschen Soldaten; man kollektivierte, nahm rundweg *den* deutschen Barbaren an. Folglich galten auch keineswegs allein jene französischen Frauen in den entsprechenden Gebieten als Opfer, *la France* selbst wurde zum Opfer des gewaltsamen Übergriffs.⁴²¹ Dieses Bild hatte – neben seiner tiefen Einpflanzung ins kollektive Gedächtnis der Nation – gleichwohl einiges für sich: Bedenkt man jenen 500 Kilometer langen französischen Landstreifen von 10 bis 25 Kilometern Breite, der am Ende des Krieges nach vielen Monaten des Menschen und Material verschlingenden Grabenkampfes für „irrécupérable à jamais“⁴²² gehalten wurde, erwies sich die Beschreibung von der ‚Vergewaltigung durch Feindeshand‘ als unübertroffen anschaulich.

Wie sollte man vor dem Hintergrund dieses sich von Kriegsmonat zu Kriegsmonat noch intensivierenden Prozesses, angesichts der immer tiefergreifenden Verfeindung überhaupt zu einer Friedenslösung finden?⁴²³ Schon die Kriegsziele der beiden Bündnisse – und konkret besonders der Deutschen und Franzosen – offenbarten, dass eine Lösung der vielfältigen Konflikte selbst bei einem vollständigen Sieg der einen oder anderen Seite kaum vorstellbar war, zumal der Kriegsverlauf sowohl die Erwartungen und Hoffnungen als auch die gegenseitigen Stereotypen und Zuschreibungen noch radikalisieren sollte.⁴²⁴ Zwischenzeitliche Phasen von Unsicherheit und Niederlagenfurcht taten dieser Entwicklung schon deshalb keinen Abbruch, weil ihnen in der Regel nach einigen wenigen militärischen Erfolgsmeldungen ein Umschwung ins totale Gegenteil folgte. Je größer die Entbehrungen des Krieges wurden, so glaubten viele Zeitgenossen, je größer müsste nach dem Sieg auch der Lohn beziehungsweise die Wiedergutmachung ausfallen. Systematisch setzte sich in den beteiligten Staaten auf diese Weise die Erwartung eines großen Triumphes der eigenen Nation durch.⁴²⁵ Etwas anderes konnten sich die meisten Beteiligten bald gar

⁴²⁰ Siehe David Welch, *Germany, Propaganda and Total War, 1914–1918. The Sins of Omission*, New Brunswick 2000, S. 61f.

⁴²¹ Dazu Ruth Harris, *The „Child of the Barbarian“: Rape, Race and Nationalism in France during the First World War*, In: *Past & Present* 141 (1993), S. 170–206.

⁴²² J.-J. Becker/Krumeich, *La Grande Guerre*, S. 294.

⁴²³ Hierzu insgesamt Ernst Willi Hansen, *Vom Krieg zum Frieden: Probleme der Umstellung nach dem ersten „gesamtgesellschaftlichen“ Krieg*, In: *Wie Kriege enden. Wege zum Frieden von der Antike bis zur Gegenwart*, hrsg. von Bernd Wegner in Verbindung mit Ernst Willi Hansen, Kerstin Rehwinkel und Matthias Reiß, Paderborn u.a. 2002 (*Krieg in der Geschichte*; 14), S. 163–185.

⁴²⁴ Vgl. Aslangul, *De la haine héréditaire à l’amitié indéfectible*, Abs. 11.

⁴²⁵ Dazu z.B. W. Mommsen, *Der Vertrag von Versailles*, S. 351.

nicht mehr vorstellen, zumal psychologische Kriegsführung und eine breitenwirksame Stimmungsmache hier über kurz oder lang zu einer „fortschreitende[n] Ideologisierung“ der Gegnerschaften geführt hatten. All dies begünstigte auf vielfältige Weise eine generelle „Tendenz zur Polarisierung, Radikalisierung und Totalisierung“,⁴²⁶ deren Ausmaß auch nach bald 100 Jahren noch immer zu erstaunen vermag.

In Deutschland beispielsweise hatte sich schon früh das ungemein sozialintegrative Zukunftsbild einer abwehrstarken ‚Volksgemeinschaft‘ herausgebildet, für die es sich zu kämpfen lohnen sollte⁴²⁷ und die zudem – weil es ja um die ‚gute Sache‘ ging – zu einem gewissen Grad die Illusion unverbrüchlicher Siegeszuversicht, ja Siegesgewissheit transportierte.⁴²⁸ Selbst in jenen Teilen der großstädtischen Arbeiterschaft, die sich zunächst dem allgemeinen Kriegsenthusiasmus entzogen hatten, schlug die Stimmung nach den militärischen Anfangserfolgen in eine solche Richtung um.⁴²⁹ So gelang es schließlich einer immer größer werdenden Gruppe von Anhängern eines ‚Siegfrieden‘-Programms, Einfluss auf die Gesamtbevölkerung zu gewinnen und – obwohl eine öffentliche Diskussion darüber eigentlich verboten war⁴³⁰ – umfangreiche Annexionspläne zu streuen. Unter anderem forderte in diesem Zusammenhang ein gewisser Gustav Stresemann, seines Zeichens Präsidiumsmitglied des Bundes der Industriellen, im Winter 1914 von Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg, „daß wir Rußland und Frankreich entscheidend besiegen“. Damit würden sich dann logischerweise verbinden:

„Abtretung des Striches der Nordküste Frankreichs bis Calais, sodann Berichtigung unserer Grenzen und namentlich Einbeziehung der Kohlen- und Erzgruben bei Longwy und Briey sowie derjenigen Vogesen-Festungen, die unsere militärischen Sachverständigen für notwendig hielten, endlich Abtretung aller Rechte, die Frankreich in Marokko erworben habe. Belgien müsse Deutschland angegliedert werden, etwa in der Form wie die Englischen Colonien mit dem Mutterlande verbunden sind.“⁴³¹

Ein solches „aggressives Kriegszielprogramm“,⁴³² das – offenkundig nationalistisch motiviert – territoriale, macht- und handelspolitische Anliegen miteinander verband, mag zwar in der Tat

⁴²⁶ Hillgruber, *Der historische Ort des Ersten Weltkrieges*, S. 113.

⁴²⁷ Siehe Steffen Bruendel, *Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg*, Berlin 2003 [Diss. Bielefeld 2001].

⁴²⁸ Hierzu u.a. Dietmar Molthagen, *Das Ende der Bürgerlichkeit? Liverpools und Hamburger Bürgerfamilien im Ersten Weltkrieg*, Göttingen 2007 (*Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte*; 42) [Diss. Hamburg 2004], S. 261.

⁴²⁹ Vgl. Ullrich, *Kriegsalltag*, S. 603f.

⁴³⁰ Siehe Wolfgang J. Mommsen, *Die Regierung Bethmann Hollweg und die öffentliche Meinung 1914–1917*, In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 17 (1969) 2, S. 117–159.

⁴³¹ Gespräch Stresemanns mit Reichskanzler Bethmann Hollweg und dem Vorsitzenden des Centralverbandes deutscher Industrieller Max Rötger am 08.12.1914, zit. nach: Eberhard Kolb, *Gustav Stresemann*, München 2003 (*Beck'sche Reihe*; 2315), S. 44f.

⁴³² Elisabeth Glaser, *Handelspolitische Kriegsziele Deutschlands und Frankreichs, 1914–1918*, In: *Deutschland und Frankreich. Vom Konflikt zur Aussöhnung. Die Gestaltung der westeuropäischen Sicherheit 1914–1963*, hrsg. von Stephen A. Schuker unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner, München 2000 (*Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien*; 46), S. 19–42, hier S. 19.

bereits beim Zeitpunkt seiner Formulierung unrealistisch gewesen sein,⁴³³ ging aber in seinen Ursprüngen schon auf die Idee eines größeren und stärkeren Deutschlands zurück, wie man es mitunter weit vor 1914 proklamiert hatte.⁴³⁴ Dass derlei weitreichende Kriegsausgangserwartungen nun zu einer Art Mehrheitsmeinung im Kaiserreich werden konnten und nach Kriegsbeginn bald schon mit einer „verbalradikale[n] Militanz, die von den Normen zwischenmenschlichem nationalen und internationalen Umgangs entschieden abwich“,⁴³⁵ in nahezu allen Gesellschaftsschichten vertreten wurden, war zweifelsohne von neuer Qualität.

Auch hier zeigte sich das Erbe des deutsch-französischen Krieges: In den nationalen Kriegszielen spiegelten sich keineswegs mehr allein die machtpolitischen Überlegungen der Regierenden oder der jeweiligen Generäle wieder, sondern mittlerweile auch die gesellschaftlichen Feind- und Selbstbilder. So wurde der Krieg gegen die vermeintliche oder reale äußere Bedrohung auch für die allermeisten Nichtkombattanten „zum legitimatorischen Referenzpunkt ihrer Identität.“⁴³⁶ Diese nationale Geschlossenheit, das An-einem-Strang-Ziehen wurde dabei eigens auch von oben inszeniert und zur Schau gestellt. Während seiner Thronrede im Berliner Schloss am 4. August 1914 sagte Wilhelm II. bedeutungsschwanger: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche.“⁴³⁷ In Frankreich gab es ähnliche Erklärungen, deren mobilisierende Wirkung insgesamt einen Konflikt heraufbeschwor, der in seiner Unausweichlichkeit als eine Art nationale Schicksalsprüfung für die historische Größe des Landes verstanden wurde und in dem der Kampf um das Überleben der eigenen Gemeinschaft notfalls bis in den Tod fortgesetzt werden musste. Ministerpräsident Aristide Briand versicherte im Herbst 1915, dass er „dans les moments où quelque mauvais démon risquera de nous pousser a la division“ vollkommen sicher sei,

„qu’un souffle de solidarité passera sur nous et que nous nous rapprocherons aisément. Nous resterons unis comme dans ces belles journées dont le souvenir demeurera impérisable, comme au début de la guerre, [...] et tous, debout, nous crierons: Vers la victoire! Vive la France!“⁴³⁸

Kompromisse mit dem Feind oder etwa ein Verständigungsfrieden waren so eigentlich ausgeschlossen.⁴³⁹ Jeder Versuch einer Vermittlung zwischen den Lagern oder gar einer Friedensson-

⁴³³ Vgl. Wright, Gustav Stresemann, S. 77.

⁴³⁴ Hierzu z.B. Thomas H. Wagner, „Krieg oder Frieden. Unser Platz an der Sonne“. Gustav Stresemann und die Außenpolitik des Kaiserreichs bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs, Paderborn u.a. 2007 [Diss. Bonn 2005].

⁴³⁵ Martin Vogt, „Illusionen als Tugend und kühle Beurteilung als Laster“. Deutschlands „gute Gesellschaft“ im Ersten Weltkrieg, In: Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Wolfgang Michalka, Weyarn 1997 [1994], S. 622–648, hier S. 622.

⁴³⁶ Moritz Föllmer, Die Verteidigung der bürgerlichen Nation. Industrielle und hohe Beamte in Deutschland und Frankreich 1900–1930, Göttingen 2002 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 154) [Diss. HU Berlin 2000], S. 190.

⁴³⁷ Reichstagsprotokolle, Bd. 306, S. 2.

⁴³⁸ Erste Regierungserklärung Briands vom 03.11.1915 abgedruckt in: Journal des débats politiques et littéraires, Jg. 127, Nr. 308 vom 05.11.1915, S. 3.

⁴³⁹ Vgl. J.-J. Becker/Krumeich, La Grande Guerre, S. 189.

dierung musste – gleichwohl es sie gab – vor diesem Hintergrund letztlich zum Scheitern verurteilt sein,⁴⁴⁰ zumal der Status des von Deutschland nach wie vor annektierten Elsass-Lothringens für keine der beiden Seiten wirklich verhandelbar war und auch von seiner grundsätzlichen Beschaffenheit her keinerlei Kompromiss zuließ. Im Gegenteil: So wie in Deutschland Ideen einer Einflussausweitung nach Westen grassierten, so war auf französischer Seite spätestens mit dem sogenannten ‚miracle de la Marne‘, mit dem im September 1914 der bis dato so beunruhigend erfolgreiche deutsche Vormarsch endlich gestoppt werden konnte,⁴⁴¹ klar, dass die Restituierung jener 1870/71 verlorenen Gebiete Grundbedingung einer Nachkriegsordnung sein musste.⁴⁴²

Die französischen Regierungsverantwortlichen hielten sich in dieser Kriegszieldiskussion zwar zunächst weitestgehend zurück und bemühten sich – ähnlich wie in Deutschland –, keine öffentliche Diskussion über die Bedingungen des künftigen Friedens aufkommen zu lassen,⁴⁴³ jedoch kann gar kein Zweifel daran bestehen, dass man in Kooperation mit den Verbündeten durchaus entschlossen das gemeinschaftliche Ziel verfolgte, „die politische, militärische und wirtschaftliche Macht Deutschlands drastisch zu reduzieren.“⁴⁴⁴ Bereits Anfang September 1914 hatten sich die Staaten der Triple-Entente in London darauf verständigt, keinen Separatfrieden mit dem Reich zu schließen.⁴⁴⁵ Stattdessen sicherte man sich im weiteren Verlauf des Krieges gegenseitig freie Hand für künftige Nachkriegsregelungen zu. Vor dem Hintergrund, dass sich der Kampf gegen Deutschland mit dem Übergang in den Stellungskrieg an der Westfront offenkundig in die Länge zu ziehen begann, kam es auch hierbei zu den erwartbaren Radikalisierungen.⁴⁴⁶ Der deutschen Annexionsbewegung gar nicht unähnlich, mehrten sich nun jene Stimmen, die weitergehende Ziele formulierten und forderten, das Kaiserreich solle nach Kriegsniederlage zusätzlich Territorien respektive Souveränitätsrechte abtreten – im Sinne des europäischen Friedens und eventuell

⁴⁴⁰ Siehe Poidevin/Bariéty, Frankreich und Deutschland, S. 293f.

⁴⁴¹ Hierzu Pierre Miquel, La bataille de la Marne, Paris 2003.

⁴⁴² Vgl. François Roth, Die Rückkehr Elsaß-Lothringens zu Frankreich, In: Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, hrsg. von Gerd Krumeich in Zusammenarbeit mit Silke Fehlmann, Essen 2001 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, N.F.; 14), S. 126–144, bes. S. 126–129.

⁴⁴³ Dazu insgesamt Pierre Renouvin, Die öffentliche Meinung in Frankreich während des Krieges 1914–1918, In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 18 (1970) 3, S. 239–273.

⁴⁴⁴ Georges-Henri Soutou, Die Kriegsziele des Deutschen Reiches, Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten während des Ersten Weltkrieges: ein Vergleich, In: Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Wolfgang Michalka, Weyarn 1997 [1994], S. 28–53, hier S. 33.

⁴⁴⁵ Siehe die entsprechende Déclaration vom 04.09.1914 in: Documents diplomatiques. 1914: La guerre européenne. Pièces relatives aux négociations qui ont précédé les déclarations de guerre de l'Allemagne à la Russie (1^{er} août 1914) et à la France (3 août 1914), déclaration du 4 septembre 1914, hrsg. vom Ministère des Affaires étrangères, Paris 1914, S. 175.

⁴⁴⁶ Hierzu und zum Folgenden neben Georges-Henri Soutou, La France et les Marches de l'Est 1914–1919, In: Revue historique 260 (1978), S. 341–388 auch David Stevenson, France and the German Question in the Era of the First World War, In: Deutschland und Frankreich. Vom Konflikt zur Aussöhnung. Die Gestaltung der westeuropäischen Sicherheit 1914–1963, hrsg. von Stephen A. Schuker unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner, München 2000 (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien; 46), S. 1–18.

auch zum französischen Vorteil. In einer Mischung aus wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Überlegungen spielte dabei erneut vor allem der Rhein als natürliche Grenze zwischen beiden Ländern eine entscheidende Rolle. Darüber hinaus entwickelten sich Strategien, die unter anderem die Grubenregion an der Saar zur industriellen Nutzung Frankreichs vorsahen. Die *Ligue des Patriotes* um Maurice Barrès propagierte vor dem Hintergrund des problemlosen deutschen Einfalls 1914 die Schaffung einer ‚zone de défense contre les infiltrations allemandes‘, der bei aller terminologischen Vagheit die französischen Kriegskabinette mal mehr, mal weniger deutlich zuneigten, die sie wegen ihrer öffentlichkeitswirksamen Attraktivität aber nie wieder ganz fallen lassen konnten. Auch wenn in Paris für die Grenzregion zu Deutschland verschiedene Optionen militärischer Besetzung, territorialer Abspaltung vom Reich und dann erzwungener Neutralität diskutiert wurden, blieb die grundsätzliche „orientation de ces idées [...] clairement annexionniste.“⁴⁴⁷ Noch einmal sollte eine deutsche Aggression, so der allgemeine Tenor, jedenfalls nicht möglich sein.⁴⁴⁸

Dieser Trend verstärkte sich noch deutlich, je intensiver der Krieg – dessen westlicher Frontverlauf ja fast ausschließlich auf französischem Boden verlief – durch die zunehmende Totalisierung und Brutalisierung der Kriegsführung wurde.⁴⁴⁹ Astronomische Verlustzahlen in den Materialschlachten und Grabenkämpfen, Giftgasangriffe, Stadtbombardements, Flucht und Vertreibung: Vor allem jenen Zeitgenossen, die sich noch unmittelbar an 1870/71 erinnern konnten, und dazu zählte ja nicht zuletzt Staatspräsident Poincaré, erschien es jetzt nur als konsequent, dass unter diesen Umständen auch der erstrebte Sieg ein ‚totaler‘ sein sollte.⁴⁵⁰ In der französischen Öffentlichkeit herrschte schon deshalb weitestgehend Einigkeit darüber, dass von der Gegenseite nach siegreichem Ende Reparationen gefordert werden mussten, weil solche Kontributionen nicht nur traditionell noch immer zu Friedensregelungen dazu gehörten, sondern vor allem weil die einstigen preußischen Forderungen aus dem 19. Jahrhundert der Öffentlichkeit noch vollauf präsent waren und überhaupt als viel zu hart gegolten hatten.⁴⁵¹ Jenen, die jetzt stattdessen Milde im Umgang mit den hoffentlich bald besiegten Mittelmächten nicht kategorisch ausschließen wollten – Briand zum Beispiel hielt 1917 einen Kompromissfrieden für gar nicht mehr so

⁴⁴⁷ J.-J. Becker/Krumeich, *La Grande Guerre*, S. 243.

⁴⁴⁸ Dazu ausführlich Pierre Renouvin, *Les buts de guerre du gouvernement français, 1914–1918*, In: *Revue historique* 235 (1966), S. 1–38.

⁴⁴⁹ Einen knappen Überblick gibt Volker Berghahn, *Der Erste Weltkrieg*, München ³2006 (Beck’sche Reihe; 2312) [12003], S. 67–86. Ausführlicher sind die Beiträge in Chickering/Förster (Hrsg.), *Great War, Total War: Combat and Mobilization on the Western Front, 1914–1918*, passim.

⁴⁵⁰ Siehe John F.V. Keiger, *Poincaré, Clemenceau, and the Quest for Total Victory*, In: *Great War, Total War. Combat and Mobilization on the Western Front, 1914–1918*, hrsg. von Roger Chickering und Stig Förster, Cambridge 2000, S. 247–263.

⁴⁵¹ Vgl. Jost Dülffer, *Versailles und die Friedensschlüsse des 19. und 20. Jahrhunderts*, In: *Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung*, hrsg. von Gerd Krumeich in Zusammenarbeit mit Silke Fehlmann, Essen 2001 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, N.F.; 14), S. 17–34, bes. S. 27f.

ausgeschlossen, weil er einen Stimmungsumschwung in der Bevölkerung hin zur Kriegsmüdigkeit befürchtete –, drohte nun die Abstempelung zum ‚Defätisten‘, unter Umständen sogar eine strafrechtliche Verfolgung.⁴⁵² Einer solchen klaren Positionierung zum Kampf gegen Deutschland schloss sich auch die Mehrheit der französischen Öffentlichkeit an; spätestens, als mit dem Eintritt der USA in den Krieg⁴⁵³ die Siegeszuversicht wieder so weit zunahm, dass kaum noch jemand einen ‚Frieden um jeden Preis‘ wollte, sondern sich stattdessen alsbald auf den entsprechenden 14-Punkte-Plan des amerikanischen Präsidenten festlegte – oder zumindest auf das, was daraus für die Franzosen besonders dringlich und einleuchtend erschien.⁴⁵⁴

In Punkt 8 seines am 8. Januar 1918 präsentierten Programms zur Friedensherstellung hatte Wilson gefordert, dass „[a]ll French territory should be freed and the invaded portions restored“. Dazu zählte er ausdrücklich auch Elsass-Lothringen, dessen Annexion unmissverständlich als „the wrong done to France by Prussia in 1871“ verurteilt wurde und dessen Konfliktpotenzial zudem „unsettled the peace of the world for nearly fifty years.“ Das hier zugrunde liegende Unrecht „should be righted, in order that peace may once more be made secure in the interest of all.“ Die darüber hinaus deutlich hervorgehobene Bekräftigung der Kriegsallianz – „[w]e stand together until the end“ – klang verständlicherweise in Paris deutlich lauter nach als jene Formulierung am Ende der Rede, die sogar in Deutschland einige Zuhörer für die Idee eines Friedens nach amerikanischem Vorschlag einnahm. Wilson erklärte:

„We have no jealousy of German greatness [...]. We grudge her no achievement or distinction of learning or of pacific enterprise such as have made her record very bright and very enviable. We do not wish to injure her or to block in any way her legitimate influence or power. We do not wish to fight her either with arms or with hostile arrangements of trade if she is willing to associate herself with us and the other peace-loving nations of the world in covenants of justice and law and fair dealing. We wish her only to accept a place of equality among the peoples of the world [...] instead of a place of mastery.“⁴⁵⁵

Viele Deutsche haben sich, spätestens als im September beziehungsweise Oktober 1918 die Oberste Heeresleitung um die Ostfront-Helden Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff – letztlich viel zu spät – eingestand, dass der Krieg gegen zahlen- und ausrüstungsmäßig überlegene Gegner nicht mehr zu gewinnen war, auf einen solchen ‚Wilson-Frieden‘ kapriziert, der unter der Formel ‚Peace without Victory‘ geradezu aberwitzige Hoffnungen geweckt hatte. In der Tat wird man nicht umhinkommen, in der spezifisch deutschen Verklärung des amerikanischen

⁴⁵² Hierzu Günther Fuchs, „Der Apostel des Friedens“. Aristide Briand (1862–1932), In: Ders., Udo Scholze und Detlev Zimmermann, Werden und Vergehen einer Demokratie. Frankreichs Dritte Republik in neun Porträts, Leipzig 2004, S. 112–141, hier S. 125.

⁴⁵³ Dazu u.a. Ragnhild Fiebig von Hase, Der Anfang vom Ende des Krieges: Deutschland, die USA und die Hintergründe des amerikanischen Kriegseintritts am 6. April 1917, In: Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Wolfgang Michalka, Weyarn 1997 [1994], S. 125–158.

⁴⁵⁴ So Renouvin, Die öffentliche Meinung in Frankreich während des Krieges 1914–1918, S. 265–269.

⁴⁵⁵ Die Kongress-Rede Wilsons findet sich in FRUS 1918 Suppl. 1, World War (1918), Bd. 1, S. 12–17.

Vorschlags zu einer Art ‚glimpflichem Ausweg‘ aus dem Kriegsdesaster auch eine ‚Verdrängung der Realität und Illusionen über die Zukunft‘ sowie ‚eine in ihren Auswirkungen nicht zu unterschätzende Angst vor der Wahrheit‘⁴⁵⁶ sehen zu müssen. Gleichwohl sich im Reich zwischenzeitlich neben dem bereits erwähnt starken annexionistischen Flügel ‚a slowly emerging counter-movement‘ gebildet hatte, ‚that tended to view a peace of accommodation as the only realistic way out of the carnage of war‘,⁴⁵⁷ hatten sich fast alle Teile der Bevölkerung offenkundig lange Zeit ein völlig falsches Bild von der eigentlichen militärische Lage gemacht – und sich selbst nach dem Scheitern der letzten Offensiven im Sommer 1918 von den Verantwortlichen über die bereits absehbaren Konsequenzen täuschen lassen. Noch im Frühjahr 1919, gut ein halbes Jahr nach dem Ende der Kämpfe, zeigte sich die deutsche Öffentlichkeit auf die erwartbaren ‚schweren Opfer nicht im mindesten vorbereitet.‘⁴⁵⁸ So konnte – in den Worten des Historikers Fritz Klein – letztlich aus einer ‚unverstandenen Niederlage‘ ein ‚ungewollter Frieden‘ werden.⁴⁵⁹ Die dafür verantwortliche Geisteshaltung verwob sich zu allem Überfluss unmittelbar vor dem Hintergrund der revolutionären Umwälzungen im Zuge der kaiserlichen Abdankung und der darauf folgenden Parlamentarisierung Deutschlands⁴⁶⁰ zu einer ungemein populären Ablehnung des gesamten Nachkriegssystems mit seinen innen- wie außenpolitischen Rahmenbedingungen.⁴⁶¹ Den einzigen Konsens, der sich nach 1918/19 einstellen konnte in der ersten deutschen Republik, fand die politische Öffentlichkeit in der Überzeugung, man müsse auf Gedeih und Verderb zu einer Revision der Deutschland auferlegten Waffenstillstands- und Friedensbedingungen kommen.⁴⁶² Der Kampf darum verlief, da Radikalität und Brutalität der Kriegserfahrungen natürlich nicht ohne Einfluss auf die politische Kultur geblieben waren, zunehmend gewaltbereit.⁴⁶³

⁴⁵⁶ Michael Epkenhans, Die Politik der militärischen Führung 1918: ‚Kontinuität der Illusionen und das Dilemma der Wahrheit‘, In: Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Jörg Duppler und Gerhard P. Groß, München 1999 (Beiträge zur Militärgeschichte; 53), S. 217–233, hier S. 217.

⁴⁵⁷ Klaus Schwabe, Germany’s Peace Aims and the Domestic and International Constraints, In: The Treaty of Versailles. A Reassessment after 75 Years, hrsg. von Manfred F. Boemeke, Gerald D. Feldman und Elisabeth Glaser, Cambridge 1998, S. 37–67, hier S. 37.

⁴⁵⁸ Winkler, Weimar, S. 89.

⁴⁵⁹ Siehe Fritz Klein [jun.], Between Compiègne and Versailles: The Germans on the Way from a Misunderstood Defeat to an Unwanted Peace, In: The Treaty of Versailles. A Reassessment after 75 Years, hrsg. von Manfred F. Boemeke, Gerald D. Feldman und Elisabeth Glaser, Cambridge 1998, S. 203–220.

⁴⁶⁰ Einen ereignisorientierten Überblick geben Volker Ullrich, Die Revolution von 1918/19, München 2009 (Beck’sche Reihe; 2454) und gerade auch mit Blick auf die Folgen des Weltkriegs Sönke Neitzel, Weltkrieg und Revolution 1914–1918/19, Berlin 2008 (Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert; 3).

⁴⁶¹ Vgl. u.a. Ulrich Heinemann, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 59) [Diss. Bochum 1981].

⁴⁶² Hierzu Michael Salewski, Das Weimarer Revisionsyndrom, In: Aus Politik und Zeitgeschichte B2/30 (1980), S. 14–25.

⁴⁶³ Siehe George L. Mosse, Der Erste Weltkrieg und die Brutalisierung der Politik. Betrachtungen über die politische Rechte, den Rassismus und den deutschen Sonderweg, In: Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa. Festschrift für Karl Dietrich Bracher, hrsg. von Manfred Funke u.a., Düsseldorf 1987, S. 127–139.

In Frankreich kam es – wenngleich unter vollkommen anderen Vorzeichen – interessanterweise zu einer gar nicht unähnlichen Entwicklung. Wie bereits angesprochen, interpretierte man Wilsons Ideen eines ‚fairen Friedens‘ aus der eigenen Perspektive heraus als ziemlich genau das, was die Deutschen ihrerseits als ‚französisches Rachediktat‘ für nahezu unerfüllbar halten sollten. Diese Auslegungsdiskrepanz lag ein Stück weit in der Natur der Sache – was entsprach Deutschlands ‚legitimate influence‘? – und offenbarte, dass die Friedenskonzeption des amerikanischen Präsidenten vor dem Hintergrund der alten Erbfeindschaftsfolie auf beiden Seiten des Rheins nicht nur von Anfang an unterschiedlich verstanden werden konnte, sondern im Laufe der Monate sogar derart diametrale Erwartungshaltungen schuf respektive begünstigte, dass die Zeit nach dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 sich in den Augen der allermeisten Betrachter kaum von der unmittelbaren Kriegszeit unterschied. So blieben die französischen Soldaten beispielsweise ebenso mobilisiert – selbst im April 1919 standen noch weit über zwei Millionen Männer unter Waffen! –, wie sich die Wiedenumstellung von Kriegs- auf Friedenswirtschaft viele Monate verschleppte, weil man ein Wiederaufflammen der Gefechte mit den Mittelmächten keinesfalls ausschloss.⁴⁶⁴ Auch die Blockade gegenüber Deutschland erhielt man weitestgehend aufrecht. Ganz offenkundig stand die Nachkriegszeit also gerade im Hinblick auf die deutsch-französischen Beziehungen „mehr unter dem Eindruck des eben erfahrenen Krieges [...] als im Zeichen von Interessenausgleich und Entspannung oder gar Versöhnung.“⁴⁶⁵ Nicht ein europäisches *rapprochement* leitete die Haltung Paris‘, sondern die Forderung nach Wiedergutmachung. ‚Le boche paiera!‘ wurde mehr als nur bloße populistische Parole, der sich auch Regierungspolitiker nicht verweigern konnten aufgrund des öffentlichen Echos, das sie auslöste, sondern zu einer durch den zu erringenden und dann dauerhaft zu zementierenden Sieg scheinbar legitimen politischen Haltung – gleichwohl das bedeutete, dass man sich selbst wiederum gewisse Illusionen darüber machte, was die anderen Verbündeten Paris durchgehen lassen würden beim Friedensschluss.⁴⁶⁶

Gerade innerhalb der Bevölkerung war die Überzeugung jedoch allgegenwärtig – und zum Teil auch von Pariser Politikern und Militärs befeuert worden –, dass man vom Krieg respektive dessen Ende eine finale Entscheidung des alten deutsch-französischen Antagonismus erhoffen, ja eigentlich erwarten konnte. Vor dem Hintergrund der enormen Erfahrungsintensität des Weltkriegs für die gesamte französische Gesellschaft sowie der großen demographischen und materi-

⁴⁶⁴ Hierzu und zum Folgenden Hansen, Vom Krieg zum Frieden, S. 173–177.

⁴⁶⁵ Gottfried Niedhart, Der Erste Weltkrieg. Von der Gewalt im Krieg zu den Konflikten im Frieden, In: Wie Kriege enden. Wege zum Frieden von der Antike bis zur Gegenwart, hrsg. von Bernd Wegner in Verbindung mit Ernst Willi Hansen, Kerstin Rehwinkel und Matthias Reiß, Paderborn u.a. 2002 (Krieg in der Geschichte; 14), S. 187–211, hier S. 188.

⁴⁶⁶ Vgl. Benjamin F. Martin, France and the Après Guerre 1918–1924. Illusions and Disillusionment, Baton Rouge 1999, S. 33f.

ellen Verluste sah man die *Grande Nation* nach geschlossenem Waffenstillstand – auch aus dem neu bekräftigten Selbstverständnis heraus – in einer Position der internationalen Stärke und Verantwortung, der gerade das geschlagene Deutschland sich unterzuordnen hatte.⁴⁶⁷ Insofern ist Gregor Schöllgens genereller Befund, wonach die Alliierten in Paris 1919 *gemeinsam*

„nicht, wie nach dem Zweiten Weltkrieg, die totale Demontage der deutschen Großmacht, sondern deren Eindämmung, also gewissermaßen [nur; P.K.] die Reduzierung der Weltmacht“⁴⁶⁸

gewollt hätten, etwas irreführend. Das mag so zwar mit Abstrichen für Briten und Amerikaner gegolten haben, Frankreich jedoch – so schließt heute selbst die französische Historiographie – war nach Kriegsende sehr wohl darauf aus, „das Deutsche Reich zu zerstören.“⁴⁶⁹ Hierbei ging es nicht allein um eine revanchistische Symbolpolitik, welche die Geister der Vergangenheit sinnbildlich hätte vertreiben sollen durch eine Zerstückelung genau jenes deutschen Territoriums, das Bismarck 1871 ausgerechnet in Versailles geschaffen hatte. Vielmehr kreisten die politischen Ideen für eine Nachkriegsordnung in Frankreich ebenso um den Begriff ‚Gerechtigkeit‘ wie in den anderen Ländern: Sie zielten hier allerdings darauf ab, den militärischen und wirtschaftlichen Faktor Deutschland – und somit das Gefahrenpotenzial der Mittelmacht – in toto auszuschalten, weil man das vor dem Hintergrund der jahrzehntelang empfundenen Bedrohung durchaus als ‚justifié‘ ansah. Der Anschluss Österreichs sollte deshalb für immer verhindert, die deutsche Einwilligung in die totale eigene Niederlage notfalls mit Besetzung und Waffengewalt erzwungen werden, zahlreiche Territorien abgegeben und zumindest der Rhein als natürlicher Schutz vor deutschen Angriffen festgesetzt werden. Das hieß letztlich, man erwartete einen Frieden, der garantieren sollte, dass dies der letzte Krieg mit Deutschland gewesen sein würde, weil diesem danach auf lange Sicht – und bestenfalls für immer – schlichtweg die Möglichkeiten zu einem weiteren Duell fehlen würden.⁴⁷⁰

Diese Agenda freilich, die aus nationalen Gesichtspunkten vielleicht durchaus nachvollziehbar erscheinen mag, war mit Washington und London eigentlich nicht umzusetzen. Für Wilson etwa kam ein solcher, letztlich ‚karthagischer Friede‘ schon deshalb nicht in Frage, weil er seine Friedensstrategie – anders als von vielen Zeitgenossen wahrgenommen – im Kontext eines größeren, auch global zu sehenden Gegenentwurfs zur kommunistischen Revolution im zaristischen Russ-

⁴⁶⁷ Siehe Jacques Bariéty, Frankreich und das deutsche Problem nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg, In: Deutschland und der Westen im 19. und 20. Jahrhundert, 2 Bde., hrsg. von Jürgen Elvert und Michael Salewski, Stuttgart 1993/1994 (Historische Mitteilungen, Beihefte; 7 und 11), Bd. 2: Deutschland und Westeuropa, S. 121–136, hier v.a. S. 122–124.

⁴⁶⁸ Schöllgen, Der Wille zur Weltmacht, S. 52.

⁴⁶⁹ So schon in der Überschrift: Jean-Jacques Becker, Frankreich und der gescheiterte Versuch, das Deutsche Reich zu zerstören, In: Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, hrsg. von Gerd Krumeich in Zusammenarbeit mit Silke Fehlmann, Essen 2001 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, N.F.; 14), S. 65–70.

⁴⁷⁰ Vgl. Beaupré, Das Trauma des großen Krieges 1918–1932/33, S. 21f.

lands aufgestellt hatte.⁴⁷¹ Insofern mussten seine Überlegungen und Absichten in ihrer generellen Ausrichtung natürlich weit über das Problem der deutsch-französischen Beziehungen hinausgehen.⁴⁷² War bereits der Kriegseintritt der USA in gewisser Weise der Markstein einer Abkehr vom bisherigen Washingtoner Kurs des Isolationismus hin zu mehr internationaler Verantwortung⁴⁷³ und hatte sich dies bereits seit Ausbruch des Ersten Weltkriegs angedeutet,⁴⁷⁴ so gaben spätestens Wilsons Reden aus dem Frühjahr 1918 dann ein untrügliches Bekenntnis ab zum Führungsanspruch des westlich-amerikanischen Demokratie- und Freihandelsmodells in der Welt.⁴⁷⁵ Nachdem sich alle anfängliche Hoffnung jäh zerschlagen hatte, dass auch in Russland demokratische Kräfte die Oberhand gewinnen könnten – Medien berichteten bald weltweit über die Gräueltaten des ‚roten Terrors‘ –, war es der universalistische Anspruch der Vereinigten Staaten, der vielbeschworenen eigenen *manifest destiny* treu zu folgen, indem man mit missionarischem Eifer dem Globus die Demokratie bringen würde.⁴⁷⁶ Wilson verstand insofern bei aller eventuellen Antipathie gegenüber Deutschland⁴⁷⁷ unter einem ‚gerechten Frieden‘ zwar auch eine gewisse Bestrafung der Mittelmächte, legte aber ebenso Wert auf deren – zumindest mittelfristige – Integration in die Nachkriegsordnung.⁴⁷⁸ Angesichts des liberalen Wertekanon des Präsidenten und seiner Administration lag das Hauptaugenmerk hierbei eindeutig auf letzterem.⁴⁷⁹ Sofern also eine demokratisch legitimierte deutsche Regierung jenen in der 14-Punkte-Rede angebotenen ‚place of equality‘ einzunehmen bereit sei, signalisierte die amerikanische Seite, dass auch den einstigen Kriegsgegnern das Selbstbestimmungsrecht, womit Wilson in erster Linie das jeweils nationale Recht zur weitestgehend autonomen Selbstregierung in Eigenstaatlichkeit meinte,⁴⁸⁰ zustünde.

⁴⁷¹ Hierzu schon Arno J. Mayer, *Politics and Diplomacy of Peacemaking. Containment and Counterrevolution at Versailles 1918–1919*, New York 1967 sowie Engerman, *Ideology and the Origins of the Cold War*, S. 20–24.

⁴⁷² Zur globalen Wirkung von Wilsons Friedenskonzept Erez Manela, *The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism*, Oxford u.a. 2007.

⁴⁷³ Hierzu Thomas J. Knock, *To End All Wars. Woodrow Wilson and the Quest for a New World Order*, New York – Oxford 1992, v.a. Kap. 4f.

⁴⁷⁴ Vgl. Silvia Daniel, *A Brief Time to Discuss America. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Urteil amerikanischer Politiker und Intellektueller*, Göttingen 2008 (*Internationale Beziehungen. Theorie und Geschichte*; 3) [Diss. Bonn 2006].

⁴⁷⁵ Hierzu u.a. Winkler, *Geschichte des Westens*, Bd. 2, S. 85–88.

⁴⁷⁶ Ausführlich dazu Hans-Jürgen Schröder, *Demokratie und Hegemonie. Woodrow Wilsons Konzept einer Neuen Weltordnung*, In: *Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse*, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Wolfgang Michalka, Weyarn 1997 [1994], S. 159–177.

⁴⁷⁷ Siehe zu Wilsons Deutschlandbild Manfred F. Boemeke, *Woodrow Wilson’s Image of Germany, the War-Guilt Question, and the Treaty of Versailles*, In: *The Treaty of Versailles. A Reassessment after 75 Years*, hrsg. von Manfred F. Boemeke, Gerald D. Feldman und Elisabeth Glaser, Cambridge 1998, S. 603–614.

⁴⁷⁸ Hierzu v.a. Klaus Schwabe, *Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19*, Düsseldorf 1971 [Habil. Freiburg 1969].

⁴⁷⁹ Vgl. Matthias Waechter, *Versailles und der amerikanische Liberalismus*, In: *Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung*, hrsg. von Gerd Krumeich in Zusammenarbeit mit Silke Fehlmann, Essen 2001 (*Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte*, N.F.; 14), S. 105–112.

⁴⁸⁰ Dazu ausführlich Jörg Fisch, *Das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Domestizierung einer Illusion*, München 2010, S. 151–157.

Die europäischen Emotionen der Kriegs- und Vorkriegszeit sollten so ausdrücklich überwunden werden⁴⁸¹ – jedenfalls soweit man sie von Washington aus verstand.

Für die englische Regierung war eine deutsche Machteinschränkung wiederum zwar ebenso klares Kriegsziel gewesen wie für die französische, jedoch behielt man über die Jahre auch die eigenen Verbündeten und deren Politik durchaus kritisch im Blick. Intern herrschte eigentlich Klarheit darüber, dass ein Sieg über die Mittelmächte für Großbritannien dann wenig Sinn machen würde, wenn die ‚deutsche Bedrohung‘ der eigenen Großmachtstellung durch ein mögliches russisches, französisches oder sogar amerikanisches Konfliktpotenzial ersetzt werden würde. Insofern waren War Office und Foreign Office bereits früh weitestgehend einig darüber,

„that the preservation of a strong, but not overmighty Germany in the center of Europe, shorn of its navy but able to act as a counterweight in the European balance of power, would be a necessary component of a stable postwar world.“⁴⁸²

Zwar stimmte man mit Paris dahingehend überein, dass ein Verhandlungsfrieden mit dem Kaiserreich auszuschließen sei und stattdessen sichergestellt werden müsse, dass nach dem Krieg ein wirtschaftlicher Vorsprung der Entente gewährleistet ist und Deutschland gerade in puncto Industriekraft zu schwächen sei. Jedoch war man auch davon überzeugt, dass nur moderate Friedensbedingungen verhindern könnten, dass das Reich – schlimmstenfalls durch eine rote Revolution – politisch dauerhaft destabilisiert würde und somit als europäischer Faktor gänzlich ausfiel.⁴⁸³ Daher spielten mögliche Reparationsleistungen der Verlierer in der britischen Strategie eine weitaus unbedeutendere Rolle als in der französischen.⁴⁸⁴ Selbst als die öffentliche Meinung gegen Kriegsende dazu überging, über deutsche Zahlungen laut nachzudenken, und man im Wahlkampf die ein oder andere populistische Note anklingen ließ, hielt Lloyd George offiziell an dem Appell eines ‚peace of justice‘ fest, ohne eigene finanzielle Ansprüche geltend zu machen. Unmittelbar nach Waffenstillstand sagte er demgemäß:

„No settlement which contravenes the principles of eternal justice will be a permanent

⁴⁸¹ Siehe Ulrich Herbert, Eine neue Weltordnung. Die Friedensverträge 1919 und ihre Auswirkungen, In: ZOOM 1920–2010. Nachbarschaften neun Jahrzehnte nach Versailles, hrsg. von Christoph Brüll, Eupen 2012, S. 23–52, bes. S. 33–37.

⁴⁸² David French, „Had We Known How Bad Things Were in Germany, We Might Have Got Stiffer Terms“: Great Britain and the German Armistice, In: The Treaty of Versailles. A Reassessment after 75 Years, hrsg. von Manfred F. Boemeke, Gerald D. Feldman und Elisabeth Glaser, Cambridge 1998, S. 69–86, hier S. 71.

⁴⁸³ Vgl. Christoph Jahr, Der lange Weg nach München. Britische Außenpolitik unter dem Eindruck von Versailles, In: Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, hrsg. von Gerd Krumeich in Zusammenarbeit mit Silke Fehlmann, Essen 2001 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, N.F.; 14), S. 113–125, v.a. S. 115f.

⁴⁸⁴ Der bereits zitierte John Maynard Keynes hatte bereits Anfang 1917 für das Londoner Kabinett eine Denkschrift verfasst, die darauf abzielte, dass Wiedergutmachungszahlungen seitens Deutschland der englischen Wirtschaft nur mittelbar zugutekommen würden: nämlich dadurch, dass London seinen Verbündeten so eventuell weniger Aufbauhilfe leisten müsse. Wie diese Argumentation zeigte, ging man für sich selbst ganz selbstverständlich davon aus, dass Großbritannien *keine* Reparationsforderungen stellen würde. Hierzu Matthias Peter, Britische Kriegsziele und Friedensvorstellungen, In: Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Wolfgang Michalka, Weyarn 1997 [1994], S. 95–124, bes. S. 111–114.

one. Let us be warned by the example of 1871. We must not allow any sense of revenge, any spirit of greed, any grasping desire, to over-ride the fundamental principle of righteousness.⁴⁸⁵

Der hier zum Ausdruck kommende Dissens mit der Pariser Strategie war beachtlich. Zwar rekurrierten beide Seiten auf das Jahr 1871, jedoch jeweils mit ganz unterschiedlichen Schlüssen.⁴⁸⁶ Während die französische Öffentlichkeit auf das Unrecht des deutsch-französischen Krieges verwies, um damit eigene Sicherheitsvorstellungen und eine unnachgiebige Haltung gegenüber dem Reich auch für die Zukunft zu legitimieren,⁴⁸⁷ bemühte London die Geschichte eher, um für einen neuen Versuch zur Herstellung einer *balance of power* zu werben. Entsprechend schwierig und langwierig sollten sich vor diesem Hintergrund auch die Friedensverhandlungen gestalten.

Der Vertragsentwurf, den man der deutschen Delegation unter Leitung von Weimars erstem Außenminister Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau dann am 7. Mai 1919 ohne vorherige Verhandlungen zur Ansicht übergab, war folglich ‚nur‘ ein Kompromiss der Siegerstaaten, die zudem nicht nur für sich, sondern de facto noch für 23 weitere Nationen, darunter natürlich Belgien, aber auch neu entstandene Länder wie die Tschechoslowakei oder Polen und einige Exoten wie Bolivien oder Liberia sprachen. Er beinhaltete spürbare territoriale Verluste Deutschlands, vor allem im Westen und Osten, legte die Kriegsschuld und eine materielle sowie noch zu quantifizierende finanzielle Reparationspflicht fest, verordnete dem Reich eine Demilitarisierung und sah mit der Gründung des Völkerbundes ein internationales Instrument zur künftigen Konflikt-schlichtung vor, von dem die Verlierer allerdings vorerst ausgeschlossen waren. Der Aufschrei in Deutschland über all diese Punkte war gewaltig. Vom Chef der damaligen Regierung, Philipp Scheidemann, hörte man nur wenige Tage später, dass das, „was unsere Gegner Friedensbedingungen nennen“, schlicht inakzeptabel sei. Das Reich, so der SPD-Politiker vor der Nationalversammlung, die mit der Verfassungsgebung für die neue Republik betraut worden war, müsse sich von Grund auf getäuscht fühlen. Der Frieden habe nichts gemein mit Wilsons 14 Punkten, stattdessen sei er der

„schauerlichste und mörderische Hexenhammer, mit dem einem großen Volk das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur erbarmungslosen Zerstückelung, das Einverständnis mit Versklavung und Helotentum abgepreßt [...] werden soll – [...] dies Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden!“

Vor allem Frankreich habe diesen Ausdruck „chauvinistischer Gewaltpolitik“⁴⁸⁸ zu verantworten, hallte es durch die Aula der Berliner Universität, wo man provisorisch zusammengetreten war.

⁴⁸⁵ Rede Lloyd Georges in London, zit. nach: Harold Nicolson, *Peacemaking 1919*, London 1933, S. 21.

⁴⁸⁶ Anders hierzu Soutou, *Die Kriegsziele des Deutschen Reiches, Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten während des Ersten Weltkrieges*, S. 47–49.

⁴⁸⁷ Vgl. Stevenson, *France and the German Question in the Era of First World War*, S. 14.

⁴⁸⁸ Rede Scheidemanns vom 12.05.1919 in Reichstagsprotokolle, Bd. 327, S. 1082 B–D und 1084 A.

Gustav Stresemann, mittlerweile selbst Abgeordneter der Nationalversammlung für die Deutsche Volkspartei (DVP), unterstrich, der Friedensentwurf ziele auf „unsere politische [...] Vernichtung und unsere Entehrung. [...] Wirtschaftlich bedeutet dieser Vertrag die Ägyptisierung Deutschlands.“ Mit einer Unterzeichnung wäre unumstößlich „sicher, daß wir zugrunde gehen“.⁴⁸⁹ Die allgemeine Stimmung im Reich gaben die beiden Redner damit bestens wieder. Die Frage jedoch, auf die man mit diesen Erklärungen und all der empörten Rhetorik eigentlich keine Antwort gab, war, wie man in Berlin jetzt konkret zu reagieren gedachte.

Der in den Monaten zuvor oft beschworene ‚Verhandlungsfrieden‘, den sich gerade viele Militärs, aber auch zahlreiche Politiker als eine Art Gegenstück zum den französischen Vorstellungen zugeschriebenen ‚Gewaltfrieden‘ und als Ausweg aus der Weltkriegsniederlage erträumten – und den man auch der Öffentlichkeit viel zu lange vorgaukelte –, hätte sich bereits jetzt als Hirnge-spinst erweisen müssen.⁴⁹⁰ Diese Erkenntnis jedoch sollte noch einige Zeit benötigen, um bei den Verantwortlichen und der Bevölkerung wirklich ins Bewusstsein zu gelangen. Das „Traumland der Waffenstillstandsperiode“,⁴⁹¹ mit dem der Philosoph und Theologe Ernst Troeltsch die Monate der vollkommen unrealistischen deutschen Erwartungshaltung seit November 1918 bereits im Juni 1919 treffend beschrieb, war nämlich noch keineswegs vorüber. Im Gegenteil: Die grundlegenden Hoffnungen und Phantasien, das zeigte sich auch an den unmittelbaren Berliner Reaktionen auf den Vertragsentwurf, lösten sich keineswegs sofort in Luft auf; sie griffen sogar zum Teil noch weiter um sich, weil sie eine Art Ventil darstellten für das allgemeine Entsetzen, das viele, mitunter vollkommen entgeisterte Deutsche jetzt angesichts der veröffentlichten Bedingungen ergriff. Georg Bernhard, einer der beiden Chefredakteure der *Vossischen Zeitung* und jemand, den man selbst in Paris als eigentlich ‚frankophil‘ einschätzte,⁴⁹² nannte den alliierten Friedenskatalog „ein Dokument politischer Schamlosigkeit, das bisher ohne Beispiel in der viel-tausendjährigen Geschichte des Menschengeschlechts gewesen“ sei. Dennoch, so glaubte er, würde *jetzt* die Zeit der deutschen Außenpolitik kommen:

„Es wird natürlich in Versailles, was ja vorauszusehen war, *verhandelt*. Es kann über alles verhandelt werden. Aus den schriftlichen Antworten und Gegenantworten hin und her wird sich schließlich auch die mündliche Verhandlung ergeben.“⁴⁹³

Diesem Irrglauben saßen offenkundig selbst erfahrene Diplomaten des Auswärtigen Amtes auf. Zwar hatte man sich dort in Berichten und Memoranden während der ersten Jahreshälfte eigent-

⁴⁸⁹ Rede Stresemanns vom 12.05.1919 in Reichstagsprotokolle, Bd. 327, S. 1100 C, 1101 A und 1102 B.

⁴⁹⁰ Vgl. Dülffer, *Das Deutsche Reich und der Versailler Vertrag*, S. 61f.

⁴⁹¹ Ernst Troeltsch, *Nach der Entscheidung* (26. Juni 1919), In: Ders., *Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/22*, hrsg. von Hans Baron, Tübingen 1924, S. 63–69, hier S. 69.

⁴⁹² Siehe Henning Köhler, *Novemberrevolution und Frankreich. Die französische Deutschland-Politik 1918–1919*, Düsseldorf 1980, S. 283f.

⁴⁹³ Georg Bernhard, *Ja oder Nein?*, *Vossische Zeitung Abendausgabe* vom 08.05.1919.

lich kaum eine größere Illusion darüber gemacht, dass in Versailles etwas anderes als ein diktierter Friede entstehen könnte – sondern sogar klar zu verstehen gegeben, „daß unsere Gegner uns ein Projekt vorlegen [werden], dessen Annahme oder Ablehnung sie verlangen“ –, zeigte sich vom letztlichen Resultat dann aber doch überrascht, weil man zwischen den Zeilen offenbar nichtsdestotrotz irgendwie darauf gehofft hatte, dass man durch Unterhändler und ein „vollüberlegtes, langsames Verhandeln“⁴⁹⁴ die eine oder andere Erleichterung erreichen würde können. Die Ausichtslosigkeit dieses Unterfangens einzusehen, weigerte man sich zunächst. Stattdessen beschloss Brockdorff-Rantzau in Versailles als vorläufige deutsche Reaktion,

„die Entente mit Noten zu überschütten, in denen wir auf die Rechtlosigkeit einzelner gegnerischer Forderungen hinweisen, um durch ein Herausgreifen einzelner Punkte, die wichtig genug sind, die öffentliche Meinung der ganzen Welt zu interessieren und zu unseren Gunsten umzustellen.“⁴⁹⁵

Dass man nun auf Wilsons Ideale eines ‚gerechten Friedens‘ abzuheben und einen mäßigen Einfluss solcher Appelle zu erhoffen gedachte,⁴⁹⁶ hatte freilich weniger mit Überzeugung zu tun, sondern ergab sich eher aus blankem Opportunismus.⁴⁹⁷ An der „für Deutschland günstigsten Interpretation“⁴⁹⁸ der 14 Punkte festzuhalten und sie zum öffentlichen Referenzpunkt der eigenen Politik zu machen, ja, sie zum eigenen Schutze regelrecht einzufordern, das zeigte nicht wirklich, dass man gewillt war, den dringend benötigten Ausgleich mit den Siegermächten zu suchen, sondern entsprang vor allem dem Wunsch, irgendwie die eigene Haut zu retten. Vor dem Hintergrund auch der innenpolitischen Schwierigkeiten und der Unsicherheit nach außen, mag ein solches Taktieren sogar nachvollziehbar erscheinen, es entsprach aber zu keinem Zeitpunkt den hochkomplexen Anforderungen der Zeit,⁴⁹⁹ gerade auch mit Blick auf Paris.

Paradoxerweise wuchs jedoch die Hoffnung, noch irgendwie auf einen glimpflichen Frieden hinwirken zu können, in Regierungskreisen und Bevölkerung – frei nach dem Motto: es kann nicht wahr sein, was nicht wahr sein darf – noch stärker an, je mehr vom Inhalt der alliierten Beratungen bekannt wurde. Weil „der Vertragsentwurf jedes für möglich gehaltene Maß feindlicher Gewalttätigkeit übersteigt“,⁵⁰⁰ versteifte sich Brockdorff-Rantzau im Verlauf des Mai 1919 nun darauf, dass Deutschland unter diesen Umständen entweder ultimativ auf gemeinsamen Verhandlungen mit den Siegermächten bestehen müsse oder eben den Entwurf rundweg abzulehnen ha-

⁴⁹⁴ Aufzeichnung StS. Brockdorff-Rantzau vom 14.01.1919 in ADAP A I, Nr. 107.

⁴⁹⁵ RAM Brockdorff-Rantzau auf einer Sitzung der deutschen Friedensdelegation vom 09.05.1919, zit. nach: AdR Scheidemann, Nr. 69, Anm. 5.

⁴⁹⁶ Vgl. die Aufzeichnung der deutschen Friedensdelegation vom 08.05.1919 in ADAP A II, Nr. 5.

⁴⁹⁷ Siehe Peter Grupp, *Deutsche Außenpolitik im Schatten von Versailles 1918–1920. Zur Politik des Auswärtigen Amtes vom Ende des Ersten Weltkriegs und der Novemberrevolution bis zum Inkrafttreten des Versailler Vertrags*, Paderborn 1988, S. 51–67.

⁴⁹⁸ Schwabe, *Deutsche Revolution und Wilson-Frieden*, S. 528.

⁴⁹⁹ Hierzu berechtigte Kritik bei Peter Krüger, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, Darmstadt 1985, S. 52.

⁵⁰⁰ RAM Brockdorff-Rantzau an AA vom 07.05.1919 in ADAP A II, Nr. 1.

be.⁵⁰¹ Ungeachtet aller nicht existenten Umsetzungschancen einer solchen Politik brachte Scheidemann genau diese Haltung zum Ausdruck, als er für die Regierung in Berlin erklärte: „Wir sehen [...] unsere heilige Aufgabe darin, zu Verhandlungen zu kommen.“ Einfach akzeptieren werde man das alliierte Programm auf gar keinen Fall, denn „[w]elche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt?“⁵⁰² Was sich hier als Politikstil anzudeuten begann, kam letztlich einer Realitätsverweigerung gleich. Die Regierung glaubte allen Ernstes, man müsse nur standhaft bleiben bei der Formel von der ‚Unannehmbarkeit‘ des Friedens, dann wären die Alliierten schon irgendwann zu „weitgehenden Änderungen des Vertrages“⁵⁰³ bereit. Die Oberste Heeresleitung dachte unterdessen bereits laut über Möglichkeiten einer etwaigen Wiederaufnahme des Kampfes nach, was das Kabinett seinerseits zwar missbilligte, jedoch – so jedenfalls die Einschätzung der eigenen Bürokratie – im Fall der Fälle kaum hätte abwenden können. Wenn „die Stimmung so ist, daß man unter allen Umständen losschlagen will“, dann glaubte man in der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes nicht, dass „die Regierung die Kraft hat, das zu verhindern“.⁵⁰⁴

Gleichzeitig trieb das surreale Festhalten eines Großteils der deutschen Öffentlichkeit an jenen Zielen, die man sich aus den 14 Punkten als besonders günstig zur Erlangung eines milden Friedens ausgeguckt hatte, publizistische Stilblüten, „die die Frontlinien des Krieges in krasser Schärfe in Erinnerung rief[en].“⁵⁰⁵ Der Historiker Hans Delbrück beispielsweise drohte in den *Preußischen Jahrbüchern* unverhohlen damit, dass ein von den Alliierten gedemütigtes Deutschland sich nach Osten wenden müsste – und dies schlussendlich auch tun würde:

„[D]ie Rache, der Haß, die Verblendung in der Entente drohen uns auf eine Bahn zu treiben, die aller Vernunft widerspricht und doch unvermeidbar erscheint. [...] Droht die Entente, uns Bedingungen aufzuerlegen, die uns ebenso wirtschaftlich wie national töten, so gibt es für uns keine andere Antwort als: Wohlan! So sollt ihr wenigstens mit uns hinunter in den Abgrund.“⁵⁰⁶

Zudem verbreitete sich in der Reichsöffentlichkeit schon bald die Legende vom angeblichen ‚Dolchstoß‘, deren Kern besagte, dass man den Krieg einzig und allein durch innenpolitische Scharlatanerie verloren habe,⁵⁰⁷ die eigene Armee jedoch ‚im Felde unbesiegt‘ geblieben sei.⁵⁰⁸

⁵⁰¹ Vgl. RAM Brockdorff-Rantzau an Scheidemann vom 12.05.1919 in ADAP A II, Nr. 16.

⁵⁰² Rede Scheidemanns vom 12.05.1919 in Reichstagsprotokolle, Bd. 327, S. 1084 A und 1083 C.

⁵⁰³ Kabinettsitzung vom 13. Mai 1919 um 11 Uhr in AdR Scheidemann, Nr. 71.

⁵⁰⁴ Brief des Leiters der Nachrichtenabteilung im AA, Naumann, an RAM Brockdorff-Rantzau vom 28.05.1919, zit. nach: AdR Scheidemann, Nr. 88, Anm. 4.

⁵⁰⁵ Gerhard Schulz, *Revolutionen und Friedensschlüsse 1917–1920*, München 1967 (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts; 2), S. 211.

⁵⁰⁶ Hans Delbrück, *Gegen oder mit dem Bolschewismus?* [29.03.1919], In: *Preußische Jahrbücher* 176 (1919), S. 152–155, hier S. 154f.

⁵⁰⁷ Hierzu ausführlich Boris Barth, *Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im ersten Weltkrieg 1914 – 1933*, Düsseldorf 2003 (Schriften des Bundesarchivs; 61) [Habil. Konstanz 2002].

– ein Grund weniger, so schien es, sich von den Alliierten alles gefallen zu lassen. Dass Reichspräsident Ebert in Berlin den heimkehrenden Soldaten mit Rücksicht auf deren anstehende Reintegration zugerufen hatte, kein Feind habe sie überwunden, war zwar in eine ganz andere Richtung gemünzt,⁵⁰⁹ ließ sich nun aber perfekt instrumentalisieren und trug in seiner Mehrdeutigkeit dazu bei, dass nicht jeder an die Notwendigkeit zum Friedensschluss glaubte. Zu allem Überfluss kam es bald auch zwischen der deutschen Friedensdelegation und der Berliner Regierung zu einer Art Methoden- und Richtungsstreit, weil der in Versailles auf Verhandlungsgelegenheiten wartenden Außenminister in offenem Kompetenzgerangel mit seinen Kollegen auf eine gewisse Handlungsfreiheit bestand und ansonsten jede Verantwortung für die zu erzielenden Ergebnisse „mit aller Entschiedenheit ablehnen“⁵¹⁰ zu müssen glaubte.

Der chaotische Eindruck trügt nicht: Die deutsche Außenpolitik des Frühjahres 1919 gab insgesamt ein desolates Bild ab. Das mag zum einen natürlich an der – sicherlich auch ohne die parallel laufenden großen innenpolitischen Umwälzungen und Probleme – hochkomplexen Aufgabe gelegen haben, in der Friedensfrage überhaupt zu einem für das Reich akzeptablen oder wenigstens erträglichen Ergebnis zu kommen; zum anderen aber auch an einem gewissen Unvermögen der verantwortlichen Persönlichkeiten. Brockdorff-Rantzau verzweifelte Bemühungen in Versailles, mit den Alliierten irgendwie in einen echten Austausch zu kommen, sind dafür ein Paradebeispiel, weil sie nicht nur eine seltsam unspezifische Verkennung der Realitäten belegen, sondern auch eine mangelnde Vertrautheit mit den Westmächten und deren Vorstellung von einer Nachkriegsordnung.⁵¹¹ Hier fehlten gleichermaßen Fachwissen und Einfühlungsvermögen. Man machte sich offenkundig keinerlei Vorstellungen davon, wie die Erbfeindschaft im Allgemeinen und der Weltkrieg im Speziellen auf die Franzosen gewirkt hatten. Während Deutschland auf eigenem Territorium bis auf die ‚Hungerblockade‘ eigentlich weitestgehend verschont geblieben war von Kampfhandlungen, lag ein Großteil Nordost-Frankreichs in Trümmern. Auf die Folgen dieser „asymmetrical wartime experience of these two antagonists“⁵¹² ging man in den konzeptionellen Überlegungen im Vorfeld der Friedenskonferenz, wenn überhaupt, zu wenig ein. Eigentlich ließe sich sogar vortrefflich darüber streiten, ob und inwieweit man überhaupt von einer deutschen Strategie, vielleicht sogar von einer deutschen ‚Verständigungspolitik‘ zu dieser

⁵⁰⁸ Siehe Rainer Sammet, „Dolchstoß“. Deutschland und die Auseinandersetzung mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg (1918–1919), Berlin 2003 (Reihe Hochschulschriften; 2) [Diss. Freiburg 2001], S. 54–71.

⁵⁰⁹ Vgl. Gerd Krumeich, Die Dolchstoß-Legende, In: Deutsche Erinnerungsorte, 3 Bde., hrsg. von Etienne François und Hagen Schulze, München 2002 [2001], Bd. 1, S. 585–599, bes. S. 592.

⁵¹⁰ Deutsche Friedensdelegation an AA vom 29.05.1919 in ADAP A II, Nr. 44.

⁵¹¹ Dazu ausführlich Christiane Scheidemann, Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau (1869–1928). Eine politische Biographie, Frankfurt am Main – Berlin – Bern 1998 (Europäische Hochschulschriften, Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften; 788) [Diss. Freiburg WS 1995/1996], Kap. V.

⁵¹² William R. Keylor, Versailles and International Diplomacy, In: The Treaty of Versailles. A Reassessment after 75 Years, hrsg. von Manfred F. Boemeke, Gerald D. Feldman und Elisabeth Glaser, Cambridge 1998, S. 467–505, hier S. 498.

Zeit reden kann.⁵¹³ Zwar gab es tatsächlich Versuche, der Friedensdelegation zum Beispiel durch Fachleute aus Wirtschafts- und Bankkreisen eine gewisse Richtung vorzugeben, was der „für sich genommen durchaus vernünftigen Überlegung“ entsprang, „daß die wirtschaftlichen Probleme der Nachkriegszeit nur in enger Zusammenarbeit von Siegern und Besiegten zu lösen seien“.⁵¹⁴ Jedoch blieb man dabei ganz der eigentlich haltlosen Sichtweise verhaftet, die Alliierten würden über kurz oder lang gar nicht anders können, als Deutschlands Macht- und Wirtschaftspotenzial gleichrangig zu behandeln. Eine wie auch immer geartete, auf Ausgleich bedachte Außenpolitik verfügte so kurz nach dem Krieg jedenfalls über keinerlei tiefere Basis im Reich, geschweige denn bei dessen Repräsentanten. Dass man im internen Schriftverkehr wie selbstverständlich weiterhin von den „Gegnern“⁵¹⁵ und vom „feindlichen Vertragsentwurf“⁵¹⁶ sprach, zeigt, wie wenig der ‚Krieg in den Köpfen‘ (Gerd Krumeich) damals verschwunden war und warum deshalb – über kurz oder lang – „alle ernsthafte [...] Diskussion in Haß und Polemik versandete.“⁵¹⁷

Gleiches galt mit Abstrichen allerdings auch für die Gegenseite. Die mit dem Waffenstillstand sich scheinbar andeutende Chance zur endgültigen Überwindung des ‚deutschen Albtraums‘ (Jacques Bariéty) war fester Fixpunkt des damaligen französischen Zeitgeists geworden: Innerhalb der *Grande Nation* galt es als ausgemacht, dass die Rückkehr Elsass-Lothringens nicht das einzige „symbole de la victoire pour la France“⁵¹⁸ bleiben könne, sondern das Nachkriegssystem als solches die deutsche Niederlage auf Dauer würde manifestieren müssen, selbst wenn das die übrigen Alliierten vielleicht anders sahen. Hierbei kamen gleichwohl keineswegs allein patriotischer Überschwang oder eine gewisse Siegestrunkenheit zum Ausdruck, sondern auch das mehr oder minder unguete Gefühl, die grundsätzliche strategische Situation Frankreichs habe sich mit dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 nicht nur zum Vorteil gewandelt.⁵¹⁹ Russland beispielsweise, mit dem man ja über viele Jahre explizit zur Absicherung gegen jedwede Expansionsinitiative des Kaiserreichs verbündet gewesen war, würde – das war längst absehbar – wohl keine erneute Koalition der gegenseitig garantierten Sicherheit eingehen können. Entsprechend erklärte Ferdinand Foch in einer Note an die alliierten Regierungsverantwortlichen noch vor Beginn der Frie-

⁵¹³ In diese Richtung argumentiert Leo Haupts, *Deutsche Friedenspolitik 1918–19. Eine Alternative zur Machtpolitik des Ersten Weltkrieges*, Düsseldorf 1976 [Habil. Köln 1975/76].

⁵¹⁴ Peter Krüger, *Die Reparationen und das Scheitern einer deutschen Verständigungspolitik auf der Pariser Friedenskonferenz im Jahre 1919*, In: *Historische Zeitschrift* 221 (1975) 2, S. 326–372, hier S. 329.

⁵¹⁵ RAM Brockdorff-Rantzau an AA vom 08.05.1919 in ADAP A II, Nr. 7.

⁵¹⁶ RAM Brockdorff-Rantzau an AA vom 07.05.1919 in ADAP A II, Nr. 1.

⁵¹⁷ Gerd Krumeich, *Versailles 1919. Der Krieg in den Köpfen*, In: *Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung*, hrsg. von Gerd Krumeich in Zusammenarbeit mit Silke Fehlmann, Essen 2001 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, N.F.; 14), S. 53–64, hier S. 54.

⁵¹⁸ Christian Baechler, *L’Alsace-Lorraine dans les relations franco-allemandes de 1918 à 1933*, In: *La France et l’Allemagne entre les deux guerres mondiales*, hrsg. von Jacques Bariéty, Alfred Guth und Jean-Marie Valentin, Nancy 1987, S. 69–109, hier S. 69.

⁵¹⁹ Siehe Köhler, *Novemberrevolution und Frankreich*, S. 35f.

deniskonferenz: „Aujourd’hui, le sort de la Russie est incertain pour de longues années sans doute.“⁵²⁰ Foch, der 1918 in Folge der offensichtlichen Notwendigkeiten zur interalliierten Koordination durch die deutsche Frühjahrsoffensive zum Befehlshaber über die gesamte Westfront befördert worden war,⁵²¹ hatte das Wegbrechen der zweiten Front und dessen Auswirkungen auf die deutsche Stärke aus nächster Nähe miterlebt⁵²² und mahnte nun, man müsse daraus die entsprechenden Konsequenzen ziehen – auch und gerade für die Zukunft:

„[P]our arrêter les entreprises vers l’Ouest de l’Allemagne – de tout temps belliqueuse et envieuse du bien d’autrui, récemment encore formée et entraînée à la conquête par la force, au mépris de tous les droits, et avec des procédés des plus contraires aux lois, capable d’entreprendre promptement une formidable guerre –[,] pour retarder tout au moins la décision par les armes, il faut faire appel, d’abord, à tous les moyens fournis par la nature.“⁵²³

Da er durch das nach wie vor geltende Kriegsrecht zu dieser Zeit weitestgehend absoluter Alleinherrscher über die deutsch-französische Grenzregion war, ging Foch auch längst dazu über, mit jenen ‚von der Natur gegebenen Mitteln‘ Fakten zu schaffen. Schon unmittelbar nach Waffenstillstand wurden unter seiner Ägide Pläne zum Aufbau administrativer Institutionen und einer Art kooperativer Wirtschaftsverwaltung entwickelt, die auf eine Abtrennung des Rheinlandes vom Reich hindeuteten und deren Realisierung zum Teil schon anlief, bevor die ‚großen Vier‘ in Paris überhaupt zusammengetroffen waren.⁵²⁴ Als Legitimation dieser Haltung diente einmal mehr die prägende Erfahrung des alten deutsch-französischen Dualismus. Es müsse allen Beteiligten klar sein, so Foch, dass „l’Allemagne reste, pour longtemps encore, jusqu’à l’achèvement de sa transformation politique et philosophique, une menace redoutable pour la civilisation.“ So schienen sich aus der besonderen bilateralen Geschichte zwischen Deutschland und Frankreich jetzt auch für die internationale Gemeinschaft klare Handlungsnotwendigkeiten zu ergeben:

„Il faut [...] connaître la situation des peuples d’hier, pour fixer celle de demain, en partant de celle d’aujourd’hui[.] [...] Et dans ces conditions, la plus élémentaire prudence impose aux Nation alliées [...] la nécessité de prendre [...] un ensemble de mesures purement défensives et de précautions de premier plan [...] et de mettre l’Allemagne dans l’impossibilité de recommencer une guerre de conquêtes, de reprendre son programme de domination par les armes.“⁵²⁵

Wie André Tardieu, Vertrauter Fochs und zudem Berater Clemenceaus in Versailles, in einer Denkschrift im Namen der französischen Regierung aus dem Februar 1919 klarstellte, würde sich

⁵²⁰ Note Fochs vom 10.01.1919 in Documents diplomatiques. Documents relatifs aux négociations concernant les garanties de sécurité contre une agression de l’Allemagne (19 janvier 1919 – 7 décembre 1923) [künftig: DD Sécurité], hrsg. vom Ministère des Affaires étrangères, Paris 1924, Nr. 1.

⁵²¹ Zu Foch im Weltkrieg siehe generell v.a. Elizabeth Greenhalgh, Foch in Command: The Forging of a First World War General, Cambridge u.a. 2011.

⁵²² Vgl. Ferdinand Foch, Mémoires pour servir à l’histoire de la guerre de 1914–1918, 2 Bde., Paris 1931, Bd. 2, S. XXXII f.

⁵²³ Note Fochs vom 10.01.1919 in DD Sécurité, Nr. 1.

⁵²⁴ Vgl. ausführlich Bariéty, Les relations franco-allemandes après la Première Guerre Mondiale, S. 32–45.

⁵²⁵ Note Fochs vom 10.01.1919 in DD Sécurité, Nr. 1.

die Pflicht zur Eindämmung Deutschlands nicht aus einem französischen „caractère égoïste“ ergeben, sondern müsse mit der militärischen und wirtschaftlichen Schwächung des Reichs vor allem auf die „suppression d’un danger commun et à la création d’une commune protection“⁵²⁶ ausgerichtet sein. Ein auf eigene, aber auch kollektive Sicherheit angelegtes Friedenskonzept musste nach dem Willen bedeutender französischer Kreise also einer Art ‚Straffrieden‘ gleichkommen, mit dem man vor allem Garantien gegen einen deutschen Wiederaufstieg erhielt.⁵²⁷

Darüber freilich waren sich die Alliierten, unabhängig wie sehr die Deutschen sich nun über die ersten Friedensbedingungen echauffierten und genau solche drakonischen Artikel zu erblicken glaubten, gar nicht einig geworden. Vielmehr hatte Clemenceau recht schnell erkennen müssen, dass die weitreichenden Pläne Fochs, Tardieus und anderer mit London und Washington nicht umzusetzen waren, und sich deshalb auf den angloamerikanischen Vorschlag vom 14. März 1919 eingelassen: Für das Abrücken von den umfangreichen Annexions- oder Separatismusplänen am Rhein boten Lloyd George und Wilson „their immediate military guarantee against any unprovoked aggression on the part of Germany against France“⁵²⁸ an – eine Zusage, die schon deshalb absolut verlockend erschien, weil natürlich jedem informierten Beteiligten damals klar gewesen sein musste, dass vor allem die alliierte Koalition als solche Garant des Sieges über Deutschland gewesen war.⁵²⁹ Frankreich allein, das war offenkundig, hätte in diesem Krieg niemals so lange standhalten können gegen seinen östlichen Nachbarn. Clemenceaus aus dieser Perspektive durchaus verständliches Einlenken zugunsten interalliiertes Beistandsverpflichtungen brachte ihm allerdings scharfe Angriffe aus dem eigenen Lager ein. Gerade mit Foch kam es in der Folge zu einer geradezu sprichwörtlichen Gegnerschaft, in welcher dem Regierungschef wiederholt vorgeworfen wurde, die Wichtigkeit konkreter militärischer Sicherheiten und Faustpfänder für Frankreich zu verkennen oder schlicht zu ignorieren.⁵³⁰ Staatspräsident Poincaré stieß in das gleiche Horn.⁵³¹ Dennoch hielt Clemenceau unbeirrt an seinem Kompromisskurs mit den Alliierten fest und setzte ihn trotz aller Widerstände letztlich auch durch.⁵³²

⁵²⁶ Memorandum der französischen Regierung über die Verlegung der deutschen Westgrenze an den Rhein vom 25.02.1919 in DD Sécurité, Nr. 2.

⁵²⁷ Vgl. Stephen A. Schuker, Frankreich und die Weimarer Republik, In: Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas, hrsg. von Michael Stürmer, Königstein im Taunus 1980 (Neue wissenschaftliche Bibliothek: Geschichte; 112), S. 93–112, bes. S. 95f.

⁵²⁸ Aufzeichnung des Foreign Office vom 14.03.1919 in: Quellen zum Friedensschluss von Versailles, hrsg. von Klaus Schwabe unter Mitarbeit von Tilman Stieve und Albert Diegmann, Darmstadt 1997 (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit; 30), Nr. 51.

⁵²⁹ Hierzu ausführlich Elizabeth Greenhalgh, Victory through Coalition. Britain and France during the First World War, Cambridge u.a. 2005.

⁵³⁰ Siehe z.B. das Schreiben Fochs an Clemenceau vom 05.05.1919 in DD Sécurité, Nr. 9.

⁵³¹ Vgl. den Brief Poincarés an Clemenceau vom 28.04.1919 in DD Sécurité, Nr. 8.

⁵³² Ausführlich dazu Georges-Henri Soutou, The French Peacemakers and Their Home Front, In: The Treaty of Versailles. A Reassessment after 75 Years, hrsg. von Manfred F. Boemeke, Gerald D. Feldman und Elisabeth Glaser, Cambridge 1998, S. 167–188.

Als sich jedoch die negative Reaktion der Deutschen nach der Übergabe des Friedensentwurfs vom 7. Mai abzuzeichnen begann, verlor auch er zunehmend die Geduld. Bereits am 9. Mai erklärte Clemenceau seinen Verhandlungspartnern in Paris mit alter Angriffslust: „If pressure must be applied on the Germans, I will propose to occupy Frankfurt and Berlin.“⁵³³ Mit dem Einlassen auf die angloamerikanischen Einwände gegen einen ‚karthagischen Frieden‘ war der französische Ministerpräsident offenbar an die Grenzen dessen gestoßen, was er persönlich und vor der eigenen Bevölkerung zu vertreten können glaubte. Seine Kompromissbereitschaft bis dato, die ihm Amerikaner und Engländer freilich mit einer gewissen Penetranz in den Verhandlungen abgerungen hatten, änderte nichts an dem grundlegenden Umstand, dass er und mit ihm Frankreich keinerlei Gesprächsbreitschaft mit den Verlierern aufzubringen bereit waren. Die Franzosen machten ihren Partnern daher sofort mit dem Bekanntwerden der ersten deutschen Reaktionen deutlich, dass nun das Ende der sprichwörtlichen Fahnenstange erreicht sei. Bereits einen Tag nach Clemenceaus Vorschlag einer Berlin-Besetzung erklärte Foch dem Rat der ‚großen Vier‘ auf Nachfrage längst ausgearbeitete Einmarschpläne mit dem Hinweis, „we must [...] reduce the German government to our mercy.“ Vom Rhein ausgehend sei es deswegen ohne Weiteres möglich, sowohl auf Weimar als auch auf Berlin zu marschieren; in einer Woche sei man kampfbereit:

„This plan is easy to execute and without danger; it can yield results without being pushed to its end; if that happened, its effect would be the final destruction of the German government.“

Zu militärischem Widerstand sei Deutschland, das gaben die Militärexperten so zu Protokoll, eh nicht in der Lage und auf die Frage, ob nicht vielleicht die deutsche Bevölkerung auf eine alliierte Besetzung mit gewalttätigem Protest reagieren könnte, antwortete Foch trocken: „We will have enough machine guns“.⁵³⁴ Das war die Realität, während sich in Berlin und im Rest des Reiches nationalpatriotische Proteste gegen eine Annahme des Vertrages formierten und während die deutsche Delegation in Paris immer noch hoffte, man könne schon bald in Verhandlungen eintreten mit den Alliierten. Am 16. Juni folgte die ultimative Aufforderung, den Friedensvertrag entweder zu unterschreiben oder aber die Konsequenzen zu tragen. Fünf Tage blieben Zeit, ehe die Waffenruhe aufgehoben werden würde.⁵³⁵

⁵³³ Clemenceau im Gespräch mit Wilson, Lloyd George und Orlando am 09.05.1919 in: *The Deliberations of the Council of Four (March 24 – June 28, 1919)*. Notes of the Official Interpreter Paul Mantoux, übers. und hrsg. von Arthur S. Link unter Mitarbeit von Manfred F. Boemeke, 2 Bde., Princeton 1992 [frz. 1955], Nr. LXX.

⁵³⁴ Foch im Gespräch mit Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando am 10.05.1919 in ebd., Nr. LXXXI.

⁵³⁵ Siehe die Antwortnote der Alliierten vom 16.08.1919 in *FRUS 1919, The Paris Peace Conference*, Bd. 6, S. 926–935. Köhler, *Novemberrevolution und Frankreich*, S. 309–323 hat später angezweifelt, dass die Alliierten zu einem militärischen Schlag wirklich fähig gewesen seien und vor allem Fochs geradezu kriegerischen Auftritt vor dem Rat der Vier aus dem Mai als „bewußte Täuschung“ (S. 311) bewertet, die erst aufgefliegen sei, als ebenjener am 16. Juni plötzlich vor etwaigen Problemen bei einer Militäraktion gewarnt habe. Siehe das Gespräch mit Wilson, Clemenceau, Lloyd George und dem Vertreter Orlando, Sidney Sonnino, in: *The Deliberations of the Council of Four*, Nr. CXXVII. Fochs in der Tat etwas lavierender zweiter Auftritt könnte aber auch Ausdruck der unübersehbaren Differenzen mit Clemenceau und Zeichen einer generellen Vertrauenskrise zwischen Politi-

Am 28. Juni 1919 unterzeichnete folglich eine deutsche Delegation im Spiegelsaal des Versailler Schlosses notgedrungen den Vertragstext. Da das Kabinett Scheidemann bereits im Voraus aus Protest gegen die – letztlich alternativlose – Annahme der alliierten Friedensbedingungen durch die Nationalversammlung zurückgetreten war,⁵³⁶ traf die zweifelhafte Ehre des persönlichen Signums den neuen Außenminister Hermann Müller (SPD) und dessen Kollegen aus dem Verkehrsressort, Johannes Bell (Zentrum). Die gesamte Veranstaltung, bei der die beiden Reichspolitiker selbstverständlich zu keinem Zeitpunkt Rederecht hatten, war auch abseits des historischen Ortes und des offensichtlichen Anklangs an 1871 von überbordender Symbolik geprägt:⁵³⁷ Die Deutschen durften erst auf Zuruf den Raum betreten, mussten dann auf Anweisung ihre Unterschrift leisten und wurden schlussendlich wieder hinausbegleitet – stets jener fünf stark verwundeten französischen Veteranen gegenwärtig, die man als „lebende[n] Vorwurf an die Adresse Deutschlands“⁵³⁸ im Saal positioniert hatte. Der britische Diplomat Harold Nicolson beschrieb die Szenerie mit den Worten, man habe die Deutschen letztlich abgeführt „like prisoners from the dock“.⁵³⁹ Was sich hier als unüberbrückbare Unversöhnlichkeit bildlich darstellte, sollte bestimmend werden auch für die kommenden Monate und Jahre: nicht unbedingt mit Blick auf die Rollen von Richter und Sträfling, wohl aber in der Gegenüberstellung von Gut jeweils auf der eigenen und Böse jeweils auf der anderen Seite. Rechtfertigten die Franzosen ihre eigene strikte Haltung mit dem Verweis auf ihren Wiedergutmachungs- und Gerechtigkeitsanspruch, sahen die Deutschen vor allem Hass und Rachsucht am Werk. Die Frontstellungen blieben klar.

Vor diesem Hintergrund ist die internationale Historiographie dazu übergegangen, auch die auf den ersten Blick naheliegende Zäsur der Jahre 1918/19 hinsichtlich der ‚Nachkriegsbeziehungen‘ der beteiligten Staaten in Zweifel zu ziehen.⁵⁴⁰ Die Versailler Verhandlungen, der letzte

kern und Militärs gewesen sein; jedenfalls verband der Marschall seine Ausführungen zu möglichem deutschen Widerstand und den Grenzen des Erreichbaren nichtsdestoweniger mit einem klaren Bekenntnis zu einer „separatist policy“. Die einzige „rational strategy“ würde demnach sein: „[W]e cut Germany in two.“ Insofern ging sein eigenes Kalkül im Juni wohl über jene Ausführungen aus dem Mai hinaus. Dass Foch nun Wilson darauf hinwies, dass die Regierungen zunächst einmal das Ziel ihrer Politik genauer bestimmen müssten, bevor man weiterdiskutiere, erscheint vor diesem Hintergrund auch nicht „eigenartig“, wie Köhler glaubt (S. 320, Anm. 37), sondern als kaum getarnte Kritik an der vermeintlichen Konzeptlosigkeit der jeweiligen Staatschefs. Diese konnten sich jedoch – in Fochs Augen wohl viel zu spät – jetzt unmissverständlich und unisono dazu durchringen: „If Germany refuses, I [Clemenceau] favor a vigorous and unremitting military blow that will force the signing. *President Wilson*: I agree with you. *Mr. Lloyd George*: We agree completely. *Baron Sonnino*: There is no possible doubt.“

⁵³⁶ Eine Rekonstruktion des Entschlusses zum Rücktritt bietet AdR Scheidemann, S. LX–LXII. Die Zustimmung des Reichstages zum Vertrag erfolgte dann durch namentliche Abstimmung zwei Tage später, am 22.06.1919, mit einem Ergebnis von 237 Ja- gegen 138 Nein-Stimmen bei fünf Enthaltungen. Siehe dazu die Reichstagsprotokolle, Bd. 327, S. 1135 B.

⁵³⁷ Vgl. Beaupré, *Das Trauma des großen Krieges 1918–1932/33*, S. 52f. und MacMillan, *Peacemakers*, S. 484–488.

⁵³⁸ Stéphane Audoin-Rouzeau, *Die Delegation der „gueules cassées“ in Versailles am 28. Juni 1919*, In: *Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung*, hrsg. von Gerd Krumeich in Zusammenarbeit mit Silke Fehlmann, Essen 2001 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, N.F.; 14), S. 280–287, hier S. 287.

⁵³⁹ Nicolson, *Peacemaking 1919*, S. 369.

⁵⁴⁰ Dazu z.B. Georges-Henri Soutou, *1918: la fin de la Première Guerre Mondiale?*, In: *Revue historique des armées* 251 (2008), S. 4–17.

Vertrag und seine Unterzeichnungszeremonie wurden vielmehr als Belege dafür genommen, dass Sieger und Besiegte eigentlich eine „mentale Verlängerung der Kriegssituation in den Friedensschluß“⁵⁴¹ hinein betrieben respektive eine „fortdauernde Präsenz des Krieges im Frieden“⁵⁴² erlebten. Versailles sei, wenn überhaupt, nur ein ‚kriegerischer Frieden‘ gewesen,⁵⁴³ keine Lösung also, sondern eine Fortschreibung der bisherigen Konflikte vom Krieg hinein in eine Phase der „Nachkriege“.⁵⁴⁴ Raymond Poidevin und Jacques Bariéty sprachen mit Blick auf Deutschland und Frankreich gar von einem nun anstehenden „Kalten Krieg“,⁵⁴⁵ Nicolas Beaupré diagnostizierte zwischen den alten Erbfeinden eine „continuation de la Grande Guerre par d’autres moyens“.⁵⁴⁶

In der Tat sollten in der Folgezeit vor allem zwei Faktoren dazu führen, dass sich die ohnehin schon desaströsen deutsch-französischen Beziehungen, wie sie bis hierhin beschrieben worden sind, unter der unverminderten Präsenz der alten Feindbilder noch weiter verschlechtern konnten. Zum einen wirkte die US-amerikanische Nichtratifikation der Friedensverträge auf die europäische Statik in geradezu katastrophaler Weise. Kurz gesagt, war damit eigentlich bereits die gesamte Nachkriegsordnung, auf die man sich in den Pariser Vororten ja eh schon nur mit vielen Kompromissen, Einräumungen und Verzichtsbekundungen hatte einigen können, quasi über Nacht Makulatur geworden.⁵⁴⁷ Am 10. Juli 1919 hatte Wilson den Washingtoner Senat um die Billigung des Friedensabkommens mit Deutschland ersucht, dem auch jene amerikanisch-französischen beziehungsweise britisch-französischen Zusatzverträge angehörten, die jeden deutschen „acte d’agression non provoqué“ gegen Frankreich sowohl als Verletzung des Friedens an sich als auch als Angriff gegen „toutes les Puissances signataires dudit Traité“ werteten. Die USA und Großbritannien sollten so verpflichtet werden, dem ehemaligen Alliierten im Fall der Fälle „immédiatement“⁵⁴⁸ zur Hilfe zu eilen. So war es im Übrigen im Juni 1919 in einem entsprechenden Dokument auch längst unterzeichnet worden von den jeweiligen Staats- beziehungsweise Regierungschefs. Gegen eine solche weitestgehend bedingungslose Beistandserklärung formierte sich allerdings sofort eine spürbare innenpolitische Kampagne in den Vereinigten Staaten, deren neoisolationistische Stoßrichtung nicht allein nationale Souveränitätsrechte im Sinne der Ent-

⁵⁴¹ Jost Dülffer, *Frieden schließen nach einem Weltkrieg? Die mentale Verlängerung der Kriegssituation in den Friedensschluß*, In: *Der Verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918*, hrsg. von Jost Dülffer und Gerd Krumeich, Essen 2002 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, N.F.; 15), S. 19–38.

⁵⁴² Kolb, *Der Frieden von Versailles*, S. 94.

⁵⁴³ So Beaupré, *Das Trauma des großen Krieges 1918–1932/33*, S. 50.

⁵⁴⁴ Berghahn, *Europa im Zeitalter der Weltkriege*, S. 70.

⁵⁴⁵ Poidevin/Bariéty, *Frankreich und Deutschland*, S. 317.

⁵⁴⁶ Nicolas Beaupré, *Occuper l’Allemagne après 1918. La présence française en Allemagne avant l’apaisement de Locarno ou la continuation de la Grande Guerre par d’autres moyens*, In: *Revue historique des armées* 254 (2009), S. 9–19.

⁵⁴⁷ Vgl. Blessing, *Der mögliche Friede*, S. 73.

⁵⁴⁸ Siehe die entsprechende – von Wilson und seinem Außenminister Robert Lansing am 28.06.1919 in Versailles persönlich unterzeichnete – Einigung zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich in *DD Sécurité*, Nr. 15.

scheidung über Krieg und Frieden bedroht sah, sondern sich auch gegen Wilson persönlich und dessen generelle Außenpolitik richtete.⁵⁴⁹ Diesem glitt die Deutungshoheit in der kontroversen Debatte der folgenden Wochen und Monate dann auch aufgrund nachlassender körperlicher Kräfte aus den Händen.⁵⁵⁰ Weil die amerikanische Öffentlichkeit selbst kaum Einsicht aufbrachte für die Notwendigkeit eines politischen Engagements in Übersee⁵⁵¹ und sich die streitenden Parteien auf keinerlei tragfähigen Kompromiss einigen konnten, ging der sogenannte ‚Treaty Fight‘ schließlich zuungunsten des Präsidenten aus⁵⁵² – und zuungunsten Frankreichs.

Dass die USA den Versailler Vertrag und das entsprechende Garantieabkommen für Frankreich nicht ratifizierten, bedeutete aus Pariser Sicht Dramatisches, denn damit entfiel automatisch auch die britische Beistandsverpflichtung. Lloyd George, der die Idee dazu überhaupt erst ins Spiel gebracht hatte, um eine interalliierte Lösung der bis dato äußerst kontroversen Rheinland-Frage⁵⁵³ zu ermöglichen – und der dafür angeblich sogar bereit gewesen sein soll, eigens einen Tunnel zu bauen, um innerhalb von 48 Stunden britische Truppen nach Frankreich verlegen zu können⁵⁵⁴ –, hatte darauf bestanden, dass britische und amerikanische Garantie miteinander gekoppelt werden würden.⁵⁵⁵ Der englisch-französische Vertrag verwies deshalb im Wortlaut ausdrücklich auf sein französisch-amerikanisches Pendant und sollte erst in Kraft treten „au moment où ce dernier sera ratifié.“⁵⁵⁶ Dass somit nun beide Garantieabkommen gleichzeitig ausfielen, untergrub nicht nur jeden Versuch zur Schaffung einer Versailler Sicherheitsarchitektur für Europa, in deren Zentrum logischerweise auch Frankreich hätte stehen sollen, sondern ließ eigentlich die gesamte französische Nachkriegspolitik – jedenfalls jene, die Clemenceau auf Kompromissfähigkeit mit den vormaligen Alliierten angelegt hatte – obsolet werden. Dieser hatte vor der Pariser Abgeordnetenversammlung mehrfach seine Entschlossenheit zu allen notwendigen Opfern begründet, wenn es darauf ankäme, die Siegermächte als Einheit zusammenzuhalten.⁵⁵⁷ Auch die Friedensbedingungen aus dem Frühjahr, die Brockdorff-Rantzau so entschieden abgelehnt hatte,

⁵⁴⁹ Hierzu u.a. John Milton Cooper Jr., *Breaking the Heart of the World. Woodrow Wilson and the Fight for the League of Nations*, Cambridge u.a. 2001.

⁵⁵⁰ Vgl. hierzu ausführlich Alexander Sedlmaier, *Deutschlandbilder und Deutschlandpolitik. Studien zur Wilson-Administration (1913–1921)*, Stuttgart 2003 (Historische Mitteilungen, Beihefte; 51), bes. S. 146–153.

⁵⁵¹ Siehe Ole R. Holsti, *Public Opinion and American Foreign Policy*, Ann Arbor 2007 [1996], S. 11f.

⁵⁵² Dazu umfassend Lloyd E. Ambrosius, *Woodrow Wilson and the American Diplomatic Tradition. The Treaty Fight in Perspective*, Cambridge u.a. 1986, bes. Kap. 7f.

⁵⁵³ Vgl. Stephen A. Schuker, *The Rhineland Question: West European Security at the Paris Peace Conference in 1919*, In: *The Treaty of Versailles. A Reassessment after 75 Years*, hrsg. von Manfred F. Boemeke, Gerald D. Feldman und Elisabeth Glaser, Cambridge 1998, S. 275–312.

⁵⁵⁴ So das Tagebuch von Wilsons außenpolitischem Berater, Edward Mandell House, vom 12.03.1919 in: *Quellen zum Friedensschluss von Versailles*, Nr. 50.

⁵⁵⁵ Hierzu und zum Folgenden Anthony Lentin, *Lloyd George, Clemenceau and the Elusive Anglo-French Guarantee Treaty, 1919: ‚A Disastrous Episode?‘*, In: *Anglo-French Relations in the Twentieth Century. Rivalry and Cooperation*, hrsg. von Alan Sharp und Glyn Stone, London und New York 2000, S. 104–119.

⁵⁵⁶ Vertrag zwischen Frankreich und Großbritannien, unterzeichnet am 28.06.1919, in *DD Sécurité*, Nr. 14.

⁵⁵⁷ Siehe dazu u.a. Stevenson, *France and the German Question in the Era of the First World War*, S. 15.

waren in diesem Sinne bereits ‚Konzessionen‘ gewesen – ein Umstand, den man in Berlin bei aller affektiven Erregung schlicht zu wenig beachtete.

In der Heimat war Clemenceau für seine Haltung und für die auf Konservierung der Kriegsalianz ausgerichtete Politik sofort scharf kritisiert, ja zum Teil regelrecht angefeindet worden. Schnell wurde jetzt auch der Bevölkerung klar – oder durch geschickte Rhetorik von innenpolitischen Gegnern des Ministerpräsidenten klar gemacht –, dass sich die ursprünglichen weiterreichenden französischen Vorstellungen von einer Bestrafung oder vielleicht sogar Zerschlagung Deutschlands von nun an der Bündnisratio würden unterordnen müssen. Schwerwiegende Desillusionierungen waren die Folge.⁵⁵⁸ Das galt sowohl für die Millionen französischen Soldaten, die enttäuscht waren über die vermeintlich viel zu lasche Haltung gegenüber Deutschland – dem feindlichen Land, dessen Bevölkerung man nach bald drei Generationen überdauernden Zerwürfnissen in der eigenen Betrachtung längst größtenteils entmenschlicht wahrnahm –,⁵⁵⁹ als auch für einen bedeutenden Teil der öffentlichen Meinung, nach deren Einschätzung „die obsiegende Freiheit das Böse strafen, entmachten, austilgen“ hätte sollen. Bot der Vertragskompromiss dafür überhaupt noch die notwendige Grundlage? Waren nicht alle Garantien für eine erhoffte „Therapie der Teufelsaustreibung“⁵⁶⁰ an Deutschland zugunsten des alliierten Sicherheitsversprechens aufgegeben oder verwässert worden? Was konnte ein solches Bündnis in Gegenleistung überhaupt bieten an Schutzmechanismen für die *Grande Nation*? Und mit welchen Mitteln sollte sich die neue Staatenarchitektur Ost- und Südosteuropas stabilisieren lassen?⁵⁶¹ Was als *Cordon sanitaire* sowohl gegen Sowjetrußland als auch gegen Deutschland angelegt worden war, drohte doch selbst zu einem wirtschaftlich wie politisch eher instabilen, zum Teil sogar leicht entzündlichen Raum nationaler und nationalistischer Konflikte zu werden.⁵⁶²

Angesichts solcher zeitgenössischen Sorgen ist generell hinterfragt worden, ob ein angloamerikanischer Beistandspakt für Frankreich den augenscheinlich eher als ‚unvollendeten Frieden‘ verstandenen Vertrag von Versailles insgesamt überhaupt hätte stabilisieren können.⁵⁶³ In der Tat scheinen Zweifel daran mehr als angebracht. Und dennoch wird man die psychologische Wirkung des Wegfalls einer konkreten militärischen Bündniszusicherung seitens der Briten und

⁵⁵⁸ Dazu Jean-Jacques Becker, *La France en guerre 1914–1918. La grande mutation*, Brüssel 1988 (*Questions au XXe siècle, Texte inédit*; 6), S. 192.

⁵⁵⁹ Hierzu Bruno Cabanes, *Die französischen Soldaten und der „Verlust des Sieges“*, In: *Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung*, hrsg. von Gerd Krumeich in Zusammenarbeit mit Silke Fehlmann, Essen 2001 (*Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, N.F.*; 14), S. 269–279.

⁵⁶⁰ Beide Zitate: Pierre Miquel, *Versailles im politischen Meinungsstreit Frankreichs 1919–1926*, In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 20 (1972) 1, S. 1–15, hier S. 2.

⁵⁶¹ Zu den Auswirkungen der Pariser Friedensordnung auf Osteuropa und den Balkan u.a. MacMillan, *Peacemakers, Part III* und V.

⁵⁶² Vgl. Steiner, *The Lights that Failed*, Kap 5.

⁵⁶³ So in etwa Cohrs, *The Unfinished Peace after World War I*, S. 64–67.

Amerikaner für die französische Seite nicht hoch genug veranschlagen können! Paris war in der Eigenwahrnehmung auch jener Stimmen, die bisher auf internationale Kooperation zum Schutz vor dem Reich gesetzt hatten, jetzt offenbar ganz auf sich allein gestellt bei dem Versuch, den europäischen Frieden zu gewährleisten: Nicht nur mit Blick auf die eigene *sécurité* also,⁵⁶⁴ sondern auch hinsichtlich seiner vermeintlichen Schutzfunktion für jene Territorien Europas, die mehr oder minder in Deutschlands mittelbarem Einflussgebiet lagen oder in naher Zukunft wieder liegen würden. Die Angst davor, dass das Reich hier an Einfluss gewinnen würde über kurz oder lang, dank ökonomischer Kraft dann wieder aufsteigen und zum wiederholten Male militärisch den europäischen Frieden bedrohen könnte, wurde letztlich vor allem durch den angloamerikanischen Rückzieher in Frankreich erneut zwanghaft, ja geradezu pathologisch.⁵⁶⁵

Die Preisgabe der vitalen Sicherheitsinteressen des europäischen Kontinents und insbesondere des Landes, das in der Eigenperzeption seiner Bevölkerung wie kein zweites gelitten hatte unter der ‚deutschen Barbarei‘, ist konsequenterweise von manchem Pariser Journalisten sofort als Verrat gewertet worden. Im rechtsstehenden *Le Matin* geißelte man die Washingtoner Verantwortungslosigkeit „à l’heure la plus trouble de l’histoire du monde“; der Friedensvertrag, so hieß es, sei nun schlicht „mort“.⁵⁶⁶ Zahlreiche französische Intellektuelle wendeten sich erbost von Amerika ab, auf dessen Kriegseintritt sie einst so euphorisch reagiert hatten. Es erschien als ausgeschlossen, dass Wilson vom innenpolitischen Widerstand gegen den Vertrag nichts gewusst hatte; also nahm man Berechnung an und unterstellte eine Täuschungsabsicht.⁵⁶⁷ Auch die heimische Politik traf deutliche Kritik, vor allem Clemenceau wurde hart angegangen: Der Sieg über Deutschland schien sich in Windeseile in einen Nachteil verwandelt zu haben. Der Ministerpräsident, den man zunächst noch als ‚père la victoire‘ gefeiert hatte, wurde blitzschnell umgedeutet in den ‚perdre la victoire‘.⁵⁶⁸ Foch soll über den von ihm schon vorher kritisierten Frieden nun noch vernichtender geurteilt haben: „Ce n’est pas un traité de paix, c’est un armistice de vingt ans.“⁵⁶⁹

Diese ernüchterte – und letztlich ja irgendwie auch prophetische – Wertung deutet in mehreren Ebenen an, welche Probleme der Frage nach einem möglichen Friedensschluss für den ‚Großen Krieg‘ von Anfang an anhafteten und wie die jeweiligen Nationen generell mit dem Resultat

⁵⁶⁴ Siehe Bariéty, Frankreich und das deutsche Problem nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 129.

⁵⁶⁵ Hierzu auch Alan Sharp, Peacemaking after World War I, In: A Companion to Europe 1900–1945, hrsg. von Gordon Martel, Chichester 2011, S. 261–276, bes. S. 266.

⁵⁶⁶ Stéphane Lauzanne, Un président malade, un ministre nouveau, un traité mort, *Le Matin* vom 21.03.1920.

⁵⁶⁷ Vgl. Egbert Klautke, Unbegrenzte Möglichkeiten. „Amerikanisierung“ in Deutschland und Frankreich (1900–1933), Stuttgart 2003 (Transatlantische historische Studien; 14) [Diss. Heidelberg 1999], S. 146f.

⁵⁶⁸ Hierzu David Watson, Père la Victoire or Perdre la Victoire: Clemenceau’s Defence of the Peace Settlement, In: Peacemaking, Peacemakers and Diplomacy 1880–1939. Essays in Honour of Alan Sharp, hrsg. von Gaynor Johnson, Newcastle upon Tyne 2010, S. 103–120.

⁵⁶⁹ Zit. nach: Paul Reynaud, Mémoires, 2 Bde., Paris 1960–1963, Bd. 2: Envers et contre tous: 7 mars 1939 – 16 juin 1940, S. 457.

ihrer Bemühungen umgingen. Offenbar grassierte, so lässt sich zusammenfassen, eine generelle, wenn auch verschieden motivierte und unterschiedlich intensive Unzufriedenheit mit dem Versailler Vertrag: Während die Deutschen „oft mit äußerster Maßlosigkeit“⁵⁷⁰ gegen das vermeintliche ‚Diktat‘ Stimmung und Politik machten, wertete die Wilson-Administration das Ergebnis ihres ursprünglichen Friedenskonzepts vor allem auch als ein Zurückstellen der eigenen größeren Zukunftsideen hinter die Machtinteressen hauptsächlich der Franzosen,⁵⁷¹ in deren Konflikte die Mehrheit der Amerikaner aber auf keinen Fall hineingezogen werden wollte. Die Briten wiederum entwickelten ab Sommer 1919 eine überwiegend lavierende Haltung zur Friedensordnung, die immer wieder auf die Einhaltung des Vertrages rekurrierte, allerdings auch Elemente der Revision als natürlich ansah und ihnen mitunter geradezu bereitwillig gegenüberstand. Diese Form des ‚tactical revisionism‘⁵⁷² trug zum einen der Notwendigkeit Rechnung, dass man sich nach dem amerikanischen Rückzug zu einer konzilianteren Haltung gegenüber Deutschland im Sinne der traditionellen *balance of power* angehalten sah; nicht zuletzt im Übrigen auch aufgrund einer steigenden Bolschewismus-Furcht.⁵⁷³ Sie befeuerte aber zum anderen auch jene britisch-französischen Divergenzen, die mindestens ebenso ausgeprägt waren wie die deutsch-französischen.⁵⁷⁴ Presseuntersuchungen über die Nachkriegsjahre zeigen jedenfalls, dass die Berichterstattung auf der Insel über Deutschland immer positiver wurde, je kompromissloser und zum Teil auch aggressiver die französische Außenpolitik gegenüber Berlin auftrat.⁵⁷⁵ Gleichzeitig äußerte man offen Skepsis am Pariser Kurs. Zwei Jahre nach Unterzeichnung der Verträge will Clemenceau Lloyd George konkret auf dieses Auseinanderdriften der ehemaligen Entente-Mächte angesprochen haben mit dem Hinweis, dass die Engländer eigentlich seit dem Waffenstillstand eine feindliche Haltung gegenüber Paris eingenommen hätten. Der britische Premier soll schmunzelnd geantwortet haben: „Well, was it not always our traditional policy?“⁵⁷⁶

Angesichts dieser Entwicklung wird auch Frankreichs eigene Haltung gegenüber dem Wortlaut der Friedensverträge und gegenüber Deutschland etwas klarer. Diese beschränkte sich nämlich keineswegs darauf, die Durchsetzung der Klauseln, Abmachungen und Regelungen peinlich genau zu überwachen und einzufordern, sondern ging notgedrungen dazu über, selbst auf eine

⁵⁷⁰ Kolb, *Der Frieden von Versailles*, S. 91.

⁵⁷¹ Vgl. Herbert, *Eine neue Weltordnung*, S. 50f.

⁵⁷² Michael Graham Fry, *British Revisionism*, In: *The Treaty of Versailles. A Reassessment after 75 Years*, hrsg. von Manfred F. Boemeke, Gerald D. Feldman und Elisabeth Glaser, Cambridge 1998, S. 565–601, hier S. 566.

⁵⁷³ Siehe Jahr, *Der lange Weg nach München*, S. 119f.

⁵⁷⁴ Zu den britisch-französischen Verständigungsschwierigkeiten nach Versailles siehe v.a. Alan Sharp, *Anglo-French Relations from Versailles to Locarno, 1919–1925. The Quest for Security*, In: *Anglo-French Relations in the Twentieth Century. Rivalry and Cooperation*, hrsg. von Alan Sharp und Glyn Stone, London und New York 2000, S. 120–138.

⁵⁷⁵ Hierzu Thomas Wittek, *Auf ewig Feind? Das Deutschlandbild in den britischen Massenmedien nach dem Ersten Weltkrieg*, München 2005 [Diss. Augsburg 2003], bes. S. 404f.

⁵⁷⁶ Georges Clemenceau, *Grandeur and Misery of Victory*, London 1930 [frz. 1930], S. 113.

Revision des Friedens hinzuarbeiten: und zwar in Form einer Ausweitung beziehungsweise Intensivierung des Drucks auf die Besiegten. So sollten die zum Nachteil gewordenen Kompromisse aus den Verhandlungen mit den Alliierten nach deren ‚Verrat‘ möglichst egalisiert werden.⁵⁷⁷ Vor dem Hintergrund der in Versailles aus Bündniskalkül vollzogenen Abweichungen vom ursprünglichen Kriegszielplan rückte nach dem offensichtlichen Scheitern von Clemenceaus Idee einer kollektiven Verankerung der französischen *sécurité* das Bedürfnis nach konkreten eigenen, notfalls auch nachträglich zu schaffenden Sicherheiten gegen einen potenziellen deutschen Wiederaufstieg und eine Fortsetzung des überwunden geglaubten französisch-deutschen Antagonismus in den Mittelpunkt der Pariser Politik.⁵⁷⁸ Das Nichtzustandekommen der Nachkriegsallianz mit London und Washington bedeutete hier Wasser auf die Mühlen jener, die stets für eine harte Hand gegen das Reich plädiert hatten, um mit einem potenziellen Friedensvertrag ein für alle Mal sicherzustellen, dass es „vor den Toren Frankreichs keinen intakten Gegner“ mehr geben würde: Gebietsabtretungen, Entwaffnung, Beschneidung der Souveränität, industriell-wirtschaftliche Schwächung – das waren die Schlagworte der öffentlichen Debatte links des Rheins. Pierre Miquel hat diese französische Vorstellung von einem ‚bewaffneten Frieden‘ treffend umschrieben:

„Man muß ihm [Deutschland] einen harten Frieden nicht nur deshalb auferlegen, weil es schuldig ist, sondern auch, weil es sich nicht als schuldig bekennen will. Von diesem Standpunkt aus wird Deutschland wie ein minderjähriger Verbrecher angesehen. Ein Richtspruch gegen einen solchen ist zwecklos, weil er ihn gar nicht versteht und daher falsch auslegt. Es genügt somit nicht, Deutschland zu richten und zu verurteilen, man muß es auch, und zwar dauernd, überwachen.“⁵⁷⁹

Die Historiographie der letzten Jahrzehnte hat dieser Haltung tatsächlich immer mehr Verständnis entgegengebracht,⁵⁸⁰ sie zum Teil sogar als durchaus legitim angesehen. Der Versuch, strategische Sicherheiten zu schaffen, gerade mit Blick auf den Rhein als *frontière naturelle*, erschien nun mehr als Reaktion auf das Gefühl eines potenziellen Ungleichgewichts der Kräfte, denn als Aktion zur bloßen Niedrighaltung des Nachbarn.⁵⁸¹ Auch das bedingungslose Einfordern von deutschen Reparationsleistungen und das Auftun immer höherer Forderungen hätten nach dieser Interpretation vor allem damit zu tun gehabt, dass sich die ursprüngliche Hoffnung auf eine interalliierte Kooperation, mit der sich Frankreichs sicherheitspolitische wie ökonomische Probleme würden lösen oder zumindest auffangen lassen, zerschlagen hatte im Verlauf des Jahres

⁵⁷⁷ Vgl. Gitta Steinmeyer, Die Grundlagen der französischen Deutschlandpolitik 1917–1919, Stuttgart 1979 (Geschichte und Theorie der Politik, Unterreihe A: Geschichte; 3) [Diss. FU Berlin 1976].

⁵⁷⁸ Siehe auch William Laird Kleine-Ahlbrandt, France, Britain and the Enforcement of the Versailles Peace, 1919–1925, Lanham – New York – London 1995, Kap. 2.

⁵⁷⁹ Beide Zitate: Miquel, Versailles im politischen Meinungsstreit Frankreichs 1919–1926, S. 4f.

⁵⁸⁰ Einen Überblick über diese Forschungsentwicklung gibt bereits Jost Dülffer, Die französische Deutschlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, In: Archiv für Sozialgeschichte 21 (1981), S. 593–601.

⁵⁸¹ Siehe dazu immer noch Walter A. McDougall, France’s Rhineland Diplomacy, 1914–1924. The Last Bid for a Balance of Power in Europe, Princeton 1978 [Diss. Chicago].

1919. Da zudem Deutschland selbst kaum den Willen erkennen ließ, sich mit den Friedensbedingungen dauerhaft zu arrangieren, sei Paris zwangsläufig darauf angewiesen gewesen, nach anderen, notfalls auch härteren Faktoren zur Gewährleistung seiner Position zu suchen.⁵⁸²

Ähnlich verhielt es sich mit der Entwaffnungsfrage, die ursprünglich von Wilson aufgebracht worden war in der Absicht, der deutschen eine internationale Abrüstung folgen zu lassen. In Punkt 4 seines Friedensprogramms hatte der US-Präsident dafür „[a]dequate guarantees given and taken“ gefordert, die sicherstellen sollten, dass „national armaments will be reduced to the lowest point consistent with domestic safety.“⁵⁸³ Eine solche ‚innere Sicherheit‘ definierte sich für Frankreich freilich mit dem Wegfall der Beistandsverpflichtungen Großbritanniens und der USA gänzlich neu. Statt kollektiver Abrüstung standen jetzt vor allem wieder die deutsche Entwaffnung und deren militärische Kontrolle im Fokus.⁵⁸⁴ Was ursprünglich also als internationale Friedensinitiative angedacht war und durch den Völkerbund ein gemeinschaftlich getragenes Kontrollgremium hätte haben sollen, um selbst im Streitfall tragfähig zu bleiben,⁵⁸⁵ hatte durch den Nicht-Beitritt der globalen Nachkriegs-Weltmacht, der Vereinigten Staaten, zu diesem System klar an Überzeugungskraft eingebüßt – erst recht für jene, die sich nun im Stich gelassen fühlten.

Der so tatsächlich ‚unterminierten Versailler Ordnung‘ (Patrick O. Cohrs) fehlte es folglich generell an starken und bestenfalls auch stärkenden Anhängern. Die in der Geschichtswissenschaft lange Zeit klassische Unterscheidung zwischen „supporters and opponents of the new international status quo“,⁵⁸⁶ wie sie unter anderem der britische Historiker David Stevenson vorgeschlagen hat, scheint für die Ausgangslage der Zwischenkriegszeit insgesamt etwas zu kurz zu greifen. Eine revisionistische Einstellung zum Friedensvertrag war bei weitem nicht das Alleinstellungsmerkmal der Verlierer, sondern griff unter den gegebenen Umständen auch unter den Siegern um sich⁵⁸⁷ – vor allem unter jenen, die ihre sprichwörtlichen Felle davon schwimmen sahen und denen der Frieden als letztlich ‚zu schwach‘ erschien. Dies galt neben den Franzosen, die im Versailler Statut nach dem angloamerikanischen Ausscheren kaum mehr als einen Pyrrhussieg zu erblicken können glaubten,⁵⁸⁸ zum Beispiel auch für die Italiener und deren Kritik an ‚la

⁵⁸² Vgl. dazu generell Marc Trachtenberg, *Reparation in World Politics. France and European Economic Diplomacy, 1916–1923*, New York 1980.

⁵⁸³ Wilsons 14-Punkte-Rede vom 08.01.1918 in FRUS 1918 Suppl. 1, *World War (1918)*, Bd. 1, S. hier S. 15.

⁵⁸⁴ Siehe Michael Salewski, *Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919–1927*, München 1966 (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik e.V. Bonn; 24) [Diss. Bonn].

⁵⁸⁵ Hierzu u.a. Martyn Housden, *The League of Nations and the Organisation of Peace*, Harlow u.a. 2012, Kap. 2.

⁵⁸⁶ David Stevenson, *France at the Paris Peace Conference. Addressing the Dilemmas of Security*, In: *French Foreign and Defence Policy, 1918–1940. The Decline and Fall of a Great Power*, hrsg. von Robert Boyce, London und New York 1998, S. 10–29, hier S. 10.

⁵⁸⁷ Siehe Carole Fink, *Revisionism*, In: *A Companion to Europe 1900–1945*, hrsg. von Gordon Martel, Chichester 2011, S. 326–340.

⁵⁸⁸ Hierzu u.a. Jacques Néré, *The Foreign Policy of France from 1914 to 1945*, London u.a. 2002 [1975] (*Foreign Policies of the Great Powers*; 7), Kap 2f.

vittoria mutilata‘, am ‚verstümmelten Sieg‘, der Roms Anteil am alliierten Erfolg angeblich nicht genügend gewürdigt hätte.⁵⁸⁹ Die Meinungsverschiedenheiten und Konflikte zwischen den beteiligten Staaten – und vor allem auch unter den ‚Siegern‘ selbst – schufen hier die generelle Tendenz, zunächst wieder die eigenen Interessen in den Mittelpunkt des Handelns zu stellen und diese notfalls auch gegen die Verbündeten und erst recht gegen abstrakte größere Ideen von einer neuen Weltordnung zu verteidigen.

Der Friedensvertrag wurde so zu einem Objekt von Auslegung und Interpretation, nicht zum sakrosankten Heiligtum, das einen Kreis von Hütern gehabt hätte. „[S]on caractère éminentement dynamique“⁵⁹⁰ zeichnete sich gerade dadurch aus, dass er sowohl Elemente der Veränderung als auch der Bewahrung zuließ, erstere jedoch ohne weiteres ein Übergewicht gewinnen konnten, sofern sich nur irgendjemand davon Vorteile versprach. Die übliche Gegenüberstellung von den durch Versailles geschaffenen Lagern der ‚Haves‘ und ‚Have-nots‘ (Andreas Hillgruber) mag zwar ganz gewiss eine Relevanz für die Nachkriegszeit und ihre Probleme haben, jedoch scheint es angebrachter, den Versailler Vertrag im Besonderen nicht als trennendes Element zwischen Unterstützern und Gegnern der Friedensordnung zu sehen, sondern eher als das trennende Element zwischen Gegnern des Vertrages und jenen, die ihn *nicht* unterstützten. Die Sozialpsychologie weiß längst, dass Gewinner sich gegenüber Verlierern in der Regel aggressiver verhalten als andersherum.⁵⁹¹ Paris‘ fehlende Bereitschaft zu Zugeständnissen, Kompromissen oder auch nur bilateralen Gesprächen mit Berlin, die ab dem frühen Sommer 1919 tatsächlich gen null tendierte, sollte vor diesem Hintergrund weniger als Unnachgiebigkeit und Rückzug auf den Vertragstext verstanden werden, sondern im Gegenteil als konkrete Antwort auf von der dortigen Politik und Bevölkerung antizipierte Entwicklungen des internationalen Systems, die in der eigenen Wahrnehmung Frankreichs Sicherheit über kurz oder lang bedrohen würden – und die deshalb zum aktiven Handeln jenseits der Friedensparagrafen zu verpflichten schienen.

Das Nichtzustandekommen der Beistandsverträge war insofern auch für Deutschland ein empfindlicher Schlag: Zwar hatte es schon zuvor eigentlich kaum eine Chance zu echter Verständigung mit Frankreich gegeben,⁵⁹² weil bereits allein die Aufnahme halbwegs normaler Beziehungen als Grundbedingung dafür nach den Jahrzehnten der offen ausgelebten Erbfeindschaft einen

⁵⁸⁹ Hierzu Holger Afflerbach, „... nearly a case of Italy contra mundum?“ Italien als Siegermacht in Versailles 1919, In: Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, hrsg. von Gerd Krumeich in Zusammenarbeit mit Silke Fehlmann, Essen 2001 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, N.F.; 14), S. 159–173. Eine ähnlich gelagerte Unzufriedenheit bestimmte zum Beispiel auch das Verhältnis Japans zum Versailler System. Dazu Peter Duus, The Twentieth Century, In: The Cambridge History of Japan, hrsg. von John W. Hall, 6 Bde., Cambridge u.a. 1988–1999, Bd. 6, S. 282–285.

⁵⁹⁰ Georges-Henri Soutou, L’Allemagne et la France en 1919, In: La France et l’Allemagne entre les deux guerres mondiales, hrsg. von Jacques Bariéty, Alfred Guth und Jean-Marie Valentin, Nancy 1987, S. 9–30, hier S. 10.

⁵⁹¹ Vgl. Dominique Muller et. al., Are People More Aggressive When They Are Worse Off or Better Off than Others?, In: Social Psychological and Personality Science 3 (2012) 6, S. 754–759.

⁵⁹² Siehe Kolb, Der Frieden von Versailles, S. 14f.

verschwindend geringen Möglichkeitsraum hatte. Mit dem Aus für das interalliierte Garantieabkommen jedoch schien sich die Lage hier sogar noch weiter verschlechtert zu haben: Selbst vorausgesetzt, es hätten sich nun so früh nach dem Weltkrieg geeignete Protagonisten für einen etwaigen Aussöhnungsprozess finden lassen, musste die schiere Masse an eigentlich unlösbar erscheinenden bilateralen und internationalen Problemen vorerst jegliche Aussicht auf die Etablierung einer friedlichen Nachbarschaft in Luft auflösen.⁵⁹³ Die verschiedenen Entwicklungen der Jahre 1918–1923 hatten, wie noch zu sehen sein wird, gerade zwischen Deutschen und Franzosen den sich bereits einige Zeit anbahnenden „Verlust der Interaktionsgrundlagen“⁵⁹⁴ in aller Deutlichkeit demonstriert. Versailles, das unter den gegebenen Umständen längst zu einer Art „paix idéologique“⁵⁹⁵ geworden war in dem Sinne, dass allein seine Nennung schon wie der sprichwörtliche Fehdehandschuh wirken konnte beiderseits des Rheins,⁵⁹⁶ negierte praktisch als ständig Zwietracht provozierender Erinnerungsort jeden Spielraum für Gespräche oder gar für die Entwicklung einer auf die Zukunft ausgerichteten Annäherung zwischen den Ländern.

Man kam deshalb auch in beiden Öffentlichkeiten nicht umhin, die fragile Friedensordnung für wenig erfolgversprechend zu halten, wenn es darum gehen sollte, die alten zwischenstaatlichen Rivalitäten und Gegensätze zu begraben oder auch nur abzumildern.⁵⁹⁷ Der Vertrag, den schon viele Zeitgenossen für keinen wirklichen Frieden halten konnten, hatte hier letztlich „im Vergleich zur Vorkriegszeit“ eher sogar „noch mehr Wunden aufgerissen und noch mehr Begehrlichkeiten geweckt.“⁵⁹⁸ Gerade dadurch, dass er sich den jeweiligen Wahrnehmungen entsprechend bestens in die mentalitätsgeschichtlichen Traditionen des alten Dualismus einordnen ließ, löste er die Erbfeindschaft nicht auf oder entschärfte sie, sondern schrieb sie um ein weiteres Kapitel fort. So etablierte sich mit Blick auf das gegenseitige Verhältnis zwischen beiden Staaten und Gesellschaften nach 1918 eine Form der Sprachlosigkeit, die verbunden mit dem mangelnden Willen, zu deren Überwindung zu kommen oder auch nur dazu beizutragen, das bestimmende Hindernis des deutsch-französischen Verhältnisses bleiben sollte.

⁵⁹³ So auch Peter Krüger, Europäische Ordnung und deutsch-französisches Verhältnis nach dem Ersten Weltkrieg, In: Französisch-deutsche Beziehungen in der neueren Geschichte. Festschrift für Jean Laurent Mayer zum 80. Geburtstag, hrsg. von Klaus Malettke und Christoph Kampmann unter Mitarbeit von Kornelia Oepen, Berlin 2007 (Forschungen zur Geschichte der Neuzeit. Marburger Beiträge; 6), S. 241–257, hier S. 248f.

⁵⁹⁴ Verena Steller, Zwischen Geheimnis und Öffentlichkeit. Die Pariser Friedensverhandlungen 1919 und die Krise der universalen Diplomatie, In: Zeithistorische Forschungen 8 (2011) 3, S. 350–372, hier S. 370.

⁵⁹⁵ Georges-Henri Soutou, Le concert européen, de Vienne à Locarno, In: L'ordre européen du XVIe au XXe siècle. Actes du colloque de l'Institut des Recherches sur les Civilisations de l'Occident Moderne, hrsg. von Jean Bérenger und Georges-Henri Soutou, Paris 1998, S. 117–136, hier S. 131.

⁵⁹⁶ Siehe Schulze, Versailles, S. 417, ähnlich auch Bariéty, Les relations franco-allemande après la Première Guerre Mondiale, S. 189.

⁵⁹⁷ Vgl. z.B. Georg Bernhard, Frieden trotz alledem, *Vossische Zeitung Morgenausgabe* vom 30.06.1919, der vor allem die sogenannten ‚Ehrenpunkte‘ des Vertrages – deutsche Kriegsschuld sowie Auslieferung der Hauptkriegsverbrecher – als unweigerlichen „Gegenstand dauernder heftiger Proteste“ im Reich ausmachte und daher ernsthaft anzweifelte, ob sich die Deutschen darüber je würden beruhigen können.

⁵⁹⁸ Neitzel, Weltkrieg und Revolution 1914–1918/19, S. 167.

Das zeigte sich besonders exemplarisch auch am zweiten großen Belastungskomplex der Beziehungen zwischen Paris und Berlin in der Nachkriegszeit. Er setzte sich zusammen aus den zahlreichen real-faktischen, zum Teil aber auch selbstverschuldeten Problemen der deutschen Außenpolitik nach der Friedensunterzeichnung.⁵⁹⁹ Hatte die Berliner Strategie während der Versailler Konferenz – sofern man diese überhaupt als ‚Strategie‘ bezeichnen mag – bereits die enormen Akzeptanzschwierigkeiten verdeutlicht, die sowohl die politische Elite als auch große Teile der Bevölkerung hinsichtlich der zurückgesetzten internationalen Stellung des Reichs aufwiesen, offenbarten die unmittelbaren Nachkriegsjahre in Fortführung dieser Anpassungsstörungen an die neue europäische Ordnung eine gewisse Planungs- und Orientierungslosigkeit, die sich vor allem auf den nur selten rationalen Umgang mit den sich für Deutschland aus dem Friedensvertrag ergebenden Pflichten und Auflagen auswirkte. Fritz Klein hat versucht, diese Problematik und ihr besonderes Konfliktpotenzial in einem Satz zusammenzufassen:

„When a majority of the German proved unwilling after 1919 to be realistic about the defeat, when people’s thoughts were clouded by senseless slogans regarding an ‚undefeated army‘, and when the criticism of Versailles was used with growing success to lay the intellectual groundwork for a war of revenge, continued mistakes, illusions, and disorientation proved disastrous.“⁶⁰⁰

Die mit Blick auf die öffentlichen Stimmen in Deutschland letzten Endes tatsächlich weitestgehend konsensuale Ablehnung von Niederlage und Friedenssystem⁶⁰¹ speiste sich zwar nicht aus einer einzigen, in sich geschlossenen oder gar homogenen Geisteshaltung – sondern ganz im Gegenteil aus vielen verschiedenen, zum Teil sogar widersprüchlichen politischen Richtungen.⁶⁰² Sie blieb jedoch als Abwehrgestus in einer Mixtur aus Verweigerungs-, Ausweich- und Verleugnungsreflexen vorerst typisch auch für den internationalen Auftritt der Weimarer Republik.⁶⁰³ Unabhängig davon, dass man sich hinsichtlich Methodenwahl und zeitlichem Zielrahmen noch unschlüssig zeigte: Ein wirklich produktiver Umgang mit den neuen Verhältnissen entstand im „viestimmigen Gleichklang“⁶⁰⁴ des deutschen Nachkriegsrevisionismus, dem sich sogar bekennende Pazifisten nicht gänzlich verweigern konnten,⁶⁰⁵ vorläufig nicht. Stattdessen wandte man

⁵⁹⁹ Vgl. dazu auch Kolb, *Der Frieden von Versailles*, Kap. VI.

⁶⁰⁰ Klein [jun.], *Between Compiègne and Versailles*, S. 219f.

⁶⁰¹ Siehe u.a. Wolfrum, *Geschichte als Waffe*, Kap. II.

⁶⁰² Schon für die Zeit nach dem Waffenstillstand betont dies zu Recht Haupt, *Deutsche Friedenspolitik 1918–19*, bes. S. 357.

⁶⁰³ Vgl. u.a. Dülffer, *Das Deutsche Reich und der Versailler Vertrag*, S. 66f. Grundsätzlich positiver bewertete die frühen Versuche zur Etablierung einer Weimarer Außenpolitik noch Ludwig Zimmermann, *Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik*, Göttingen – Berlin – Frankfurt 1958, z.B. Kap. II: Deutschland sei z.B. in seiner ‚Wehrlosigkeit‘ eher ein Opfer des verwirrenden alliierten ‚Zickzackkurses‘ gewesen.

⁶⁰⁴ Lorenz, „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht!“, S. 411.

⁶⁰⁵ Der spätere Friedensnobelpreisträger Ludwig Quidde zum Beispiel vertrat klar die Meinung, dass man sich zwar der Schuld ‚früherer deutschen Gewalthaber‘ an Ausbruch und Verlauf des Krieges bewusst sein müsse, dennoch aber nur die internationale ‚Gleichberechtigung‘ aller Staaten eine wirkliche Friedensgrundlage für Europa bilden könne. Siehe Ludwig Quidde, *Der deutsche Pazifismus während des Weltkrieges 1914–1918*, aus dem Nachlass

sich flankiert von einer reichhaltigen Schriftkultur entweder plakativ gegen jede alliierte Schuldzuweisung, um so auf die eigentliche Unrechtmäßigkeit der sich aus dem Versailler Vertrag ergebenden Verpflichtungen abzuheben.⁶⁰⁶ Oder man rang sich zu einer Art ‚Rechtfertigungspolitik‘ durch, die von Beginn an vornehmlich dadurch auf eine Entlastung der eigenen Position hinwirken wollte, dass sie mit ständig wiederholten Hinweisen zur mangelnden deutschen Leistungskraft einerseits und zu den bereits erbrachten Opfern andererseits zumindest eine Reduzierung der auferlegten ‚Strafparagrafen‘ zu erreichen hoffte.⁶⁰⁷

Beide Ansätze hatten vor dem Hintergrund gerade der französischen Perspektive natürlich zu keiner Zeit eine reelle Aussicht auf Erfolg. In Paris blieb man angesichts des deutschen Auftretens weitestgehend einig darin, dass jedes Signal einer Gesprächsbereitschaft oder gar ein punktuell Nachgeben – also eine Reduzierung irgendeines alliierten Anspruchs – die eigene, durch die ‚Katastrophe des Rückzugs der Angelsachsen‘ (Jacques Bariéty) ohnehin schon angeschlagene Position nur weiter schwächen würde. Auch weil der Weimarer Revisionismus, den man überwiegend als monolithischen und innerhalb der deutschen Gesellschaft eigentlich unwidersprochenen Block begriff, nicht bestärkt werden sollte in seiner herausfordernden Haltung, wurden die verbliebenen Sicherungen des Versailler Vertrages mittlerweile als das absolute „Minimum betrachtet, über das sich nicht verhandeln ließ“⁶⁰⁸ – und schon gar nicht mit den Verlierern! Das Auswärtige Amt, das trotz eingehender Reformbemühungen zur Professionalisierung und Neustrukturierung seiner Beamtenschaft⁶⁰⁹ im Kern natürlich zahlreiche Kontinuitäten personeller und inhaltlicher Art aufwies,⁶¹⁰ galt den Franzosen darüber hinaus als nach wie vor unbelehrbarer Hort jener alten bürokratischen Kaiserreichselite, der man die Hauptschuld für die Probleme der letzten Jahrzehnte zuschrieb. Wirkliche Einsicht oder gar das Potenzial zur inhaltlichen Neuaus-

hrsg. von Karl Holl unter Mitwirkung von Helmut Donat, Boppard am Rhein 1979 (Schriften des Bundesarchivs; 23), S. 230f. Zum Streit über die Anerkennung der deutschen Alleinkriegsschuld innerhalb des organisierten Pazifismus der Zwischenkriegszeit siehe auch Helmut Donat, Die radikalpazifistische Richtung in der Deutschen Friedensgesellschaft (1918–1933), In: Pazifismus in der Weimarer Republik. Beiträge zur historischen Friedensforschung, hrsg. von Karl Holl und Wolfram Wette, Paderborn 1981, S. 27–45.

⁶⁰⁶ Hierzu neben Jäger, Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland, S. 44–88 auch Herman J. Wittgens, War Guilt Propaganda Conducted by the German Foreign Ministry During the 1920s, In: *Communications historiques* 15 (1980) 1, S. 228–247.

⁶⁰⁷ Siehe als ein Beispiel unter vielen die Regierungserklärung des Reichskanzlers Constantin Fehrenbach (Zentrum) vom 28. Juni 1920, dem ersten Jahrestag der Versailler Unterzeichnungszereemonie, in Reichstagsprotokolle, Bd. 344, S. 10 C –D.: „Wenn Verblendete und Unversöhnliche diesseits und jenseits der Grenzen die deutschen Leistungen zur Erfüllung der Friedensbedingungen systematisch herabsetzen, so wird es die Aufgabe der neuen Regierung sein, urkundlich darzulegen, was wir bereits geleistet, abgetreten und hergegeben haben. [...] Wenn trotzdem nicht alle Bestimmungen des Vertrages nach dem Wortlaut durchgeführt worden sind, so liegt das nicht am bösen Willen Deutschlands, sondern an Verhältnissen, die stärker sind als sein guter Wille.“

⁶⁰⁸ Beaupré, Das Trauma des großen Krieges 1918–1932/33, S. 55.

⁶⁰⁹ Zur sogenannten Schülerschen Reform, die in wichtigen Punkten gleichwohl schon vor dem Kriegsende ihren Ausgang genommen hatte, vgl. ausführlich Kurt Doß, Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Das deutsche diplomatische Korps in einer Epoche des Umbruchs, In: Das Diplomatische Korps 1871–1945, hrsg. von Klaus Schwabe, Boppard am Rhein 1985 (Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit; 16), S. 81–100.

⁶¹⁰ So v.a. die These von Grupp, Deutsche Außenpolitik im Schatten von Versailles, passim.

richtung schloss man hier für die jeweiligen Verantwortlichen eigentlich von vornherein aus;⁶¹¹ Brockdorff-Rantzaus Auftritte aus dem Sommer 1919 hatten solche generellen negativen Befürchtungen zudem im Großen und Ganzen bestätigt, zum Teil sogar noch übertroffen.⁶¹²

An dieser Stelle spielte dementsprechend einmal mehr die ungebrochene Strahlkraft der traditionellen Feindbilder eine entscheidende Rolle; eine letztlich entscheidendere jedenfalls als mögliche – und vielleicht sogar etwaiger Besonnenheit entspringende – Bemühungen um einen gemeinsamen Neuanfang. Beide Seiten sahen in ihrem jeweiligen Kontrahenten und in dessen Handlungen – ob nun zu Recht oder nicht – immer noch vor allem das, was man durch die seit Generationen überlieferte Konfrontation und angesichts der Ausgangslage der Nachkriegsjahre von diesem typischerweise erwartete. Der zeitgenössische Blick auf die französische Seite schien dementsprechend klar zu offenbaren, dass die Deutschen – egal, was sie tun oder unterlassen würden – jetzt und in Zukunft unter einem ‚Schmach- und Schandfrieden‘ zu leiden hätten, den von Rachsucht getriebene Franzosen ohne wirkliche Rechtfertigung, aber mit aller Gewalt durchzusetzen trachteten.⁶¹³ Gerade deshalb, so argumentierte Stresemann vor der Nationalversammlung, diskreditiere dieser Friedensvertrag als „Ausfluß des politischen Sadismus“ ja auch „nicht die Besiegten, er entehrt die Sieger.“⁶¹⁴ Andersherum nahm man in Paris geradezu selbstverständlich an, dass Deutschland wie ehemals und alternativlos auf die Wiederherstellung seiner alten Machtressourcen abzielen würde, um Frankreich damit dann spätestens mittelfristig erneut zu bedrohen. Foch selbst wurde noch Jahre später nicht müde, wieder und wieder zu betonen, dass Deutschland es in Zukunft natürlich darauf anlegen werde,

„[to] burst asunder all the provisions of the Treaty of Versailles one after the other. First, the Polish corridor would disappear, and then Czechoslovakia and Austria would rapidly follow, and instead of an already sufficiently powerful Germany of some 65 million inhabitants, we should be faced with a Germany of well over 100 millions, and then it would be too late for us to endeavour to check her ever-growing land-hunger of power.“⁶¹⁵

Das Reich stellte somit in der Analyse der französischen Militärs – und auch der allermeisten Pariser Politiker – weiterhin eine echte Gefahrenquelle dar, auf die man angesichts der Erfahrungen der letzten beiden Generationen und wegen des Fehlens interalliierten Sicherungsmaßnah-

⁶¹¹ Vgl. Trachtenberg, *Reparation in World Politics*, S. 99f.

⁶¹² Für Clemenceau stand fest, dass der Graf nur der Kopf jener nach wie vor unvermindert einflussreichen „old Imperial bureaucracy“ sei, der man unter gar keinen Umständen trauen dürfe. Siehe das Gespräch zwischen Clemenceau, Lloyd George, Wilson und Orlando vom 27.03.1919 in: *The Deliberations of the Council of Four*, Nr. VI. Selbst den Briten erschien Brockdorff-Rantzau als echtes Problem. Lloyd George soll angeblich sogar in Versuchung gewesen sein, den deutschen Außenminister für sein Auftreten mit der deutschen Friedensdelegation in Versailles niederzuschlagen. Siehe dazu Antony Lentin, *Guilt at Versailles. Lloyd George and the Pre-History of Appeasement*, London 1985 [1984], S. 87.

⁶¹³ Hierzu z.B. Rödder, *Zwischen Besatzung und Besetzung*, S. 205.

⁶¹⁴ Rede Stresemanns vom 12.05.1919 in *Reichstagsprotokolle*, Bd. 327, S. 1100 C.

⁶¹⁵ So die Aufzeichnung des britischen Diplomaten Eric Phipps über ein Gespräch mit Foch, zit. nach: Boyce, *The Great Interwar Crisis and the Collapse of Globalization*, S. 94.

men künftig lieber präventiv-aktiv reagieren wollte als zurückhaltend-abwartend.⁶¹⁶ Der Wortlaut des Friedensvertrages allein schien zum Schutze vor Deutschland nicht zu taugen. Er galt schlicht als zu schwach, wie der Journalist Jacques Bainville einprägsam analysierte: „trop douce pour ce qu'elle a de dur“.⁶¹⁷ Mehrheitlich vertraute man also stattdessen darauf, dass vor allem eine un-nachgiebige Politik des „treaty enforcement“⁶¹⁸ der eigenen Sicherheit zugutekäme.⁶¹⁹ Die mehr oder minder offensichtlichen Konstruktionsfehler der Versailler Ordnung sollten so nachgebessert, zum Teil auch grundsätzlich korrigiert werden. Dass man sich zum Beispiel den vormaligen Alliierten zuliebe mit der Kompromisslösung einer gemeinsamen Besetzung am Rhein begnügt hatte – statt dauerhafter Abtrennung unter Gewährleistung eines bestimmenden französischen Einflusses –, ließ sich nun etwa dadurch wiedergutmachen und in eine „active policy“⁶²⁰ umwandeln, dass die Franzosen in dem zuständigen interalliierten Kontrollgremium, der *Haute Commission Internationale des Territoires Rhénans* (HCITR) nach dem US-Aus faktisch die dominierende Rolle übernahmen⁶²¹ und mit Paul Tirard künftig einen Kommissionspräsidenten stellen konnten, der klar erkennbar die französischen Interessen zu wahren versuchte.⁶²² Je lauter in Deutschland gegen solche Punkte wiederum protestiert wurde, je energischer man sich rechts des Rheins überhaupt gegen jede französische Machtdemonstration zur Wehr zu setzen versuchte, desto mehr schien der deutsche Revisionseifer in Paris eine ‚Politik der Stärke‘ (Nicolas Beaupré) zu legitimieren. Alles, was man an nationalistischen Tönen aus Berlin und dem Rest der Republik wahrnahm in Frankreich, schien die Notwendigkeit weiterer, eventuell auch militärisch durchzuführender Sicherungsmaßnahmen nur noch zusätzlich zu untermauern.⁶²³

Natürlich gab es auch im Reich einige Hellsichtige, die den sich daraus ergebenden Teufelskreis erkannten, in dem sich französischer Druck und deutscher Gegendruck hochschaukelten. Trotzdem vermochte man insgesamt nicht, die deutsche Außenpolitik umfassend darauf einzustellen. Selbst wenn zumindest einigen Berliner Verantwortlichen klar geworden war, dass der eigene Handlungsspielraum auf internationalem Parkett gerade aufgrund der französischen Be-

⁶¹⁶ An der Entwaffnungsfrage zeigt das exemplarisch Richard J. Shuster, *German Disarmament After World War I. The Diplomacy of International Arms Inspection 1920–1931*, London 2006 (Cass Series: Strategy and History; 14).

⁶¹⁷ Jacques Bainville, *Les conséquences politiques de la paix*, Paris 1920, S. 38.

⁶¹⁸ Jon Jacobsen, *Strategies of French Foreign Policy after World War I*, In: *The Journal of Modern History* 55 (1983) 1, S. 78–95, hier S. 80.

⁶¹⁹ Vgl. Beaupré, *Das Trauma des großen Krieges 1918–1932/33*, S. 57f.

⁶²⁰ Stanislas Jeannesson, *French Policy in the Rhineland*, In: *Diplomacy & Statecraft* 16 (2005) 3, S. 475–486, hier S. 475.

⁶²¹ Siehe Bariéty, *Les relations franco-allemandes après la Première Guerre Mondiale*, S. 51–61.

⁶²² Hierzu Pierre Jardin, *La politique rhénane de Paul Tirard (1920–1923)*, In: *Revue d'Allemagne et des Pays de langue allemande* 21 (1989), S. 208–216.

⁶²³ Dazu ausführlich Anna-Monika Lauter, *Sicherheit und Reparationen. Die französische Öffentlichkeit, der Rhein und die Ruhr (1919–1923)*, Essen 2006 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens; 74) [Diss. Düsseldorf 2003].

findlichkeiten zunächst stark begrenzt sein würde,⁶²⁴ schien die Mehrheit der Deutschen die nationalen Möglichkeiten zu Widerstand und Verweigerung ganz anders einzu-, oder besser gesagt: deutlich zu *überschätzen*.⁶²⁵ Unabhängig von der sich eigentlich aufdrängenden Einsicht, dass für Frankreich „das stärkste aller Motive [...] immer die Furcht vor der zukünftigen Wiedererstarkung Deutschlands“⁶²⁶ sein müsse, und gleichwohl in Regierungskreisen deshalb mittlerweile auch die Erkenntnis gereift war, dass unter den gegebenen Umständen „irgendein Umschwung in der Stimmung Frankreichs gegen uns [...] nicht zu erwarten“⁶²⁷ sein könne, gelang es der verantwortlichen Politik vorerst nicht, sich mit den Gegebenheiten ernsthaft zu arrangieren.

Beispiele legen sogar eher das Gegenteil nahe: Als im November 1920 Kanzler Constantin Fehrenbach (Zentrum) und Außenminister Walter Simons (parteilos) ausgerechnet im besetzten Rheinland das Ausland davor warnten, dass man etwaige weitere Besetzungen deutscher Territorien „als einen feindseligen Akt [...] betrachten“⁶²⁸ müsse, der unweigerlich die Aufhebung des Friedensvertrages zur Folge haben würde, ließ man diese versuchte Stärkebekundung informell sofort beim französischen Botschafter in Berlin wieder herunterspielen. Die deutsche Presse, so verteidigte man sich, habe die Aussagen schlicht falsch oder überspitzt wiedergegeben und überhaupt sähen beide Regierungsvertreter in Wirklichkeit „ein friedliches Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich als die einzige Rettung für beide Länder“.⁶²⁹ Da die entsprechenden Äußerungen jedoch längst auch durch französische Tageszeitungen geisterten,⁶³⁰ ließ Paris sich von solchen Scharmützeln, die zu allem Überfluss die Reihen innerhalb der Alliierten zusammenhielten, keineswegs beirren: Anfang Dezember legte Frankreich *gemeinsam* mit Belgien und Großbritannien Protest gegen die Kundgebungen ein und vorsorglich gleich auch gegen alle weiteren Politikerbesuche am Rhein, die die öffentliche Sicherheit gefährden könnten.⁶³¹ Dass das Berliner

⁶²⁴ Als Brockdorff-Rantzau, der eher nicht zu diesen Einsichtigen gehörte, bereits im Februar 1919 sein Amt angesichts mangelnder „Möglichkeit[en] einer positiven Arbeit unter den gegebenen Verhältnissen“ aufgeben wollte, versuchte ihn der um einiges realistischere Reichspräsident Ebert mit dem eigentlich wenig motivierenden Satz zu trösten, er habe natürlich Verständnis für die generelle Verzweiflung, „aber eigentlich sei doch heute auswärtige Politik überhaupt nicht zu treiben.“ Siehe die Aufzeichnung RAM Brockdorff-Rantzau vom 16.02.1919 in ADAP A I, Nr. 146

⁶²⁵ Vgl. Niedhart, Die Außenpolitik der Weimarer Republik, S. 11.

⁶²⁶ Delbrück, Gegen oder mit dem Bolschewismus?, S. 155.

⁶²⁷ So der Geheime Legationsrat Ernst Schmitt während der Besprechung des Reichsministers für Wiederaufbau, Otto Geßler (DDP), mit rheinisch-westfälischen Großindustriellen über Wiedergutmachungsfragen am 10.11.1919 in AdR Bauer, Nr. 98.

⁶²⁸ Rede von RAM Simons in Düsseldorf vom 14.11.1920, zit. nach: *Vossische Zeitung Abendausgabe* vom 15.11.1920.

⁶²⁹ Auf Wunsch von RAM Simons angefertigter Bericht des österreichischen Journalisten Paul Goldmann vom 19.11.1920 über eine Unterredung mit Charles Laurent in PA AA R28232k.

⁶³⁰ Siehe z.B. die entsprechende Meldung im *Le Petit Parisien* vom 16.11.1920.

⁶³¹ So in den gleichlautenden Noten der diplomatischen Vertreter vom 06.12.1920: Siehe neben dem Telegramm des französischen Botschafters Laurent an den kurzzeitigen Pariser Ministerpräsidenten und Außenminister Georges Leygues in Documents diplomatiques français sur l'Allemagne 1920, hrsg. von Stefan Martens, 2 Bde., Bonn u.a. 1992 (Pariser historische Studien; 33), Nr. 511 auch das Schreiben des britischen Botschafters Edgar Vincent D'Abernon an Foreign Secretary George Curzon in DBFP 1 X, Nr. 246.

Kabinett derlei nun wiederum abzutun entschied, weil „von einer Beunruhigung der Bevölkerung durch die Ministeransprachen keine Rede sein könne“,⁶³² veranlasste die angesprochene HCITR, deren konkrete Aufgabe die Überwachung der auf 15 Jahre begrenzten interalliierten Besetzung des Rheinlands war, auf französische Initiative die eigene Autorität dadurch festzustellen und zu untermauern, dass sie für die Zukunft allen Protagonisten ähnlicher Veranstaltungen die umgehende Ausweisung androhte.⁶³³ Deutlicher hatte man gar nicht demonstrieren können, dass das Reich die nationale Souveränität über die besetzten Gebiete verloren hatte.

Wie diese kleine Episode anschaulich belegt, rang Berlin – und insbesondere die Wilhelmstraße – in den der Friedenskonferenz folgenden ‚Jahren der Unsicherheit‘ (Peter Krüger) zwar um die Entwicklung eines souveränen internationalen Auftritts, auch für die Eigendarstellung zuhause, konnte dabei aber nicht wirklich zu einer konsistenten und auf Dauer haltbaren außenpolitischen Linie finden, geschweige denn diese nach innen oder nach außen vertreten. Zu den allgemeinen Rahmenbedingungen der internationalen Ordnung fand man schlicht keinerlei belastbares Verhältnis, was vor dem Hintergrund der Langzeitfolgen der deutsch-französischen Gegnerschaft eine mehr als verfahrenere Situation schuf. Den Eindruck einer gewissen „Konzeptionslosigkeit der deutschen Außenpolitik“⁶³⁴ konnte Berlin so jedenfalls auf Dauer nicht widerlegen.

Die Gründe für die deutschen Anpassungsschwierigkeiten an die Nachkriegsordnung waren gleichwohl vielschichtig und nur zu einem Teil selbstverschuldet. Nach der revolutionären Überwindung des Kaiserreichs und der – auch durch die 14 Punkte eingeforderten – Parlamentarisierung Deutschlands, deren generelles Konfliktpotenzial mit der Einberufung der Nationalversammlung noch keineswegs überwunden war, sondern im Gegenteil in zum Teil heftigen politischen Grabenkämpfen zwischen rechts und links auf Jahre weiterschwelte,⁶³⁵ fehlte es zunächst natürlich an einer soliden inneren Basis für eine stetige und klar zuordenbare Außenpolitik.⁶³⁶ Die junge Republik, deren Existenz eigentlich permanent in Frage stand oder zumindest von einem großen Teil des politischen Spektrums in Frage gestellt wurde,⁶³⁷ war vorerst vollauf mit dem

⁶³² Siehe die Kabinettsitzung vom 07.12.1920 in AdR Fehrenbach, Nr. 130.

⁶³³ Vgl. dazu das entsprechende Schreiben des französischen Botschafters in Washington, Jean Jules Jusserand, an den Secretary of State Bainbridge Colby vom 17.12.1920 in FRUS 1920 II, S. 340f.

⁶³⁴ Gerd Meyer, Die Reparationspolitik. Ihre außen- und innenpolitischen Rückwirkungen, In: Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft, hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen, Bonn 21988 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung; 21) [1987], S. 327–342, hier S. 330.

⁶³⁵ Hierzu Heiko Bollmeyer, Der steinige Weg zur Demokratie. Die Weimarer Nationalversammlung zwischen Kaiserreich und Republik, Frankfurt am Main 2007 (Historische Politikforschung; 13) [Diss. Bielefeld 2005/2006].

⁶³⁶ Siehe dazu grundlegend Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Kap. III, hier bes. S. 77.

⁶³⁷ Die Literatur zu den antirepublikanischen Kräften des Nachkriegsdeutschlands ist Legion. Einen Überblick über die Strömungen von rechts gibt nach wie vor bes. Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus 1918–1933, München 1978 [1962], über linke Gegner der Republik klärt v.a. Riccardo Bavaj, Von links gegen Weimar. Linkes antiparlamentarisches Denken während der Weimarer Republik, Bonn 2005 (Politik- und Gesellschaftsgeschichte; 67) [Diss. 2004] auf.

Versuch einer gewissen Selbstbehauptung beschäftigt und hinsichtlich seiner knappen verfügbaren Ressourcen damit auch weitestgehend ausgelastet.⁶³⁸ Bereits bei der ersten regulären Reichstagswahl am 6. Juni 1920 verlor die sogenannte ‚Weimarer Koalition‘ – jenes Bündnis aus den sich klar zur Demokratie bekennenden Parteien SPD, Zentrum und Deutscher Demokratischer Partei (DDP), das den antimonarchischen Neuanfang ebenso verkörperte wie die Absage an eine ‚rote Revolution‘ – ihre kaum 18 Monate währende Parlamentsmehrheit. Schon hier gelang es also den in mehr oder minder klarer Opposition zum neuen Staat stehenden Kräften des linken und rechten Milieus derart an Einfluss und Wählerzuspruch zu gewinnen, dass eine Berufung stabiler Regierungen fortan ungemein schwer, wenn nicht im Grunde sogar so gut wie unmöglich wurde.⁶³⁹

Dieser Umstand erwies sich als umso folgeschwerer, als dass sich der Streit um die politische Deutungshoheit in der Republik bereits zu diesem frühen Zeitpunkt auf die Straße zu verlagern begann. Die Gewalterfahrung des Krieges war dabei ebenso wenig ohne Folgen geblieben wie längerfristig wirkende Mentalitäten und die generelle politische Radikalisierung im Zuge der russischen beziehungsweise deutschen Revolution.⁶⁴⁰ Vor allem in Verbindung mit dem ‚kommunistischen Schreckgespenst‘ einerseits und der weitreichenden Ablehnung der neuen Staatsform andererseits legten das Nachkriegssystem und seine negative Perzeption im Reich den Grundstein für eine politische Kultur, in der Straßenschlachten, Putsch-Versuche, politische Morde und die Unkontrollierbarkeit paramilitärischer Verbände wie den deutschen Freikorps aus ehemaligen Weltkriegssoldaten zunehmend die Szenerie prägten.⁶⁴¹ Man wird die Tragweite und Belastungsschwere dieser Faktoren, deren Intensität immer wieder bürgerkriegsähnliche Zustände erreichte⁶⁴² und die wohl in der Tat „auch gefestigtere Staatswesen aus dem Gleichgewicht geworfen“⁶⁴³ hätten, nicht unterschätzen dürfen bei dem Bemühen um eine Bewertung jener kaum produktiven Versuche, nach 1919 zu einer irgendwie erkennbaren außenpolitischen Linie zu kommen – zumal diese angesichts der Stimmungen und Ängste in den anderen Hauptstädten Europas weit mehr hätte sein müssen als die im Reich ungemein populäre Parole ‚Nieder mit Versailles‘.

⁶³⁸ Eine knappe Darstellung gibt u.a. Kolb, *Die Weimarer Republik*, S. 1–56.

⁶³⁹ So auch das Urteil von Büttner, *Weimar*, S. 147–152.

⁶⁴⁰ Zur Forschung vgl. Benjamin Ziemann, *Germany after the First World War – A Violent Society? Results and Implications of Recent Research on Weimar Germany*, In: *Journal of Modern European History* 1 (2003), S. 80–95.

⁶⁴¹ Dazu insgesamt Dirk Schumann, *Politische Gewalt in der Weimarer Republik. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg*, Essen 2001 (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe A: Darstellungen; 17) [Habil. Bielefeld 1998], bes. Kap. II–IV. Zur paramilitärischen Gewalt in europäischer Perspektive zudem Robert Gerwarth und John Horne, *Vectors of Violence: Paramilitarism in Europe after the Great War, 1917–1923*, In: *The Journal of Modern History* 83 (2011) 3, S. 489–512.

⁶⁴² Hierzu Heinz Hürten, *Bürgerkriege in der Republik. Die Kämpfe um die innere Ordnung von Weimar 1918–1920*, In: *Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft*, hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen, Bonn ²1988 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung; 21) [1987], S. 81–94.

⁶⁴³ Wolfram Pyta, *Die Weimarer Republik*, Berlin 2004, S. 50.

Der darin stets mitschwingende moralische Vorwurf an die Adresse der Alliierten wurde im Ausland natürlich auch dadurch nicht verträglicher – und erst recht nicht plausibler –, dass das Auswärtige Amt zum Beispiel eine Aktenedition zur Vorgeschichte des Weltkriegs in Umlauf brachte, die den deutschen ‚Rechtsstandpunkt‘ von der Unhaltbarkeit des alliierten Schuldverdikts quasi amtlich untermauern sollte.⁶⁴⁴ Ein solcher, sicherlich nicht zuletzt auch nach innen zielender Versuch, sich von den in Versailles institutionalisierten Vorwürfen gegen das Reich nachträglich ‚reinzuwaschen‘, bewirkte in Deutschland selbst zunächst einmal kaum etwas Zählbares,⁶⁴⁵ trug nach außen aber logischerweise vor allem zu einer weiteren Verkomplizierung bei. Pariser Medien werteten die deutschen Bemühungen um eine angebliche Aufklärung der Kriegsursachen konsequenterweise – und nicht ganz zu Unrecht – als pseudo-wissenschaftlichen Auftakt zu einer großangelegten revanchistischen Kampagne, an deren Ende wiederum einzig und allein die Abschüttelung der Kriegsschuld hätte stehen sollen.⁶⁴⁶ Die deutsche Politik erwies sich hier, wie auch dieses Beispiel zeigt, insgesamt als zu eindimensional. Berlin hätte bereits zu diesem frühen Zeitpunkt einsehen müssen, dass allein die „Forderung nach Revision [...] noch kein außenpolitisches Programm“⁶⁴⁷ begründete, sondern als weitestgehend unrealistischer Blick auf die europäische Ordnung in der Negation der Nachkriegs- und in der Reminiszenz an die glorreiche Vorkriegszeit verhaftet blieb. Dass die Mehrheit der Deutschen die politischen Konsequenzen des verlorenen Weltkriegs nicht zu akzeptieren bereit gewesen war – jedenfalls verstand man das in Frankreich so⁶⁴⁸ –, erwies sich für einen tatsächlichen Neustart der Republik im internationalen System, so gering die Chancen dafür eh schon waren, als höchst kontraproduktiv. Dies musste umso mehr gelten, als dass das Zurschaustellen der vermeintlichen eigenen Unbelehrbarkeit sich eben bestens in die negative Erwartungshaltung der Franzosen einpasste.⁶⁴⁹ Der bereits erwähnte Rechtspolitiker Maurice Barrès nahm das deutsche Revisionsgebaren jedenfalls öffentlich zum Anlass, um in der Pariser Abgeordnetenkammer für Deutschland nicht nur „le désarmement matériel“ zu fordern, sondern auch die Durchsetzung eines „désarmement moral“.⁶⁵⁰

⁶⁴⁴ Siehe Heinemann, *Die verdrängte Niederlage*, bes. S. 74–94 und 219f.

⁶⁴⁵ Der Leiter des Kriegsschuldreferats im AA, Regierungsrat Richard Delbrueck, schrieb im Frühjahr 1921 ernüchtert an den in der Botschaft Rom arbeitenden Friedrich von Prittwitz und Gaffron: Die erhofften Wirkungen einer entsprechenden Aufarbeitung hätten „sich nur ganz teilweise erreichen lassen. [...] Ganz übel steht es mit dem Einfluß auf die Propaganda.“ Siehe Delbrueck an Prittwitz vom 26.03.1921 in ADAP A IV, Nr. 212.

⁶⁴⁶ Vgl. Pertinax [d.i. André Géraud], *Ouverture de la campagne diplomatique. Les discours de MM. Fehrenbach et von Simons*, *L'Écho de Paris* vom 17.11.1920.

⁶⁴⁷ Heinrich Klümpen *Deutsche Außenpolitik zwischen Versailles und Rapallo. Revisionismus oder Neuorientierung?*, Münster – Hamburg 1992 (Studien zur Geschichte der Weimarer Republik; 1) [Magister], S. 2.

⁶⁴⁸ Raymond Recouly, *Les problèmes de politique étrangère*, *Le Figaro* vom 20. Januar 1920 sah als wichtigste Herausforderung der Zukunft „l'application du traité de Versailles“, da „[I]l'Allemagne ne manquerait pas d'en profiter pour violer tous les engagements qu'elle a pris.“

⁶⁴⁹ Hierzu Bariéty, *Les relations franco-allemandes après la Première Guerre Mondiale*, S. 189–192.

⁶⁵⁰ Die Rede vom 06.02.1920 ist gedruckt in Maurice Barrès, *La politique rhénane. Discours parlementaires*, Paris 1922, S. 43–60, für die Zitate S. 44.

Die hier aus deutscher Perspektive besonders augenfällig zu Tage tretenden Interdependenzen von innen- und außenpolitischen Problemen ließen freilich jedwede Ambitionen Berlins, zu einer Verbesserung der eigenen Lage oder auch nur zu deren vorübergehender Stabilisierung zu gelangen, unter einem schlechten Stern stehen. Der Friedensschluss hatte die Entfaltungsmöglichkeiten Deutschlands auf internationalem Parkett ohne Frage enorm eingeschränkt,⁶⁵¹ jedoch neigte man dort an den verantwortlichen Stellen zusätzlich noch dazu, die eigene Situation durch bestenfalls ungünstiges, oft aber auch provozierendes Verhalten weiter zu verschlimmern. Gerade die ständig Konfliktpotenzial säenden Bemühungen, auf eine Reduzierung eigener Lasten und Belastungen sowie die Rückgewinnung verlorener Souveränität hinzuwirken, wirkten im Ausland wenig vertrauenerweckend und mussten über kurz oder lang in die außenpolitische ‚Sackgasse‘ führen.⁶⁵² Der deutsche Fehler lag an dieser Stelle im Wesentlichen darin, den französischen Befürwortern einer ‚Politik der Stärke‘ gegen Deutschland durch die eigene Rhetorik und ein ungeschicktes Auftreten immer wieder neue Argumente in die Hand zu geben.

Bestes Beispiel dafür war sicherlich der geradezu plumpe Versuch des Auswärtige Amtes, nach der amerikanischen Nichtratifizierung des Versailler Vertrags Frankreich und Großbritannien doch noch zu Verhandlungen und bestenfalls gleich zur Revision einiger Punkte des just in Kraft getretenen Friedens drängen zu wollen. Ende Januar 1920 ließ Außenminister Müller den Alliierten diesbezüglich übermitteln, dass in Berlin nun Zweifel bestehen würden, inwiefern

„solche Bestimmungen des Friedensvertrags, die ihrem Inhalte nach eine Beteiligung der Vereinigten Staaten von Amerika vorsehen, ohne diese Beteiligung überhaupt ohne weiteres durchführbar sind oder wie sich diese Durchführung tatsächlich zu gestalten hat.“

Hinsichtlich der entsprechenden alliierten Kommissionen beispielsweise, die gebildet werden sollten, um die Regularien des Vertrages zu überwachen, und denen gerade mit Blick auf die vielen noch offenen Fragen des Friedens hohe Bedeutung zukam – die Grenzziehungen der Regionen Nord- und Südschleswig, Oberschlesien sowie in Teilen Ostpreußens harrten beispielsweise noch entsprechender Volksabstimmungen, zudem war die Höhe der Reparationen nach wie vor unklar –, behauptete die deutsche Außenpolitik nun allen Ernstes, dass eine fehlende Beteiligung der USA die rechtskräftige Umsetzung des Vertrages behindere. Man könne „sich indes nicht für verpflichtet halten“, so hieß es, Friedensbestimmungen nachzukommen, die „auf die Beteiligung sämtlicher gegnerischer Hauptmächte abgestellt sind“, wenn dann nicht alle diese Hauptmächte auch wirklich direkt an ihnen mitwirken. Man fühle sich stattdessen vielmehr gezwungen, nun darauf zu bestehen, dass die „Durchführung eine wesentlich andere sachliche Bedeutung gewinnen würde, wenn die Beteiligung der Vereinigten Staaten von Amerika endgültig ausgeschlossen

⁶⁵¹ Dazu auch Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 411–419.

⁶⁵² Siehe Stefan Gerber, *Aus „Versailles“ 1919 lernen?*, In: *Weimar und die Republik. Geburtsstunde eines demokratischen Deutschlands*, hrsg. von Michael Schultheiß und Julia Roßberg, Weimar 2009, S. 125–136, bes. S. 133.

wäre.⁶⁵³ Eine solche – juristisch vielleicht sogar noch nachvollziehbare, diplomatisch aber allemal abenteuerliche – Argumentation musste in Paris natürlich nicht nur auf Unverständnis und Ablehnung stoßen. Sie bestätigte eher einmal mehr jenes grundsätzlich negative Deutschlandbild, das fest vom Fortbestand einer deutschen Bedrohung ausgegangen war und das in der Folge den französischen Drang zu Unnachgiebigkeit und Entschlossenheit spürbar befeuern sollte.

Auf einen vorläufigen Höhepunkt lief diese, sich – zum Teil mit, zum Teil aber auch ohne deutsches Zutun – immer noch weiter zuspitzende Dynamik dann im April 1922 durch den Abschluss des deutsch-sowjetischen Rapallo-Vertrages, dessen geradezu schockhafte Aufnahme in der französischen Öffentlichkeit von Renata Bournazel vollkommen zu Recht als ein fundamentales ‚französisches Trauma‘ beschrieben worden ist, das zweifelsfrei einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Eskalation der deutschen-französischen Beziehungen markierte.⁶⁵⁴ Das dabei in den deutsch-russischen Vertrag ein gutes Stück weit hineininterpretierte Menetekel einer mitteleuropäischen Allianz *gegen* Frankreich – auch die militärischen Geheimbeziehungen zwischen Reichswehr und Roter Armee, über die sofort viel geschrieben und spekuliert wurde, standen vorerst noch ganz am Anfang⁶⁵⁵ – wirkte vor der gewohnten Erbfeindschaftsfolie und angesichts der negativen Erinnerung an die wohlwollende Neutralität Russlands während des Krieges von 1870/71⁶⁵⁶ auf die meisten Franzosen erneut unabhängig vom eigentlichen Inhalt der tatsächlichen Abmachung nach dem altbekannten Muster der *self-fulfilling prophecy*: In Paris sahen sich nun vor allem wieder jene Warner im Recht, die die ‚Schurkenhaftigkeit‘ der Deutschen – und auch der Russen – über all die Jahre immer wieder angeprangert hatten.⁶⁵⁷ Einmal mehr schien sich jetzt zu bestätigen, dass die französische Politik zur Wahrung ihrer eigenen Interessen in Europa die Bündnispolitik inzwischen auf die neuen Staaten im Osten- und Südosten des Kontinents ausgerichtet hatte⁶⁵⁸ und künftig notfalls eben ohne englische oder amerikanische Beteiligung aktiv gegen Deutschland vorzugehen gedachte, sofern dieses dazu irgendwie Anlass bot.⁶⁵⁹

Einen eigenen internationalen Auftritt außerhalb des Reiches zu entwickeln, war vor diesem Hintergrund natürlich ohne Frage eine außerordentlich heikle Aufgabe für Berlin. Die deutschen Regierungen mussten selbstverständlich neben den Alliierten ständig auch die enormen Rückwirkungen aller Entscheidungen und Meldungen aus dem Umfeld des verteufelten Friedensvertrages

⁶⁵³ Alle Zitate: RAM Müller an Mayer vom 30.01.1920 in ADAP A III, Nr. 23.

⁶⁵⁴ Siehe Renata Bournazel, Rapallo. Ein französisches Trauma, Köln 1976 [frz. 1974], bes. Kap. 6f.

⁶⁵⁵ Ausführlich Manfred Zeidler, Reichswehr und Rote Armee 1920–1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit, München 1993 (Beiträge zur Militärgeschichte; 36) [Diss. Frankfurt am Main 1990].

⁶⁵⁶ Hierzu Görtemaker, Deutschland im 19. Jahrhundert, S. 212.

⁶⁵⁷ So z.B. *Le Matin* vom 19.04.1922. Dort ist gleich im Titel die Rede von „la fourberie germano-bolchevik“.

⁶⁵⁸ Vgl. die Beiträge in Maurice Vaïsse (Hrsg.), *Bâtir une nouvelle sécurité: La coopération militaire entre la France et les États d'Europe centrale et orientale de 1919 à 1929. Actes du colloque de décembre 1999*, Paris 2001.

⁶⁵⁹ Dazu ausführlich Alan Sharp, *The Enforcement of the Treaty of Versailles, 1919–1923*, In: *Diplomacy & Statecraft* 16 (2005) 3, S. 423–438.

auf die eigene Öffentlichkeit berücksichtigen,⁶⁶⁰ wollten sie im Inneren zumindest eine halbwegs regierbare Situation gewährleisten. Die Suche nach Handlungsspielräumen, wie man sie in der Annäherung an Russland sehen kann, war daher sicherlich nicht vollkommen abwegig.⁶⁶¹ Andersherum erwies sich das darin stets auch erkennbare fehlende Fingerspitzengefühl im Umgang mit den Siegern ein ums andere Mal als nachteilig, mitunter sogar als gefährlich: Vor allem in Paris musste jeder deutsche Versuch zur Etablierung eines selbstbewussten eigenen außenpolitischen Standpunkts – innere Stabilisierungsabsichten hin oder her – weitere Missgunst säen, jedenfalls solange Berlin den Versailler Vertrag in Form und Inhalt nicht vollends akzeptierte. Es bleibt zwar hypothetisch, ob ein solches Bekenntnis und eine entsprechende ernsthaft betriebene Erfüllungspolitik den Gang der Dinge hätte ändern können oder aber ob dies die deutsche Leistungsfähigkeit bis zum staatlichen Zusammenbruch strapaziert hätte.⁶⁶² Das ‚Friedensdiktat‘, für dessen bloße Existenz im Reich natürlich schon allein die Unterzeichnungszeremonie als ausreichender Beweis galt, jedoch zum alleinigen Thema einer Weimarer Außenpolitik zu machen, dies konnte die Nachkriegsbeziehungen nur belasten – mehr vielleicht, als es angesichts der ohnehin begrenzten deutschen Möglichkeiten angebracht gewesen wäre. So wurde eine (Re-)Integration Deutschlands in die europäische Politik nicht nur erschwert, sondern so gut wie unmöglich.

Die hier anklingende Kritik trifft nicht nur die Berliner Haltung zum geächteten Friedensvertrag und dessen angeblich infamer ‚Kriegsschuldfrage‘,⁶⁶³ sondern auch den deutschen Umgang mit dem nicht minder unpopulären neuen Staat, den man – ständig der Weltkriegsniederlage gewahr, aus der er entstanden war – in der Regel als quälendes, zum Teil auch von außen aufoktroiertes Spiegelbild der „nationalen Demütigung“⁶⁶⁴ anzusehen schien. Die zum politischen Selbstverständnis der Weimarer Zeit herangereifte Allzweckforderung nach Überwindung des Versailler System stellte in letzter Instanz auch die Existenzberechtigung der Republik als solche in Frage, weil sie ihre Motivation und Rechtfertigung wesentlich aus dem vormaligen Selbstverständnis Deutschlands als internationaler *big player* bezog.⁶⁶⁵ Diese konflikträchtige Perspektive mit Blick auf die faktischen Realitäten nun zu verlassen – also den vorläufigen Ausschluss Berlins

⁶⁶⁰ So Wolfgang Elz, Versailles und Weimar, In: Aus Politik und Zeitgeschichte 50–51/2008, S. 31–38, bes. S. 33f.

⁶⁶¹ Siehe dazu Niels Joeres, Forschungsbericht Rapallo. Zeitgeschichte einer Kontroverse, In: Francia 34/3 (2007), S. 103–126.

⁶⁶² Eine Debatte, die auch die Historiographie nach vielen Jahrzehnten noch nicht abschließend beantworten konnte: Während z.B. Gerald D. Feldman, *The Great Disorder. Politics, Economics, and Society in the German Inflation 1914–1924*, Oxford u.a. 1997 [1993], v.a. Part IV im Wesentlichen davon ausging, dass die alliierten Forderungen eigentlich unerfüllbar blieben, hat Niall Ferguson, *Constraints and Room for Manoeuvre in the German Inflation of the Early 1920s*, In: *The Economic History Review* XLIX (1996) 4, S. 635–666 zu zeigen versucht, dass die Deutschen mit einer anderen Politik zumindest den frühen, noch etwas gemäßigeren Forderungen nachkommen hätten können.

⁶⁶³ Hierzu auch Winkler, Weimar, Kap 4.

⁶⁶⁴ Andreas Wirsching, *Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft*, München 2000 (Enzyklopädie deutscher Geschichte; 58), S. 88.

⁶⁶⁵ Siehe Salewski, *Das Weimarer Revisionssyndrom*, S. 20–22.

aus dem Kreis der Großmächte zu akzeptieren, um dann neue Handlungsspielräume aufzutun –, sollte ein langwieriger und innenpolitisch schwieriger Prozess werden, in dessen Verlauf zunächst jedoch innen- wie außenpolitisch vor allem neues Streitpotenzial anfiel und der europäische Frieden mindestens einmal auf Messers Schneide stand.

1.3. ‚Wir leben nicht im Frieden, sondern in einer eigentümlichen Form des Krieges vor dem Kriege‘: Das Scheitern der Politik und die Funktionskrise der Diplomatie

Am 22. November 1922 beklagte Jacques Rivière, der später durch seinen autobiographischen Bericht über die Zeit in deutscher Kriegsgefangenschaft berühmt gewordene Chefredakteur der *Nouvelle revue française*,⁶⁶⁶ dass es den handelnden Politikern seiner Zeit grundsätzlich am „volonté de refaire une Europe“ fehlen würde: „[J]ustement nous sommes arrivés à un point où, si le problème européen est abandonné, ne fût-ce qu’un instant, il risque de se résoudre tout seul, et par une catastrophe.“⁶⁶⁷ In dieser Einschätzung nachträglich bestätigt durch die Eskalation des „monstrueux problème franco-allemand“⁶⁶⁸ während der Ruhrbesetzung, wurden Rivières kritische Töne wiederaufgegriffen vom deutschen Schriftsteller Heinrich Mann, aus dessen Sicht die bisher beschriebenen Entwicklungen des 19. und 20. Jahrhunderts vor allem eines zeigten: dass es sich hauptsächlich um „psychologische Fehler“ gehandelt hatte im Verhältnis zwischen Deutschen und Franzosen. Diese Fehler, so schob er nach, seien damit gleichbedeutend „die schwersten“⁶⁶⁹ gewesen, derer man sich überhaupt hätte schuldig machen können.

Auch wenn die in derlei Statements anklingende Betonung mentalitätsgeschichtlicher Belastungsfaktoren für die Beziehungen zwischen Paris und Berlin manchem Historiker heute als eine etwas zu einseitige Erklärung für die Problemgemengelage nach 1918/19 erscheinen dürfte, geht man ganz sicher nicht völlig fehl in der Annahme, eben genau solche, letztlich auch psychologischen Dispositionen im bilateralen Umgang dafür mitverantwortlichen zu machen, dass es nach den vielen Jahrzehnten der Erbfeindschaft und angesichts der großen Anzahl ungelöster Fragen und Konflikte im Anschluss an den Ersten Weltkrieg zunächst in keinem der beiden Länder – und damit eigentlich auch in keinem anderen – ein belastbares außenpolitisches Friedenskonzept gegeben hat. Das teilweise selbst erlebte, teilweise auch von vorherigen Generationen übernommene Kollektivbewusstsein eines quasi unwiderruflichen Dualismus zum Rheinnachbarn erreichte für die breite Masse der deutsch-französischen Zeitgenossen sicherlich spätestens mit den Pariser Vorortverträgen – für manche wohl auch schon beim deutschen Angriff 1914, für wieder andere bereits mit der Reichsgründung am 18. Januar 1871 – eine unausweichliche Schicksalhaftigkeit, die das historiographisch minutiös ausgearbeitete „Scheitern der Nachkriegspolitik

⁶⁶⁶ Zu Rivière siehe einführend Wolfgang Schlott, „Der Deutsche“ von Jacques Rivière. Eine Analyse deutschen Denkens und Handelns unter der existentiellen Erfahrung des Ersten Weltkriegs, In: *Krieg beginnt in den Köpfen. Literatur und politisches Bewusstsein*, hrsg. von Carl-Heinrich Bösling u.a., Göttingen 2011 (Erich Maria Remarque Jahrbuch; 21), S. 19–31.

⁶⁶⁷ Jacques Rivière, *La Chute de Lloyd George*, In: Ders., *Une conscience européenne 1916–1924*, hrsg. von Yves Rey-Herme unter Mitarbeit von Alain Rivière und Bernard Melet, Paris 1992, S. 184–190, hier S. 188.

⁶⁶⁸ Ders., *Pour une entente économique avec l’Allemagne*, In: Ebd., S. 203–214 [zuerst 01.05.1923], hier S. 204.

⁶⁶⁹ Heinrich Mann, *Noch ein Krieg mit Frankreich. Antwort nach Frankreich, Juni 1923*, In: Ders., *Sieben Jahre. Chronik der Gedanken und Vorgänge. Essays*, hrsg. von Peter-Paul Schneider, Frankfurt am Main 1994, S. 117–127 [zuerst: 1923], hier S. 117.

bis 1923⁶⁷⁰ nicht nur wesentlich unterstützte, sondern mithin ursächlich bedingte. Weil als quasi ‚natürliches Faktum‘ weitestgehend unwidersprochen in beiden Gesellschaften, minimierte der flächendeckende Glaube an die Unausweichlichkeit des ‚l’antagonisme franco-allemand‘⁶⁷¹ – erst recht nach Versailles – die Chancen zur Durchsetzung einer all diesen Tendenzen entgegengesetzten Politik der Annäherung oder gar Verständigung nachhaltig.⁶⁷² Für Heinrich Mann hieß das 1923: „Die Ruhrbesetzung erscheint so sehr als schlimme Folge schlimmer Umstände, daß jeder zu glauben versucht ist, sie könne nur noch mehr Unheil nach sich ziehen.“⁶⁷³

Verdeutlicht man sich vor dem Hintergrund dieser Aussage noch einmal die ganz zu Beginn dieses Kapitels zitierten Reaktionen anderer Zeitgenossen auf den französisch-belgischen Einmarsch ins Ruhrgebiet – die Forderung Gerhard Ritters nach ‚Kriegspistol und Stahlhelm‘ beispielsweise –, so wird das konfliktträchtige Spannungsverhältnis innerhalb der deutschen Nachkriegsgesellschaft offensichtlich zwischen dem, was einige Historiker später den ‚Gestaltungsoptimismus‘ der Weimarer Republik nannten,⁶⁷⁴ und dem, was andere als ‚panikartige Endzeitstimmung‘ beschrieben haben.⁶⁷⁵ Die Gegenüberstellung beider Wahrnehmungsextreme und der damit verbundenen Denkweisen – ‚Machbarkeitswahn‘ auf der einen und ‚Untergangsangst‘ auf der anderen Seite – ist mittlerweile selbst zu einem gängigen, wenn nicht unter dem gern verwendeten Terminus ‚Janusköpfigkeit der Moderne‘ sogar schon *klassisch* zu nennenden Narrativ besagter Periode geworden.⁶⁷⁶ Mit Blick auf die Perzeption des internationalen Systems und in Anbetracht der Handlungsanleitungen, die viele Akteure aus diesen Wahrnehmungen zogen, ist jedoch bei beiden Anschauungen eine gewisse Destruktivität unverkennbar. In einer Art „Konkurrenz um den Zeitgeist“⁶⁷⁷ standen jenen deutschen Pessimisten, die davon überzeugt waren, dass ihr

⁶⁷⁰ Blessing, *Der mögliche Frieden*, S. 70.

⁶⁷¹ Dazu ausführlich Stéphanie Krapoth, *L’antagonisme franco-allemand de 1918 jusqu’au traité de l’Élysée. Opposition irréductible ou réflexe culturel?*, In: *Les relations culturelles internationales au XXe siècle. De la diplomatie culturelle à l’acculturation*, hrsg. von Anne Dulphy u.a., Brüssel 2010 (*Enjeux internationaux*; 10), S. 611–620.

⁶⁷² So auch Hüser, *Selbstfindung durch Fremdwahrnehmung in Kriegs- und Nachkriegszeiten*, S. 77: „Das Grundproblem blieb bestehen: das Nicht-Anerkennen(-Wollen) des Anderen auf der Basis machtpolitischer Gleichrangigkeit. Was nach dem Krieg 1870/71 für das Bismarcksche Kaiserreich gegenüber Frankreich galt, kehrte sich 1918 um und reduzierte die Erfolgsaussichten direkter Vorstöße, die auf mehr Verständigung zielten.“

⁶⁷³ Mann, *Noch ein Krieg mit Frankreich*, S. 118.

⁶⁷⁴ Vgl. Rüdiger Graf, *Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaneignungen in Deutschland 1918–1933*, München 2008 (*Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit*; 24) [Diss. HU Berlin 2006].

⁶⁷⁵ Siehe u.a. Richard Bessel, *Die Krise der Weimarer Republik als Erblast des verlorenen Krieges*, In: *Zivilisation und Barbarei. Die widersprüchlichen Potentiale der Moderne. Detlev Peukert zum Gedenken*, hrsg. von Frank Bajohr, Werner Johe und Uwe Lohalm, Hamburg 1991 (*Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte*; 27), S. 98–114 sowie die älteren Beiträge in Gérard Raulet (Hrsg.), *Weimar ou l’explosion de la modernité*, Paris 1984. Speziell zu Intellektuellenkreisen – einem Lieblingsthema vieler Historiker der Zwischenkriegszeit – auch Dagmar Barnouw, *Weimar Intellectuals and the Threat of Modernity*, Bloomington – Indianapolis 1988.

⁶⁷⁶ Hierzu neben Peter Fritzsche, *Landscape of Danger, Landscape of Design. Crisis and Modernism in Weimar Germany*, In: *Dancing on the Volcano. Essays on the Culture of the Weimar Republic*, hrsg. von Thomas W. Kniesche und Stephen Brockmann, Columbia 1994, S. 29–40 auch Eric D. Weitz, *Weimar Germany. Promise and Tragedy*, Princeton und Oxford 2007.

⁶⁷⁷ Detlev J.K. Peukert, *Max Webers Diagnose der Moderne*, Göttingen 1989 (*Kleine Vandenhoeck-Reihe*; 1548), S. 57.

Staat innen- wie außenpolitisch in eine desolante Lage geraten war, und die die Unfähigkeit der Politik – zumindest der parlamentarischen –, dafür Problemlösungen anzubieten, als erwiesen und ihre eigene Situation folglich als ausweglos erachteten,⁶⁷⁸ geradezu unverbesserliche Optimisten entgegen, die zunächst zwar zu einer ähnlich negativen Bestandsaufnahme tendierten, jedoch hofften, dass man durch einen festen *Glauben*, eine mutige *Tat* oder eine nationale *Aktion* die Verhältnisse schon wieder zurechtrücken können würde. Versagten erstere der jungen Republik von Anfang an die eigentlich so sehr benötigte Rückendeckung im Kampf um die Legitimation des neuen Staates, erwiesen sich letztere vor allem dadurch als Belastung, dass sie einer außenpolitischen Abenteuer-Agenda das Wort redeten, nach der Deutschland sich zur Not eben selbst befreien müsse aus seiner misslichen Lage: etwa indem man – wie Ritter es plastisch ausdrückte – „das feige Diebesgesindel herauswerfen“ würde aus dem Reich.

Diesem konkreten ‚Gestaltungsoptimismus‘ Weimarer Prägung, der einen Staat forderte, der auf internationaler Bühne „handelt, nicht bloß einen, der duldet“,⁶⁷⁹ konnte, wie gezeigt, vor dem Hintergrund sich parallel manifestierender außenpolitischer Haltungen in den anderen europäischen Ländern natürlich zu keinem Zeitpunkt irgendeine Problemlösungskompetenz zugesprochen werden. Er erwies sich neben den großen innenpolitischen Schwierigkeiten, die er mit sich brachte, letztlich eher als Weitertradierung einer gewissen ‚Schicksalsbegeisterung‘ – ein Begriff, den Heinrich Manns jüngerer Bruder Thomas nach Friedensschluss anstelle der vormaligen ‚Kriegsbegeisterung‘ für sich geltend machen wollte⁶⁸⁰ – und damit als zusätzlicher Ballast für die ohnehin angespannte Lage. In Frankreich beispielsweise ließ sich die Beibehaltung kriegerischer Denkweisen in der eigenen Bevölkerung nicht zuletzt dadurch enorm begünstigen,⁶⁸¹ dass man mithilfe von nachrichtendienstlichem Material konkrete Informationen darüber streute, wie aggressiv im Reich gegen die Nachkriegsordnung gewettert wurde oder wie feindlich man über die deutsch-französischen Beziehungen sprach.⁶⁸²

Eindrücklichster Beleg dieser sich aus Pariser Perspektive erneut selbsterfüllenden Prophezeiung waren wohl die deutschen Reaktionen auf die Rückkehr Raymond Poincarés in das Amt des Ministerpräsidenten und Außenministers am 15. Januar 1922. Während Kanzler Joseph Wirth (Zentrum) vor dem Reichstag mit Resignation von der Vergeblichkeit der eigenen Situation

⁶⁷⁸ Hierzu z.B. Feldman, *The Great Disorder*, Kap. 12.

⁶⁷⁹ Ritters Rede in Weinheim vom 20.01.1923, hier erneut zit. nach.: Cornelißen, Gerhard Ritter, S. 103f.

⁶⁸⁰ Vgl. Thomas Mann, *Das Problem der deutsch-französischen Beziehungen*, In: Ders., *Essays II 1914–1926*, hrsg. von Hermann Kurzke, Frankfurt am Main 2002 (Große kommentierte Frankfurter Ausgabe: Werke, Briefe, Tagebücher; 15.1), S. 445–468, hier S. 450.

⁶⁸¹ Dazu Olivier Lahaie, *Le renseignement militaire français dans l'Allemagne d'après-guerre (mai 1919 – mars 1920): à la recherche d'une nouvelle sécurité*, In: *Revue historique des armées* 256 (2009), S. 32–42.

⁶⁸² Siehe Beaupré, *Das Trauma des großen Krieges 1918–1932/33*, S. 57f. Einen Einblick in die mitunter positiveren Haltungen Intellektueller während dieser Debatte gibt Volker Steinkamp, *Die Europa-Debatte deutscher und französischer Intellektueller nach dem Ersten Weltkrieg*, Bonn 1999 (Zentrum für Europäische Integrationsforschung Discussion Paper; C 49).

sprach, so „als ob wir in Frankreich tauben Ohren gepredigt hätten und als ob man uns dort nicht hören will“,⁶⁸³ schrieb der Herausgeber der in konservativen Kreisen durchaus zentralen Zeitschrift *Gewissen*,⁶⁸⁴ Eduard Stadtler, dass offenbar immer noch allein die altbekannte „Angst-Haß-Hysterie“ Frankreichs Geschicke lenken würde. Poincaré sei in Wahrheit derjenige,

„der den Weltkrieg gegen Deutschland gewollt hat, der Mann, der ihn systematisch vorbereitete. Der Mann, der dieser ‚Schuld am Kriege‘ mehr und mehr [...] überführt wurde. Der Mann, dem der Friedensvertrag von Versailles nicht weit genug ging. Der Mann, der heute nur in die Zerstörung des Deutschen Reiches, an den Ruin der deutschen Nation denkt. Der Mann, der mit hysterischer Eitelkeit die Brandfackel auf den Trümmern Europas schwingt, um den Ruhm eines großen Franzosen davonzutragen“.

Selbst ohne den konkreten Bezug zur Ruhrbesetzung, die ja erst ein Jahr später erfolgte, schloss sich schon diesem Passus sodann der spezifische ‚Gestaltungsoptimismus‘ an: Die Deutschen

„werden der Krise beikommen, wenn sie in ihr und über ihr zugleich stehen, als *Tatmenschen*. Sie werden das deutsche Chaos – das schon seiende und das noch kommende – bewältigen, wenn sie gegen die Erschöpfung ihren Schöpfungswillen setzen.“⁶⁸⁵

In Frankreich erblickte man in solcher Rhetorik und in den persönlichen Angriffen auf Poincaré freilich nur einmal mehr die deutschen „intentions de résistance et de revanche“.⁶⁸⁶ Antideutsche Ressentiments sahen sich bestätigt. Auch wenn die Geschichtswissenschaft der letzten Jahre sich verdienstvollerweise darum bemüht hat, Persönlichkeiten wie Poincaré aus der streng germanophoben Ecke herauszuholen, in die sie von der damaligen Reichsöffentlichkeit und späteren Historikergenerationen gestellt worden sind,⁶⁸⁷ kann insgesamt kein Zweifel bestehen, dass die ständige Herausforderung der Nachkriegsordnung – war sie nun immer real intendiert von den Deutschen oder manchmal auch nur rezipiert beziehungsweise generalisiert von den Franzosen – vor allem jenen Kräften in die Karten spielte, die den alten nationalen Konsens der Abgrenzung zum ‚barbarischen Deutschland‘ in die Nachkriegszeit übertragen wollten.⁶⁸⁸

Natürlich gilt auch an dieser Stelle nichtdestotrotz, dass die historische Entwicklung bis hin zur Ruhrbesetzung deshalb noch keineswegs unaufhaltsam gewesen wäre. Vor dem Hintergrund des mangelnden politischen Willens zur gegenseitigen Verständigung ist jedoch ebenso unbestreitbar, dass die fortdauernde Präsenz der deutsch-französischen Erbfeindschaft einen sehr wesentlichen Beitrag dazu geleistet hat, dass die europäischen Nachkriegsprobleme nicht einmal in Ansätzen einer allgemeinverträglichen Lösung zugeführt werden konnten, sondern als ständig

⁶⁸³ So Wirth am 26.01.1922 in Reichstagsprotokolle, Bd. 352, S. 5559 C.

⁶⁸⁴ Zur Zeitschrift und ihrer Bedeutung Claudia Kemper, Das „Gewissen“ 1919–1925. Kommunikation und Vernetzung der Jungkonservativen, München 2011 (Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit; 36) [Diss. Hamburg 2009].

⁶⁸⁵ Eduard Stadtler, Was nun?, *Gewissen* vom 16.01.1922 [Hervorhebung von mir, P.K.].

⁶⁸⁶ A. de Guiller ville, Contre le traité de Versailles, *Le Temps* vom 25.01.1922.

⁶⁸⁷ Hierzu v.a. Keiger, Raymond Poincaré, S. 274f.

⁶⁸⁸ Siehe Jean-Jacques Becker und Serge Berstein, *Victoire et frustrations 1914–1929*, Paris 1990 (Nouvelle histoire de la France contemporaine; 12), S. 196.

präsen­ter Kontext in eine schlussendlich „derart verfahren­e Lage in der europä­ischen Politik“ einmündeten, „daß kaum noch realistische Auswege blieben und der politische Handlungsspielraum der Regierenden bedenklich eingeengt war“;⁶⁸⁹ sofern diese jenen mit nationalistischer Rhetorik nicht schon selbst zur Genüge beschnitten hatten. Einen solchen Spielraum hätte es aber gleichwohl zweifelsfrei gebraucht, um wenigstens zu punktuellen Fortschritten oder gar einer grundsätzlichen Annäherung beider Seiten zu kommen.

Das Inkrafttreten des Versailler Vertrags am 10. Januar 1920 hatte dieses Manko nicht behoben, sondern im Gegenteil eher noch deutlicher herausgearbeitet: Der völkerrechtliche Friedensschluss hatte mit dem darüber hinaus so dringend benötigten ‚mentalen Friedensschluss‘ (Jost Dülffer) nichts gemein. Spätestens der französisch-belgische Einmarsch in die Gebiete an der Ruhr fast auf den Tag genau drei Jahre später zeugte stattdessen von der geradezu alltäglichen Gefahr, dass der „Krieg im Frieden [...] wieder zum Krieg umzuschlagen“⁶⁹⁰ drohte. An kaum einem Ort waren diese Eskalationsdynamik und die entsprechende Krisen- respektive Katastrophenerwartung in jener Zeit wohl deutlicher zu spüren als in Paris.

Mit dem angesprochenen 10. Januar 1920 war aber zunächst einmal der Weg frei geworden für die formale Wiederaufnahme bilateraler Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich. An prominentester Stelle stand dabei natürlich die Neubesetzung der gegenseitigen Botschaftsposten, die bei Kriegsbeginn abgezogen worden waren. Während die französische Regierung, um wieder einen Kontaktmann vor Ort zu haben, bereits im Frühjahr 1919 den vormalig in Berlin lehrenden Romanistikprofessor Émile Haguenin unter dem Deckmantel einer „mission d’information en vue de ravitaillement éventuel de l’Allemagne“⁶⁹¹ halboffiziell zurück an seine alte Wirkungsstätte entsandt hatte und darüber hinaus schon im Oktober desselben Jahres mit Henri Chassain de Marcilly einen regulären Vertreter für das Reich designieren konnte,⁶⁹² gestaltete sich im Auswärtigen Amt die Suche nach möglichem diplomatischem Personal vergleichsweise schwierig. Dem Umstand, dass man parallel gleich mehrere heikle Auslandsmissionen in ehemaligen ‚Feindstaaten‘ zu besetzen hatte, stand die Tatsache gegenüber, dass man keineswegs über einen unerschöpflichen Pool an geeigneten Kandidaten verfügte. Zudem galt es, mit Rücksicht auf das Ausland möglichst Persönlichkeiten zu benennen, die nicht allzu exponiert mit dem alten

⁶⁸⁹ Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, S. 183.

⁶⁹⁰ Dülffer, Versailles und die Friedensschlüsse des 19. und 20. Jahrhunderts, S. 33.

⁶⁹¹ Siehe Peter Claus Hartmann, Die Mission Haguenin im Frühjahr 1919. Ein schwieriges Kapitel deutsch-französischer Beziehungen, In: Internationale Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Winfried Baumgart zum 65. Geburtstag, hrsg. von Wolfgang Elz und Sönke Neitzel, Paderborn u.a. 2003, S. 217–228.

⁶⁹² Hierzu und zum Folgenden v.a. Jean-Claude Allain, Le rétablissement des relations diplomatiques franco-allemandes après les deux guerre mondiales, In: Nachkriegsgesellschaften in Deutschland und Frankreich im 20. Jahrhundert, im Auftrag des Deutsch-Französischen Historikerkomitees hrsg. von Ilja Mieck und Pierre Guillen, München 1998, S. 233–250, bes. S. 236–243.

Wilhelminismus in Verbindung gebracht werden konnten. Ministerialdirektor Edmund Schüler, Organisator der nach ihm benannten Reform des Ministeriums,⁶⁹³ hatte bei seinen Bemühungen um die Gewinnung von außenstehenden Fachleuten aus der Geschäftswelt für den Auswärtigen Dienst zu allem Überfluss zahlreiche Absagen hinnehmen müssen, da viele potenzielle Kandidaten nach Kriegsende natürlich zunächst wieder in ihre Unternehmen beziehungsweise in die durch die Umsetzung der Waffenstillstands- respektive Friedensbestimmungen erschwerte Umstellung zurück zur Friedenswirtschaft eingebunden waren.⁶⁹⁴ Die hier eigentlich von außen erhofften Impulse zur überfälligen Neuorientierung des außenpolitischen Apparates durch einen strukturell begleiteten und personell unterfütterten Bewusstseinswandel – weg vom alten Großmachtgehabe des Kaiserreichs hin auch zu einer Ausrichtung auf die neuen Realitäten und Herausforderungen der zunehmend verflochtenen und industrialisierten Nachkriegswelt – drohten somit gewissermaßen schon in ihren Anfängen stecken zu bleiben.⁶⁹⁵

Der erfahrene schwäbische Reichstagsabgeordnete Wilhelm Mayer, Jahrgang 1874 und seit deren regionaler Abspaltung vom Zentrum 1918 Mitglied der Bayrischen Volkspartei (BVP) sowie im Kabinett Bauer Reichsschatzminister, verfügte als Aufsichtsratsmitglied der Kaliindustrie AG und des Kalisyndikats zwar auch über die besonders gern gesehenen Kontakte zur Industrie,⁶⁹⁶ war aber bei seiner Berufung zum ersten deutschen Geschäftsträger für die wiedereröffnete Botschaft in Paris durch Reichspräsident Ebert am 19. Januar 1920 gleichwohl eine auf den ersten Blick überraschende Personalentscheidung. Abgesehen davon, dass er in Berliner Kreisen selbst offenbar großes Ansehen genoss und für die vakante Stelle in der französischen Hauptstadt frei war – zu Jahresbeginn zerstritten sich Zentrum und BVP und kündigten ihre parlamentarische Zusammenarbeit auf, was Mayers Ausscheiden aus dem Ministeramt in Aussicht stellte⁶⁹⁷ –, hatte sich die Auswahl des Juristen mit Niederlassung in München nicht unbedingt aufgedrängt. Immerhin sprach er fließend französisch, war jedoch in den Kriegsjahren vor allem als nationalpatriotischer Reichstagsredner in Erscheinung getreten, der sich von der üblicherweise hart anti-französischen Tonart der Zeit nicht wirklich unterschieden hatte. Es entbehrte insofern nicht

⁶⁹³ Dazu v.a. Kurt Doß, *Das deutsche Auswärtige Amt im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Die Schülersche Reform*, Düsseldorf 1977 [Diss. Köln 1976] und Paul Gordon Lauren, *Diplomats and Bureaucrats. The First Institutional Responses to Twentieth-Century Diplomacy in France and Germany*, Stanford 1976.

⁶⁹⁴ Siehe Doß, *Das deutsche Auswärtige Amt im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik*, bes. S. 276–286.

⁶⁹⁵ Vgl. auch Peter Krüger, *Die deutschen Diplomaten in der Zeit zwischen den Weltkriegen*, In: *Eliten in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert*, im Auftrag des Deutsch-Französischen Historikerkomitees hrsg. von Rainer Hudemann und Georges-Henri Soutou, 2 Bde., München 1994–1996, Bd. 1: *Strukturen und Beziehungen*, S. 281–291, v.a. S. 284.

⁶⁹⁶ Hierzu – wenn auch unter Angabe von falschen Jahreszahlen bei den politischen Ämtern Mayers – Hans-Heinz Emons, *Die Kaliindustrie – Geschichte eines deutschen Wirtschaftszweiges?*, In: *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät* 49 (2001) 6, S. 5–73, bes. S. 26.

⁶⁹⁷ Dazu ausführlich Rudolf Morsey, *Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923*, Düsseldorf 1966 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; 32) [Habil. Bonn 1965], S. 283.

einer gewissen Ironie – und könnte einmal mehr als Beleg für das nur schwach ausgeprägte Fingerspitzengefühl der damaligen deutschen Außenpolitik herangezogen werden –, dass der erste deutsche *charge d'affaires* im Nachkriegs-Paris, für den es natürlich ganz wesentlich um die in ihrer Höhe noch offenen Reparationen und dergleichen gehen musste, selbst noch 1917 seiner festen Überzeugung Ausdruck verliehen hatte, dass die deutsche (!)

„Forderung nach einer vollen Kriegsentschädigung bei diesem frivolen Angriffs-, Einkreisungs- und Vernichtungsfeldzug, den unsere Feinde jetzt schon im dritten Jahre gegen uns führen, nach allen Regeln des Rechts und der Moral fest begründet ist.“

Mayer hatte es während des Krieges noch als selbstverständliche Überlegung angesehen, dass die Festsetzung einer Reparationspflicht gleichzeitig als Sicherheitsmechanismus für den Sieger dienen müsse. Dies wäre, so hatte er betont, doch schon im Sinne des Friedens absolut legitim:

„Wir sehen auch in einer ausgiebigen Kriegsentschädigung eine der besten Schutzwehren gegen die Wiederholung eines derartigen Krieges, [...] und eines der besten Mittel, um es unseren Feinden dauernd zu verleiden, uns noch einmal in ähnlicher Weise zu überfallen.“⁶⁹⁸

Es überrascht wenig, dass Mayer einer solchen Logik nach dem verlorenen Krieg nicht mehr zuneigte, als sie beinahe wortgleich von den Alliierten und hier vor allem von den Franzosen ins Feld geführt wurde. Stattdessen argumentierte er nun in die entgegengesetzte Richtung und richtete Anfang 1919 einen vorgeblichen Vernunftappell an die ‚großen Vier‘:

„Wir hoffen, daß nunmehr bald die Verhandlungen zum *wirklichen* Frieden beginnen. Dabei werden sich [...] unsere Feinde sagen müssen, daß es sich bei allen in Betracht kommenden wirtschaftlichen Abmachungen um volkswirtschaftliche Zusammenhänge mit unabsehbaren Folgen handelt, die nur der Wirtschaftspolitiker, nicht der Militär allein, überblicken kann.“⁶⁹⁹

Dass französische Politik und Öffentlichkeit im Umfeld der Versailler Konferenz für sich eigentlich nur das in Anspruch nahmen, was Mayer selbst zwei Jahre zuvor unter veränderten Vorzeichen als natürliches Recht eines siegreichen Deutschlands angesehen hatte, erschien diesem jetzt keineswegs mehr als angemessen, sondern als offenkundig militaristisch unterfüttertes Kriegszielprogramm, dem das nötige Verständnis für die eigentlichen ökonomischen Implikationen abging. So schnell konnten sich Perspektiven und Überzeugungen ändern.

In seiner Funktion als Reichsschatzminister war Mayer seit Sommer 1919 nun mit genau diesen wirtschaftlich-finanziellen Auswirkungen des Friedensvertrags beschäftigt gewesen. Insofern erscheint seine Nominierung für den Pariser Posten ein halbes Jahr später, die auch die eigentlich stets gut informierte Presse etwas überraschte,⁷⁰⁰ zumindest vom technischen Aspekt her nicht

⁶⁹⁸ Rede Mayers vom 01.03.1917 in Reichstagsprotokolle, Bd. 309, S. 2449 B–C.

⁶⁹⁹ Rede Mayers vom 19.02.1919 in Reichstagsprotokolle, Bd. 326, S. 184 D [Hervorhebungen von mir, P.K.].

⁷⁰⁰ Laut *Vossischer Zeitung Abendausgabe* vom 16.01.1920 „war seit längerer Zeit mit einer ganzen Reihe von anderen Persönlichkeiten verhandelt worden, bis plötzlich, offenbar in parlamentarischen Kreisen, der Gedanke auftauchte, die nunmehr freie Arbeitskraft des Reichsministers in Paris zu verwenden.“

gänzlich unvernünftig gewesen zu sein. Die Franzosen selbst witterten jedoch offenbar eine Fortführung der in ihren Augen schon bis dato eher fragwürdigen deutschen Personalpolitik. In Mayer erblickten sie – wie bei Brockdorff-Rantzau zuvor in Versailles – eher den Protagonist des alten Systems, denn den Hoffnungsträger für einen Neuanfang. Seinen ersten Auftritt bei der französischen Regierung quittierte die Pariser Öffentlichkeit daher auch äußerst reserviert, die örtlichen Zeitungen formulierten trocken: „Il n’y a eu aucune espèce de solennité.“⁷⁰¹ Ähnlich distanziert zeigte sich die verantwortliche Politik. Mayers Antrittsbesuch beim Ministerpräsidenten und Außenminister Alexandre Millerand, der dank des Wahlerfolgs seines nicht zuletzt gegen Deutschland gerichteten *Bloc national* aus Parteien der Mitte und Rechten Clemenceaus Nachfolger geworden war,⁷⁰² verlief kühl, ja beinahe frostig. Die eigentlich obligatorische Einladung zur Aufwartung beim damaligen Staatspräsidenten Poincaré blieb demonstrativ aus.⁷⁰³

Das hatte, wie bereits erwähnt, nicht nur damit zu tun gehabt, dass weite Teile der französischen Bevölkerung und Regierung unverändert überzeugt geblieben waren, dass von den Deutschen noch immer nichts Gutes zu erwarten sei und man sich daher erst gar nicht auf Gespräche mit ihnen einzulassen brauchte. Es hatte ferner vor allem auch mit jenem Eindruck korreliert, den die deutsche Außenpolitik in den ersten Nachkriegsmonaten selbst abgab – und in den sich Mayer nun bestens einzufügen schien. *Le Matin* zitierte aus dem ersten Aufeinandertreffen mit Millerand beispielhaft jenen geradezu typischen Tenor des größtenteils gänzlich unproduktiven deutsch-französischen Nachkriegsdiskurses: Während der deutsche Vertreter zunächst unterstrich, es sei „son plus vif désir [...] de contribuer par ses efforts au rétablissement aussi prompt que possible des relations normales entre les deux pays“, gab Millerand floskelhaft zu verstehen, dass eine solche Wiederaufnahme ‚normaler‘ Beziehungen natürlich auch in seinem und überhaupt in Frankreichs Interesse läge, jedoch „la mauvaise volonté de l’Allemagne à exécuter certaines clauses du traité constituait un sérieux obstacle.“ Mayer hielt diesem kaum verdeckten Vorwurf gegen die bisherige deutsche Haltung zum Versailler Vertrag wiederum entgegen, dass

„la bonne volonté allemande était indiscutable, mais que pour certaines stipulations, comme la livraison des coupables, son gouvernement avait les difficultés matérielles et morales à se faire obéir.“⁷⁰⁴

Im Rückblick erscheint es mehr als zweifelhaft, ob das Infragestellen eines derart zentralen Punktes des gerade erst in Kraft getretenen Friedensvertrages – wie hier der Frage einer etwaigen Auslieferung deutscher Kriegsverbrecher – beim ersten offiziellen bilateralen Gespräch diplomatischem Geschick entsprang oder ob es sich dabei nicht eigentlich eher um genau das Gegenteil

⁷⁰¹ *Le Petit Parisien* vom 30.01.1920.

⁷⁰² Zu Millerand und seinem Blick auf Deutschland Frano Ilić, *Frankreich und Deutschland. Das Deutschlandbild im französischen Parlament 1919–1933*, Münster 2004 (Politische Soziologie; 19) [Diss. Münster 2002], S. 66–72.

⁷⁰³ Siehe das Telegramm Mayer an AA vom 29.01.1920 in ADAP A III, Nr. 22.

⁷⁰⁴ Alle Zitate: *Le Matin* vom 30.01.1920.

davon handelte. Es kann jedenfalls kaum überraschen, dass mit Mayers Bemerkung zu der vorgelich unerfüllbaren Auslieferungsbestimmung der Versailler Statuten, die wörtlich die Übergabe aller „persons accused of having committed acts in violation of the laws and customs of war“⁷⁰⁵ festgelegt hatten, „l’entrevue a pris fin et M. Mayer a été reconduit jusqu’au perron“.⁷⁰⁶

Die sogenannten ‚Ehrenpunkte‘ des Versailler Vertrages, also die Strafbestimmungen aus den Artikeln 227 bis 230 sowie der Kriegsschuldparagraph 231, die Mayers Start in Paris so sehr verhandelten, hatten im Reich von Anfang an für enorme Aufregung gesorgt.⁷⁰⁷ Besonders schwer wog der viel diskutierte Umstand, dass die juristische Verfolgung deutscher Kriegsverbrechen ausdrücklich auch Wilhelm II. einschloss, für den sogar eigens ein Sondertribunal vorgesehen war. Gegen die Vorstellung, „dass unter der Maske eines Gerichtshofes Männer, die gar nicht unparteiisch sein konnten, über die Handlungen ihrer früheren Gegner aburteilen sollten“,⁷⁰⁸ lief die deutsche Öffentlichkeit Sturm. Selbst gemäßigte Stimmen prognostizierten einen „heiligen Krieg“. Wie Georg Bernhard in der *Vossischen Zeitung* versicherte, habe man den ehemaligen Kaiser zwar „durch die jahrelange Aufpeitschung der Volksleidenschaften [...] als de[n] Alleinschuldigen“⁷⁰⁹ ansehen können, rechtlich sei ihm jedoch überhaupt nichts nachzuweisen, weil allein seine damaligen Minister die politische Verantwortung getragen hätten. Dass die Alliierten solche juristischen Winkelzüge nicht gelten lassen wollten, löste in Deutschland Unmut aus und führte binnen Kurzem zu einer kollektiven Empörung über die vermeintliche ‚Siegerjustiz‘, die sich schnell sogar zu einer regelrechten Solidarisierungswelle mit dem längst im holländischen Exil weilenden, weil ja entthronten Monarchen ausweitete. Am Ende bat zur Ehrenrettung Wilhelms sogar dessen ehemaliger Kanzler Bethmann Hollweg die Alliierten in einem offenen Brief, „das gegen Seine Majestät den Kaiser beabsichtigte Verfahren gegen mich stattfinden zu lassen.“⁷¹⁰

Trotz – oder gerade wegen – solcher Aktionen blieb die Angelegenheit natürlich über viele Monate in den Schlagzeilen. So wie die deutschen Kriegsverbrechen gleich 1914 zum europäischen Skandalon geworden waren, vergiftete jetzt die Diskussion um ihre mögliche strafrechtliche Verfolgung die nationalen Öffentlichkeiten und behinderte die Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen nachhaltig. Nachdem das Kabinett Bauer zwischenzeitlich sogar seinen Rücktritt erwogen hatte, um die Entente mit der sich daraus eventuell ergebenden innenpolitischen Instabilität zu einem Verzicht auf die Umsetzung der entsprechenden Bestimmungen zu bewe-

⁷⁰⁵ Treaty of Peace with Germany, S. 245.

⁷⁰⁶ Wieder *Le Matin* vom 30.01.1920.

⁷⁰⁷ Siehe dazu u.a. Walter Schwengler, *Völkerrecht, Versailler Vertrag und Auslieferungsfrage. Die Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen als Problem des Friedensschlusses 1919/20*, Stuttgart 1982 [Diss. Kiel 1980].

⁷⁰⁸ Hierzu jetzt das Erinnerungsfragment von AA-Mitarbeiter Ernst von Simson: Dieter Neitzert, „Das Amt“ zwischen Versailles und Rapallo. Die Rückschau des Staatssekretärs Ernst von Simson, In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 60 (2012), S. 443–490 [künftig: Simson, Erinnerungsfragment], das Zitat S. 459.

⁷⁰⁹ Beide Zitate: Georg Bernhard, *Frieden trotz alledem*, *Vossische Zeitung Morgenausgabe* vom 30.06.1919.

⁷¹⁰ Der Brief ist hier zit. nach: *Freiburger Zeitung Morgenblatt* vom 30.06.1919.

gen,⁷¹¹ und nachdem im Herbst 1919 ein Verhandlungsvorstoß unter dem Ministerialdirektor des Auswärtigen Amtes, Ernst von Simson, an der „vollkommen ablehnend[en]“⁷¹² Haltung der Franzosen geradezu verzweifelt war, sorgte die sechs Tage nach Inkrafttreten des Friedensvertrages an die Niederlande gerichtete Aufforderung zur endgültigen Auslieferung Wilhelms für neue Spannungen. Mit ihr kündigte man nämlich gleichzeitig an, dass selbstverständlich auch die Überstellung von in Deutschland lebenden Personen verlangt werden würde.⁷¹³ Umso dringlicher erschien es den Verantwortlichen in Berlin nun, Zeit zu gewinnen, um doch noch irgendwie

„den Regierungen der Entente zum Bewußtsein zu bringen, daß uns hier eine Zumutung gestellt würde, die keine Regierung auszuführen in der Lage sein würde, und wenn sie den besten Willen dazu hätte.“⁷¹⁴

Zur Umsetzung eines solchen Plans musste, so kalkulierte man, vor allem dafür Sorge getragen werden, dass mit der in Bälde erwarteten Bekanntgabe der entsprechenden ‚Kriegsverbrecher‘-Namen nicht automatisch wieder „ein Stillstand der Geschäfte [...] eintritt“ – jener diplomatischen Geschäfte, die man ja gerade überhaupt erst aufgenommen hatte. Die Entsendung Mayers nach Paris war insofern in gewisser Weise auch – und vielleicht sogar in allererster Linie – eine Reaktion Berlins „auf das Vakuum“, das Außenminister Müller „nach Überreichung der Auslieferungsliste in der Friedens-Abteilung“ und überhaupt in seinem Ministerium entstehen sah:

„Es ist keinerlei Zweifel, daß weder der Direktor der Friedens-Abteilung noch auch andere höhere Beamte des Auswärtigen Amtes sich bereit finden werden, an der Auslieferung Reichsdeutscher an die bisherigen Feinde aktiv mitzuwirken. Diese Stellungnahme beruht auf einer Anschauung, die von der großen Überzahl aller Deutschen geteilt wird.“⁷¹⁵

Diese Besorgnis Müllers, immerhin des ersten Leiters der Wilhelmstraße aus jenen „neu zur politischen Führung gelangten Schichten [...], [die] nichts mehr mit den Traditionen des alten Auswärtigen Amtes“⁷¹⁶ verband, über die engen Grenzen der eigenen Autorität innerhalb seiner Behörde bestätigte sich im Februar 1920 aufsehenerregend, als – wie vom Minister prophezeit – der damalige Leiter der noch immer in Paris weilenden deutscher Friedensdelegation, der Karriere-diplomat Kurt Freiherr von Lersner, tatsächlich die Annahme der entsprechenden Personenaufstellung mit knapp 900 Namen kurzerhand verweigerte, während sich sein neuer Kollege Mayer noch „zur Erledigung privater Angelegenheiten“⁷¹⁷ in München aufhielt. Wirklich überraschen konnte dieses Verhalten zwar nicht, weil Lersner in der zweiten Kriegshälfte als Verbindungs-offi-

⁷¹¹ Vgl. die Kabinettsitzung vom 18.10.1919 in AdR Bauer, Nr. 83.

⁷¹² Simson, Erinnerungsfragment, S. 462.

⁷¹³ Siehe den Aufmacher der *Vossischen Zeitung Abendausgabe* vom 19.01.1920.

⁷¹⁴ RK Bauer anlässlich eines Presseempfangs in der Reichskanzlei am 05.02.1920 in AdR Bauer, Nr. 161.

⁷¹⁵ Alle Zitate: RAM Müller an RK Bauer vom 20.01.1920 in AdR Bauer, Nr. 152.

⁷¹⁶ Peter Grupp und Pierre Jardin, *Das Auswärtige Amt und die Entstehung der Weimarer Verfassung*, In: *Francia* 9 (1981), S. 473–493, hier S. 474.

⁷¹⁷ RK Bauer beim Presseempfang in der Reichskanzlei am 05.02.1920 in AdR Bauer, Nr. 161.

zier erst das Auswärtige Amt, später dann auch den Reichskanzler bei der Obersten Heeresleitung vertreten hatte,⁷¹⁸ also in besonderem Verhältnis zu vielen Beschuldigten – beispielsweise zu Hindenburg, Ludendorff und Bethmann Hollweg – stand, ja eventuell sogar damit hätte rechnen müssen, sich selbst auf der Liste wiederzufinden. Entgegen der Bedenken Müllers hielt man es im Kabinett offenkundig in der damaligen Situation aber dennoch für unwahrscheinlich, dass ein diplomatischer Vertreter „trotz gegenteiliger Weisung“ seines Dienstherrn einfach eigenmächtig handeln würde; zumal er dabei ja bewusst in Kauf nehmen musste, „die Situation zu verschärfen [...] und [...] provokatorisch auf die gegnerischen Kräfte zu wirken.“⁷¹⁹

Dennoch sollte es genau so kommen: Lersner blieb zwar mit seinem schriftlich formulierten Einwand an Millerand, dass sich eh „kein deutscher Beamter bereit finden würde, in irgendeiner Weise an der Ausführung des Auslieferungsverlangens mitzuwirken“,⁷²⁰ auf der mit Berlin vereinbarten rhetorischen Linie, handelte mit der konkreten Annahmeverweigerung der Liste dann aber ohne ministerielle Autorisierung und, wie Kanzler Bauer sofort tadelte, verantwortungslos:

„[B]ei solchen Aktionen muß in erster Linie ausschlaggebend sein das Interesse und das Wohl des gesamten Volkes, nicht etwa die Ehrenauffassung eines einzelnen. Ich meine, man kann alles Verständnis für diese Auffassung haben, aber, wer an so verantwortlicher Stelle steht, wem ausdrücklich vorher gesagt ist: Du bist verpflichtet, die Note in Empfang zu nehmen, hätte schon vorher erklären sollen: Nein, ich tue es nicht! Dann wäre Vorsorge getroffen worden, daß Ersatz für ihn vorhanden wäre. So hat Herr von Lersner uns in eine sehr unangenehme Situation gebracht. [...] Dadurch, daß wir einfach die Verhandlungen abbrechen, daß wir sagen: Wir reden über die Geschichte nicht weiter, wir nehmen die Note nicht an! – dadurch kommen wir in eine unhaltbare Position und würden Zwangsmaßnahmen gegen uns heraufbeschwören. So kann man aber nicht handeln, wenn man für das Wohl eines 60-Millionen-Volkes verantwortlich ist. Wir müssen bestrebt sein, durch weitere Verhandlungen einen Ausweg aus diesem Dilemma zu finden und zu einem erträglichen Zustand zu gelangen.“⁷²¹

Lersner, den seine Unbotmäßigkeiten schnurstracks aus dem Auswärtigen Dienst, dafür aber kurze Zeit später für die DVP in den Reichstag katapultierten, gehörte ganz offenbar zu jenem älteren Kern außenpolitischer Mitarbeiter der deutschen Bürokratie,⁷²² die zwar pragmatisch genug gewesen waren, den im Sommer 1919 unabwendbar gewordenen Friedensvertrag – der in Lersners Worten immerhin „Deutschland wirtschaftlich und finanziell zu Grunde richtet und völlig wehrlos macht“ – zu unterschreiben, die sich aber darüber hinaus keineswegs mehr zu akzeptieren bereit zeigten, das Reich nun auch noch, wie sie es sahen, „ehelos werden“⁷²³ zu lassen.

⁷¹⁸ Zu Lersner siehe Horst Mühleisen, Kurt Freiherr von Lersner. Diplomat im Umbruch der Zeiten 1918–1920. Eine Biographie, Göttingen – Zürich 1984 [Diss. Köln 1981].

⁷¹⁹ RK Bauer beim Presseempfang in der Reichskanzlei am 05.02.1920 in AdR Bauer, Nr. 161.

⁷²⁰ Lersner an AA vom 04.02.1920 in ADAP A III, Nr. 26.

⁷²¹ RK Bauer beim Presseempfang in der Reichskanzlei am 05.02.1920 in AdR Bauer, Nr. 161.

⁷²² Hierzu grundsätzlich Hans Fenske, Monarchisches Beamtentum und demokratischer Staat. Zum Problem der Bürokratie in der Weimarer Republik, In: Demokratie und Verwaltung. 25 Jahre Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 1972 (Schriftenreihe der Hochschule Speyer; 50), S. 117–136.

⁷²³ Versailles! Volkskommentar des Friedensdiktats, hrsg. von Kurt Freiherr von Lersner, Berlin 1921, S. 49.

Für das Kabinett Bauer waren derlei Haltungen, die sowohl hinsichtlich ihrer Anhänger, als auch mit Blick auf ihre tieferen Absichten ein recht diffuses Gesamtbild abgaben, innenpolitisch natürlich enorm schwer zu kalkulieren. In ihnen spiegelte sich eine nicht nur für die Wilhelmstraße, sondern überhaupt für viele Bereiche des öffentlichen Lebens durchaus typische und vor allem ungemein nachhaltige, historisch-ideelle Bindung an die zum Teil stark verklärte Vorkriegszeit wider. Mit ihrer allgegenwärtigen Präsenz verkomplizierte diese nationale Machtromantik die politische Gestaltung des Hier und Jetzt immens. Die junge deutsche Demokratie erschien vielen Beteiligten – und das sehr zum Leidwesen der jeweils Regierenden – eher „als eine Art defizitäre Variante des Kaiserreichs“,⁷²⁴ zu dessen Status, Glanz und Wohlstand man unbedingt zurückkehren wollte.⁷²⁵ Solche Stimmungen schlossen zwar zeitweilige Arrangements mit den unliebsamen Umständen der Nachkriegsperiode nicht kategorisch aus, sie verwarnten sich und ihr Geschichtsbild aber unnachgiebig gegen jede noch so kleine Trübung der idealisierten Vergangenheit⁷²⁶ – und damit de facto immer wieder auch gegen einen vernunftbetonten Umgang mit den politischen Realitäten der Gegenwart. Alles, was als deutsches Schuldeingeständnis gesehen werden konnte, wie die Auslieferung vermeintlicher Kriegsverbrecher zum Beispiel, und damit unter Umständen den erhofften Weg zurück zu alter Kraft behindern oder schlimmstenfalls sogar delegitimieren würde, hatte schlicht zu unterbleiben.

Selbst Symbolisches kam hier nicht infrage: Der beachtenswerte Vorschlag, mit Rücksicht auf die Empfindlichkeiten des Auslandes die Verabschiedung der Verfassung zum Anlass zu nehmen, die Bezeichnung des neuen Staates in ‚Deutsche Republik‘ zu ändern, anstatt am traditionellen ‚Deutschen Reich‘ festzuhalten, fand nicht nur keine Zustimmung,⁷²⁷ sondern deckte in der Art und Weise, wie entschieden er abgelehnt wurde, bereits in den Geburtsstunden der Weimarer Republik jenen grundsätzlichen, kaum überwindbaren Gegensatz auf zwischen der kleineren Gruppe von Deutschen, die dem ersten demokratischen Experiment in ihrem Land zumindest eine Chance geben wollten, und jener deutlich größeren Gruppe, die mit Vehemenz auf die Wiedererrichtung einer innen- wie „außenpolitisch voll aktionsfähigen Großmacht“⁷²⁸ mit klarer und selbstbewusster Führung drängte, weil genau diese den wesentlichen Referenzpunkt ihrer persönlichen und nationalen Identität bildete. Das ‚Reich‘ blieb so im allgemeinen Duktus „Deutschlands historischer Auftrag“.⁷²⁹ Mit der Republik als solcher und vor allem ihrer international zu-

⁷²⁴ Wolfrum, *Geschichte als Waffe*, S. 32.

⁷²⁵ Siehe dazu im größeren Zusammenhang Krüger, *Versailles*, S. 70–87.

⁷²⁶ Vgl. auch Föllmer, *Die Verteidigung der bürgerlichen Nation*, S. 196f.

⁷²⁷ Ausführlich dazu Sebastian Ullrich, *Mehr als Schall und Rauch. Der Streit um den Namen der ersten deutschen Demokratie 1918–1949*, In: *Die „Krise“ der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters*, hrsg. von Moritz Föllmer und Rüdiger Graf, Frankfurt am Main u.a. 2005, S. 187–208.

⁷²⁸ Krüger, *Versailles*, S. 76.

⁷²⁹ Sontheimer, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik*, S. 229.

rückgesetzten Stellung wusste man sich nicht zu arrangieren. Gerade die alten Eliten – wozu die Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes zumindest ihrer Mehrheit nach schon deshalb zu zählen waren, weil die diplomatische Laufbahn im Kaiserreich als Inbegriff eines exklusiven, staatstragenden Hochbeamtentums gegolten hatte⁷³⁰ – standen hier im Großen und Ganzen in einer Oppositionshaltung zum neuen Staat⁷³¹ und insbesondere zu jeder Politik, die dessen Existenz und vor allem seinen zurückgesetzten Status in der Welt irgendwie zu manifestieren drohte.

Die Berufung des *Nicht*-Diplomaten Mayer auf den schwierigen Gesandtschaftsposten in Paris war insofern – die verschiedenen Äußerungen Bauers und Müllers legen das nahe – weniger eine Notlösung, als vielmehr durchdachte Maßnahme. Sie trug jener zweifelslos unangenehmen, ja eigentlich sogar „höchst undankbare[n] Aufgabe“⁷³² Rechnung, die ein deutscher Diplomat in der französischen Hauptstadt künftig übernehmen sollte bei dem von Reichskanzler und Außenminister intendierten, von weiten Teilen der Bevölkerung aber strikt abgelehnten Versuch, eine spezifische Form deutscher ‚Erfüllungspolitik‘ auf den Weg zu bringen. Mit dieser ‚Erfüllungspolitik‘, die nach außen den festen deutschen Willen zur prinzipiellen Einhaltung aller Paragraphen des Versailler Vertrages – auch und entschieden gegen jede Form des heimischen Protests – erklärte, wollte man vor allem das grundlegende Ziel weiterverfolgen können, an jeder denk- und zum Teil auch undenkbar Stelle die praktische Unerfüllbarkeit einzelner Aspekte des Friedens in kleinen Schritten zu beweisen, um so dann über Umwege doch noch zu den ursprünglich angestrebten Erleichterungen des vorgeblich Akzeptierten zu gelangen. Historiographisch wird eine solche ‚Erfüllungspolitik‘, bei der den Verantwortlichen weitestgehend klar gewesen sein musste, dass man auf die eigenen Beamten und überhaupt auf den Rückhalt der Bevölkerung nicht würde rechnen können, klassischerweise zwar zumeist erst etwas später, in der Regel für die Regierung Wirth, diagnostiziert.⁷³³ Die Grundzüge einer solchen Revisionsstrategie waren aber – das zeigen die Ereignisse rund um den Auslieferungsstreit und die Entsendung Mayers – bereits um einiges früher entstanden. Außenminister Müller hatte schon im Sommer 1919 in der Nationalversammlung entsprechende Überlegungen vorweggenommen, als er anlässlich der anstehenden Ratifikation des Friedensvertrages dafür warb, dass „unser einstimmiger Protest gegen diese vertragsgewordene Vergewaltigung“ eben gerade in der „Vertragserfüllung bis zum Äußersten“ seine Wirkung entfalten müsse. Sofern es gelänge, „ohne Vorbehalt, ohne Hinterhältigkeit in die neuen

⁷³⁰ Vgl. ausführlich Hans Philippi, Das deutsche diplomatische Korps 1871–1914, In: Das Diplomatische Korps 1871–1945, hrsg. von Klaus Schwabe, Boppard am Rhein 1985 (Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit; 16), S. 41–80.

⁷³¹ Von ‚Fundamentalopposition‘ spricht in Anlehnung an Fritz Fischer gar Christian Schwaabe, Die deutsche Modernitätskrise. Politische Kultur und Mentalität von der Reichsgründung bis zur Wiedervereinigung, München 2005 [Habil. München 2004], S. 226.

⁷³² Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923, S. 284.

⁷³³ Siehe neben Niedhart, Die Außenpolitik der Weimarer Republik, S. 13 und Kolb, Die Weimarer Republik, S. 47 auch Büttner, Weimar, S. 157. Anders hingegen Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, S. 132.

Pflichten hinein[zu]gehen“, habe man eine Chance auf Erleichterungen. Lediglich „in den Grenzen der Erfüllbarkeit darf uns keine Schuld und kein Vorwurf treffen.“⁷³⁴

Für den konkreten Fall der Auslieferungsfrage stellte man sich diese Taktik dann 1920 in etwa so vor, als dass die längst erwartete Namensliste mit den vermeintlichen Kriegsverbrechern zur glaubhaften Demonstration des eigenen guten Willens offiziell erst einmal angenommen werden sollte; so war nach Lersner nun auch Mayer instruiert worden.⁷³⁵ Diese Gelegenheit sollte der neue Gesandte, der sich vor seiner endgültigen Abreise nach Paris am 10. Februar noch im Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung dessen Einverständnisses „mit der bisherigen Haltung und den vorgesehenen Schritten der Regierung“⁷³⁶ versicherte und der durch sein bisheriges Auftreten den innenpolitischen Gegnern der ‚Erfüllungspolitik‘ weitestgehend unverdächtig erscheinen musste, jedoch unverzüglich nutzen, um zum wiederholten Male auf die generellen deutschen Vorbehalte hinzuweisen, wonach die „Durchführung der Auslieferungsbestimmungen [...] für die inneren Verhältnisse Deutschlands“ letztlich „von unabsehbaren Folgen sein“⁷³⁷ werde. Unterstützt von einer breiten diplomatischen Initiative über verschiedene Kanäle, so hoffte man, würde dieses Argument den Alliierten doch noch begreiflich machen, dass dem Berliner Kabinett auch bei aller guten Absicht die Möglichkeiten fehlten, derartig umstrittene Punkte des Vertrages umzusetzen. Es sollte vielmehr prognostiziert werden, dass durch ein alliiertes „Festhalten a[m] Auslieferungsverlangen [eine] politische Erschütterung heraufbeschworen“ werden würde, die schlussendlich die *gesamte* Ausführung des Friedensvertrages „aufs äußerste gefährde“.⁷³⁸ Schlimmstenfalls müsse sogar „mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die Reichswehr es unternimmt, die Regierung zu stürzen und eine militärische Diktatur aufzurichten.“⁷³⁹

Eine solches Schreckensszenario – und vor allem dessen Projektion in die Planungsstäbe der Alliierten hinein – sollte die Grundlage dafür bilden, mit den Siegermächten schlussendlich doch noch in echte Verhandlungen treten zu können. In diesen hoffte man, erneut und nun bestenfalls durch Mayer für den Vorschlag werben zu können, den Simson schon 1919 auf seiner Paris-Reise ohne Erfolg vorgetragen hatte: nämlich, dass Franzosen, Engländer und Belgier

„auf die Auslieferung [...] verzichten, sofern Deutschland selbst eine Untersuchung der Anklagefälle durch die höchste Instanz im deutschen Reich, das Reichsgericht in Leipzig vorzunehmen versprach.“⁷⁴⁰

⁷³⁴ Rede Müllers vor der Nationalversammlung am 09.07.1919 in Reichstagsprotokolle, Bd. 327, S. 1408.

⁷³⁵ Wie Bauer der Presse in Berlin am 05.02.1920 erklärte, würde sich der Mayer definitiv „bereit erklären müssen, die Note in Empfang zu nehmen und sie der deutschen Regierung zu übermitteln.“ Siehe AdR Bauer, Nr. 161.

⁷³⁶ Zit. nach: AdR Bauer, Nr. 161, Anm. 14.

⁷³⁷ RAM Müller an RK Bauer vom 20.01.1920 in AdR Bauer, Nr. 152.

⁷³⁸ RAM Müller noch an Lersner vom 20.01.1920 in ADAP A III, Nr. 15.

⁷³⁹ RAM Müller an die deutsche Botschaft in Wien zur Information der dortigen französischen Vertretung vom 20.01.1920 in ADAP A III, Nr. 14.

⁷⁴⁰ Simson, Erinnerungsfragment, S. 459f.

Mayers Entsendung nach Paris erscheint somit – und so ist im Wesentlichen wohl auch sein etwas unglücklicher Auftritt beim Antrittsbesuch zu verstehen – als eine Art grundsätzlicher Baustein im größer angelegten Versuch des Kabinetts Bauer, eine innen- wie außenpolitisch zumindest halbwegs tragbare Linie im Umgang mit den Problemen der unmittelbaren Nachkriegsjahre zu etablieren. Diese schloss ein, sich zum Ärger der Reichsöffentlichkeit zwar nach außen absolut ‚erfüllungswillig‘ zu geben, damit jedoch wiederum vor allem jenes grundsätzliche Manko der deutschen Nachkriegsaußenpolitik zu beseitigen, das das Reich bisher so sehr beschnitten hatte in seinen Optionen: Man wollte die Unmöglichkeit überwinden, mit den Alliierten zumindest halbwegs offene Gespräche führen zu können.

Ein derartiges Konzept wies natürlich neben seiner mangelnden innenpolitischen Akzeptanz auch außenpolitisch in wenigstens einem Punkt eine gewisse Eindimensionalität auf: Die französische Seite selbst, auf deren Einstellung es ja nicht unwesentlich ankam bei den Realisierungschancen einer solchen Taktik, hatte für all diese Erwägungen und Pläne zunächst wenig bis gar kein Verständnis. Ihr erschien es in den Worten von Ministerpräsident Millerand vorerst wichtiger, dass „nous restons maîtres des mesures à prendre pour contraindre les Allemands à remplir les obligations du traité.“⁷⁴¹ Die zumindest aus der Rückschau in Ansätzen vielleicht erkennbaren deutschen Bemühungen um die Herstellung einer gemeinsamen Gesprächsebene oder wenigstens um deren Grundsteinlegung wurden links des Rheins hauptsächlich – und ja auch nicht ganz zu Unrecht – als klassische deutsche Revisions- und ‚Intrigenpolitik‘ verstanden.⁷⁴² Die deutschen Erfüllungsversprechen blieben für Paris im Großen und Ganzen der sprichwörtliche Wolf im Schafspelz. Darüber hinaus eventuell tatsächlich vorhandene Möglichkeiten, die Wiederaufnahme diplomatischer Kontakte dafür zu nutzen, endlich einmal *gemeinsame* Gespräche zu führen, die unter Umständen eine Chance hätten bedeuten können, sich einander anzunähern oder sich zumindest einmal gegenseitig über die Nachkriegsprobleme auszutauschen, nahm man kaum wahr. Und wenn doch, dann schienen diese kurzen Gelegenheiten – wie noch zu sehen sein wird – durch anderslautende Töne in den jeweiligen Öffentlichkeiten oder eben die generellen Umstände der Nachkriegszeit schnell wieder überholt oder bald sogar gänzlich diskreditiert. So blieb vor allem die altbekannte Sprachlosigkeit die beherrschende Konstante der deutsch-französischen Beziehungen. Dass die deutschen Vorstellungen so eindeutig an einer unverkennbaren Missachtung der französischen Perspektive krankten, verurteilte die diplomatischen Bemühungen Berlins, denen es nach Reichskanzler Bauer „in der jetzigen Situation“ vorerst als „das allerdringlichste“ erschien, dass man in Paris endlich „einen Unterhändler“ installiert, „der unsere Interessen in

⁷⁴¹ So Millerand am 12.02.1920 in London im Gespräch mit Lloyd George und dem italienischen Ministerpräsidenten Francesco Nitti in DDF 1921 Annexes, Nr. 1.

⁷⁴² Vgl. die frühen Belege bei Lahaie, *Le renseignement militaire français dans l'Allemagne d'après-guerre*, Abs. 17.

ausreichender Weise wahrzunehmen in der Lage ist“,⁷⁴³ schon im Vornherein zum Scheitern. Für Millerand und seine Regierung gab es eigentlich keinerlei Veranlassung, sich auf engere Kontakte mit dem ehemaligen Kriegsgegner überhaupt einzulassen – und schon gar nicht, sofern dieser damit eh nur seine eigene Ziele durchzusetzen hoffte. Deutschland hatte vor allem seine Kriegsschuld zu begleichen. Daran gab es für die Mehrheit der Franzosen nichts zu deuteln.⁷⁴⁴

Schon im Umgang mit der noch unzugestellten Auslieferungsliste ließ man das Reich diese weitestgehend kompromisslose Haltung mehr als deutlich spüren. Noch ehe Mayer wieder in Paris angekommen war und nach dem Zwischenfall mit Lersner dort auf Berliner Geheiß dessen zerschlagenes Porzellan zu kitten versuchen konnte, ließ Millerand über den mittlerweile in der deutschen Hauptstadt eingetroffenen Marcilly die Namensaufstellung mit den beschuldigten Kriegsverbrechern direkt an das deutsche Kabinett überreichen. Betont selbstverständlich fügte man der Note den Hinweis hinzu, dass die Alliierten in der Aktion Lersners lediglich eine persönliche Meinungsäußerung sähen. Man könne sich beim besten Willen nicht vorstellen, dass die Reichsregierung einen Monat nach Inkrafttreten des Friedens diesen bereits vorsätzlich verletzen wolle.⁷⁴⁵ Mayers unmittelbare Mission in der Auslieferungsfrage war somit, noch bevor sie überhaupt richtig begonnen hatte, bereits ins Leere gelaufen. In der französischen Hauptstadt war man, das zeigte sich hier einmal mehr in aller Deutlichkeit, nicht gewillt, ihn oder irgendeinen anderen Berliner Vertreter unter den gegebenen Umständen als tatsächlichen Gesprächs-, geschweige denn als echten Verhandlungspartner zu akzeptieren. In diesem Punkt waren Bauer und Müller zu optimistisch, um nicht zu sagen: zu blauäugig gewesen. Den vormaligen Alliierten gegenüber erklärte Millerand Mitte Februar mit Nachdruck: „Nous ne serons pas entrés en discussion avec l'Allemagne“!⁷⁴⁶ Ihre sinnbildliche Zuspitzung fand diese geradezu dogmatische Haltung dann im Sommer 1920 mit der Einrichtung einer eigenen französischen Gesandtschaft in der bayrischen Hauptstadt München,⁷⁴⁷ die sich nicht nur ganz bewusst über die Weimarer Verfassung und deren unmissverständliche Festlegung eines außenpolitischen Alleinvertretungsanspruches der Reichsregierung hinwegsetzte,⁷⁴⁸ sondern unter ihrem ersten Gesandten Émile Dard ganz offen separatistische Bestrebungen anregen und finanziell unterstützen sollte.⁷⁴⁹

⁷⁴³ RK Bauer beim Presseempfang in der Reichskanzlei am 05.02.1920 in AdR Bauer, Nr. 161.

⁷⁴⁴ Hierzu auch Beaupré, *Das Trauma des großen Krieges 1918–1932/33*, S. 57f.

⁷⁴⁵ Siehe hierzu AdR Bauer, Nr. 161, Anm. 13.

⁷⁴⁶ So erneut Millerand am 12.02.1920 in London zu Lloyd George und Nitti in DDF 1921 Annexes, Nr. 1.

⁷⁴⁷ Vgl. bes. Andrea Müller, *Die französische Gesandtschaft in München in den Jahren der Weimarer Republik. Französische Politik im Spiegel der diplomatischen Berichte*, München 2010 (*Miscellanea Bavarica Monacensia*; 184) [Diss. 2009].

⁷⁴⁸ Siehe Ernst Rudolf Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, 8 Bde., Stuttgart u.a. 1957–1991, Bd. 6: *Die Weimarer Reichsverfassung*, bes. § 33.

⁷⁴⁹ Vgl. Thomas C. Bringmann, *Handbuch der Diplomatie 1815–1963. Auswärtige Missionschefs in Deutschland und deutsche Missionschefs im Ausland von Metternich bis Adenauer*, München 2001, S. XXVI f. und Wolfgang

Mit Blick auf die Auslieferungsfrage blieb es also vorerst an Berlin allein, die bisherigen Auseinandersetzungen irgendwie doch noch zu einem guten Ende zu führen: Nachdem bereits spekuliert worden war, ob die deutsche Regierung ihre Linie vielleicht aufgeben und der Überstellung der Beschuldigen letztlich zustimmen würde müssen, ging Außenminister Müller in die Offensive und erklärte der englischen *Daily News*, dass „die loyale Erfüllung [...] des Friedensvertrages“ ohne jeden Zweifel vom Reich gewollt sei, in diesem konkreten Punkt aber „trotz des guten Willens der deutschen Regierung“ nach wie vor „physisch unmöglich“ bleibe. Überraschend klar und als deutliches Signal gab er dabei aber auch zu verstehen, dass „die Reichsregierung ganz einig darin ist, daß diejenigen, die eines Verbrechens schuldig sind, bestraft werden müssen.“ Bedeutungsschwanger fügte er hinzu: „Wege dazu hat die deutsche Regierung angegeben.“⁷⁵⁰ Dass Müller als Adressaten dieser wohlbedachten Zeilen einen britischen Journalisten wählte, war natürlich kein Zufall. Im Königreich hatten sich allmählich Anzeichen gemehrt, dass vielleicht doch noch ein Kompromiss in dieser Frage möglich sein würde, da sich zumindest englische Regierungskreise eventuell vorstellen konnten, die Deutschen tatsächlich selbst für die strafrechtliche Verfolgung der Kriegsverbrechen sorgen zu lassen⁷⁵¹ – auch um dem Thema etwas von seiner Schärfe zu nehmen und um nicht unnötig Ressourcen zu binden, denn natürlich wusste man, mit welchem Aufwand die entsprechenden Verfahren verbunden gewesen wären. Bevor allerdings auch Frankreich sich dieser Sichtweise anschließen konnte und in den sogenannten Leipziger Kriegsverbrecherprozessen während der 1920er Jahre dann immerhin 17 Verfahren verhandelt wurden – etwa 100mal so viele wurden bis 1927 allerdings auch eingestellt –,⁷⁵² war noch einige Überzeugungsarbeit nötig. Diese erwies sich überraschenderweise bereits in den Gesprächen mit Millebrand und dessen außenpolitisch schon damals wichtigstem Berater Philippe Berthelot am 12. und 13. Februar in London als fruchtbar: Paris gab, vor allem mit Rücksicht auf andere dringende Themen, bei denen man noch immer auf englische Unterstützung hoffte, schließlich nach.⁷⁵³

In der treffenden Einschätzung Peter Krügers bedeutete diese bis dato – und auch für längere Zeit – beispiellose Einigung zweierlei: Positiv betrachtet bewies sie, dass trotz aller Probleme internationale Lösungen derartig vertrackter Streitfragen immerhin im Bereich des Möglichen lagen. Das gab Anlass zur Hoffnung. Als in der Tat verheerend sollte sich jedoch die in Deutsch-

Benz, Süddeutschland in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1918–1933, Berlin 1970 (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter; 4) [Diss. München 1968], S. 220f.

⁷⁵⁰ Das Interview vermutlich vom 11.02.1920, hier zit. nach: AdR Bauer, Nr. 161, Anm. 15.

⁷⁵¹ Der Chef der britischen Militärmission in Berlin hatte deutsche Vertraute entsprechend informiert, die das wiederum Kanzler Bauer wissen ließen: Siehe dazu AdR Bauer, Nr. 161, Anm. 2.

⁷⁵² Hierzu ausführlich Gerd Hankel, Die Leipziger Prozesse. Deutsche Kriegsverbrechen und ihre strafrechtliche Verfolgung nach dem Ersten Weltkrieg, Hamburg 2003 [Diss. Bremen 2002] sowie Harald Wiggenhorn, Verliererjustiz. Die Leipziger Kriegsverbrecherprozesse nach dem Ersten Weltkrieg, Baden-Baden 2005 (Studien zur Geschichte des Völkerrechts; 10) [Diss. HU Berlin 2002].

⁷⁵³ Siehe dazu die Londoner Gespräche unter Vorsitz von Lloyd George in DDF 1921 Annexes, Nr. 1–3.

land vorherrschende Interpretation der Ereignisse erweisen, wonach man künftig mehrheitlich dem Eindruck zuneigte, „man brauche nur kräftig genug ‚Nein!‘ zu sagen, dann ließen sich die Regelungen des Friedensvertrages revidieren“.⁷⁵⁴ Das war gerade im Zusammenspiel mit der Hoffnung auf Großbritanniens Unterstützung gegen Frankreichs vermeintliche Hegemonialpolitik ein folgenschwerer Trugschluss, der zudem den eigenen Anteil am vermeintlichen Erfolg in der Auslieferungsfrage vollkommen überschätzte. Spätestens die Reparationsfrage und ihre endgültige Eskalation im Jahr 1923 zeigten Deutschlands fehlende außenpolitische Spielräume.

Das Problem der im Versailler Vertrag festgesetzten deutschen Pflicht zu Wiedergutmachungen – von seiner prinzipiellen Beschaffenheit, auch für den Historiker,⁷⁵⁵ noch einmal deutlich komplizierter als die Auslieferungsfrage, in der es ja zu einem guten Teil um symbolische Punkte gegangen war – wurde nicht nur für Mayer persönlich, sondern überhaupt für die deutsche Außenpolitik der 20er Jahre zum wichtigsten Prüfstein der eigenen Arbeit. Die Reparationen waren, so viel lässt sich vorwegnehmen, in vielerlei Hinsicht *der* Hauptstreitpunkt der Nachkriegsepoche.⁷⁵⁶ Selbst unabhängig davon, dass die konkreten ökonomischen, materiellen und finanziellen Forderungen, die dagegen gerichteten Bedenken, die dabei zu kalkulierenden Implikationen und die darüber hinaus gehenden Auswirkungen der Zahlungen in ihren Einzelheiten schon von den damaligen Fachleuten kaum mehr zu überblicken waren, ergab die hochkomplexe Verflechtung all dieser Punkte in so gut wie jedes wirtschafts- und vor allem auch sicherheitspolitische Thema der Zwischenkriegszeit ein am Ende nahezu unauflösliches Problemgeflecht, das nicht nur die Friedensmacher selbst wohl erheblich unterschätzt haben dürften,⁷⁵⁷ sondern das auch nachfolgende Regierungen in seiner öffentlichkeitswirksamen Brisanz überfordern musste.⁷⁵⁸ Letzteres galt umso mehr, da die meisten dieser Regierungen nicht bereit waren – oder zumindest eine solche Bereitschaft nicht deutlich genug erkennen ließen –, gemeinsam an einer Lösung der Einzelfragen, geschweige denn der Gesamtproblematik arbeiten zu wollen. Gerade mit Blick auf das deutsch-französische Verhältnis war zunächst sogar eher wieder das Gegenteil der Fall.

Etwas vereinfachend gesagt, stellten sich alle Verantwortlichen, und hier keineswegs nur Deutsche und Franzosen, mit Blick auf die Reparationen zunächst in einer klaren Ausrichtung auf den eigenen Vorteil respektive die eigene Situation so auf, dass sie die eigentlich dringlichere

⁷⁵⁴ Krüger, Versailles, S. 90.

⁷⁵⁵ Siehe Niedhart, Die Außenpolitik der Weimarer Republik, S. 75.

⁷⁵⁶ Einen sehr guten Überblick bietet jetzt Leonard Gomes, German Reparations, 1919–1932. A Historical Survey, Basingstoke 2010. Für einen kurzen Forschungsabriss siehe Kolb, Die Republik von Weimar, S. 217–220.

⁷⁵⁷ Vgl. Boyce, The Great Interwar Crisis and the Collapse of Globalization, S. 62f.

⁷⁵⁸ So u.a. Gordon A. Craig, Deutsche Geschichte 1866–1945. Vom Norddeutschen Bund bis zum Ende des Dritten Reiches, München ²1980 [engl. 1978], Kap. XII.

Aufgabe eines gesamteuropäischen Wiederaufbaus nach dem folgenschweren Weltkrieg beinahe zwangsläufig aus den Augen verlieren mussten.⁷⁵⁹ Von dessen Bewerkstelligung hing allerdings das Schicksal der in Versailles geschaffenen internationalen Ordnung weitaus maßgeblicher ab als von einer möglichen Durchsetzung respektive Abwendung deutscher Wiedergutmachungspflichten – eine Tatsache, die trotz der warnenden Hinweise John Maynard Keynes' und anderer in der breiten Öffentlichkeit vorerst kaum ernstgenommen wurde.⁷⁶⁰ Per se überraschen solche nationalen Egoismen natürlich wenig. In der konkreten Situation führten sie jedoch dazu, dass aufgrund der oft diametralen Gegensätzlichkeit von Absichten und Bedürfnissen der jeweiligen Akteure die allgemeine Lage immer nur noch vertrackter wurde. Irgendwann traten selbst innerhalb der beiden sich unversöhnlich gegenüberstehenden Fraktionen – Kriegsgewinner auf der einen, Kriegsverlierer auf der anderen Seite – mitunter eklatant widersprüchliche Vorstellungen darüber auf, wie mit den entsprechenden Klauseln des Versailler Vertrages umzugehen sei.⁷⁶¹ Zudem verbandelte sich die Reparationsfrage relativ zügig mit dem Problem der interalliierten Kriegsschulden,⁷⁶² die nach dem Inkrafttreten des Friedens natürlich ebenfalls auf eine Tilgung warteten – möglichst, so hoffte man gerade in Paris, durch eine direkte oder über Investitionen in die eigene Wirtschaft indirekte Weiterverwendung deutscher Zahlungsmittel.⁷⁶³ Ohne ein auf all diese Themen zugeschnittenes, kohärentes politisches Konzept, das bestenfalls den Umständen *aller* Beteiligten Rechnung getragen hätte – und von dem man heute nur noch mutmaßen kann, ob es überhaupt denkbar gewesen wäre in der damaligen Situation –, musste der eh vorprogrammierte Streit um Rechtfertigung und Höhe der deutschen Reparationspflicht letzten Endes also vor allem eines bedeuten: einen starken Motor der ‚Dynamik der Eskalation‘ und damit einen wesentlichen Markstein auf dem Weg zur Ruhrbesetzung 1923.

Wie bereits erläutert, ergab sich aus der Perspektive Paris' trotz – und nach dem angloamerikanischen Rückzieher auch *wegen* – des Versailler Vertrages eine grundsätzliche Unzufriedenheit mit dem machtpolitischen Status quo der Nachkriegszeit. Mithilfe der altbekannten Erbfeind-

⁷⁵⁹ So die Grundthese von Bruce Kent, *The Spoils of War. The Politics, Economics, and Diplomacy of Reparations 1918–1932*, Oxford u.a. 1989.

⁷⁶⁰ Vgl. dazu neben den Schriften Keynes' z.B. den Beitrag des späteren Völkerbundpräsidenten und Friedensnobelpreisträgers Robert Cecil, *The League of Nations and the Rehabilitation of Europe*, In: *Essays in Liberalism. Being the Lectures and Papers which were delivered at the Liberal Summer School at Oxford*, London u.a. 1922, S. 1–18, hier S. 14: „We have got to establish economic peace, and if we don't establish it in a very short time we shall be faced with economic ruin. [...] [W]e have to see that economic war comes to an end. We have got to make whatever concessions are necessary in order to bring that peace into being.“

⁷⁶¹ Siehe z.B. Cohrs, *The Unfinished Peace after World War I*, Kap. 4.

⁷⁶² Dazu bes. Denise Artaud, *La question des dettes interalliées et la reconstruction de l'Europe (1917–1929)*, 2 Bde., Paris u.a. 1978 [Diss. Paris 1976].

⁷⁶³ Bereits im Dezember 1918 hatte das französische Finanzministerium diese Verquickung der Begleichung der eigenen Kriegsschulden mit der Notwendigkeit deutscher Reparationszahlungen hergestellt. Siehe auch dazu Denise Artaud, *Reparations and War Debts. The Restoration of French Financial Power, 1919–1929*, In: *French Foreign and Defence Policy 1918–1940. The Decline and Fall of a Great Power*, hrsg. von Robert Boyce, London und New York 1998, S. 89–106, hier S. 91.

schaftsfolie konnte diese sich ungeachtet des militärischen Sieges breitenwirksam zu „einer obsessiven Sorge um die eigene Sicherheit“ ausweiten. Hier ging es nicht mehr nur um geostrategische Überlegungen zum Selbstschutz vor einem potenziell wieder zu Kräften kommenden Deutschland, sondern „in dem Maße wie man begriffen hatte, daß Sicherheit im 20. Jahrhundert untrennbar mit industrieller Stärke verbunden war“, um die konkrete Ausarbeitung und Durchsetzung eines „umfassende[n] Projekt[es] zur Entwicklung der französischen und zum Kampf gegen die deutsche Wirtschaft.“⁷⁶⁴ Vor allem der französische Historiker Jacques Bariéty hat über mehrere Jahrzehnte mit beachtenswerten Argumenten zu zeigen versucht, dass ein solches „grand projet français d’industrialisation“ bereits unmittelbar in die französische Friedensstrategie eingeflossen ist. Insofern scheinen die dort formulierten oder zumindest vorbereiteten – und sich später dann unter dem Eindruck der Nachkriegsereignisse noch weiter radikalierenden – territorialen und materiellen Reparationsforderungen Bestandteile eines grundlegenden Versuchs gewesen zu sein, „pour accélérer la modernisation et l’industrialisation de la France“.⁷⁶⁵ In diesem Sinne konnte die französische Nachkriegspolitik im Nachhinein sogar als eine letztlich gut durchdachte Antwort verstanden werden auf Deutschlands seit dem 19. Jahrhundert so klar zu Tage getretene wirtschaftliche Macht, der es für die Zukunft nach dem Weltkrieg unbedingt etwas entgegenzusetzen galt.

Auch wenn heute zumindest am ersten Teil von Bariétys Befund, also an der schieren Existenz eines derartigen französischen Plans zur ökonomischen Restrukturierung Europas, kaum noch Zweifel angebracht zu sein scheinen,⁷⁶⁶ ist die nachträgliche historische Bewertung der konkreten damaligen Stoßrichtung Paris’ ungleich schwerer: Die zugespitzte Frage, ob im Zentrum der französischen Überlegungen tatsächlich allein die Herstellung eines europäischen Gleichgewichts gestanden haben könnte, weil man schlichtweg glauben musste, die „Abschwächung des deutschen und die Stärkung des Industriepotenzials seiner Nachbarn“ seien unbedingt „notwendig, um in Europa [...] den Frieden zu begründen“,⁷⁶⁷ ob es sich also insgesamt eher um den Ausdruck einer „defensiven Grundhaltung Frankreichs“⁷⁶⁸ handelte, *oder* aber ob die Pariser Ideen doch eher in die entgegengesetzte Richtung zielten, indem sie nämlich „eine französische Vorherrschaft auf dem Kontinent“⁷⁶⁹ begründen wollten, mithin also das ganze Konzept viel-

⁷⁶⁴ Alle Zitate: Soutou, Die Kriegsziele des Deutschen Reiches, Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten während des Ersten Weltkrieges, S. 35.

⁷⁶⁵ Bariéty, Les relations franco-allemandes après la Première Guerre Mondiale, S. 183 und 187.

⁷⁶⁶ Vgl. Kolb, Die Weimarer Republik, S. 218f.

⁷⁶⁷ Jacques Bariéty, Deutschland, Frankreich und das Europa von Versailles, In: Das deutsche Problem in der neueren Geschichte, hrsg. von Karl Otmar Freiherr von Aretin, Jacques Bariéty und Horst Möller, München 1997 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Sondernummer), S. 59–74, hier S. 65.

⁷⁶⁸ Dülffer, Die französische Deutschlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, S. 594.

⁷⁶⁹ Peter Krüger, Das Reparationsproblem der Weimarer Republik in fragwürdiger Sicht. Kritische Überlegungen zur neuesten Forschung, In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 29 (1981) 1, S. 21–47, hier S. 65.

mehr als „France’s bid for power in Europe“⁷⁷⁰ zu verstehen ist, bleibt nach wie vor umstritten – und letztlich wohl vor allem eine Glaubensfrage. Diese verliert jedoch in dem Moment etwas an Brisanz, in dem man sich ein weiteres Mal vor Augen führt, dass den Zeitgenossen die Einordnung der Ereignisse vergleichsweise leicht gefallen sein dürfte entsprechend ihrer jeweiligen nationalen Perspektive und anhand der kulturellen Prägung auf die Erbfeindschaft: Das, was den Franzosen als ‚gerecht‘ erschien nach dem teuer erkämpften Triumph im Weltkrieg, war für die Deutschen gleichbedeutend ‚ungerecht‘. Was die Franzosen unter Umständen tatsächlich als ‚defensiv‘ ansehen konnten aufgrund ihrer langjährigen Erfahrungen mit den ‚aggressiven‘ Deutschen, galt diesen als ‚imperiale Großmachtpolitik‘. Und was die Deutschen selbst als legitimen Selbstschutz und notwendigen Protest gegen eine solche Politik verstanden, ordneten die Franzosen umgehend in ihr Bild vom streitsüchtigen deutschen Revisionismus ein. Von ihrer grundsätzlichen Beschaffenheit bot die bilaterale Ausgangslage so natürlich nur wenig Verheißungsvolles.

Dreh- und Angelpunkt des französischen Wunsches nach Neugestaltung der europäischen Wirtschaftsordnung zuungunsten des im Vergleich noch immer zu stark erscheinenden Reiches war natürlich der seit den Tagen der Industrialisierung absolute Schlüsselsektor des deutschen Aufstiegs: die Schwerindustrie.⁷⁷¹ Schon lange vor Kriegsbeginn hatte das rasante Wachstum auf diesem Gebiet zu „Unruhe, ja sogar Eifersucht“⁷⁷² in Frankreich geführt. Als besonders prägend – im negativen Sinne – erwies sich, dass die wie Pilze aus dem Boden schießenden Stahlkonzerne rechts des Rheins nach der Reichsgründung die Annektierung der Erzvorkommen in Lothringen dazu genutzt hatten, ihren bereits seit Mitte des Jahrhunderts wachsenden Produktionsvorsprung noch weiter auszubauen⁷⁷³ und bis zum Jahrhundertwechsel sogar zum bisherigen Branchenprimus Großbritannien aufzuschließen.⁷⁷⁴ Zudem besaß man mit dem Thomas-Verfahren mittlerweile derart ausgeklügelte Stahl-Herstellungsmöglichkeiten, dass sogar qualitativ minderwertigere Erze sehr gut verarbeitet werden konnten. Da Deutschland ferner über äußerst reiche Kohlevorkommen verfügte und mit seinen etwa 60 Millionen Einwohnern einen bedeutend größeren eigenen Absatzmarkt hatte als Frankreich – ein Umstand den man in Paris 1915 ausführlich analysierte und seither durch eine „französisch-belgische Zollunion als Kernbestandteil eines möglichen

⁷⁷⁰ Anthony Adamthwaite, France, Germany and the Treaty of Versailles: France’s bid for power in Europe, 1919–1924, In: Das deutsche Problem in der neueren Geschichte, hrsg. von Karl Otmar Freiherr von Aretin, Jacques Bariéty und Horst Möller, München 1997 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Sondernummer), S. 75–88.

⁷⁷¹ So u.a. Poidevin/Bariéty, Frankreich und Deutschland, S. 324. Zur Entwicklung der deutschen Schwerindustrie siehe Dieter Ziegler, Das Zeitalter der Industrialisierung 1815–1914, In: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick, hrsg. von Michael North, München 2005 [2000], S. 197–286, bes. S. 229–235.

⁷⁷² Bariéty, Das Deutsche Reich im französischen Urteil, S. 210.

⁷⁷³ Dazu Hubert Kiesewetter, Industrielle Revolution in Deutschland. Regionen als Wachstumsmotoren, Stuttgart 2004, v.a. S. 190–193.

⁷⁷⁴ Siehe ausführlich Charles P. Kindleberger, Germany’s Overtaking of England, 1806–1914, In: Ders., Economic Response. Comparative Studies in Trade, Finance, and Growth, Cambridge u.a. 1978, Kap. 7 [zuerst 1975].

italienisch-luxemburgisch-französisch-belgischen Wirtschaftsblocks⁷⁷⁵ zu beheben wünschte –, konnten die deutschen Industriellen ihr Angebot nahezu hervorragend auf die Marktbedürfnisse der Zeit zuschneiden: Während man den etwas schlechteren Stahl lothringischer Herkunft für Halbfertigwaren und Zwischenprodukte nutzte, ging der hochwertigere Stahl aus der Ruhrregion direkt in die äußerst profitablen Zweige Eisenbahn-, Maschinen- und Schiffbau.⁷⁷⁶ Vor dem Hintergrund, dass der Erste Weltkrieg dann nicht unwesentlich als „war of economic resources and of steel“ geführt wurde, und angesichts der Tatsache, dass das Kaiserreich dabei in der Lage war, „to stand up to the Allied coalition for more than four years *because* it had become the leading steelmaking power of Europe“,⁷⁷⁷ leuchtet der französische Versuch, den eigenen Sieg 1918/19 zu einer generellen Machtverschiebung auf diesem Gebiet nutzen zu wollen, tatsächlich ein, zumal sich die Dringlichkeit eines solchen Vorhabens mit dem frühen Wegfall des britisch-amerikanischen Beistandsversprechens ja auch mit Blick auf die eigene Sicherheitsstrategie eher noch zu intensivieren schien.⁷⁷⁸

Dass das Reich nach dem Krieg nun neben den lothringischen Gebieten, die zurück an Frankreich fielen, auch die ökonomisch wichtigen Kohleregionen Schlesiens und an der Saar abtreten musste – letztere nur als Völkerbundmandat, allerdings zur industriellen Verfügung Paris’ –, erscheint so natürlich in einem deutlicheren Licht. Noch im Krieg hatte man sich französischerseits offenkundig der Idee verschrieben, die ökonomische Stärke des alten Erbfeindes nach dem Ende der Kampfhandlungen von Grund auf kontrollieren und dessen Potenzial gänzlich dem eigenen unterordnen zu wollen.⁷⁷⁹ Entsprechend sollte Deutschland von seinen verbliebenen Gruben an der Ruhr noch zusätzliche materielle Reparationen in Form von jährlichen Kohlelieferungen leisten: Neben einem Festbetrag war eine Summe aufzubringen,

„equal to the difference between the annual production before the war of the coal mines of the Nord and Pas de Calais, destroyed as a result of the war, and the [current] production of the mines of the same area“.⁷⁸⁰

Diese bereits in Versailles festgesetzten Forderungen dienten gleichwohl nicht allein dem französischen Wiederaufbau, sondern in erster Linie natürlich einer „Neuaufteilung des Energievor-

⁷⁷⁵ Glaser, Handelspolitische Kriegsziele Deutschlands und Frankreichs, S. 30.

⁷⁷⁶ Ulrich Wengenroth, Partnerschaft oder Rivalität? Die Beziehungen zwischen der deutschen und der französischen Schwerindustrie vom späten 19. Jahrhundert bis zur Montanunion, In: Frankreich und Deutschland. Forschung, Technologie und industrielle Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Yves Cohen und Klaus Manfrass, München 1990, S. 321–330, v.a. S. 323f.

⁷⁷⁷ Jacques Bariéty, France and the Politics of Steel. From the Treaty of Versailles to the International Steel Entente 1919–1926, In: French Foreign and Defence Policy 1918–1940. The Decline and Fall of a Great Power, hrsg. von Robert Boyce, London und New York 1998, S. 30–48, hier S. 30 [Hervorhebung von mir, P.K.].

⁷⁷⁸ Hierzu ausführlich Trachtenberg, Reparation in World Politics, Kap. 3.

⁷⁷⁹ Vgl. Georges[-Henri] Soutou, Problèmes concernant le rétablissement des relations économiques franco-allemandes après la Première Guerre Mondiale, In: Francia 2 (1974), S. 580–596.

⁷⁸⁰ Treaty of Peace with Germany, S. 291. Italien forderte zudem zwischen 4½ und 8½ Mio. Tonnen, Belgien 8 Mio. Tonnen jährlich. Luxemburg erhob Anspruch „equal to the pre-war annual consumption“. Siehe ebd., S. 292.

kommens unter den kontinentaleuropäischen Staaten“. Die deutlich mehr als 40 Millionen Tonnen Kohle, die man jetzt jährlich in Frankreich erwartete, hätten das dortige Energiepotenzial beinahe verdoppelt! In mittelfristiger Perspektive wollte Paris so nicht nur die vermeintliche Parität bislang ungleich verteilter Wirtschaftskräfte und die Neuerrichtung verwüsteter Heimatgebiete sicherstellen, sondern erhoffte sich wohl vor allem, einen „Prozeß der industriellen Umstrukturierung Kontinentaleuropas einzuleiten und soweit voranzutreiben, daß er unumkehrbar würde.“⁷⁸¹

Dieser Plan jedoch, so zeigte die Realität schon bald, war für Frankreich allein kaum umzusetzen. Im Wesentlichen zwei Dinge standen dem Vorhaben im Weg: Auch unabhängig von dem unter nationalen Gesichtspunkten nun sogar teilweise nachvollziehbaren deutschen Widerwillen, den aufoktroierten Zahlungs- und Lieferungsverpflichtungen anstandslos nachzukommen,⁷⁸² erwiesen sich erstens die territorialen Einbußen des Reiches – man verlor etwa drei Viertel der Eisenerzvorkommen und mindestens ein Viertel der Kohleproduktion⁷⁸³ – ebenso wie die Auswirkungen von Kriegs- und Revolutionszeit als einschneidend genug, dass die von französischer Seite gehegten Erwartungen an die deutschen Lieferkapazitäten sich, vorerst jedenfalls, nicht erfüllten.⁷⁸⁴ Wie Peter Krüger mit einigem Recht zu bedenken gegeben hat, wäre Deutschland wohl nur dann in der Lage gewesen, allen an sich gestellten Reparationsforderungen sogleich vollauf nachzukommen, wenn die deutsche Wirtschaft unmittelbar nach Kriegsende wieder zu florieren begonnen hätte und man einen entsprechend hohen Handelsbilanzüberschuss erwirtschaften hätte können. Gerade letzteres lag aber überhaupt nicht im französischen Interesse,⁷⁸⁵ was in seiner paradoxen Logik – zweitens – auch das Verhältnis innerhalb der ehemaligen Kriegsallianz spürbar verschlechterte. Hatten es London und Washington schon in Versailles für klüger gehalten, die tatsächliche deutsche Leistungsfähigkeit erst von Experten eingehend überprüfen zu lassen und dem Reich eventuell sogar etwas Erholungszeit zuzubilligen, bevor man aus rein machtpolitischen Erwägungen direkt Reparationsforderungen quantifiziert,⁷⁸⁶ verleitete wirtschaftliches Konkurrenzdenken die Regierenden in Frankreich dazu, *sofort* ein Maximum an deutschen Reparationen einzufordern.⁷⁸⁷ Aus sicherheitspolitischem Kalkül war man jedoch gleichzeitig nicht bereit, dafür eine vollständig intakte deutsche Ökonomie zur Erwirtschaftung dieser Reparationsleistungen zu dulden.⁷⁸⁸ Angesichts der hier offen zutage tretenden Unstimmigkeiten und Wider-

⁷⁸¹ Alle Zitate: Bariéty, Deutschland, Frankreich und das Europa von Versailles, S. 66f.

⁷⁸² In diese Richtung auch Krüger, Das Reparationsproblem der Weimarer Republik in fragwürdiger Sicht, S. 34–40.

⁷⁸³ Diese Zahlen bei Gunther Mai, Die Weimarer Republik, München 2009 (Beck'sche Reihe; 2477), S. 34f.

⁷⁸⁴ Siehe Bariéty, France and the Politics of Steel, S. 35f.

⁷⁸⁵ So Krüger, Europäische Ordnung und deutsch-französische Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, S. 252.

⁷⁸⁶ Hierzu Cohrs, The Unfinished Peace after World War I, S. 58f.

⁷⁸⁷ Vgl. ausführlich Étienne Weill-Raynal, Les réparations allemandes et la France, 3 Bde., Paris 1938–1947, Bd. 1: Des origines jusqu'à l'institution de l'état des payement (novembre 1918 – mai 1921).

⁷⁸⁸ Siehe Blessing, Der mögliche Frieden, S. 74.

sprüche entfernten sich die Mitglieder der ehemaligen Kriegsallianz zwangsläufig noch weiter voneinander – und das, obwohl ihr Zusammenhalt für die französische Seite auch nach dem Debakel des Sicherheitspaktes in vielerlei Hinsicht von enormer Wichtigkeit war.⁷⁸⁹ Bald herrschte in Paris jedenfalls endgültig die „allgemeine Überzeugung [vor], Frankreich könne nicht auf seine alten Verbündeten zählen“;⁷⁹⁰ schon gar nicht, wenn es um eine konsequente Deutschlandpolitik ging. Man wählte sich zunehmend auf sich allein gestellt gegen die unermüdlichen, unkontrollierbaren Berliner Revisionsbestrebungen.

In dieser Einschätzung bestätigt fühlte sich Paris auch angesichts der Diskrepanz zwischen den mehr denn je kompromisslos erwarteten, von Deutschland dann aber tatsächlich nur in deutlich geringerem Umfang geleisteten Sachlieferungen während des ersten Jahres nach Inkrafttreten des Friedensvertrages.⁷⁹¹ Französische Politik und Öffentlichkeit interpretierten das Auseinanderklaffen zwischen den eigenen Ansprüchen an das Reich und den letztendlichen Leistungen aus dem Reich den altbekannten Wahrnehmungsmustern entsprechend ohne Umschweife als Intransigenz, ja als Provokation. Der politische Kommentator des *Le Matin*, Edmond Laskine, zeichnete dabei sprachlich gewissermaßen bereits den Weg künftiger Auseinandersetzungen vor, als er eine großangelegte, revisionistische „offensive allemande“ in Gang gesetzt sah

„avec la destruction du traité pour objectif, les réparations comme première ligne à enlever, les théories économiques comme artillerie d’assaut, et un brillant état-major de financiers et de professeurs au grand quartier général.“⁷⁹²

Wie selbstverständlich ging man sofort davon aus, dass die angeblichen deutschen ‚Lieferschwierigkeiten‘ lediglich vorgetäuscht seien und sich Berlin einzig und allein der Reparationsverantwortung zu entziehen wüßte.⁷⁹³

Einmal mehr hatte aber auch Berlin selbst diesen Eindruck zusätzlich bestärkt. Der neue deutsche Außenminister Simons⁷⁹⁴ – das so sehr auf Verhandlungsmöglichkeiten bedachte Kabinett Bauer war durch den Kapp-Lüttwitz-Putsch, nur wenige Tage nach der Einigung in der Auslieferungsfrage, zum Rücktritt gezwungen gewesen und auch die Nachfolgeregierung unter Müller selbst hielt gerade einmal zehn Wochen⁷⁹⁵ – nahm die erste gemeinsame Nachkriegskonferenz im belgischen Spa im Juli 1920 weniger als Gelegenheit wahr, an der Festlegung der letztendli-

⁷⁸⁹ Hierzu Peter Jackson, French Security and a British ‚Continental Commitment‘ after the First World War: a Re-assessment, In: English Historical Review 126 (2011) 519, S. 345–385.

⁷⁹⁰ Georges[-Henri] Soutou, Die deutschen Reparationen und das Seydoux-Projekt 1920/21, In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 23 (1975) 3, S. 237–270, hier S. 244.

⁷⁹¹ Siehe dazu Jean-Jacques Boisvert, Les relations franco-allemandes en 1920, Montreal 1977, S. 176.

⁷⁹² Edmond Laskine, L’offensive allemande contre le traité et la grande querelle du „Forfait“, *Le Matin* vom 10.10.1920.

⁷⁹³ So auch Rödder, Zwischen Besatzung und Besetzung, S. 205f.

⁷⁹⁴ Zu Simons Horst Gründer, Walter Simons (1961–1937), In: Die Weimarer Republik. Portrait einer Epoche in Biographien, hrsg. von Michael Fröhlich, Darmstadt 2002, S. 27–40.

⁷⁹⁵ Hierzu u.a. Büttner, Weimar, Kap. 6.

chen deutschen Reparationssumme, über deren Höhe die Siegerstaaten ja noch zu befinden hatten, beschwichtigend mitzuwirken, um so generell auch die internationale Lage zu beruhigen, sondern witterte offenkundig eher die Chance zum „Nachholen der bisher verweigerten Generaldiskussion über die Friedensbedingungen [...] mit dem Ziel [...] [der] Revision“.⁷⁹⁶ Dieses letztlich unkluge Vorgehen, das sich besonders augenfällig auch darin zeigte, dass man zum Beispiel erneut die Entwaffnungsfrage aufzurollen hoffte während der Verhandlungen,⁷⁹⁷ spielte natürlich ausschließlich jenem Teil der Pariser Politik in die Karten, der die Sinnhaftigkeit jedweder Gespräche generell bestritt und „den in seiner Sicht nur halben Sieg von Versailles“ jetzt endlich „in einen vollen zu verwandeln“ gedachte.

Ein solches Unterfangen sollte zunächst vor allem durch eine unnachgiebige Reparationspolitik gewährleistet werden, die fortan „darauf hinauslief, bei [je]der zu erwartenden Nichterfüllung auch geringeren Ausmaßes Faustpfänder [...] zu nehmen“.⁷⁹⁸ Man spekulierte hierbei nicht unbedingt damit, dass utopisch hohe Forderungen die Erfüllung deutscherseits von vorneherein unmöglich machen würden,⁷⁹⁹ sondern kalkulierte bewusst mit der bisher so konsequent zutage getretenen deutschen Verweigerungshaltung, an deren Existenz – zumindest innerhalb Frankreichs – kaum jemand wirklich zweifelte. In Pariser Kreisen kursierten längst Schätzungen, wonach das deutsche Industriepotenzial das eigene schon ein Jahr nach Kriegsende wieder um mehr als das Doppelte übertreffen hätte können.⁸⁰⁰ Deutschland verschleierte jedoch, so glaubte man, seine Leistungsfähigkeit gezielt, indem die vorhandenen Ressourcen „zum Teil unökonomisch verwendet würden.“ Wie der nächste französische Botschafter in Berlin, Charles Laurent, im September 1920 bemängelte, ließe man „zum Beispiel gewisse Hochöfen brennen, ohne dass dies wirtschaftlich erforderlich sei, während man Eisenindustriellen, die genügend Aufträge hätten, ohne Kohlen lasse.“⁸⁰¹ Unter diesem Eindruck wuchs natürlich auch innerhalb der französischen Bevölkerung die generelle Einsicht, dass nationale Reparations- und Sicherheitsziele notfalls mit Gewalt gegen die deutsche Revisionstaktik durchgesetzt werden mussten.⁸⁰² Nicht zuletzt vor einem solchen Hintergrund erklärt sich, dass alsbald „[m]ost French favored [the] enforcement of the Versailles treaty“.⁸⁰³

Diese sich immer mehr verfestigende Haltung Paris' prägte, um nicht zu sagen: behinderte zu einem nicht unerheblichen Teil auch die parallel laufenden Bemühungen um eine interalliierte

⁷⁹⁶ Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, S. 107.

⁷⁹⁷ Siehe die Besprechungen der deutschen Delegation in Spa vom 07. und 08.07.1920 in AdR Fehrenbach, Nr. 16f.

⁷⁹⁸ Alle Zitate: Hillgruber, „Revisionismus“, S. 605f.

⁷⁹⁹ Das glaubt gleichwohl Blessing, Der mögliche Frieden, S. 74.

⁸⁰⁰ Siehe Jackson, French Security and a British ‚Continental Commitment‘ after the First World War, v.a. S. 350f.

⁸⁰¹ Unsignierte Aufzeichnung vom 30.09.1920 in PA AA R 28232k.

⁸⁰² Hierzu A. Sharp, The Enforcement of the Treaty of Versailles, bes. S. 434.

⁸⁰³ Kleine-Ahlbrandt, The Burden of Victory, S. 40.

Bezifferung der konkreten geldlichen Reparationsforderung an Deutschland. In der Tat zeitigte es mittlerweile „fatale Folgen“,⁸⁰⁴ dass die Siegermächte entsprechende Beträge nicht schon längst festgelegt hatten, da die Wiedergutmachungsfrage auch zwischen ihnen zum „divisive issue“⁸⁰⁵ zu werden drohte. Während Lloyd George bereits der Meinung zuneigte, die moralisch zweifelsohne berechnete Reparationspflicht Deutschlands müsse nicht nur im Einklang stehen mit dessen Leistungskraft, sondern auch mit den Bedürfnissen des Welthandels und den englischen Vorstellungen von einem kontinentalen Gleichgewicht,⁸⁰⁶ hatte sich in Paris längst die Deutung durchgesetzt, die Reparationen seien

„also a contest for dominance in European economy, or more precisely a struggle over access to scarce capital and energy resources in a period of increasing competition and shrinking markets“.⁸⁰⁷

Zwar gelang es den einstigen Verbündeten vorerst noch einmal, sich zumindest ungefähr auf eine gemeinsame Größenordnung zu verständigen im Frühjahr 1921,⁸⁰⁸ jedoch kam es schon in der unmittelbaren Folge der dafür nötigen Konferenzen und Meetings in dem Maße zum „Zusammenbruch der französisch-britischen Entente“,⁸⁰⁹ wie zum einen die englische Politik immer mehr Verständnis für Deutschland aufbrachte und immer weniger Bereitschaft zeigte, sich mit den französischen Befindlichkeiten auseinanderzusetzen – Antony Lentin nannte dieses Vorgehen gar „a deliberate attack on French policy“, mit dem Hinweis: „and it was understood as such“⁸¹⁰ –, und wie zum anderen die deutsche Industrie binnen Monaten wieder das eigene schwerindustrielle Produktionsniveau der Vorkriegszeit zu erreichen schien.⁸¹¹ Dass die Regierungen in Berlin trotz dieser erstaunlich schnell einsetzenden Erholung immer noch darauf bestehen wollten, jede noch so geringe Zahlung „nur unter den größten Schwierigkeiten und unter starker Belastung der Zukunft“⁸¹² leisten zu können, man also unbeirrt an der doppelzüngigen „Erfüllungspolitik“ festhielt, brachte aus Pariser Sicht das sprichwörtliche Fass zum Überlaufen.

Je mehr sich die Ansicht zu bestätigen schien, dass die Reparationen zum „primary battlefield“ werden würden „in the continuing contest over who won the war and over whether Germany

⁸⁰⁴ Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1, S. 417.

⁸⁰⁵ Gomes, *German Reparations*, S. 3.

⁸⁰⁶ Siehe Gottfried Niedhart, *Multipolares Gleichgewicht und weltwirtschaftliche Verflechtung: Deutschland in der britischen Appeasement-Politik 1919–1933*, In: *Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas*, hrsg. von Michael Stürmer, Königstein im Taunus 1980 (Neue wissenschaftliche Bibliothek: Geschichte; 112), S. 113–130, S. 118f.

⁸⁰⁷ Schuker, *The End of French Predominance in Europe*, S. 384.

⁸⁰⁸ Vgl. in aller Ausführlichkeit Gomes, *German Reparations*, Kap. 2.

⁸⁰⁹ Siehe Boyce, *The Great Interwar Crisis and the Collapse of Globalization*, Kap. 2.5.

⁸¹⁰ Antony Lentin, *Lloyd George and the Lost Peace. From Versailles to Hitler, 1919–1940*, Basingstoke u.a. 2001, S. 18.

⁸¹¹ Hierzu Poidevin/Bariéty, *Deutschland und Frankreich*, S. 325f.

⁸¹² So der Brief von Reichskanzler Wirth an den damaligen britischen Berlin-Botschafter Edgar Vincent, den 1st Viscount D’Abernon, vom 16.08.1921 in AdR Wirth, Nr. 68.

would again dominate the continent“,⁸¹³ desto unnachgiebiger wurde die französische Haltung. Blieb Deutschland bei seiner Revisionstaktik, so deutete sich an, würde es Paris wohl oder übel darauf ankommen lassen, die eigenen Ansprüche mit anderen Mitteln durchzusetzen. Solange sich das Reich weiter weigerte, seiner Verantwortung nachzukommen, galt es, sich selbst zu helfen, was letztlich nichts anderes bedeuten konnte als: „channels of payment needed to be created.“⁸¹⁴ Wenig überraschend rückte dafür das Ruhrgebiet in den Mittelpunkt des Interesses.

Die internationale Geschichtswissenschaft hat natürlich auch die Fragen, wann und mit welchem konkreten Motiv in Paris eine Entscheidung zur Ruhrbesetzung gefallen ist, ausgiebig diskutiert. Die dabei entstandenen Deutungsangebote liegen gleichwohl wieder einmal erstaunlich weit auseinander: Der bereits erwähnte Jacques Bariéty geht davon aus, dass Poincaré sich während seiner zweiten Amtszeit als Ministerpräsident erst relativ spät in einer eigens anberaumten Sitzung mit dem inzwischen zum Präsidenten aufgestiegenen Millerand, Kriegsminister André Maginot, Weltkriegskommandeur Foch und Rheinlandkommissar Tirard am 27. November 1922 zum aktiven Handeln habe durchringen können. Die Ziele Frankreichs – die eigene außenpolitische Isolation hinter sich zu lassen, die deutsche Reparationssäumigkeit zu bestrafen, die ökonomischen Probleme der heimischen Eisenindustrie aufzufangen, die innenpolitischen Handlungszwänge zu überwinden und etwas gegen das immer noch durch die Pariser Gazetten geisternde ‚Gespenst von Rapallo‘ zu tun – seien dabei zwar allesamt „allgemeinpolitischer Natur gewesen“, jedoch habe der Regierungschef selbst bestimmt, es nun „auf eine allgemeine Machtprobe [...] über den Sinn und die endgültige historische Bedeutung und Tragweite des Versailler Vertrages“⁸¹⁵ ankommen zu lassen. Kurzum: „Poincaré prendra sa décision seulement.“⁸¹⁶

Bariéty's französischer Landsmann Stanislas Jeannesson hat dagegen eingewandt, dass der vermeintliche Kriegsrat vom 27. November lediglich „une décision prise depuis l'échec de la conférence de Londres“ erneuert habe. Die generelle Richtungsentscheidung pro Besetzung sei demnach bereits im Frühjahr 1921 gefallen, als Frankreich sich in seinen Reparationsvorstellungen wieder einmal von Deutschland getäuscht und von den ehemaligen Alliierten im Stich gelassen fühlte. Der Okkupationsplan habe insofern eine vielschichtige „évolution [...] sur le sens et les objectifs“⁸¹⁷ durchlebt, bevor Poincaré ihn schlussendlich in die Tat umsetzte. Dessen Rückkehr

⁸¹³ Sally Marks, *Reparations in 1922*, In: *Genoa, Rapallo, and European Reconstruction in 1922*, hrsg. von Carole Fink, Axel Frohn und Jürgen Heideking, Cambridge u.a. 1991, S. 65–76, hier S. 66.

⁸¹⁴ Trachtenberg, *Reparation in World Politics*, S. 107.

⁸¹⁵ Jacques Bariéty, *Die französische Politik in der Ruhrkrise*, In: *Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg*, hrsg. von Klaus Schwabe, Paderborn 1985, S. 11–27, hier S. 18.

⁸¹⁶ Bariéty, *Les relations franco-allemandes après la Première Guerre Mondiale*, S. 106.

⁸¹⁷ Stanislas Jeannesson, *Poincaré, la France et la Ruhr (1922–1924). Histoire d'une occupation*, Straßburg 1998 (Collection Les mondes germaniques; 7), S. 117.

in das Amt des Ministerpräsidenten sei gleichwohl, so Jeannesson, von der Mehrheit der Franzosen vor allem deshalb derart hoffnungsvoll begrüßt worden, weil der einstige Vater der *Union sacrée* dafür zu bürgen schien, dass „les deux questions centrales et lancinantes qui conditionnent l'ensemble de la politique française: celle de réparations et celle de la sécurité“⁸¹⁸ eventuell doch noch zu einem guten Ende zu führen waren für Paris. Hochfliegende Erwartungen an Poincaré als den „homme de clarté“,⁸¹⁹ der sofort „mesures énergiques et [...] sanctions“ „contre la mauvaise volonté évidente de l'Allemagne“⁸²⁰ zur Anwendung bringen würde, hätten nach der Einschätzung von dessen britischem Biographen John F.V. Keiger wiederum nur auf einer Verken- nung der tieferen politischen Überzeugungen des neuen Ministerpräsidenten beruht. In Wirklich- keit habe dieser während des Jahres 1922 nämlich „not directly participate[d] in the development of the Ruhr doctrine“. Vielmehr sei er mit Blick auf Deutschland „far more moderate“⁸²¹ aufge- treten als die meisten anderen damaligen Spitzenpolitiker in seiner unmittelbaren Umgebung. Im Grunde, resümiert Keiger, sei es sogar eher so gewesen, dass Poincaré „had to be pushed into the Ruhr, apparently by President Millerand and the war minister, Maginot.“⁸²²

Eine solche Aufzählung möglicher Erklärungsansätze für den französischen Entschluss zur Ruhrbesetzung und dessen unmittelbaren Umstände ließe sich beliebig fortsetzen, freilich ohne dass man damit einem wie auch immer gearteten wissenschaftlichen Konsens wirklich näher kä- me. Die Frage allerdings, ob Poincaré, „aufs äußerste entschlossen, [...] mit Sanktionen gegen Deutschland vorzugehen“,⁸²³ die Militäraktion im Januar 1923 anordnete, um für Frankreich eine „artificial hegemony“⁸²⁴ herauszuschlagen, oder aber ob er als eher ängstlicher „procrastinator who did not wish to enter the Ruhr, especially militarily, and, once there, did not know what to do“,⁸²⁵ von anderen zu dem Unternehmen überredet werden musste, darf nicht die von Jeannes- son zu Recht angesprochene und mindestens ebenso wichtige Tatsache verdecken, dass die grundsätzliche Idee eines französischen Militäreinmarsches ins Ruhrgebiet schon weit vor ihrer Realisierung ausführlich thematisiert und diskutiert worden war; und zwar nicht nur in Frankreich selbst, sondern auch in den anderen europäischen Öffentlichkeiten. Die ‚Ruhrbesetzung‘ hatte sich als politisches Schlagwort etabliert, lange bevor Poincaré wieder das tagespolitische Geschäft übernommen hatte.

⁸¹⁸ Stanislas Jeannesson, Pourquoi la France a-t-elle occupé la Ruhr?, In: *Vingtième Siècle* 51 (1996), S. 56–67, S. 57.

⁸¹⁹ Stéphane Lauzanne, Un homme de clarté, *Le Matin* vom 16.01.1922.

⁸²⁰ Jean Guiraud, Le ministère Poincaré, *La Croix* vom 17.01.1922.

⁸²¹ Keiger, Raymond Poincaré, S. 294f.

⁸²² John F.V. Keiger, Raymond Poincaré and the Ruhr Crisis, In: *French Foreign and Defence Policy 1918–1940. The Decline and Fall of a Great Power*, hrsg. von Robert Boyce, London und New York 1998, S. 49–70, S. 59.

⁸²³ Kolb, Die Weimarer Republik, S. 51.

⁸²⁴ Cohrs, *The Unfinished Peace after World War I*, S. 70.

⁸²⁵ Sally Marks, Poincaré-la-Peur. France and the Ruhr Crisis of 1923, In: *Crisis and Renewal in France 1918–1962*, hrsg. von Kenneth Mouré und Martin S. Alexander, New York u.a. 2002, S. 28–45, hier S. 30.

Schon auf der angesprochenen Konferenz in Spa im Juli 1920, hatte Paris – damals noch vertreten durch Millerand – die Okkupation deutscher Territorien öffentlich in Erwägung gezogen, um ein mögliches Druckmittel parat zu haben, falls das Reich auch künftig die Strafklauseln des Versailler Vertrages zu hintertreiben versuche. Im Schlussprotokoll der Konferenz hieß es dazu unmissverständlich: Bleibe Deutschland bis Ende des Jahres weiterhin hinter seinen Auflagen und Verpflichtungen zurück, „les Alliés procéderaient à l’occupation d’une nouvelle partie du territoire allemand, région de la Ruhr ou toute autre.“⁸²⁶ Damit hatte man jene frühere Strafan drohung konkretisiert, die Millerand schon einige Monate zuvor schriftlich an Mayer gerichtet hatte. Würde Deutschland den im Versailler Vertrag vorgesehenen Kohlelieferungen nicht schnellstmöglich in vollem Umfang nachkommen, so hieß es in der Note vom 8. Februar,

„le gouvernement de la République se verra forcé de recourir ‚aux actes de prohibition et de représailles économiques et financières‘ et en général à telles autres mesures qu’il estimera nécessitées par les circonstances“.⁸²⁷

Wie ernst es der französischen Politik mit solchen ‚Maßnahmen‘ war, zeigte sich dann bereits im März desselben Jahres, als Paris energisch gegen die von Berlin erwogenen Truppenverlegungen ins rheinisch-westfälische Industriegebiet einschritt, mit der man deutscherseits auf dortige Unruhen durch linksgerichtete Republikgegner reagieren wollte.⁸²⁸ Das betroffene Territorium gehörte zu jenen 50 Kilometern rechts des Rheins, die der Versailler Vertrag zur ‚entmilitarisierten Zone‘ erklärt hatte. Als das Kabinett Bauer dennoch mit Freikorpsverbänden gegen die Aufständischen vorgehen wollte, besetzten französische Streitkräfte kurzerhand Frankfurt, Darmstadt, Hanau sowie deren unmittelbares Umland.⁸²⁹ Wer auch immer bis hierhin geglaubt hatte, Frankreich würde sich zu solchen konkreten Sanktionsmaßnahmen nicht durchringen können ohne alliierten Beistand, hätte eigentlich spätestens jetzt eines Besseren belehrt sein müssen,⁸³⁰ schließlich erlebte er in gewisser Weise bereits eine erste Probe für das, was noch zu kommen drohte.

Aus den Köpfen der Zeitgenossen war die ‚Ruhrbesetzung‘ danach nicht mehr herauszubekommen. Vor allem die internationale Presse überschlug sich fortan mit immer neuen Spekulationen, Kriegsszenarien und Wasserstandsmeldungen.⁸³¹ Im Auswärtigen Amt mehrten sich zudem ab Herbst 1920 die konkreten Informationen, wonach die französischen Verantwortlichen längst detaillierte Einmarschpläne für die Ruhrregion durchspielen würden und der politische Wille, diese umzusetzen, stetig weiter wachse. Um „die wirtschaftlichen Entschädigungen Deutschlands

⁸²⁶ Das Schlussprotokoll vom 16.07.1920 findet sich in: Documents relatifs aux réparations [künftig: DD Réparations], 2 Bde., hrsg. vom Ministère des Affaires étrangères, Paris 1922–1924, Bd. 1, Nr. 9.

⁸²⁷ Ministerpräsident Millerand an Mayer vom 08.02.20 in DDF 1920 I, Nr. 91.

⁸²⁸ Vgl. dazu zunächst die Überlegungen der Regierung Bauer in der Kabinettsitzung vom 27.03.1920 in AdR Bauer, Nr. 217 und dann den französischen Protest bei Mayer an AA vom 18.03.1920 in ADAP A III, Nr. 71.

⁸²⁹ Hierzu Beaupré, *Occuper l’Allemagne après 1918*, Abs. 15.

⁸³⁰ Siehe A. Sharp, *The Enforcement of the Treaty of Versailles*, S. 426f.

⁸³¹ Vgl. noch einmal Lauter, *Sicherheit und Reparationen*, S. 261–264.

[...] sicherzustellen“, sei Paris schon bei nächster Gelegenheit darauf aus, so hieß es in internen Lagebeurteilungen, „das Ruhrgebiet als den hauptsächlichsten Faktor in der Wiedergutmachungsfrage zu besetzen“. In den Reparationsstreitigkeiten sahen Berliner Beobachter dafür gleichwohl nur eine Art Vorwand. Den „wahren Grund“ vermutete man eher darin, „dass Frankreich das Ruhrgebiet unter allen Umständen brauche“ für sich und seine schwächelnde Ökonomie, deren Konjunktur man von Deutschland aus „in schwerster Krise“⁸³² wähte.

Aus solchen Analysen ergaben sich schon bald relativ konkrete Vorstellungen darüber, wie sich das Reich verhalten sollte gegenüber den französischen Plänen. Während lediglich die Vertreter einer relativ kleinen Minderheit, unter ihnen einzelne jüngere Diplomaten, eine Handvoll erfahrene Beamte und einige Intellektuelle, zunächst zur Mäßigung rieten und eine wie auch immer geartete „Protest-Aktion für völlig verfehlt und wirkungslos“⁸³³ erachteten, versteifte sich die erkennbare Mehrheit der Deutschen – und mit ihr gerade die besonders einflussreichen Kräfte aus Industrie, Finanz und Militär – auf die Ansicht, dass unter diesen Umständen „von vornherein jede weitere [deutsche] Verständigungsbereitschaft als sinnlos“⁸³⁴ abzulehnen sei. Wenn es Frankreich in seiner „Siegerkrankheit“ eh darauf anlege, „zur Gewaltanwendung [zu] schreiten“, so erklärte der nach Spa mitgereiste Industrielle Hugo Stinnes, werde das Reich „aus natürlichem Recht“⁸³⁵ heraus künftige Forderungen der Alliierten noch bestimmter und selbstbewusster zurückweisen müssen als bisher. Dieser Sichtweise schloss sich überwiegend auch die heimische Publizistik an: Deutschland solle unbedingt die „Revision dieses unmoralischen Friedens, der das gesamte deutsche Volk der Sklaverei preisgibt“, erkämpfen, hieß es, mit allen dafür notwendigen Mitteln. Den bereits im „Erdrosselungsfrieden“⁸³⁶ erkennbaren französischen Machtphantasien gelte es jetzt, wo sie auch nach der Ruhr greifen würden, aktiv entgegenzutreten, selbst wenn konkrete Gegenmaßnahmen vorerst noch im Dunkeln zu liegen schienen. Allerdings deutete sich bereits an, warum man im Verlauf der kommenden Monate darauf zu hoffen begann, dass

„Germany might substantially improve its international position by establishing a special, intimate relationship with Soviet Russia, thereby continuously threatening other European powers with a close Russo-German tie on all levels and thus demonstrating for domestic as well as international purposes a strong sense of national independence.“⁸³⁷

⁸³² Alle Zitate: Undatierte und unsignierte AA-Aufzeichnung, vmtl. aus dem Oktober 1920, in PA AA R 28232k.

⁸³³ So der Astronom Wilhelm Foerster, gerade von einer Paris-Reise und einem dortigen Gespräch mit Mayer zurückgekehrt, in einem Brief an StS. Simons vom 8.9.1920 in PA AA R 28232k.

⁸³⁴ Peter Krüger, Die Rolle der Banken und Industrie in den deutschen reparationspolitischen Entscheidungen nach dem Ersten Weltkrieg, In: *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, hrsg. von Hans Mommsen, Dietmar Petzina u. Bernd Weisbrod, 2 Bde., Düsseldorf 1977 [1974], Bd. 2, S. 568–582, S. 582.

⁸³⁵ Protokoll der Spa-Konferenz-Sitzung vom 10.07.1920 nach einer – einen Tag später angefertigten – Aufzeichnung des deutschen AA-Mitarbeiters Thomsen in ADAP A III, Nr. 195.

⁸³⁶ So der bereits zitierte Hans Delbrück in dem von Lersner herausgegeben Kommentarband: *Versailles!*, S. 52.

⁸³⁷ Peter Krüger, *A Rainy Day, April 16, 1922: The Rapallo Treaty and the Cloudy Perspective for German Foreign Policy*, In: *Genoa, Rapallo, and European Reconstruction in 1922*, hrsg. von Carole Fink, Axel Frohn und Jürgen Heideking, Cambridge u.a. 1991, S. 49–64, hier S. 56.

Auch wenn der konkrete ‚Gestaltungsoptimismus‘ des Rapallo-Vertrages im März 1920 noch nicht unbedingt greifbar gewesen ist, zeigte sich doch schon zu diesem frühen Zeitpunkt die stetig wachsende Bereitschaft zur Konfrontation mit Frankreich, deren Antrieb für den weiteren Gang der Ereignisse nicht unterschätzt werden darf, zumal man in Paris natürlich immer noch sehr genau beobachtete, dass weite Teile der Gesellschaft und gerade auch die Vertreter der Wirtschaft unter gar keinen Umständen bereit schienen, eine Lösung der Reparationsfrage nach alliierten Vorstellungen zu akzeptieren.⁸³⁸ Stinnes erklärte dazu in Spa überdeutlich: Noch ein „Diktat können wir nicht annehmen, dafür steht Ihnen [den Alliierten] nach unseren Vorleistungen auch [...] das Recht nicht zur Seite!“⁸³⁹ Der allgemein beklagte ‚Fehler‘ der Versailler Friedensunterzeichnung, so ließ sich diese Position zuspitzen, sollte sich unter keinen Umständen wiederholen. Hatte man – in zeitgenössischer Interpretation – damals noch die Gelegenheit verpasst, „in der ganzen Welt einen ungeheuren moralischen Eindruck“⁸⁴⁰ zu machen durch eine strikte Ablehnung, ließe sich, so wurde suggeriert, dieses Versäumnis jetzt wiedergutmachen. Anders als einige politisch Verantwortliche, denen es aus Kenntnis um die militärische Stärke der Gegenseite⁸⁴¹ logischerweise dringlicher erschien, jede weitere Provokation zu vermeiden, die „den Alliierten, und namentlich Frankreich, einen Vorwand geben könne [...] zur Besetzung des Ruhrreviers“, ⁸⁴² tönnte durch die deutsche Öffentlichkeit überschwänglich: „Vermittlungen sind unmöglich, nur durch Extreme kann Deutschland wieder das werden, was es vor dem Krieg war.“⁸⁴³

Wie viel Gewicht solchen irrationalen Forderungen oder zumindest ihrem gesellschaftlichen Echo zukam, zeigte sich exemplarisch bei dem vielleicht einzigen größer angelegten französischen Versuch, auf Deutschland zuzugehen während der unmittelbaren Nachkriegszeit. Als der Wirtschaftsdirektor des Quai d’Orsay, ein gewisser Jacques Seydoux, seinen Ministeriumschef Millerand Ende 1920 vorübergehend für den ambitionierten Plan gewinnen konnte, unter Ausschluss der Engländer allein mit dem Reich – und damit in totaler Abkehr von der bisherigen Politik gegenüber Berlin und London – die Reparationsfrage bilateral durch eine temporäre Pauschallösung zu entschärfen,⁸⁴⁴ schlug die Regierung Fehrenbach in Berlin de facto genau *die* Gesprächsoptionen aus, um die sich ihre unmittelbaren Vorgänger so sehr bemüht hatten. Seydoux in der damaligen Situation durchaus spektakuläre Idee von festen und in ihrer Höhe halbwegs

⁸³⁸ Dazu auch Georges[-Henri] Soutou, Der Einfluß der Schwerindustrie auf die Gestaltung der Frankreichpolitik Deutschlands 1919–1921, In: *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, hrsg. von Hans Mommsen, Dietmar Petzina und Bernd Weisbrod, 2 Bde., Düsseldorf 1977 [1974], Bd. 2, S. 543–552.

⁸³⁹ Protokoll während der Spa-Konferenz vom 10.07.1920 durch Thomsen in ADAP A III, Nr. 195.

⁸⁴⁰ So die Sonderausgabe *Der Montag des Berliner Lokal-Anzeigers* vom 23. Juni 1919.

⁸⁴¹ Siehe die entsprechende Truppenschätzung des französischen Heeres durch das Reichswehrministeriums vom 29.10.1920 in PA AA R 28232k.

⁸⁴² StS. Adolf Boyé an die Reichskanzlei vom 21.10.20 in ADAP A IV, Nr. 18.

⁸⁴³ *Oleżkoer Zeitung* vom 26.08.1921, zit. nach: Winkler, Weimar, S. 161.

⁸⁴⁴ Vgl. u.a. Gomes, *German Reparations*, S. 57.

verträglichen Fünfjahresraten, die der deutschen Wirtschaft mehr Entwicklungsspielraum lassen sollten, war natürlich nicht aus purem Altruismus entstanden, sondern fußte auf der Überzeugung, dass einerseits nur ein halbwegs prosperierendes Deutschland in der Lage wäre, Reparationen zu zahlen – respektive überhaupt dazu bereit sei –, und dass Frankreich andererseits bis dahin die überfälligen deutschen Sachlieferungen so dringend benötige, dass weitere Verzögerungen und Streitereien unbedingt vermieden werden mussten.⁸⁴⁵ Während Seydoux zu diesem Zwecke in Paris nun ausgesprochen hellichtig die Auffassung vertrat, dass es keinen europäischen Aufschwung ohne ein wirtschaftlich starkes Reich, aber eben auch keinen französischen Aufschwung außerhalb der gesamteuropäischen Entwicklung geben könne,⁸⁴⁶ und enorme Mühe hatte, diese Argumentation gegen jene politisch sicher einflussreicheren Kräften zu verteidigen, die eine rigide Sanktionspolitik forderten,⁸⁴⁷ mangelte es in Deutschland selbst – das wurde schnell deutlich – grundsätzlich an der nötigen Bereitschaft zur Etablierung einer solchen „pragmatischen [oder wenigstens pragmatischeren; P.K.] Verständigungspolitik“.⁸⁴⁸ In dem Maße, wie Seydoux Absichten erkennbar darauf hinausliefen, dem Reich und seiner Volkswirtschaft die Zahlung von Reparationen längerfristig zu ermöglichen – diese Perspektive hatte in Paris bislang ja gänzlich gefehlt –, setzte sich in Berlin eine gewisse Strategiekorrektur der ‚Erfüllungspolitik‘ durch, wonach man überhaupt nur dann „in Verhandlungen [...] einzutreten“ wünschte, wenn sich „die Unmöglichkeit [der Reparationserfüllung] während der Verhandlungen herausstelle[n]“⁸⁴⁹ lassen würde. Ein Gespräch, in das die Franzosen mit dem Ziel gingen, Deutschlands Zahlungskraft zu verbessern, erschien danach kontraproduktiv. Noch im Dezember 1920 erwiderte man Seydoux, dass sich der deutschen Seite unter diesen Umständen „natürlich mehr Gesichtspunkte auf[drängten], die *gegen* eine solche Regelung sprechen.“⁸⁵⁰

Mit diesem kaum verhohlenen Fingerzeig auf die engen Grenzen der deutschen Kompromissbereitschaft bestätigte Berlin fahrlässig – schließlich wusste man ja in etwa vom Stand der Pariser Ruhrpläne – und nicht zum ersten Mal die bislang französischerseits gehegte Skepsis zu den Realisierungschancen „einer kooperativen Außenpolitik“.⁸⁵¹ Nachdem das Kabinett Bauer so sehr auf gemeinsame Gespräche gedrungen hatte, demonstrierte sein Nachfolger, dass Deutsch-

⁸⁴⁵ Hierzu Trachtenberg, *Reparation in World Politics*, S. 158.

⁸⁴⁶ Siehe dafür Y [d.i. Jacques Seydoux], *Du traité de Versailles aux accord de Wiesbaden: Le Réalisation de la politique des Réparations*, *L'Europe Nouvelle* vom 15.10.1921. Vgl. dazu auch Stanislas Jeannesson, Jacques Seydoux et la diplomatie économique dans la France de l'après-guerre, In: *Relations internationales* 121 (2005) 1, S. 9–24.

⁸⁴⁷ Dazu Anna-Monika Lauter, Die öffentliche Meinung in Frankreich im Vorfeld der Ruhrbesetzung, In: *Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923*, hrsg. von Gerd Krumeich und Joachim Schröder, Essen 2004 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens; 69), S. 85–97.

⁸⁴⁸ Krüger, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, S. 117.

⁸⁴⁹ So RAM Simons in der Kabinettsitzung vom 15.01.1921 in AdR Fehrenbach, Nr. 156.

⁸⁵⁰ Aufzeichnung vom Wirtschafts-Ministerialdirektor Günther von Le Suire über ein Gespräch mit den französischen Delegierten auf der Brüsseler Sachverständigenkonferenz vom 20.12.1920 in AdR Fehrenbach, Nr. 142.

⁸⁵¹ Blessing, *Der mögliche Frieden*, S. 79.

land diese „Minimalziele“ des Gegenübers, im Falle Seydouxs konkret die Sachlieferungen, eigentlich „nicht einen Augenblick lang in Erwägung zu ziehen bereit“⁸⁵² war. Das aber wäre für eine Entspannung der Situation oder auch nur eine gewisse Annäherung der Positionen natürlich unbedingt notwendig gewesen. Solange rechts des Rheins die Ansicht vorzuherrschen schien, man müsse in der Reparationsfrage – wie zuvor in der Auslieferungsfrage – nur einen genügend langen Atem haben, um die Franzosen irgendwann zur Aufgabe ihrer Positionen zu bringen, solange drohten links des Rheins Ungeduld und Kompromisslosigkeit überhandzunehmen. Die deutsche Wiedergutmachungspflicht musste, so deutete sich aus französischer Perspektive an, offenbar noch drastischer eingefordert werden als bisher.⁸⁵³ Nachdem am 8. März 1921 auch Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort – mithin Einfallstore für kommende Sanktionen – besetzt worden waren, weil Außenminister Simons auf der Londoner Reparationskonferenz erneut alliierte Forderungen als ‚unerfüllbar‘ zurückgewiesen und seinerseits für die Alliierten ‚ungenügende‘ Gegenvorschläge gemacht hatte,⁸⁵⁴ wiederholten Paris und London keine zwei Monate später auf französischen Druck hin⁸⁵⁵ ihre Drohung des Vorjahres: Füge das Reich sich nicht seinen Verpflichtungen – die geldliche Reparationssumme war inzwischen auf 132 Milliarden Goldmark festgelegt worden – werde man am 12. Mai dazu übergehen, „[d]e procéder [...] à l’occupation de la vallée de la Ruhr“.⁸⁵⁶ Bilaterale Lösungen der Probleme zwischen Paris und Berlin schienen inzwischen illusorischer denn je, territoriale Sanktionen hingegen immer wahrscheinlicher.

Auch die Frage einer möglichen Ruhrbesetzung unterlag somit jenem bereits thematisierten Geflecht aus Eskalationsdynamiken der Nachkriegszeit, die die generellen Probleme der deutsch-französischen Beziehungen quasi durchgehend begleiteten und immer nur noch weiter zu verschlimmern schienen. Ob die Wiederaufnahme diplomatischer Kontakte, die Auslieferungsfrage oder die Bemühungen um eine Lösung des Reparationsproblems: Alle diese Konflikte zeigten in Hergang und Ergebnis überdeutlich, dass eine dauerhafte Überwindung alter und neuer Spannungen zwischen Deutschland und Frankreich noch immer außerhalb des Machbaren zu liegen schien. Darüber hinaus bisweilen aufkommende – wenngleich meist auf den eigenen Vorteil bedachte – Bereitschaften zu Ausgleich oder gar Verständigung traten, wenn überhaupt, nur ungleichzeitig auf, nie parallel und letztlich auch nie in dem Maße, dass sie die Gegenseite zu überzeugen wussten. In den passenden Worten des französischen Historikers Georges-Henri Soutou blieb man unter diesen Umständen „immer gleich weit von einer Lösung entfernt“.⁸⁵⁷

⁸⁵² Soutou, Die deutschen Reparationen und das Seydoux-Projekt 1920/21, S. 240 und 269.

⁸⁵³ Dazu ausführlich Kleine-Ahlbrandt, *The Burden of Victory*, Kap. 5, bes. S. 103.

⁸⁵⁴ Siehe neben Meyer, *Die Reparationspolitik*, S. 332f. auch die beiden Erklärungen in DD Réparations, Nr. 13.

⁸⁵⁵ Vgl. Boyce, *The Great Interwar Crisis and the Collapse of Globalization*, S. 102–107.

⁸⁵⁶ Die Note vom 05.05.1921 in DD Réparations, Nr. 16.

⁸⁵⁷ Soutou, *Die deutschen Reparationen und das Seydoux-Projekt 1920/21*, S. 260.

Die Diplomatie – von ihrer grundsätzlichen Bestimmung her ja eigentlich dafür vorgesehen, an dieser Stelle *vermittelnd* einzugreifen und sowohl bei Kriegsbeendigung als auch Kriegsüberwindung eine tragende Rolle zu übernehmen – fristete unter solchen Bedingungen zunächst nur eine Art Schattendasein. Ein echter Beitrag zum eigentlich so dringend benötigten Friedens- und Aussöhnungsprozess kam ihr, schon weil es diesen in dieser Form nie gab, nicht zu. Obwohl sie – zumindest der Theorie nach – über die notwendigen „Strategien der Überredung und des Aushandelns“ verfügen hätte sollen, um „die Kluft zwischen [d]en Standpunkten zu verringern“, solange bis vielleicht am Ende doch noch „eine für beide Seiten akzeptable Gesamtlösung“⁸⁵⁸ in Reichweite schien, fehlte es ihr gerade mit Blick auf das deutsch-französische Verhältnis offenkundig an Durchsetzungskraft gegenüber anderen, konfrontativeren Gestaltungsvorstellungen der internationalen Ordnung. Diesen weitestgehend kompromissverneinenden Haltungen zunächst lediglich bei-, um nicht zu sagen: untergeordnet, blieb der Diplomatie nach Versailles gerade mit Blick auf Paris und Berlin vorläufig nur die undankbare Aufgabe, die Unversöhnlichkeit der ehemaligen Kriegsgegner öffentlichkeitswirksam abzubilden respektive auf zwischenstaatlicher Ebene förmlich zu protokollieren. Tatsächliche Einflussnahmen auf den Gang der Ereignisse – jedenfalls im Sinne einer Entspannung – blieben die Ausnahme und scheiterten in der Regel an den jeweiligen Begleitumständen.

Als im März 1920 beispielsweise die ersten französischen Besetzungsmaßnahmen begannen, bemühte sich Botschafter Mayer intensiv um eine bilaterale Vermittlung, indem er in Paris mehrmals darzustellen versuchte, wie sehr die deutsche „Regierung [...] aufs äußerste diskreditiert“ werden würde durch die Aktion und dass der „Einmarsch alliierter Truppen [...] als schwere Verletzung des Friedensvertrags empfunden“⁸⁵⁹ werden müsse. Demonstrativ wurden solche Einwände abgewiesen. Wie viel persönliche Geringschätzung für den deutschen Gesandten dabei mitspielte, mag dahingestellt sein; klar war aber das generelle Zeichen an Berlin: Auf die Befindlichkeiten Deutschlands, selbst auf Wohl oder Wehe der Weimarer Republik konnte und wollte die französische Politik bei der Wahrung ihrer eigenen Interessen künftig keine Rücksicht nehmen. In seiner Vergeblichkeit veranschaulichte Mayers Versuch einer Intervention unter diesen Umständen vor allem die Tiefe der Verwerfungen zwischen beiden Ländern – und gewissermaßen auch die eigene Einflusslosigkeit auf die weitere Entwicklung.

Diese Ohnmacht der diplomatischen Sphäre nach 1919/20 war sicherlich zu einem gehörigen Teil Ausdruck auch jener generellen ‚Krise der Diplomatie‘ (Verena Steller), die sich spätestens durch den nicht verhinderten, sondern in allgemeiner Wahrnehmung wesentlich mitverursachten Weltkrieg in den Köpfen der Zeitgenossen festgesetzt und mit Kriegsende zu einem gesamtge-

⁸⁵⁸ Craig/George, *Zwischen Krieg und Frieden*, S. 253.

⁸⁵⁹ Mayer an AA vom 18.03.1920 in ADAP A III, Nr. 71.

sellschaftlichen „Missfallen am Modus diplomatischer Verhandlungsführung“ verfestigt hatte. Dem Diplomaten an sich, aber auch seinen konkreten Aufgaben und Methoden schlug bald ein derart tiefes Misstrauen, zum Teil auch offene Ablehnung entgegen, dass dessen außenpolitischer Handlungsspielraum praktisch gleich null war. Dem allorts unpopulären Versailler Vertrag kam hierbei eine besonders resignierende Wirkung zu. Er begünstigte eine „Repräsentations-, Legitimations- und Vertrauenskrise“,⁸⁶⁰ deren Folgen noch über Jahre zu spüren bleiben sollten. Dem Wiener Kulturphilosophen und Historiker Egon Friedell erschien Mitte der 20er Jahre in seiner vielgelesenen *Kulturgeschichte der Neuzeit* der Diplomat bezeichnenderweise als einziger „offiziell anerkannte[r] [...] Beruf, dessen Inhalt die Schurkerei“ ist:

„Eine ganze Klasse von Menschen, zumeist jener fetten trüben Oberschicht von Nichtstuern, Weiberjägern und Hasardspielern angehörig, die man die Creme nennt, wird von der Regierung in besondere Schulen geschickt, mit Revenuen ausgestattet, mit Ehrenzeichen und Titeln belohnt, ausdrücklich und eingestandenermaßen dafür, daß sie ihr ganzes Leben mit Intrigieren, Spionieren, Betrügen und Bestechen hinbringt: staatlich [...] besoldete Gauner und Taugenichtse [...]; Drohnen mit Giftstachel also. Sie sind die Meister der Lüge, die Handlanger der Hölle, die schlimmste Spielart von Schurken [...]. Und daher kommt es wohl hauptsächlich, daß geistig minderwertige Personen sich mit besonderer Vorliebe zur diplomatischen Karriere drängen. Ein Leben fortwährender Spiegelfechtereier, Geheimniskrämereier, krummer, unreiner und zweideutiger Beziehungen zu allen Menschen und Dingen kann man auf die Dauer nur aushalten, wenn man ein hoffnungslos gescheiter Dummkopf ist.“

Mit Blick auf den Weltkrieg und dessen Vorgeschichte setzte Friedell seinem Totalverriß hinzu:

„Diplomaten haben natürlich den Krieg nicht erfunden. Aber sie sind seine stärksten Helfer und Verlängerer. Ohne sie würden die Kriege nicht aufhören, aber sie würden vielleicht seltener und bestimmt edler, aufrichtiger und mit mehr Widerstreben geführt werden; und vielleicht, indem sie so ihre bisherige Stellung in der Ökonomie unseres Denkens und Empfindens immer mehr verlören, würden sie dann doch aufhören.“⁸⁶¹

Die Aversion, die in diesen Zeilen zum Ausdruck kam, stellte in ihrer Resoltheit natürlich Sinnhaftigkeit und Legitimität jedweder diplomatischen Interaktion grundsätzlich infrage.⁸⁶² Verstand man die Institution des Botschafters in aller erster Linie als auswärtige Repräsentation der eigenen Nation und damit als Ausdruck des ‚nationalen Willens‘,⁸⁶³ so musste dessen genuine Rolle als ‚Vermittler zwischen den Fronten‘ in dem Maße Akzeptanz einbüßen, in dem die jeweiligen Öffentlichkeiten Verhandlungen mit der anderen Seite eigentlich von vornherein ausschlossen. Vor allem in Deutschland und Frankreich war diese Tendenz zu beobachten. Etwas vereinfachend ausgedrückt: Aus französischer Sicht hatte ein Diplomat der *Grande Nation* nach bald drei

⁸⁶⁰ Steller, *Diplomatie von Angesicht zu Angesicht*, S. 363. Vgl. auch Keith Hamilton und Richard Langhorne, *The Practice of Diplomacy. Its Evolution, Theory and Administration*, London u.a. 2011 [1995], Kap 5.

⁸⁶¹ Egon Friedell, *Kulturgeschichte der Neuzeit. Die Krisis der europäischen Seele von der Schwarzen Pest bis zum Ersten Weltkrieg*, München 1965 [1927–1931], S. 1479f.

⁸⁶² Hierzu und zum Folgenden generell Paul Sharp, *Who needs diplomats? The problem of diplomatic representation*, In: *International Journal* 52 (1997) 4, S. 609–634.

⁸⁶³ Vgl. so etwa Kuno Tiemann, *Unsere Diplomaten*, *Berliner Volkszeitung* vom 30.10.1922

Generationen Erbfeindschaft und dem – hoffentlich entscheidenden – Sieg im Weltkrieg künftig nur noch Direktiven an die Berliner Kabinette zu übermitteln, wohingegen aus deutscher Sicht ein Auslandsvertreter in Paris energisch gegen genau diese zu protestieren hatte. Sich mit einer anderen Zielsetzung ins bilaterale Verhältnis oder sogar in dessen Verbesserung einzubringen, war überhaupt nicht gewollt – nach 1918 weniger als je zuvor.

Solange die Gegenseite nicht von ihrer Position abrückte zugunsten der eigenen, solange verfügten diplomatische Vermittlungspraktiken in einer solchen Umgebung kaum über echte Realisierungschancen. Vielmehr erschienen ihre Akteure mitunter sogar als lästige Störfaktoren, die dem Ideal der ‚Wahrung der nationalen Ehre‘ schon durch ihre bloße Existenz zu widersprechen schienen. Die scharfe Kritik im Inneren des Reiches an den deutschen Bemühungen um eine ‚Erfüllungspolitik‘ ist dafür ein hervorragender Beleg: Zugeständnisse zu machen oder solche auch nur vorzutäuschen zur Erreichung einer günstigeren Verhandlungsposition – mithin Kernkompetenzen eines Diplomaten – kamen in einer antagonistischen Weltsicht, wie sie links und rechts des Rheins nun einmal vorherrschte, eher einem Landesverrat gleich als einem erwünschten bilateralen Fortschritt. Noch 1925 (!) schrieb die *Deutsche Zeitung* vielsagend, dass es „gänzlich unvereinbar mit Würde und Ehre einer großen Nation“ sei, wenn „man sich mit denselben Leuten“ zu Gesprächen „einläßt, von denen man [...] jederzeit, wenn es ihnen behagt, geknebelt, ausgezogen und vergewaltigt wird.“⁸⁶⁴ Ein selbstbewusster Konfrontationskurs erschien dann immer noch adäquater. In Frankreich war es ähnlich: Die nationalistisch-antideutsche *L’Action française* beispielsweise diskutierte jede außenpolitische Frage der unmittelbaren Nachkriegszeit im Hinblick auf Deutschland nur mit eindeutiger Stoßrichtung: „Quand occuperons-nous enfin la Ruhr?“⁸⁶⁵ hieß es dann in der entsprechenden Überschrift. Der Diplomat als Vermittler und Kontaktperson zum Gegenüber verlor in dieser Sichtweise seine eigentliche Daseinsberechtigung, weil er quasi qua Amt den tatsächlichen politischen Überzeugungen seiner Nation zuwiderzuhandeln schien. In den Gesetzmäßigkeiten der Erbfeindschaft galten Aussprachen als unschicklich, Verhandlungen als überflüssig und Kompromissfähigkeit als ehrlos. Eine gesellschaftliche Rückendeckung für eine auf Ausgleich bedachte Verständigungspolitik gab es vorerst nicht.

Diese äußeren Widrigkeiten dürfen freilich nicht die Tatsache verdecken, dass europäische Außenpolitiker und Diplomaten in den unmittelbaren Nachkriegsjahren – unabhängig von der Frage ihrer zunehmend schwindenden Legitimität – an einer solchen Versöhnungsarbeit selbst nur wenig Interesse zeigten oder aber dieses nur äußerst selten in die Tat umsetzen konnten. Gerade im Umgang mit der jeweils anderen Seite bewiesen Deutsche und Franzosen ein ums andere Mal die mangelnde Bereitschaft oder die fehlende Befähigung, zu gemeinsamen Lösungen zu

⁸⁶⁴ *Deutsche Zeitung* vom 05.09.1925.

⁸⁶⁵ Leon Daudet, *Quand occuperons-nous enfin la Ruhr?*, *L’Action française* vom 28.10.1920.

finden. Die bereits bei Mayers unglücklichem Antrittsbesuch exemplarisch zutage tretende Unproduktivität des gegenseitigen Umgangs, die man durchaus unter dem Begriff *Funktionskrise der Diplomatie* subsumieren könnte, wiederholte sich in den Jahren zwischen dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages und der Ruhrbesetzung dutzende Male in erstaunlichem Variantenreichtum; und nicht ohne die Situation jedes Mal noch weiter zu verkomplizieren. Lersners Nachfolger bei der deutschen Friedensdelegation in Paris, der erfahrene Diplomat Gerhard von Mutius, notierte am 9. Januar 1921 mit Blick auf sich und seine Kollegen treffend: „Wir leben noch nich[t im Frie]den, sondern in einer eigentümlichen Form des Krieges [vor dem] Kriege.“⁸⁶⁶ Im alltäglichen Umgang miteinander waren die Anzeichen dafür in der Tat kaum zu verkennen. Jede einzelne Episode für sich und erst recht alle zusammen sind klare Belege dafür, dass die bereits attestierte ‚Unfähigkeit zum Friedensschluss‘ zwischen Deutschen und Franzosen auch nach 1918/19 anhielt – selbst bei denen, die für deren Überwindung eigentlich mitverantwortlich gewesen wären.

So kam es zum Beispiel im Januar 1921 zu einer Besprechung zwischen Außenminister Simons und dem französischen Botschafter Laurent, der nach seiner Geschäftsübernahme in Berlin zunächst keine Gelegenheit hatte verstreichen lassen, ersteren als „einen verständigen und massvollen Mann“ zu charakterisieren. Mit Blick auf den Friedensvertrag signalisierte er in großzügiger Interpretation von Seydouxs Argumenten sogar überraschend freierherzig eine französische Gesprächsbereitschaft: „[O]n peut vous concéder des modalités d'exécution“.⁸⁶⁷ Als Simons Laurent darauf jedoch gleichmütig entgegnete, dass Deutschland mit Rücksicht auf die eigene öffentliche Meinung eigentlich nur dann von seiner Verhandlungsskepsis in Reparationsfragen abrücken könne, „wenn auch die andere Seite in wesentlichen Punkten entgegenkomme“,⁸⁶⁸ war man recht schnell wieder in einer Art Sackgasse angelangt, die den französischen Diplomaten weitestgehend hilflos zurückließ, zumal Berlin für viele Monate stur auf diesem Standpunkt beharrte. Noch im September instruierte man Mayer in Paris unmissverständlich:

„Eine Voraussetzung [...] für eine [...] Verständigung [ist] die Aufhebung der Sanktionen und eine Lösung der oberschlesischen Frage, die den Lebensbedürfnissen Deutschlands Rechnung trägt.“⁸⁶⁹

Dass man mittlerweile offenkundig allen Ernstes Gegenleistungen zu erwarten können glaubte *nur* für die Bereitschaft, miteinander zu verhandeln, veranschaulicht, dass man in Berlin nach dem Erfolg in der Auslieferungsfrage offenkundig die Relation verloren hatte dafür, dass es eigentlich nur andersherum hätte funktionieren können: erst Verständigung, dann Erleichterungen. Die

⁸⁶⁶ Mutius an AA vom 09.01.1921 in PA AA R 30180 [Teilrekonstruktion aufgrund starker Brandschäden von mir, P.K.].

⁸⁶⁷ Beide Zitate aus dem vertraulichen Bericht des österreichischen Korrespondenten Paul Goldmann über ein Gespräch mit Laurent vom 19.11.1920 in PA AA R 28232k.

⁸⁶⁸ Aufzeichnung über die Besprechung von RAM Simons mit Botschafter Laurent im Beisein vom Ministerialdirektor von Simson vom 15.01.1921 in PA AA R 28232k.

⁸⁶⁹ So AA-Unterstaatssekretär Edgar Haniel von Haimhausen an Mayer vom 09.09.1921 in PA AA R 30180.

mangelnde Einsicht in diese, aus heutiger Sicht eigentlich relativ einleuchtende Kausalkette schuf in den bezeichnenden Worten Laurents – der ja seinen Dienst in Berlin ausgerechnet mit jener Gesprächsbereitschaft begann, die sich das Kabinett Bauer ein Jahr zuvor so dringend gewünscht hatte – „ein[en] Abgrund“, „der sich zur Zeit nicht überschreiten“⁸⁷⁰ ließ.

Einen ganz ähnlichen Einblick in den ‚unüberwindbaren Abgrund‘ des deutsch-französischen Gegensatzes dürfte auch Mayer gehabt haben bei Poincarés Amtsantritt im Januar 1922. Das persönliche Verhältnis zwischen beiden Männern hatte ja mehr als ungünstig begonnen, als der Staatpräsident zwei Jahre zuvor, wie erwähnt, den deutschen Gesandten bewusst nicht empfangen hatte. Es sollte, das zeigte sich bald, alles in allem freudlos bleiben: Schien es zunächst noch wie ein kleiner Hoffnungsschimmer, dass man nun doch noch zu einem offiziellen Empfang zusammenkam, weil der Franzose in seiner neuen Eigenschaft als Ministerpräsident jetzt den Deutschen besuchte, entpuppte sich dieses Treffen rasch als restlos desillusionierend. Während sich der Botschafter bemühte, „zunächst jede politische Anspielung“ zu vermeiden und stattdessen über „die Räume der deutschen Botschaft“ zu sprechen, bemerkte der neue Regierungschef alles andere als zurückhaltend, er kenne die Örtlichkeiten gut, schließlich sei er bereits 1913 der erste Präsident der französischen Republik gewesen, der „nach dem Jahre 1870 [...] in die Botschaft gekommen sei“. Den deutsch-französischen Krieg in den Small-Talk während der Hausführung einzubringen und vor diesem Hintergrund en passant noch anklingen zu lassen, dass man sich damals, nach Poincarés erstem Besuch, nur ein Jahr später im Krieg miteinander befunden hatte – das alles entsprach nicht unbedingt diplomatischer Zurückhaltung. Im Gegenteil: Eine ‚politischere Anspielung‘, um in Mayers Duktus zu bleiben, hätte sich in der konkreten Situation wohl vorerst nur schwerlich finden lassen. Poincaré ließ es damit allerdings noch lange nicht bewenden. Er nutzte Mayers sichtliche Konsternation und leitete sogleich zu den Problemen der Gegenwart über. Wie er versicherte, wünsche er sich, „daß die deutsch-französischen Beziehungen nicht nur korrekt, sondern sogar höflich“ geführt werden zwischen ihm und dem Botschafter. Einzige Voraussetzung dafür sei natürlich, „daß Deutschland den Friedensvertrag erfülle.“ Daran würde er „unbedingt festhalten“ müssen. Mayer, noch immer etwas überrumpelt und sich natürlich im Klaren darüber, dass die Pariser Öffentlichkeit von Poincaré baldige Ergebnisse erwartete, erwiderte in bester Erfüllungspolitik-Rhetorik, er habe natürlich volles Verständnis für die französische Position, jedoch hätte das Reich mit seinen Lieferungen und Zahlungen seit 1920 bereits „seinen besten Willen gezeigt, Frankreich soweit [wie] möglich entgegenzukommen“. Poincaré ließ derlei Standardausflüchte nicht gelten und betonte, dass es der deut-

⁸⁷⁰ Aufzeichnung über die Besprechung von RAM Simons mit Botschafter Laurent im Beisein von Ministerialdirektor von Simson vom 15.01.1921 in PA AA R 28232k.

schen Wirtschaft stetig besser gehe. Sofern das Reich endlich „Ordnung in seine Finanzen bringen“ würde, könnte es sehr wohl verlässlicher Reparationsleistungen erbringen. Man müsse nur an die vielen „Milliarden deutscher Kapitalien im Auslande“ denken, „die seit Friedensschluß dorthin verbracht“ worden seien. Mayers ursprüngliche Hoffnung auf einen möglichst unverfänglichen diplomatischen Höflichkeitstermin hatte sich spätestens jetzt in Luft aufgelöst. Aus dem förmlichen Antrittsbesuch war binnen weniger Minuten ein nicht unheikles politisches Streitgespräch geworden, auf das der Botschafter selbst nur bedingt vorbereitet gewesen zu sein schien. Er wies den Kapitalfluchtvorwurf, der letztlich ja eher ein Verschleierungsvorwurf war, betont souverän und vielleicht etwas hastig mit dem Hinweis zurück, dass das Reich „mit Hilfe der neuen Steuern bereits [sein] ordentliches und außerordentliches Budget genau so gut, ja noch besser gedeckt [habe] [...] als z.Z. das französische Budget“ gedeckt sei. An dieser Stelle zeigte sich, dass der diplomatisch noch immer eher unerfahrene Mayer dem alten Haudegen Poincaré in einem solchen Stehgreifduell offenkundig noch nicht ganz gewachsen war. Dieser nahm das ihm auf dem Silbertablett servierte Argument dankend an und konterte sofort mit dem Hinweis, dass Berlin dann ja ganz leicht seine hervorragende Budgetsituation zu Reparationszahlungen nutzen könnte, man müsse eben nur „seinen guten Willen beweisen“.⁸⁷¹ Auch dieses Gespräch hatte damit in gewisser Weise, zumindest aus deutscher Perspektive, eine Sackgasse erreicht.

Mayers Pariser Amtszeit war insgesamt auffällig oft von solchen eher unangenehmen Momenten geprägt. Dass er die Sprachlosigkeit zwischen beiden Seiten nicht überwinden konnte, war natürlich vor allem der generellen Situation und den äußeren Umständen geschuldet und weniger einer etwaigen Inkompetenz zuzuschreiben. Letztlich hinderten ihn im Wesentlichen zwei Faktoren an einer produktiveren Arbeit: Zum einen gaben ihm jene, mit denen er in Paris hätte sprechen sollen, dazu kaum eine konstante oder aussichtsreiche Möglichkeit, und zum anderen torpedierten ihn immer wieder die, die ihn von Berlin aus eigentlich hätten instruieren und unterstützen sollen bei seinen Bemühungen um bessere bilaterale Beziehungen. Unter diesen Bedingungen musste jede Form praktischer Außenpolitik immer wieder in Verlegenheiten geraten, die eher an ein Hase-und-Igel-Spiel erinnerten, als tatsächliche Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen. Aus der Rückbetrachtung mutet die Ausgangslage Mayers durchaus frustrierend an: Verstand er sich zum Beispiel überraschend schnell ganz passabel mit Millerand, hieß es aus Berlin,

„dass, so sehr hier Ihre persönlichen Beziehungen zu Millerand geschätzt werden, es sich doch empfehlen dürfte, von denselben nur bei besonderem Anlass und [...] nach vorheriger Anfrage hier Gebrauch zu machen.“⁸⁷²

Möglichkeiten zur Eigeninitiative oder situativem Handeln gab es so natürlich nur sehr begrenzt, zumal auch Millerand nach seinem Wechsel ins Präsidentenamt „schon wegen der Rückwirkung

⁸⁷¹ Alle Zitate: Mayer an AA vom 17.01.1922 in ADAP A V, Nr. 247.

⁸⁷² AA-Abteilungsleiter Gerhard von Mutius an Mayer vom 07.09.1921 in PA AA R 30180.

auf die öffentliche Meinung“ persönliche Zusammenkünfte mit dem deutschen Botschafter, die „sofort öffentlich bekannt und kritisiert“⁸⁷³ wurden, alsbald vermied. Mit Millerands zwischenzeitlichem Regierungsnachfolger Briand, der Mayer eine gewisse Aufgeschlossenheit zur Verständigung auszustrahlen schien,⁸⁷⁴ kam es wiederum nicht zu tiefergehenden Gesprächen, weil Berlin erneut die Autorisierung dazu versagte, „solange die Sanktionen nicht aufgehoben sind.“⁸⁷⁵

Mit Poincaré hingegen hatte Mayer, wie angedeutet, gleich von Anfang an enorme Probleme. Schon wenige Wochen nachdem man das erste Mal in der deutschen Botschaft aneinandergeraten war, kam es zu einer weiteren, dieses Mal sogar deutlich heftigeren Auseinandersetzung. Anlass war eine Romanverfilmung des spanischen Schriftstellers Vicente Blasco Ibáñez, deren Weltkriegsdarstellung Mayer für „in hohem Grade hetzerisch und deutschfeindlich“ hielt. Poincaré ließ es sich nicht nehmen, bei seinem Hinweis darauf, dass er natürlich „überhaupt keine Rechts-handhabe zu einem Verbot“ des Films in Frankreich habe, gleich noch festzustellen, dass er nichts Anstößiges an der szenischen Umsetzung von realen „Kriegsereignissen“ finden könne. Mayers Entgegnung, auch in Deutschland sei ein antifranzösischer Hetz-Film verboten worden, nutzte Poincaré zu der provokativen Frage, ob Mayer „etwa behaupten wolle, daß deutscherseits [...] keine Verbrechen begangen worden seien“. Derlei hob natürlich auch dieses Gespräch auf eine andere Ebene. Der Botschafter, der „in jedem Kriege auf beiden Seiten Einzelfälle“ nicht ausschließen wollte, forderte sichtlich aufgebracht eine schnelle Grundsatzentscheidung,

„ob man die Kriegshetze im Frieden fortführen wolle oder nicht. Wenn die französische Regierung kein Mittel habe dies zu verhindern, dann würde es auch der deutschen Regierung schwer sein[,] unter dem Druck der öffentliche Meinung das bisherige Verhalten fortzuführen. [...] Es handele sich letzten Endes darum[,] ob man zum wirklichen Frieden kommen wolle oder nicht.“

Poincaré ließ sich auf einen solchen Gefühlsausbruch jedoch nicht ein und wiederholte stoisch sein Eingangsstatement, wonach „er keine Handhabe sehe gegen die Aufführung des amerikanischen Films.“⁸⁷⁶ Keine Antwort war in diesem Falle natürlich auch eine Antwort. Sichtlich resigniert schrieb Mayer, dass man mit Poincaré nicht verhandeln könne, da dieser „fast niemals [...] anders als dialektisch erwidert, um schliesslich fast immer juristisch zu enden.“⁸⁷⁷ Das „Auffinden [eines] gangbaren Weges“, so gestand der Botschafter schon bald ein, schien unter diesen Umständen immer aussichtsloser: „Frankreich hat nunmehr eine augenblicklich von öffentlicher Meinung getragene Regierung [...], mit der ein Praktizieren unsererseits unmöglich erscheint.“⁸⁷⁸

⁸⁷³ Mayer an AA vom 12.09.1922 in PA AA R 30180.

⁸⁷⁴ Siehe z.B. Mayer an AA vom 07.09.1922 in ADAP A V, Nr. 126.

⁸⁷⁵ StS. Haniel von Haimausen an Mayer vom 21.09.1921 in ADAP A V, Nr. 136.

⁸⁷⁶ Mayer an AA, 22.03.1922 in PA AA R 28223k.

⁸⁷⁷ Mayer an AA vom 12.09.1922 in PA AA R 30180.

⁸⁷⁸ Mayer an AA vom 20.01.1922 in PA AA R 30180.

Diesem Statement kam natürlich auch deshalb so viel Gewicht bei, weil es die generelle Unproduktivität der bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich besonders anschaulich ausdrückte. Da den verantwortlichen Akteuren offenkundig eine echte Kommunikationsgrundlage mit der Gegenseite fehlte, war man gegenüber den Problemen der Nachkriegszeit weitestgehend zur Passivität verdammt. Nach den Jahrzehnten der Erbfeindschaft mangelte es offenkundig an einer „gemeinsame[n] Sprache diplomatischer Interaktion“,⁸⁷⁹ wie sie für eine Aufweichung der verhärteten Frontstellungen sicherlich notwendig gewesen wäre. Die Dynamik der Eskalation ließ sich so nicht aufhalten. Die Funktionskrise der Diplomatie verhinderte vielmehr jedwede positive Einflussnahme und degradierte vor allem die Botschafter selbst zu weitestgehend teilnahmslosen Protokollanten der deutsch-französischen Zwistigkeiten. Entsprechend hilflos berichtete Mayer im Frühjahr 1922 über den „Donnerschlag“, den der Rapallo-Vertrag in Paris ausgelöst hatte, und deutete darauf hin, dass das allgegenwärtige „Gefühl der vermehrten Unsicherheit“ die Möglichkeit „sofortiger Präventivmaßnahmen Frankreichs“⁸⁸⁰ schaffen würde. Nachdem Mayer während des Sommers zwischenzeitlich öffentliche „Zweifel an der Zweckmäßigkeit der Politik Poincarés“⁸⁸¹ ausgemacht hatte, warnte er schon bald davor, diese als Anlass zur Beruhigung zu verstehen: Vielmehr wäre „[b]ei derartiger Konstellation [...] keine Möglichkeit der Entwicklung [mehr] ausgeschlossen“.⁸⁸² Konkret hielt er es Mitte November für wahrscheinlich, „daß Frankreich auf [die] Zusicherung bestimmter Konzessionen hinarbeite“.⁸⁸³ Auch in Informantenkreisen mehrten sich in dieser Zeit die Anzeichen dafür, dass mit dem endgültigen „Obsiegen der französischen Pfänderthese“ zu rechnen sei: Vor allem „eine Durchdringung des Ruhrgebiets erscheint [...] nicht ausgeschlossen, leider unterstützen die undurchsichtigen deutschen Verhältnisse diese französischen Ziele“⁸⁸⁴ zusätzlich, so hieß es. Den neuen Reichskanzler Cuno sah man in Paris „vorläufig als Exponent[en der] Großindustrie und begegnet[e] ihm mit derselben Voreingenommenheit, wie man letzterer gegenübersteht.“ Für Mayer war klar: Die „[n]eue Regierung wird jedenfalls zunächst mit besonderem Mißtrauen [...] rechnen müssen.“⁸⁸⁵ Am 27. November, dem Tag des vermeintlichen Kriegsrats, vermeldete Mayer deutliche „Hinweis[e] auf bevorstehende wichtige außenpolitische Entschlüsse“. Poincaré sei jetzt gewillt, „zu Ergebnissen zu kommen“,⁸⁸⁶ ein Zurückweichen sei von ihm nicht mehr zu erwarten.⁸⁸⁷

⁸⁷⁹ Steller, *Zwischen Geheimnis und Öffentlichkeit*, S. 363.

⁸⁸⁰ Mayer an AA vom 19.05.1922 in PA AA R 70594.

⁸⁸¹ Mayer an AA vom 06.11.1922 in PA AA R 28232k.

⁸⁸² Mayer an AA vom 18.11.1922 in PA AA R 28232k.

⁸⁸³ Mayer an AA vom 13.11.1922 in PA AA R 70594.

⁸⁸⁴ Aufzeichnung Gottfried Aschmanns im AA vom 21.11.1922 in PA AA R 70487.

⁸⁸⁵ Mayer an AA vom 25.11.1922 in PA AA R 70487.

⁸⁸⁶ Mayer an AA vom 27.11.1922 in PA AA R 28232k.

⁸⁸⁷ Siehe Mayer an AA vom 28.11.1922 in PA AA R 28232k.

Als der Botschafter Mitte Dezember einen letzten Versuch unternahm, sich der drohenden Besetzung entgegenzustellen und die aktive Garantienahme von deutschem Territorium seitens der Franzosen – im Übrigen mit dem gleichen Wortlaut wie im März 1920 – als „Verletzung des Friedensvertrages“ zu charakterisieren, erwidert Poincaré mit ausgesprochenem Selbstbezug, „dass *er* diesen Standpunkt niemals anerkennen könne“.⁸⁸⁸

Der vorläufig letzte Eklat vor dem Einmarsch der französisch-belgischen Truppen folgte beim Neujahrsempfang des französischen Staatspräsidenten 1923. Millerand erklärte vor dem versammelten diplomatischen Korps, dass allein die deutsche Politik einem „paix réelle et durable“ im Weg stünde. Alle „instruments diplomatiques“, fügte er mit Blick auf Mayer an, seien zum Scheitern verurteilt, wenn man eine Nachkriegsordnung „sur le mensonge et sur l’iniquité“ aufbaue:

„Comment se défendre de penser que ceux qui ont mis leur signature sous la reconnaissance de leurs responsabilités ne s’obstineraient pas à revenir sur leurs aveu et à plaider contre l’évidence leur non-culpabilité si cet intolérable sophisme ne devait, dans leur pensée, leur permettre d’échapper aux conséquences de leur faute et de se soustraire aux justes réparations qui pèsent sur leurs épaules.“⁸⁸⁹

Mayers unmittelbarer Gedanke war, sofort „ostentativ den Saal [zu] verlassen“. Auch persönlich hart getroffen von „dieser Brüskierung Deutschlands“, zeigte er sich noch tags darauf im Gespräch mit Harry Graf Kessler „sehr erregt [...]“. Die Art, wie Millerand gesprochen habe, sei [...] unerhört gewesen.⁸⁹⁰ Sichtlich resigniert schrieb Mayer wenige Tage später nach Berlin, dass ein „Abbruch diplomatischer Beziehungen [...] als sichtbares Zeichen unserer Opposition vor aller Welt ernstlich zu erwägen“⁸⁹¹ sei. Es ist nicht übertrieben, daraus zu schließen, dass ihn die Kräfte verlassen hatten. Während seiner dreijährigen Amtszeit hatte sich Mayer – auch persönlich – aufgerieben. Indirekt proportional zu der immer schwierigeren Aufgabe, in Paris eine zumindest halbwegs passable Figur zu machen, ließen über die Monate zunächst der Durchhaltewillen und bald auch die körperliche Konstitution nach. Bereits nach Poincarés Antrittsbesuch hatte er seine Demission erwogen, sich jedoch vom damaligen Außenminister Rathenau noch einmal umstimmen lassen⁸⁹² und versprochen, „trotz Schwierigkeiten auf seinem Posten zu bleiben“.⁸⁹³ Gesundheitlich war das keine kluge Entscheidung. Das letzte Jahr in Paris wurde zur Überanstrengung. Als er Paris am 11. Januar verließ, kam er gar nicht mehr bis Berlin, sondern begab sich umgehend in München mit schweren Magenblutungen in ärztliche Behandlung.⁸⁹⁴

⁸⁸⁸ Mayer an AA vom 17.12.1922 in PA AA R 30180 [Hervorhebung von mir, P.K.].

⁸⁸⁹ Rede Millerands vom 01.01.1923, u.a. abgedruckt in *Le Petit Parisien* vom 02.01.1923.

⁸⁹⁰ Harry Graf Kessler, *Das Tagebuch 1880–1937*, hrsg. von Roland S. Kamzelak u.a., 9 Bde., Stuttgart 2004–2013 (Veröffentlichungen der Deutschen Schillergesellschaft; 50), Bd. 7: 1919–1923, S. 6xx.

⁸⁹¹ Mayer an AA vom 05.01.1923 in ADAP A VII, Nr. 8.

⁸⁹² Siehe RAM Rathenau an Mayer am 01.02.1922 in PA AA R 28040.

⁸⁹³ Notiz AA vom 08.02.1922 in PA AA R 28040.

⁸⁹⁴ Hierzu das Telegramm Mayers an RAM Rosenberg vom 12.01.1923 in PA AA R 28040.

Kanzler Cuno und Außenminister Rosenberg hatten sich, wie eingangs angesprochen, relativ früh gegen einen förmlichen Abbruch der Beziehungen zu Paris entschieden und daran auch dann noch festgehalten, als die französisch-belgischen Besetzungstruppen längst auf dem Weg ins Ruhrgebiet waren. Die Regierung war gewillt, ihren Protest gegen die anstehende Sanktion möglichst besonnen vorzutragen und nicht mit plakativen Gegenmaßnahmen eine offene militärische Auseinandersetzung zu riskieren. Das implizierte zwar, in deutlicher Wortwahl „gegen die vertrags- und völkerrechtswidrige Vergewaltigung Deutschlands [...] Verwahrung“ einzulegen, schloss gleichzeitig jedoch aus, „der Gewalt mit Gewalt zu begegnen“ oder „den Vertragsbruch mit Lossagung vom Verträge zu beantworten.“⁸⁹⁵ Solange sich keine Anzeichen „äußerster französischer Brutalität“⁸⁹⁶ erkennen ließen während des Vormarsches, sollte Mayers Abberufung – dessen Gesundheitszustand es ohnehin nahelegte, ihn möglichst bald aus der Schusslinie zu nehmen⁸⁹⁷ – der einzige konkrete Schritt bleiben. Darüber hinaus galt es in den Worten des Außenministers, sich „möglichst passiv zu verhalten“.⁸⁹⁸ Er mahnte: „Deutschlands einzige Waffe in dem ungleichen Kampf sind das Recht und die Moral.“ Man müsse sich auf „die Linie eines alles Aggressive vermeidenden rein defensiven Widerstandes zurückziehen.“⁸⁹⁹

Eingedenk der strategischen Ausgangslage Deutschlands war ein solches Vorgehen mit Blick auf die Botschaft in Paris gar nicht einmal unvernünftig: Die Realisierungschancen eines „passiven moralischen Widerstand[es]“,⁹⁰⁰ wie man ihn zu proklamieren gedachte, standen sicherlich besser, wenn es gelang, durch ein Aufrechterhalten der offiziellen Beziehungen den eigenen guten Willen zu untermauern und wenigstens ein Mindestmaß an öffentlicher Aufmerksamkeit für den deutschen Standpunkt zu gewährleisten. Noch wichtiger war zudem der Umstand, dass die Botschaft sich trotz aller Probleme nach 1920 zu einer für Berlin unverzichtbaren Informationsquelle entwickelt hatte, die zwar kaum über Nachrichten aus erster Hand verfügte,⁹⁰¹ aber zumindest

⁸⁹⁵ Runderlass RAM Rosenberg vom 10.01.1923 in ADAP A VII, Nr. 16.

⁸⁹⁶ RAM Rosenberg an Mayer vom 07.01.1923 in ADAP A VII, Nr. 8, Anm. 5.

⁸⁹⁷ Wie Rosenberg auf Nachfrage dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Reichstag, Gustav Stresemann, bestätigte, sei „dem Auswärtigen Amt durch Personen, die den Botschafter in den letzten Tagen gesehen hatten, auf Grund persönlicher Eindrücke der Ernst seines Zustandes bestätigt w[o]rde[n]“. Man habe ihm deshalb die Heimreise nach München ohne vorherige Berichterstattung in Berlin gestattet. Siehe RAM Rosenberg an Stresemann vom 12.01.1923 in PA AA R 28040.

⁸⁹⁸ RAM Rosenberg an Mayer vom 07.01.1923 in ADAP A VII, Nr. 8, Anm. 5.

⁸⁹⁹ Runderlass RAM Rosenberg vom 10.01.1923 in ADAP A VII, Nr. 17.

⁹⁰⁰ RAM Rosenberg an B Paris vom 01.01.1923 in: Frederic von Rosenberg, Korrespondenzen und Akten des deutschen Diplomaten und Außenministers 1913–1937, hrsg. von Winfried Becker, München 2011 (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts; 66), Nr. 116.

⁹⁰¹ Es gab durchaus Versuche, durch die Installation sogenannter ‚Vertrauensmänner‘ an Informationen direkt aus französischen Regierungskreisen zu kommen, was allerdings kaum gelang, sondern zu einigen unfreiwillig komischen Situationen führte: So hatte man z.B. im Frühjahr 1921 einen Spion mit „gute[n] Beziehungen zur Beamenschaft der Pariser Ministerien“ nach Frankreich entsenden können, wusste jedoch keine Lösung für das Problem, „dass der Vertrauensmann glaubt, für den Nachrichtendienst der russischen Antibolschewisten zu arbeiten, und dass daher die ihm erteilten Aufträge nicht zu offenkundig die deutschen Interesse verraten“ durften. Derlei konnte kaum zu Zählbarem führen. Siehe Ritter an RAM Simons vom 04.01.1921 in PA AA R 28232k.

Stimmungslagen der französischen Öffentlichkeit relativ verlässlich ermitteln konnte und, nicht zuletzt durch die Medien, auch über politische Entscheidungsprozesse einigermaßen unterrichtet war. Botschaftsrat Leopold von Hoesch, seit Anfang 1921 in Paris und dort bislang Stellvertreter des Botschafters, sollte deshalb unbedingt in der französischen Hauptstadt verbleiben. Ein kleiner personeller Führungswechsel schien hier sogar einen positiven Effekt haben zu können, da Mayers Standing angesichts der Konfrontationen der letzten Monate natürlich gelitten hatte.

Für zeitgenössische Kritiker wirkten diese Maßnahmen, auch das ist bereits erwähnt worden, relativ nutzlos. Selbst spätere Beobachter hielten sie mitunter für unzureichend, weil man in ihnen zu erkennen glaubte, dass die damaligen Verantwortlichen für den drohenden Ernstfall einer Besetzung schlicht nicht adäquat vorbereitet gewesen seien, sondern bis zum Schluss der Illusion angehangen hätten, diese sei durch Gespräche schon irgendwie noch zu verhindern gewesen.⁹⁰² Ein solches Urteil erscheint zu hart: Zwar hatte das Kabinett seit seiner Ernennung im November 1922 in der Tat keine Gelegenheit ungenutzt gelassen, um die „Herstellung vertrauensvoller politischer Beziehungen zu unseren bisherigen Gegnern“⁹⁰³ anzubieten, und den einzigen Weg „zur Rettung Deutschlands und Europas und zur Versöhnung der Völker“⁹⁰⁴ in einer gemeinsam getragenen Verständigungspolitik prognostiziert, jedoch war man sich unterdessen – und das nicht zuletzt durch die Botschaftsberichte – stets halbwegs im Klaren über den Stand der französischen Pläne. Es erscheint insofern eher denkbar, dass die ständige öffentliche Betonung der eigenen Dialogbereitschaft bereits als eine Art Grundstein für jene ‚moralische Position‘ gedacht war, die man nach dem 11. Januar einzunehmen versuchte. Dafür spricht auch, dass die Regierung ihre demonstrativen Gesprächsangebote von Beginn an offensiv nach außen trug: Noch im Dezember schlug Cuno den einstigen Kriegsgegnern öffentlich vor,

„sich gegenseitig zu treuen Händen einer am Rhein nicht interessierten Großmacht für ein Menschenalter, also ein Mehrfaches der im Vertrag von Versailles vorgesehenen Besetzungsfrist, feierlich zu verpflichten, ohne besondere Ermächtigung durch Volksabstimmung gegeneinander keinen Krieg zu führen.“⁹⁰⁵

Die diesen Äußerungen zugrundeliegende Idee, die USA wieder in die europäischen Nachkriegsprobleme einzubinden – denn sie waren natürlich gemeint mit der ‚am Rhein nicht interessierten Großmacht‘ –,⁹⁰⁶ machte gerade vor dem Hintergrund einer erwarteten Konfrontation mit Paris Sinn. Frankreich war in der damaligen Situation natürlich das einzige Land, das militärische Akti-

⁹⁰² In dieser Richtung argumentiert u.a. Rüpiper, *The Cuno Government and Reparations 1922–1923*, S. 97.

⁹⁰³ Redemanuskript von RK Cuno mit Signum von RAM Rosenberg vom 23.11.1922 in PA AA R 28027.

⁹⁰⁴ Regierungserklärung von RK Cuno vom 24.11.1922 in Reichstagsprotokolle, Bd. 357, S. 9101 B.

⁹⁰⁵ Rede von RK Cuno vor der *Vereinigung des Ehrbaren Kaufmanns* in Hamburg vom 31.12.1922 in AdR Cuno, Nr. 32.

⁹⁰⁶ Mitte Dezember hatte der deutsche Botschafter in Washington, Otto Wiedfeldt, den US-amerikanischen Außenminister Charles Hughes bereits mit der Idee konfrontiert, „that the Powers especially concerned with the Rhine, such as Great Britain, France, Germany and Italy, should enter into an agreement that neither one of them would engage in a war with any of the others for a generation without putting the matter to a popular vote.“ Siehe das Memorandum über die entsprechende Unterhaltung in FRUS 1922 II, S. 203.

onen überhaupt erwägen oder sogar durchführen hätte können. Unabhängig von der Frage, ob sich ein Vorhaben wie der ‚Sicherheitspakt‘ bereits in die Realität umsetzen ließ 1922/23 oder nicht, schien das deutscherseits offerierte Zugehen auf die internationale Staatengemeinschaft zu der Hoffnung zu berechtigen, dass man so eventuell ein für Berlin günstigeres Meinungsklima schaffen könnte. Selbst wenn es nicht sofort gelänge, Washington zur Einflussnahme auf Paris zu bewegen und so „die Alte Welt vor dem Verhängnis zu bewahren, worin französische Verblendung sie zu stürzen droht“,⁹⁰⁷ sollte die Demonstration des guten Willens die unnachgiebige Pfänderpolitik Frankreichs schon vorfristig ins Unrecht setzen und Paris so über kurz oder lang isolieren.⁹⁰⁸ Ein solches perspektivisches Ziel könnte auch erklären, warum Cuno und Rosenberg ihre Linie selbst dann noch unbeirrt beibehielten, als längst klar war, dass das französische Konsulat in Berlin seine Landsleute dazu aufgefordert hatte, sich im Reich „nicht weiter [...] zu binden und sich so einzurichten, dass sie jederzeit abreisen können“.⁹⁰⁹

Leopold von Hoesch schien für die Aufgabe, die ihm in dieser Berliner Krisenstrategie zufallen sollte, geradezu prädestiniert. Während seiner bisherigen Tätigkeit in Paris, in der er natürlich weitaus weniger unter öffentlicher Beobachtung stand als Mayer, hatte er sich bereits mehrfach dadurch hervorgetan, dass er auch in heiklen Situationen in der Lage schien, einen kühlen Kopf zu bewahren und jeweiligen Sachfragen – wenn irgend möglich – den Vorrang zu geben vor nationalen oder persönlichen Empfindlichkeiten. Schon im Laufe des Jahres 1921 hatte er in überraschend vertraulichen Gesprächen mit Seydoux eine lebhaftere Vorstellung von dem „sehr schlechten Eindruck“⁹¹⁰ gewonnen, den allzu kraftmeiernde Berliner Rhetorik in Paris stets erzeugen musste – ganz gleich, ob sie gerechtfertigt war oder nicht. In seiner Arbeit vor Ort und seinem Schriftverkehr mit dem Auswärtigen Amt hinterließ das insofern erkennbare Spuren, als dass er fortan stets bemüht war, eigene Äußerungen und Handlungen auch auf ihre mögliche Rezeption im Ausland abzustimmen. In dem Maße, in dem Deutsche und Franzosen, so erklärte er später, „psychologisch ununterbrochen in empfindlicher Weise aufeinander“ reagieren würden, seien

„[d]ie deutsch-französischen Beziehungen [...] ein vielgestaltiges Problem, das pfleglichster Behandlung bedarf, wenn es ergiebig gestaltet [...] werden soll. [...] [I]m Dienste diese[s] Ziel[s] müssen wir Hast, Ungeduld und Hader aus unserer Politik bannen.“⁹¹¹

Hoeschs bemerkenswert frühen Versuche zur Fühlungnahme mit französischen Verantwortli-

⁹⁰⁷ RAM Rosenberg an Botschafter Wiedfeldt (Washington) vom 02.01.1923 in Rosenberg, Korrespondenzen und Akten, Nr. 118.

⁹⁰⁸ Vgl. hierzu Winfried Becker, Frederic von Rosenberg (1874–1937). Diplomat vom späten Kaiserreich bis zum Dritten Reich, Außenminister der Weimarer Republik, Göttingen 2011 (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; 83), S. 110.

⁹⁰⁹ Mutius (AA) an B Paris vom 03.01.1923 in PA AA R 30180.

⁹¹⁰ Hoesch an AA vom 22.08.1922 in ADAP A V, Nr. 115.

⁹¹¹ Hoesch an AA vom 25.07.1930 in ADAP B XV, Nr. 160.

chen – neben Seydoux zählte auch Briand schon 1921 zu seinen Gesprächspartnern⁹¹² – brachten ihm in Paris erste Kontakte und Verbindungen ein, bescherten ihm im eigenen Lager gleichwohl einen nicht ganz unzweifelhaften Ruf. Die Geschäftigkeit, die Hoesch im Schatten – und sicher auch mit einer gewissen Protektion – des Botschafters entwickelt hatte, blieb Kollegen und auch manchem Vorgesetzten nicht unverdächtig: Harry Graf Kessler zum Beispiel charakterisierte Hoesch im Dezember 1921 bezeichnenderweise als „reinstes A.A. ‚Friedensware‘.“⁹¹³ Eigentlich war ‚Friedensware‘ im Sprachgebrauch der Zeit ein durchaus positiver Begriff, der für eine gewisse Qualität stand, die Produkte aus der Kriegswirtschaft in der Regel vermissen ließen. Als Gütesiegel für einen Diplomaten taugte er jedoch, gerade vor dem Hintergrund des besonderen deutsch-französischen Verhältnisses und der keineswegs nur positiven Konnotation des Wortes ‚Frieden‘ mit Blick auf Paris, nur bedingt. Vielmehr erschien er als ein vergiftetes Lob, weil aus ihm bei genauerem Hinsehen eine Skepsis gegenüber jedem allzu verständigungs-bereiten, vielleicht sogar bittstelligen internationalen Auftritt Deutschlands herauszuhören war. Deutsche Gestaltungsoptimisten nannten dergleichen gern „Knieweichheit“ und „Leisetreterei“.⁹¹⁴

Ein eventueller Vorwurf der Konfrontationsscheu hemmte Hoesch selbst jedoch nicht, die deutsche Seite im Umgang mit den Franzosen immer wieder zu Vernunft und Zurückhaltung zu mahnen. So hatte er beispielsweise im August 1922 nach einer Rede Poincarés, in der dieser „seiner früher bei ähnlichen Gelegenheiten beliebten Auslassungen an Gehässigkeit noch überboten“ hatte, Berlin ausdrücklich vor einer „zu scharfen Stellungnahme“ gewarnt. „[G]egen die Methode Poincarés“ würde das nicht helfen, sei sogar eher abträglich. Es wäre höchstens zu erwägen,

„ob nicht der Herr Reichskanzler in Form einer Rede oder eines Interviews in ganz ruhiger, würdiger Form darauf hinweisen sollte, daß durch die Aufschürung des Hasses nach nahezu vierjähriger Waffenruhe den Interessen der Welt nicht gedient sei und daß deshalb deutscherseits darauf verzichtet werde[,] Herrn Poincaré auf das Gebiet der Kriegsgreuel und der Beschimpfung der ehemaligen Feinde zu folgen.“⁹¹⁵

Die Ähnlichkeit dieser Argumentationslinie mit Cunos und Rosenbergs späteren Vorstellungen von der ‚passiven moralischen Verwahrung‘ gegen die französische Gewaltpolitik – ‚in ganz ruhiger, würdiger Form‘ bei sonstiger Vermeidung jeder weiteren Provokation – ist augenfällig. Hoeschs Vorschlag aus dem August 1922 nahm, wenn man so will, die offizielle deutsche Haltung des Dezembers und frühen Januars bereits vorweg. Es steht daher auch zu vermuten, dass es Hoesch gewesen ist, der beim Neujahrsempfang 1923 den erzürnten Mayer noch einmal davon abgehalten hatte, den Élysée-Palast unmittelbar während der Rede Millerands zu verlassen. „Mit Rücksicht auf [die] politische Lage“ hatte der Botschafter damals „in Übereinstimmung mit [dem]

⁹¹² Vgl. Mayer an AA vom 30.08.1921 in PA AA R 30180.

⁹¹³ Eintrag vom 15.12.1921 in Kessler, *Das Tagebuch*, Bd. 7, S. 394.

⁹¹⁴ Fritz Klein [sen.], Millerand und Dr. Mayer, *Deutsche Allgemeine Zeitung* vom 09.01.1923.

⁹¹⁵ Hoesch an AA vom 21.08.1922 in PA AA R 28232k.

Botschaftsrat [den] Gedanken an derartigen demonstrativen Akt verworfen“;⁹¹⁶ was Rosenberg kurz darauf ausdrücklich guthieß: „[I]n Würdigung [der] Gesamtlage [die] Provokation Millerand's ignoriert“ zu haben, sei eine mutige Tat „in dankenswerter Selbstverleugnung“ gewesen, so resümierte Rosenberg. Von Berlin aus könne man das „nur anerkennen“.⁹¹⁷

Für große Teile der heimischen Öffentlichkeit war das Verhalten Mayers und Hoeschs am 1. Januar gleichwohl alles andere als anerkennenswert – es war ein handfester Skandal! Das Auswärtige Amt sah sich genötigt, seinen Mitarbeitern nachträglich beizuspringen, als der Berliner Journalist und Stresemann-Vertraute Fritz Klein entschiedene Empörung darüber äußerte, dass das Botschaftspersonal die „im zwischenstaatlichen Verkehr unerhörten Beschimpfungen des von ihm vertretenen Landes ohne die geringste Gegenwirkung hingenommen“ habe. Eine solche,

„in kurzer diplomatischer Karriere erworbene, bemerkenswerte Abstumpfung des nationalen Ehrgefühls kann das deutsche Volk nicht mehr dulden. Viel zu lange haben wir uns ähnliche Beschuldigungen schweigend gefallen lassen.“⁹¹⁸

Die Presseabteilung des Ministeriums rechtfertigte sich in einer eigens aufgesetzten Erklärung, dass man vor Ort lediglich „Rücksicht auf die gegenwärtige Lage“ genommen habe. „[D]ie Kränkung Deutschlands, dere[n] Zeuge zu sein [man] gezwungen war“, sollte französischerseits auf keinen Fall „zum Anlasse genommen“ werden können, „einen Zwischenfall hervorzurufen.“ Gerade Mayer selbst nahm man gegen die Angriffe Schutz: Ihm,

„der seit Jahren auf seinem schweren Posten mit anerkennenswerte[m] Takte ausharrt, [...] steht die Haltung des französischen Staatsoberhauptes gegenüber, die in den internationalen Gepflogenheiten keine Stütze findet.“⁹¹⁹

Der Entrüstung fast über alle politischen Lagergrenzen hinweg kam man mit derlei natürlich nicht bei, zumal sich in den kommenden Tagen die Anzeichen verdichteten, wonach die Pariser Pfänderpolitik jetzt in ihre entscheidende Phase eintrete,⁹²⁰ ohne dass deutsche Politiker oder Diplomaten etwas dagegen tun würden. Das *Gewissen* beklagte, dass „[s]eit vier Jahren [...] in Deutschland nichts geschehen [ist], was national ins Gewicht fiele.“ Stattdessen habe es „hinter der Front“, „im Walde von Compiègne“, „im Spiegelsaal von Versailles [...] und immer wieder aufs Neue bei den hundert Konferenzen und hundert Diktaten“ unzählige Beispiele „deutscher Selbstpreisgabe“ gegeben, „Handlungen, die ohne ernsthaften Widerstand zur deutschen Schande geschahen.“⁹²¹ Und auch im linksbürgerlichen Gegenstück zum *Gewissen*, der Berliner *Weltbühne*, hieß es vielsagend, es sei von nun an unmöglich, die „Politik der halben Mittel fortzusetzen.“⁹²²

⁹¹⁶ Mayer an AA vom 01.01.1923 in PA AA R 28232k [Hervorhebung von mir, P.K.].

⁹¹⁷ Rosenberg an Mayer vom 02.01.1923 in PA AA R 28232k.

⁹¹⁸ Fritz Klein [sen.], Millerand und Dr. Mayer, *Deutsche Allgemeine Zeitung* vom 09.01.1923.

⁹¹⁹ Aufzeichnung der Presseabteilung im AA vom 09.01.1923 in PA AA R 28232k.

⁹²⁰ Vgl. etwa die *Vossische Zeitung* vom 02.01.1923.

⁹²¹ Anonymous, Der Feind steht am Rhein, *Gewissen* vom 08.01.1923.

⁹²² Ernst Popper, Hinter verschlossenen Türen, *Die Weltbühne* vom 14.12.1922, S. 613.

Wenn der Regierung Cuno/Rosenberg also ein Vorwurf zu machen war in dieser Zeit, dann dass sie Wucht und Ausdauer der nationalen Affekte gegen die sich anbahnende, vermeintlich allein von kriegerischen Motiven getriebene französische Politik und gegen die vorgeblich viel zu lasche eigene Haltung offensichtlich unterschätzt hatte – und das, obwohl diese sich in Deutlichkeit und Unnachgiebigkeit bereits andeuteten, *bevor* die Besetzungsmaßnahmen überhaupt begonnen hatten. Gerade in der negativen Wirkung auf die eigene Legitimität einerseits und auf die ausländische Rezeption der deutschen Haltung andererseits, wirkten die erneut aufflammenden traditionellen Erbfeindschaftsbilder, die bald den öffentlichen Diskurs bestimmten, geradezu fatal. Parlamentarismus und besonnene Außenpolitik wurden unter diesen Umständen gleichermaßen desavouiert und zumindest von einem Teil der Presse plakativ als „selbstgewollte[s] Kastrentum“⁹²³ geißelt. In Frankreich unterstrich derlei Rhetorik unterdessen, dass man die Chance zum endgültigen Brechen der „résistance allemand“ ein für alle Mal nutzen müsse:

„C'est l'état d'esprit, ce sont les procédés de la guerre. C'est bien la guerre, en effet. De nouveau, l'Allemagne et la France sont en lutte. La lutte est acharnée. Elle est décisive.“⁹²⁴

In dem Maße, in dem beide Öffentlichkeiten sofort wieder zum Austragungsort deutsch-französischer Feindbilder wurden,⁹²⁵ brachen sich die alten ungelösten Konflikte erneut Bahn. Der nationalistische Publizist Léon Daudet schrieb vollmundig: „Il n'est aucun Français que ne comprenne aujourd'hui l'importance vitale du combat, industriel et économique, engagé dans la Ruhr“.⁹²⁶ Im Reich hingegen schallte es:

„Der Franzose marschiert. [...] Kampf ist die Parole! Von außen dringt er auf uns ein, auf das Volk der Arbeit und des Friedens, das sich nie zu eigenem Staatswillen entschied, bis der Weltkrieg die Nation vor die Schicksalsentscheidung stellte, und mit ihrer schwachen Führung auch die Nation zerbrach. Aufs neue tritt die Entscheidung heran. Um Kämpfe kommt dies Volk nicht herum.“⁹²⁷

Cuno versuchte zwar zunächst, im Namen der Regierung Ruhe zu bewahren – und erklärte: was „unmittelbar geschehen kann, ist nicht viel“⁹²⁸ –, sah sich allerdings schnell mit Zweiflern konfrontiert. Preußens Ministerpräsident Otto Braun (SPD) warnte davor, „daß die Ausführung von Maßnahmen, die die Reichsregierung beabsichtige, auf nicht unerhebliche Schwierigkeiten stoße[n]“⁹²⁹ werde. Brauns bayrischer Kollege Eugen von Knilling (BVP) forderte, „dem schreienden Unrecht [...] eine würdige, unbeugsame Abwehr entgegenzusetzen.“⁹³⁰

⁹²³ Anonymous, Der Feind steht am Rhein, *Gemissen* vom 08.01.1923.

⁹²⁴ *L'Ouest-Éclair* vom 26.01.1923.

⁹²⁵ Vgl. Conan Fischer, *The Ruhr Crisis 1923–1924*, Oxford u.a. 2003, S. 35–38.

⁹²⁶ Léon Daudet, Le Tournant de la Ruhr, *L'Action Française* vom 30.01.1923.

⁹²⁷ Anonymous, Kriegsschauplatz, *Gemissen* vom 15.01.1923.

⁹²⁸ Rede von RK Cuno vor den Ministerpräsidenten der Länder vom 12.01.1923 in AdR Cuno, Nr. 42.

⁹²⁹ Besprechung mit den Ministerpräsidenten der Länder vom 12.01.1923 in AdR Cuno, Nr. 43.

⁹³⁰ Erklärung des bayrischen Ministerpräsidenten Knilling am 13.01.1923 in AdR Cuno, Nr. 43, Anm. 9.

Cunos betont kämpferische Regierungserklärung vom 13. Januar kann und muss daher sicherlich als Versuch verstanden werden, nicht nur die nationalen Reihen möglichst geschlossen zu halten – ein Unterfangen, das angesichts der allgemeinen Stimmung nach dem Einmarsch noch halbwegs machbar erschien –, sondern auch der eigenen, keinesfalls unumstrittenen Politik des „feierlichen Protest[s]“ mit ihrem „Ruf zur Besonnenheit“⁹³¹ einen gewissen öffentlichen Rückhalt zu verschaffen. Das von zahlreichen Historikern immer wieder diagnostizierte Gefühl der unverbrüchlichen nationalen Einigkeit, das zu Vergleichen mit der Stimmungslage des Augusts 1914 anregte,⁹³² hatte keineswegs die Regierung der generellen Kritik an ihr und ihrer Haltung enthoben. Im Gegenteil konnte und wurde die nicht verhinderte Ruhrbesetzung jetzt relativ einmütig als Argument *gegen* Cunos und Rosenbergs bisherige Linie benutzt. Der angesprochene Fritz Klein kritisierte die „erbärmliche Knieweichheit“, die,

„in bekannter kindlicher Einschätzung des Auslandes, damit ‚entschuldigt‘ [würde], daß alle Unannehmlichkeiten vermieden werden müßten, um die weltberühmte ‚Atmosphäre‘ zu schaffen. Was mit dieser Leisetreteri in der Tat herbeigeführt worden ist, das sehen wir gerade jetzt: die Vogelfreiheit des deutschen Namens und der deutschen Ehre in den Augen unserer erbittertsten Feinde. Ist vielleicht der Einmarsch in das Ruhrgebiet und der französische Vertragsbruch verhindert worden? Mit diesen Methoden muß schleunigst und gründlich Schluß gemacht werden!“⁹³³

Der Reichskanzler reagierte auf die wachsende Kritik, indem er sich und seine Politik aus der deutsch-französischen Geschichte zu legitimieren suchte, und sich damit bewusst entschied, die Ruhrbesetzung in die Genealogie der Erbfeindschaft zu stellen. Der Einmarsch verfolge

„jenes alte Ziel, das seit mehr als 400 Jahren der französischen Politik eigen ist [...]. Es ist die Politik, die am erfolgreichsten Ludwig XIV. und Napoleon I., die nicht minder deutlich aber auch andere Gewalthaber Frankreichs betrieben haben bis auf den heutigen Tag, [...] jene Politik, deren Ziel im Herbst 1914 [...] dahin festgelegt wurde, das Deutsche Reich und seine Existenz zu vernichten, [...] jene Politik, die im Frühjahr 1919 in Versailles hinter verschlossenen Türen in hartem Kampf siegte, jene Politik der brutalen Expansion, die heute wie früher im Gewande des Rechts einherschreitet“.

Aus der historischen Erfahrung leitete er dann seinen eigenen, konkreten Gestaltungsauftrag ab.

„[Z]um Siege führen konnte Frankreich seine Politik [...] nur dann, wenn das deutsche Volk in sich selbst versagte. [...] Auf die Haltung des deutschen Volkes kommt es an. [...] Es ist nicht einer unter uns, der sich von diesem gemeinsamen Leidensgefühl auszuschließen vermöchte, [...] der nicht aufs tiefste erschüttert wäre im Glauben an Menschheit und Recht. Es gibt aber ein Höheres als die Versenkung in das Leid: das ist der tätige Wille des Überwindens. [...] Dazu gehört in unserer Lage die wachste Besonnenheit, die Sammlung aller Seelenkräfte. Denn jeder falsche Schritt eines einzelnen aus Unüberlegtheit oder aus Mangel an Selbstbeherrschung kann von schlimmsten Folgen für die Gesamtheit werden.“⁹³⁴

⁹³¹ Rede Cunos vom 13.01.1923 in Reichstagsprotokolle, Bd. 357, S. 9421 D und 9422 C.

⁹³² So z.B. auch Walter Mühlhausen, Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2007 [12006], S. 599.

⁹³³ Fritz Klein [sen.], Millerand und Dr. Mayer, *Deutsche Allgemeine Zeitung* vom 09.01.1923.

⁹³⁴ Rede Cunos vom 13.01.1923 in Reichstagsprotokolle, Bd. 357, S. 9422 A–C.

Dennoch war natürlich auch den Berliner Verantwortlichen mittlerweile klar, dass weite Teile der Bevölkerung konkretere und vor allem substanziellere Maßnahmen erwarteten als gut gemeinte Regierungserklärungen. Gerade mit Blick auf Industrie und Arbeiter an der Ruhr mussten Möglichkeiten eines geeigneteren Protestes ausgelotet werden,⁹³⁵ wollte man seinen Einfluss auf die betroffenen Gebiete nicht verlieren. Die in den nächsten Tagen und Wochen vor Ort entstehende Streikbereitschaft, die heute landläufig mit dem ‚passiven Widerstand‘ des Reiches im Jahr 1923 gleichgesetzt wird,⁹³⁶ war dabei allerdings Produkt der Dynamik im Ruhrgebiet selbst und keine politische Entscheidung Berlins. Rosenberg hatte Anfang Januar noch mehrmals bekräftigt, Arbeitsniederlegungen auf keinen Fall provozieren zu wollen.⁹³⁷ Am 6. Januar versicherte er dem britischen Botschafter Lord D’Abernon, „die gegenwärtige Regierung lehne Streik als politische Waffe ab, sie werde daher auch [...] nicht auf Streik hinwirken.“⁹³⁸ Festlegen ließ sich der Außenminister nur darauf, dass „[s]olange der vertragswidrige Zustand“ der Besetzung andauere, „Deutschland nicht in der Lage [sei], positive Leistungen an diejenigen Mächte zu bewirken, die jenen Zustand herbeigeführt haben.“⁹³⁹ Im okkupierten Gebiet selbst nahm man diese Erklärung zum Anlass, den anrückenden französischen und belgischen Inspektoren die Aushändigung sogenannter ‚Reparationskohlen‘ zu verweigern,⁹⁴⁰ meist mit dem Zusatz, dass das Essener Kohlen-syndikat, das als Vertriebskartell Produktion, Verkauf und Verteilung der Revierkohle verwaltete, noch vor Beginn der Besetzung nach Hamburg verlegt worden war und man deshalb nicht über die notwendigen Möglichkeiten verfügte, den alliierten Anweisungen nachzukommen.⁹⁴¹ Die Franzosen erklärten daraufhin, dass sie sich unter diesen Umständen gezwungen sähen, „le plan préparé“ voranzutreiben: „les troupes franco-belges ont progressé“.⁹⁴² Vom weiteren Vormarsch unbeeindruckt, billigte das Kabinett am 16. Januar ausdrücklich die bisherige Verweigerungshaltung der Ruhrindustrie.⁹⁴³ Drei Tage später folgte – nachdem zwischenzeitlich ‚Widerständler‘ inhaftiert worden waren und die Belegschaften vor Ort zu streiken begonnen hatten – ein

„grundsätzliches Einverständnis darüber, daß die Löhne weitergezahlt werden müßten, da die Arbeiter und Angestellten ihre Pflicht täten und als in Arbeitsbereitschaft befindlich anzusehen seien.“⁹⁴⁴

⁹³⁵ Vgl. Rupieper, *The Cuno Government and Reparations 1922–1923*, S. 98–101.

⁹³⁶ So z.B. Kolb, *Die Weimarer Republik*, S. 51f.

⁹³⁷ Siehe z.B. den handschriftlichen Kommentar Rosenbergs auf einem Telegramm Mayers an das AA vom 05.01.1923 in PA AA R 28139k. So auch bei W. Becker, *Frederic von Rosenberg (1874–1937)*, S. 128.

⁹³⁸ RAM Rosenberg an B London vom 07.01.1923 in ADAP A VII, Nr. 13.

⁹³⁹ Runderlass RAM Rosenberg vom 10.01.1923 in ADAP A VII, Nr. 17.

⁹⁴⁰ Siehe AdR Cuno, Nr. 44, Anm. 2.

⁹⁴¹ Entsprechend AdR Cuno, Nr. 44, Anm. 5.

⁹⁴² *Kommuniqué des französischen Kriegsministeriums vom 15.01.1923 in: Les Documents Politiques, Diplomatiques et Financiers [künftig : DPDF] 4 (1923) 1, S. 47.*

⁹⁴³ Hierzu die Ministerbesprechung vom 16.01.1923 in AdR Cuno, Nr. 45.

⁹⁴⁴ Ministerbesprechung vom 19.01.1923 in AdR Cuno, Nr. 49

Diese Entscheidung hatte enorm weitreichende Konsequenzen: Aus französischer Perspektive begann die Ruhrbesetzung – von der man sich nicht nur ökonomische Vorteile durch selbstkontrollierte Kohllieferungen erhoffte, sondern die man auch als Durchsetzung einer weiteren strategischen Schwächung Deutschlands begriff⁹⁴⁵ – damit in gewisser Weise als ein Schlag ins Wasser. Zwar hatte man durchaus mit symbolischem Protest gerechnet, die Entschlossenheit und Intensität des deutschen Widerstandes jedoch weitestgehend unterschätzt.⁹⁴⁶ Während die Pariser Presse mit dem beginnenden Einmarsch noch „le prélude de solutions heureuses“⁹⁴⁷ gekommen sah, verwandelte sich die Beschlagnahmung der Ruhrwirtschaft als vermeintliches „gage productif“⁹⁴⁸ ab dem Moment, von dem aus Berlin die allgemeine Arbeitsniederlegung in den betroffenen Gebieten staatlich finanzierte, in ein heikles Unterfangen mit keinesfalls gewissem Ausgang.⁹⁴⁹ Wenn keine deutschen Arbeitskräfte zur Verfügung standen, wie sollte man dann mit etwa 70 Ingenieuren und Technikern sowie einigen 10.000 Soldaten das neue territoriale Pfand ‚produktiv‘ nutzen? Eine solche Fragestellung förderte französischerseits natürlich die Bereitschaft zu einer gewissen Radikalisierung. Bei der zuständigen *Mission Interalliée de Contrôle des Usines et des Mines* (MICUM) und den ihr beigeordneten französisch-belgischen Truppen sank unter diesen Umständen die Hemmschwelle zu einem rigideren und mitunter auch rabiateren Besatzungsverhalten.⁹⁵⁰ Zahlreiche Deutsche wurden aus den besetzten Gebieten ausgewiesen, man errichtete strenge Zollgrenzen zum Reich⁹⁵¹ und im Laufe der folgenden Wochen kam es – nicht zuletzt unter dem Einfluss der medial wieder aufgegriffenen Kriegs- und Erbfeindschaftserinnerungen – zu einer deutlichen Zunahme gewaltsamer Übergriffe: Auch wenn die absoluten Zahlen moderat blieben, erhöhten sich die durch französische Schusswaffen oder Bajonette bedingten Todesfälle im Ruhrgebiet zwischen Januar und März 1923 auf immerhin das Zehnfache.⁹⁵²

Für die Regierung Cuno selbst sollte die Entscheidung, die Streikbewegung nicht mehr nur zu billigen, sondern auch finanziell mitzutragen, zweierlei bedeuten: Zum einen verschärfte das Zahlungsverprechen zwangsläufig die ohnehin drückende Haushaltssituation in Berlin. Ein Großteil der fälligen Beträge konnte, gerade auch vor dem Hintergrund des Ausfalls der wirtschaftlichen Leistungskraft des Ruhrgebiets, bald nur noch durch den Dauerbetrieb der Druckerpressen ge-

⁹⁴⁵ Vgl. Lauter, Sicherheit und Reparationen, S. 316.

⁹⁴⁶ Siehe Blessing, Der mögliche Frieden, S. 102f.

⁹⁴⁷ *Le Matin* vom 12.01.1923.

⁹⁴⁸ Vgl. Bariéty, Die französische Politik in der Ruhrkrise, S. 19.

⁹⁴⁹ Hierzu Boyce, The Great Interwar Crisis and the Collapse of Globalization, S. 126f.

⁹⁵⁰ Dazu insgesamt Jeannesson, Poincaré, la France et la Ruhr (1922–1924), Kap. VI.

⁹⁵¹ Siehe Poidevin/Bariéty, Frankreich und Deutschland, S. 332f.

⁹⁵² Im Januar waren es vier Tote, im März schon 40. Dazu ausführlich Stanislas Jeannesson, Übergriffe der französischen Besatzungsmacht und deutsche Beschwerden, In: Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923, hrsg. von Gerd Krumeich und Joachim Schröder, Essen 2004 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens; 69), S. 207–224.

währleistet werden. Nachdem bereits das Jahr 1922 von einer grassierenden Inflation geprägt gewesen war,⁹⁵³ führten die neuen Belastungen 1923 schnurstracks in den Strudel einer in dieser Art bislang unbekanntes Hyperinflation,⁹⁵⁴ deren generellen ökonomischen, aber auch psychologischen Auswirkungen auf die Deutschen und ihre konkrete Lebenssituation nicht zu unterschätzen waren.⁹⁵⁵ Das Perfide für die Regierung war nun jedoch zum anderen, dass sie, je länger und je stärker die allgemeinen Verhältnisse unter dieser Situation litten, immer unbedingter an ihrem einmal eingeschlagenen Kurs festhalten musste, sofern sie nicht selbst zum Opfer der Krise werden wollte. Die Richtungsentscheidung zur finanziellen Unterstützung der Betroffenen ließ sich nicht einfach wieder zurücknehmen. Im Gegenteil: Die politische Notwendigkeit zur Unnachgiebigkeit gegenüber den Besatzern und zum Festhalten an den Hilfsleistungen für die Besetzten ergab sich jetzt ja gerade vor dem Hintergrund, dass man mit seinem Bekenntnis zur Unterstützung, ob gewollt oder nicht, in der Bevölkerung „den Eindruck entstehen [ließ], dass am Ende des Widerstandskampfes an der Ruhr die Beseitigung des Systems der Pariser Vorortverträge stehen würde.“⁹⁵⁶ Die Reichsregierung hatte sie sich mit ihrer Beihilfe für die Streiks also geradezu unumkehrbar auf einen Kurs fest, der eine Annäherung an die Besatzungsmächte in der Reparationsfrage und darüber hinaus eigentlich von vornherein ausschloss. Egal, wie oft man das Wort ‚passiv‘ künftig noch in den Mund nahm: War man einmal dazu übergegangen, die Streikenden mit Hilfsleistungen zu unterstützen und in ihrer Kooperationsverweigerung zu bestärken, konnte der Widerstand gegen die französisch-belgische Aktion selbst dann nicht mehr aufgegeben werden, wenn dies durch irgendwelche äußeren Umstände opportun oder sogar unumgänglich geworden wäre. In dem Moment, in dem man sich bemühte, die bisherige Rhetorik von „Volk und Staat [...] in untrennbarer Einheit“⁹⁵⁷ in die Tat umzusetzen, kam die Regierung Cuno – solange sie im Amt blieb jedenfalls – aus dem Brüderschluss mit dem Ruhrgebiet und den dortigen Einwohnern nicht mehr heraus. Die Zahlungen wieder einzustellen, hätte mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht nur eine Gefahr bedeutet für das Kabinett und seine Mitglieder, sondern auch für die verbliebene territoriale Integrität des Reiches.

In dieser Situation war damit aus Berliner Sicht de facto eigentlich nur noch ein französisches Einlenken als mögliche Lösung des Konflikts denkbar. Darauf zu spekulieren, gab es allerdings in der Realität kaum Anlass, wie Hoesch aus Paris einzuwenden versuchte. Nachdem die unmittel-

⁹⁵³ Vgl. dazu v.a. Feldman, *The Great Disorder*, Kap. 12.

⁹⁵⁴ Siehe Boyce, *The Great Interwar Crisis and the Collapse of Globalization*, S. 127.

⁹⁵⁵ Eindrucksvolle Zahlenbelege bei Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4, S. 246f.: Der Index der Lebenshaltungskosten hatte sich im Vergleich zur Vorkriegszeit im Januar 1923 mehr als vertausendfacht und war bis Juli 1923 auf das über 37.000fache gestiegen.

⁹⁵⁶ Hans Mommsen, *Die politischen Folgen der Ruhrbesetzung*, In: *Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923*, hrsg. von Gerd Krumeich und Joachim Schröder, Essen 2004 (*Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens*; 69), S. 305–312, hier S. 306.

⁹⁵⁷ Aufruf des RP Ebert und der Reichsregierung vom 11.01.1923 in UF V, Dok. 999a.

baren britischen und US-amerikanischen Reaktionen auf die Ruhrbesetzung eigentlich keine Hoffnung machten, eine von beiden oder sogar beide Mächte würden sich auf der Seite Deutschlands gegen die französische Politik stellen,⁹⁵⁸ vermeldete der Geschäftsträger aus Paris noch eilig vor der Kabinettsentscheidung zur Lohnfortzahlung, dass überhaupt nur dann Aussichten auf irgendein Nachgeben der Franzosen bestünden, wenn man deutscherseits zu einer „Legalisierung des begangenen französisch-belgischen Rechtsbruches“ bereit sei. Da dies natürlich nicht der Fall sein könne, laufe die Entwicklung auf zwei Optionen zu: Entweder die Besatzer kommen „in logischer Fortentwicklung schließlich zu einem Vormarsch nach dem inneren Deutschland mit dem Ziele, Deutschland völlig unter Vormundschaft zu stellen“, oder

„die französisch-belgische Aktion erleidet einen völligen finanziellen und materiellen Schiffbruch mit dem Ergebnis eines mehr oder minder kläglichen Zusammenbruchs der Poincaréschen Politik und seines Verschwindens von der Macht.“

Hoesch warnte energisch, dass letzteres in naher Zukunft kaum wahrscheinlich sei, da die französische Öffentlichkeit fest hinter der Pfänderpolitik des Ministerpräsidenten stehe. „Die Aussichten unserer Abwehrhaltung erscheinen also zunächst nicht allzu sicher“,⁹⁵⁹ hieß es etwas blumig.

Das entsprechende Schreiben war noch gar nicht in Berlin angekommen, da formulierte Rosenberg allerdings bereits jene resolute Haltung der Regierung, die Hoeschs Warnungen gänzlich obsolet werden ließen: „Unsere Ruhrpolitik ist auf *schärfsten* passiven Widerstand [...] abgestellt. Beamte haben strikte Anweisung erhalten, sich militärischen Befehlen nicht zu fügen“.⁹⁶⁰ Damit war der Kurs gewissermaßen gesetzt, die deutsch-französischen Beziehungen liefen allem Anschein nach auf ihren nächsten Höhepunkt zu, der Kreislauf von „German resistance and French retaliation had acquired a certain momentum.“⁹⁶¹

⁹⁵⁸ Zu Großbritannien siehe insgesamt Elspeth Y. O’Riordan, *Britain and the Ruhr Crisis*, Basingstoke – New York 2001, zu den USA v.a. Werner Link, *Die Vereinigten Staaten und der Ruhrkonflikt*, In: *Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg*, hrsg. von Klaus Schwabe, Paderborn 1985, S. 39–51.

⁹⁵⁹ Hoesch an AA vom 16.01.1923 in ADAP A VII, Nr. 27.

⁹⁶⁰ Runderlass RAM Rosenberg vom 17.01.1923 in ADAP A VII, Nr. 28 [Hervorhebung von mir, P.K.].

⁹⁶¹ Trachtenberg, *Reparation in World Politics*, S. 293–295.

2. DIE ÜBERWINDUNG DER SPRACHLOSIGKEIT: LOCARNO-DIPLOMATIE 1923–1925

2.1. Locarno – Eine Konferenz ohne Vorgeschichte?

Der Kontrast hätte gar nicht größer sein können: Als Gustav Stresemann – immerhin der Gustav Stresemann, der 1914 den endgültigen Sieg über Frankreich und die Angliederung Belgiens an das Reich gefordert hatte, derjenige, der die Annahme des Versailler Vertrages als ‚Entehrung‘ und ‚Ägyptisierung‘ Deutschlands strikt abgelehnt hatte,¹ und derjenige, der zwei Tage nach Beginn der Ruhrbesetzung im Reichstag seine Landsleute gegen die „Vergewaltigung des deutschen Volkes, deutschen Bodens und deutscher Wirtschaft [...] zum Widerstande“² aufgefordert hatte –, als also dieser Gustav Stresemann am 15. Oktober 1925 zum großen Pressebankett im Grand Hôtel Palace in Locarno eintraf, um mit dem britischen *Secretary of State* Austen Chamberlain, dem französischen *Ministre des Affaires étrangères* Aristide Briand, den Vertretern Belgiens, Italiens, Polens und der Tschechoslowakei sowie etwa 200 Journalisten gemeinsam zu Mittag zu essen – eine in dieser Konstellation bis dato einzigartige Veranstaltung³ –, war die eigens für den besonderen Anlass entworfene Speisekarte nicht nur längst zum bestimmenden Gesprächsthema des Tages geworden, sondern bereits zu einer Art Sinnbild avanciert für die offenbar anstehende „Zeitenwende“⁴ auf dem Feld der internationalen Beziehungen. Die auffällig gestaltete Grafik des renommierten *Art. Institut Orell Füssli* kündigte den in Verhandlungen über einen multilateralen Garantiepakt befindlichen Staatsmännern neben der regional typischen Saiblings-Bouillon, gebratener Poularde mit gedünsteten Kartoffeln, frischen Früchten und einigen Flaschen Chianti auch „Œufs froids de toute sécurité“, einen „Salade d’arbitrage“, eine „Sauce communiqué“ und einen „Vacherin désarmement“⁵ an. Quasi über den Gerichten schwebten auf dem Menü zudem die Politiker selbst, allesamt mit Flügeln versehen, als Friedensengel durch die Lüfte und trugen jeweils eine kleine Ente in der Hand – ein markantes Detail, das bei dem einen oder anderen Betrachter durchaus Verwunderung ausgelöst haben dürfte. Der verantwortliche Zeichner, so erklärte man tags darauf schnell, hatte sich bei seiner Motivwahl gegen die eigentlich näherliegenden Friedenstauben entschieden, um auf die im Umfeld der Beratungen zahlreich auftretenden Falschmeldungen über deren aktuellen Stand hinzuweisen;⁶ eine ironische Anspielung also in Richtung der vielen anwesenden Medienvertreter, wenngleich nicht ohne Risiko: Die Metapher ließ sich recht leicht auch missverstehen, etwa indem man die Enten mit Geschwätzig-

¹ Stresemann stimmte am 22.06.1919 in der Nationalversammlung gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages, siehe dafür die entsprechende Liste in Reichstagsprotokolle, Bd. 327, S. 1136–1138.

² Rede Stresemanns am 13.01.1923 in Reichstagsprotokolle, Bd. 357, S. 9423 A.

³ Siehe *Le Figaro* vom 16.10.1925.

⁴ *Vormwärts* vom 17.10.1925.

⁵ Ein Faksimile des Menüs findet sich in Gustav Stresemann, Vermächtnis. Der Nachlass in drei Bänden, hrsg. von Henry Bernhard unter Mitarbeit von Wolfgang Goetz und Paul Wiegler, Berlin 1932, Bd. 2: Locarno und Genf, ab S. 271.

⁶ Vgl. Georg Bernhard, Frutta di Locarno, *Vossische Zeitung Morgenausgabe* vom 16.10.1925.

keit assoziierte⁷ und dies direkt auf die Konferenz und ihre Teilnehmer münzte. Von den ‚Ententrägern‘ störte sich an dergleichen gleichwohl niemand. Im Gegenteil: Wie Stresemann geradezu amüsiert in sein Tagebuch schrieb, wurden die Delegierten im Laufe des Essens nun sogar regelrecht „belagert, damit sie auf ihre eigenen Engelsflügel ihr Autogramm schrieben. Ich glaube, jeder [...] hat mindestens 150 mal seinen Namen geschrieben.“⁸

In ihrer harmonisch-idyllischen Atmosphäre muss diese Szene – auch vom Setting her eigentlich zu schön, um wahr zu sein: direkt am Südhang der Alpen, vor der malerischen Kulisse des Lago Maggiore, bei spätsommerlichen Temperaturen – jedem Beobachter, der sich eingehender mit den europäischen und insbesondere den deutsch-französischen Beziehungen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts beschäftigt hat, wie eine Utopie erscheinen. Zwar waren mittlerweile gut 1.000 Tage vergangen seit dem Ausbruch der Ruhrkrise, die damals bezeichnenderweise eher ‚Ruhrkampf‘ genannt wurde;⁹ doch ob und, wenn ja, wie ein derart grundsätzlicher Wandel des internationalen Klimas in so kurzer Zeit möglich gewesen sein soll, blieb – und bleibt – schleierhaft. War dafür nicht eine grundsätzliche Revolutionierung der europäischen Politik Vorbedingung? Wann und wo sollte diese stattgefunden haben? Und wer war für sie verantwortlich?

Auch die Mehrheit der anwesenden Journalisten rieb sich entsprechend verwundert die Augen, als Chamberlain, dem am Tage des Locarner Pressebuffets die Aufgabe zufiel, im Namen der Delegierten ein paar Worte an die Medienvertreter zu richten, in bisher nie dagewesenem Optimismus davon sprach, dass just ‚in diesem Augenblick‘ die Chance zur ‚endgültigen Befriedung der Welt‘ gekommen sei. Vom unmittelbar bevorstehenden Erfolg der Konferenz, so der britische Außenminister in makellosem Französisch, werde ein grundsätzliches Signal ausgehen für die künftigen Beziehungen zueinander, „parce que nous nous souviendrons de nos contacts personnels de Locarno et de la bonne volonté que chacun a apportée dans l’accomplissement de sa tâche.“¹⁰ Die später viel zitierte Redewendung Chamberlains, wonach es von nun ab ‚weder Sieger noch Besiegte‘ geben sollte in Europa, führte im Saal zu einer „unvergeßlichen Atmosphäre der Hoffnung“,¹¹ die sofort auch auf die Journalisten übergriff. Georg Bernhard zum Beispiel, für die *Vossische Zeitung* vor Ort im Schweizer Kurort, hatte zwar gerade erst detailliert auf die enorme „Kompliziertheit“ der für eine internationale Entspannung eigentlich so dringend benö-

⁷ Siehe Udo Becker, *Lexikon der Symbole*, Freiburg u.a. 1992, S. 89. Kunsthistoriker sehen Enten in der Regel sogar als Symbole für Übermut, Prunksucht oder Fahrlässigkeit. Hierzu Sigrid und Lothar Dittrich, *Lexikon der Tiersymbole. Tiere als Sinnbilder in der Malerei des 14.–17. Jahrhunderts*, Petersberg 2005 [2004] (Studien zur internationalen Architektur- und Kunstgeschichte; 22), S. 100.

⁸ Tagebucheintrag Stresemanns vom 15.10.1925 in ADAP A XIV, S. 702.

⁹ Siehe Christoph Cornelißen, *Vom „Ruhrkampf“ zur Ruhrkrise. Die Historiographie der Ruhrbesetzung*, In: *Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923*, hrsg. von Gerd Krumeich und Joachim Schröder, Essen 2004 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens; 69), S. 25–45.

¹⁰ Zit. nach: *Le Figaro* vom 16.10.1925.

¹¹ Paul Schmidt, *Statist auf diplomatischer Bühne 1923–45. Erlebnisse des Chefdolmetschers im Auswärtigen Amt mit den Staatsmännern Europas*, Bonn 1954 [1949], S. 91.

tigten „Quadratur des Zirkels“¹² hingewiesen, gestand nach dem Pressebankett jedoch freimütig seine Freude und Zuversicht. „Die treffendste Illustration“ der neuen Verhältnisse, so schrieb er für die kommende Ausgabe seines Blattes, habe der Rundblick über die Tafel geboten:

„Chamberlain, Briand, Luther, Stresemann, Scialoja, Vandervelde, Benesch und Skrzynski an einem Tisch, besetzt von Journalisten aller Nationen, die sich freudig bewegt einander zutranken: wenn man noch vor einem Monat dieses Bild in irgendeinem der beteiligten Länder als die Kunde von einem bald eintretenden Ereignis zu zeichnen gewagt hätte, man wäre wahrscheinlich als unh[e]ilbarer Illusionist verschrien worden.“

Jetzt jedoch, so fuhr er fort, sei allen Beteiligten anscheinend klar geworden, dass

„eine Politik des Friedens [...] sich der Methode des gegenseitigen Verkehrs bedienen [muss]. Dieser Verkehr ist in Locarno angebahnt worden, er wird für Deutschland und Europa Früchte des Segens tragen.“¹³

Bernhard stand mit dieser Einschätzung keineswegs allein. Selbst die Teile der französischen Presse, die in den vorangegangenen Jahren mit Blick auf Deutschland eher den Brandbeschleuniger, denn den Vermittler gegeben hatten, überschlugen sich nun geradezu vor Verzückung: *Le Petit Journal* titelte, „une grande journée historique“¹⁴ sei gekommen. Ausgerechnet *Le Matin* sprach vom „le plus grand événement depuis la guerre“ und glaubte, man schreite jetzt voran „vers l’unité de l’Europe“.¹⁵ *Le Siècle* sah „[l]’Europe enfin délivrée du servage de l’Amérique!“¹⁶ Obwohl es natürlich auch kritische Stimmen gab,¹⁷ war die vorläufige Euphorie beträchtlich.

Im Wesentlichen zwei Dinge schienen dazu Anlass zu geben. Zunächst war natürlich der konkrete Inhalt der Konferenz tatsächlich einigermaßen spektakulär. Das Schlussprotokoll vom 16. Oktober erklärte, dass die Vertreter der teilnehmenden Nationen überein gekommen seien,

„gemeinsam die Mittel zum Schutze ihrer Völker vor der Geißel des Krieges zu suchen und für die friedliche Regelung von Streitigkeiten jeglicher Art, die etwa zwischen einigen von ihnen entstehen konnten, zu sorgen“.

Man sei der „feste[n] Überzeugung, daß die Inkraftsetzung“ der ausgehandelten

„Verträge und Abkommen in hohem Maße dazu beitragen wird, eine moralische Entspannung zwischen den Nationen herbeizuführen, daß sie die Lösung vieler politischer und wirtschaftlicher Probleme gemäß den Interessen und Empfindungen der Völker stark erleichtern wird, und daß sie so [...] Frieden und Sicherheit in Europa festigt“.¹⁸

Ausdrücklich sahen die Vereinbarungen dafür die wechselseitige Verpflichtung vor, dass besonders „Deutschland und Belgien und ebenso Deutschland und Frankreich [...] in keinem Falle zu einem Angriff oder zu einem Einfall oder zum Kriege [...] schreiten“ dürfen, sondern

¹² Georg Bernhard, Politik für die Galerie, *Vossische Zeitung* vom 11.10.1925.

¹³ Ders., Frutta di Locarno, *Vossische Zeitung Morgenausgabe* vom 16.10.1925.

¹⁴ Marcel Ray, Les délégations alliées et allemande ont approuvé le pacte rhénan et les traités d’arbitrage occidentaux, *Le Petit Journal* vom 16.10.1925.

¹⁵ Henry de Jouvenel, Le plus grand événement depuis la guerre, *Le Matin* vom 17.10.1925.

¹⁶ *Le Siècle* vom 16.10.1925.

¹⁷ Beispiele bei Anonymus, Locarno – and After, In: Advocate of Peace through Justice 87 (1925) 12, S. 655–656.

¹⁸ Schlussprotokoll der Konferenz von Locarno vom 16.10.1925 in UF VI, Nr. 1344a.

„auf friedlichem Wege [...] alle Fragen jeglicher Art [...] regeln, die sie entzweien und die nicht auf dem Wege des gewöhnlichen diplomatischen Verfahrens gelöst werden können.“

Das war weit weniger vage, als es auf den ersten Blick erscheinen mochte. Ganz konkret bedeutete es nichts anderes, als dass man,

„jeder für sich und insgesamt, [...] die Aufrechterhaltung des sich aus den Grenzen zwischen Deutschland und Belgien und zwischen Deutschland und Frankreich ergebenden territorialen Statusquo, die Unverletzlichkeit dieser Grenzen, wie sie durch den in Versailles am 28. Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrag oder in dessen Ausführung festgesetzt sind“,¹⁹

garantierte. Mit dieser unaufgeregten, für lange Jahre jedoch unerreichbaren Verbindlichkeit – das erkannten zahlreiche Beteiligte und Beobachter sofort – schien vom völkerrechtlichen Standpunkt aus ohne Zweifel eine Art Quantensprung geglückt, gerade im Vergleich zum bisherigen Modus Vivendi der internationalen Ordnung. Indem sie das alte „system of individual self-help“, „which made each state responsible for its own security and gave it no assurance against attack except in so far as it had taken personal measures of self-defense“, durch eine „new order of collective action for mutual protection“ ersetzten, markierten „the Locarno agreements [...] a step of far-reaching significance for the promotion of permanent relations of peace and friendship between the Powers concerned“. Die Ausformulierung einer solchen „collective responsibility“²⁰ war zwar nicht von Grund auf neu, sondern bereits wesentlicher Bestandteil der ursprünglichen Völkerbundidee gewesen;²¹ jetzt jedoch, so meinten Völkerrechtler nahezu gleichlautend, würde es mit ihrer vertraglichen Fixierung gerade zwischen den am stärksten konfliktgefährdeten Nationen endlich „an almost mechanical provision“²² geben, um sie auch in die Tat umzusetzen.

Ähnlich urteilten auch viele Nichtjuristen. Die *Vossische Zeitung* etwa wollte zwar gar nicht ausschließen, dass es auch weiterhin zu „Enttäuschungen und Rückschlägen“ kommen könne, wertete jedoch die in Locarno erreichte und erstmals von allen Seiten gleichermaßen akzeptierte

„Friedenssicherung [...] unter allen Umständen [als] einen Fortschritt gegenüber der Unsicherheit, die der Vertrag von Versailles geschaffen hat, und gegenüber dem Zustand bewaffneter Anarchie, der vor dem Kriege herrschte.“²³

Noch weiter ging der französische Journalist Henry de Jouvenel, der „la véritable paix“ gekommen sah, mithin „la paix général, enfin!“ Locarno bedeute für die europäischen Völker eine vollkommen neue Situation: „Pour la première fois depuis le traité de Versailles, nous respirons.“²⁴

¹⁹ Vertrag zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien vom 16.10.1925 in UF VI, Nr. 1344b.

²⁰ Alle Zitate: Charles G. Fenwick, The Legal Significance of the Locarno Agreements, In: The American Journal of International Law 20 (1926) 1, S. 108–111.

²¹ Siehe Steiner, The Lights that Failed, Kap. 7, bes. S. 360.

²² Anonymus, The Significance of Locarno, In: Bulletin of International News 1 (1926) 24, S. 5–6, hier S. 5.

²³ J.E., Der neue Weg, *Vossische Zeitung Abendausgabe* vom 17.10.1925.

²⁴ Henry de Jouvenel, Le plus grand événement depuis la guerre, *Le Matin* vom 17.10.1925.

Sein Kollege und Landsmann Jules Sauerwein stimmte in diesen Tenor mit einem eigens für die deutsche *Weltbühne* verfassten Artikel ein. Der Sicherheitspakt sei Ergebnis einer

„nicht nur seit dem Kriege, sondern seit einer langen historischen Periode einzigartigen Verständigung [...] einzigartig, denn die Verträge von Locarno sind mit keinem andern Friedensvertrag zu vergleichen“.

Die Konferenz symbolisiere die Chance, so Sauerwein weiter, „den schlechten Versailler Frieden in einen wahren Frieden umzubilden.“²⁵ Wie sich hier bereits andeutete, ging die unmittelbare Wirkung der gemeinsamen Verhandlungen als Ereignis spürbar über ihren Wortlaut und die bald paraphrasierten Verträge hinaus. Die zahlreichen positiven Reaktionen der damaligen Zeit ergaben sich vor allem daraus, dass Locarno offenkundig als belastbares Indiz dafür genommen werden konnte, dass ein „change in temper“ zwischen den Staaten und Völkern Europas fortan eben doch möglich sei. Die relativ weit verbreitete Einschätzung, wonach

„this first real European conference since the end of the first Balkan war has wrought a marked change in the spirit and outlook of Europe [...] a new concert of Europe, a system of peace, certainly a new kind of talk“,

ließ den bald sprichwörtlichen ‚Geist von Locarno‘ zu einer Projektionsfläche werden, in der eine „new attitude of mind in Europe“ nicht mehr nur als vage Hoffnung einzelner, sondern mittlerweile als echtes politisches „promise“²⁶ verstanden werden konnte, aus dem man auch gewisse Erwartungen für die Zukunft abzuleiten können glaubte. Das *Royal Institute of International Affairs* zum Beispiel sah es als selbstverständlich an, dass „Germany must enter the League of Nations“, „[b]efore any of these agreements [...] can come into force“.²⁷

Unabhängig von den Umsetzungsproblemen, denen sich solche Forderungen realpolitisch auch nach Locarno natürlich noch immer ausgesetzt sahen – und ganz zu schweigen, von der zum Teil heftigen Kritik gerade aus nationalistischen Kreisen, die bald über den Vertragstext hereinbrach²⁸ –, hatte anscheinend vor allem der jeweilige Umgang der Konferenzteilnehmer unter und miteinander Augenzeugen und Analysten überrascht und so einen Teil der ‚Spirit of Locarno‘-Euphorie des Oktobers 1925 mitbegründet, die sich als Schlagwort alsbald einiger Popularität erfreute. Sogar die Protagonisten selbst schienen bisweilen verblüfft über die weitestgehend „ungezwungene Atmosphäre, die damals [...] am Konferenztisch [...] herrschte“.²⁹ Noch bevor die offiziellen Gespräche begonnen hatten, konnte man sich zum Beispiel darauf einigen, keinen formellen Vorsitzenden zu bestimmen³⁰ – ein Zugeständnis an die deutsche Delegation seitens der Briten und Franzosen, die im Vorfeld eigentlich Chamberlain als Gesprächsleiter auserkoren

²⁵ Jules Sauerwein, Locarno, *Die Weltbühne* vom 27.10.1925, S. 625.

²⁶ Anonymus, The Locarno Psychology, In: *Advocate of Peace through Justice* 87 (1925) 12, S. 646–647.

²⁷ Anonymus, The Locarno Treaties, In: *Bulletin of International News* 1 (1925) 21, S. 2–3, hier S. 3.

²⁸ Vgl. Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 455.

²⁹ Schmidt, *Statist auf diplomatischer Bühne 1923–45*, S. 80.

³⁰ Siehe den Tagebucheintrag Stresemanns vom 05.10.1925 in ADAP A XIV, S. 690.

hatten.³¹ Wie Stresemanns Chefdolmetscher Paul Schmidt in seinen Erinnerungen berichtet, fanden die Beratungen von da an „im Stile einer englischen ‚Round-Table‘-Konferenz als ein Gespräch völlig gleichberechtigter Teilnehmer statt.“³² Der Außenminister selbst beschrieb die allgemeine Lage schon am ersten Tag als „höflich und mit gewisser, sich steigernder Wärme.“³³ Obwohl man im Verlauf der Verhandlungen natürlich auch „recht erregte Aussprachen“ führte, „kam es zu keinen Zwischenfällen“. Die positive Stimmung, so schien zumindest der deutsche Eindruck, ermöglichte es, „auch den umstrittensten Fragen ihre Schärfe zu nehmen.“³⁴

Ob das immer so bleiben würde, war anfangs freilich keineswegs gewiss. Dass ausgerechnet der deutsche und der französische Außenminister gemeinsam an den Verhandlungstisch finden würden, „auf dem Fuße völliger Gleichheit“,³⁵ wie es offiziell hieß – nichts hätte unter dem Eindruck der letzten Jahrzehnte unrealistischer erscheinen können. Dass man zu Kompromissen in grundsätzlichen Streitfragen gelangen würde? Nichts musste lebensfremder wirken nach den Zwistigkeiten und Eskalationen der Vorjahre. Dass man schlussendlich gemeinsam eine Karikatur signieren würde, auf der sich ausgerechnet Stresemann und Briand als Friedensengel gegenüberübersitzen oder besser gesagt: gegenüberfliegen? Das war doch geradezu surreal vor dem Hintergrund der Rolle, die beide in Kriegs- und Nachkriegszeit zunächst gespielt hatten. Umso erleichterter zeigte sich Chamberlain am Tag des ‚déjeuner de la presse‘, als er freimütig zugab, dass niemand, „auch die größten Optimisten unter uns“ nicht, bei der Ankunft in Locarno damit hätte rechnen können, „daß es uns möglich sein würde, unsere Arbeit so schnell und mit so glücklichem Erfolge zu Ende zu bringen.“³⁶ Diese Äußerungen zum Anlass nehmend – und damit etwas verfrüht, denn es waren noch gar nicht alle Punkte des Schlussprotokolls abschließend geklärt³⁷ –, vermeldeten sowohl deutsche als auch französische Blätter sogleich die generelle Einigung und die Besiegelung des ‚Rheinpakt‘ verbunden mit der Aussicht, „que le pacte va nous donner une paix permanente.“³⁸ Nach allem, was zuvor geschehen war, war das so etwas wie ein Wunder.

Die eigentliche Sensation Locarnos – und zwar, dass es in den vorangegangenen zweieinhalb Jahren irgendwie gelungen war, die verfeindeten Lager wieder an *einen* Tisch zu bringen – geriet jedoch bald etwas aus dem Fokus. Für die zeitgenössische wie für die spätere Rezep-

³¹ Siehe AdR Luther, Nr. 172, Anm. 2.

³² Schmidt, Statist auf diplomatischer Bühne 1923–45, S. 78.

³³ Tagebucheintrag Stresemanns vom 05.10.1925 in ADAP A XIV, S. 690.

³⁴ Schmidt, Statist auf diplomatischer Bühne 1923–45, S. 78 und 80.

³⁵ So Chamberlain am 05.10.1925, zit. nach dem deutschen Protokoll der ersten Sitzung in AdR Luther, Nr. 172.

³⁶ Chamberlain am 15.10.1925, zit. nach: *Vossische Zeitung Morgenausgabe* vom 16.10.1925.

³⁷ Hierzu der Tagebucheintrag Stresemanns vom 15.10.1925 in ADAP A XIV, S. 702.

³⁸ Alfred Mallet, Le Pacte Rhénan est adopté, *Le Figaro* vom 16.10.1925.

tion der Konferenz war ein Datum nämlich um einiges entscheidender als etwaige inhaltliche Gesichtspunkte. Am 30. Todestag des schwedischen Chemikers Alfred Nobel nämlich, dem 10. Dezember 1926, verkündete in Oslo der Vorsitzende des nach Nobels letztem Willen eingerichteten Preiskomitees, der örtliche Universitätsrektor Fredrik Stang, die Namen der neuen Friedensnobelpreisträger. Nachdem man in den drei Jahren zuvor jeweils von einer Auszeichnung abgesehen hatte, weil keiner der Nominierten die Kriterien der Stiftungsstatuten zu erfüllen schien,³⁹ ging der Preis für 1925 nachträglich zu gleichen Teilen an den US-Vizepräsidenten Charles Dawes, dessen gemeinsam mit Owen Young erarbeiteter Reparationsplan 1924 den Grundstein für eine finanzielle Entspannung in Europa zu legen versucht hatte,⁴⁰ sowie an Chamberlain für dessen Verdienste um die europäische Verständigung auf der Konferenz von Locarno. Die Auszeichnung für 1926 fiel mit der gleichen Begründung Briand und Stresemann zu.

Dem persönlichen Nachruhm gerade der drei Außenminister, aber auch der generellen Wahrnehmung der Konferenz drückte diese Ehrung natürlich ihren ganz besonderen Stempel auf. Locarno galt fortan zwar immer wieder als Musterbeispiel eines internationalen Arrangements zur Kriegsvermeidung,⁴¹ vor allem aber die verantwortlich gemachten Staatsmänner – deren einstige Illustration als Friedensengel jetzt um den Heiligenschein internationaler Anerkennung erweitert in ikonographisches Allgemeingut übergang – wurden als ‚große Europäer‘ gefeiert,⁴² die ‚Seite an Seite‘ für die Aussöhnung des Kontinents gekämpft hätten⁴³ und aus diesem Grund sogar als Leitbilder für nachfolgende Generationen infrage kamen.⁴⁴ Willy Brandt beispielsweise, 1971 selbst Friedensnobelpreisträger, stellte seine Amtszeit als Außenminister der Bundesrepublik ganz ausdrücklich in die Tradition Gustav Stresemanns. „Europäische Friedenspolitik, wie wir sie vertreten“, so erklärte er während einer Gedenkfeier zu dessen 90. Geburtstag, „lebt aus dem Geist der Geschichte.“⁴⁵ Selbst heute noch gibt es Versuche, die Prämierten von 1925/26 mit bisweilen abenteuerlich kontrafaktischem Optimismus für aktuelle Diskussionen in Beschlag zu nehmen:

„Stresemann, wenn er länger gelebt hätte, wäre mit seinem großen Partner Aristide Briand in der Weltwirtschaftskrise für europäische statt nationale Lösungen eingetreten. Er hätte Europa vor Hitlers Weltkrieg bewahrt – und das Mittel seiner freien Wahl dafür wäre der Euro gewesen.“⁴⁶

³⁹ Siehe dafür http://www.nobelprize.org/nobel_prizes/peace/laureates/1925/ (06.10.2012).

⁴⁰ Dazu ausführlicher Cohrs, *The Unfinished Peace after World War I*, Kap. 9f.

⁴¹ Vgl. Charles E. Martin, *The Politics of Peace*, Stanford – London – Oxford 1929, bes. S. 352.

⁴² Siehe z.B. Edgar Stern-Rubarth, *Drei Männer suchen Europa: Briand, Chamberlain, Stresemann*, München 1947.

⁴³ So Hans H. Redlhammer, *Stresemann, Briand, Chamberlain. Seite an Seite als Kämpfer für den Frieden Europas*, In: *Gustav Stresemann. Festschrift zur Wiedererrichtung des Stresemann-Ehrenmals in Mainz*, bearb. von Joseph Scheidel, Mainz 1960, S. 55–71.

⁴⁴ Dazu kritisch Wolfgang Ruge, *Stresemann – Ein Leitbild?*, In: *Gustav Stresemann*, hrsg. von Wolfgang Michalka und Marschall M. Lee, Darmstadt 1982 (*Wege der Forschung*; 539), S. 72–97 [zuerst 1969].

⁴⁵ Die Rede vom 10.05.1968 ist als Vorwort nachgedruckt in: *Gustav Stresemann, Schriften*, hrsg. von Arnold Hartung, Berlin 1976, hier S. XV.

⁴⁶ Torsten Krauel, Angela Merkel und Stresemanns Europa, *Welt am Sonntag* vom 14.08.2011.

Popularität und Verbreitung solcher, eigentlich eher „in den Bereich der tagespolitischen Spekulation“⁴⁷ gehörenden Ansichten deuten auf das spezifische Eigenleben hin, das Konferenz und Konferenzteilnehmer als Geschichtsbilder über die Jahrzehnte hinweg erfahren haben.⁴⁸ Auch weil es neben den mehrheitlich positiven Stimmen nie an Kritik mangelte – unter anderem verortete man Stresemanns Willen zur „Wiederherstellung, ja Verbreiterung der alten Machtstellung“⁴⁹ Deutschlands in direkter Kontinuität zur Außenpolitik nach 1933 –, führten die von jeder Historikergeneration stets aufs Neue unternommenen Versuche zur Einordnung und Bewertung der ‚Locarno-Ära‘ beinahe zwangsläufig dazu, dass vor allem die jeweiligen Intentionen der Beteiligten und damit letzten Endes immer die Politiker selbst im Mittelpunkt des Interesses standen.⁵⁰ Das hatte wiederum weitreichende Folgen für die historische Perspektive, schließlich verfestigte sich so der Eindruck, jede Form europäischer Verständigungspolitik der 1920er Jahre habe quasi *allein* an den Außenministern gehangen – eine Sichtweise, die bei aller Unterschiedlichkeit der jeweiligen Interpretationen zu einer Konstante der internationalen Forschung wurde.

Den Garantiepakt sah man insofern vor allem als „Beginn jenes von Briand und [...] Stresemann geprägten Kapitels in der Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen“,⁵¹ über das gerade dann Aussagen möglich schienen, wenn Darstellung und Deutung um die vermeintlichen Hauptprotagonisten herum angeordnet wurden: Wertete man Locarno als „the definitive World War I peace settlement“, so ließ sich dieser Erfolg hauptsächlich auf die besondere „diplomatic method [...] conducted between the foreign ministers of the three chief Locarno powers“⁵² zurückführen. Galt Locarno hingegen nur als ‚Episode‘, die „schon einige Jahre darauf vom reißenden Strom einer veränderten Zeit einfach fortgeschwemmt wurde“, gab man daran in der Regel dem persönlichen „Zeitfaktor“,⁵³ also dem frühen Tod Gustav Stresemanns, die Hauptschuld. Erachtete man Locarno nur als zum Scheitern verurteilten, „beautiful [...] but somewhat absurd dream“, ließ sich an ihm besonders gut die grundsätzliche „economic and financial ignorance“ des „typical statesman of the ‚Locarno generation“⁵⁴ veranschaulichen. Bemühte man sich wieder-

⁴⁷ Wolfgang Michalka, Stresemann im Lichte seiner gegenwärtigen Biographien: Stresemann aus deutscher Sicht, In: Politiker und Bürger. Gustav Stresemann und seine Zeit, hrsg. von Karl Heinrich Pohl, Göttingen 2002, S. 267–289, hier S. 278.

⁴⁸ Siehe dazu etwa Andreas Körber, Gustav Stresemann als Europäer, Patriot, Wegbereiter und potentieller Verhinderer Hitlers. Historisch-politische Sinnbildungen in der öffentlichen Erinnerung, Hamburg 1999 (Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte; 25) [Diss.].

⁴⁹ Fritz Fischer, Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871–1945, Düsseldorf 1979, S. 76.

⁵⁰ Zur Forschung ganz allgemein v.a. Kolb, Die Weimarer Republik, S. 223–227 sowie Niedhart, Die Außenpolitik der Weimarer Republik, S. 49f., 54 und 57f.

⁵¹ Winkler, Geschichte des Westens, Bd. 2, S. 455.

⁵² Jon Jacobsen, The Conduct of Locarno Diplomacy, In: The Review of Politics 34 (1972) 1, S. 67–81, hier S. 68.

⁵³ Hildebrand, Das vergangene Reich, S. 455 und 475.

⁵⁴ Jean Baptiste Duroselle, The Spirit of Locarno: Illusions of Pactomania, In: Foreign Affairs 50 (1972) 4, S. 752–764, hier S. 764.

rum um eine Enttarnung der Verständigungspolitik als generelles Täuschungsmanöver nationaler Machtinteressen, verwies man dafür exemplarisch auf den opportunistischen deutschen Außenminister, der „mit dem Doppelgesicht des Janus“ das Reich weniger in eine friedliche europäische Zukunft, sondern wieder in den Status einer Großmacht habe führen wollen; zurück zu dem, „was es einstmals war“,⁵⁵ und mit allen Mitteln, die dazu notwendig schienen.

Die in diesen Beispielen zum Ausdruck kommende Zentrierung auf die unmittelbare Akteurs-ebene der Konferenz – und hier nochmal gesondert auf die drei Nobelpreisträger – hatte logischerweise eine gewisse Verengung von Fragestellung und Untersuchungsgegenstand zur Folge. So erschien es beispielsweise lange Zeit als vollkommen naheliegend, die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Konferenz erst im Jahr 1925 einsetzen zu lassen, „also zu dem Zeitpunkt, als die Verhandlungen, die zum Locarno-Pakt führten, aufgenommen wurden.“⁵⁶ Von diesem Ausgangspunkt gelangte man dann ganz automatisch zu der Überzeugung, dass erst „in the summer of 1925 [...] a Franco-German dialogue was begun“. Stresemann und Briand rückten so in den Status jener „principal architects of Franco-German rapprochement“, denen die Bemühungen um eine „privileged partnership“⁵⁷ zwischen Deutschland und Frankreich besonders zuzuschreiben waren. Da sie darüber hinaus sogar „eine persönliche Freundschaft verband“,⁵⁸ schienen vor allem sie selbst bei den sich zwangsläufig ergebenden Problemen die ‚großen Lösungen‘ ermöglicht zu haben, die in ihrer angemessenen historischen Würdigung die Entscheidung des Nobelkomitees – teilweise Ausgangspunkt dieses Meisternarratives – nachträglich bestätigten.⁵⁹ Indem man unter Hinzunahme des britischen Außenministers die generellen Verständigungsbemühungen der Zwischenkriegszeit folglich als „a story of the conflict between three men and the policies they conducted“⁶⁰ erzählte, wurde nicht nur deren personelle Gebundenheit an die Außenminister offenkundig, es erübrigte sich auch, konkreter über ihre genauere Entstehung oder die Umstände ihres baldigen Endes nachzudenken. Die ‚Locarno-Diplomatie‘ (Jon Jacobsen) begann – etwas überspitzt formuliert – eben in dem Moment, in dem Stresemann als „Urheber“⁶¹ einer neuen internationalen Politik „*seine* außenpolitische Initiative“ für „eine Entspannung in Euro-

⁵⁵ Annelise Thimme, Gustav Stresemann. Eine politische Biographie zur Geschichte der Weimarer Republik, Hannover – Frankfurt am Main 1957, S. 128.

⁵⁶ James Joll, Locarno – Ein Rückblick, In: Wege in die Zeitgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Gerhard Schulz, hrsg. von Jürgen Heideking, Gerhard Hufnagel und Franz Knipping, Berlin – New York 1989, S. 433–447, hier S. 435.

⁵⁷ Sylvain Schirmann, Franco-German Relations, 1918–1945, In: A History of Franco-German Relations in Europe. From „Hereditary Enemies“ to Partners, hrsg. von Carine Germond und Henning Türk, Basingstoke 2008, S. 75–88, hier S. 78.

⁵⁸ Andreas Wirsching, Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, München 2001 (Beck'sche Reihe; 2165), S. 42.

⁵⁹ Siehe Karlheinz Lipp, Die Friedensnobelpreise 1926 und 1927, In: Wissenschaft & Frieden 4/2011, S. 41–43.

⁶⁰ Jacobson, Locarno Diplomacy, S. 75f.

⁶¹ Christian Baechler, Gustav Stresemann (1878–1929). Einige Überlegungen über den Politiker und seine Politik, In: Politiker und Bürger. Gustav Stresemann und seine Zeit, hrsg. von Karl Heinrich Pohl, Göttingen 2002, S. 64–85, hier S. 64.

pa⁶² auf den Weg gebracht hatte, wurde dann gemeinsam mit Chamberlain sowie dem „kongenialen“⁶³ Partner Briand *persönlich* praktiziert und endete letztlich „symbolisch“ an Stresemanns Grab, von dem aus die Differenzen in Europa wieder „offenkundiger wurde[n]“.⁶⁴ So entstand eine halbwegs in sich geschlossene, historische Standarderzählung, in der Personen und Geschehen ineinander überzugehen schienen, zumindest aber untrennbar blieben. Dass sich in Wirklichkeit Stresemann, Chamberlain und Briand überhaupt das erste Mal begegnet waren in Locarno, ihre „Freundschaft“⁶⁵ also kaum Erklärungskraft haben konnte für die dortige Annäherung, ließ man dabei genauso gern außer Acht wie etwa den Umstand, dass nach den Akten des Auswärtigen Amtes Idee und Konzeption zum Rheinpakt bereits entwickelt worden waren, „*bevor* Stresemann Minister wurde“,⁶⁶ oder die Tatsache, dass sich bereits im Sommer 1928 die Zeichen mehrten, dass „der wesentlich machtpolitisch bestimmte deutsch-französische Gegensatz [...] vielleicht abgemildert, aber keinesfalls aufgelöst worden war“,⁶⁷ ein Wiederaufbrechen der alten Konflikte also längst wieder zu erwarten war vor dem Ableben von ‚Weimars größtem Staatsmann‘ (Jonathan Wright). Die breite Rezeption der Nobelpreisträger „as national heroes“ überspielte lange Zeit die Tatsache, dass „serious question marks“⁶⁸ zu Locarno bestehen blieben.

Schaut man noch einmal zurück zum 10. Dezember 1926, wird relativ schnell deutlich, dass auch dem Nobelpreiskomitee selbst gewisse Frage offen geblieben waren: Keineswegs sicher war man sich zum Beispiel, ob und wie lange ‚Locarno‘ als Idee würde tragen können. Zweifel diesbezüglich waren schon am Tag der Preisverkündung nicht zu überhören gewesen, als unmittelbar nach Stang Fridtjof Nansen, der letzte regulär Prämierte aus dem Jahre 1922, das Podium betrat, um eine ‚presentation speech‘ zu halten, die – entgegen dem üblichen Protokoll – weit weniger eine Würdigung der Gewinner und ihrer jeweiligen Verdienste für den Frieden darstellte, sondern eher eine eigene programmatische Rede. Nansen, vier Jahre zuvor für seine Verdienste um die internationale Flüchtlingshilfe ausgezeichnet, hielt dabei unmissverständlich fest: „The men who met at Locarno are no idealistic pacifists“, sondern „statesmen who [...] originally pursued directly conflicting policies“. Umso mehr bewiese ihre Teilnahme an der Konferenz, dass „neither idealism nor altruism“ entscheidende Stabilität für Europa zu bringen versprechen würden, „but a sense of necessity“. Es sei an der Zeit, einzusehen, „that the only chance of creating a real fu-

⁶² Niedhart, Deutsche Geschichte 1918–1933, S. 99 [Hervorhebung von mir; P.K.].

⁶³ Heinz Malangré, Blicke auf Europa. Seine Wurzeln, sein Stamm, seine Äste, seine Krone, Augsburg 2011, S. 466.

⁶⁴ Möller, Europa zwischen den Weltkriegen, S. 56.

⁶⁵ Stern-Rubarth, Drei Männer suchen Europa, S. 129.

⁶⁶ Peter Krüger, Stresemann und Briand – mehr als ein Mythos?, In: Europäer des 20. Jahrhunderts. Wegbereiter und Gründer des „modernen“ Europas, hrsg. von Heinz Durchhardt, Mainz 2002, S. 39–68, hier S. 43 [Hervorhebung von mir; P.K.].

⁶⁷ Franz Knipping, Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära 1928–1931. Studien zur internationalen Politik in der Anfangsphase der Weltwirtschaftskrise, München 1987 [Habil. Tübingen 1984], S. 32.

⁶⁸ Ruth Henig, Versailles and After 1919–1933, London – New York 2001 [1982], S. 40.

ture for mankind is to stand united in a sincere desire to work together“. Die Annäherung von 1925, so schob Nansen nach, sei in diesem Sinne nur ein erster Schritt, ein „promise for the future“. Gerade den drei Außenministern müsse fortan bewusst sein:

„[T]here is still a long way to go before the goal is reached and lasting peace really secured. Noble words and noble intent on the part of leaders are a great encouragement, but they are not enough. Words must be translated into action, intent into earnest toil, for shining promises have often come to nothing in the past and the blue skies of hope have again been filled by storm clouds.“⁶⁹

Klarer hätte man wohl kaum formulieren können, dass die Auszeichnungen 1925 und 1926 weniger ein besonderes historisches Verdienst herausstellen sollten, sondern stellvertretend eine Idee respektive die Zusage würdigten, dieser Idee *in Zukunft* folgen zu wollen. Hier ging es nicht um die Prämierung einer speziell pazifistischen Geisteshaltung oder einer über einen längeren Zeitraum verfochtenen Politik, sondern um die erst noch ausstehende Einlösung eines Versprechens; eine Auszeichnung als Vertrauensvorschuss sozusagen, nicht als Anerkennung für bereits Geleistetes. So oft wie Nansen in seiner Rede jedenfalls auf den ‚new spirit‘ in den europäischen Beziehungen abhob, musste man sich zwangsläufig schon daran erinnert fühlen, dass zumindest Briand und Stresemann noch ein Jahrzehnt zuvor zu jenem Personenkreis gezählt hatten, der mit stark nationalistischer Rhetorik den Ersten Weltkrieg zum vorläufigen Höhepunkt der ‚deutsch-französischen Erbfeindschaft‘ erklärt hatte. Dass ausgerechnet sie nun mit dem Friedensnobelpreis bedacht wurden, war insofern weniger Ironie des Schicksals, als vielmehr ein politisch zu verstehender Fingerzeig.

Die schon von manchem Zeitgenossen aufgeworfene Frage, warum nicht die Locarno-Konferenz als solche, also als Institution bedacht worden ist mit dem Preis,⁷⁰ verfehlte insofern den Kern der damaligen Entscheidung. Zwar wäre Derartiges durchaus denkbar gewesen – 1910 hatte das Internationale Friedensbüro in Bern die Ehrung erhalten, 1917 das Rote Kreuz –, jedoch schien es im Sinne des Friedens sinnvoller, nicht das ursprüngliche Ereignis auszuzeichnen, sondern jene Personen, von denen man mehr oder weniger glaubte, sie seien für dessen *künftige* Umsetzung verantwortlich. Die Nobelpreise konnten demnach als eine Art besondere Verpflichtung, als eine Festlegung verstanden werden, welche die Preisträger daran erinnern würde, dass die Weltöffentlichkeit von ihnen nicht nur die Beibehaltung ihres eigenen Sinneswandels, sondern auch die Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen erwartete. Ebenso sollte die Aura des Preises den Prämierten sicherlich etwas Rückhalt für die jeweilige innenpolitische Diskussion verleihen, schließlich hatten gerade Briand und Stresemann alle Hände voll zu tun, ihre eigenen Parlamente und erst recht die jeweilige nationalistische Opposition dauerhaft von der Sinnhaftigkeit des eingeschlagenen Kurses zu überzeugen. Das internationale Renommee des Preises konnte hier vielleicht Rückhalt geben.

⁶⁹ Fridtjof Nansen, The Nobel Peace Prize 1925/1926 – Presentation Speech, http://www.nobelprize.org/nobel_prizes/peace/laureates/1926/presentation-speech.html (02.10.2012).

⁷⁰ Siehe dazu etwa Kurt Koszyk, Gustav Stresemann. Der kaisertreue Demokrat, Köln 1989, S. 319f.

Dieses Unterfangen ging gleichwohl nur bedingt auf. Nach den anfänglich euphorischen Stimmen aus dem Herbst 1925 hatten in den jeweiligen Diskussionen um Chancen und Sinnhaftigkeit der Locarno-Politik sowie der damit verbundenen europäischen Entspannung längst wieder konfrontativere Töne Oberwasser gewonnen. Je nach Standpunkt, also je nach dem aus welchem Land sie kamen, beklagten zeitgenössische Kritiker entweder den gänzlich unpatriotischen „Verzicht auf deutsches Land und Volk“,⁷¹ den nicht nur die Anerkennung der Westgrenze, sondern überhaupt jede Form von ‚Verständigung‘ bedeute, oder aber sie geißelten die französische Achtlosigkeit, mit der etwaige Erleichterungen für das Reich dem Bewusstsein widersprachen, dass von einem perspektivisch ‚freieren‘ Deutschland wieder eine Bedrohung ausgehen werde.⁷² Die beiden Nobelpreisträger in Berlin und Paris begegneten diesen Diskussionen recht unterschiedlich.

Stresemann war bereits einige Zeit vor Beginn der Konferenz in eine „Phase der Überzeugungsarbeit“⁷³ eingetreten, in der er entschieden auf die erhofften Vorteile einer künftigen Verständigungspolitik aufmerksam zu machen versuchte. Er tat das im Wesentlichen auf zwei Wegen: Zum einen erklärte er der eigenen Öffentlichkeit das französische Sicherheitsbedürfnis – das er zwar unumwunden für viele Nachkriegsprobleme verantwortlich machte, allerdings zu akzeptieren bereit war – als konstitutiv. Mit dem Scheitern der 1919 eigentlich vorgesehenen interalliierten Beistandsversprechen, so argumentierte er, sei dessen Herausbildung nahezu unausweichlich geworden. „Das ist die Tatsache, die Frankreich von Anfang an zum Ausgangspunkt seiner Forderung nach besonderen Sicherheiten über den Versailler Vertrag genommen hat.“ Ob man wolle oder nicht, mit dieser Ausgangslage gelte es sich zu arrangieren. Das Reich müsse sich, um weitere Eskalationen wie die Ruhrkrise zu vermeiden, überlegen, ob die „Kernfrage unserer Beziehungen zu den Alliierten“ nicht besser „unter Mitbeteiligung Deutschlands zu lösen“ sei. Internationale Partizipation und eigenes Engagement in der Sicherheitsfrage könnten, so der Außenminister, nicht nur eine erneute „Lösung *gegen* Deutschland“ verhindern, sondern die Aussicht eröffnen darauf, dass eine – auch zum Selbstschutz vorgenommene, weil ja gegenseitige – Anerkennung der Grenze zu Frankreich und Belgien dort gleichzeitig Verständnis schaffen würde dafür, dass Berlin „die in flagrantem Widerspruch mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gezogene Grenze im Osten“ Europas niemals zu akzeptieren bereit sein werde. Das Signal, das von diesen Worten ausging, war unmissverständlich: Deutsche Verständigungsbereitschaft mit den einstigen Kriegsgegnern war vor allem dann denkbar und unter Umständen sogar gewollt, wenn dies kurz- oder mittelfristig zur machtpolitischen Aufwertung oder bestenfalls der „Gleichberechtigung“⁷⁴ des Reiches führen würde.

⁷¹ So der Reichstagsabgeordnete Graf Kuno von Westarp (DVP) in einer Rede vom 24.11.1925 in Reichstagsprotokolle, Bd. 388, S. 4493 D.

⁷² Vgl. z.B. zu den entsprechenden Parlamentsdebatten in Paris Ilić, Frankreich und Deutschland, S. 157–172.

⁷³ Wright, Gustav Stresemann, S. 327.

⁷⁴ Reichstagsrede Stresemanns vom 18.05.1925 in Reichstagsprotokolle, Bd. 385, S. 1180–1182.

Noch einmal sehr viel deutlicher trat dieses Kalkül hervor in einigen nicht- beziehungsweise nur halböffentlichen Statements Stresemanns. Das bekannteste und zugleich umstrittenste findet sich im sogenannten ‚Kronprinzenbrief‘ vom 7. September 1925, in dem er dem letzten Thronfolger der Hohenzollernmonarchie, dem mittlerweile aus dem holländischen Exil heimgekehrten Wilhelm von Preußen, noch vor Beginn der Locarno-Konferenz die sich anbahnende deutsche Kompromissbereitschaft schmackhaft zu machen versuchte mit den mittlerweile berühmten Worten:

„Wir müssen den Würger erst vom Halse haben. Deshalb wird die deutsche Politik [...] in dieser Beziehung zunächst darin bestehen müssen, zu finassieren und den großen Entscheidungen auszuweichen.“⁷⁵

Verteidiger des Außenministers haben diese Aussage später wiederholt zu relativieren versucht, etwa indem sie darauf bestanden, dass der Brief „objektiv gesehen [...] keine sensationellen Enthüllungen“⁷⁶ bot, sondern lediglich die unter anderem aus zwei damaligen Zeitschriftenartikeln bekannten und absolut „üblichen Argumente“⁷⁷ Stresemanns wiederholte. Vor dem Hintergrund allerdings, dass die beiden besagten Texte nicht unter richtigem Autorennamen erschienen sind⁷⁸ – wofür es sicher auch in Stresemanns Augen gute Gründe gegeben hatte – bleiben solche Entlassungsversuche schlussendlich ähnlich konstruiert wie etymologische Diskussionen über die unterschiedlichen Bedeutungen des Wortes ‚finassieren‘ im Deutschen und Französischen, die die Irritationen im Nachhinein ausgelöst hätten.⁷⁹ Plausibler erscheint, dass Stresemann seine politischen Bemühungen Mitte der 20er Jahre letzten Endes genauso verstanden wissen wollte, wie er sie in dem Brief an den Kronprinzen beschrieben hatte. Schon im Reichstag hatte er, wenngleich sanfter in der Formulierung, aber mit ähnlicher Stoßrichtung bekannt, dass die Deutschen sich auf internationalem Parkett jetzt prinzipiell einer „positive[n] Mitarbeit zur Verfügung stellen“⁸⁰ müssten, um so herauszufinden, „[o]b dieser Tatbestand zu [...] einer friedlichen Verständigung führt“, was dem eigenen – zur allgemeinen Erklärung gleich mitgelieferten – Verständnis nach ganz wesentlich „von der Haltung abhängen [sollte], die die Alliierten und insbesondere Frankreich uns gegenüber [im Gegenzug; P.K.] einnehmen“⁸⁰ werden. Deutsche Zugeständnisse in der Sicherheitsfrage, deutlicher konnte man es ja kaum ausdrücken, waren also ganz selbstverständlich auf den eigenen perspektivischen Vorteil ausgerichtet, indem sie zunächst ein besseres internationales Klima, in diesem dann eine zunehmende Unabhängigkeit des Reiches vom Einfluss der ehemaligen Kriegsgegner und

⁷⁵ RAM Stresemann an Wilhelm von Preußen vom 07.09.1925 in ADAP A XIV, Nr. 52.

⁷⁶ Eberhard Kolb, Das Stresemannbild im Wandel der Zeit, In: *Historie und Leben. Der Historiker als Wissenschaftler und Zeitgenosse. Festschrift für Lothar Gall*, hrsg. von Dieter Hein, Klaus Hildebrand und Andreas Schulz, München 2006, S. 573–585, hier S. 576.

⁷⁷ Wright, Gustav Stresemann, S. 327.

⁷⁸ Bei den Artikeln handelt es sich um: Hans Schumann [d.i. Gustav Stresemann], Sicherheitspakt, Völkerbund und Ostfragen, *Deutsche Stimmen* vom 05.08.1925 sowie Anonymus [d.i. hier Gustav Stresemann], Zwischen London und Comer See, *Hamburger Fremdenblatt* vom 14.09.1925.

⁷⁹ So u.a. bei Wolfgang Stresemann, *Mein Vater Gustav Stresemann*, München 1979, S. 322.

⁸⁰ Reichstagsrede Stresemanns vom 18.05.1925 in Reichstagsprotokolle, Bd. 385, S. 1181 A.

dann hoffentlich das endgültige „Freiwerden deutschen Landes von fremder Besatzung“⁸¹ ermöglichen würden. Verständigung und Revision gingen auf diese Weise miteinander einher.⁸²

Aus nationaler Perspektive war eine solche, bestenfalls pragmatisch zu nennende Herangehensweise durchaus nachvollziehbar. Die Überlegung, unter gezielter Ausnutzung der „wechselseitige[n] Eigeninteresse[n]“⁸³ der beteiligten Länder die eigenen Ziele zu forcieren, muss im Nachhinein zwar nicht unbedingt als „aufrichtige Friedenspolitik“⁸⁴ verstanden werden, war aber gerade im damaligen Zeitgeist sicherlich weitestgehend üblich. Auch Briand verfolgte mit seinem Zugehen auf Deutschland natürlich eigenständige Ziele, die nicht zuletzt an den Interessen der französischen Republik ausgerichtet blieben.⁸⁵ Für eine deutsche Konzeption, in der aus taktischen Motiven zunächst deutsches Entgegenkommen bei der Beruhigung der französischen Sicherheitsbedürfnisse und dann daraus resultierendes französisches Entgegenkommen bei der deutschen Rückkehr in den Kreis der Großmächte helfen sollte, konnte man also zwar nicht unbedingt den Nobelpreis erwarten, musste damit allerdings auch nicht automatisch den nächsten Weltkrieg heraufbeschwören.

In Frankreich selbst löste das Bekanntwerden des Kronprinzenbriefes und des darin enthaltenen Bildes vom ‚Würger‘ freilich ganz andere Reaktionen aus. Von Nachsicht oder gar realpolitischem Verständnis für die damalige deutsche Situation war wenig zu spüren. Der stattdessen tatsächlich zu verzeichnende Schock, der die französische Politik mitten im Wahlkampf 1932 erfasste, als Pariser Medien den genauen Wortlaut des Schreibens nachdruckten, führte in Hoeschs Einschätzung – mittlerweile im neunten Jahr Botschafter an der Seine – zu einer „Verheerung in der öffentlichen Meinung“, deren ganzer „Schaden für die deutschen Interessen“ noch gar nicht abzusehen sei:

„Wohlgesinnte Persönlichkeiten, die in der Amtsperiode Stresemanns und insbesondere in den Locarno-Verträgen den festen Punkt in der Geschichte der deutsch-französischen Nachkriegsbeziehungen erblickten und hierauf ihre Zukunftshoffnungen gründeten, sind in ihren Überzeugungen und Erwartungen schwer erschüttert worden. Immer und immer wieder hört man hier selbst von den überzeugtesten Anhängern einer deutsch-französischen Verständigungspolitik bange Zweifel, ob nach dieser fürchterlichen Enthüllung denn überhaupt noch der Gedanke einer Annäherung zwischen beiden Ländern ernstlich erörtert werden könne. Gar mancher hat die Hoffnung endgültig aufgegeben.“⁸⁶

⁸¹ RAM Stresemann an Wilhelm von Preußen vom 07.09.1925 in ADAP A XIV, Nr. 52.

⁸² Vgl. dazu etwa Andreas Rödder, Revisionismus und Verständigung. Gustav Stresemann und die deutsche Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Vortrag anlässlich des 80. Jahrestages der Verleihung des Friedensnobelpreises an Stresemann, Briand und Chamberlain im AA am 29.06.2007, <http://www.stresemann-gesellschaft.de/downloads/andreasroedder.pdf> (21.03.2008).

⁸³ Robert Grathwol, Gustav Stresemann: Betrachtungen über seine Außenpolitik, In: Gustav Stresemann, hrsg. von Wolfgang Michalka und Marschall M. Lee, Darmstadt 1982 (Wege der Forschung; 539), S. 224–249 [engl. 1973], hier S. 234.

⁸⁴ In diese Richtung Baechler, Gustav Stresemann (1878–1929), S. 82.

⁸⁵ Siehe etwa Robert Boyce, Aristide Briand: Defending the Republic through Economic Appeasement, In: *Histoire@Politique* 16/2012, www.histoire-politique.fr.

⁸⁶ Hoesch an AA vom 13.05.1932 in ADAP B XX, Nr. 83.

In Hoeschs Perspektive ‚verheerend‘ wirkten demnach weniger etwaige Diffamierungen des verstorbenen deutschen Außenministers, der von nationalistischer Propaganda links des Rheins jetzt ‚ins Zwielicht‘ einer ‚aggressiven und doppelzüngigen Strategie‘⁸⁷ gerückt worden wäre – wie die Stresemann-zentrierte Forschung gern betonte –, sondern vielmehr, dass man in Frankreich die Veröffentlichung der persönlichen Äußerungen des vormaligen Friedensnobelpreisträgers generell als ‚Beweis für die *deutsche* Doppelzüngigkeit‘⁸⁸ nehmen konnte. Das war insofern ein Unterschied, als dass die öffentliche Erregung in Paris eben nicht nur dem verstorbenen Minister und dessen Nachruhm schadete, sondern – und das wog für den Moment deutlich schwerer – ‚von nun ab Deutschland jede Glaubwürdigkeit abspreche[n]‘⁸⁹ musste. Paul Painlevé, zur Zeit der Locarno-Konferenz französischer Ministerpräsident, erklärte Hoesch in einer vertraulichen Unterredung, dass er ‚als alter Praktiker des politischen Lebens‘ den Veröffentlichungen zwar ‚mit Kaltblütigkeit, wenn auch mit einer erheblichen Enttäuschung und Ernüchterung‘, begegnen könne. Es müsse aber klar sein, dass

„die Ansicht [...], Briand sei in der Tat von Stresemann hereingelegt und betrogen worden, [...] sich ja natürlich gerade jetzt nicht als förderlich für die bevorstehenden politischen Aufgaben auswirken könne.“⁹⁰

Dass Briand wenige Wochen vor Bekanntwerden des Briefes nach längerer Krankheit verstorben war, gab der ganzen Angelegenheit natürlich zudem eine besonders emotionale Note.

In einem persönlichen Brief an Henry Bernhard, den langjährigen Privatsekretär Stresemanns, der seit dessen Tod den Nachlass des Verstorbenen für eine dreibändige Publikation im Berliner Ullstein-Verlag aufbereitete und durch dessen Arbeit auch der Kronprinzenbrief an die Öffentlichkeit gelangt war,⁹¹ erinnerte Hoesch daran, dass er bereits von Anfang an

„in eindringlicher Weise die unvermeidlichen Nachteile dargelegt habe, die eine Veröffentlichung der Memoiren Stresemanns bei aller Vorsicht der Sichtung des Materials [...] für die deutschen Interessen [...] haben müsste.“⁹²

Mit zahlreichen Eingaben hielt der Botschafter zudem das Auswärtige Amt an, ob nicht durch ein mögliches Publikationsverbot die weitere ‚Vergiftung der deutsch-französischen Beziehungen‘⁹³ zu verhindern sei. Aufschlussreich war hierbei, dass er keinesfalls eine verfälschte Wiedergabe etwaiger Äußerungen seines früheren Ministers oder eine unrichtige Darstellung desselben als Begründung dafür anführte, sondern stattdessen die Auffassung vertrat, dass

„[d]ie politische Arbeit eines Mannes wie Stresemann [...] in ihren Nuancen, ihren Zielen

⁸⁷ Kolb, Das Stresemannbild im Wandel der Zeit, S. 576.

⁸⁸ Hoesch an AA vom 13.05.1932 in ADAP B XX, Nr. 83 [Hervorhebung von mir, P.K.].

⁸⁹ Hoesch an AA vom 23.05.1932 in ADAP B XX, Nr. 91.

⁹⁰ Hoesch an AA vom 21.05.1932 in PA AA R 70518.

⁹¹ Siehe entsprechend Henry Bernhard an Ministerialdirektor Köpke vom 23.05.1932 in PA AA R 70518.

⁹² Hoesch an Bernhard vom 06.05.1932 in PA AA R 70518.

⁹³ Hoesch an AA vom 13.05.1932 in ADAP B XX, Nr. 83.

und ihren Methoden erst dann eine gerechte Würdigung in der Heimat und in der Welt finden [kann], wenn die fraglichen Ereignisse zeitlich dem Kampf und Drang der Gegenwart und den Leidenschaften des Augenblicks entrückt sind.“⁹⁴

Das Bild, das der Kronprinzenbrief abgegeben hatte, hielt er folglich nicht für falsch, sondern bei Bekanntwerden schlicht für inopportun. Ähnliche Stimmen aus dem diplomatischen Apparat häuften sich in den nachfolgenden Wochen, so dass man in der Wilhelmstraße tatsächlich auf Bernhard einwirkte, bis dieser sich bereit erklärte, den letzten Band des Nachlasses vorab dem Ministerium „vorzulegen, um etwa gewünschte Streichungen vorzunehmen.“⁹⁵ Einige Diplomaten hatten sich durchaus noch mehr erhofft: Johannes von Welzeck etwa riet aus Madrid, der gesamten „Memoiren-Pest ein Ende zu bereiten“, weil diese die europäische „Atmosphäre auf lange Zeit“⁹⁶ zu vergiften drohe. Dass es sich dabei keineswegs um übertriebene Warnungen handelte, zeigte nicht zuletzt, wie empfindlich die französische Seite reagierte: Selbst Poincaré, der sich seit 1929 eigentlich weitestgehend aus der Öffentlichkeit zurückgezogen hatte, ergriff nun wieder öffentlich das Wort und warnte, „que nous ne devons pas nous faire d’illusions sur les sentiments de nos voisins.“⁹⁷

Das Entscheidende an der französischen Reaktion auf Kronprinzenbrief und Stresemanns *Verständnis*, einer Mischung aus Enttäuschung und Wut, schien zu sein, dass die eigene Verständigungspolitik gegenüber Deutschland, deren Protagonisten zu einem gehörigen Teil noch aktiv in der Politik tätig waren, sich für ihre Bemühungen unmittelbar vor und nach Locarno nun verraten fühlen konnten oder sogar mussten. Édouard Herriot beispielsweise, bis April 1925 und im Juli 1926 dann kurzzeitig noch einmal französischer Außenminister, zeigte sich Hoesch gegenüber persönlich tief getroffen von der Lektüre der entsprechenden Passagen. Dass seine eigene damalige „Offenheit“ gegenüber Deutschland für Stresemann lediglich Anlass zum Prahlern gewesen sei, dass dieser sich daheim gebrüstet habe, die Franzosen wieder einmal erfolgreich „hereingelegt zu haben“,⁹⁸ das zog generell in Zweifel, ob Paris 1924/25 mit seinem zunehmend vertrauensvolleren Kurs den richtigen Weg gegangen war.

Diese Befürchtungen wogen vor allem deshalb so schwer, weil die damals Verantwortlichen in der Tat den Eindruck gehabt hatten, dass die Locarno-Politik durch einen gewissen deutschen Sinneswandel auch inhaltlich gerechtfertigt gewesen war. Briand, der am 15. April 1925 zurück ins Quai d’Orsay gekehrt war, an dessen Spitze er bereits während des Krieges und 1921 gestanden hatte, fand zu jener Zeit tatsächlich ein insofern verändertes französisches Außenministerium vor, als dass dessen generelle Haltung dem Rheinnachbarn gegenüber bereits eine spürbare Wandlung erfahren hatte. Anlässlich der wiederholten deutschen Vorschläge zu einem Sicherheitspakt, die

⁹⁴ Hoesch an Bernhard vom 06.05.1932 in PA AA R 70518.

⁹⁵ Siehe StS. Bernhard von Bülow an Hoesch vom 04.06.1932 in PA AA R 70518.

⁹⁶ Johannes von Welzeck (B Madrid) an AA vom 06.06.1932 in PA AA R 70518.

⁹⁷ *Le Matin* vom 20.5.1932.

⁹⁸ Hoesch an AA vom 01.06.1932 in ADAP B XX, Nr. 106.

Paris ja 1922 und 1923 noch strikt abgelehnt hatte, hielt man jetzt eine genauere Prüfung des Sachverhalts zumindest für angebracht, vielleicht sogar für aussichtsreich. Die Deutschen, so hieß es in einem internen Papier, – und das war die eigentliche Sensation im Vergleich zur bisherigen Erbfeindschaftsstory – hätten mittlerweile „une leçon“⁹⁹ gelernt. Neben den faktischen wirtschaftlichen und außenpolitischen Notwendigkeiten einer europäischen Verständigungspolitik, die ja auch Nansen in seiner Nobelpreispräsentation zu Recht als ‚necessities‘ beschrieben hatte, war hier offenbar eine Art psychologischer Umdenkprozess in Gang gekommen, der die bisherigen kategorischen Vorbehalte gegen eine deutsche Lernfähigkeit und die Möglichkeit eines französisch-deutschen Arrangements – zumindest teilweise – überwinden half. Die Empörung der französischen Öffentlichkeit über den Kronprinzenbrief erklärt sich insofern wohl vor allem daraus, dass dieser nun nachträglich zu beweisen schien, dass die eigene Verständigungspolitik sich diesbezüglich nicht nur geirrt hatte, sondern von den Deutschen gezielt ausgenutzt und hinter das Licht geführt worden war, um die europäische Ordnung zum eigenen Vorteil zu revidieren. In der Debatte um die Ratifikation der Locarno-Verträge hatte Briand immer wieder betont, dass die Franzosen ihr Bild von Deutschland überdenken und erneuern müssten.¹⁰⁰ Das erschien jetzt nicht nur als ein Irrtum, sondern sogar eher wie ein folgenschwerer Fehler. War man den Deutschen etwa tatsächlich auf den sprichwörtlichen Leim gegangen?

⁹⁹ Unsignierte Note sur les propositions allemandes vom 26.02.1926 in MAE PAAP 217, 7.

¹⁰⁰ Vgl. ausführlich Ilić, Frankreich und Deutschland, Kap. III.

- 2.2. ‚Eine Lösung des Problems kann nicht mehr in einer Abschüttelung des Gegners, sondern nur in einer innigen Verflechtung der beiderseitigen Interessen gesucht werden‘ – Leopold von Hoesch und die Refunktionalisierung der Diplomatie

Als Leopold von Hoesch am 11. Januar 1923 die Amtsgeschäfte der deutschen Botschaft in Paris übernahm, deutete zunächst nicht viel darauf hin, dass man nur wenige Jahre später darüber diskutieren können würde, ob die Bemühungen um eine deutsch-französische Annäherung grundsätzlich richtig oder falsch gewesen seien. Hoeschs erste Monate als provisorischer Geschäftsträger im Palais Beauharnais waren im Gegenteil eher von der Frage geprägt, ob die Ruhrbesetzung, deren Durchführung Poincaré weiterhin „als eine nach dem Vertrage von Versailles berechnete Zwangsvollstreckungsaktion gegen [den] widerstrebenden Schuldner“ rechtfertigte, sich unter Umständen sogar so sehr zuspitzen würde, dass die „französische Regierung [...] von Maßnahmen kriegerischen Charakters gegen Deutschland nicht mehr zurückscheut“.¹⁰¹ Auch wenn dem Reich die Mittel zur bewaffneten Auseinandersetzung bekanntermaßen fehlten, blieben die Zeitgenossen einer möglichen Eskalation der Krise ständig gewahr.¹⁰² Französischerseits befeuerte man dieses Szenario zusätzlich durch den als Reaktion auf die deutsche Widerstandsproklamation und besonders auf die von Berlin gestützte Streikbewegung im Ruhrgebiet spürbar intensivierten Okkupationsdruck.¹⁰³ Da dieser sich merklich auch auf die alliierte Besetzung im Rheinland auswirkte,¹⁰⁴ musste allen Beteiligten relativ schnell klar werden, dass eine kurzfristige Lösung des längst überregionalen Konflikts bereits zu diesem frühen Zeitpunkt so gut wie ausgeschlossen war. Hatte das Berliner Kabinett tatsächlich darauf gehofft, die Franzosen seien durch deutschen Protest irgendwie zu Gesprächen zu bringen,¹⁰⁵ verhiessen Hoeschs Berichte aus der französischen Hauptstadt dafür jedenfalls kaum Erfolgsaussichten. Als Verhandlungsbasis konnte, so seine Einschätzung, ausschließlich das aktuelle „französische Programm“ dienen. Das Reich müsse demnach bereit sein, „den gegenwärtigen Invasionszustand mehr oder weniger zu sanktionieren und dazu noch den Rheinlandpfändern zuzustimmen“. Gleichwohl das für den Moment auch dem Geschäftsträger nur „wenig verlockend“ erschien, gab er zu bedenken, dass die Beibehaltung des „Zustand[es] der Abwehr“ als Alternative ausschließlich unter der Voraussetzung Sinn ergebe, „daß [sie] durchführbar ist“.¹⁰⁶ So oder so sei mit der „schärfsten Fortführung [der] Unternehmung zu rechnen“, in Paris vertraue man momentan voll auf die „Überlegenheit Frankreichs“.¹⁰⁷

¹⁰¹ Hoesch an AA vom 17.01.1923 in PA AA R 28232k.

¹⁰² Vgl. Krumeich, *Der „Ruhrkampf“ als Krieg*, S. 17.

¹⁰³ Dazu ausführlich Jeannesson, *Poincaré, la France et la Ruhr (1922–1924)*, Kap.VI.

¹⁰⁴ Siehe Blessing, *Der mögliche Frieden*, S. 103–107.

¹⁰⁵ Dies glaubt Rupieler, *The Cuno Government and Reparations 1922–1923*, S. 121f.

¹⁰⁶ Hoesch an AA vom 16.01.1923 in ADAP A VII, Nr. 27.

¹⁰⁷ Hoesch an AA vom 23.01.1923 in ADAP A VII, Nr. 44.

Für eine an dieser Stelle eigentlich notwendige Erörterung der weiteren deutschen Strategie gab es in Berlin gleichwohl weder Raum noch Zeit. Die Regierung hatte sich unter dem Druck der Ereignisse und der öffentlichen Erwartung auf die Linie des staatlich finanzierten Generalwiderstandes festlegen lassen und musste sich nun darauf konzentrieren, die viel beschworene nationale Geschlossenheit durch die integrative Wirkung der eigenen Protesthaltung möglichst lange aufrechtzuerhalten. Es galt also, sich selbst nach innen als besonders handlungsstark und nach außen als besonders unnachgiebig zu präsentieren.¹⁰⁸ Wollte man, so gut es noch ging, den eigenen politischen Führungsanspruch wahren, gab es zu diesem Kurs kaum mehr Alternativen.¹⁰⁹ Nachdem die französische Presse siegessicher vermeldet hatte, Deutschland werde seine Verweigerungshaltung über kurz oder lang aufgeben müssen, erklärte Außenminister Rosenberg entsprechend entschlossen:

„Warum sollten wir und wie könnten wir von dieser Linie abweichen? [...] Wenn wir uns beugen, sind wir verloren. Bringen wir die sittliche Kraft auf, im Widerstand zu beharren, so kommen wir durch.“¹¹⁰

Reichskanzler Cuno untermauerte diese Sichtweise, indem er wiederholt auf den deutschen Standpunkt verwies, wonach „die militärische Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich und Belgien [als] ein Bruch des Versailler Friedensvertrages“¹¹¹ zu verstehen und zu bewerten sei. Unter diesen Umständen wäre „völlig klar, daß wir diesen Kampf bis zum Ende durchhalten müssen“:

„Die Einfachheit unserer Politik ergibt sich aus der einfachen Tatsache, daß die schlimmsten Folgen der Besetzung nicht schlimmer sein können, als die Folgen eines Nachgebens. [...] [W]ir werden [...] Herrn Poincaré nicht die goldene Brücke eines Scheinsieges bauen dürfen, weil sonst der ganze Kampf der Arbeiter und Unternehmer im Ruhrgebiet und die Leiden unserer pflichtgetreuen Beamten umsonst gewesen wäre.“¹¹²

Solche Statements verdeutlichen anschaulich, in welche weitestgehend ausweglose Situation die Regierung mittlerweile geraten war beziehungsweise in welche Zwangslage man sich durch die eigenen Entscheidungen des Januars zum Teil selbst hineinmanövriert hatte. Dass man die Streikenden aus dem Reichshaushalt zu unterstützen bereit war, institutionalisierte den – unter diesen Umständen kaum mehr ‚passiv‘ zu nennenden – deutschen Widerstand gegen die Besetzung zur quasi unaufkündbaren Staatsdoktrin, die die ursprünglich angedachte Betonung eines lediglich ‚moralischen deutschen Standpunktes‘ obsolet werden ließ.

¹⁰⁸ Vgl. hierzu und zum Folgenden auch Krüger, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, S. 201f.

¹⁰⁹ Von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden war unisono zu vernehmen, „daß die Stimmung der Bevölkerung gut und auf geschlossene Abwehr eingestellt sei“, für „ein längeres Durchhalten“ jedoch „ausgiebige Hilfe vom Reich unbedingt notwendig sei“. Darunter verstand man eine „volle Schadloshaltung und weitgehende Unterstützung bei Arbeitsausfall, Ausweisung usw. [...] Ohne diese Sicherstellung sei ein geschlossenes Durchhalten undenkbar.“ Die Behörden, die eigentlich – so war es ursprünglich gedacht – für die Zahlungen erst dann aufkommen sollten, wenn die Firmen und Betriebe selbst nicht mehr dazu in der Lage waren, sollten nach dem Willen der Vertreter zudem von Anfang an „den Arbeitgebern mit den nötigen Krediten beispringen.“ Siehe die entsprechende Aufzeichnung vom 02.02.1923 in AdR Cuno, Nr. 63, Anm. 9.

¹¹⁰ *Berliner Tageblatt* vom 19.01.1923.

¹¹¹ So Cuno gegenüber dem britischen Journalisten Robert Dell, zit. nach: *Vossische Zeitung* vom 21.01.1923.

¹¹² Cuno im Gespräch mit einem belgischen Journalisten, zit. nach: *Deutsche Allgemeine Zeitung* vom 02.02.1923.

Entsprechend einflusslos begegnete Berlin den in der Öffentlichkeit nach altbekanntem Muster binnen Tagen auftretenden Radikalisierungen, die das Kabinett nach allgemeinem Verständnis ja sogar materiell zu goutieren schien. Während politische Kommentatoren den Konflikt in der üblichen Erbfeindschaftsrhetorik zum ‚Kampf auf Leben und Tod‘ stilisierten,¹¹³ wuchs in den betroffenen Gebieten selbst die Konfrontationsbereitschaft, für die man jetzt auch Cuno und seine Minister in die Pflicht nahm. Vertreter der örtlichen Beamtenschaft etwa, die gerade instruiert worden waren, „sich ausschließlich an die Anweisungen der *eigenen* Regierung zu halten“,¹¹⁴ versicherten dem Kabinett bei einem Berlin-Besuch, man würde entschieden begrüßen, „daß die Regierung fest entschlossen sei, den Kampf mit *allen Mitteln* aufzunehmen“. Damit lobte man eine Politik, die in dieser Stoßrichtung zwar gar nicht vorgesehen war, aber von der Bevölkerung mehrheitlich als logische Folge der Ereignisse verstanden wurde: Schließlich, so glaubte man, „handle es sich [ja] um die letzte Phase des Weltkrieges [...]. Wer hier unterliege, habe den Weltkrieg endgültig verloren.“¹¹⁵

Ganz ähnliche Stimmen waren auch auf der anderen Rheinseite zu vernehmen, wo man die „Aktion mehr und mehr als eine [...] auszutragende Kraftprobe“ verstand, in der die *Grande Nation* wie ehemals ihre „Kulturmission [zu] erfülle[n]“ habe. Ein „Rückzug Frankreichs“, so berichtete Hoesch, kam unter diesen Umständen schon deshalb nicht infrage, weil dies „einen schweren Schlag für sein Prestige bedeuten würde.“¹¹⁶ Folglich wäre nicht nur die „Erbitterung gegen Deutschland außerordentlich groß“, sondern auch eine innenpolitische „Erörterung der Zweckmäßigkeit der Ruhraktion“ überhaupt nicht möglich: „Zweifler [würden] niedergeschrien und verdächtig[t]“, die Pariser Öffentlichkeit lehne „blindlings jeden Gedanken an Nachgeben“ ab, der „[v]orläufige Mißerfolg [der] Aktion“ durch die deutsche Arbeitsniederlegung „erzeuge [...] nicht [den] Wunsch nach einem Einlenken, sondern Verbissenheit“ und die generelle „Stimmung gleiche 1914“.¹¹⁷ Französische Kreise bestätigten dieses Bild.¹¹⁸ Die sich nicht zuletzt unter solchen Eindrücken häufenden, gewaltsamen Zusammenstöße, bei denen die Aggression immer öfter auch von deutscher Seite ausging und keineswegs nur die Besatzer traf, sondern ebenso vermeintliche Separatisten, Streikbrecher und die sogenannten ‚Franzosenliebchen‘,¹¹⁹ offenbarten jedenfalls, dass sich beide Seiten 1923, wenn auch nicht in einem offenen Krieg, so doch zumindest in einer Art „nachgespielte[m] Krieg, [in] eine[r] zu Teilen sehr gewalttätige[n] Kriegsmimikry“¹²⁰ wiederfanden.

¹¹³ Siehe etwa Jacques Bainville, *Une lutte pour la vie ou la mort, L'Action française* vom 18.01.1923.

¹¹⁴ So die entsprechende Anordnung vom 19.01.1923 in AdR Cuno, Nr. 49, Anm. 14 [Hervorhebung von mir, P.K.].

¹¹⁵ Die Vertreter-Besprechung vom 24.01.1923 in AdR Cuno, Nr. 53 [Hervorhebung von mir, P.K.].

¹¹⁶ Hoesch an AA vom 22.01.1923 in ADAP A VII, Nr. 44.

¹¹⁷ Hoesch an AA vom 26.01.1923 in PA AA R 30205.

¹¹⁸ Siehe die Äußerungen Haguenins in der Aufzeichnung von Mackensen vom 25.01.1923 in ADAP A VII, Nr. 49.

¹¹⁹ Hierzu Gerd Krüger, „Wir wachen und strafen!“ – Gewalt im Ruhrkampf von 1923, In: *Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923*, hrsg. von Gerd Krumeich und Joachim Schröder, Essen 2004 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens; 69), S. 233–255.

¹²⁰ Krumeich, *Der „Ruhrkampf“ als Krieg*, S. 24.

Das ohnehin schon minenreiche Feld diplomatischer Arbeit in Paris war unter solchen Umständen natürlich für die verbliebenen Botschaftsmitarbeiter noch einmal deutlich unübersichtlicher und brisanter, um nicht zu sagen: explosiver geworden. Erschwert wurde die Situation zusätzlich dadurch, dass nach dem 20. Januar beinahe „sämtliche deutschen Angestellten der Staatsvertretung“ dazu aufgefordert worden waren, in den „nächsten Tagen unauffällig und möglichst getrennt ab[zureisen“, um „bis auf Widerruf“ in den Urlaub zu gehen. Nur „unentbehrliche Kräfte“¹²¹ sollten auf Geheiß Rosenbergs zurückbleiben.

Der neue Geschäftsträger bemühte sich nichtsdestoweniger darum, seinen Aufgaben vor Ort bestmöglich nachzukommen. Dazu gehörte in erster Linie natürlich nach wie vor die Informationsversorgung Berlins. Auch wenn es nicht einfach war, an verlässliche Quellen zu kommen,¹²² übermittelte Hoesch beinahe täglich seitenlange Lagebeschreibungen, die für Außenminister Rosenberg wegen ihres oft „kluge[n] Urteil[s]“ „von außerordentlichem Wert“¹²³ sein sollten. Mindestens ebenso wichtig erschien es – zumindest nach Hoeschs eigenem Verständnis –, wenn irgend möglich, auf eine gewisse Beruhigung der allgemeinen Situation hinzuarbeiten, deren akutes Gefahrenpotenzial beispielhaft das alarmierende Gerücht verdeutlichte, der französische Generalstab plane die Einberufung dreier Jahrgangsstufen.¹²⁴ Selbst Kleinigkeiten im Umgang mit den offiziellen Stellen verlangten entsprechend besonderes Fingerspitzengefühl, schließlich galt es mit Blick auf die nächsten Monate unbedingt, „den Wunsch nach Vermeidung von Schärfen erkennen [zu] lassen“. Gleichzeitig musste man unter Rücksichtnahme auf die deutsche Öffentlichkeit jedem eigenen Auftritt und Handeln trotzdem einen gewissen „demonstrativen Charakter“ verleihen. Szenen wie beim Neujahrsempfang hatten angesichts der äußerst leicht entzündlichen Gemütslage im Reich unbedingt zu unterbleiben. Beiden Ansprüchen parallel gerecht zu werden, war eine schwierige Herausforderung. Hoesch verfügte bei solchen taktisch-lavierenden, meist relativ undankbaren Aufgaben gleichwohl über einige Erfahrung, die ihm jetzt ohne Frage zugutekam. Für Mayer hatte er zum Beispiel auf informellem Wege über seine für die Zeit durchaus beachtlichen persönlichen Kontakte vor Ort – etwa zum französischen ‚Chef du protocole‘ Pierre de Fouquières – mehrmals dessen „Nichterscheinen bei verschiedenen offiziellen Angelegenheiten, z.B. Napoleonfeiern, geregelt“, selbst wenn es sich dabei „um eine eigentlich nicht abzulehnende Einladung [des] Staatsoberhauptes handelt[e]“. Solche Praktiken, so nebensächlich sie auf den ersten Blick erscheinen mochten angesichts der gravierenden Geschehnisse des Janu-

¹²¹ RAM Rosenberg an B Paris vom 20.01.1923 in PA AA R 28232k.

¹²² Im Gespräch mit Graf Kessler bemängelte Hoesch kurz nach seiner Geschäftsübernahme, „dass die Botschaft hier fast gar keine direkte Berührung mit namhaften Franzosen habe; nur durch Mittelsleute.“ Siehe Kesslers Notiz vom 13.01.1923 in Kessler, Tagebuch, Bd. 7, S. 620.

¹²³ RAM Rosenberg an Hoesch vom 07.02.1923 in ADAP A VII, Nr. 82, Anm. 2.

¹²⁴ Siehe dazu die entsprechende Notiz des Grafen Kesslers über ein Gespräch mit Hoesch vom 17.01.1923 in Kessler, Tagebuch, Bd. 7, S. 630.

ars 1923, waren gerade jetzt essentiell, weil sie der Botschaft zur „möglichst reibungslose[n] Erledigung [der] nötige[n] Geschäfte“¹²⁵ die unerlässlichen Manövrierräume verschafften.

Die generellen Rahmenbedingungen brachten es dabei gleichwohl mit sich, dass Hoesch vorerst weniger mit der französischen Regierung, sondern vor allem mit dem Auswärtigen Amt und der Reichsregierung Vorgehensweisen und Tonfragen zu diskutieren hatte, insbesondere darüber, wie sich eine richtige Mischung aus öffentlich zweifellos notwendigem Protest und der obendrein eigentlich dringlicheren Anbahnung von Auswegen, möglicherweise sogar Gesprächen mit den Franzosen finden lassen würde. Der Außenminister in Berlin, der von Tag zu Tag mehr unter Handlungsdruck geriet, erklärte sich auf Hoeschs Zureden zumindest damit einverstanden, „sich bietende nützliche Fäden nicht abreißen zu lassen.“¹²⁶ Dazu passte freilich nur bedingt, dass man sich von der immer gereizteren Meinungslage im Reich zu einem gewissen Aktionismus drängen ließ. Ernstere Differenzen zwischen Rosenberg und seinem Pariser Geschäftsträger deuteten sich hierbei erstmals an, als der bereits erwähnte Émile Dard, der die französische Regierung mittlerweile seit vier Jahren in München vertrat und nicht erst seit dem Ruhreinfall ein naheliegendes Ziel deutscher Angriffe gewesen war, im Zuge der Proteststimmung des Januars 1923 von der bayrischen Landesregierung ausgewiesen werden sollte. Dafür erklärte diese, dass sie zwar

„alles in ihrer Macht Stehende tut und tun wird, um den französischen Gesandten Dard und die Mitglieder seiner Gesandtschaft zu schützen[,] [...] [g]leichzeitig [...] jedoch [...] daß sie angesichts der Erregung der Bevölkerung über den franz[ösischen] Einmarsch ins Ruhrgebiet eine Verantwortung für den Schutz des Gesandten ablehnen müsse“.¹²⁷

Rosenberg griff dieses Argument unter Verweis auf die verfassungsmäßig fehlende Grundlage für einen Sonderdiplomaten auf Länderebene auf, bestand jetzt darauf, dass der Gesandte fortan als „persona ingrata“ gelte und wies Hoesch an, „in mündlicher Unterredung [...] erneut die Abberufung Dards zu verlangen“. Dabei sollte ruhig offen betont werden, dass man sich trotz

„der steten Bemühungen der Behörden, unliebsame Zwischenfälle zu vermeiden, die Verantwortung für die Ereignisse, die sich infolge der berechtigten Erregung der Bevölkerung durch den militärischen Einmarsch in das Ruhrgebiet allen Sicherungsmaßnahmen zum Trotze ereignen können, namens der Reichs- und Landesregierung ausdrücklich abzulehnen“¹²⁸

gezwungen sehe. Hoesch hielt das, wohl nicht zuletzt auch mit Blick auf seine eigene Position in Paris, nicht für sonderlich klug. Im Gegenteil: Zwar stelle Dards Mission in München auch aus seiner Perspektive „einen schweren Verstoß Frankreichs gegen diplomatische Gebräuche“ dar und die bayrische Regierung sei insofern ohne Frage „voll berechtigt, nunmehr in energischster

¹²⁵ Alle Zitate: Hoesch an AA vom 15.01.1923 in PA AA R 70478.

¹²⁶ RAM Rosenberg an Hoesch vom 15.01.1923 in PA AA R 35993.

¹²⁷ Wolffs Telegraphisches Bureau [künftig: W.T.B.], Nr. 194 vom 24.01.1923 in PA AA R 28232k.

¹²⁸ RAM Rosenberg an B Paris vom 21.01.1923 in ADAP A VII, Nr. 42.

Weise [dessen] Abberufung zu fordern.“¹²⁹ Jedoch müsse Deutschland, so wie man bereits am 10. Januar 1923 die Sicherheit der französischen Botschaft in Berlin ohne Wenn und Aber garantiert hatte,¹³⁰ angesichts der derzeitigen Lage unbedingt weiterhin gewisse internationale Spielregeln einhalten. Auf keinen Fall durfte, wollte man zusätzliche Eskalationen vermeiden, unnötig Anlass zu neuen Anfeindungen gegeben werden; und schon gar nicht wegen vergleichsweise nebensächlicher Fragen technischer Natur, die schon ob ihrer Beschaffenheit kaum mehr als Unfrieden zu stiften vermochten. Folglich erhob Hoesch „schwerste Bedenken“ gegen eine „Erledigung [des] Erlasses in vorgeschriebener Form.“ Andernfalls stünde nämlich zu befürchten,

„daß wir uns durch derartige Demarche nicht nur vor Frankreich, sondern auch vor der ganzen Welt und vor der auf ihren Prärogativen ängstlich bedachten internationalen Diplomatie ins Unrecht setzen würden. Die Unverletzbarkeit der diplomatischen Vertreter ist einer der unangefochtenen und von jeher anerkannten Grundsätze des Völkerrechts. [...] M.E. muß jeder Staat die bei ihm akkreditierten Gesandten, solange sie sich im betreffenden Land aufhalten, ohne Rücksicht auf das, was gegen sie vorliegt, mit allen Mitteln schützen und kann die Verantwortung für deren Sicherheit nicht ablehnen.“

Mit anderen Worten: Solange Dards Abberufung nicht offiziell von Paris vorgenommen werde, hafte man in München wie im Reich weiterhin „völkerrechtlich für [dessen] Sicherheit.“ Diese Tatsache in Zweifel zu ziehen, erachtete Hoesch – im Moment wie für die Zukunft – als höchst kontraproduktiv. Es sei unbedingt notwendig, die „Verbindung der trotz Verlangens nicht erfolgten Abberufung mit der Ruhraktion und der durch sie erzeugten, den Gesandten gefährdenden Erregung der Bevölkerung“ nicht zur Beweisführung heranzuziehen. Im diplomatischen Umgang „auf die große Erregung der Bevölkerung [...] hin[z]uweisen“, die Deutschland ergriffen habe, könne bei einem „so heikle[n] Thema zu einem Wortwechsel führen [...], der die Möglichkeit *meines* weiteren Verhandeln mit der Französischen Regierung in Frage stellt.“¹³¹

In dem hier erstmals in dieser Anschaulichkeit zu Tage tretenden dialektischen Argumentationsmuster, das zunächst einmal ein grundsätzliches Verständnis für die Position des Gesprächspartners formulierte und ihn in seinen prinzipiellen Absichten bestätigte, dann aber mit Hinweisen auf praktische Notwendigkeiten und längerfristige Ideen andere Vorgehensweisen zur Erreichung des gemeinsamen Ziels als zweckdienlicher vorschlug, sollte es Hoesch bald – sowohl im Umgang mit Berlin als auch mit Paris – zu einer gewissen Meisterschaft bringen. Er ging dabei von der Annahme aus, dass in bilateralen Beziehungen zur Durchsetzung des eigenen, stets auch der gegenüberliegende Standpunkt berücksichtigt werden musste. Tragbare Ergebnisse und ein wirklich produktiver Umgang miteinander schienen ihm vor allem dann möglich, wenn man die verschiedenen Perspektiven verband. Am Ende seines ersten Jahres als Pariser Missionschef

¹²⁹ Hoesch an AA vom 26.01.1923 in PA AA R 28232k.

¹³⁰ Siehe die Aufzeichnung von StS. Ago von Maltzans vom 10.01.1923 in PA AA R 28232k.

¹³¹ Alle Zitate: Hoesch an AA vom 26.01.1923 in PA AA R 28232k [Hervorhebung von mir; P.K.].

schlussfolgerte Hoesch entsprechend: „[E]ine Lösung [kann] nicht mehr in einer Abschüttelung des Gegners, sondern nur in einer innigen Verflechtung der beiderseitigen Interessen gesucht werden“.¹³² Zwar könnte man meinen, dass solche Einsichten kaum über diplomatiethoretisches Allgemeingut hinausgingen, im konkreten deutsch-französischen Fall aber fehlten ideelle Unterfütterung sowie praktische Umsetzung solcher Gedanken seit Jahren, wenn nicht seit Jahrzehnten. Sie jetzt aktivieren zu wollen, war ein bemerkenswerter erster Schritt in die richtige Richtung.

Zunächst galt es aber, den Anfang Februar 1923 doch noch drohenden Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Berlin und Paris abzuwenden. In der Wilhelmstraße hatte man diesen nach einigem Zögern letztlich erwogen, weil sich die außenpolitischen Bemühungen um eine wie auch immer geartete Intervention der ehemaligen Bündnispartner Frankreichs, von der man sich viel versprach, insbesondere in der zweiten Januarihälfte als zunehmend aussichtslos erwiesen hatten und ein internationales Einwirken auf die Regierung Poincaré ausgeblieben war.¹³³ Zwar erneuerte Berlin in vertraulichen Gesprächen mit den entsprechenden Stellen in London und Washington die Vorjahresideen des Garantiepaktes¹³⁴ und bemühte sich zudem intensiv darum, Engländer und Amerikaner bewusst als stabilisierende Faktoren auf dem Kontinent zu erhalten, etwa indem man gegen eine angloamerikanische Truppenreduzierung im Rheinland oder sogar deren kompletten Abzug intervenierte.¹³⁵ Die Chancen, damit eine „anti-deutsche französische Politik“¹³⁶ einzudämmen, waren insgesamt aber von Anfang an gering. Das Kalkül hinter dem Wunsch, Briten und Amerikaner mögen ihr „Interesse wieder mehr Westeuropa zuwenden“,¹³⁷ war einfach zu offensichtlich. Dass die Verantwortlichen in Berlin jetzt explizit „begrüß[t]en [...], wenn englische [und amerikanische; P.K.] Truppen vorläufig am Rhein blieben“,¹³⁸ sprach – vor dem Hintergrund der nach nicht einmal vier Jahren natürlich noch keineswegs verklungenen Empörung über die alliierten Friedensbedingungen von einst – Bände. Mit einer solchen Volte, deren opportunistisch-antifranzösische Stoßrichtung unverkennbar war, demonstrierte das Reich für jedermann nur allzu offensichtlich, wie sehr die deutsch-französische Erbfeindschaft nach wie vor *das* prägende Interpretationsschema für die Probleme der internati-

¹³² Hoesch an AA vom 29.12.1923 in ADAP A IX, Nr. 77.

¹³³ Siehe Niedhart, Die Außenpolitik der Weimarer Republik, S. 17.

¹³⁴ So Min.Dir. Carl von Schubert im Gespräch mit dem US-Botschafter Alanson B. Houghton vom 23.01.1923 in ADAP A VII, Nr. 47, Anm. 2.

¹³⁵ Vgl. zur interalliierten Rheinlandbesatzung insgesamt Margaret Pawley, *The Watch on the Rhine. The Military Occupation of the Rhineland 1918–1930*, London und New York 2007; gesondert zu Großbritannien David G. Williamson, *The British in Germany 1918–1930. The Reluctant Occupiers*, New York u.a. 1991 und zu den USA Keith L. Nelson, *Victors Divided: America and the Allies in Germany 1918–1923*, Berkeley u.a. 1975.

¹³⁶ RAM Rosenberg an B London vom 26.01.1923 in ADAP A VII, Nr. 53.

¹³⁷ Hoesch an AA vom 01.02.1923 in PA AA R 70594.

¹³⁸ RAM Rosenberg an B London vom 26.01.1923 in ADAP A VII, Nr. 53.

onalen Nachkriegsordnung geblieben war im Reich, hinter das alle anderen Streitpunkte zurücktraten, ohne dass man größere, den Gesamtzusammenhang berücksichtigende Lösungsansätze im Blick gehabt hätte. Wie Ministerialdirektor Carl von Schubert den deutschen Botschafter in Washington wissen ließ, setzte man schlicht alle Hoffnung darauf, „daß es auf die Franzosen einen großen Eindruck machen würde, wenn sie gleichmäßig und in immer stärkerem Maße von England und Amerika gewarnt würden.“ Das könne „die fruchtbarsten Folgen zeitigen“.¹³⁹ In der Theorie war derlei sicherlich gar nicht einmal falsch,¹⁴⁰ in seiner Einseitigkeit offenbarte es aber, dass sich die deutsche Initiative wieder einmal mehr aus Verzweiflung denn aus Verständigungsbereitschaft entwickelte. Hinsichtlich Zeitpunkt und Begleitumständen verfügte der Plan so nur über äußerst dürftige Realisierungschancen. De facto waren Anfang 1923 weder London noch Washington – bei aller Missbilligung des französisch-belgischen Alleinganges – bereit, einen aktiven Beistand für Deutschland zu erbringen; jedenfalls nicht, solange dieses seinen generellen Widerstand gegen die Versailler Ordnung und die darin enthaltenen Reparationsverpflichtungen aufrechterhielt.¹⁴¹ Auf diese Weise war der „sheer absence of Anglo-American engagement in the immediate postwar era“¹⁴² nicht beizukommen; das deutsch-französische Konfliktpotenzial musste vorerst weiterhin allein zwischen Paris und Berlin ausgetragen werden.

Wesentliches Hindernis für eine konfliktärmere Lösung dabei blieb – wie ehemals – die auf offizieller Ebene noch immer allzu augenscheinliche Sprachlosigkeit zwischen beiden Regierungen. Nachdem die Franzosen öffentlichkeitswirksam unter anderem Fritz Thyssen und den Direktor der Stinnes-Zechen, Walter Spindler, wegen ihres Widerstandes gegen die Okkupationstruppen inhaftiert und vor ein Militärgericht gestellt hatten,¹⁴³ reagierte das Kabinett Cuno – nicht zuletzt unter dem Druck erneuter Ausschreitungen vor Ort¹⁴⁴ – wiederholt mit aufgeregten Protestnoten, die solche Vorfälle hauptsächlich mit dem Argument zu verurteilen suchten, dass „die militärische Besetzung des Ruhrgebiets“ Folge eines gegen Deutschland gerichteten, letztlich aber unhaltbaren „Vorwurf[s] der Vertragsverletzung“ sei, dementsprechend also selbst Unrecht wäre. Folglich sei auch jeder konkreten Maßnahme der Besatzer in den betroffenen Gebieten „von vornherein der [rechtliche] Boden entzogen.“¹⁴⁵ In Paris selbst stieß man mit solchen Darstellun-

¹³⁹ Schubert an Wiedfeldt vom 29.01.1923 in ADAP A VII, Nr. 62.

¹⁴⁰ Historiker teilen später die Meinung, „that the United States and Britain acting in concert could have effectively changed history’s course at this point“. Siehe Alfred E. Cornebise, Cuno, Germany, and the Coming of the Ruhr Occupation: A Study in German-West European Relations, In: Proceedings of the American Philosophical Society 116 (1972) 6, S. 502–531, hier S. 531.

¹⁴¹ Vgl. Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, S. 202f.

¹⁴² Cohrs, The Unfinished Peace after World War I, S. 75.

¹⁴³ Siehe Fischer, The Ruhr Crisis 1923–1924, S. 67f.

¹⁴⁴ Dazu der Bericht vom 25.01.1923 in AdR Cuno, Nr. 54. Zur Reaktion der deutschen Öffentlichkeit generell z.B. *Vossische Zeitung Abendausgabe* vom 20.01.1923 sowie *Vossische Zeitung Sonntagsausgabe* vom 21.01.1923.

¹⁴⁵ Die entsprechenden Noten sind abgedruckt in W.T.B., Nr. 261/262 vom 01.02.1923 in PA AA R 28233k.

gen, wenig überraschend, einmal mehr auf Unverständnis. Der Quai d'Orsay teilte Hoesch stattdessen am 4. Februar, während man ihm seine letzten Eingaben ungelesen zurücksandte, unmissverständlich mit, dass man fortan „ne peut accepter aucune lettre contenant implicitement ou explicitement une critique quelconque des constatations de manquements.“¹⁴⁶ Die sich so endgültig vor aller Augen manifestierende Mittellosigkeit der deutschen Außenpolitik¹⁴⁷ ließ Rosenberg laut darüber nachdenken, ob es nicht doch an der Zeit wäre, die „Fiktion normaler Beziehungen durch Beibehaltung beiderseitiger diplomatischer Vertretungen“ zu beenden und einen

„Abbruch diplomatischer Beziehungen, der natürlich mit einer Kriegserklärung nichts zu tun hätte, [...] insofern vielleicht nützlich wirken [zu lassen], als [dass] er dem Zustande der Stagnation ein Ende bereiten und dem französischen Volk sowie der übrigen Welt die Augen öffnen würde.“¹⁴⁸

Hoesch hielt das – ähnlich wie seine Kollegen in London, Brüssel, Rom und Bern¹⁴⁹ – erneut für keine gute Idee. Seine Antwort auf Rosenbergs weitestgehend offen formulierte Bitte um Stellungnahmen aus den Botschaften¹⁵⁰ war in der bereits skizzierten Art verfasst, die einerseits die Vorteile eines solchen Schritts durchaus würdigte und sogar einzelne Argumente der Befürworter, die die „Zweckmäßigkeit“ eines Abbruchs nahelegen konnten, aufgriff, dann aber in einem zweiten Schritt jene Punkte in den Mittelpunkt der Überlegungen stellte, die mit Rücksicht auf die allgemeinen Interessen des Landes eher für eine andere, behutsamere Vorgehensweise sprachen. So konzidierte Hoesch zunächst, dass der Abbruch der offiziellen Beziehungen in der Tat

„dem französischen Volk und der Welt gegenüber [...] unterstreichen [könnte], daß es uns mit unserem Widerstand bitter ernst ist und daß wir eine Abwehrpolitik auf lange Sicht führen.“

Das brächte im besten Fall mit sich, dass allen Beobachtern – nicht zuletzt der amerikanischen und britischen Regierung – klar werden würde, dass auch Frankreich selbst sein politisches Konzept durch „von Grund auf] umwälzende Vorschläge“ korrigieren müsste, wenn eine Lösung möglich sein sollte. Es sei allerdings, und hier kam sofort Hoeschs Einwand, ebenso gut möglich, wenn nicht sogar um einiges wahrscheinlicher, dass Paris aus dem symbolischen Schritt Berlins

„den Schluß zöge, Deutschlands Widerstandswille und Widerstandskraft sei durch den Krieg noch nicht besiegt und Frankreich habe im Interesse seiner eigenen Sicherheit die Pflicht, das aus anderen Gründen begonnene Ruhrunternehmen nunmehr dazu auszunutzen und auszubauen, um die deutsche Gefahr endgültig zu brechen.“¹⁵¹

¹⁴⁶ Hoesch an AA vom 04.02.1923 in PA AA R 70487.

¹⁴⁷ Vgl. Becker, Frederic von Rosenberg (1874–1937), S. 130.

¹⁴⁸ Runderlass RAM Rosenberg vom 10.02.1923 in ADAP A VII, Nr. 82.

¹⁴⁹ Siehe ADAP A VII, Nr. 82, Anm. 2.

¹⁵⁰ Dazu der generelle Runderlass Rosenbergs vom 10.02.1923 in ADAP A VII, Nr. 82 sowie das Schreiben Rosenbergs an Hoesch vom 08.02.1923 in PA AA R 28233k, wonach „Abbruch diplomatischer Beziehungen [...] bisher aus innen- und außenpolitischen Erwägungen vermieden“ worden sei, „sich aber vielleicht auf Dauer nicht umgehen“ lasse. Der Außenminister bat um „eingehende schriftliche Äußerung zur Frage [der] Opportunität“.

¹⁵¹ Hoesch an AA vom 10.02.1923 in ADAP A VII, Nr. 84.

Dergleichen galt es freilich zu verhindern: Wenn Rosenberg Recht hatte mit seiner Einschätzung, die französisch-belgische Operation arte „immer mehr in [eine] einseitige Kriegsführung aus“, ¹⁵² dann – auch das griff der Geschäftsträger geschickt auf – sei doch eher zu erwarten, dass

„Frankreich den diplomatischen Abbruch dazu ausnutzen [werde], um die schärferen Methoden, denen es offenbar angesichts der bisherigen Mißerfolge zusteuert, nach innen und nach außen zu begründen und diese vielleicht noch härter zu gestalten, als es bei Aufrechterhaltung der formalen Beziehungen wagen würde.“

Mit solchen Bedenken wollte er, so räumte Hoesch ein, zwar gar nicht ausschließen, dass es in naher Zukunft nicht doch noch dazu kommen könnte, „daß die Haltung der französischen Regierung unter Umständen es mit unserer Würde unvereinbar erscheinen lassen kann, die Beziehungen fortzusetzen“; schließlich sei bereits die Erklärung, deutsche Noten nicht mehr anzunehmen, „nach den normalen Sitten im diplomatischen Verkehr schwer erträglich“. Für den Moment stelle dies aber, so betonte er, „kein[en] rechte[n] zugkräftige[n] Grund für einen Abbruch“ ¹⁵³ dar, zumal auch das übrige Ausland, um das sich die Wilhelmstraße ja so intensiv bemüht hatte, damit sicher nicht veranlasst werde, Deutschland beizuspringen. Wie Friedrich Sthamer, Botschafter in London, unterstrich, könne man sogar im Gegenteil davon ausgehen, „dass der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Frankreich hier als Uebergang von passiver zu aktiver Politik angesehen“ werden würde. Ein solcher „Frontwechsel“ führe dann über kurz oder lang sicher zu einer „stärkeren Betonung der wohlwollenden Neutralität“ gegenüber Paris. Daher müsse man vor einem solchen Vorgehen aus diplomatischer Sicht „warnen“. ¹⁵⁴

Schließlich – und hier ließ sich, wenn man wollte, sogar eine gewisse Kritik am Berliner Gebaren und der ein oder anderen Entscheidung der letzten Wochen herauslesen – wandte Hoesch ein, dass man für eine vollständige Abwägung der Pro- und Contra-Argumente in diesem Zusammenhang vor allem natürlich zu eruieren habe, wie die französische Regierung selbst auf einen einseitigen Abbruch der Beziehungen reagieren würde. Dabei ließ er anklingen, dass natürlich schon ‚das Abschneiden des diplomatischen Verkehrs‘ durch die französische Weigerung einer künftiger Protestnotenannahme aus Pariser Perspektive gewisse Gründe gehabt haben musste, die der deutschen Position zum Nachteil gereicht hätten. Es bestehe jedenfalls gar kein Zweifel, so der Geschäftsträger, dass Poincaré und sein Kabinett „bei Beginn der Aktion unter keinen Umständen den Abbruch der Beziehungen wünschte[n]“. Dass das jetzt offenkundig anders wäre, ein etwaiger Berliner Schritt in diese Richtung Paris sogar in die Karten spielen könnte, weil die Franzosen daraus „nach innen und außen sowie für die Durchführung ihrer Aktion selbst Kapital zu schlagen“ hoffen konnten, führte Hoesch auf einen von Deutschland wesentlich mit-

¹⁵² Runderlass RAM Rosenberg vom 10.02.1923 in ADAP A VII, Nr. 82.

¹⁵³ Hoesch an AA vom 10.02.1923 in ADAP A VII, Nr. 84.

¹⁵⁴ Sthamer an AA vom 11.02.1923 in PA AA R 28233k.

gestalteten „Entwicklungsgang“ zurück, den man nicht kopflos weiter vorantreiben dürfe:

„Im Anfang vermied das [französische] Außenministerium in seinen Noten nach Möglichkeit jede Schärfe. Es beantwortete sachlich unsere Ausführungen, und seine Entgegnungen waren im Ton meist milder als unsere Beschwerden. Dann kam die Periode, in der unsere Behauptungen über französische Rechtsbrüche stereotyp, aber ohne besondere Schärfe mit dem Hinweis beantwortet wurden, daß der Rechtsbruch auf unserer Seite liege. Während dieser Periode unternahm ich [...] die Demarche betreffend die Abberufung des Gesandten Dard. Schon damals gewann ich den Eindruck, [...] daß [...] [man] anscheinend versuchte, in meine Demarche den Abbruchswillen Bayerns hineinzulegen. Neuerdings schickt uns [...] das Außenministerium unsere Protestnoten einfach zurück und bemüht sich auch nicht mehr, wie bei den ersten Rücksendungen, den Begleitnoten eine konziliante Form zu geben.“¹⁵⁵

Hoesch zog damit natürlich nicht vordergründig Anweisungen und Kabinettsbeschlüsse aus Berlin in Zweifel, ließ aber doch zwischen den Zeilen erkennen, dass diese bisher kaum auf die französischen Empfindlichkeiten und Wahrnehmungen Rücksicht genommen hatten, sondern – bei aller innenpolitischen Notwendigkeit – außenpolitisch sogar spürbare Beeinträchtigungen und Nachteile für die deutsche Position bedeuten mussten. Die Dard-Demarche beispielsweise, gegen die Hoesch in ihrer ursprünglichen Stoßrichtung protestiert hatte, schien in ihrer negativen Wirkung – wie im Übrigen auch die monotonen Protesterklärungen des Reiches zuvor – in Frankreich eher die Tendenz zur Unnachgiebigkeit gefördert zu haben. Wollte man hier einen Wandel herbeiführen, war in Zukunft wohl oder übel eine andere Vorgehensweise vonnöten.

Entsprechend hatte Hoesch dem Auswärtigen Amt schon früh zu symbolischen Schritten auf Frankreich zu geraten. Bereits am 25. Januar wies er darauf hin, dass die durch die Pariser „Presse stark ausgenutzten Mitteilungen über [die] Behandlung französischer und belgischer Staatsangehöriger in Deutschland sehr verstimmend [...] wirken“ mussten. Dabei seien, wie er etwas verklausuliert zugab, „[e]rfolgte oder angedrohte Maßnahmen gegen Franzosen und Belgier“ – Handgemenge, Hotelausweisungen und dergleichen – ohne Zweifel „begreiflich.“ Jedoch wäre es „mit Rücksicht auf [...] [die] erwähnte Wirkung“ fraglos nützlicher, wenn Berlin sich, so schwer das fiele, zu einer Erklärung bereitfände, wonach die

„Reichsregierung – und möglichst auch [die] Länderregierungen – [...] zwar keine Einwirkung auf private Boykott-Bewegung [suggerierten], [...] aber von sich aus alles [zu] tun [versprachen], um [die] Sicherheit und Existenzmöglichkeit in Deutschland zum Aufenthalt berechtigter Ausländer sicher zu stellen“.¹⁵⁶

Für Hoesch erschien es unter den gegebenen Bedingungen also sogar dann absolut unumgänglich, sich friedselig zu zeigen, wenn gewisse Statements und Kampfansagen zur innenpolitischen Selbstbehauptung opportun oder sogar unausweichlich geworden waren. Während in Berlin die Ereignisse längst eine Dynamik hatten entstehen lassen, die das Kabinett Cuno vom angedachten

¹⁵⁵ Alle Zitate: Hoesch an AA vom 10.02.1923 in ADAP A VII, Nr. 84.

¹⁵⁶ Hoesch an AA vom 25.01.1923 in PA AA R 70487.

Kurs des ‚moralischen deutschen Widerstandes‘ abgebracht hatte, wollte Hoesch nach wie vor an der ursprünglich vereinbarten Linie der Protestbesonnenheit und Provokationsvermeidung festhalten. Entsprechend sei es zwar richtig und wichtig, „daß wir durch die Haltung der Regierung und des Volks genügend unseren Abwehrwillen dokumentiert haben“; darüber hinaus gelte es jetzt aber, nicht durch andere Schritte einen Eindruck zu erwecken, der in Frankreich „zu einer momentanen Festigung der inneren Front führen [müsse] und die Einführung [noch] schärferer Methoden im besetzten Gebiet dem Gegner erleichtert.“ Natürlich werde man demonstrativere Akte wie die Schließung der Botschaft zu erwägen haben, wenn „Frankreich eine Handlung [begeht], die wir als einen besonders schweren Übergriff empfinden müßten und die auch vor der Welt sich als ein solcher darstellt“; jedoch dürfe man sich dann keiner Illusionen mehr darüber hingeben, dass das gleichbedeutend sei mit der Entscheidung, erst in ferner Zukunft „mit einer neuen französischen Regierung auf ganz neuer Basis in Verhandlungen einzutreten.“¹⁵⁷

Von Berlin aus konnte gerade Hoeschs letzter Hinweis ironischerweise auch als ein Argument pro Abbruch der Beziehungen verstanden werden. Nur wenig versprach aus deutscher Sicht, die Ausgangslage so sehr zu verbessern, wie ein etwaiges Ende des Kabinetts Poincaré. Dieser galt in Deutschland – das zeigten die Reaktionen nach dem 11. Januar ja überdeutlich – nicht nur als der von Germanophobie getriebene Hauptschuldige an den Zuspitzungen der Ruhrkrise, sondern schon durch seine Biographie gewissermaßen als *das* Gesicht der Erbfeindschaft und somit als Garant der Unversöhnlichkeit am Rhein, für die man die eigene Teilverantwortung gern übersah. Der Geschäftsträger warnte aus Paris allerdings ausdrücklich davor, den Konflikt beider Länder auf eine solche stark personenzentrierte Ebene herunterzubrechen. Zu der Annahme, der französische Besatzungskurs würde allein Poincarés Kalkül folgen, sah er keinerlei Anlass. Im Gegenteil: Frankreich verfolge in der Grenzregion altbekannte Ideen, die nicht an den Ministerpräsidenten gebunden seien, sondern längst auch die öffentliche Position bestimmen würden. Die „Besetzung [des] Ruhrgebiets“ gelte anerkanntermaßen „als genügende Sicherung gegen [eine] deutsche Angriffsfahr und als ausreichendes Mittel zur Sicherstellung bzw. Erzwingung deutscher Reparationsleistungen“.¹⁵⁸ Zu der Militäraktion habe man sich in dem Kalkül entschlossen, „eine Erhöhung der deutschen Leistungen durchzusetzen.“ Da all diese Erwägungen mit Blick auf die grundlegenden Sicherheitsbedürfnisse der *Grande Nation* inzwischen absolut allgemeinpolitische Ziele darstellten, bedinge das prinzipielle

„Wesen des deutsch-französischen Ringens [...], daß der Kampf von uns nicht innerhalb einer bestimmt anzugebenden Zeit zu Ende geführt werden kann. Eine Besiegung des Gegners“,

gemeint war damit natürlich ein französisches Nachgeben, könne dementsprechend

¹⁵⁷ Hoesch an AA vom 10.02.1923 in ADAP A VII, Nr. 84.

¹⁵⁸ Hoesch an AA vom 23.02.1923 in PA AA R 28233k.

„nicht in Frage kommen. Frankreich kann [noch] vielmehr [...] auf zunächst nicht absehbare Zeit aushalten. Bei diesem Aushalten wird es eventuell eine weitere Verschlechterung seiner Finanzlage, einen Fall des Frankenkurses und eine Schädigung seines Wirtschaftslebens in Kauf nehmen müssen, aber es wird nicht auf die Knie kommen.“

Auf diese unliebsame Tatsache hin müsse Berlin, so Hoesch, seine nächsten Schritte ausrichten. Unverkennbar würden in Paris ausgerechnet die „durch den deutschen Widerstand teils geweckten, teils geförderten Herrschaftsgelüste“ dominieren, die „einer vernünftigeren Auffassung der Gesamtlage“ im Weg stünden und stattdessen den Wunsch befeuerten, „in der Kraftprobe zu siegen.“ Deutschland müsse sich daher – und dabei ließ der Geschäftsträger offen, ob es sich im Reich nicht ganz ähnlich verhielt mit der eigenen Verbissenheit bisher – darüber klar werden, dass eine solche Geisteshaltung nur so lange überdauern werde, bis „der gesunde Menschenverstand [...] eines Tages [...] die Erkenntnis über den Chauvinismus siegen“ lassen würde.

„Bis zu diesem Zeitpunkt auszuharren, ist die schwierige Aufgabe des deutschen Volkes, dessen Kampf eben gerade deshalb so schwer ist, weil er nicht Sieg verheißt, sondern nur eine Vorbedingung schaffen kann für eine vielleicht erst nach langer Leidenszeit eintretende Besinnung“¹⁵⁹.

Allzu plakative Schritte der deutschen Regierung oder Öffentlichkeit gegen die Ruhrbesatzer wären diesem Prozess nach Hoeschs Dafürhalten logischerweise abträglich gewesen. Frankreich, so ergänzte er Ende Februar, sei ursprünglich „an das Unternehmen mit der Absicht herangegangen [...], die Vorbedingungen für eine deutsch-französische Sonderverständigung zu schaffen.“ Natürlich könne Berlin nicht ignorieren, „daß Bevormundung, Knechtung und Ausbeutung des deutschen Volkes die Mittel sind, mit denen Frankreich das Reparationsproblem lösen will.“ Es sei jedoch unzweifelhaft, dass „bessere Bedingungen“ für Deutschland ausschließlich dann zu erreichen wären, wenn „Besprechungen stattfinden, an deren günstigem Ausgang auch Frankreich in Anbetracht der Fortdauer des deutschen Widerstandes interessiert wäre.“ Anfreunden müsse das Reich sich bis dahin gleichwohl mit dem Gedanken, dass „[a]uch solche Besprechungen [...] französischerseits Bedingungen zutage fördern [werden], die weit von dem entfernt sind, was uns vielleicht annehmbar erscheint.“¹⁶⁰

Große Teile der politischen Klasse in Berlin hielten solche Erwägungen, selbst nach vielen weiteren Monaten der fast ausnahmslos unproduktiven Auseinandersetzung mit Frankreich, noch immer für nicht nachvollziehbar, zum Teil sogar für ‚unehrenhaft‘. In der Wilhelmstraße selbst traute man Hoesch zwar zu, dass er die französische Politik besser einschätzen konnte als jeder andere Außendienstmitarbeiter des Amtes. Was jedoch von seinen konkreten Handlungsvorschlägen und Strategieempfehlungen zu halten war, blieb lange Zeit umstritten.

¹⁵⁹ Alle Zitate: Hoesch an AA vom 13.02.1923 in ADAP A VII, Nr. 88.

¹⁶⁰ Hoesch an AA vom 27.02.1923 in ADAP A VII, Nr. 114.

In den Augen der meisten Deutschen – und wohl auch der meisten Franzosen – schien das Jahr 1923 nämlich nicht unbedingt dazu angetan, Hoeschs Einschätzungen über Notwendigkeit und Chancen eines bilateralen Arrangements zu untermauern. Im Gegenteil: Je öfter in den Monaten nach dem Einmarsch der Besatzungstruppen die unzähligen alten und neuen Konfliktfelder des deutsch-französischen Dualismus offen zutage getreten waren, desto mehr wähten sich beide Öffentlichkeiten im einmal mehr „wiederaufgenommenen bzw. weitergeführten Krieg“¹⁶¹ nationalpatriotisch zum Durchhalten verpflichtet. Einer leidenschaftslosen Analyse oder gar einer außenpolitischen Neuausrichtung der Verantwortlichen, wie sie dem Gesandten in Paris vorzuschweben schien, versperrten die konkreten Ereignisse respektive ihre jeweilige Einordnung in die Erfahrungsmuster der Erbfeindschaft konsequent den Weg. Plädoyers für eine vernunftbetonte, konfliktvermeidende bilaterale Annäherung schienen – zumindest auf den ersten Blick – durch die Tagesaktualität ein ums andere Mal überholt. Nur knapp zwei Wochen nachdem Hoesch zum Beispiel gegen den Abbruch der offiziellen Beziehungen Stellung bezogen hatte, verbreitete sich in Berlin das Gerücht, „Frankreich stehe unmittelbar vor einer Kriegserklärung“.¹⁶² Weil sich, so war in der deutschen Presse zu lesen, die generellen Erwartungen an die Okkupation bislang nicht erfüllt hatten, müsse Paris jetzt unweigerlich in eine „Phase des Terrors“ eintreten, in der seine Soldaten „jede Zurückhaltung, jede Rücksicht auf die Bevölkerung“ aufgeben und „mit den brutalsten Mitteln zur Unterwerfung“¹⁶³ des Reiches schreiten werden. In der deutschen Botschaft sah man zwar für ein solches „Bevorstehen französischer Kriegserklärung [...] keine Anzeichen“ und glaubte sogar, dass ein „[d]erartiger Schritt [...] bei ganzer Sachlage z.Zt. sehr unwahrscheinlich“¹⁶⁴ sei. Im Reich kursierten allerdings unabhängig davon längst anschaulich ausgeschmückte Horrorszenarien, die nicht nur „das waffenlose deutsche Volk ringsum von Bajonetten umstellt“ sahen, sondern der beunruhigten Bevölkerung auch noch aus erster Hand zu erläutern wussten, wie verheerend ein offen „auf deutschem Boden ausgetragen[er]“ Kampf mit den Franzosen angesichts der durch den Friedensvertrag bedingten Entwaffnung des Reiches wirken werde: „Was das heutzutage bedeutet, weiß jeder, der die Ruinen von Nordfrankreich gesehen hat.“¹⁶⁵ Dass der Urheber dieser Warnung, ein gewisser Berthold von Deimling, als Infanteriegeneral im Elsass, in Flandern und vor Verdun deutsche Truppen befehligt hatte während des Weltkriegs, verlieh seiner Einschätzung – neben einem aus französischer Perspektive fast zynischen Beigeschmack – natürlich besonderen Nachdruck.

¹⁶¹ Annette Becker, Das Begräbnis des Leutnants Colpin in Lille am 21. März 1923, In: Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923, hrsg. von Gerd Krumeich und Joachim Schröder, Essen 2004 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens; 69), S. 257–263, hier S. 259

¹⁶² Mutius (AA) an B Paris vom 22.02.1923 in PA AA R 28233k.

¹⁶³ *Vossische Zeitung Morgenausgabe* vom 15.02.1923.

¹⁶⁴ Hoesch an AA vom 23.02.1923 in PA AA R 28233k.

¹⁶⁵ Berthold von Deimling, Der Kampf ohne Waffen, *Vossische Zeitung Abendausgabe* vom 22.02.1923.

Hoeschs Einwände aus Paris wirkten unter diesen Umständen in ihrem quasi unbelehrbaren Bemühen um das Aufzeigen möglicher oder zumindest erstrebenswerter Auswege aus dem deutsch-französischen Dauerzwist mitunter geradezu anachronistisch. Als er etwa Mitte März eine für künftige deutsche Verständigungsinitiativen „nicht ganz ungünstige Atmosphäre“¹⁶⁶ ausgemacht haben wollte in Frankreich, erregte nur wenige Tage später die Bestattung eines vermeintlich von Deutschen ermordeten Besatzungssoldaten – der zu allem Überfluss ausgerechnet aus einer jener Regionen stammte, die während des Weltkrieges von Reichstruppen stark verwüstet worden waren – derart die Gemüter, dass sich erneut jene altbekannte „französische Kriegskultur“ feststellen ließ, in der sich schon früher „Hass auf den Feind und die Selbstsicherheit eines defensiven Patriotismus misch[t]en.“¹⁶⁷ Als Hoesch am 31. März wiederum, von solchen Höhepunkten nationalistischer Aufwallung weitestgehend unbeeindruckt, „eine Fühlungnahme auf offiziösen Weg“¹⁶⁸ als einzig wirklich aussichtsreiche Option der deutschen Außenpolitik beschrieb, eskalierte wie zum Gegenbeweis am gleichen Tag im Essener Krupp-Werk eine Arbeitsniederlegung der dortigen Belegschaft. Französische Soldaten eröffneten das Feuer, nachdem sie sich vorgeblich von mehreren hundert Arbeitern bedroht gefühlt hatten. Dass von den 13 Toten sieben an Schussverletzungen in den Rücken starben,¹⁶⁹ sprach in den Augen der erregten deutschen Öffentlichkeit natürlich eine etwas andere Sprache. Der Kreis jener, die jetzt einem ‚aktiven Widerstand‘ das Wort redeten, verzeichnete wieder einmal einen enormen Zulauf.¹⁷⁰ Für die Regierung in Berlin, die zumindest intern weiter über internationale Lösungswege diskutiert hatte,¹⁷¹ wurde es an dieser Stelle immer schwieriger, wenn nicht sogar schon fast unmöglich, sich von solchen Tendenzen, Strömungen und Gruppierungen noch irgendwie abzugrenzen.¹⁷² An Gespräche oder Verhandlungen mit den Franzosen war jedenfalls weiterhin nicht zu denken.

Hoesch blieb gleichwohl bei seiner bisherigen Linie, die nicht – wie man vielleicht meinen könnte – an einer durch seine geographische Distanz zu Berlin oder zum besetzten Gebiet bedingten Verkennung der generellen Umstände im Reich und der Schwierigkeiten, die diese für eine Annäherung zwischen Berlin und Paris bedeuteten, krankte, sondern stattdessen gerade durch die konkreten Geschehnisse und die zum Teil dramatische Entwicklung vor Ort in ihrer ursprünglichen Ausrichtung auf eine Beruhigung eher noch untermauert wurde. Bereits im Feb-

¹⁶⁶ Hoesch an AA vom 17.03.1923 in ADAP A VII, Nr. 148.

¹⁶⁷ A. Becker, Das Begräbnis des Leutnant Colpin in Lille am 21. März 1923, S. 260.

¹⁶⁸ Hoesch an AA vom 31.03.1923 in ADAP A VII, Nr. 173.

¹⁶⁹ Siehe Klaus Wisotzky, Der „blutige Karsamstag“ 1923 bei Krupp, In: Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923, hrsg. von Gerd Krumeich und Joachim Schröder, Essen 2004 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens; 69), S. 265–287.

¹⁷⁰ Dazu auch Jeannesson, Poincaré, la France et la Ruhr (1922–1924), S. 261–265.

¹⁷¹ Vgl. z.B. die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages vom 27.03.1923 in AdR Cuno, Nr. 109.

¹⁷² Ausführlich Fischer, The Ruhr Crisis 1923–1924, S. 165–181.

ruar, als er das Erreichen einer „deutsch-französische[n] Sonderverständigung“ als das wesentliche Ziel der französischen Politik ausgemacht hatte, glaubte Hoesch entsprechend, dass gerade

„[d]er Verlauf der Ereignisse [...] den Gedanken, daß eine Lösung auf diesem Wege gefunden werden müsse, noch verstärkt, und man kann sagen, daß auch die nationalistische Presse [in Frankreich] mehr und mehr unter Ausschluß aller übrigen Erwägungen den Gedanken der Mürbemachung Deutschlands für Verhandlungen in den Vordergrund stellt. Aus der Lektüre der deutschen Zeitungen entnehme ich, daß in der Heimat dieses Ziel als das eigentliche treibende Moment der Ruhraktion noch nicht voll erkannt worden ist.“¹⁷³

Insofern, so jedenfalls die Darstellung Hoeschs, stand Berlin über kurz oder lang vor einer Kurskorrektur. Im Wortsinne ‚diplomatisch‘ bemüht, den bisherigen deutschen Widerstand – wenn gleich natürlich den ‚passiven‘ deutlicher als den ‚aktiven‘ – zu loben für „die denkbar besten Ergebnisse“ hinsichtlich des erbrachten Nachweises „der Unproduktivität des Unternehmens“ Ruhrbesetzung, sah Hoesch nach wie vor „keine Hoffnung auf ein französisches Einlenken“. Wieder und wieder betonte er, dass Paris „sich in die Idee verbissen [habe], den deutschen Widerstand überwinden zu müssen.“ Dies brächte logischerweise mit sich, dass Berlins bisher eingeschlagener Weg des Protests, wenn man ihn weiter beschreiten würde, nicht nur lang und steinig, sondern unter Umständen „vielleicht zu schwierig“ werden könnte. Sofern Deutschland nicht die Kraft und Ausdauer aufbringe, dies bis zum Ende durchzustehen – und die verschiedenen Begebenheiten des Jahres 1923 schienen, jedenfalls auf den zweiten Blick, genau eine solche Annahme zuzulassen – konnte, so Hoesch, vor allem eine „Anknüpfung von offiziellen Besprechungen mit maßgebenden französischen Persönlichkeiten“¹⁷⁴ als erfolversprechende Alternative gelten.

Dass der Geschäftsträger solche Gespräche überhaupt für möglich hielt, war dem erstaunlichen Umstand geschuldet, dass sich die Pariser Verantwortlichen ihm gegenüber von Anfang an ausgesprochen – und bedenkt man die bisherigen Schwierigkeiten im bilateralen Verhältnis: überraschend – zugänglich gezeigt hatten. Ganz anders als bei Mayer etwa, erhielt Hoesch nur wenige Tage nach seiner Geschäftsübernahme eine Einladung zum Diner bei Poincaré,¹⁷⁵ die er aufgrund der damaligen Umstände zwar vorerst ablehnen musste,¹⁷⁶ die aber dennoch ein erstes, beachtenswertes Statement war für die sich perspektivisch andeutende Gesprächschance zwischen dem neuen Gesandten und der französischen Regierung. Etwa ein dreiviertel Jahr später ließ sich der Ministerpräsident sogar schon zu der vielsagenden Bemerkung hinreißen, „[e]r sei nicht mis[s]trauisch gegen ihn[,] Hoesch“, sondern nur noch „mis[s]trauisch gegen das deutsche Volk.“¹⁷⁷

¹⁷³ Hoesch an AA vom 27.02.1923 in ADAP A VII, N. 114.

¹⁷⁴ Hoesch an AA vom 31.03.1923 in ADAP A VII, Nr. 173.

¹⁷⁵ Hoesch an AA vom 16.01.1923 in PA AA R 70487.

¹⁷⁶ Siehe Hoesch an AA vom 15.01.1923 in PA AA R 70487.

¹⁷⁷ So laut Notiz von Graf Kessler vom 17.10.1923 in Kessler, Tagebuch, Bd. 8: 1923–1926, S. 121.

Bis diese, sich zunächst lediglich im Verborgenen andeutenden Kontakte fruchten konnten, verstrich natürlich noch einige Zeit. Besonderes Misstrauen wahrte man sich im Umfeld Poincarés währenddessen gegenüber der Regierung Cuno, deren ja keineswegs vollkommen unerfolgreiche Widerstandshaltung im Ruhrgebiet nicht nur ein Dorn im Auge Paris' blieb, sondern – so wie es Hoesch bereits vorausgeahnt hatte – vielmehr auch zum konkreten Beweis genommen wurde für die Legitimität der eigenen rigiden Besatzungspolitik gegenüber Deutschland.¹⁷⁸ Entsprechend stürzte man sich sofort auf alles, was irgendwie in dieses Muster passte. Fündig wurde man zum Beispiel, als der Reichskanzler auf der vom Reichstag eigens anberaumten Gedenkfeier für die Opfer des ‚blutigen Karsamstags‘ bei Krupp eine von nationaler Symbolik geprägte Trauerrede hielt, in der er die erwähnten 13 Toten in „die lange Reihe der Blutzugeen, der Gemarterten und Gequälten, der Beleidigten und Verfolgten, der Ausgewiesenen und Verurteilten, [...] all der Mütter und Kinder“ stellte, die auf deutscher Seite unter dem Ruhreinfall nicht bloß zu leiden gehabt hätten, sondern einen waffenlosen Abwehrkampf bestreiten würden, in dem „Recht und Arbeit auf der einen, Gewalt und Unrecht auf der anderen Seite“ stünden. „Vielleicht befinden wir uns auf dem Höhepunkt diese Kampfes“, mutmaßte Cuno nun. Es gelte daher, am bisherigen Kurs festzuhalten, solange bis die „Gegner“ zu „ehrlicher und gleichberechtigter Verhandlung bereit sind“ und das Reich „frei [...] von Fuß und Hand des Feindes“¹⁷⁹ ist.

Französischerseits war das Echo auf diese Ansprache außerordentlich heftig. Betrachtete die Pariser Hauptstadtspresse die Krupp-Vorkommnisse nach wie vor lieber als „l'incident du samedi de Pâques“,¹⁸⁰ verwarnte sich die Regierung mit aller Vehemenz öffentlich gegen Cunos konkrete Wortwahl. Botschafter Pierre de Margerie, von Poincaré stets bestens instruiert, protestierte am 11. April – unter Zuhilfenahme einer ohne Frage etwas konstruierten Kritik –

„contre le fait que le chef du Gouvernement allemand a deux fois employé le terme ‚enemi‘ en l'appliquant aux autorités et aux troupes de deux Puissances [...] avec lesquelles l'Allemagne est en état de paix.“

Offensichtlich würde die deutsche Regierung also glauben, sie befände sich noch immer in einem nicht entschiedenen Krieg mit Frankreich. Berlin bezeuge mit der Verwendung „de ces expressions belliqueuses à l'égard de son ancien adversaire“ selbst in ‚Friedenszeiten‘, wie unbedingt Frankreich die „exécution du Traité de paix“¹⁸¹ unsentimental voranzutreiben habe. Dass nur zwei Tage später eine französisch-belgische Ministerkonferenz anstand, auf der eine Abstimmung über die weitere Vorgehensweise vorgesehen war, nutzte man vor diesem Hintergrund, um gemeinsam mit Brüssel „die Verbesserung und Verschärfung der Methoden“ im Ruhrgebiet zu be-

¹⁷⁸ Vgl. etwa Poidevin/Bariéty, Frankreich und Deutschland, S. 332f.

¹⁷⁹ Die Rede auf der Trauerfeier vom 10.04.1923 in Reichstagsprotokolle, Bd. 359, S. 10432c–d.

¹⁸⁰ *Le Figaro* vom 11.04.1923.

¹⁸¹ Margerie an RAM Rosenberg vom 11.03.1923 in PA AA R 28233k.

schließen. Hoesch schaffte es zwar, auch hier noch einen „Schritt nach vorwärts“ auszumachen, weil die Verbündeten in einem zweiten Punkt ebenso über eine mögliche spätere Regelung mit Deutschland gesprochen hatten und „damit Bewegung in die politische Stagnation“¹⁸² kommen könne; Außenminister Rosenberg sah sich jedoch durch die französische Empörung umgehend dazu genötigt, im Parlament nicht nur die – zugegebenermaßen relativ schwache – ‚Kriegsrhetorik‘ Cunos zu wiederholen, sondern auch die bisherige deutsche Haltung zu untermauern: „Der Ausgang des ungleichen Kampfes im Ruhrgebiet und den Rheinlanden wird von weltgeschichtlicher Tragweite sein.“ Gelänge Frankreich der Triumph, bedeute das den „Rückgang des Rechts- und Friedensgedankens“ in Europa. Schon deshalb dürfe und werde das „nicht der Fall sein“.¹⁸³

So festgefahren die Differenzen zwischen Berlin und Paris sich unter dem Druck der jeweiligen öffentlichen Erwartungshaltung damit präsentierten, so sehr schienen sich mit der Zeit auch die Auffassungen von Außenminister und deutschem Geschäftsträger weiter auseinanderzuentwickeln, gleichwohl Hoesch sich darum bemühte, die Kluft nicht zu groß werden zu lassen. Rosenbergs erneutes Bekenntnis zum alternativlosen Widerstand griff er in einer Denkschrift auf, in der er einräumte, dass die von Berlin bislang präferierte Politik durchaus verständlich und nicht ohne „gewisse Erfolgsaussichten“ sei. Jedoch, so sein altbekannter Einwand, bestehe gar kein Zweifel, dass man unter den gegebenen Umständen dann „mit einem langen Leidensweg [zu] rechnen“ habe. Hoesch riet hier erneut, sich nicht von übertriebenen Erwartungen blenden zu lassen. Auch wenn es kleinere Anzeichen dafür gäbe, dass in Frankreich der Wunsch nach einer „baldigen[n] wirtschaftlich-finanzielle[n] Lösung des Reparationsproblems unter Zurückstellung politischer Momente“ anwachse, sollte man diesen „Vorgängen nicht allzu viel Bedeutung beimessen“ und schon gar nicht darauf hoffen, Paris würde in naher Zukunft einknicken:

„Ich möchte vor einer [...] optimistischen Auffassung warnen. Mein Eindruck geht dahin, daß die Stellung Poincarés zur Zeit noch zu fest ist, als daß man an eine entscheidende Umwälzung glauben könnte.“

Die als Option zum Berliner Kurs zu erwägende Verhandlungsinitiative hingegen, für die es einen „in der öffentlichen Meinung der Welt bereits vorhandenen Wunsch“ geben würde, habe zwar „selbst bei größten Opfern“ ebenfalls nur geringe Aussichten „auf einen direkten Erfolg“, könne aber bei einem mutigen Reparationsangebot, das nicht konkrete Zahlen, sondern „grundsätzlich unsere Bereitwilligkeit zur Leistung von Reparationszahlungen [...] unter Berücksichtigung der deutschen Fähigkeiten“ signalisiere, und dem erneuten Vorschlag des Sicherheitspakts, zu dem sich bestenfalls „eine Verpflichtung unsererseits bezüglich des Ostens gesell[t]“,¹⁸⁴ zu einer Veränderung der Gesamtsituation führen, durch die mittelfristig endlich Ergebnisse möglich wären.

¹⁸² Hoesch an AA vom 15.04.1923 in ADAP A VII, Nr. 192.

¹⁸³ Reichstagsrede RAM Rosenberg vom 16.04.1923 in Reichstagsprotokolle, Bd. 359, S. 10540 A–B.

¹⁸⁴ Hoesch an RAM Rosenberg vom 24.04.1923 in ADAP A VII, Nr. 202.

Da der britische Außenminister Lord Curzon wenige Tage zuvor – darauf spielte Hoesch an – in einer Rede im House of Lords tatsächlich einen deutschen Vorschlag zur Lösung des Reparationsproblems eingefordert hatte,¹⁸⁵ konnte sich die Regierung in Berlin nur schwerlich um ein solches Angebot drücken. Ministerialdirektor Schubert und Friedrich Gaus, der einflussreiche Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, griffen Hoeschs Gedanken auf und schlugen dem Minister am 25. April zum wiederholten Male den Garantiepakt aus dem Dezember als für „eine so weitreichende politische Aktion“¹⁸⁶ geeignete Grundlage vor, ohne jedoch genauere Empfehlungen zum Umgang mit der Reparationsfrage parat zu haben. Vorläufig blieb es in der Wilhelmstraße diesbezüglich bei „schweben[den] Erwägungen.“¹⁸⁷ Im Kabinett, das sich mit einer Entschlussfassung in dieser Frage ähnlich schwer tat,¹⁸⁸ äußerte sich Rosenberg zurückhaltend: „Wir dürfen die bisherige Linie nicht verlassen“. Hoeschs Ratschlag zur Vermeidung eines bezifferten Reparationsangebots zugunsten einer generellen Zahlungsbereitschaftserklärung schien in jedem Fall indiskutabel. Nur, dass man eine Offerte abzugeben hatte, war klar. Wie Reichskanzler Cuno unterstrich, sei durch das allgemeine Medienecho jetzt

„die öffentliche Meinung [...] ganz auf [die] Absendung einer Note eingestellt [...]. Man werde vom Gerede über [ein] Angebot usw. nicht wegkommen, solange nicht eine deutsche Note ergangen sei.“

Auch der Minister für Wiederaufbau, Heinrich Albert, glaubte, dass „das Herausbringen einer Note“ unumgänglich sei. „Bringen wir sie nicht, so kommt binnen kürzester Frist ein Ultimatum, und wir [sind] dann geliefert“. Rosenberg gestand daher zu, dass man einen „Beweis unserer Verständigungsbereitschaft“ erbringen müsse, wollte diesen aber vor allem dazu genutzt wissen, „den Widerstandswillen in unserem Volke zu stärken und Zersetzungskeime zu beseitigen“.¹⁸⁹ Insofern sollte das deutsche Reparationsangebot, von dessen Höhe sich die französische Skepsis wahrscheinlich eh unbeeindruckt zeigen würde, eher zu niedrig angesetzt werden als zu hoch. Das Kabinett diskutierte verschiedene Summen sowie etwaige Zahlungspläne.¹⁹⁰ Am Ende entschied man sich – wie der vormalige Finanzstaatssekretär und weiterhin prägende Reparationssachverständige der Regierung, Carl Bergmann, später schrieb – „nach endlosen Beratungen [...] in nervöser und unnötiger Hast“ zur Unterbreitung eines „Kompromiss[es] zwischen äußeren Notwendigkeiten und inneren Rücksichten.“¹⁹¹

¹⁸⁵ Auszüge der Rede vom 20.04.1923 in UF V, Nr. 116a. Zur Einordnung siehe z.B. Elspeth O’Riordan, *British Policy and the Ruhr Crisis 1922–24*, In: *Diplomacy and Statecraft* 15 (2004) 2, S. 221–251, bes. S. 232.

¹⁸⁶ Aufzeichnung Min.Dir. Schubert für RAM Rosenberg vom 25.04.1923 in ADAP A VII, Nr. 203.

¹⁸⁷ Runderlass RAM Rosenberg vom 23.04.1923, zit. nach: AdR Cuno, Nr. 140, Anm. 4.

¹⁸⁸ Siehe die Ministerbesprechung vom 25.04.1923 in AdR Cuno, Nr. 140.

¹⁸⁹ Alle Zitate: Ministerbesprechung vom 28.04.1923 in AdR Cuno, Nr. 142.

¹⁹⁰ Vgl. die Ministerbesprechung vom 30.04.1923 in AdR Cuno, Nr. 144.

¹⁹¹ Carl Bergmann, *Der Weg der Reparation. Von Versailles über den Dawesplan zum Ziel*, Frankfurt am Main 1926, S. 240.

Die faktisch kaum existenten Realisierungschancen, die Hoesch einem solchen, nur mit heißer Nadel gestrickten und nicht mit Bedacht formulierten deutschen Vorschlag bereits vorfristig bescheinigt hatte, waren unterdessen längst auch von französischer Seite bestätigt worden. Schon am 27. April, fünf Tage bevor in Paris die entsprechende Note mit dem deutschen Reparationsangebot an Poincaré übergeben wurde, hatte einer der wenigen noch verbliebenen Gesprächspartner aus dem Umfeld der französischen Botschaft in Berlin unmissverständlich erklärt, dass ohne ein „Aufhören des passiven Widerstandes“ keine Verhandlungsbereitschaft zu erwarten sei. Staatssekretär Ago von Maltzan, der darauf erwiderte, dass unter diesen Umständen ja „jegliche Hoffnung auf Verständigung“¹⁹² zwischen den Ländern vergebens wäre, versuchte zwar noch über den belgischen Gesandten und die Regierung in Brüssel, der er „eine verständnisvollere Haltung“ zutraute, dem Angebot einen gewissen Schwung zu geben, der verhindern würde, dass Paris das Angebot einfach „kurzerhand ablehnen könne“,¹⁹³ blieb damit aber erfolglos. Um wenigstens noch etwas Zeit zu gewinnen, hatte auch Hoesch dazu geraten, der Note eventuell einen stärker „kollektiven Charakter zu geben, um [die] Möglichkeit [einer] sofortige[n] Vorwegablehnung durch Poincaré auszuschalten.“ Richte man das Schriftstück dem Wortlaut nach zum Beispiel „an die in der Reparationskommission vertretenen Mächte“,¹⁹⁴ müsse die französische Regierung vor ihrer eigenen Reaktion wohl oder übel erst mit den übrigen darin vertretenen Staaten Rücksprache halten. Solche Einwände kamen gleichwohl zu spät. Am 2. Mai übermittelte die Botschaft dem Quai d’Orsay anlässlich der „discussions internationales actuelles [...] une nouvelle tentative“ zur Lösung der Reparationsfrage, allerdings – wie es gleich am Anfang hieß –

„sans renoncer la résistance passive, qui continuera jusqu’au jour où sera obtenue l’évacuation des territoires, dont l’occupation dépasse les dispositions du Traité de Versailles, et le rétablissement d’une situation légale dans le pays rhénans.“¹⁹⁵

Man musste kein Prophet sein, um die französische Antwort auf eine solche Erklärung vorauszuahnen. Nachdem Poincaré zunächst die anderen Staaten darüber in Kenntnis gesetzt hatte, dass die deutschen Vorschläge natürlich „ne peuvent être admises et ne peuvent même pas servir de base de discussion“,¹⁹⁶ und dann mit Belgien eine gemeinsame Antwortnote abgestimmt hatte,¹⁹⁷

¹⁹² Aufzeichnung StS. Maltzan vom 27.04.1923 in ADAP A VII, Nr. 207.

¹⁹³ Aufzeichnung StS. Maltzan vom 01.05.1923 in ADAP A VII, Nr. 213.

¹⁹⁴ Hoesch an AA vom 02.05.1923 in ADAP A VII, Nr. 214.

¹⁹⁵ Hoesch an Poincaré vom 02.05.1923 in: Documents diplomatiques. Documents relatifs aux notes allemandes des 2 mai et 5 juin sur les réparations (2 mai – 3 août 1923) [künftig: DD NA Rep], hrsg. vom Ministère des Affaires étrangères, Paris 1923, Nr. 1. Eine deutsche Fassung findet sich in Reichstagsprotokolle, Bd. 379, Anlage 6138, Nr. 11. Laut *Vossischer Zeitung Morgenausgabe* vom 03.05.1923 mussten die Franzosen erst eine Übersetzung anfertigen lassen, da die Note zunächst nur auf Deutsch vorlag. Der Presse erklärte man dennoch bereits am selben Abend, dass „die deutschen Vorschläge [...] nach französischer Auffassung ‚vollkommen unannehmbar‘“ seien.

¹⁹⁶ Poincaré gleichzeitig an die französischen Botschaften in London, Washington, Rom und Tokio vom 03.05.1923 in DD NA Rep, Nr. 2.

¹⁹⁷ Siehe Poincaré an die französischen Botschaften in London, Rom, Washington und Berlin vom 05.05.1923 in DD NA Rep, Nr. 7.

formulierte er die generelle Ablehnung mit dem erwartbaren Hinweis, dass „[l]es Gouvernements belge et français ne pourront prendre en considération aucune proposition allemande tant que se prolongera [la] résistance.“ Paris stehe auf dem sicheren Fundament des Friedensvertrages, wohingegen „[l]e Gouvernement allemand a provoqué [...] un conflit général et systématique, des agressions, des sabotages, des délits de droit commun.“ Vor diesem Hintergrund sei der deutsche Vorschlag als Ausdruck eines verschleierte[n] Versuchs zur „révolte systématique contre le Traité de Versailles“ rundweg abzulehnen. Ziehe man ihn ernsthaft in Betracht, bereite man sich quasi selbst den Abstieg zur

„destruction totale et définitive de ce Traité [...] et à la revanche morale, économique, politique et militaire de l'Allemagne. [...] [L]a Belgique et la France devraient abandonner leurs gages; elles devraient rester exposées à la violence des agents du Gouvernement allemand; et, en retour de tous ces sacrifices, elles recevraient, une fois encore, quelques mots sur du papier. Le Gouvernement allemand, s'il veut bien faire un retour sur lui-même, ne s'étonnera point qu'elles refusent un tel marché.“¹⁹⁸

Dem schwierigen deutsch-französischen Verhältnis also und seinen komplexen Problemen war der deutsche Vorschlag offenkundig – und wenig verblüffend – nicht gerecht geworden.¹⁹⁹

Da auch die Briten durch Lord Curzon, der die ganze Sache ja gewissermaßen ins Rollen gebracht hatte mit seiner Rede im Oberhaus, ihr „great disappointment“²⁰⁰ ausdrückten über die Mai-Note der deutschen Regierung, hätte man meinen können, die Fronten im Ruhr- und im Reparationskonflikt wären damit erneut überdeutlich geklärt gewesen: Frankreich und Belgien würden ihre Okkupationsstrategie unbeirrt fortführen, Deutschland dafür unbelehrbar seinen Widerstand beibehalten. Großbritannien allerdings – und das war neu – war vor dem Hintergrund der mittlerweile unverkennbaren gesamteuropäischen Folgen von „M. Poincaré's dark and dangerous Ruhr adventure“,²⁰¹ gerade auf dem Gebiet der Ökonomie, nicht mehr länger gewillt, sich mit einem solch unproduktiven Ausgang seiner Bemühungen um eine internationale Lösung zufrieden zu geben.²⁰² Auch wenn es noch eine Weile dauern sollte, bis ein englisches und dann auch amerikanisches Engagement einen tatsächlich produktiven Beitrag zur Beruhigung der Verhältnisse auf dem Kontinent leisten konnte, bot das hier erstmals in dieser Deutlichkeit erkennbare Beharren auf einer baldigen Beilegung des deutsch-französischen Reparationsstreits zumindest einen ersten Anhaltspunkt für einen in Zukunft im Bereich des Möglichen liegenden ‚turning-point‘ der Zwischenkriegsgeschichte.²⁰³ Bis es soweit war, vergingen gleichwohl schon deshalb

¹⁹⁸ Poincaré an Hoesch vom 06.05.1923 in DD NA Rep, Nr. 8.

¹⁹⁹ Vgl. Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, S. 204f.

²⁰⁰ Lord Curzon an Sthamer (B London) vom 13.05.1923, gedruckt in Reichstagsprotokolle, Bd. 379, Anlage 6204, Nr. 13.

²⁰¹ So der britische Botschafter in Paris, Eric Phipps, an Lord Curzon vom 20.03.1923 in DBFP 1 XXI, Nr. 158.

²⁰² Hierzu u.a. David G. Williamson, Great Britain and the Ruhr Crisis 1923–24, In: British Journal of International Studies 3 (1977) 1, S. 70–91, bes. S. 80f.

²⁰³ Vgl. Cohrs, The Unfinished Peace after World War I, S. 100.

noch Monate, weil die deutsch-französische Ausgangslage gerade mit Blick auf das Verhältnis der beiden Regierungen Cuno und Poincaré mittlerweile zwar verfahren genug war, um einfache Lösungen von vornherein auszuschließen, aber – so paradox das klingen mag – noch nicht verfahren genug, um jenen innen- wie außenpolitisch notwendigen Wendepunkt zu erzwingen, „[that soon] points the way forward – to the Dawes plan, the Locarno accords and the stability [...] of the late 1920s“:²⁰⁴ den Abbruch des Widerstandes an der Ruhr und die Refunktionalisierung diplomatischer Kontakte zur Schaffung einer belastbaren Verständigungsgrundlage für die Zukunft.

Vieles spricht aus heutiger Sicht für die schon angedeutete Schlussfolgerung, dass bereits mit der deutschen Entscheidung zur finanziellen Generalstreikunterstützung im Januar 1923 – so wenig intendiert diese ursprünglich auch war vom Kabinett – weitestgehend feststand, dass nur eine neue Regierung in Berlin zu einem wirklichen *Modus Vivendi* mit der französischen Seite finden können würde. Obgleich Poincaré das in dieser Klarheit nie aussprach, so wurde doch zum einen seine ultimative Forderung nach Einstellung des Widerstandes an der Ruhr, den er direkt „auf [ein] Diktat Berlin[s]“ zurückführte und in öffentlichen Reden mitunter als den „von Deutschland hervorgerufenen tatsächlichen Kriegszustand“ bezeichnete, sowie zum anderen die französische Festlegung auf eine „Räumung [des] vertragsmäßig ergriffenen Pfandes [erst] nach [...] Zahlungen“²⁰⁵ in Tonart und Stoßrichtung so kompromisslos vorgetragen, dass die französischen Minimalziele jeweils das genaue Gegenstück bildeten zum quasi unveräußerlichen Kern des wesentlich unter dem Druck der Ereignisse entstandenen und bald nicht mehr revidierbaren Regierungsprogramms von Kanzler Cuno. Für diesen führte an der Beibehaltung des deutschen Protests bis zum französischen Rückzug aus den besetzten Gebieten, dessen rhetorische Dauereinforderung in der Reichsöffentlichkeit längst zu einer Art politischer Lebensversicherung geworden war, kein Weg mehr vorbei. In den berechtigten Worten Hoeschs ließ sich Poincarés „absolutes Festhalten an Besetzung und Ausbeutung [des] Ruhrgebiets“ insofern auf eine sehr prägnante Formel herunterbrechen: Paris’ Ziel war und blieb die „Herbeiführung [einer] deutschen Kapitulation“²⁰⁶ – nicht mehr und nicht weniger.

Ohne sich womöglich der Unausweichlichkeit dieser Bedingung bewusst zu sein und vermutlich auch ohne die französischen Erwartungen an eine völlige Unterwerfung Berlins vollständig zu teilen, unterstützte die britische Regierung mit ihrer Antwort auf den deutschen Reparationsvorschlag vom 2. Mai den Weg bis zu einer solchen Kapitulation nachhaltig. Lord Curzon drückte darin nämlich, ganz anders etwa als die Franzosen, seinen unbedingten Wunsch aus,

²⁰⁴ O’Riordan, *British Policy and the Ruhr Crisis 1922–24*, S. 221.

²⁰⁵ So im Bericht des Pariser Gesandtschaftsrats Dirk Forster über eine Kammerrede Poincarés, übermittelt von Hoesch an AA am 25.05.1923 in PA AA R 28233k [Hervorhebung von mir, P.K.].

²⁰⁶ Hoesch an AA vom 25.05.1923 in PA AA R 28233k.

„that in her own interest Germany will see the advantage of displaying a greater readiness to grapple with realities of the case and, discarding all irrelevant or controversial issues, will proceed to reconsider and to expand their proposals in such a way as to convert them into a feasible basis of further discussion.“²⁰⁷

Objektiv betrachtet war zwar vollkommen unklar, ob eine erneute deutsche Reparationsnote überhaupt irgendeinen Sinn machte zu diesem Zeitpunkt und, wenn ja, was genau sie noch hätte bewirken können. Die sich allerdings allmählich verstärkende englische Unnachgiebigkeit beim Ausloten möglicher Auswege aus dem Ruhrkonflikt, den man inzwischen als echte Gefahr auch für die eigenen Ansprüche gegenüber Deutschland und Frankreich verstand,²⁰⁸ setzte Berlin erneut unter unerwünschten Zugzwang. Wie Hoesch unverzüglich aus Paris telegraphierte, würde eine Fortsetzung des Widerstandes unter Außerachtlassung der britischen Aufforderung zu einem korrigierten zweiten deutschen Vorschlag sofort die Gefahr entstehen lassen,

„daß dieser Widerstand, der bisher aller Welt mit Recht als lediglich gegen französisch-belgischen Einbruch gerichtet erschien, nunmehr als Auflehnung gegen die von allen Alliierten gemeinsam geforderten Zahlungsleistungen ausgelegt werden könnte.“²⁰⁹

Obschon es also weitestgehend unstrittig war, dass man in Berlin nach den hohen Wellen, die Poincarés überdeutliche erste Absage im Reich geschlagen hatte,²¹⁰ nur ein bedingtes Interesse daran haben konnte, mit einer Fortführung der öffentlichen Diskussionen den – letztlich ja gar nicht weit von der Wahrheit entfernt liegenden – Verdacht zu nähren, Deutschland sei über kurz oder lang zu einem Abrücken vom bisherigen Kurs gezwungen, war auch die zweite Reparationsnote am Ende des Tages „unvermeidlich“.²¹¹

Sich mit dieser Situation im Allgemeinen und den konkret anstehenden Schritten zu arrangieren, fiel dem Kabinett Cuno jedoch zunehmend schwerer. Obwohl Finanzminister Andreas Hermes (Zentrum) längst betont hatte, dass eine Abmilderung der mittlerweile besorgniserregenden Inflationsentwicklung in Deutschland „vor allem von der außenpolitischen Entwicklung“²¹² abhänge, man hier also in der Tat Handlungsbedarf sah, blieb die Regierung insgesamt äußerst reserviert angesichts der nervösen Stimmungslage im Reich, die man durch die eigene politische Agenda freilich mitverschuldet hatte. Einen Verhandlungsspielraum glaubte man nicht entdecken zu können. Schon mit der Note von Anfang Mai war man insofern ein gewisses Risiko eingegangen, als dass deren vorhersehbares Scheitern automatisch wieder die altbekannten Appelle auf

²⁰⁷ Lord Curzon an Sthamer (B London) vom 13.05.1923, gedruckt in Reichstagsprotokolle, Bd. 379, Anlage 6204, Nr. 13.

²⁰⁸ Der britische Botschafter in Berlin, Lord D’Abernon, ließ keinen Zweifel daran, dass die Ruhrbesetzung bislang lediglich zwei – für England gleichermaßen – nachteilige Ergebnisse gezeitigt habe: „a.) The force of resistance and the spirit of resistance to payment have increased; and b.) The power of payment by Germany has diminished.“ Lord D’Abernon an Lord Curzon vom 12.04.1923 in DBFP 1 XXI, Nr. 181.

²⁰⁹ Hoesch an AA vom 15.05.1923 in ADAP A VII, Nr. 235.

²¹⁰ Siehe etwa die *Vossische Zeitung Abendausgabe* vom 07.05.1923.

²¹¹ Hoesch an AA vom 15.05.1923 in ADAP A VII, Nr. 235.

²¹² Kabinettsitzung vom 11.05.1923 in AdR Cuno, Nr. 156.

den Plan rufen musste, wonach „die deutsche Führung sammeln, aufklären und führen“ solle:

„Die französische Parole ist: Verbrechen, dann den Verbrochenen in den Schmutz zu treten und ihm das Leben zu nehmen. Unterwirft Deutschland sich freiwillig, so blüht ihm dasselbe erhabene Los. Fügen wir uns nicht, und halten wir aus, so gelangt Deutschland auf den Weg ins Freie, mag er auch noch rauh und lang sein.“²¹³

Rosenberg selbst war, so scheint es, an dieser Stelle erstmals bereit, die sprichwörtlichen Brocken hinzuwerfen. Angesichts der kaum mehr zu bewältigenden Schwierigkeiten soll er dem Kanzler die gemeinsame Demission vorgeschlagen haben: Die englische Forderung nach einem weiteren deutschen Reparationsangebot untergrabe nicht nur den letzten, in der Öffentlichkeit noch verbliebenen Rest „Autorität der deutschen Regierung“, sondern beweise allzu offensichtlich, dass man „nicht auf dem [...] eingeschlagenen Wege fortfahren“²¹⁴ könne. Reichswehrminister Otto Geßler (DDP) wandte dagegen energisch ein, dass „alles geschehen [müsse], damit *dieses* Kabinett die Dinge zu Ende führe.“ Es sei nicht vorstellbar, dass nach einem Rücktritt der jetzigen Regierung „etwas anderes als das Chaos bleibe.“ Während Arbeitsminister Heinrich Brauns (Zentrum) sich vor diesem Hintergrund erneut „für eine Sondierung“ mit „einem neuen Schema von Annuitäten“ ausgesprochen hatte, erklärte Rosenberg, er sei unter gar keinen Umständen bereit, „über unser ziffernmäßiges Angebot vom 2. Mai auch nur um Haaresbreite hinauszugehen.“ Als Geßler nun offen zur Diskussion stellte, ob es statt solcher Ehrenerklärungen nicht an der Zeit wäre, auszusprechen, „daß unsere Widerstandsfähigkeit begrenzt ist“,²¹⁵ deutete sich erstmals an, dass die Regierung Cuno mithin an ihren eigenen „breaking-point“²¹⁶ gelangen würde. Natürlich war die Mehrheit des Kabinetts mit dem Eingeständnis, „daß wir in einiger Zeit völlig fertig sein“ werden, vorerst noch nicht einverstanden. Geßler lag jedoch nicht falsch, wenn er betonte, dass nur ein ehrliches Bekenntnis zu dem, „was im Inland und Ausland die Spatzen von den Dächern pfeifen“, eine adäquate „Vorbereitung zur Kapitulation“ wäre. Diese werde unabwendbar sein „für den wahrscheinlichen Fall, daß auch der neue Vorschlag nicht angenommen wird, weil Frankreich nicht die Verständigung will.“²¹⁷

Vor diesem Hintergrund erscheint die Annahme legitim, dass die Regierung Cuno ab Mitte Mai 1923 eigentlich kaum noch mehr war als ein Kabinett auf Abruf, dessen potenzielle Nachfolger zudem bereits relativ offen auf den Straßen Berlins gehandelt wurden.²¹⁸ Ironischerweise hatte ausgerechnet die vom Reichskanzler und Außenminister lange Zeit so dringend erhoffte Einmischung des Auslandes – im konkreten Falle nun Londons – nicht, wie eigentlich erwünscht, Paris

²¹³ Anonymus [vmtl. Ernst Graf zu Reventlow], Begreift und handelt endlich!, *Der Reichswart* vom 12.05.1923.

²¹⁴ So im Gespräch mit dem britischen Botschafter, zit. nach: AdR Cuno, Nr. 153, Anm. 4.

²¹⁵ Kabinettsitzung vom 15.05.1923 in AdR Cuno, Nr. 159, bes. auch die Ergänzungen in Anm. 7 und 16 [Hervorhebung von mir, P.K.].

²¹⁶ Rupieper, *The Cuno Government and Reparations 1922–1923*, S. 156.

²¹⁷ Kabinettsitzung vom 15.05.1923 in AdR Cuno, Nr. 159, bes. auch die Ergänzungen in Anm. 16.

²¹⁸ Siehe etwa das Schreiben von Haniel von Haimhausen an StS. Hamm vom 07.05.1923 in AdR Cuno, Nr. 153.

dazu gebracht, von seiner unnachgiebigen Haltung abzurücken, sondern stattdessen relativ unbarmherzig die Grenzen des deutschen Durchhaltevermögens und die Fehler beziehungsweise Versäumnisse innerhalb der eigenen Widerstandsstrategie offengelegt. Zwar bedeutete die britische Einschaltung in die über allen Konflikten schwebende Reparationsfrage, wie Hoesch richtig analysierte, dass auch Frankreich auf absehbare Zeit, „wenn es nicht riskieren will, [...] die Weltmeinung gegen sich aufzubringen, an den Verhandlungstisch muß“;²¹⁹ jedoch dachte Poincaré nach wie vor nicht im Geringsten daran, dafür etwa mit den Berliner Verantwortlichen zu reden. Jede Initiative, die auf derlei hinauslief, blieb in seinen Augen „totalement inacceptable“;²²⁰ mindestens solange der deutsche Widerstand nicht restlos aufgegeben worden war.

Dass Paris gleichwohl wieder in engeren Austausch mit England trat,²²¹ vor allem nachdem Berlin Anfang Juni seine zweite Reparationsnote aufgesetzt hatte,²²² tat dieser kompromisslosen Einstellung keinen Abbruch. Selbst dass deren Aufnahme außerhalb Frankreichs um einiges positiver war als die Reaktionen auf die erste Note und dass man darin zahlreiche beachtenswerte Verbesserungen eingebracht hatte – beispielsweise die Betonung von Sachverständigen, wie sie später beim Dawes-Plan Berücksichtigung finden sollten –,²²³ änderte an den französischen Vorbehalten nichts. Präsident Millerand, der seinem Volk öffentlichkeitswirksam zusicherte, dass Deutschland dieses Mal ‚nicht davonkommen‘ werde, betonte unmissverständlich, dass der Regierung Poincaré freie Hand zugesichert bleibe, um, wenn nötig, „durch Interpretationskünste des [Versailler] Vertrages selbst mit neuen Forderungen hervorzutreten.“ Kurzum: „Deutschland hat nicht gezahlt und will nicht zahlen; Frankreich will und wird es dazu zwingen.“²²⁴

Obgleich die britisch-französische Annäherung angesichts solcher Äußerungen natürlich nicht sonderlich lange konfliktfrei bleiben konnte, zumal sich auch die generellen Positionen Londons und Paris' mit Blick auf Deutschland und die europäische Mächteverteilung ganz offenkundig noch immer zu sehr unterschieden,²²⁵ wahrte Poincaré sich in der Ruhr- und Reparationsfrage also weitestgehende Entscheidungsautonomie. Der internationale Druck auf Paris war noch zu klein, um es in Beratungen über eine internationale Beilegung der Streitpunkte zwingen zu können. Ob nun mit oder ohne englische Unterstützung, Poincaré wollte und konnte bei seiner Grundbedingung für etwaige Gespräche über eine dauerhafte Nachkriegsordnung hart bleiben: keine Redebereitschaft ohne vorherige deutsche Kapitulation.²²⁶

²¹⁹ Hoesch an AA vom 18.05.1923 in ADAP A VII, Nr. 242.

²²⁰ Poincaré an die französischen Botschafter in London, Rom und Brüssel vom 07.06.1923 in DD NA Rep, Nr. 18.

²²¹ Dazu die verschiedenen Dokumente in DD NA Rep, v.a. Nr. 21–33.

²²² Siehe Hoesch an Poincaré vom 05.06.1923 in DD NA Rep, Nr. 17.

²²³ Vgl. Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, S. 204f.

²²⁴ Bericht Hoeschs an AA vom 05.06.1923 in PA AA R 70488.

²²⁵ Hierzu Cohrs, The Unfinished Peace after World War I, S. 103.

²²⁶ Dazu etwa Poincaré an den französischen Botschafter in London vom 09.06.1923 in DA NA Rep, Nr. 21.

Insofern mag es zwar stimmen, dass die Regierung Cuno/Rosenberg, die sich – angesichts dieser Umstände etwas überraschend – noch bis Mitte August 1923 im Amt halten konnte, schlussendlich erst aufgrund der sich weiterhin katastrophal verschlechternden Währungs- und Wirtschaftslage im Reich, über die man längst jede Kontrolle verloren hatte, zurücktrat.²²⁷ Die Annahme jedoch, dass dieser Rücktritt ‚erste außenpolitische Erfolge‘ mit sich begraben hätte, die man durch die zweite Note und das perspektivische Auseinanderdividieren Londons und Paris‘ habe andeuten können,²²⁸ scheint zu weit gegriffen. An der generellen Ausgangslage hatte sich für Berlin eigentlich nichts geändert. Auch für Lord Curzon, das zeigte sich spätestens Mitte Juli, war – so begrenzt sein direkter Einfluss auf die französische Haltung ohnehin nur sein konnte – weitestgehend klar, „daß Deutschland hinsichtlich des passiven Widerstandes Konzessionen mache[n]“ müsse, *ohne* dafür Gegenleistungen wie eine vorzeitige Räumung der Ruhrregion zu erwarten. Im Gespräch mit Botschafter Sthamer hatte er dies in aller Deutlichkeit erklärt:

„Die Franzosen seien nun einmal in der Ruhr, und es sei klar, daß ohne Konzessionen [...] es unmöglich sei, sich mit ihnen über die Besetzung der Ruhr zu verständigen. Er rate deshalb dringend, daß Deutschland hinsichtlich des passiven Widerstandes nachgebe.“²²⁹

Dass Rosenberg drei Tage vorher ausdrücklich in London zu argumentieren bat, dass „[e]ine Kapitulation, wie Poincaré sie anstrebt, [...] im Ruhrgebiet die Anarchie und im Innern den Bürgerkrieg entfachen“²³⁰ müsse, blieb ohne Berücksichtigung. Deutlicher ließ sich kaum illustrieren, dass es weiterhin die deutsche Regierung war, die außenpolitisch isoliert an einem Kurs festhielt – respektive aus innenpolitischen Erwägungen an diesem festzuhalten müssen glaubte –, der seit Längerem zum Scheitern verurteilt war. Das vergleichsweise späte Ende des Kabinetts Cunos, dessen Aufgabe am 12. August erfolgte, war in diesem Zusammenhang wohl eher ein Zeichen dafür, wie wenig die Protagonisten die Unvermeidlichkeit ihrer Lage einzusehen bereit waren. Im Rückblick bleibt es schon erstaunlich, wie realitätsfern einige Minister die Situation auch im Sommer 1923 noch einschätzten. Am 26. Juli zum Beispiel glaubte Rosenberg, dass für das Reich insgesamt „eine Besserung eingetreten“ sei und jetzt „Frankreich auf dem Wege“ wäre, „isoliert zu sein.“²³¹ Belastbare Anhaltspunkte für eine solche Sichtweise gab es faktisch nicht. Stattdessen kippte die öffentliche Meinung im Reich zusehends, der Widerstandswille der Bevölkerung in den besetzten Gebieten begann unter der Last der Inflation langsam nachzulassen und selbst die bislang zurückhaltenden Teile der heimischen Presse warfen der Regierung mittlerweile eine Art Totalversagen vor.²³²

²²⁷ Siehe z.B. Büttner, Weimar, S. 178f.

²²⁸ So Becker, Frederic von Rosenberg (1874–1937), S. 159f.

²²⁹ Sthamer (B London) an AA vom 19.07.1923 in ADAP A VIII, Nr. 70.

²³⁰ RAM Rosenberg an B London vom 16.07.1923 in ADAP A VIII, Nr. 68.

²³¹ Kabinettsitzung vom 26.07.1923 in AdR Cuno, Nr. 225.

²³² Vgl. u.a. Schulze, Weimar 1917–1933, S. 254.

Wie zerfahren die Situation im Inneren und wie aussichtslos vor allem auch die internationale Lage des Reiches tatsächlich waren zu dieser Zeit, erschloss sich insofern auch dem neuen Kabinett – einer Regierung gestützt auf eine große Koalition aus SPD, DDP, Zentrum und DVP, geführt von deren Gründungsvorsitzenden Gustav Stresemann – vermutlich nicht erst im Moment der Geschäftsübernahme; zumindest schlechte Vorahnungen diesbezüglich dürfte es eigentlich bei fast allen Beteiligten bereits vorher gegeben haben. Der künftige Kanzler etwa, dessen Berufung durch den Reichspräsidenten schon seit geraumer Zeit in der Luft gelegen hatte,²³³ gestand seiner Ehefrau bereits im Mai, dass die Nachfolge auf den aller Voraussicht nach bald scheidenden Cuno durchaus einem ‚politischen Selbstmord‘²³⁴ gleichkommen könne.

Ganz von der Hand zu weisen waren solche Befürchtungen nicht. Zwar gelang es Stresemann im August recht zügig, eine respektable Ministermannschaft zusammenzustellen,²³⁵ in der er selbst kommissarisch auch den Posten im Außenministerium übernahm.²³⁶ Eine etwaige Aufbruchsstimmung aber, die nach der von den meisten Deutschen längst als quälend empfundenen Regierungszeit Cunos die Arbeit des neuen Kabinetts hätte erleichtern können, hielt, wenn überhaupt, nur für einen verschwindend kurzen Augenblick: Georg Bernhard, der vor allem die „dringendsten außenpolitischen Aufgaben“ hervorhob für die Agenda der kommenden Wochen, attestierte Stresemann in der *Vossischen Zeitung* entsprechend noch am Tag von dessen offizieller Ernennung zwar den notwendigen „Mut, rasch und unzweideutig zu handeln“, ließ dabei allerdings schon durchblicken, dass das zu mehr als „zur Meisterung der *ersten* Schwierigkeiten“²³⁷ auch nicht reichen werde. Und in der Tat: Obgleich Stresemann sich gut und intensiv vorbereitet hatte auf seine neue Aufgabe²³⁸ – nicht einmal 40 Stunden nach Cunos Rücktritt trat das fünfte Kabinett der Weimarer Republik zu seiner Begrüßungssitzung zusammen²³⁹ –, offenbarten bereits die ersten Tage im Amt zahlreiche Tücken und Stolpersteine. Als der Kanzler in seiner Antrittserklärung vor dem Reichstag zum Beispiel von „der breitesten parlamentarischen Grundlage“²⁴⁰ sprach, auf die er seine Arbeit stützen wollen würde, überraschte die letztlich Brüchigkeit seines Rückhaltes dort wohl nicht nur die meisten Beobachter, sondern sicherlich auch ihn selbst.²⁴¹

²³³ Zeitgenössische Belege in AdR Stresemann, S. XXII.

²³⁴ Der Brief vom 28.05.1923 ist zitiert in: W. Stresemann, *Mein Vater Gustav Stresemann*, S. 224.

²³⁵ Dazu z.B. Winkler, *Weimar*, S. 204f.

²³⁶ In der ersten Regierungserklärung vom 14.08.1923 sagte Stresemann dazu: „Das Reichsministerium des Auswärtigen wird vom Reichskanzler verwaltet. Die Ernennung des Außenministers wird [...] noch erfolgen.“ Siehe Reichstagsprotokolle, Bd. 361, S. 11839 A. Vier Stunden zuvor hatte der Kanzler seinem Kabinett gegenüber ausgeführt, dass eine Klärung dieser Personalie „mit größter Sorgfalt erfolgen“ müsse und „nicht überstürzt werden“ dürfe. Siehe die Kabinettsitzung vom 14.08.1923 in AdR Stresemann, Nr. 1.

²³⁷ Georg Bernhard, *Der neue Kanzler*, *Vossische Zeitung Abendausgabe* vom 13.08.1923 [Hervorhebung von mir; P.K.]

²³⁸ Vgl. auch Wright, *Gustav Stresemann*, S. 218.

²³⁹ Siehe die Kabinettsitzung vom 14.08.1923 in AdR Stresemann, Nr. 1.

²⁴⁰ Regierungserklärung Stresemanns vom 14.08.1923 in Reichstagsprotokolle, Bd. 361, S. 11839 A.

²⁴¹ Hierzu Baechler, *Gustave Stresemann*, S. 351–353.

Etliche Abgeordnete der Regierungskoalition waren der direkt im Anschluss anberaumten Vertrauensabstimmung, die man sich als Zeichen der Stärke und nationalen Einheit erhofft hatte, ferngeblieben oder hatten sich demonstrativ ihres Votums enthalten. Auch wenn das Endergebnis mit 239 zu 76 Stimmen auf den ersten Blick eindeutig erschien,²⁴² hatte man de facto – also unter Einrechnung aller nicht abgegebenen Stimmen – eine nur relativ kleine ‚echte Mehrheit‘ von nicht einmal zwei Dutzend Parlamentariern erreicht.²⁴³

Erkennbare außenpolitische Gründe dürfte es dafür gleichwohl nicht gegeben haben. Wenn überhaupt, hatten Stresemanns auffallend kurze Bemerkungen zum gesamten Komplex der Ruhr- und Reparationsfrage das Stimmungsbild im Plenum letztlich wahrscheinlich sogar eher zu dessen Gunsten beeinflusst. Die stenographischen Protokolle jedenfalls, die mitunter heftige Zwischenrufe und beinahe tumultartige Proteste verzeichneten während der Rede, deuten das größte Maß an Einmütigkeit ausgerechnet in jener Passage an, in der Stresemann die uneingeschränkte Fortführung des passiven Widerstandes verkündete. Dieser Widerstand, so hieß es dort betont kämpferisch, habe „seine tiefsten Wurzeln in einem festen Bewußtsein des guten deutschen Rechts.“ Im Duktus damit nur bedingt zurückhaltender als seine Vorgänger in Reichskanzlei und Auswärtigem Amt, griff Stresemann also deren Standpunkte von Neuem auf:

„In Übereinstimmung mit dem, was der frühere Herr Außenminister und was ich selbst [...] ausgeführt habe, betone ich auch heute: das deutsche Volk hat den passiven Widerstand für die Erreichung ganz bestimmter Ziele aufgenommen. Wenn uns die freie und unabhängige Verfügung über das deutsche Ruhrgebiet wieder gewährleistet ist, wenn sich die Rheinlande in dem international garantierten vertragsmäßigen Zustand befinden, wenn jeder vergewaltigte Deutsche von Ruhr und Rhein der Freiheit und der Heimat wiedergegeben wird, dann werden wir nach einer uns zu gewährenden Atempause unter Aufbietung aller wirtschaftlichen Kräfte des Landes auch die Mittel für eine Regelung der Reparationsfrage aufbringen können, sofern die uns auferlegten Lasten uns bei harter Arbeit die Existenz unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens und die Weiterentwicklung unseres Volkes gewährleisten, ohne die die sittlichen Kräfte zu einer Erzielung stärkster Leistungen nicht aufgebracht werden können. (Lebhaftes Bravo.)“²⁴⁴

Natürlich waren solche und ähnliche Äußerungen mit Blick auf die Situation in den besetzten Gebieten sowie auf das insgesamt nur schwer zu kalkulierende Standing der neuen Regierung in der deutschen Öffentlichkeit zunächst einmal relativ naheliegend. Sogar in Teilen der französischen Presse deutete sich unter diesen Umständen ein zurückhaltendes Verständnis für die Selbstbehauptungsnöte des frischgebackenen Kanzlers an,²⁴⁵ der gerade zu Beginn seiner Amtszeit jedes Anzeichen einer möglichen Willens- oder Führungsschwäche tunlichst zu vermeiden hatte. Dennoch scheint es nicht unbedingt so, als habe sich Stresemann hier irgendwelchen poli-

²⁴² Siehe Reichstagsprotokolle, Bd. 361, S. 11873.

²⁴³ Ausführlich dazu auch Wright, Gustav Stresemann, S. 221f.

²⁴⁴ Regierungserklärung Stresemanns vom 14.08.1923 in Reichstagsprotokolle, Bd. 361, S. 11840 A–C.

²⁴⁵ Hoesch glaubte zu erkennen, dass man in Paris durchaus einsehe, dass die „öffentliche Meinung vorläufig nicht gegen sie [die neue Regierung] aufgebracht werden soll.“ Hoesch an AA vom 15.08.1923 in PA AA R 28233k.

tischen Zwängen unterwerfen müssen. Im Gegenteil: Da ihm, wie seine bisherige politische Vita zur Genüge belegte, nationalpatriotische Töne durchaus lagen²⁴⁶ und er im Reichstag erst eine Woche zuvor, damals noch als Fraktionsvorsitzender, an „die nationale Pflicht“ appelliert hatte, „den Ruhrkampf nicht auf[zu]geben [...] [und] auch nicht ab[zu]schwächen“,²⁴⁷ dürfte ihm die weitere Verteidigung dieser politischen Linie auch als Kanzler relativ leicht gefallen sein. Ganz unabhängig davon, ob finanz- und außenpolitische Vernunft längst zu einem anderen Vorgehen drängten oder nicht: Stresemann war offenbar guter Dinge, dass ihm die Gewährleistung der inneren Stabilität des Reiches durch die Beibehaltung der nationalen Widerstandsfront in den nächsten Wochen doch noch genau jene außenpolitischen Handlungsräume verschaffen könnte, die Cuno verwehrt geblieben waren und mit deren Hilfe eine vollständige deutsche Kapitulation zu verhindern oder zumindest in ihrer Außendarstellung abzumildern wäre.²⁴⁸

Der erste Widerspruch zu diesem fraglos ambitionierten Plan ließ freilich nicht lange auf sich warten und kam bezeichnenderweise aus den eigenen Reihen: Der neue Finanzminister Rudolf Hilferding (SPD) sah sich, kaum eine Woche im Amt, mit einem Reichshaushalt konfrontiert, der, wie er offen zugab, „die schlimmsten Erwartungen [noch] übertreffe[n]“²⁴⁹ musste. Allein für den Monat August rechnete er damit, dass die Ausgaben der Staatskasse die Einnahmen um das Dreifache übersteigen würden;²⁵⁰ eine ohnehin schon alarmierende Zahl, die sich am Ende sogar noch als deutlich zu optimistisch erweisen sollte.²⁵¹ Insofern war es nur konsequent, wenn Hilferding, der schätzte, dass allein etwa 60 % aller Ausgaben vom Ruhrkampf aufgezehrt werden würden, jetzt den Gedanken aufwarf: „Vielleicht können wir dabei Ersparnisse machen.“ Der bei dieser Unterredung anwesende DNVP-Vorsitzende, Jakob Reichert, widersprach jedoch sofort energisch. „Nur keine Hoffnungen“,²⁵² war seine unmissverständliche Entgegnung, in der auch eine gewisse Warnung an die neue Regierung mitschwang: Eine Abkehr vom bisherigen Kurs in der Ruhrfrage sei auf jener ‚breiten parlamentarischen Basis‘, von der Stresemann zuvor gesprochen hatte, nicht zu machen. Entsprechend intervenierte auch dieser umgehend, um die Gemüter zu beruhigen: Das Ziel der Regierung sei es, sich „mit rasch wirkenden Mitteln [...] eine Atempause zu sichern, die außenpolitisch zur ehrenvollen Liquidation der Ruhrfrage ausgenutzt werden“ könne. Die „Aufrechterhaltung des passiven Widerstandes“ wäre davon selbstverständlich nicht betroffen. Hilferding, der die Lage offenbar deutlich negativer einschätzte, bestand jetzt

²⁴⁶ Vgl. dazu nochmals z.B. Wagner, „Krieg oder Frieden – Unser Platz an der Sonne“, passim.

²⁴⁷ Reichstagsrede Stresemanns vom 09.08.1923 in Reichstagsprotokolle, Bd. 361, S. 11772 A.

²⁴⁸ Dazu Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, S. 208f.

²⁴⁹ Parteiführerbesprechung vom 22.08.1923 in AdR Stresemann, Nr. 14.

²⁵⁰ Siehe die Besprechungen über die Währungsanierung vom 18.08.1923 in AdR Stresemann, Nr. 9.

²⁵¹ Vgl. die genannten Zahlen auf der Parteiführerbesprechung vom 22.08.1923 in AdR Stresemann, Nr. 14.

²⁵² Besprechungen über die Währungsanierung vom 18.08.1923 in AdR Stresemann, Nr. 9.

aber zumindest für das Protokoll auf der Feststellung, dass alle von ihm avisierten Maßnahmen auf dem Finanzsektor überhaupt nur mit einem Ziel verfolgt werden könnten: „die Reichsfinanzen so lange aufrecht zu erhalten, bis eine außenpolitische Entlastung eingetreten“²⁵³ ist.

Auf eine solche Entlastung glaubte Stresemann offenbar auch ganz ohne eigenes Zutun hoffen zu dürfen, nachdem am 11. August die britische Regierung zum wiederholten Male ihr „most sincere disappointment“ ausgedrückt hatte über den bisherigen Verlauf des Ruhrkonflikts. London beschwerte sich dieses Mal nämlich erstmals nicht vordergründig über die Haltung des Reiches oder den mangelnden Realitätssinn der deutschen Regierung, sondern beklagte relativ offensiv, dass Paris und Brüssel die zweite Berliner Reparationsnote aus dem Juni trotz erkennbarer Zugeständnisse ähnlich barsch abgelehnt hatten wie die erste und damit den britischen Willen „to indicate a practical way of arriving as promptly as possible at a final settlement“ torpedierten. Nicht grundlos unterstellte man seinen einstigen Verbündeten an dieser Stelle einen mangelnden Lösungswillen. Was das Foreign Office damit vorbrachte und was schon bald seinen Weg in die europäischen Öffentlichkeiten finden sollte, war nicht weniger als eine unverblünte und weitestgehend rücksichtslose Widerlegung der gesamten bisherigen französischen Position in der Reparations- und Deutschlandfrage, an deren Ende sogar die Vermutung im Raum stand, dass „the Franco-Belgian action in occupying the Ruhr, quite apart from the question of expediency, was not a sanction by the treaty itself.“²⁵⁴ Dieses Anzweifeln von Angemessenheit und Rechtmäßigkeit der Ruhraktion war ohne Frage eine kleine Sensation und wohl der nachdrücklichste Beleg für den seit Kriegsende immer wieder aufbrechenden „désaccord franco-britannique“.²⁵⁵

Während Stresemann dem britischen Botschafter vor diesem Hintergrund jetzt unverzüglich seine tiefe Bewunderung aussprach für „one of the clearest and strongest State papers ever“,²⁵⁶ erlebte die öffentliche Meinung in Frankreich den britischen Vorstoß, wie Hoesch sofort vermeldete, als einen „Faustschlag“²⁵⁷ gegen die französischen Interessen und die nationale Sicherheit der *Grande Nation*. Vor allem die Hauptstadtresse reagierte unüberhörbar gereizt und prognostizierte den endgültigen Bruch der einstigen Entente. Allerdings – und das schien man leicht zu übersehen in Berlin – verband man die Empörung über Londons Vorgehen mit dem überaus kämpferischen Bekenntnis, es notfalls eben auch allein mit dem „bloc anglo-allemand“²⁵⁸ aufnehmen zu wollen. Ungeachtet dieser Kampfansage spekulierte der deutsche Kanzler darauf, dass der wieder stärker sichtbar werdende britisch-französische Gegensatz doch noch jene lang er-

²⁵³ Alle Zitate: Parteiführerbesprechung vom 22.08.1923 in AdR Stresemann, Nr. 14.

²⁵⁴ Die Note von Lord Curzon an den französischen und belgischen Botschafter in London vom 11.08.1923 ist gedruckt in Reichstagsprotokolle, Bd. 379, Anlage 6204, Nr. 69.

²⁵⁵ Jeannesson, Poincaré, la France et la Ruhr (1922–1924), S. 257.

²⁵⁶ So berichtet Lord D’Abernon an Lord Curzon vom 17.08.1923 in DFBP 1 XXI, Nr. 336.

²⁵⁷ Hoesch an AA vom 14.08.1923 in ADAP A VIII, Nr. 102.

²⁵⁸ G.D., Entre Londres et Berlin, *L’Action française* vom 14.08.1923.

sehnte Entwicklung in Gang setzen könnte, an deren Ende sich in Europa und bestenfalls auch in den Vereinigten Staaten „allmählich, wenn auch nicht eine prodeutsche, so doch eine antifranzösische Stimmung durchsetzt“, die schon bald verhindern helfen würde, dass „der französische Ministerpräsident seinen offiziellen [...] Standpunkt“ – also die Kapitulationsforderung an das Reich – „aufrecht erhalten kann“. Entsprechend, so schwor Stresemann sein Kabinett ein, gelte es dieser Tage mehr denn je, durch innenpolitische Entschlossenheit und mutiges Handeln nach außen die benötigte Zeit zu gewinnen und „den Widerstand gegen Poincaré in jeder Form zu stärken.“²⁵⁹ Ob damit die Realisierungschancen einer solchen Taktik richtig eingeschätzt waren, war gleichwohl keineswegs klar: Wie lange konnte man den deutschen Protest denn noch durchhalten? Wie genau hätte danach eine Lösung aussehen können? Fragen dieser Art nahmen zwar ständig zu, der neue Kanzler aber blieb zuversichtlich.²⁶⁰ Er neigte offenbar zu der – aus der Rückschau etwas blauäugigen – Auffassung, man könne durch die „Erträge der [neu] beschlossenen Steuern [...] und die [vom Kabinett geplante; P.K.] Goldanleihe [...] [doch] noch bis zum Einbruch der Kälteperiode“²⁶¹ ausharren auf dem bisherigen Kurs und würde dank London bis dahin sicherlich eine internationale Lösung gefunden haben.

Das aber war – wie sich schon bald herausstellen sollte und wie Hoesch ja bereits Stresemanns Vorgängern klar zu machen versucht hatte – größtenteils Wunschdenken. Ganz abgesehen davon, dass Hilferding im Kabinett erneut sofort unüberhörbar deutlich widersprechen sollte nach den Ausführungen des Kanzlers, weil der Ruhrkampf auch für den Moment „aus Steuern oder sonstigen Finanzmaßnahmen *nicht* zu finanzieren“²⁶² sei, offenbarte sich relativ schnell, dass vor allem die internationale Stimmung – entgegen Stresemanns erstem Eindruck – weiterhin zu Deutschlands Ungunsten stand. In England etwa war man sich bei allem Streben nach einer friedlichen Lösung noch immer völlig im Klaren darüber, dass Poincaré selbst einem neuen deutschen Kabinett gegenüber nicht zu Kompromissen in der Sache bereit sein würde;²⁶³ eine Tatsache, die die erste Kanzlerrede im Reichstag eher noch untermauert hatte. In Frankreich selbst erzeugte das darin formulierte Bekenntnis zum deutschen Widerstand – gerade im Nachklang der britischen Note – jedenfalls logischerweise vor allem „Enttäuschung, gelegentlich auch Unmut“²⁶⁴ über Stresemann, der zuvor noch mit einigem Optimismus als „Anhänger [einer] direkte[n] Verständigung“²⁶⁵ beschrieben worden war. Dass man sich nach dessen Regierungserklä-

²⁵⁹ So Stresemann in der Kabinettsitzung vom 23.08.1923 in AdR Stresemann, Nr. 18.

²⁶⁰ Vgl. Wright, Gustav Stresemann, S. 222.

²⁶¹ Stresemann in der Kabinettsitzung vom 23.08.1923 in AdR Stresemann, Nr. 18.

²⁶² Ebd. [Hervorhebung von mir; P.K.].

²⁶³ Hierzu Rupièper, *The Cuno Government and Reparations 1922–1923*, S. 223.

²⁶⁴ Hoesch an AA vom 15.08.1923 in PA AA R 28027.

²⁶⁵ Hoesch an AA vom 14.08.1923 in ADAP A VIII, Nr. 102.

rung für den Moment noch nicht „zu [einer] uneingeschränkte[n] Verdammung“ entschied, war wohl einzig und allein dem Umstand geschuldet, dass die „wenn auch vage Möglichkeit einer französisch-deutschen Verständigung“ als eine Art Schreckgespenst „ein vorzügliches Druckmittel gegenüber England“²⁶⁶ blieb; ein Kalkül, das in Großbritannien in der Tat eine gewisse Wirkung zeigen sollte.²⁶⁷

Nichtsdestoweniger erwartete Paris, daran konnte es keinen Zweifel geben, weiterhin ultimativ eine „durchgreifende Änderung [der] deutsche[n] Außenpolitik“. Im besten Falle, so Hoesch in einem neuerlichen Bericht, könne der französische Dissens mit London vielleicht die „Tendenz erzeugen, [der] neue[n] deutsche[n] Regierung [den] Weg zur Unterwerfung noch mehr zu glätten“. Um diese „Unterwerfung unter den gegenwärtigen Zustand“ würde man aber in „sachlicher Konsequenz“²⁶⁸ nicht herumkommen. Dem pflichtete aus London erneut Sthamer bei:

„Frankreich hat sich in seiner Ruhraktion von vornherein festgelegt und so peremptorisch die Räumung der Ruhr verweigert, daß eine Änderung dieser Politik einer politischen Niederlage gleichkäme, zu der Poincaré im Vollgefühl der französischen Übermacht in Europa sich schwerlich bereitfinden wird. [...] [Zudem] ist von England nicht zu erwarten, daß es seinen scharfen Worten entsprechende Taten folgen lassen wird.“²⁶⁹

Ob es also sonderlich geschickt war, dass Stresemann am 17. August gegenüber Lord D’Abernon abstritt, „that my Government means a change of German policy“,²⁷⁰ darf bezweifelt werden, zumal nach dem Tod von US-Präsident Harding Anfang August Europa für einige Monate wieder nahezu vollständig aus dem Fokus der Amerikaner verschwunden war²⁷¹ und Londons Initiative gegen Paris somit merklich an Stoßkraft einbüßte.²⁷² Da es zudem nur wenige Tage dauerte, bis die internationale Presse jene früheren Äußerungen des Annexionisten Stresemann aus Kaiserreichs- und Weltkriegszeit ausgegraben und öffentlichkeitswirksam wiederabgedruckt hatte²⁷³ und der neue Kanzler darüber hinaus auch gegenüber verschiedenen ausländischen Journalisten offensiv darauf bestand, dass der „Kabinettswechsel kein Nachgeben gegenüber Frankreich bedeute[n]“²⁷⁴ werde, scheint die Annahme berechtigt, dass die Regierungsneubildung im August 1923 zunächst keine substanzielle, geschweige denn eine aus deutscher Sicht erfolgversprechende Veränderung der internationalen Konstellation mit sich gebracht hatte. Ganz im Gegenteil: Für den Moment blieb eigentlich alles beim Alten.

²⁶⁶ Hoesch an AA vom 15.08.1923 in PA AA R 28027.

²⁶⁷ Siehe die entsprechende Meldung von Sthamer an AA vom 14.08.1923 in PA AA R 28233k.

²⁶⁸ Hoesch an AA vom 14.08.1923 in ADAP A VIII, Nr. 102.

²⁶⁹ Sthamer an AA vom 16.08.1923 in ADAP A VIII, Nr. 106.

²⁷⁰ Lord D’Abernon an Lord Curzon vom 17.08.1923 in DFBP 1 XXI, Nr. 336.

²⁷¹ Vgl. Link, Die Vereinigten Staaten und der Ruhrkonflikt, S. 47.

²⁷² Siehe Cohrs, The Unfinished Peace after World War I, S. 103.

²⁷³ Vgl. dazu den Bericht von Gesandtschaftsrat Dirk Forster (B Paris) an AA vom 18.08.1923 in PA AA R 28027.

²⁷⁴ StS. Maltzan an B Washington vom 15.08.1923 in PA AA R 28233k.

Was den Politiker Gustav Stresemann – vor allem den Außenpolitiker der späteren Jahre – gleichwohl auszeichnen sollte, war die Fähigkeit, sich immer wieder auf die Umstände und besonderen Herausforderungen seiner Arbeit einzustellen beziehungsweise sich an diese anzupassen.²⁷⁵ Dabei kam ihm schon früh zugute, dass er sich – international, wie er selbst eingestand, bislang ja weitestgehend unerfahren²⁷⁶ – trotz zahlreicher Startschwierigkeiten im Umgang mit seinen neuen Mitarbeitern, die ihm genau diese Unerfahrenheit gerne vorhielten,²⁷⁷ nicht vollkommen unzugänglich zeigte für deren Hinweise und Ratschläge.²⁷⁸ Schon nachdem seine ersten Gehversuche auf internationalem Parkett so überaus negative Reaktionen hervorgerufen hatten – auch in England berichtete man „abfällig über den Ton [...] [des] Reichskanzlers“²⁷⁹ –, bestellte er beispielsweise Hoesch zu einem „eingehenden Vortrag“²⁸⁰ nach Berlin und arbeitete sich in den folgenden Tagen in die bislang zwischen Auswärtigem Amt und den verschiedenen Botschaften angefallene Korrespondenz sowie alle wichtigen Dokumente zur Reparations- und Besatzungsfrage ein, deren Nuancen ihm trotz seiner Tätigkeit im zuständigen Reichstagsausschuss offenbar nicht völlig geläufig gewesen waren.²⁸¹

Da aus diesem Aktenstudium und den verschiedenen Beratungen in der Wilhelmstraße relativ klar hervorzugehen schien, dass weder die Hoffnung auf eine konkrete britische Intervention in den Ruhrkonflikt unmittelbar vor ihrer Erfüllung stand,²⁸² noch die französische „Absicht, [das] Ruhrabenteuer bis zum Schluß durchzuführen“,²⁸³ irgendwie nachgelassen hatte, erschien Stresemann mit Blick auf Hilferdings wiederholte Forderung nach einer außenpolitischen Entlastung

²⁷⁵ Den Versuch einer Einordnung bietet Jonathan Wright, *Die Maske: Stresemanns politische Persona*, In: *Politiker und Bürger. Gustav Stresemann und seine Zeit*, hrsg. von Karl Heinrich Pohl, Göttingen 2002, S. 41–63.

²⁷⁶ Im Juni hatte Stresemann erneut an seine Frau geschrieben und von der Last der Erwartungen an ihn berichtet: „Dabei bin ich mir sehr zweifelhaft darüber, ob ich die Hoffnungen erfüllen kann, die man in mich setzt, dazu ist die Situation zu verfahren, die Macht des Kanzlers zu gering und die Erfahrung in internationalen Verhandlungen muß ich mir doch auch erst erwerben.“ Zit. nach: W. Stresemann, *Mein Vater Gustav Stresemann*, S. 224.

²⁷⁷ Min.Dir. Schubert, später immerhin Staatssekretär unter Stresemann, hatte sich Ende Juni 1923 zum Beispiel pikiert über dessen Anfragen als Vorsitzender des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten geäußert. Unabhängig von der überfälligen Notwendigkeit, dass „Herr Stresemann [...] sich endlich einmal klar macht, daß der Minister nicht dazu da ist, auf jede Bagatelle eines Parlamentariers einzugehen“, stellte Schubert heraus, er „dränge [s]ich natürlich keineswegs dazu, von nun an in tägliche Fühlung mit Herrn Stresemann zu treten.“ Dieser würde überhaupt noch nichts davon verstehen, „wie ein modernes Ministerium arbeitet.“ Schubert an den Gesandtschaftsrat Hans Georg von Mackensen vom 30.06.1923 in PA AA R 28041.

²⁷⁸ Hierzu v.a. Peter Krüger, *Zur Bedeutung des Auswärtigen Amtes für die Außenpolitik Stresemanns*, In: *Gustav Stresemann*, hrsg. von Wolfgang Michalka und Marshall M. Lee, Darmstadt 1982 (*Wege der Forschung*; 539), S. 400–415.

²⁷⁹ Sthamer an AA vom 16.08.1923 in PA AA R 28233k.

²⁸⁰ Stresemann an Hoesch vom 15.08.1923 in ADAP A VIII, Nr. 102, Anm. 3.

²⁸¹ Mit deutlich anderer Akzentuierung hierzu Alfred E. Cornebise, *Gustav Stresemann und die Ruhrbesetzung: Die Entwicklung eines Staatsmannes*, In: *Gustav Stresemann*, hrsg. von Wolfgang Michalka und Marshall M. Lee, Darmstadt 1982 (*Wege der Forschung*; 539), S. 177–208 [engl. 1972], bes. S. 181–192.

²⁸² Vgl. u.a. Sthamer an AA vom 24.08.1923 in ADAP A VIII, Nr. 114, Anm. 7.

²⁸³ Aufzeichnung StS. Maltzan vom 27.04.1923 in ADAP A VII, Nr. 207. Wie viel Zeit das Einarbeiten in die Materie beanspruchte, verdeutlicht vielleicht der Umstand, dass Stresemann erst zwei Wochen nach Amtsübernahme dazu kam, das hier zitierte Memo seines Staatssekretärs aus dem April zu lesen. Siehe die auf den 30.08.1923 datierte Paraphe Stresemanns auf dem Bericht Maltzans vom 27.04.1923 in PA AA R 28233k.

eine gewisse Stilkorrektur geboten; gerade auch vor dem Hintergrund, dass sein eigener Auftritt zunächst eher keine Besserung des internationalen Klimas mit sich gebracht hatte. In enger Absprache mit dem im Amt verbliebenen Staatssekretär Ago von Maltzan hielt Stresemann in diesem Sinne eine gewisse „außenpolitische Aktivität“²⁸⁴ für angezeigt, die – „vom Prinzip des Opportunismus geleitet“ und „unter Wahrung unserer nationalen Würde“²⁸⁵ –

„es der Deutschen Regierung ermöglich[en sollte], der Welt- und der deutschen Öffentlichkeit zum Ausdruck zu bringen, daß in der Ruhrfrage ein Weg besteht, zum Abschluß zu kommen.“²⁸⁶

Seine nächste größere Rede vor dem *Deutschen Industrie- und Handelstag* nutzte Stresemann daher unter Zuhilfenahme des französischerseits stets betonten Wunsches nach ‚gages productif‘ dazu, „einen Teil der deutschen Wirtschaft als produktives Pfand für die Durchführung der deutschen Reparationsverpflichtungen anzubieten“. Unter den gegebenen Umständen wäre derlei, so erklärte er, durchaus ein zu erwägendes Opfer für die „Bewahrung unserer Souveränität [...] [und] Konsolidierung unserer Verhältnisse“.²⁸⁷ Mit konkretem Verweis auf die einst geschulterten Lasten während der preußischen Reformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts – auch damals ja unter dem Leitstern eines gegen Frankreich gerichteten Wunsches nach nationalem Wiederaufstieg²⁸⁸ – müsse Deutschland eventuell zu befristeten Zugeständnissen bereit sein, deren Schmerzgrenze letztlich „eine Frage der Verhandlungen und der Kompromisse“ sei. Obschon das Reich natürlich nicht „an dem Gesamtkomplex der politischen Verhältnisse [S]chuld“²⁸⁹ trage und zudem bereits Reparationssummen in Milliardenhöhe geleistet habe – ein mit Zahlen untermauerter Hinweis, auf den vor allem Sthamer aus London noch einmal Wert gelegt hatte²⁹⁰ –, erwarte

„die Welt von den Staatsmännern [...] nicht unfruchtbare Polemik über vergangene Zeiten, sondern [...] de[n] Weg in die Zukunft, der ein friedliches Nebeneinanderleben der Nationen gestattet“.

Insofern müsse sich, so formulierte Stresemann abschließend mit sehr viel mehr Bedacht als bei seinem vorhergehenden Auftritt, mithilfe „positive[r] Pfänder für die deutschen Lieferungen nach Ablauf eines Moratoriums“ vielleicht ein „Weg der Verständigung“²⁹¹ finden lassen in Europa.

²⁸⁴ Stresemann in der Kabinettsitzung vom 23.08.1923 in AdR Stresemann, Nr. 18.

²⁸⁵ Aufzeichnung StS. Maltzan vom 22.08.1923 in ADAP A VIII, Nr. 112.

²⁸⁶ Stresemann in der Kabinettsitzung vom 23.08.1923 in AdR Stresemann, Nr. 18.

²⁸⁷ Rede vor dem *Deutschen Industrie- und Handelstag* vom 24.08.1923, wiedergegeben u.a. in *Die Zeit* vom 26.08.1923 sowie in der begonnenen Onlinepublikation der Stresemann-Reden aus der Außenministerzeit, von der bislang nur die ersten Jahrgangsbände zum Download bereitstehen: Gustav Stresemann, Reden, hrsg. und bearb. von Wolfgang Elz, <http://www.geschichte.uni-mainz.de/neuestegesichte/795.php> (06.11.2012).

²⁸⁸ Siehe dazu Birgit Aschmann, *Preußens Ruhm und Deutschlands Ehre. Zum nationalen Ehrdiskurs im Vorfeld der preußisch-französischen Kriege des 19. Jahrhunderts*, München 2013 (Beiträge zur Militärgeschichte; 72) [Habil. Kiel 2006], bes. Teil 2.

²⁸⁹ Stresemanns Rede vor dem *Deutschen Industrie- und Handelstag* vom 24.08.1923 in *Die Zeit* vom 26.08.1923.

²⁹⁰ Vgl. Sthamer an AA vom 17.08.1923 in PA AA R 28027.

²⁹¹ Stresemanns Rede vor dem *Deutschen Industrie- und Handelstag* vom 24.08.1923 in *Die Zeit* vom 26.08.1923.

Das internationale Echo auf diese zweite große Kanzlerrede fiel erwartbarerweise um einiges positiver aus. In Italien glaubte man zum Beispiel, darin jetzt tatsächlich belastbare „Anzeichen [einer] neue[n] [...] Politik“ erkennen zu können, die möglicherweise sogar den Weg zu einer gesamteuropäischen „Détente“²⁹² weisen würden. Und auch die französische Öffentlichkeit nahm die Erläuterungen vom 24. August, gerade weil darin eine erneute Absichtserklärung zur unbedingten Fortführung des deutschen Widerstandes erstmals fehlte, entschieden freundlicher auf als die Einlassungen Stresemanns zehn Tage zuvor. *Le Matin* diagnostizierte, dass „le changement de ton du nouveau chancelier est digne de remarque“;²⁹³ *Le Temps* lobte diesen sogar für die – im Vergleich zu allen Vorgängern offenkundig neuartige – Erkenntnis, „que l’Allemagne ne gagne rien à injurier la France“.²⁹⁴ Wie Hoesch mitzuteilen wusste, gab es zwar erneut auch Stimmen der „Enttäuschung, ja des Unmuts“, weil zu wenig echtes „Entgegenkommen“ signalisiert worden wäre, jedoch sei in der allgemeinen Sicht auf Stresemann die sicher ganz nützliche „Gesamtten- denz“ erkennbar, „die der neuen Regierung gewährte Schonzeit, die schon anfang, von dem einen oder anderen Organ nicht mehr respektiert zu werden, auf gestrige Rede hin zu verlängern“.²⁹⁵

Darüber, ob und, wenn ja, wie Berlin diese – sicherlich allenfalls übergangsweise verlängerte – ‚Schonzeit‘ nun nutzen sollte, gingen die Meinungen im Auswärtigen Amt allerdings auch weiterhin merklich auseinander. Vor allem zwischen der Wilhelmstraße auf der einen Seite, auf der sich Maltzan fürs Erste den bestimmenden Einfluss auf den Minister gesichert zu haben schien,²⁹⁶ und der Botschaft in Paris auf der anderen Seite kam es in der Folge zu erneut teils hitzigen Kursdebatten, in denen Hoesch aus der Warte des Praktikers vor Ort und daher abermals mit besonderem Blick auf die konkrete französische Erwartungshaltung für ein generelles Einlenken der Reichsregierung in der gesamten Reparationsfrage, mit anderen Worten: für eine grundlegende Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik plädierte. Der Kanzler habe jetzt die „Gelegenheit [...], in weiterer Fortentwicklung [der] Politik der Verständigung zu Formulierungen zu kommen, die mit den bekannten Grundsätzen [Paris] vereinbar sind.“²⁹⁷ Nach Hoeschs Einschätzung, auf die ein nicht unwesentlicher Teil der vorherigen rhetorischen Akzentverschiebungen Stresemanns

²⁹² Prittwitz (B Rom) an AA vom 25.08.1923 in PA AA R 28027.

²⁹³ *Le Matin* vom 25.08.1923.

²⁹⁴ *Le Temps* vom 26.08.1923.

²⁹⁵ Hoesch an AA vom 25.08.1923 in PA AA R 28027.

²⁹⁶ Maltzan soll schon zuvor einer jener Kandidaten gewesen sein, die der Kanzler für den vakanten Außenministerposten erwogen hat, da er „dieses Amt [gern] einem überragenden Diplomaten anvertraut“ hätte. Wie Stresemanns Sohn allerdings später hinzufügte, sei seinem Vater dann schon bald bewusst geworden, dass „Maltzan, zweifellos einer der fähigsten deutschen Diplomaten, [...] der wahre Urheber von ‚Rapallo‘, [...] in einer Zeit, in der Deutschlands Schicksal ganz vom Westen abhing, kaum in Betracht“ kommen konnte für diese Position. W. Stresemann, *Mein Vater Gustav Stresemann*, S. 228.

²⁹⁷ Hoesch an AA vom 25.08.1923 in PA AA R 28027.

zurückzuführen war,²⁹⁸ schien nun also wohl oder übel der Zeitpunkt gekommen, an dem man sich in Berlin bereitfinden musste, „auf den französischen Grundsatz, daß nur Zahlungen die Räumung nach sich ziehen können, einzugehen“,²⁹⁹ um so gewissermaßen eine „Erkaufung der Freiheit des Ruhrgebiets durch Zahlungen in weitestem Sinne des Worts“ zu erreichen. Dies bedeute gezwungenermaßen auch, so Hoesch weiter, der französischen „Forderung [nach] vorheriger Aufgabe [des] passiven Widerstands“³⁰⁰ stattgeben zu müssen.

Maltzan und Stresemann ging derlei jedoch viel zu weit. Ihnen war es – wohl auch aus einem gewissen Unbehagen gegen jede allzu offensichtliche Form deutscher ‚Erfüllungspolitik‘³⁰¹ – mit ihrem vermeintlichen ‚Lösungsangebot‘ zunächst offenbar vor allem darum gegangen, mehr Zeit zu gewinnen für weitere, relativ allgemein gehaltene Angebote einer „Verständigung zwischen Frankreich, England und Deutschland“, deren ehrenwertes, jedoch recht schwammig formuliertes Ziel die „Wiederherstellung der Ordnung, des Friedens und der Wohlfahrt in Europa“³⁰² sein sollte. So einsichtig und versöhnlich solche Statements dabei auf den ersten Blick auch klingen mochten, so schnell nährten sie natürlich – gerade aus der Perspektive Paris’ – den Verdacht, Stresemanns vermeintlicher Rhetorikwandel könnte sich schon bald als eine Art Etikettenschwindel entpuppen, der mit sanften Worten lediglich zu kaschieren suchte, dass sich an der eigentlichen außenpolitischen Haltung Berlins durch den Kabinettswechsel eben doch nichts geändert hatte.³⁰³ Und in der Tat: Als Stresemann in einer weiteren Rede in Stuttgart am 2. September unter Rückgriff auf die altbekannten Ideen eines möglichen ‚Rheinpaktes‘³⁰⁴ klarstellend nachschob, dass das Reich auch unter seiner Führung jederzeit und ganz selbstverständlich zur friedlichen Kooperation mit den westlichen Nachbarn bereit wäre, wenn, ja wenn „die am Rhein interessierten Staaten sich vereinigen soll[t]en, um die Unversehrtheit [...] [ihres] Gebietsstandes auf eine zu bestimmende Zeit sich gegenseitig zu sichern“,³⁰⁵ traten die Parallelen zu den früheren Verhandlungsstrategien Cunos und Rosenbergs, die Maltzan ja bereits wesentlich mitgestaltet hatte, für alle Seiten ziemlich offensichtlich zutage.³⁰⁶ Aus der konkreten Situation des Spätsom-

²⁹⁸ Min.Dir. Schubert – der anfangs noch ein wenig fremdelte mit dem neuen Minister, bald aber Maltzan an Einfluss überflügelte – ließ Hoesch zum Beispiel wissen, dass in den jüngsten Äußerungen Stresemanns zu den Möglichkeiten einer deutsch-französischen Verständigung zahlreiche „Gedankengänge enthalten sind, die Deine Idee[n] aufnehmen.“ Schubert an Hoesch vom 04.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 130.

²⁹⁹ Hoesch an AA vom 25.08.1923 in ADAP A VIII, Nr. 130, Anm. 3.

³⁰⁰ Hoesch an AA vom 31.08.1923 in PA AA R 28233k.

³⁰¹ Vorwürfe in diese Richtung trafen Stresemann auch in späteren Jahren noch hart: Vgl. etwa Wright, *Die Maske: Stresemanns politische Persona*, S. 59f.

³⁰² So Stresemann gegenüber einem britischen Journalisten in W.T.B., Nr. 1864 vom 28.08.1923 in PA AA R 28027.

³⁰³ In diese Richtung deutete bereits *L'Écho de Paris* vom 25.08.1923, später mehrten sich die Einschätzungen, wonach Stresemann in Reden stets ‚taktisch manövriere‘. Siehe Hoesch an AA vom 14.09.1923 in PA AA R 28233k.

³⁰⁴ Stresemann selbst ordnete an, ihm den Entwurf des Jahres 1922 erneut vorzulegen: Siehe entsprechend AdR Stresemann, Nr. 34, Anm. 1.

³⁰⁵ Auszüge der Rede vom 02.09.1923 finden sich in Stresemann, *Vermächtnis*, Bd. 1, S. 100f.

³⁰⁶ Vgl. dazu auch Rupieper, *The Cuno Government and Reparations 1922–1923*, S. 231.

mers 1923, so hieß es jetzt, ergäbe sich für Deutschland weiterhin lediglich *eine* konkrete Vorbedingung für die angebotene „Eröffnung offizieller Verhandlungen“, „die Wiederherstellung der Arbeit im Ruhrgebiet“ und die schrittweise Begleichung der Wiedergutmachungspflichten: nämlich, dass sich „der Sinn unsere[s] passiven Widerstandes“, also „uns den Zustand der Freiheit des Ruhrgebiets wieder zu verbürgen“,³⁰⁷ zuvor erfüllen ließe.

Viel deutlicher konnte man vermutlich gar nicht illustrieren, dass die grundsätzliche außenwie reparationspolitische Orientierung Berlins – trotz der im Vergleich freundlicheren Wortwahl und des behutsameren Vorgehens – damit fürs Erste weiterhin darauf ausgerichtet blieb, einen für das Reich möglichst glimpflichen Ausweg aus der gegenwärtigen Situation zu finden, ohne dafür der Gegenseite schon im Vorfeld allzu große Zugeständnisse machen zu müssen, geschweige denn tatsächlich einer deutschen Kapitulation an der Ruhr zuzustimmen. Es mutete fast schon wie eine unmittelbare Replik auf Hoeschs ständig weiter einlaufenden und im Wesentlichen ja anderslautenden Eingaben an, dass Stresemann und Maltzan den „Ausweg eines einseitigen Nachgebens Deutschlands“, wie er unter Umständen vielleicht „rein verstandesmäßig geboten ersch[ei]ne[n]“ mochte, für realpolitisch nach wie vor „nicht gangbar“ hielten, weil er

„Deutschlands nationale und lebenswichtige wirtschaftliche Interessen einem ungewissen Schicksal ausliefern und voraussichtlich auf dem Wege über den Bürgerkrieg nur das Chaos herbeiführen würde. Ein Eingehen auf die französischen Forderungen nach Aufgabe des passiven Widerstandes ohne irgendwelche französischen Zusicherungen würde von weiten und politisch mächtigen Teilen der öffentlichen Meinung [...] nicht gebilligt und von den politischen Radikalen beider Richtung ausgenutzt werden.“³⁰⁸

Aus nationaler Perspektive mögen eine solche Bewertung der Situation des Sommers 1923 und die damit verbundenen Rückschlüsse auf die eigene Politik sogar halbwegs einleuchtend gewesen sein; allerdings – und das ist wohl ebenso ersichtlich – klaffte zwischen ihnen und jenem zuvor von Stresemann angedeuteten ‚Weg in die Zukunft‘ doch eine gewisse Lücke: War das, was man jetzt als offizielle Position des Reiches vorbrachte Ende August, Anfang September, nicht im Grunde genommen nur eine minimal abgewandelte Variante der deutschen Haltung des Frühjahres, nach der der deutsche Widerstand an der Ruhr solange aufrecht zu erhalten war, bis der äußere Druck auf Paris eine generelle Erleichterung verschaffen würde? blieb die Berliner Politik nicht auch unter dem neuen Kanzler damit fürs Erste an jener weitestgehend irrationalen Hoffnung auf ein ‚ehrenvolles Ende‘ des Ruhrkampfes ausgerichtet, wie sie schon Cuno und Rosenberg viel zu lange postuliert hatten? War Stresemann – wie er jetzt intern selbst erklärte – etwa tatsächlich weiterhin zu glauben gewillt, „daß wir mit Englands Unterstützung das Spiel gewinnen könnten, wenn wir noch bis zum 31. Dezember d.J. aushalten“?³⁰⁹

³⁰⁷ Auch dies in Stresemann, Vermächtnis, Bd. 1, S. 100f.

³⁰⁸ Runderlass von StS. Maltzan vom 10.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 138.

³⁰⁹ Aufzeichnung von Min.Dir Schubert vom 29.08.1923 in ADAP A VIII, Nr. 122.

Falls ja, waren all diese Punkte jedenfalls fraglos mehr als nur zusammenhanglose Indizien dafür, dass Berlin zwar nach wie vor ohne größere Probleme zu einer Einigung mit London – und perspektivisch auch mit Washington – hätte finden können in puncto Nachkriegsordnung, zumal wenn diese dann beruhigend auf die französischen Ansprüche gewirkt und bestenfalls ein baldiges Ende der Besetzungsmaßnahmen in Aussicht gestellt hätte. Darüberhinausgehende Impulse aber, die auf absehbare Zeit eine spürbare Verbesserung der Beziehungen zu Frankreich – und damit eine Lösung des eigentlichen europäischen Kernproblems – ermöglicht hätten, waren auch unter Stresemann noch immer nicht zu erblicken.

Selbstverständlich darf an dieser Stelle ganz generell bezweifelt werden, ob und, wenn ja, zu welchen Konditionen eine solche positivere Gestaltung des deutsch-französischen Verhältnisses – zumal in der Kürze der Zeit – möglich gewesen wäre von Berlin aus, gerade auch mit Blick auf die hitzige Stimmung in den Grenzgebieten, den bereits angesprochenen und im Laufe des Jahres noch einmal verstärkten Hang zur französischen Unnachgiebigkeit sowie die sich weiterhin größtenteils in den traditionellen Denkmustern der Erbfeindschaft abspielende Konfliktbereitschaft in beiden Bevölkerungsmehrheiten. Maltzan hatte sicher nicht ganz unrecht, wenn er die „Gegensätze“ zwischen beiden Ländern für „fast unüberbrückbar“³¹⁰ hielt. Folglich lässt sich auch keineswegs mit Bestimmtheit sagen, inwieweit Hoeschs vorerst natürlich noch recht skizzenhafte Entwürfe einer Annäherung oder gar Verständigung zwischen Berlin und Paris bereits in die Tat hätten umgesetzt werden können oder ob überhaupt ein auf die vielfältigen Anforderungen der Situation zugeschnittener ‚Masterplan‘ denkbar gewesen wäre, der eine reale Aussöhnung zwischen Deutschen und Franzosen eingeleitet oder wenigstens vorbereitet hätte.

Unbestreitbar ist jedoch mit Sicherheit ebenso, dass Stresemanns ‚Entwicklung zum großen Staatsmann während der Ruhrbesetzung‘ (Alfred E. Cornebise), dessen Amtsantritt quasi über Nacht eine neue Ära zielgerichteter Ausgleichspolitik eingeläutet habe, weil er nicht nur quasi sofort „la nécessité d’arrêter au plus tôt la résistance passive“³¹¹ eingesehen hätte, sondern im Willen um den europäischen Frieden auch sofort das „Experiment einer ausweglosen Politik des Widerstandes“³¹² abubrechen bereit gewesen sei, von einem beträchtlichen Teil der Forschung lange Zeit zu linear und widerspruchsfrei dargestellt worden ist. Nach dem bisher Gesagten erscheint es insgesamt jedenfalls wenig einleuchtend, davon auszugehen, dass das primäre Regierungsziel des neuen Kanzlers „zunächst einmal die Beendigung des passiven Widerstandes“³¹³ gewesen sein könnte. Dazu rang man sich in Wirklichkeit erst in der zweiten Septemberhälfte durch – also nach gut fünf Wochen, in denen noch viel Porzellan zerschlagen werden konnte.

³¹⁰ Aufzeichnung des StS. Maltzan über die ‚Grundzüge unserer Außenpolitik‘ in ADAP A VIII, Nr. 112.

³¹¹ Baechler, Gustave Stresemann, S. 353.

³¹² Maxelon, Stresemann und Frankreich, S. 135.

³¹³ Blessing, Der mögliche Frieden, S. 109.

Denn auch, dass „[d]urch [...] den Regierungsantritt Stresemanns [...] neuer Schwung in die Vermittlungsbemühungen“³¹⁴ mit den ehemaligen Kriegsgegnern gekommen wäre, ist im Hinblick auf die konkreten Begebenheiten der Sommer- und Herbstwochen des Jahres 1923 eine bei genauerer Betrachtung nur schwerlich nachzuvollziehende Bewertung der Ereignisse. Es stimmt zwar, dass der Kanzler und sein Staatssekretär jetzt vermehrt davon sprachen, dass „die Reichsregierung es für ihre Pflicht [halte], die Initiative zu Verhandlungen zu ergreifen“. Jedoch hatte man darüber, was diese Verhandlungen konkret erreichen oder wie sie ablaufen sollten, mitunter derart unrealistische, zum Teil auch hanebüchene Vorstellungen – vom mangelnden Einfühlungsvermögen für die Gegenseite ganz zu schweigen –, dass die Aussichtslosigkeit dieser ‚Initiativen‘ im Grunde genommen bereits von vornherein weitestgehend festzustehen schien. Ungeachtet der bisherigen französischen Position zur Ruhrfrage beispielsweise, die an Deutlichkeit ja eigentlich nichts zu wünschen übrig ließ, wollte man jetzt eruieren,

„ob Frankreich geneigt ist, auf der Basis der grundsätzlichen Forderung der Reichsregierung nach einer Wiederherstellung vertragsmäßiger Zustände im altbesetzten Gebiet und [nach] Räumung des Ruhrgebiets zu verhandeln.“³¹⁵

Da eine solche Frage wahrscheinlich jeder damalige Zeitungsleser in ausreichender Klarheit und mit genügenden Belegen aus Poincarés öffentlichen Erklärungen hätte beantworten können, selbst ohne Hoeschs eindeutige Berichte dazu gelesen zu haben, liegt die Vermutung nahe, dass ein tragfähiges Konzept, das den deutschen ‚Verhandlungsinitiativen‘ als Grundlage hätte dienen können, weiterhin fehlte.

Diesen Verdacht konnte auch nicht entkräften, dass man – ob nun aus besonderem Zutrauen in die eigenen diplomatischen Fähigkeiten oder aus einem gewissen Misstrauen gegen Hoesch und dessen Einstellung oder lediglich aus einer schlichten Verkennung der traditionellen Kommunikationsprobleme zwischen Deutschland und Frankreich – den Entschluss fasste, alle direkten Kontakte mit Paris künftig über den französischen Botschafter in Berlin selbst abwickeln zu wollen, weil andere Wege als zu ‚unsicher‘ galten.³¹⁶ Natürlich war es keineswegs eine schlechte Idee, Margeries „bisherige[r] gesellschaftliche[r] und politische[r] Boykottierung“ in der deutschen Hauptstadt ein Ende zu bereiten und mit ihm eine „persönliche und politische Fühlungnahme“³¹⁷ anzustreben. Jedoch bot das allein zunächst noch keinerlei Anlass zur Hoffnung, dass aus diesen Gesprächen irgendwelche Fortschritte in der Sache hätten erwachsen können. Ganz im Gegenteil: Selbst unabhängig davon, dass diplomatische Verständigungsmechanismen und Vermittlungspraktiken, wie sie für wirklich aussichtsreiche Beratungen – zumal in einer so schwierigen

³¹⁴ Blessing, *Der mögliche Frieden*, S. 109.

³¹⁵ Runderlass von StS. Maltzan vom 10.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 138.

³¹⁶ Siehe dafür Min.Dir. Schubert an Hoesch vom 04.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 130.

³¹⁷ Alle Zitate: Runderlass von StS. Maltzan vom 10.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 138.

Situation – zweifelsohne vonnöten gewesen wären, im bilateralen Verhältnis zwischen den Rheinnachbarn ja eh schon seit geraumer Zeit verschüttgegangen waren, gab es auch inhaltlich noch immer keinerlei erkennbaren Spielraum für etwaige Annäherungen. Wie zum Beleg dieser Tatsache, stellte Stresemann schon direkt am Anfang der ersten Unterredung mit Margerie im Hinblick auf „[d]ie Stimmung in Deutschland“ klar, dass ihm nur „eine *ebrenvolle* Verständigung geboten“ erscheinen könne. Was damit konkret gemeint war und was weitestgehend ernüchternd gewirkt haben dürfte selbst auf die letzten noch verbliebenen Verständigungsoptimisten, schob er unmittelbar nach, gleichwohl eine Erläuterung vermutlich gar nicht nötig gewesen wäre: Zu einer „voraussetzungslos[en] [...] Beseitigung des passiven Widerstandes“ sehe sich die Reichsregierung mit Rücksicht auf die innere Stabilität des Reiches weiterhin absolut außerstande, nicht zuletzt auch deshalb, weil sie „die Erinnerungen an die Zeit des Waffenstillstandes schreckten“, den man einst im Glauben an Wilsons Bedingungen akzeptiert und später im Versailler Diktat teuer bezahlt habe. Ohne „Sicherheiten“ könne es daher von Berlin aus keine Zugeständnisse geben.

Noch bevor der potenzielle Austausch mit Margerie also richtig begonnen hatte, war er natürlich mit solchen Bemerkungen eigentlich auch schon wieder abgewürgt. Der französische Botschafter erwiderte auf diesen nicht unbedingt fürs diplomatische Lehrbuch geeigneten Gesprächseinstieg jedenfalls nur, was er an Definitivem zu antworten befugt war: nämlich dass Paris

„wiederholt die vorherige Aufgabe des passiven Widerstandes so stark als Voraussetzung für jede offizielle Diskussion hingestellt habe, daß [...] es [...] kaum möglich sein [werde], Herrn Poincaré von diesem Standpunkt abzubringen.“³¹⁸

Diese noch recht zurückhaltend formulierte Absage an die eher missratenen ersten Verhandlungsführer Stresemanns und Maltzans enthielt dabei bereits deutlich mehr Gewissheit, um nicht zu sagen: Endgültigkeit, als man in Berlin für den Moment wahrhaben wollte. Zwar war Margerie fraglos ein zugänglicher, aufgeschlossener Diplomat, der – ähnlich wie Hoesch – allen faktischen Schwierigkeiten zum Trotz immer um eine echte Vermittlung zwischen beiden Seiten bemüht war und der sogar darüber hinweg sah, dass sein Start mit Stresemann so holprig verlief.³¹⁹ Er hatte allerdings schon zu Jahresbeginn aus Paris die unmissverständliche Order erhalten, solange ausnahmslos jede Debatte mit den Deutschen auszuschlagen beziehungsweise jegliches französische Interesse an einem Austausch der Regierungen untereinander zu leugnen, bis „l’Allemagne nous aura fait des propositions propres à donner satisfaction à notre droit“.³²⁰ An dieser Grundbedingung, die natürlich erheblich weiter zielte als bloß auf eine rhetorische Abrüstung der Gegenseite, hatte sich aus französischer Sicht auch im weiteren Verlauf des Jahres 1923 nichts geän-

³¹⁸ Alle Zitate: Aufzeichnung Stresemanns vom 03.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 126 [Hervorhebung von mir, P.K.].

³¹⁹ Zur Person Margeries siehe v.a. Bernard Auffray, *Pierre de Margerie (1861–1942) et la vie diplomatique de son temps*, Paris 1976. In Paris, so Hoeschs Einschätzung, wirkte der Botschafter „durchaus im Sinne der Verständigung“ und mit viel Verständnis für Stresemann. Siehe Hoesch an AA vom 14.09.1923 in PA AA R 28233k.

³²⁰ Poincaré an Margerie vom 27.02.1923 in DDF 1923 I, Nr. 187.

dert. Dass Margerie bei den Treffen mit Stresemann und Maltzan jetzt deren generelle Einwände und Argumente in der Reparations- und Besatzungsfrage ruhig zur Kenntnis nahm, sie mitunter sogar unwidersprochen im Raum stehen ließ,³²¹ mochte zwar auf der persönlichen Ebene eine erste Basis für mögliche spätere Konsultationen andeuten, war in der konkreten Situation jedoch noch lange nicht als Abkehr von den nur allzu gut bekannten „Prinzip[ien] des Herrn Poincaré“³²² zu verstehen, die Verhandlungen ohne vorherige deutsche Kapitulation weiterhin kategorisch ausschlossen. Um gar keine Missverständnisse diesbezüglich aufkommen zu lassen, ließ dieser Berlin auch sofort ein weiteres Mal ausrichten, dass er weiterhin

„die Aufgabe des passiven Widerstandes, d.h. die Zurücknahme der Verordnungen, die unter der Regierung Cuno erlassen worden [sind], und die Zurücknahme der Zahlungen für die Finanzierung des Widerstandes als *die* Voraussetzung für die Führung [von] offiziellen Verhandlungen“³²³

betrachte. Ein Spielraum für Gespräche in Berlin war insofern nicht auszumachen, zumal Margeries Aufgabe nach Pariser Verständnis eigentlich ohnehin eher in der Veranschaulichung lag, dass allein eine deutsche Aufgabe einen Ausweg aus der gegenwärtigen Lage bieten konnte.³²⁴

Dieser Umstand hätte natürlich auch in der Wilhelmstraße längst klar sein müssen, zumal Poincaré seine Haltung diesbezüglich immer wieder öffentlich bekräftigt hatte: Erst Anfang Juni hatten Franzosen und Belgier gemeinsam erklärt, dass sie an „toutes leurs décisions antérieures“ festhielten, bis man sich in Deutschland entschieße, „[à] mettre fin à la résistance passive.“³²⁵ Entgegen etwaiger Hoffnungen im Reich handelte es sich dabei keineswegs um Äußerungen zur Absteckung einer möglichen Verhandlungsbasis, sondern um im Bewusstsein der eigenen Stärke formulierte Bedingungen, die man, wenn überhaupt, nur in eine Richtung zu korrigieren bereit war: hin zu noch mehr Unnachgiebigkeit und Härte. Mittlerweile gab es in Paris jedenfalls durchaus Überlegungen, das eigene Festhalten an der prioritären Aufgabe des passiven Widerstandes ganz bewusst zur zeitlichen Verschleppung des Ruhrkonflikts einzusetzen, um etwaige weiterführende Ziele, wie den Abfall eines autonomen Rheinstaates vom finanziell zunehmend instabilen Reich, zu begünstigen.³²⁶ Unabhängig von Stresemanns Anregungen zu einem Austausch zwischen den Regierungen wählte man den Faktor Zeit also inzwischen derart eindeutig auf der

³²¹ Siehe z.B. die Aufzeichnung von StS. Maltzan vom 04.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 128 über den Verlauf eines persönlichen Gesprächs mit Margerie, indem „Herr M. dankte und [...] meinen Erläuterungen keine Bedenken oder Ausführungen hinzuzufügen“ hatte.

³²² So die entsprechende Randnotiz Schuberts auf der Aufzeichnung Maltzans in ADAP A VIII, Nr. 128, Anm. 2.

³²³ Aufzeichnung Stresemanns vom 10.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 136 [Hervorhebung von mir, P.K.].

³²⁴ Dazu bereits Jean Claude Favez, *Le Reich devant l'occupation franco-belge de la Ruhr en 1923*, Genf 1969 (Institut d'Histoire de la faculté des lettres de l'Université de Genève; 6) [Diss.], S. 312f.

³²⁵ So im Pressecommuniqué über die französisch-belgischen Kabinettskonsultationen in Brüssel vom 06.06.1923 in DD NA Rep, Nr. 37, Teil IV.

³²⁶ In diese Richtung argumentiert mit beachtenswerten Anhaltspunkten etwa Marc Trachtenberg, *Poincaré's Deaf Ear: The Otto Wolff Affair and French Ruhr Policy, August–September 1923*, In: *The Historical Journal* 24 (1981) 3, S. 699–707.

eigenen Seite, dass eine wirkliche Beschäftigung mit den deutschen Gesprächsbemühungen oder gar eine öffentliche Replik darauf gar nicht mehr notwendig schien. Poincaré wies seine Diplomaten im Gegenteil bald ganz unverblümt dazu an, ‚le cours ordinaire des choses‘ nicht unnötig zu beschleunigen, sondern einfach abzuwarten.³²⁷ Da Paris über die sich beinahe täglich verschlechternde „Zahlungsmittelknappheit und Lebensmittelnot“³²⁸ in den besetzten Gebieten mindestens so gut informiert war wie die Berliner Stellen selbst, sah man schlicht keine Veranlassung, in irgendwelche Verhandlungen zu treten, und verfolgte stattdessen lieber das Wiedererstarken des rheinischen Separatismus ebenso wohlwollend³²⁹ wie den mittlerweile katastrophalen Verfall der deutschen Währung, dessen Rasanz eine baldige Kapitulation Berlins immer wahrscheinlicher machte: Hatte sich der Wechselkurs der Papiermark zum US-Dollar zu Beginn der Besetzung noch auf etwa 1 zu 18.000 belaufen, war er bei Amtsantritt der neuen Regierung bereits auf 1 zu 3.000.000 gestiegen und nach einem weiteren Monat auf 1 zu 90.000.000 Millionen geklettert.³³⁰ Der nahende Kollaps des Reiches schien nur noch eine Frage der Zeit. Selbst die französische Öffentlichkeit zeigte sich inzwischen davon überzeugt, dass Stresemanns Amtszeit nur „ein Übergang sei, dem [ein] links gerichtetes Kabinett [...], zur unbedingten Kapitulation bereit, in wenigen Wochen folgen werde.“³³¹

Für eine solche Entwicklung sprach nach Lage der Dinge in der Tat bald erheblich mehr, als den Entscheidungsträgern in Berlin recht sein konnte. Nachdem Finanzminister Hilferding ja bereits mehrfach klarzumachen versucht hatte, dass der Notlage des Reiches seiner Einschätzung nach „[m]it finanz- und währungstechnischen Mitteln [...] nicht mehr beizukommen“³³² war, verwies jetzt auch Friedrich Saemisch, der Präsident des Reichsrechnungshofes, Stresemanns ausdrücklichen Wunsch nach einem neuerlichen Sparprogramm, das der Regierung mehr Zeit für ihre dringlichen außenpolitischen Initiativen verschaffen sollte, ohne viel Federlesen ins Reich der Tagträume.³³³ Vor diesem Hintergrund schwanden natürlich zunehmend auch bei anderen Beteiligten die Hoffnungen auf ein weiteres Durchkommen entlang des bisherigen Protestkurses. Sogar Vertreter der von der Besetzung betroffenen Industrie, unter ihnen etwa Hugo Stinnes, äußerten sich inzwischen dahingehend, „daß der Widerstand an der Ruhr nicht mehr lange aufrechtzuerhalten sei“ und „[i]nnerhalb von spätestens vier Wochen [...] liquidiert werden“³³⁴ müs-

³²⁷ Vgl. Poincaré an Herbette (Brüssel) vom 05.09.1923 sowie an Margerie vom 21.09.1923 in MAE Ruhr, 28.

³²⁸ Sitzung des Wirtschaftsausschusses für die besetzten Gebiete vom 28.08.1923 in AdR Stresemann, Nr. 27.

³²⁹ Siehe z.B. Jeannesson, Poincaré, la France et la Ruhr (1922–1924), S. 285–288.

³³⁰ Das Ende der Inflationsspirale war damit noch nicht erreicht: Mitte Oktober war der Dollar 4 Milliarden, noch mal einen Monat später 4,2 Billionen Papiermark ‚wert‘. Die Zahlen in Kolb, Gustav Stresemann, S. 78f.

³³¹ So aus Bern Gesandtschaftsrat Eduard Hoffmann an StS. Maltzan vom 28.08.1923 in PA AA R 28233k.

³³² Kabinettsitzung vom 30.08.1923 in AdR Stresemann, Nr. 33.

³³³ Hierzu Saemisch an RK Stresemann vom 31.08.1923 in AdR Stresemann, Nr. 35.

³³⁴ Entsprechend z.B. Stinnes laut Aufzeichnung von Min.Dir. Schubert vom 29.08.1923 in ADAP A VIII, Nr. 122.

se; eine Sichtweise, der man sich bald auch in Teilen des Auswärtigen Amt anschloss. Der in den kommenden Monaten immer mehr an Einfluss gewinnende Ministerialdirektor Carl von Schubert schrieb jedenfalls an Hoesch, der Reichskanzler unternehme zwar noch

„die verzweifeltsten Anstrengungen, durch neue Steuern, die Goldanleihe, die Schaffung eines Devisenfonds, der Lage Herr zu werden. Man wird sich aber immer klarer darüber, daß dies nur Palliativmittel sind, die nichts nützen, solange die Ruhrsache nicht in Ordnung gebracht wird. Die Ausgaben steigen in ganz unerhörtem Maße und können eben selbst mit den brutalsten Steuern nicht gedeckt werden. Aus alledem geht hervor, daß wir leider Gottes gezwungen sind, die Ruhrsache in kürzester Zeit zu liquidieren.“³³⁵

Was eine Einsicht in die Unausweichlichkeit dieses Schrittes für Stresemann gleichwohl besonders erschwerte – und was auch schon Cunos Unnachgiebigkeit zu einem maßgeblichen Teil beeinflusst haben dürfte –, war natürlich weniger die generelle Unfähigkeit, die Tatsache zu akzeptieren, „daß der passive Widerstand“ über kurz oder lang „umgeformt werden muß[te]“,³³⁶ sondern vielmehr der Umstand, dass die vorhergehende, allzu kategorische Festlegung auf die Unaufkündbarkeit des deutschen Protests eine gewisse Erwartungshaltung innerhalb der deutschen Öffentlichkeit und insbesondere in den besetzten Gebieten geschaffen respektive noch weiter verfestigt hatte, die eine wie auch immer geartete ‚Umformung‘ der deutschen Position jetzt alles andere als leicht vermittelbar machte. Folgerichtig kam es – als wäre die Situation nicht ohnehin schon kompliziert genug gewesen – just in dem Moment, in dem die Regierung wegen der haushalts- und außenpolitischen Sachzwänge zunehmend zu einem Umdenken gezwungen schien, aus zahlreichen Richtungen zu teils heftigen Protesten gegen die vermeintlichen Berliner Kapitulationserwägungen. Gewerkschaftsvertreter etwa verwiesen geradezu bestürzt darauf, „daß die vielfachen Notizen in der Presse, [wonach] der passive Widerstand [...] gemildert oder gar aufgegeben werden [soll], äußerst schädlich seien.“³³⁷ Und auch der für die öffentliche Ordnung zuständige Staatskommissar berichtete, dass die sich rasend schnell verbreitenden Gerüchte,

„die Regierung beabsichtige ihrerseits, den passiven Widerstand abzublasen oder ihn zum mindesten in mehrfacher Hinsicht abzuschwächen, um einen günstigeren Verhandlungsboden zu finden [...] die ohnehin gespannte Lage noch nervöser“³³⁸

machen mussten. An einem raschen Dementi solche Meldungen führte von daher vorerst kein Weg vorbei,³³⁹ obschon allein die nackten Zahlen längst jedem Beobachter hätten klar machen müssen, dass sich eigentlich alle weiteren Erläuterungen und „Ausführungen darüber, daß eine derartige Entwicklung der Ausgaben in Zukunft nicht durchzuhalten ist, erübrig[t]en“.³⁴⁰

³³⁵ Min.Dir. Schubert an Hoesch vom 04.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 130.

³³⁶ Kabinettsitzung vom 30.08.1923 in AdR Stresemann, Nr. 33.

³³⁷ Besprechung mit den Gewerkschaftern im Reichsarbeitsministerium vom 04.09.1923 in AdR Stresemann, Nr. 39.

³³⁸ Bericht vom 05.09.1923 in AdR Stresemann, Nr. 39, Anm. 3.

³³⁹ Siehe etwa *Vossische Zeitung Abendausgabe* vom 01.09.1923: „Von zuständiger Seite wird erklärt, es könne keine Rede davon sein, daß die Reichsregierung den ‚passiven Widerstand aufgeben‘ wolle.“

³⁴⁰ So Heinrich Hirtsiefer (Zentrum) an Reichsarbeitsminister Brauns vom 04.09.1923 in AdR Stresemann, Nr. 41.

Sachliche Argumente jedoch – ganz unabhängig davon, wie logisch und zwingend sie unter objektiven Gesichtspunkten auch immer sein mochten – hatten im Rahmen der lang tradierten deutsch-französischen Erbfeindschaft bislang noch nie sonderliche Überzeugungskräfte entwickeln können. Das galt sowohl für die Meinungsfindungsprozesse innerhalb der jeweiligen Öffentlichkeiten, in denen nicht wenige Zeitgenossen gerade in Bezug auf den Nachbarn am Rhein irrationalen Kampfansagen und Durchhalteparolen stets den Vorzug gaben vor rationaleren Kompromissüberlegungen, als auch für Abwägungsentscheidungen der politisch Verantwortlichen, die in der Regel eher am Nationalen ausgerichtet blieben und – jedenfalls bisher – fast nie Interesse für die Position des Anderen oder gar das Zusammenwirken des Internationalen aufzubringen vermochten. Dass diese altbekannten und konfliktträchtigen Mechanismen ausgerechnet jetzt an Bedeutung und Einfluss verlieren würden, war natürlich nicht zu erwarten, zumal Methoden fehlten – vor allem diplomatischer Art –, diesen Mechanismen entgegenzuwirken.

Nicht, dass man es nicht versucht hätte: Stresemann setzte noch tagelang Hoffnung daran, mit „einer offiziellen Fühlungnahme [...] in Frankreich dafür Verständnis“ gewinnen zu können,

„daß eine deutsche Regierung nicht bestehen könne, die den passiven Widerstand aufgäbe, ehe sie eine Sicherheit dafür hätte, daß eine ehrenvolle Beendigung des Ruhrkonflikts möglich wäre.“³⁴¹

Über eine solche Argumentation – ob berechtigt oder nicht – allerdings bis Paris vorzudringen oder sogar eine „Basis zu Verhandlungen“³⁴² legen zu können, war längst ein Ding der Unmöglichkeit geworden.³⁴³ Egal wie sehr Stresemann sich in den nächsten Tagen drehen und wenden sollte: Poincaré, der noch immer die allgemeine französische Wahrnehmung des Konflikts mit Deutschland „völlig beherrscht[e] und seine Diktatorengewalt durch jüngste diplomatische Erfolge“³⁴⁴ sogar noch weiter auszubauen verstand, blieb unerbittlich.³⁴⁵ Angesichts der berechtigten Vermutung, dass hinter seinen ‚tauben Ohren‘ (Marc Trachtenberg) im Mindesten Prinzipientreue, vielleicht aber auch mehr stand – sprich: dass Paris womöglich *jedes* Gesprächsangebot zunächst kategorisch abgelehnt hätte, um zum Schaden des Reiches dessen ökonomischen Niedergang weiterauszusitzen –, trat die Aussichtslosigkeit der Berliner Bemühungen um eine Kontaktaufnahme auf Regierungsebene besonders offen zutage. Nicht der passive Widerstand oder die Ruhrbesetzung, ja nicht einmal die Reparationen als solche bildeten noch den Hauptkern der Probleme zwischen Berlin und Paris; vielmehr dienten alle diese Punkte mittlerweile nur noch als eine Art äußerer Streit Anlass, der die eigentlich viel wesentlicheren und tieferliegenden Verständigungsschwierigkeiten zwischen beiden Seiten schonungslos offenlegte.

³⁴¹ Aufzeichnung Stresemanns vom 03.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 126.

³⁴² Aufzeichnung Stresemanns vom 18.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 152.

³⁴³ Hierzu u.a. Poidevin/Bariéty, Frankreich und Deutschland, S. 334f.

³⁴⁴ Hoesch an AA vom 11.09.1923 in PA AA R 28233k.

³⁴⁵ Vgl. Keiger, Raymond Poincaré, S. 302f.

Rekapituliert man vor diesem Hintergrund noch einmal die bereits zitierten Äußerungen Leopold von Hoeschs zum Jahreswechsel 1923/24, in denen dieser – fast vier Monate nach Stresemanns ersten gescheiterten Kommunikationsversuchen mit Poincaré – weiterhin von der dringenden Notwendigkeit einer baldigen „innigen Verflechtung der beiderseitigen Interessen“³⁴⁶ sprach, weil anders eine bilaterale Entspannung zwischen den Erbfeinden am Rhein offenkundig nicht zu erreichen sei, wird relativ schnell deutlich, dass die Überwindung der grundsätzlichen Sprachlosigkeit zwischen Berlin und Paris auch über den 26. September 1923 hinaus noch auf sich warten ließ. Obwohl Stresemann an diesem Tag nach entsprechenden Vorgesprächen mit Partei-, Wirtschafts- und Beamtenvertretern sowie den Ministerpräsidenten der Länder endlich den Abbruch des passiven Widerstandes verkündet hatte,³⁴⁷ war eine positive Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen allein damit anscheinend noch immer nicht gewährleistet. Wie Hoesch mutmaßte, fehlte es dafür wohl vor allem noch immer „an einem klaren Plan“, der den „vage[n] Begriff der deutsch-französischen Verständigung“³⁴⁸ mit Inhalten hätte füllen können. Gründe für diese ‚Planlosigkeit‘ sind, nicht zuletzt von der deutschen Historiographie, häufig im intransigenten „Verhalten Poincarés“ und in dessen Suche nach immer „neue[n] Argumente, [um den] Verhandlungen mit der Reichsregierung aus dem Wege zu gehen“,³⁴⁹ ausgemacht worden. Der französische Ministerpräsident habe bewusst „nicht auf deutsche Gesprächsangebote reagiert und die Situation zur Durchsetzung weitreichender Ziele“³⁵⁰ nutzen wollen. Sein „Kalkül“ sei es gewesen, so heißt es,

„durch Forcierung eines Chaos in Deutschland [...] die besetzten Gebiete unter dem Druck der Umstände vom Reich [zu] lösen und in ein wie immer geartetes Abhängigkeitsverhältnis zu Frankreich“³⁵¹

zu überführen. Derlei ist nach Lage der Dinge keineswegs auszuschließen und besitzt fraglos eine gewisse Plausibilität. Es beruht allerdings, da verlässliches Quellenmaterial zur Gedankenwelt Poincarés gerade aus dieser Zeit weitestgehend fehlt, im Wesentlichen auf Indizien und Interpretationen,³⁵² wie sie freilich vollkommen legitim sind, aber nicht den Blick dafür versperren sollten, dass es sehr wohl Quellenmaterial gibt, das nahelegt, dass *auch* die deutsche Seite ihren Anteil an der alles anderen als positiven Entwicklung der Herbstmonate 1923 gehabt hat.

³⁴⁶ Hoesch an AA vom 29.12.1923 in ADAP A IX, Nr. 77.

³⁴⁷ Der Wortlaut der Erklärung ist u.a. abgedruckt in Schulthess 1923, S. 177f. Zu den verschiedenen Besprechungen in Berlin siehe AdR Stresemann, bes. Nr. 76, 77, 79, 80 und 81.

³⁴⁸ Hoesch an AA vom 29.12.1923 in ADAP A IX, Nr. 77.

³⁴⁹ Maxelon, Stresemann und Frankreich, S. 139.

³⁵⁰ Blessing, Der mögliche Frieden, S. 130.

³⁵¹ Kolb, Gustav Stresemann, S. 82.

³⁵² Entsprechend nicht nur Bariéty, Les relations franco-allemandes après la Première Guerre Mondiale, S. 249: „il n’y a pas de documentation sur la pensée profonde de Poincaré à cette date“; sondern auch Trachtenberg, Poincaré’s Deaf Ear, S. 700: „The direct evidence on Poincaré’s motives in the late summer of 1923 is slight; any answer must therefore rest on indirect reasoning“.

Das betrifft bereits die Modalitäten des Widerstandsabbruches: Staatssekretär Maltzan hatte erstmals Mitte September eine gewisse Einsicht in die Hoffnungslosigkeit der bisherigen Berliner – und damit letztlich ja vor allem seiner eigenen – Strategie erkennen lassen. Angesichts der kaum bestreitbaren Unproduktivität der deutschen Verhandlungsbemühungen und der zum Teil wilden Gerüchte, die über deren Verlauf und Tonfall in den Medien kursierten,³⁵³ war ein solcher Schritt wohl längst überfällig, zumal auch im Ministerium selbst mittlerweile Zweifel an den Vorstellungen und Vorgaben des Staatssekretärs laut geworden waren. Vor allem Ministerialdirektor Schubert, der weiterhin engen Kontakt mit dem von Maltzan kurzzeitig etwas ins Abseits gedrängten Hoesch pflegte, hielt die Hoffnungen seines unmittelbaren Vorgesetzten auf die Möglichkeiten einer etwaigen Einigung mit Poincaré für zunehmend unrealistisch. Problematisch erschien ihm dabei insbesondere, dass man alle Energie auf Unterhaltungen mit dem französischen Botschafter verwand, die jedoch ausschließlich Dinge zutage fördern würden, die man eh schon wisse, da Margerie „im Namen seines Brotherrn ungefähr dasselbe erklärt, was dieser [...] in seine[n] öffentlichen Rede[n]“³⁵⁴ ohnehin verlauten lasse. Und auch dass Maltzan zwischenzeitlich zu glauben schien, man könne eine für Paris „bindende Zusicherung [...] [späterer] Erleichterungen“ quasi gegen eine deutsche „Einstellung des passiven Widerstandes“³⁵⁵ eintauschen, hielt Schubert inzwischen für „höchst bedenklich“,³⁵⁶ da dem Reich „angesichts unserer entsetzlichen finanziellen und wirtschaftlichen Lage“³⁵⁷ schlicht und ergreifend die Zeit fehle für solche Kompensationsgeschäfte. Wollte man sich wirklich auf den Boden der Tatsachen stellen, um den drohenden Kollaps Deutschlands noch irgendwie abzuwenden – nicht nur die ökonomische Konstitution des Reiches hatte sich weiter verschlechtert in der Zwischenzeit, auch die politische Krise war von separatistischen Aktivitäten und radikalen Umsturzplänen stark befeuert worden –, schien eher konsequenteres Handeln angezeigt.³⁵⁸ „[J]etzt der Frage der Aufgabe des passiven Widerstandes näherzutreten“,³⁵⁹ wie Maltzan am 18. September vorsichtig in Aussicht stellte, schien dem Ernst der Lage nicht mehr gerecht zu werden. Folglich ergriff Schubert selbst die Initiative und wandte sich mit einem deutlichen Appell direkt an den Kanzler:

„Wir werden [...] gezwungen sein, mit der Aufgabe des passiven Widerstandes nicht mehr länger zu warten. Die Aufgabe [...] darf nicht verschleiert werden, sondern muß sich als ein offen sichtbarer, unzweideutiger Akt darstellen. [...] [Sie muss] in der Form einer klaren öffentlichen Verlautbarung geschehen.“³⁶⁰

³⁵³ Belege dafür in AdR Stresemann, Nr. 79, Anm. 5.

³⁵⁴ Min.Dir. Schubert an Hoesch vom 12.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 142.

³⁵⁵ Aufzeichnung StS. Maltzan vom 04.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 128.

³⁵⁶ So die entsprechende Randnotiz Schuberts auf der Aufzeichnung Maltzans in ADAP A VIII, Nr. 128, Anm. 2.

³⁵⁷ Min.Dir. Schubert an Hoesch vom 12.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 142.

³⁵⁸ Vgl. Niedhart, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, S. 17.

³⁵⁹ StS. Maltzan an B London und B Rom vom 18.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 153.

³⁶⁰ Min.Dir. Schubert an Stresemann vom 20.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 157.

Besonderen Nachdruck verlieh diesen Worten in den Augen Stresemanns die etwa zur gleichen Zeit stattfindende französisch-britische Regierungskonsultation, deren Ergebnis einmal mehr nicht die erhoffte Unterstützung Englands für das Reich erkennen ließ,³⁶¹ sondern alles in allem eher den Eindruck vermittelte, dass die französischen Auffassungen mit denen des neuen Premierministers Stanley Baldwin sogar recht gut in Einklang zu bringen waren.³⁶² Hoesch, der diese Entwicklung vorausgesehen hatte, quittierte den endgültigen ‚Londoner Schulterschluss‘ (Eberhard Kolb) mit dem passenden Kommentar, dass Poincaré offenkundig inzwischen „von einem Erfolg zum anderen eilt und zur Zeit in Europa unbestritten dominier[en]“³⁶³ könne.

In die vor diesem Hintergrund nun in der Reichshauptstadt einsetzenden Überlegungen über die „aus Anlaß eines Abbaus des passiven Widerstandes zu treffenden Maßnahmen“³⁶⁴ schaltete sich der Pariser Geschäftsträger wieder stärker ein. Nicht ohne sich einen bissigen Seitenhieb auf den Staatssekretär verkneifen zu können, brachte er dafür – selbst „auf die Gefahr hin, Bekanntes und mehrfach Gemeldetes zu wiederholen“! – zunächst seine bisherigen Einschätzungen bezüglich der „Ziele der französischen Politik“ in Erinnerung, über die in „maßgebenden Kreisen noch [...] irrtümliche Anschauungen“³⁶⁵ herrschen würden. Maltzans zwei Wochen alter Runderlass etwa, der Hoeschs Auffassung von der Notwendigkeit eines deutschen Nachgebens und der Aufnahme von Reparationszahlungen so überdeutlich widersprochen hatte,³⁶⁶ wecke hierzu zum Beispiel ganz „irrig[e] Auffassungen“. Paris habe das Ruhrgebiet in Wirklichkeit „unter der Firma der Reparationsfrage“ besetzt: Poincaré hätte entsprechend

„erklärt, daß er das Ruhrgebiet nach Maßgabe der deutschen Zahlungen, endgültig aber erst nach Vollzahlung räumen will. Eine andere Bedingung als Zahlung stellt er nicht. Ich glaube, daß Poincaré hierbei sozusagen ehrlich ist [...]. Deutschland soll eben durch die unerträglich Last der Unfreiheit in seinem Hauptindustriegebiet dazu gebracht werden, sich den letzten Pfennig abzurufen, um sich zu befreien, und nie wieder soll die Frage einer Frankreich abträglichen Neuregelung des Reparationskomplexes bzw. einer Herabsetzung der deutschen Schuld gegen den Willen Frankreichs aufgeworfen werden können.“³⁶⁷

Zwar hatte Hoesch durchaus im Blick, dass es mittlerweile Stimmen in Paris gab, „die teils eine Katastrophe in Deutschland mit folgendem Chaos und Zerfall nicht ungern sehen würden“,³⁶⁸

³⁶¹ Botschafter Sthamer wollte zuvor Anzeichen ausgemacht haben, dass der britische Premier „in Paris eine sehr entschiedene Haltung einzunehmen beabsichtigt und den Standpunkt einnehmen will, daß England die Fortdauer der bisherigen Verhältnisse nicht weiter ruhig ansehen könne noch wolle, selbst auf die Gefahr eines ernststen Konfliktes mit Frankreich hin.“ Sthamer an AA vom 19.09.1923 in PA AA R 28233k.

³⁶² Siehe Wright, Gustav Stresemann, S. 223.

³⁶³ Hoesch an AA vom 21.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 158.

³⁶⁴ So Stresemann in der Kabinettsitzung vom 20.09.1923 in AdR Stresemann, Nr. 71.

³⁶⁵ Hoesch an AA vom 22.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 162.

³⁶⁶ Vgl. noch einmal den entsprechenden Runderlass Maltzans vom 10.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 138.

³⁶⁷ Hoesch an AA vom 22.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 162.

³⁶⁸ Hoesch an AA vom 14.09.1923 in PA AA R 28233k.

jedoch käme es gerade deshalb, so hatte er sich anscheinend mit Schubert abgestimmt, darauf an, den richtigen „außenpolitischen Effekt unseres Nachgebens“ zu erzielen, indem man den Franzosen nicht mithilfe ungeschickter Formulierungen oder irgendwelcher Vorbehalte beim Abbruch des Widerstandes die Möglichkeit gäbe, „sich unter Vorwänden den gemeinsamen Verhandlungen über die Ruhr- und Reparationsfrage zu widersetzen“.³⁶⁹ Folglich müsse man sich in Berlin, so hieß es noch einmal in aller Deutlichkeit, endlich dazu entschließen, „durch materielle Opfer die Freiheit des Ruhrgebiets [...] [zu] *erkaufen*“.³⁷⁰

Die Erklärung, die Stresemann anschließend im Namen der Reichsregierung am 26. September veröffentlichen ließ, enthielt in der Tat einen Passus, in dem man „die schwersten materiellen Opfer für die Freiheit der deutschen Volksgenossen und deutscher Erde auf sich zu nehmen“³⁷¹ versprach. Es fehlte allerdings ein klarer Bezug auf die Reparationsfrage, von der man im Kabinett augenscheinlich annahm oder zumindest hoffte, sie könne in den nun anstehenden Gesprächen mit den Franzosen, für die der Abbruch des Widerstandes ja den Weg freimachen sollte, zunächst unter Ausschluss der ohnehin schon stark erregten deutschen Öffentlichkeit erörtert werden. Maltzan erklärte jedenfalls dem etwas irritierten Margerie auf Nachfrage, dass man zwar selbstverständlich zur Wiederaufnahme der Reparationszahlungen bereit sei, es dafür aber vonnöten wäre, „daß wir [dazu] in den Stand gesetzt werden.“ Die Reichsregierung habe

„niemals [ihre] Reparationspflicht als solche bestritten, wohl aber den Okkupationsmächten mitgeteilt, daß auf die Dauer der Okkupation diese Verpflichtungen als tatsächlich unmöglich ruhen müßten.“³⁷²

In der französischen Öffentlichkeit selbst löste diese Sichtweise „allenthalben größten Ärger“³⁷³ aus. Auch Poincaré folgte der Berliner Argumentation, wonach erst Verhandlungen nötig seien, „um die Arbeitsmöglichkeiten [im Ruhrgebiet] wiederherzustellen“ und die Deutschen „in den Stand zu setzen, Reparationen zu leisten“,³⁷⁴ erwartungsgemäß nicht, sondern bestand darauf, dass Reparationen *vor* den Verhandlungen zu stehen hätten.³⁷⁵ Wie Margerie Maltzan mitteilte, würde man auf diese Chronologie der Ereignisse „in Paris ganz besonderen Wert lege[n]“.³⁷⁶ Wenn Hoesch Recht behalten sollte mit seiner Einschätzung, dass die Ruhrbesetzung hauptsächlich die Garantie von Reparationen zum Ziel gehabt hatte, konnte diese Haltung Frankreichs eigentlich auch nicht sonderlich verwundern, selbst wenn sie die Reichsregierung fraglos in die

³⁶⁹ Min.Dir. Schubert an Stresemann vom 20.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 157.

³⁷⁰ Hoesch an AA vom 22.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 162 [Hervorhebung von mir, P.K.].

³⁷¹ Siehe auch AdR Stresemann, Nr. 81, Anm. 16.

³⁷² Aufzeichnung StS. Maltzan vom 29.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 171.

³⁷³ Hoesch an AA vom 27.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 171, Anm. 6.

³⁷⁴ Aufzeichnung StS. Maltzan vom 29.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 171.

³⁷⁵ Vgl. u.a. Weill-Raynal, *Les réparations allemandes et la France*, Bd. 2: *L'application de l'état des paiements. L'occupation de la Ruhr. L'Institution du plan Dawes* (mai 1923 – avril 1924), S. 459f.

³⁷⁶ Aufzeichnung StS. Maltzan vom 29.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 171.

nächste große Verlegenheit stürzte: Dass die Franzosen jetzt auf ihr Reparationsanrecht pochten und bis zu dessen Erfüllung die Aufgabe des passiven Widerstandes nicht anzuerkennen bereit waren,³⁷⁷ musste natürlich im Reich selbst den alles andere als günstigen Eindruck bestärken, dass es die deutsche Kapitulation nicht vermocht hatte, die Lage zu verbessern, und deshalb ein Fehler gewesen sein musste. Die zunehmende Attraktivität dieser Ansicht war freilich Wasser auf die Mühlen jener, die anderen Vorstellungen und Entwürfen einer deutschen Außenpolitik das Wort redeten.³⁷⁸ Da durch den Schritt vom 26. September die Legitimität der Berliner Regierung ohnehin schon enorm gelitten hatte – erste Unruhen und Aufstände im Landesinneren waren bereits vorher ausgebrochen, in Sachsen, Hamburg, Thüringen und Bayern kam es jetzt zu ernsthaften Putschversuchen von links und rechts³⁷⁹ –, hielt es Stresemann mittlerweile für „eine psychologische Frage erster Ordnung“, kein weiteres Entgegenkommen gegenüber Frankreich zu signalisieren, weil das sonst „den Zusammenschluß der gesamten öffentlichen Meinung gegen das Kabinett bedeuten musste.“³⁸⁰ Entsprechend erklärte er, sicherlich auch getrieben von der kaum mehr zu verkennenden Gefahr eines drohenden Bürgerkrieges,³⁸¹ die Bemühungen um eine Einigung mit Frankreich in der Ruhrfrage keine Woche nach der Proklamation des Widerstandsabbruches für „gescheitert“.³⁸²

Sicherlich wäre es denkbar – und mit Blick auf den sich weiter zuspitzenden Krisenverlauf in Deutschland wohl auch wünschenswert – gewesen, wenn Poincaré unter Rücksichtnahme auf die unmittelbaren Folgen, die seine Unnachgiebigkeit für die deutsche Regierung an dieser Stelle bedeuten musste, mehr Verständnis für die Erklärungsnot und Abwägungszwänge des deutschen Kanzlers aufgebracht hätte, der mittlerweile sogar aus seiner eigenen Partei scharfe Angriffe für seine angeblich zu konziliante Haltung erntete.³⁸³ Auch von Frankreich aus hätte man jedenfalls bei ruhiger Analyse zur der Auffassung kommen können – oder sogar müssen –, dass Stresemann trotz aller bisherigen Schwierigkeiten noch immer die bessere Alternative an der Spitze der deutschen Regierung war als etwa Ludendorff oder ein gewisser Adolf Hitler, über deren Putschabsichten man in Paris seit einiger Zeit recht gut informiert war.³⁸⁴ Jedoch, und diese Einwände kamen jetzt wieder aus dem Auswärtigen Amt selbst, hatte auch Berlin einiges getan, um Poincarés unnachgiebige Haltung zu provozieren.

³⁷⁷ Siehe Blessing, *Der mögliche Frieden*, S. 131f.

³⁷⁸ Vgl. Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 442.

³⁷⁹ Hierzu z.B. Büttner, *Weimar*, S. 199–208.

³⁸⁰ Stresemann im Ministerrat vom 01.10.1923 in AdR Stresemann, Nr. 97.

³⁸¹ Zu dieser Einschätzung ausführlich Wright, *Gustav Stresemann*, S. 224–227.

³⁸² Stresemann im Ministerrat vom 01.10.1923 in AdR Stresemann, Nr. 97.

³⁸³ Siehe Winkler, *Weimar*, S. 218–220.

³⁸⁴ Dazu in aller Ausführlichkeit Peter Claus Hartmann, *Der Hitlerputsch (1923) im Urteil der französischen Gesandtschafts- und Botschaftsberichte*, In: *Francia* 5 (1977), S. 453–472.

Noch direkt am 29. September hatte der für Westeuropa zuständige Ministerialdirektor Gerhard Köpke zu bedenken gegeben, dass

„die von der Reichsregierung beschlossene Einstellung des sogenannten passiven Widerstands lediglich darin [bestehe], daß von einer Weiterzahlung der Lohnsicherungen an die feiernden Arbeiter im Ruhrrevier und Rheinland abgesehen wird und daß die Strafverordnungen aufgehoben worden sind.“

Von solchen „rein negativen Maßnahmen“³⁸⁵ könne natürlich kein positiver Impuls ausgehen für die Beziehungen zu Frankreich, weil dem deutschen Schritt die rechte Überzeugung zu fehlen scheine. In das gleiche Horn stieß Schubert, der scharf kritisierte, dass bei der Verkündung des Widerstandsabbruches, den Stresemann den ausländischen Diplomaten in Berlin lediglich mündlich mitgeteilt hatte,³⁸⁶ eigentlich alles falsch gemacht worden sei, was falsch zu machen war:

„Das ganze Übel rührt daher, daß wir unseren folgenschweren Schritt nicht in dokumentarischer Form gemacht haben, sondern in einer ziemlichen unklaren Weise, die zwar vielleicht durch die innenpolitischen Schwierigkeiten bedingt, aber eben nicht geeignet war, klare Verhältnisse zu schaffen.“

Insofern dürfe man in Berlin keinesfalls erwarten, dass Poincaré

„uns nun mit offenen Armen aufnimmt [...]. Anders wäre es gewesen, wenn wir durch eine klare Note ihm mitgeteilt hätten, was wir tun wollen und aber auch: was wir verlangen! [Beides] ist nur in sehr legerer Form ihm zur Kenntnis gebracht worden, einmal durch die grobe Proklamation [an das deutsche Volk; Anm. von mir, P.K.], andererseits durch mündliche Aussprache mit dem französischen Botschafter. [...] Wir haben eben einfach kapituliert, aber in einer Form, die uns um die Vorteile gebracht hat, die wir aus einer Kapitulation hätten ziehen können. Diese Kapitulation war [...] viel unwürdiger, als wenn wir sie in Notenform vorgenommen und in der beabsichtigten zweiten Note klipp und klar gesagt hätten, was wir verlangen.“³⁸⁷

Sowohl Köpke als auch Schubert drängten jetzt von daher darauf, die begangenen Fehler zu korrigieren, indem man Hoesch instruieren solle,

„Poincaré persönlich auf[zusuchen und ihm [die] Notwendigkeit unmittelbarer Regierungsverhandlungen unter Betonung rein praktischer Notwendigkeit vor[zuschlagen.“³⁸⁸

Während Maltzan Köpkes Ersuchen zunächst noch ablehnend beschied, „da es innenpolitisch nicht tragbar sei, daß Herr von Hoesch gegenwärtig Poincaré mit derartigen Aufträgen aufsuche“,³⁸⁹ konnte Schubert seinen erheblich gestiegenen Einfluss auf den Reichskanzler jetzt dazu nutzen, darauf zu bestehen, dass ein entsprechendes Gespräch Hoeschs in Paris „unter diesen Umständen unbedingt notwendig“ sei:

„Die Hauptsache ist, daß der augenblickliche, gänzlich unklare Zustand aufhört, aus

³⁸⁵ Aufzeichnung von Min.Dir. Köpke vom 29.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 172.

³⁸⁶ Siehe dazu den Runderlass von StS. Maltzan vom 27.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 166.

³⁸⁷ Aufzeichnung von Min.Dir. Schubert vom 05.10.1923 in ADAP A VIII, Nr. 177.

³⁸⁸ Entwurf eines entsprechenden Telegramms für Hoesch in ADAP A VIII, Nr. 172, Anm. 3.

³⁸⁹ Vermerk des Legationsrats Heinrich von Friedberg über Maltzans mündliche Absage vom 01.10.1923 in ADAP A VIII, Nr. 172, Anm. 4.

dem lediglich die Franzosen Nutzen ziehen, sei es nun, daß sie guten oder daß sie schlechten Glaubens sind. Wir haben das größte Interesse daran, daß dieser Zustand aufhört. [...] Dann wissen wir wenigstens, woran wir sind. Dann haben wir eine feste Basis für unsere Politik, die uns jetzt gänzlich fehlt.³⁹⁰

Folglich wies Stresemann zwei Tage später die Geschäftsträger in Paris und Brüssel an, bei den jeweiligen Staatschefs vorstellig zu werden, um die schwierige deutsche Lage zu erklären und alles auszuräumen, was „als Vorwand dienen könnte, die Aufnahme von Verhandlungen abzulehnen.“ Mit Blick auf die Frage nach der deutschen Leistungsfähigkeit – das Wort Reparationen sparte der Kanzler in diesem Zusammenhang noch behutsam aus – sollte vor allem darauf hingewiesen werden, dass die „Ungewißheit über die künftige Gestaltung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten [...] es [...] bisher zu einer Wiederaufnahme der Arbeit nicht [habe] kommen lassen.“³⁹¹

Unabhängig von den Fragen, ob Stresemanns konkrete Anweisungen und abwägende Formulierungen die Aussichten auf einen Erfolg der deutschen Intervention bei Poincaré noch ein weiteres Mal negativ präjudizieren sollten oder ob nicht eher dessen „unendliche[s] Misstrauen [...] gegen Deutschland“³⁹² vorerst jegliche Initiative ins Leere laufen lassen musste: Das Telegramm vom 7. Oktober, mit dem der Reichskanzler Hoesch und dessen Brüsseler Kollegen, Conrad Frederick Roediger, zu Konsultationen mit den jeweiligen Regierungen anhielt, war – so unspektakulär es auf den ersten Blick erscheinen mochte – durchaus eine Art Meilenstein für die internationalen Beziehungen der Nachkriegszeit. In dessen Folge sollte es nun zum ersten Mal seit der Eskalation der deutsch-französischen Streitigkeiten durch den Einmarsch der Besatzungstruppen ins Ruhrgebiet – und bedenkt man die schlechten Beziehungen zuvor: eigentlich wahrscheinlich sogar zum ersten Mal seit vielen, vielen Jahren – zu von inhaltlichen Erwägungen geprägten bilateralen Gesprächen zwischen Deutschland und Frankreich kommen, in denen der Fokus nicht länger nur auf Vergangenen lag, sondern in denen das Bemühen um Lösungen erstmals einen gleichberechtigten Platz, vielleicht sogar einen Vorrang erreichen konnte vor dem unbedingten Beharren auf dem eigenen Vorteil. Der französische Ministerpräsident erklärte entsprechend, „[e]r wolle [...] sich jeder Vorwürfe für Vergangenheit enthalten und lediglich [die] Zukunft ins Auge fassen.“³⁹³ Vor diesem Hintergrund erscheint es durchaus angebracht, davon zu sprechen, dass die Unterredung von Hoesch und Poincaré am 10. Oktober 1923, auch wenn ihr konkrete Ergebnisse natürlich zu diesem frühen Zeitpunkt noch verwehrt blieben, die Basis bildete für eine Wiederinbetriebnahme funktionaler diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern. Nur wenig später gehörten solche unmittelbaren Gespräche mit Poincaré bereits zur normalen Pariser Tagesordnung.

³⁹⁰ Aufzeichnung von Min.Dir. Schubert vom 05.10.1923 in ADAP A VIII, Nr. 177.

³⁹¹ Stresemann an Hoesch und Roediger (Brüssel) vom 07.10.1923 in ADAP A VIII, Nr. 181.

³⁹² Aufzeichnung von Min.Dir. Schubert vom 03.10.1923 in ADAP A VIII, Nr. 174.

³⁹³ Hoesch an AA vom 10.10.1923 in ADAP A VIII, Nr. 186.

Hoesch selbst hatte viele Monate, eigentlich seit seiner Amtsübernahme, dafür gekämpft, an diesen Punkt gelangen zu können, und war dabei – gerade im Auswärtigen Amt – auf zum Teil heftige Gegenwehr gestoßen. Als er beispielsweise Ende August – einer Zeit, in der die deutsche Außenpolitik noch ganz von „les dernières illusions“³⁹⁴ über die Realisierungschancen eines glimpflichen Ausgangs der Ruhrfrage bestimmt war – für eine verständigungsorientierte „Anknüpfung [eines] Gesprächs auf diplomatischem Wege, das privatim geführt werden könnte und [die] Regierung nicht zu binden brauchte“,³⁹⁵ warb, erntete er wohl nicht zuletzt aufgrund des damals schwelenden Richtungsstreits zwischen ihm und dem Staatssekretär schroffe Ablehnung. Eine über ihn vorgetragene „inoffizielle Fühlungnahme [...] mit Herrn Poincaré“, so hieß es, erachte man als „zu gefährlich“, da davon ausgegangen werden müsse, dass Hoesch aller Voraussicht nach dabei „mit Poincaré [sowieso] nicht fertig geworden“³⁹⁶ wäre. Maltzan, dessen genereller Einfluss im Amt und vor allem unmittelbar auf den Außenminister nach dem Abbruch des passiven Widerstandes langsam zurückgehen sollte und der 1924 bezeichnenderweise durch niemand Geringeren als Schubert ersetzt wurde,³⁹⁷ konnte gleichwohl noch miterleben, dass er sich in diesem Punkt getäuscht hatte. Mitte Dezember 1923, Hoesch und Poincaré hatten inzwischen einige weitere Vier-Augen-Gespräche geführt, war erneut der Berliner Wunsch nach „direkte[n] Verhandlungen“ zwischen den Regierungen laut geworden, die Poincaré allerdings wieder rundweg ablehnte; dieses Mal jedoch mit dem Hinweis, dass derlei doch gar nicht nötig sei: Die „französische Verhandlungskommission sei er und die deutsche Kommission sei [Hoesch] und auf diese Weise sei jede gewünschte Aussprache möglich.“³⁹⁸ Natürlich bedeutete eine solche Äußerung allein noch nicht, dass sich die vielen konkreten Probleme der deutsch-französischen Beziehungen in Luft aufgelöst hätten, ganz im Gegenteil. Erstmals aber schien es so, als könne man in Zukunft wieder darüber sprechen, und zwar miteinander. Mit anderen Worten: Diplomatie war wieder möglich geworden.

³⁹⁴ Bariéty, *Les relations franco-allemandes après la Première Guerre Mondiale*, S. 223.

³⁹⁵ Hoesch an AA vom 31.08.1923 in PA AA R 28233k.

³⁹⁶ Als Überbringer dieser deutlichen Worte diente in einem privaten Brief Min.Dir. Schubert an Hoesch vom 04.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 130.

³⁹⁷ Siehe Krüger, *Zur Bedeutung des Auswärtigen Amtes für die Außenpolitik Stresemanns*, S. 412. Krüger glaubt allerdings nicht, dass es zwischen Schubert und Maltzan über die inhaltlichen Differenzen hinaus Probleme gab. Das sogar mag stimmen, jedoch besteht wohl kein Zweifel daran, dass man über diese Differenzen keineswegs immer ruhig und sachlich stritt.

³⁹⁸ Hoesch an AA vom 15.12.1923 in ADAP A IX, Nr. 60.

- 2.3. ‚Ein vorbeifahrendes Schiff, in das alle einsteigen müssen, wenn nicht jede Hoffnung auf Weiterkommen verloren sein soll‘ – Praktische Verständigungspolitik und internationale Entspannung auf dem Weg nach Locarno

7 36 Tage, 105 Wochen, mithin gut zwei Jahre: So viel Zeit lag zwischen dem ersten vertraulichen Gespräch Poincarés mit Hoesch an besagtem 10. Oktober 1923 in Paris und jenem bereits skizzierten warmen Spätsommernachmittag im Schweizerischen Locarno am 15. Oktober 1925, an dem Stresemann und Briand ihren ersten großen gemeinsamen Auftritt vor der Weltpresse hatten. 736 Tage zwischen einem Dialog hinter verschlossenen Türen, von dem die Öffentlichkeit kaum Notiz nahm,³⁹⁹ und einem großzügigen Pressebankett, das seinen Hauptprotagonisten im kulturellen Gedächtnis Europas ihren Platz als ‚Friedensengel des 20. Jahrhunderts‘ zuweisen sollte. Um zwei Länder und ihre Beziehungen von einem Extrem ins andere zu führen, vom vielleicht ‚kritischsten Augenblick‘⁴⁰⁰ ihrer Geschichte hin zu der Einsicht, dass ‚eine Politik des Friedens [...] sich der Methode des gegenseitigen Verkehrs bedienen‘⁴⁰¹ muss, dafür waren 736 Tage sicherlich nicht gerade viel; zumal dann nicht, wenn jeder einzelne Schritt auf diesem Weg, jede einzelne Etappe immer wieder von Neuem erkämpft werden wollte, weil kaum etwas von alleine ging, kaum etwas selbstverständlich war und kaum etwas nicht auf zum Teil massive Widerstände traf. 736 Tage könnten unter diesen Umständen allerdings auch recht lang gewesen sein, wenn das, was man eigentlich schon erarbeitet glaubte auf diesem Weg, ständig aufs Neue verteidigt werden musste, wenn man beinahe täglich immer wieder von vorne erklären und rechtfertigen musste, wofür man das eigentlich alles tat und ob das, was man tat, auch wirklich richtig war.

Darüber, ob Leopold von Hoesch zu einer dieser beiden Wahrnehmungen tendierte, existiert leider keine verlässliche Überlieferung. Das ist gerade auch deshalb bedauerlich, weil es damals wohl kaum jemanden gegeben haben dürfte, der die Strapazen und Belastungen dieser 736 Tage stärker miterlebt hat als er, und damit auch kaum jemanden, der sie besser hätte rekapitulieren können vor dem Hintergrund ihrer letztlichen Ergebnisse. Es war allerdings, und vielleicht lag darin ein wesentlicher Schlüssel zu seiner fraglos beeindruckend erfolgreichen Arbeit als Diplomat, nicht unbedingt seine Art, innezuhalten und resümierend zurückzuschauen auf das bisher Geleistete oder sich gar in einer stillen Minute ‚über den großen Wechsel zu freuen, der [...] in den deutsch-französischen Beziehungen eingetreten ist‘.⁴⁰² Derlei kostete Zeit und passte von daher nicht so recht zu einem Menschen, der in der Regel bereits um ‚7 Uhr früh [...] alles gele-

³⁹⁹ Eine kleine amtliche Meldung findet sich z.B. in *Vossische Zeitung Abendausgabe* vom 11.10.1923.

⁴⁰⁰ Georg Bernhard, Rebellion der Erzherzöge, *Vossische Zeitung Morgenausgabe* vom 19.10.1923.

⁴⁰¹ Noch einmal: Georg Bernhard, Frutta di Locarno, *Vossische Zeitung Morgenausgabe* vom 16.10.1925.

⁴⁰² Hoesch an AA vom 20.11.1925 in ADAP A XIV, Nr. 250 [Hervorhebung von mir, P.K.].

sen [hatte], was in den Zeitungen steht“,⁴⁰³ und dessen Persönlichkeitsstruktur von einer mitunter geradezu obsessiv anmutenden Fokussierung auf das Kommende bestimmt war, von einer fast zwanghaften Vorfreude sozusagen auf die nächste Aufgabe. Als sich zum Beispiel in Berlin unmittelbar im Anschluss an die Locarno-Konferenz aus der zumindest kurzzeitigen Euphorie um deren positive Rückwirkungen auf das Reich – für November war beispielsweise die Räumung der besetzten Kölner Zone in Aussicht gestellt worden – eine allgemeine „Genugtuung über [die neuen] angenehme[n] Beziehungen“⁴⁰⁴ zu Frankreich breitzumachen schien, verhandelte Hoesch in Paris längst schon wieder mit einer Delegation von Gemüsebauern aus dem Département Vaucluse über ‚höchstdringliche‘ Handels- und Zollfragen, die keinen Aufschub dulden würden, weil die „französische Ernte an Frühgemüse Ende November oder Anfang Dezember einsetzt“. Einer möglichst günstigen Regelung dieser Angelegenheit komme, so schrieb er dem Auswärtigen Amt, auch deshalb größte Priorität zu, weil „für den Abschluß eines deutsch-französischen Handelsabkommens“, das nach der erfolgreichen Sicherheitsinitiative die nächste Aufgabe der Botschaft sein müsse, enorm viel von der Einstellung der „gemüse- und weinbauende[n] Gegenden Südfrankreichs als [einem der] Hauptzentren für die Idee einer deutsch-französischen Verständigung“⁴⁰⁵ abhinge. Diese – einer gewissen Komik nicht entbehrende – Szene, in der sich wohl mindestens genauso viel blanker Arbeitseifer offenbarte wie ein der Sache angemessenes Bemühen um die Verstetigung der bilateralen Annäherung zwischen Deutschen und Franzosen, gibt sicherlich einen ganz guten Eindruck vom Wirken des Geschäftsträgers beziehungsweise Botschafters in den Jahren nach 1923, der zu keinem Zeitpunkt – selbst in Momenten großer Erfolge nicht – nachließ, mit den Franzosen Kompromisse zu suchen und um Konzessionen zu ringen, der aber auch nie vergaß, in Berlin fortwährend zu einer „Politik der Verständigung“ zu mahnen, weil er aus leidgeprüfter Erfahrung nur allzu gut wusste, „daß einer umfassenden direkten deutsch-französischen Verständigung immer wieder unüberwindliche Hindernisse in den Weg treten“⁴⁰⁶ konnten – jederzeit und überall.

Schon das erste ‚Hindernis‘ dieser Art, auf das Hoesch noch unmittelbar im Herbst/Winter 1923 stoßen sollte, erwies sich hierbei als besonders hartnäckig und problematisch, schließlich handelte es sich um nichts Geringeres als das Auswärtige Amt selbst sowie dessen politische Ausrichtung in den Nachkriegsjahren. Als der Geschäftsträger von Paris aus, wo er unter dem Eindruck seiner täglichen Arbeit kontinuierlich Überlegungen und Ideen in Richtung eines über kurz oder lang unerlässlichen Aufeinanderzugehens der beiden einstigen Erbfeinde entwickelte,

⁴⁰³ Paul Block, Hoesch verlässt Paris, *Berliner Tageblatt* vom 20.09.1932, Exemplar in NL Hoesch 10.

⁴⁰⁴ Hoesch an AA vom 23.10.1925 in ADAP A XIV, Nr. 172.

⁴⁰⁵ Hoesch an AA vom 23.10.1925 in ADAP A XIV, Nr. 173.

⁴⁰⁶ Hoesch an AA vom 20.11.1925 in ADAP A XIV, Nr. 250.

zum Jahreswechsel der Wilhelmstraße jene umfassende Analyse der aktuellen Lage übermittelte, in der der bereits mehrfach genannte Hinweis zu der notwendigen „innigen Verflechtung der beiderseitigen Interessen“ stand, notierte man dort jedenfalls handschriftlich den bezeichnenden Randvermerk: „Dieser Bericht ist nicht zur Aufnahme in die ‚guten Kameraden‘ geeignet.“⁴⁰⁷ Solchen despektierlichen Kommentaren hatte Hoesch gleichwohl vorgesorgt, indem er bereits im Text darauf hinwies, dass dieser gewiss „Gedankengänge“ enthalte, „die natürlich ein guter Deutscher nach dem, was zwischen Frankreich und uns vorgefallen ist, nur mit Widerstreben von sich gibt“. Es stelle sich ihm allerdings, so betonte er weiter, ganz unweigerlich

„die bange Frage [...], ob es möglich sein wird, im Kampf um Ruhr und Rhein gegen Frankreich auf der bisherigen Linie [...] fortfahren zu können, ohne daß gerade die Bewohner der umkämpften Gebiete den Verlockungen direkter Fühlungnahme mit den Einbruchsmächten unterliegen. [...] Ich fürchte, es könnte, wenn wir mit Frankreich zu nichts kommen – und auf dem bisher eingeschlagenen Wege sind die Aussichten nicht groß –[.] der Fall eintreten, daß die deutsche Rhein- und Ruhrindustrie von selbst sukzessive oder en bloc von unserer Politik der fruchtlosen Auflehnung gegen die französische Vergewaltigung abfällt, mit der französischen Industrie Kontrakte [...] abschließt und daß uns auf diese Weise schließlich das Objekt aus den Händen gleitet, um das wir gerade mit Frankreich ringen.“⁴⁰⁸

Schon elf Wochen zuvor hatte Hoesch – genau genommen drei Tage nach jener ersten vertrauten Zusammenkunft mit Poincaré, in der dieser ihm klar gesagt hatte, dass Paris den Widerstandsabbruch erst dann als ‚vollständig‘ ansehen werde, wenn „an Ort und Stelle [die] restlose Wiederherstellung der Verhältnisse von vor [dem] 11. Januar festgestellt werden könne“ – zwei denkbare Optionen für die weitere deutsche Haltung skizziert: Natürlich könne man im Reich auch künftig den Weg der „Obstruktion“ wählen und „erklären, wir seien weder geneigt noch in der Lage, das französische Ausbeutungssystem mitzumachen“. Dieser Kurs berge allerdings, so gab Hoesch zu bedenken, „schwerste Gefahren“ in sich, weil „zweifelloso die Abtrennung der besetzten Gebiete“ durch die unnachgiebigen Franzosen irgendwann erfolgen werde. Eine deutsche „Unterwerfung“ hingegen – rhetorisch ein sehr martialischer Ausdruck für das, was Hoesch vorschwebte – sei „bei der gegenwärtigen Lage der Dinge, je prompter und reibungsloser sie erfolgt, desto eher geeignet, Ergebnisse zu zeitigen.“ Zwar sei auch sie nicht ohne Risiko – so könne etwa „die Gefahr, daß schließlich dennoch die umstrittenen Gebiete uns verlorengehen, nicht ausgeschaltet“ werden –, jedoch müsse man sich nach reiflicher Überlegung wohl entschließen,

„möglichst bald wieder den Gedanken der Befreiung durch Zahlung aufzunehmen und zu versuchen, ob es gelingen kann, wenigstens etappenweise das Ruhrgebiet durch effektive Zahlungen oder Zahlungssurrogate zurückzuerobern. Nach wie vor glaube ich, daß Poincaré bereit ist, gegen Zahlung das Ruhrgebiet zu räumen.“⁴⁰⁹

⁴⁰⁷ Siehe die Notiz auf Hoesch an AA vom 29.12.1923 in PA AA R 70488.

⁴⁰⁸ Hoesch an AA vom 29.12.1923 in ADAP A IX, Nr. 77.

⁴⁰⁹ Hoesch an AA vom 13.10.1923 in ADAP A VIII, Nr. 188.

Ein solches Vorgehen hatte Hoesch Berlin ja bereits mehrfach empfohlen, weil er sich davon offenbar die besten Chancen versprach, die bisherige außenpolitische Handlungsunfähigkeit des Reiches zu überwinden,⁴¹⁰ war damit aber bei Minister und Staatssekretär bislang – erwartungsgemäß – auf wenig Gegenliebe gestoßen: Der Dissens aus der unmittelbaren Anfangsphase der Regierungszeit Stresemanns wirkte, zumindest in dieser Frage, augenscheinlich noch immer nach, wofür freilich nicht unbedingt allein die Halsstarrigkeit der beteiligten Personen verantwortlich gewesen sein dürfte, sondern auch die bereits angesprochenen, enormen innenpolitischen Komplikationen der Zeit, die eine ruhigere und sachlichere Abwägung außenpolitischer Fragen weitestgehend verhindern mussten. Da die Lage im Inneren des Reiches zunehmend brenzlicher, die Stellung von Regierung und Behörden im öffentlichen Raum immer schwieriger wurde, konnte es in Berlin jedenfalls erklärlicherweise nahezu keinerlei gedanklichen Spielraum geben für eine Wiederaufnahme der Reparationszahlungen. Hoesch hinderte das gleichwohl nicht daran, genau das – interessanterweise ja auch mit Blick auf die innenpolitischen Schwierigkeiten, weil diese eng an die außenpolitische Situation gekoppelt seien – immer wieder aufs Neue zu fordern. Sein fortwährendes Drängen zu einem solchen Schritt fiel am 13. Oktober unmittelbar mit einem Brief des neuen Finanzministers, Hans Luther, zusammen, der unter der Maßgabe einer zu erarbeitenden Währungsreform jedoch nicht nur jede Möglichkeit deutscher Reparationszahlungen an die Siegermächte kategorisch ausschloss, sondern sogar darauf bestand, dass – etwa mit Blick auf die vom Reich zu begleichenden Kosten der alliierten Reparationskommission, denen Berlin noch nachkam – bis auf Weiteres *alle* laufenden

„Zahlungen eingestellt werden, auf deren Leistung die Alliierten nach dem Verträge von Versailles oder dem Rheinlandabkommen einen rechtlich begründeten Anspruch haben.“⁴¹¹

Stresemann, der nach dem zwischenzeitlichen Zusammenbruch seines erstes Kabinetts Anfang Oktober wohl nicht zuletzt deshalb Kanzler geblieben war, weil sich dem Reichspräsidenten kaum Alternativen geboten hatten,⁴¹² geriet damit jetzt unter Zugzwang. Von Schubert erfolgreich für Fragen außenpolitischer Staatsraison sensibilisiert und daher keinesfalls gewillt, den gerade erst aufgenommenen „Faden solcher Besprechungen mit Poincaré [...] [wieder] abreißen zu lassen“,⁴¹³ reagierte er auf die offenbar unumstößliche „Zahlungsunfähigkeit des Reichs“⁴¹⁴ mit der Bitte an Hoesch, dieser möge „sich möglichst bald nochmals zu Poincaré [...] begeben“, um dort zu versichern, dass die „deutsche Regierung [...] ihre Leistungsverpflichtung gegenüber Frankreich und Belgien grundsätzlich an[erkenne] und [...] bereit ist, die Leistungen wieder auf-

⁴¹⁰ Siehe ein weiteres Mal Hoesch an AA vom 22.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 162.

⁴¹¹ RFM Luther an RK Stresemann vom 13.10.1923 in AdR Stresemann, Nr. 133.

⁴¹² Diese Einschätzung bei Winkler, Weimar 1918–1933, S. 220f.

⁴¹³ Stresemann an Hoesch vom 14.10.1923 in ADAP A VIII, Nr. 190.

⁴¹⁴ Stresemann in der Kabinettsitzung vom 15.10.1923 in AdR Stresemann, Nr. 136.

zunehmen“, dass derlei aber „bei objektiver Würdigung unserer Finanzlage [...] im Augenblick schlechterdings unmöglich ist“.⁴¹⁵ Um zudem noch etwas Zeit zu gewinnen, schlug er Luther vor, dass sich das Reich für die Dauer von drei Wochen zur Zahlung der sogenannten ‚Okkupationslasten‘ weiterverpflichtete. Dies könnte, so der Kanzler, der Weltöffentlichkeit die hehren deutschen Absichten beweisen und eine „Befreiung der Bevölkerung und der Wirtschaft des besetzten Gebietes von den jetzigen unerträglichen Beschlagnahmungen“ ermöglichen. Wäre innerhalb dieser Frist noch immer keine Einigung erzielt über die zeitliche Abfolge von Räumungs- und Reparationsfrage, „dann werde eine völlige Einstellung der Zahlungen in Frage kommen.“

Zufriedenstellen konnte der Kanzler mit seinem Vorstoß – erwartungsgemäß – keinen der Beteiligten. Während Luther die Sinnhaftigkeit von Stresemanns Vorschlag sofort anzweifelte und unter diesen Umständen „eine generelle vollständige Konkurserklärung“⁴¹⁶ des Reiches für angezeigt hielt, die man mit Blick auf eine dann notwendige Erklärung an die Reparationskommission nicht durch irgendwelche vorherige Zahlungen unglaubwürdig machen dürfe, unterbrach Poincaré in Paris Hoeschs Erläuterungen mit dem entrüsteten Vermerk,

„[d]as seien alles nur Schriftstücke und Worte, an die er sich nicht halten könne. Für ihn seien nur Tatsachen maßgebend und die fehlten. [...] Für ihn sei [die] Aufgabe [des] Widerstands und damit Prüfung etwaiger deutscher Vorschläge erst gegeben, wenn [der] Zustand [des] 11. Januar im Okkupationsgebiet wiederhergestellt sei. Das einschliesse auch [die] Notwendigkeit restloser Wiederaufnahme [der] Sachlieferungen. [...] Alle Versuche unter Beteuerung guten Willens vorher Besprechungen mit Frankreich anzuknüpfen seien aussichtslos. Wie Deutschland Lieferungen finanzieren wolle, sei ihm gleichgültig. [Man] habe ja lange Zeit Geld genug gefunden, um Widerstand zu finanzieren. Die Industriellen müßten eben noch weiter Papiermark nehmen oder dem Reich Kredit gewähren oder irgendein anderes Mittel finden. [...] Stelle Deutschland jetzt von sich aus Zustand des 11. Januar nicht wieder her, so würde Frankreich sich einfach selbst zu helfen wissen [...] und die Besetzung würde in diesem Falle ewig dauern.“⁴¹⁷

Der deutsche Gesandte dürfte diese an Deutlichkeit kaum zu überbietenden Bemerkungen Poincarés, die natürlich noch einmal die ganze Schärfe der bisherigen Auseinandersetzungen erkennen ließen, bewusst in dieser Ausführlichkeit nach Berlin gedrahtet haben, weil sie wichtige Anhaltspunkte dafür boten, wie Paris reagieren könnte, sollten sich die Deutschen jetzt weiterhin quer stellen in der Reparationsfrage. Hoesch gestand der bisherigen Haltung Berlins – im Duktus beinahe philosophisch – zwar zu, „dass die Erfüllung der Poincaré’schen Wünsche ihre Grenze [...] dort [haben müsse], wo das Mögliche aufhöre und die Unmöglichkeit anfange“, blieb dann aber unter realpolitischen Gesichtspunkten dabei, dass für das Reich „nur in der restlosen Schlusskapitulation die Möglichkeit eines Weiterkommens und darin auch die einzige Hoffnung“⁴¹⁸ liege.

⁴¹⁵ Stresemann an Hoesch vom 14.10.1923 in ADAP A VIII, Nr. 190.

⁴¹⁶ Kabinettsitzung vom 15.10.1923 in AdR Stresemann, Nr. 136.

⁴¹⁷ Hoesch an AA vom 17.10.1923 in ADAP A VIII, Nr. 193.

⁴¹⁸ Hoesch an AA vom 23.10.1923 in PA AA R 70488.

In Berlin erblickte man jedoch sehr wohl noch eine andere Option: die Anrufung der von Luther angesprochenen alliierten Reparationskommission. Diese war vom Versailler Vertrag ja eigens zu dem Zwecke installiert worden, „from time to time“ die Leistungsfähigkeit Deutschlands zu Wiedergutmachungszahlungen zu überprüfen und sah dafür explizit auch vor, den Deutschen „a just opportunity“ zu geben „to be heard“.⁴¹⁹ Nachdem bereits Hilferding eine entsprechende Initiative vorbereitet hatte infolge von Stresemanns erster internen Erklärung über die angeblich endgültig ‚gescheiterten‘ Bemühungen um eine Einigung mit Frankreich am 1. Oktober,⁴²⁰ erschien eine entsprechende Initiative zur Mitte des Monats erneut opportun, gerade auch nach Poincarés Grobheiten im Gespräch mit Hoesch vom 17. Oktober, mit denen jener – sichtlich in Rage geraten – Stresemann erst Illoyalität und dann Ungeschicklichkeit vorwarf.⁴²¹ Maltzan nahm das sofort zum Anlass, im Ministerium klarzustellen, dass man zwar alles Erdenkliche getan hätte bis hierher, um zu einer gütlichen Lösung zu finden mit Paris, aber von der französischen Regierung zu anderen Maßnahmen regelrecht genötigt werde.⁴²² Dieser Sichtweise schloss sich tags darauf auch der gescholtene Kanzler an⁴²³ und übermittelte Hoesch den Entwurf einer deutschen Eingabe an die Reparationskommission, in der unter Zuhilfenahme der bekannten Argumentation zunächst erklärt wurde, dass Berlin „grundsätzlich bereit ist, die Leistungen aus dem Verträge von Versailles [...] wieder aufzunehmen“, jedoch „jetzt tatsächlich außerstande [sei], die Finanzierung dieser Leistungen fortzusetzen oder von neuem aufzunehmen.“⁴²⁴ Die entsprechende Note wurde der Reparationskommission mit Bitte um Überprüfung am 24. Oktober übergeben und am 25. veröffentlicht.⁴²⁵

So zwangsläufig die Erwägungen, die zu diesem Schritt führten, aus Berliner Perspektive eventuell gewesen sein mochten, so sehr bedeuteten sie natürlich, jedenfalls vom außenpolitischen Standpunkt gesehen, ein enormes Risiko. Manche Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes erachteten das Vorgehen der Ministeriumsspitze vor dem Hintergrund seiner möglicherweise unkalkulierbaren Folgen sogar als einen schwerwiegenden Fehler. Dazu zählte natürlich zum einen immer noch Hoesch, der zwar am 13. Oktober selbst eine Anrufung der Reparationskommission vorgeschlagen, die Erfolgsaussichten eines solchen Schritts allerdings ganz klar daran gekoppelt hatte, dass die entsprechende Initiative erst „nach [der] endgültigen Aufgabe des Widerstands“⁴²⁶ – ‚endgültig‘ in der Definition Poincarés, versteht sich – auf den Weg gebracht würde. Auf die Idee,

⁴¹⁹ Treaty of peace with Germany, S. 251.

⁴²⁰ Vgl. RFM Hilferding an Stresemann vom 04.10.1923 in AdR Stresemann, Nr. 110.

⁴²¹ Siehe Hoesch an AA vom 17.10.1923 in ADAP A VIII, Nr. 193.

⁴²² Siehe dazu Maltzan an B London und B Rom vom 18.10.1923 in ADAP A VIII, Nr. 193, Anm. 14.

⁴²³ Hierzu Runderlass Stresemann vom 19.10.1923 in ADAP A VIII, Nr. 193, Anm. 14.

⁴²⁴ Stresemann an Hoesch vom 19.10.1923 in ADAP A VIII, Nr. 195.

⁴²⁵ Siehe StS. Maltzan an B London vom 24.10.1923 in ADAP A VIII, Nr. 203.

⁴²⁶ Hoesch an AA vom 13.10.1923 in ADAP A VIII, Nr. 188 [Hervorhebung von mir, P.K.]

dass ein solcher Schritt – natürlich gründlich vorbereitet und behutsam vorgetragen – Erfolg haben könnte, hatte ihn ausgerechnet der französische Ministerpräsident selbst gebracht, als er am 10. Oktober einigermaßen überraschend die etwaige „Notwendigkeit [eines] Moratoriums und einer Anleihe“ ansprach, weil für die Zukunft natürlich ein „Weg zur Sanierung deutscher Finanzen und Budgets gefunden werden“ müsse. Poincaré ließ dabei jedoch, und das berichtete Hoesch auch entsprechend, keinerlei Zweifel erkennen daran, dass zuvor „ein faktisches Verschwinden des Widerstands und [die] Wiederherstellung früherer Zustände festgestellt“⁴²⁷ werden müsse. Wie ernst es dem Ministerpräsidenten mit dieser Bedingung sein würde, verdeutlichte er eine Woche später, als er gegenüber Hoesch noch einmal klarstellte, dass bei Nichterfüllung der französischen Forderungen die „Reparationskommission [...] sich keinesfalls mit etwaigen deutschen Vorschlägen befassen“⁴²⁸ werde.

Diesen französischen Standpunkt, an dessen Glaubwürdigkeit es zunächst eigentlich nichts zu deuteln gab, griff jetzt auch Ministerialdirektor Köpke auf, der seit dem angesprochenen 29. September, als er Maltzan bedrängt hatte, Hoesch endlich zu Gesprächen mit der Pariser Regierung zu autorisieren, zunehmend vom Staatssekretär abgerückt war. Schon damals hatte er die Regierung vor den Folgen einer „Katastrophenpolitik“⁴²⁹ gewarnt und griff dies jetzt wieder auf: Natürlich sei es nachzuvollziehen, wenn die „nahezu völlig zerrüttete Finanzlage des Reichs“ es bedinge, so begann er einräumend, dass haushaltspolitische Erwägungen eine „hervorragende Einflußnahme auf die Richtung unserer Gesamtpolitik“ erhalten müssten. Jedoch sollte jedem Beobachter dabei klar sein, dass eine etwaige Verfolgung eines „radikalen Konkursprogramms“ des Reichs wesentliche internationale Rahmenbedingungen der gegenwärtigen Lage schwer missachten würde. Vor allem der Haltung der Franzosen und insbesondere der Position Poincarés gelte es Aufmerksamkeit zu schenken. Dieser *könne* doch gar nicht von seinem bisherigen, Hoesch gegenüber angezeigten Standpunkt abweichen, ganz gleich was Deutschland tue, weil das vor der französischen Bevölkerung dem Eingeständnis gleichkäme, dass seine eigene

„Ruhrpolitik Frankreichs Lage gegenüber dem Stande vom 11. Januar verschlechtert hat. Der Gedanke liegt zwar nahe, daß es uns nur recht sein könnte, wenn es möglichst offenkundig würde, daß dies tatsächlich der Fall ist. Dazu wird es aber nicht kommen.“

Erst recht sei damit nicht zu rechnen, nachdem die jüngsten Berichte aus den besetzten Gebieten erste Arrangements zwischen französischen Behörden und der deutschen Industrie vermeldet hätten. Paris, so stehe zu befürchten, werde folglich schon sehr bald in der Lage sein, die gewünschten „Kohlelieferungen auch ohne Mitwirkung des Reichs“, sprich: durch Mitwirkung der Bevölkerung vor Ort zu erhalten. Man könne nicht länger davon ausgehen, dass die Menschen an

⁴²⁷ Hoesch an AA vom 10.10.1923 in ADAP A VIII, Nr. 186.

⁴²⁸ Hoesch an AA vom 17.10.1923 in ADAP A VIII, Nr. 193.

⁴²⁹ Aufzeichnung Min.Dir. Köpke vom 29.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 172.

der Ruhr davor „zurückscheuen [...], äußersten Falles, um ihren Besitz zu retten, diesen Weg zu beschreiten“. Und reiße derlei erst einmal ein, würde das in letzter Konsequenz den „Verlust des Rheinlandes und des Ruhrgebiets [bedeuten], ohne daß wir damit zu der Rettung des übrigen Deutschlands auch nur einen Schritt vorwärts gekommen wären.“ Die einzige sinnvolle Alternative dazu sei es, so Köpke, „für eine vorübergehende Zeit die notwendigen Mittel zur Finanzierung“⁴³⁰ der Reparationen aufzubringen. „Eine realpolitische Staatskunst wird [...] freiwillig und vertragsmäßig das liefern, was der andere sowieso in der Lage ist, sich zwangsweise zu nehmen.“⁴³¹ Ob Berlin sich zu diesem Schritte mit Rücksicht auf die französische Position entschließen könne, sei die „augenblickliche Lebensfrage des Deutschen Reichs“.⁴³²

Auch unabhängig davon, ob Köpkes Einschätzungen in jedem Punkt zuträfen, so fällt doch auf, dass sich im außenpolitischen Apparat der Weimarer Republik mittlerweile erste Tendenzen herauszukristallisieren begannen, die ein zumindest im Entstehen begriffenes Bewusstsein über die Notwendigkeiten einer „umfassendere[n] deutschen Konzeption“⁴³³ erkennen ließen, deren Aufgabe es sein musste, das Reich künftig wegzuführen vom unproduktiven, in der Regel unilateralen Aktionismus der unmittelbaren Nachkriegszeit hin zu einer die äußeren Rahmenbedingungen der europäischen Ordnung berücksichtigenden Ausgleichspolitik, welche auf der Erkenntnis fußen sollte, dass zur Erlangung nationaler Ziele internationale Gegebenheiten zu berücksichtigen und bestenfalls in das eigene Vorgehen zu integrieren waren. Hoesch, der mit seinem auf Frankreich gemünzten Wort von der ‚Notwendigkeit einer innigen Interessensverflechtung‘ ja sogar noch einen Schritt weiterging, weil es ihm nicht mehr nur auf die Abstimmung zwischen den Akteuren ankam, sondern bereits um die gegenseitige Verzahnung ihrer jeweiligen Anliegen, war dabei jetzt – wie Köpkes Statements belegen – längst nicht mehr allein.

Einen weiteren, auf lange Sicht vielleicht noch wichtigeren Gleichgesinnten fand Hoesch in seinem langjährigen Vertrauten Carl von Schubert. Beide kannten sich bereits lose aus Studentatagen, in denen sie Korpsbrüder im sogenannten ‚Weißen Kreis‘ waren,⁴³⁴ und traten dann nach ihren juristischen Promotionen fast zeitgleich in den Auswärtigen Dienst ein,⁴³⁵ der sie die letzten Vorkriegsjahre gemeinsam als Botschaftssekretäre in London verbringen ließ. Der freundschaftliche

⁴³⁰ Alle Zitate: Aufzeichnung Min.Dir. Köpke vom 18.10.1923 in ADAP A VIII, Nr. 194.

⁴³¹ Aufzeichnung Min.Dir. Köpke vom 29.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 172.

⁴³² Aufzeichnung Min.Dir. Köpke vom 18.10.1923 in ADAP A VIII, Nr. 194.

⁴³³ Krüger, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, S. 220.

⁴³⁴ Hoesch trat 1902 dem Heidelberger *Corps Saxo-Borussia* bei, Schubert ein Jahr zuvor dem *Corps Borussia Bonn*. Siehe dazu: Kösemer Korps-Listen von 1789 bis 1910. Eine Zusammenstellung aller Korpsangehöriger mit Angabe von Rezeptionsjahr, Chargen, Stand und Wohnort, bzw. Todesjahr, im Auftrag des Kösemer S.C.-Verbandes bearb. und hrsg. von Karl Rügemer, Starnberg bei München 1910, Liste 120, Nr. 1064 sowie Liste 19, Nr. 730. Die beiden Vereinigungen bildeten gemeinsam mit dem *Corps Saxonia Göttingen* einen Verhältniskreis innerhalb des *Kösemer Senioren-Convents-Verbandes*.

⁴³⁵ Hoeschs diplomatische Laufbahn begann am 23.08.1907 mit seiner Entsendung an die Gesandtschaft in Peking, Schuberts wurde am 10.11.1906 der Botschaft Washington zugeteilt.

Kontakt, der sich in dieser Zeit sicherlich nicht nur aus den parallelen Lebensläufen ergab, sondern auch gewisse Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Berufsauffassung erkennen lassen dürfte, riss danach nie mehr ab. Im Ministerium selbst war Schubert seit Sommer 1920 als Abteilungsleiter zuständig für den englischsprachigen Raum, was ihn allerdings – wie gezeigt – keineswegs daran hinderte, einen darüber hinausgreifenden ‚Lernprozess‘ zu durchlaufen, der ihm immer deutlicher vor Augen führte, das gerade unter wirtschafts- und sicherheitspolitischen Maximen die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich ein wesentlicher Fixpunkt jeder vernünftigen Berliner Außenpolitik sein musste.⁴³⁶ Dass er, ab Dezember 1921 im Rang eines Ministerialdirektors, in dieser Hinsicht einen Komplizen in Hoesch finden sollte, brachte die beiden fast zwangsläufig noch enger zusammen, zumal – was solche Allianzen nicht selten besonders zu stärken vermag – ihnen gewissermaßen ein gemeinsamer Widerpart entgegenstand: Staatssekretär Maltzan, dessen generelle politische Vorstellungen fraglos eine ganz andere Prägung besaßen. Fünf Jahre älter als seine beiden Mitarbeiter verdiente er es zwar sicher nicht, einer traditionalistischen Konfrontationspolitik gegenüber Paris beschuldigt zu werden,⁴³⁷ war jedoch als geistiger Vater des Rapallo-Vertrages fraglos einer jener Diplomaten, denen deutsche Stärke- und Autonomiebekundungen angebrachter und zielführender erschienen, als Bemühungen um Ausgleich und Kompromiss.⁴³⁸ Dass er seit Dezember 1922 auf dem Posten des Staatssekretärs für die deutsche Widerstandspolitik mitverantwortlich zeichnete, war insofern bei Weitem kein Zufall.

Außenminister Stresemann kam in diesem Kontext quasi seit Amtsantritt die natürlich keineswegs leichte Aufgabe zu, sich irgendwie zwischen diesen beiden Lagern positionieren zu müssen, was er zunächst fast gar nicht und, wenn doch, dann nur sehr behutsam tat. Seine späteren Erfolge in der Amtsführung und bei der Repräsentation der neuen politischen Ideen der Wilhelmstraße nach 1924 dürfen nicht die Tatsache verhehlen, dass es zu Anfang durchaus einige gravierende Probleme zwischen dem relativ unerfahrenen Minister und seiner Behörde gab, die Stresemanns ohnehin nicht sonderlich komfortables Standing derart eingeschränkt haben dürften, dass dieser allzu klare Positionierungen in solchen Richtungsfragen vorerst verständlicherweise umschiffen wollte. Dass er im August und September 1923 zunächst noch eher dem Staatssekretär in dessen Einschätzungen und Vorschlägen folgte, lag sicherlich auch aus einer gewissen Nähe zu dessen politischen Vorstellungen auf der Hand. Jedoch sollte Stresemann flexibel genug

⁴³⁶ Vgl. dazu Peter Krüger, Carl von Schubert und die deutsch-französischen Beziehungen, In: Deutschland und Frankreich. Vom Konflikt zur Aussöhnung. Die Gestaltung der westeuropäischen Sicherheit 1914–1963, hrsg. von Stephen A. Schuker unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner, München 2000 (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien; 46), S. 73–96.

⁴³⁷ Siehe etwa *Le Populaire* vom 18.12.1923.

⁴³⁸ Zu Maltzan und seiner Wirkung auf die Entstehung des Rapallo-Vertrages siehe gesondert Niels Joeres, *Der Architekt von Rapallo: Der deutsche Diplomat Ago von Maltzan im Kaiserreich und in der frühen Weimarer Republik*, Heidelberg 2006 [Diss. 2005].

bleiben, um sich schon nach einigen Wochen aus dem keineswegs homogenen Chor der Meinungen und Ideen in der Wilhelmstraße zunehmend jenen Stimmen zuzuwenden, die mit ihm gemeinsam wenig später die ‚deutsche Verständigungspolitik‘ der 1920er Jahre erarbeiten und prägen sollten. Diese Fähigkeit zur Anpassung sowie seine in Ansätzen schon bald zu erkennende Bereitschaft, sich auch in seinen eigenen politischen Vorstellungen neu auszurichten, waren ohne Frage bemerkenswert für einen deutschen Politiker der Weimarer Republik.⁴³⁹

Fürs Erste jedoch bedeutete die Vermeidung einer konkreten Richtlinienentscheidung im Oktober 1923, dass im Auswärtigen Amt mitunter recht unterschiedliche Auffassungen konkurrierten über die Frage, wie man sich ganz generell zu positionieren hatte hinsichtlich der Probleme der Nachkriegsordnung und wie man dabei insbesondere mit Frankreich umzugehen hatte. Besonders heikel war daran der kaum zu vermeidende Eindruck von mitunter auftretender Orientierungslosigkeit respektive Wankelmütigkeit, den man im Inland und vor allem auch im Ausland evozieren musste, wenn sich mal die eine, mal die andere Auffassung zu behaupten schien; so geschehen etwa als Stresemann Verhandlungen mit Paris Anfang Oktober zunächst für gescheitert erklärte, um dann wenige Tage später auf das unerbittliche Drängen Schuberts Hoesch doch noch zu Vermittlungsversuchen anzuweisen. Dass allerdings ausgerechnet der vermeintliche ‚Fehler‘ der Anrufung der Reparationskommission mittelfristig Klarheit bringen sollte darüber, wie sich die deutsche Außenpolitik der nächsten Jahre ausrichten würde und dass sich dabei dann doch noch der Weg Schuberts, Köpkes und Hoeschs durchsetzen sollte, dürfte ein klassisches Beispiel sein für die vielzitierte Ironie des Schicksals.

Mit der Reparationsnote vom 24. Oktober 1923 sind bis heute im Wesentlichen zwei Forschungsdiskussionen verknüpft, die hinsichtlich Intensität und Reichweite zwar bei Weitem nicht den Status anderer historiographischer Debatten zur Zwischenkriegszeit erlangen konnten, die allerdings für eine Bewertung der deutsch-französischen Beziehungen der 20er Jahre alles andere als nebensächlich sind. Beide begannen dabei interessanterweise mit der gleichen Ausgangsfrage: Wie konnte die besagte deutsche Note eigentlich erfolgreich sein? Oder genauer: Wie konnte eine Note, die abgesehen von einer etwas vorsichtigeren Argumentation und achtsamerer Wortwahl eigentlich nur jenen Standpunkt wiederholte, den Berlin in der Reparationsfrage schon seit geraumer Zeit gegen Paris ins Feld führte, nämlich: dass die Zahlungsverpflichtungen die Leistungsfähigkeit des Reiches übersteigen würden, erreichen, dass nur etwas mehr als einen Monat später ein internationaler Sachverständigenausschuss unter Vorsitz des amerikanischen Finanzexperten Charles Dawes einberufen wurde, der bis zum Frühjahr des kommenden Jahres einen gemäßigeren Zahlungsplan und ein Übergangsmoratorium auf den Weg brachte?

⁴³⁹ Vgl. Krüger, Zur Bedeutung des Auswärtigen Amtes für die Außenpolitik Stresemanns, S. 414.

Ein Teil der Antwort, und vermutlich sogar der wesentlichste, ist natürlich schon in der präzisierten Fragestellung vorweggenommen: Die Einberufung einer *internationalen* Expertenkommission ist von Historikern seit jeher – und das auch vollkommen zu Recht – als ein insofern besonders einschneidendes Ereignis der Nachkriegszeit gewürdigt worden, als damit erstmals nach 1920 der strukturierte Versuch unternommen wurde, jene grundsätzlichen Fehler zu korrigieren, die man in der Folge des Versailler Vertrages – Stichwort: Nichtratifikation – gemacht hatte.⁴⁴⁰ Sowohl in London als auch in Washington waren in diesem Zusammenhang nicht erst zur Ruhrkrise – aber dann noch einmal verstärkt – Stimmen aufgekommen, wonach eine weitere Verschärfung der längst an der Grenze zur offenen Konfrontation geführten Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Franzosen nicht mehr nur ein ernsthaftes Risiko für die Region bedeuten müsse, sondern schlimmstenfalls erneut in einem Desaster globalen Ausmaßes enden werde. Das Beunruhigende an dem eigentlich ja altbekannten Problem der deutsch-französischen Gegnerschaft war dabei aus britischer und amerikanischer Sicht, dass es mittlerweile kaum noch einen denkbaren Ausgang des Konflikts gab, mit dem man halbwegs hätte leben können beziehungsweise wollen: Würde zum Beispiel, und danach sah es spätestens seit dem Abbruch des passiven Widerstands aus, ein triumphierendes Frankreich sein vermeintliches Verlangen nach Rhein und Ruhr stillen, musste das vor allem den traditionellen Stabilitätserwägungen der Briten zuwiderlaufen, zumal dann auch zusätzlich zu befürchten stand, dass ein geschwächtes Restdeutschland nicht nur eine gefährliche Destabilisierung Zentraleuropas zur Folge gehabt hätte, sondern vor allem ein geeignetes Ziel darstellen würde für eine von Moskau aus drohende Bolschewisierung des gesamten Kontinents. Auch ein etwaiger deutscher Sieg über die Machtansprüche Frankreichs dürfte aber – für den unwahrscheinlichen Fall, dass sich das Blatt noch einmal in diese Richtung wenden sollte – ähnlich unwillkommen gewesen sein, zum einen weil Briten und Amerikaner ja selbst Reparationsansprüche gegenüber Berlin unterhielten, deren Fortbestand in einem solchen Falle nicht mehr gesichert gewesen wäre, und zum anderen weil man natürlich gleichfalls eine eventuell entstehende deutsche Hegemonie in Europa – nicht erst seit Weltkriegstagen – keinesfalls als eine rosige Aussicht empfinden konnte. Und selbst die dritte denkbare Alternative, die bedeutet hätte, dass die bisher äußerst unproduktiven Streitigkeiten zwischen Paris und Berlin endlos weitergeführt worden wären, weil weder die eine, noch die andere Seite eine definitive Lösung zu ihren Gunsten herbeigeführt hätte, verhiess nichts Gutes: Spätestens seit dem Frühjahr 1923 mehrten sich allerdeutlichste Anzeichen dafür, dass die finanz- und wirtschaftspolitischen Folgen der Ruhrkrise längst nicht auf Deutschland und Frankreich zu begrenzen waren, sondern im größeren Rahmen besorgniserregende Auswirkungen zeigen mussten.⁴⁴¹

⁴⁴⁰ Dazu und zum Folgenden in aller Ausführlichkeit Cohrs, *The Unfinished Peace after World War I*, Kap. 5–7.

⁴⁴¹ Vgl. u.a. Boyce, *The Great Interwar Crisis and the Collapse of Globalization*, S. 127.

Setzt man also – zugegebenermaßen etwas verkürzt – voraus, dass sowohl Briten als auch Amerikaner unter diesen Erwägungen im Verlaufe des Jahres 1923 schlechterdings zu der Einsicht gelangen mussten, dass eine Lösung des Ruhr- und Reparationsproblems im allgemeinen und damit nicht zuletzt in ihrem eigenen Interesse lag, leuchtet ein, dass beide Länder in dieser Zeit entsprechend auch eine wachsende Bereitschaft entwickelten, sich für deren Erreichung einzusetzen.⁴⁴² Noch bevor die Deutschen ihre Note vom 24. Oktober auf den Weg gebracht hatten, war zwischen London und Washington jedenfalls ein reger Austausch entstanden, in dem man sich in groben Zügen darauf verständigte, „to aid in any practicable way to promote recuperation and a re-establishment of economic stability.“⁴⁴³ Man mag zwar kritisieren, dass es für ein solches Engagement fraglos auch vorher schon zahlreiche Gelegenheiten gegeben hätte – wobei dann natürlich auch zu diskutieren wäre, ob deren mehr oder minder bewusstes Auslassen nicht seinen Teil zur deutsch-französischen Eskalationsdynamik beigetragen hat⁴⁴⁴ –, fest steht jedoch: Ohne die angloamerikanische Bereitschaft zur Internationalisierung der Reparationsstreitigkeiten wäre es 1924 in der Folge des Dawes-Plans wohl nicht ohne Weiteres zu jener zeitweiligen europäischen Beruhigung gekommen, die ihrerseits wiederum eine wesentliche Basis nicht nur für die vorübergehende Linderung der innerdeutschen Verhältnisse,⁴⁴⁵ sondern auch für die sich dann weiter anbahnende deutsch-französische Annäherung bilden sollte.⁴⁴⁶

Bleibt jedoch zu klären – und hier beginnen nun die angesprochenen Kontroversen innerhalb der Forschung –, was eigentlich Berlin und Paris jeweils selbst taten dafür, dass eine solche positive Entwicklung möglich sein konnte nach dem 24. Oktober. Mit Blick auf die deutsche Seite führte dabei vor allem die Frage, ob die Regierung Stresemann ihren Reparationsvorstoß planvoll betrieben hatte oder nicht, zu recht unterschiedlichen Bewertungen. Peter Krüger etwa argumentierte, dass sich augenscheinlich bereits im Herbst 1923 in der Wilhelmstraße „eine neue Zielsicherheit der deutschen Außenpolitik“ herauskristallisiert haben musste, deren generelles „Verständnis der internationalen Zusammenhänge“ Stresemann und Maltzan relativ schnell zu der Überzeugung geführt hätte, dass Deutschland in der Reparationsfrage jetzt eigentlich gar nicht viel mehr zu tun brauchte, als zum einen auf die „Vertragsmechanismen“ des Versailler Friedensvertrages zu pochen sowie zum anderen die aufkommenden „englischen und amerikanischen

⁴⁴² Die Literatur dazu ist unermesslich: Zu den Entwicklungen in den USA noch einmal gesondert u.a. Link, *Die Vereinigten Staaten und der Ruhrkonflikt*, bes. S. 45–49; zu den englischen Überlegungen und Bemühungen z.B. Klaus Schwabe, *Großbritannien und die Ruhrkrise*, In: *Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg*, hrsg. von Klaus Schwabe, Paderborn 1985, S. 53–87.

⁴⁴³ So US-Außenminister Charles Hughes an den Gesandten Henry Chilton vom 15.10.1923 in FRUS 1923 II, S. 70.

⁴⁴⁴ Hierzu etwa Sally Marks, *The Myth of Reparation*, In: *Central European History* 11 (1978) 3, S. 231–255.

⁴⁴⁵ Vgl. Winkler, *Geschichte des Westens*, Bd. 2, S. 314.

⁴⁴⁶ Siehe erneut Cohrs, *The Unfinished Peace after World War I*, S. 116f.

Absichten zu unterstützen und alles zu vermeiden, was [diese] zu stören vermochte“.⁴⁴⁷ Ob die Berliner Note aber wirklich mit einem derart zielgerichteten Handeln der Ministeriumsspitze im Auswärtigen Amt zu erklären ist, erscheint insgesamt eher fraglich. Zwar mag man dort in der Tat zumindest halbwegs gut informiert gewesen sein über die wachsende Bereitschaft der Briten und Amerikaner zur Einmischung in die Reparationsfrage; jedoch war man deutscherseits bisher ja schon ein paar Mal verfrühten Hoffnungen auf ein internationales Engagement aufgesessen, so dass sich Maltzans Vorgespräch mit dem englischen Botschafter D’Abernon bezüglich der Aussichten einer etwaigen Anrufung der Reparationskommission⁴⁴⁸ nicht unbedingt als eine vorweggenommene Absprache zur gezielten Aktion gegen Paris werten lässt, sondern vermutlich lediglich eine Art behutsames Vortasten gewesen sein dürfte, mit dem man aus einem gewissen Gefühl der Unsicherheit heraus eruieren wollte, wie Großbritannien auf einen deutschen Schritt reagieren würde. Hundertprozentig zu wissen schien man das jedenfalls nicht: Schubert hatte explizit darauf hingewiesen, dass England zwar ganz offenkundig ‚eingreifen wolle‘ in die deutsch-französischen Probleme, aber leider noch nicht wisse wie, da es im Foreign Office nicht nur ein deutschlandfreundliches Lager gäbe, sondern auch ein frankophiles. Beide „halten sich etwa die Waage“.⁴⁴⁹ Grundlegende Zuversicht in die Erfolgsmöglichkeiten einer kommenden außenpolitischen Initiative in der Reparationsfrage deutete sich in seinen Worten also nicht wirklich an und hätte sich vermutlich auch unmittelbarer niedergeschlagen in Maltzans und Stresemanns internen Ankündigungen der Note, die – wie bereits erwähnt – lediglich darauf verwiesen, dass man sich angesichts der eigenen Haushaltslage von Frankreichs Unnachgiebigkeit zu einem solchen Schritt genötigt sehe und deshalb auch allein Paris die Verantwortung trage für die ‚erwartbaren chaotischen Verhältnisse‘,⁴⁵⁰ die aus diesem Schritt erwachsen würden.

Man muss an dieser Stelle zwar vielleicht nicht so weit gehen wie Werner Weidenfeld, der quasi die Gegenthese zu Krüger vertreten hat, indem er der Reichsregierung im Oktober 1923 „ein[en] gewisse[n] Mangel an integrierender Zielbewußtheit“⁴⁵¹ mithin also puren Aktionismus unterstellte, jedoch scheint der Verdacht nicht unbegründet, dass die Reparationsnote weniger von jenem „neuen Stil der Außenpolitik“⁴⁵² geprägt gewesen sein dürfte, der sich in ihrer Folge zunehmend durchzusetzen vermochte in der Wilhelmstraße, sondern vielmehr einen letzten Versuch darstellte, doch noch irgendwie einen Befreiungsschlag zu landen, indem man den sprich-

⁴⁴⁷ Krüger, Die Außenpolitik von Weimar, S. 223.

⁴⁴⁸ Siehe die Aufzeichnung von StS. Maltzan vom 16.10.1923 in ADAP A VIII, Nr. 191.

⁴⁴⁹ Aufzeichnung Min.Dir. Schubert vom 16.10.1923 in ADAP A VIII, Nr. 191.

⁴⁵⁰ Siehe noch einmal Maltzan an B London und B Rom vom 18.10.1923 in ADAP A VIII, Nr. 193, Anm. 14.

⁴⁵¹ Werner Weidenfeld, Stresemanns Englandpolitik im Spannungsfeld zwischen Kooperation und Konfrontation, In: Gustav Stresemann, hrsg. von Wolfgang Michalka und Marschall M. Lee, Darmstadt 1982 (Wege der Forschung; 539), S. 163–176 [zuerst 1972], hier S. 169.

⁴⁵² Krüger, Die Außenpolitik von Weimar, S. 224.

wörtlichen ‚schwarzen Peter‘ für die Aussichtslosigkeit der gegenwärtigen Situation erneut allein den Franzosen und insbesondere Poincaré zuschob.⁴⁵³ Dagegen, dass diesem Bemühen ein gründlich durchdachtes, neuartiges Konzept zugrunde lag, spricht letztlich auch, dass Stresemann selbst anscheinend im Herbst 1923 zu keinem Zeitpunkt an einen Erfolg der Initiative geglaubt hat. Noch im Dezember bezweifelte er jedenfalls ausdrücklich, dass „es überhaupt Sinn hat, [...] ernsthaft Reparationsverhandlungen zu führen“, da er „annehme, [dass] die politischen Interessen in Bezug auf die Beherrschung des Ruhrgebiets vollkommen prävalieren.“⁴⁵⁴ Eine solche Sichtweise deutet wohl eher darauf hin, dass die Reparationsnote letzten Endes vor allem durch ihre glücklichen und keineswegs kalkulierten Umstände zum Ausgangspunkt der internationalen Entspannung der 20er Jahre werden konnte und nicht aufgrund einer von Berlin tatsächlich antizipierten Entwicklung. Dem entspräche dann auch Klaus Hildebrands grundsätzliches Urteil über Stresemanns Anfangszeit im Auswärtigen Amt, für die man, seiner Einschätzung nach, noch nicht davon reden könne, dass „eine festgefügte Konzeption [...] planmäßig in politisches Handeln umgesetzt worden“ sei. Man müsse sich den Außenminister eher noch als jemanden vorstellen, der zunächst mehr „zusammenhanglos als gezielt, [...] nicht selten bruchstückhafte Teile eines ihm nur vage bewußten oder noch verborgenen Ganzen“ verfolgt habe, dabei jedoch bereits die ein oder andere perspektivisch günstige Entscheidung zu treffen vermochte: „Zuweilen ahnt der Handelnde nur die Folgen dessen, was er tut, und oftmals begleitet ihn nicht einmal eine Ahnung davon.“⁴⁵⁵

Wenn die deutsche Reparationsnote nun aber eben nicht als jener erste symbolträchtige Schritt einer neuen deutschen zielführenden Außenpolitik verstanden werden kann,⁴⁵⁶ sondern eher als die vorerst letzte Maßnahme ihrer zwischen Hoffnung und Verzweiflung schwankenden Vorgängerin, drängt sich umso mehr die direkt anschließende Frage auf: Warum erklärte sich Poincaré bereit, die deutsche Note vor der Reparationskommission verhandeln zu lassen, und gab damit die letztliche Entscheidung über den endgültigen Charakter einer eventuellen Lösung des Reparationsproblems aus der Hand? Die einfachste Antwort darauf wäre natürlich, zu unterstellen, dass Poincaré schlichtweg keine eigene Lösung des Reparationsproblems hätte herbeiführen können, egal was er noch versucht hätte, sondern stattdessen unter dem Druck unüberwindbarer Sachzwänge über kurz oder lang auf einen multilateralen Kurs umschwenken musste.⁴⁵⁷ Bedenkt man die Komplexität der Materie und die verschiedenen bilateralen wie internationalen Rückwirkungen des Themas Reparationen, erscheint eine solche Annahme im Rückblick sogar

⁴⁵³ Siehe Baechler, *Gustave Stresemann*, S. 445f.

⁴⁵⁴ Stresemann an Generalkonsul Karl von Weinberg vom 04.12.1923 in PA AA R 28234k.

⁴⁵⁵ Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 438.

⁴⁵⁶ Dies glaubt hingegen auch Wright, *Gustav Stresemann*, S. 234.

⁴⁵⁷ Vgl. dazu z.B. Cohrs, *The Unfinished Peace after World War I*, S. 118–121.

einigermaßen plausibel, was allerdings keineswegs damit gleichgesetzt werden darf, dass eine derartige Einsicht auch die französische Perspektive in irgendeiner Weise beeinflusst haben muss. Denn für Fragen der Vernunft zeigten sich die deutsch-französischen Beziehungen ja, wie bereits mehrfach thematisiert, traditionell eher unzugänglich. Das Jahr 1923 war dafür in mehrerlei Hinsicht *das* Paradebeispiel: Unter rein rationalen Erwägungen hätte Paris sich ja gar nicht erst auf das Ruhrabenteuer einlassen dürfen! Dass man jenes jetzt nach dem Abbruch des deutschen Widerstandes dennoch für sich entschieden zu haben glaubte,⁴⁵⁸ wird insofern in Paris nur wenig Anlass geboten haben, an dem Erfolg der bisherigen Strategie zu zweifeln oder diese grundsätzlich zu überdenken. Im Gegenteil: Da über die Sonderverhandlungen der MICUM mit der deutschen Industrie in den besetzten Gebieten mittlerweile tatsächlich eine Handhabe gefunden schien, den nach wie vor wirksamen staatlichen Reparationsstopp Berlins zu umgehen,⁴⁵⁹ und da inzwischen sogar die Aussicht darauf bestand, dass die separatistischen Strömungen an der Peripherie des Reiches dessen weitere Widerstandskraft zunehmend unterhöhlen würden,⁴⁶⁰ scheint sich eigentlich eher jener zeitgenössische Eindruck zu bestätigen, wonach Poincaré im Herbst 1923 weitestgehende Handlungsfreiheit und Entscheidungsgewalt besaß über den weiteren Gang der kontinentaleuropäischen Geschehnisse;⁴⁶¹ Jacques Bariéty brachte es mit der Formulierung auf den Punkt: Eigentlich „hielt Poincaré alle Fäden noch in der Hand.“⁴⁶² Dieses Bild der Stärke können auch Hinweise auf etwaige finanzpolitische Nöte Frankreichs – den Wertverlust des Franc beispielsweise und dessen Rückwirkungen auf die öffentliche Meinung⁴⁶³ – nur bedingt trüben, da deren Folgen eigentlich erst im Januar 1924 größere Bedeutung erlangten.⁴⁶⁴ Und auch eine sich in den britisch-amerikanischen Absprachen andeutende internationale Isolierung der Pariser Politik⁴⁶⁵ dürfte zwar nicht unbedingt völlig belanglos gewesen sein in Poincarés Augen,⁴⁶⁶ jedoch war sie längst kein neues Phänomen mehr und hatte – bisher jedenfalls – nie sonderlichen Eindruck gemacht auf den französischen Ministerpräsidenten.

Umso erstaunlicher, dass er sich Ende Oktober, Anfang November – offenbar weitestgehend freiwillig – auf eine Entwicklung einließ, an deren Schluss nicht nur der Dawes-Plan stehen sollte, sondern auch jenes von der Forschung viel beachtete ‚Ende der französischen Vorherrschaft in Europa‘ (Stephan A. Schuker), das man Poincaré mitunter als seine eigene, ganz persönliche Nie-

⁴⁵⁸ Vgl. Kolb, Die Weimarer Republik, S. 60.

⁴⁵⁹ Dazu u.a. Keiger, Raymond Poincaré, S. 304.

⁴⁶⁰ Zur französischen Unterstützung der Separatisten Jeannesson, Poincaré, la France et la Ruhr (1922–1924), S. 333.

⁴⁶¹ Siehe z.B. noch einmal Hoesch an AA vom 21.09.1923 in ADAP A VIII, Nr. 158.

⁴⁶² Bariéty, Die französische Politik in der Ruhrkrise, S. 23.

⁴⁶³ Vgl. Blessing, Der mögliche Frieden, S. 127f.

⁴⁶⁴ So berechtigterweise Bariéty, Les relations franco-allemandes après la Première Guerre Mondiale, S. 265.

⁴⁶⁵ Siehe Baechler, Gustave Stresemann, S. 447.

⁴⁶⁶ Vgl. Jeannesson, Poincaré, la France et la Ruhr (1922–1924), S. 302.

derlage ankreidete.⁴⁶⁷ Eine solche Bewertung rührt natürlich nicht zuletzt daher, dass die augenscheinlich im Moment des Aufrollens der Reparationsfrage einsetzende Entwicklung der Jahre 1924/25 und die darin inbegriffene Entstehung einer deutsch-französischen Annäherung nicht so recht passen wollen zu jenem Bild, das man typischerweise von Poincarés politischer Vorstellungswelt und überhaupt von ihm gewonnen hatte: streng nationalistisch, überpatriotisch, hochgradig antideutsch. Diese Persönlichkeitsschablone, die gleichwohl keineswegs frei erfunden war, trug offenbar ihren Teil dazu bei, dass Historiker später – bis auf einige wenige Ausnahmen – vor allem ‚realpolitisch motivierte Zwänge‘ als Begründungen herangezogen haben für jenes Ja Poincarés zur Internationalisierung der Reparationsfrage 1923 und andere Erklärungen praktisch vor vornherein ausschlossen. Bei seiner schon sprichwörtlichen Unnachgiebigkeit hätte sich Poincaré doch nie aus freien Stücken zu einem Schritt bereitgefunden, so glaubte man, von dem er hätte wissen müssen oder wenigstens ahnen können, dass er ihn und die *Grande Nation* aller bisherigen Machtmittel auf dem europäischen Kontinent beraubt; ihn übrigens ganz wörtlich, denn im Mai des folgenden Jahres verlor er noch vor Beginn der erneuten Londoner Reparationskonferenz, die den Dawes-Plan institutionalisierte, die französischen Parlamentswahlen.

Erst in den letzten Jahren ist eine gewisse historiographische Tendenz zum Tragen gekommen, die im Gegensatz dazu Poincarés langem politischen Leben – bereits 1887 zog er in die *Chambre des députés* ein – zumindest insofern eine etwas ausgewogenere Beurteilung zuteilwerden zu lassen versuchte, als man die beinahe zwangsläufige Häufung von Streitbarem, mitunter auch Widersprüchlichem in seiner politischen Vorstellungswelt nicht mehr allein als Argument gegen ihn und seine sicherlich nicht ganz einfache Persönlichkeit ins Feld führte,⁴⁶⁸ sondern eher aus den jeweiligen Zeitläufen der wechselvollen Geschichte des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts zu erklären suchte⁴⁶⁹ – eine Tendenz im Übrigen, die deutscherseits in der Bewertung Gustav Stresemanns bereits deutlich früher tonangebend war. Damit kam man dann zumindest teilweise auch von jenem Bild weg, das schon die deutsche Öffentlichkeit der 20er Jahre nur allzu gerne pflegte von Poincaré: dem Bild eines zwanghaft aggressiven Mannes, mit dem man aufgrund von charakterlichen Dispositionen und wegen seiner tiefverwurzelten Unversöhnlichkeit gegenüber dem Reich niemals zu Dialogen, geschweige denn zu Fortschritten kommen hätte können und für den der Dawes-Plan eigentlich die ‚Zerstörung seines Lebenswerkes‘ war.

Sucht man nun unter Außerachtlassung dieser Schablone – also auch unter Ausschluss der alles in allem etwas befremdlichen Annahme, dass allein schon die Ermöglichung einer internationalen Lösung der Nachkriegsprobleme aus französischer Perspektive etwas per se Nachteiliges

⁴⁶⁷ So etwa Marks, *The Myth of Reparation*, S. 246.

⁴⁶⁸ Dazu etwa Adamthwaite, *France, Germany and the Treaty of Versailles*, S. 82: „Poincaré had three defects: a cold, shy withdrawn manner; an inability to delegate and to listen to advice; thirdly a lack of judgement“.

⁴⁶⁹ Wesentlich hier Keiger, *Raymond Poincaré*, passim.

gewesen sein *musste* 1923/24, zu dem man jemanden wie Poincaré nur *zwingen* konnte – nach denkbaren ‚positiv motivierten Gründen‘ für die Entscheidung des Pariser Ministerpräsidenten, dem deutschen Ersuchen um Überprüfung der Leistungsfähigkeit nachzugeben, erweist sich ein möglicher Anhaltspunkt als besonders stark; auch weil er die Frage aufwirft, ob nicht schon viel früher eine Lösung der Probleme eben auch *mit* Poincaré denkbar gewesen wäre: Noch bevor die deutsche Note vom 24. Oktober öffentlich wurde, hatten Briten und Amerikaner begonnen, in Paris vorzufühlen,⁴⁷⁰ ob es nicht eventuell eine Möglichkeit gäbe, jenen Vorschlag des USAußenministers Charles Hughes aus dem Dezember 1922 noch einmal zu erörtern, mit dem dieser damals zur Abwendung der anstehenden Ruhrbesetzung angeregt hatte, Sachverständigen die endgültige Entscheidung darüber zu überlassen, wie hoch respektive niedrig die deutsche Zahlungsfähigkeit anzusetzen sei und wie man daraus einen Reparationsplan ableiten könne.⁴⁷¹ In gewisser Parallelität zu den Ereignissen damals zeichnete sich allerdings auch jetzt wieder ab, dass Poincaré zu einem solchen Schritt nur bereit sein würde, wenn man bei dieser Gelegenheit gleich auch jenes andere Thema aufs Tableau internationaler Konsultationen brächte, das aus französischer Perspektive bekanntermaßen unmittelbar verbunden war mit der Reparationsfrage: die interalliierten Kriegsschulden.⁴⁷² Zur Verwunderung nicht nur des Ministerpräsidenten schien man dazu von Seiten Londons und Washingtons dieses Mal jedoch sogar bereit zu sein.⁴⁷³ Als sich dies abzeichnete, ergriff Poincaré sofort die Initiative und ließ den früheren Verbündeten ausrichten, dass die Franzosen, „comme nous l’avons toujours dit“, bereitstünden für ein gemeinsames „examen général du problème des réparations [...] [et] des dettes de guerre“.⁴⁷⁴ Die Geschäftigkeit, die nach diesem Telegramm in Paris einsetzte und mit der Poincaré gewissermaßen aus „der Idee des Gutachtens [...] eine französische Initiative zu machen“⁴⁷⁵ versuchte – im Übrigen schon einen Tag *bevor* die Reparationsnote der Deutschen an die Öffentlichkeit ging –, mag zwar auf den ersten Blick ein wenig verwundern, könnte aber auf den zweiten tatsächlich auch andeuten, dass Poincarés generelle außenpolitische Vorstellungen nicht so unwiderruflich auf Konfrontation angelegt gewesen sind, wie man ihm mitunter unterstellte.

Vor allem John Keiger hat die Geschehnisse um die Entstehungsgeschichte des Dawes-Komitees deshalb zum Anlass genommen,⁴⁷⁶ zu argumentieren, dass der französische Ministerpräsident in seiner 18 Monate währenden Amtszeit vor allem gehofft habe, Lösungen der ganz

⁴⁷⁰ Siehe dazu und zum Folgenden ausführlich Weill-Raynal, *Les réparations allemandes et la France*, Bd. 2, Kap. XXXVIII.

⁴⁷¹ Auszüge der sogenannten ‚New-Haven-Rede‘ finden sich in FRUS 1922 II, S. 199–202.

⁴⁷² Dazu erneut Artaud, *Reparations and War Debts*, passim.

⁴⁷³ Vgl. Winkler, *Geschichte des Westens*, Bd. 2, S. 314f.

⁴⁷⁴ Poincaré an Laboulaye (London) vom 24.10.1923 in MAE PAAP 118, 8.

⁴⁷⁵ Bariéty, *Die französische Politik in der Ruhrkrise*, S. 23.

⁴⁷⁶ Hierzu und zum Folgenden Keiger, *Raymond Poincaré*, S. 310f.

offensichtlichen Nachkriegsprobleme finden zu können. Dass einige seiner Entscheidungen zur Erlangung dieses Ziels, der Einmarsch ins Ruhrgebiet etwa, nicht unbedingt als Bewerbung für eine Friedenspreis taugen, stimme zwar, jedoch – und in diesem Punkte ist Keiger absolut beizupflichten – habe Poincaré bei der Wahl seiner Mittel natürlich nicht im luftleeren Raum gehandelt: Er hatte ebenso innenpolitische Strömungen und Interessensgruppierungen zu berücksichtigen, wie auf die britisch-amerikanische Distanz nach Versailles oder die – aus Pariser Sicht allemal – abenteuerliche Außenpolitik des Reiches nach 1919 zu reagieren. Dass seine Politik währenddessen am nationalen Interesse Frankreichs ausgerichtet blieb, unterschied ihn freilich kein bisschen von anderen Staatsmännern der Zeit, dass er Fehler machte, eigentlich auch nicht. Die offenbar prinzipiell vorhandene Bereitschaft, Lösungsmöglichkeiten zu ergreifen wie eben Ende Oktober 1923 – wenn an diesem Punkt sicherlich auch erheblich begünstigt durch das eigene Stärkegefühl⁴⁷⁷ –, hat Keiger zu der Bemerkung veranlasst, dass sich Poincaré von seinen – für ihre späteren europäischen Verständigungsbemühungen hoch gelobten – Nachfolgern eigentlich nicht sonderlich unterschieden habe. Seine Politik habe den Weg nach Locarno letztlich genauso geebnet beziehungsweise mitgestaltet wie etwa die Politik Briands oder Herriots, die allerdings, nicht zuletzt durch den Dawes-Plan, eine deutlich bessere Grundlage gehabt hätten als ihr Vorgänger.⁴⁷⁸ Ob Poincaré dieses Fundament unter Umständen sogar ganz bewusst und gezielt legen wollte,⁴⁷⁹ bleibt natürlich am Ende Spekulation. Er selbst scheint jedenfalls sogar einen gewissen Stolz entwickelt zu haben für seinen Anteil an der Herausbildung einer deutsch-französischen Verständigungspolitik: Ohne die Ruhraktion wäre, das würde Poincaré später nicht müde zu betonen, alles sicherlich ganz anders gekommen.⁴⁸⁰

Eine der Folgen, die Poincaré ganz sicher nicht im Sinn und vermutlich auch nicht im Blick hatte bei seiner Entscheidung, die Reparationsfrage jetzt doch Sachverständigen vorzulegen im Herbst 1923 und damit zumindest ein Stück weit aus der eigenen Hand zu geben, war die deutliche Abkühlung seines Kontakts zu Hoesch unmittelbar im Anschluss daran. Der deutsche Geschäftsträger reagierte im Nachgang der Entwicklungen der letzten Oktobertage, die ihn zum einen natürlich überrascht haben dürften, ihm allerdings zum anderen auch sauer aufstoßen mussten, weil sie seine vorherigen Eingaben an das Auswärtige Amt gehörig konterkarierten, merklich verschnupft. Dies zeigte sich etwa darin, dass die Berichte, die in den folgenden Wochen aus Paris einliefen in der Wilhelmstraße eine spürbare Veränderung im Ton aufwiesen und

⁴⁷⁷ Dazu Bariéty, *Die französische Politik in der Ruhrkrise*, S. 23.

⁴⁷⁸ Noch einmal Keiger, *Raymond Poincaré*, S. 311.

⁴⁷⁹ In diese Richtung argumentiert in Anlehnung an Keiger Blessing, *Der mögliche Frieden*, S. 136f.

⁴⁸⁰ Vgl. den ausführlichen Bericht zu den verschiedenen öffentlichen Äußerungen und Auftritten Poincarés 1925/26 von Hoesch an AA vom 19.01.1926 in PA AA R 70493.

dass sie Poincaré jetzt deutlich kritischer beurteilten als noch in den Monaten zuvor. Hatte er etwa am 23. Oktober seine bekannte Ansicht vertreten, wonach die „gewünschte Beilegung des gegenwärtigen Konfliktzustandes nur durch ein restloses Nachgeben Deutschlands erreicht werden“⁴⁸¹ könne, warnte er eine Woche später vor dem Hintergrund der plötzlichen Bereitschaft Paris’ zu einer internationalen Überprüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit vor einer „Überschätzung des taktischen Manövers der französischen Regierung“, das sie lediglich „vor der Welt als von gutem Willen beseelt“ darstellen sollte, dann aber Ergebnisse zeitigen werde nach dem Motto: „La Commission des réparations, c’est nous“.⁴⁸² Am 5. November legte Hoesch sogar noch einmal energischer nach. Poincaré befinde sich aufgrund „französischer Isolierung“ offenkundig in einer diplomatischen Klemme, die er durch öffentlichkeitswirksame Aktionen zu durchbrechen suche. Diese Ablenkungs- und Verschleierungstaktik könne schlimmstenfalls dazu führen, dass „französischer Rachsucht und Raublust endgültig alle Wege geöffnet werden“.⁴⁸³

Nach allem, was bisher über Hoesch gesagt worden ist, dürfte allein an der veränderten Stilistik deutlich zu erkennen sein, dass etwas im Argen lag. Denkbar ist natürlich, dass Hoesch Poincarés vermeintlichen Meinungsumschwung – als einen solchen nahm er die Ereignisse um die Reparationsnote jedenfalls wahr – tatsächlich als Grund ansah, seine bisherige Haltung gegenüber der französischen Außenpolitik zu überdenken. Gegen eine solche Annahme spräche allerdings alles, was sich 1924 und 1925 unter Hoeschs unmittelbarem Einsatz entwickeln sollte – erwähnt sei noch einmal seine baldige Forderung nach einer ‚innigen Interessensverflechtung‘ – und auch dass Hoesch eigentlich bereits spätestens ab Mitte Dezember hinsichtlich Auffassung und Tonfall wieder auf seine frühere, insgesamt viel bedachtere Position zurückkehren sollte, freilich ohne dass man dafür einen besonderen äußeren Anlass ausmachen kann. Insofern liegt die Vermutung nah, dass weniger sachliche, als vielmehr persönliche Gründe die Perspektive des Geschäftsträgers im Herbst 1923 für einen Zeitraum von etwa sieben bis acht Wochen getrübt haben dürften. Dabei spielte sicherlich eine besondere Rolle, dass sich Hoesch mit Blick auf Poincaré von diesem jetzt gewissermaßen getäuscht fühlen konnte oder sogar musste, schließlich hatte der Ministerpräsident in den persönlichen Gesprächen im Oktober ihm gegenüber eine deutlich andere Haltung zu erkennen gegeben, als er sie dann im Umgang mit der Reparationsnote und den britisch-amerikanischen Gesprächsinitiativen jetzt tatsächlich an den Tag legte. Dieses „Preisgeben des mir gegenüber schroff betonten Standpunktes“⁴⁸⁴ musste, gerade aus der Perspektive Hoeschs, fraglos eine gewisse Belastung darstellen des – soweit man das schon so sagen konnte – Vertrauensverhältnisses beider Männer.

⁴⁸¹ Hoesch an AA vom 23.10.1923 in PA AA R 70488.

⁴⁸² Hoesch an AA vom 30.10.1923 in ADAP A VIII, Nr. 216.

⁴⁸³ Hoesch an AA vom 05.11.1923 in ADAP A VIII, Nr. 229.

⁴⁸⁴ Hoesch an AA vom 29.10.1923 in PA AA R 28233k.

Verstimmender dürfte jedoch vielleicht sogar noch ein anderer Punkt gewirkt haben: Poincarés Richtungswechsel hatte natürlich quasi zwangsläufig auch Rückwirkungen auf Hoeschs eigenes Standing im Auswärtigen Amt und damit unmittelbar auch auf die künftigen Möglichkeiten seiner Arbeit in Paris. Zwar gab es zunächst keine direkten Anzeichen dafür, dass es jetzt – etwa mit Maltzan, dessen Unterstützung der Note für die Reparationskommission sich mittlerweile ja als Volltreffer zu erwiesen haben schien – zu erneuten Disputen gekommen war über die generelle Ausrichtung der Wilhelmstraße. Das kann aber auch daran gelegen haben, dass Hoesch für den Moment ganz offensichtlich alle Argumente gegen sich sah – eine insgesamt sicherlich nicht ganz einfache Situation. Es konnte den deutschen Geschäftsträger jedenfalls nicht völlig ungerührt lassen, dass er sich nicht nur nicht hatte durchsetzen können mit seiner Auffassung über die richtige Vorgehensweise in der Ruhr- beziehungsweise Reparationsfrage, sondern auch dass die von ihm bislang vertretenen Ansichten über Ausrichtung und Ziele der französischen Politik scheinbar völlig falsch gewesen waren. Ohne daraus jetzt eine etwaige Charakterschwäche im Umgang mit Niederlagen beziehungsweise Rückschlägen konstruieren zu wollen, könnte Hoeschs Unmut über diese Punkte eine gewisse Erklärungskraft dafür haben, warum er in seinen Berichten der nächsten Zeit jetzt immer wieder vor allem darauf abhob, dass es sich bei Poincarés Vorgehen a.) vermutlich nur um ein Taktieren und b.) um ein von äußerem Druck diktiertes Tun handelte. Beide Punkte unterstrichen natürlich, erst recht im Zusammenspiel, dass Hoesch eben doch nicht völlig falsch gelegen hatte mit seinem Urteil, sondern schlicht unvorhersehbare Umstände eingetreten waren, die jetzt eine Neubewertung verlangen würden; wobei er, nebenbei bemerkt, natürlich auch auf die Interpretation hätte kommen können, dass der von ihm ja erkannte Wunsch Poincarés nach Reparationen vielleicht den entscheidenden Ausschlag gegeben hatte zu dem Pariser Entschluss, diese jetzt möglicherweise international abzusichern. Wie dem auch sei: Es ist jedenfalls sicher nicht ganz bedeutungslos, dass Hoesch am 29. Oktober ein entsprechendes Schreiben an die Wilhelmstraße richtete, das vor voreiligen Schlüssen warnte:

„Wir sollten uns hüten[,] [...] [einen] Triumph über [das] Zurückweichen Poincarés erkennen zu lassen[,] und [...] vermeiden, ihm etwa höhnisch seine früheren Erklärungen vorzuhalten.“⁴⁸⁵

Spätestens beim zweiten Lesen wird deutlich, dass dieser Satz durchaus auch auf Hoeschs eigene Rolle bezogen werden konnte. Nicht vom professionellen Standpunkt aus natürlich, aber doch zumindest vom menschlichen, erscheint es nicht vollkommen unplausibel, dass Hoeschs vermeintliche Niederlage im Richtungsstreit um die künftige außenpolitische Ausrichtung des Auswärtigen Amtes, die ja nur von kurzer Dauer sein sollte, seine generelle Einstellung gegenüber Poincaré verschlechterte.

⁴⁸⁵ Hoesch an AA vom 29.10.1923 in PA AA R 28233k.

Ganz und gar professionell verhielt Hoesch sich allerdings weiterhin mit Blick auf jenen Teil seiner Aufgaben im Tätigkeitsfeld praktischer Außenpolitik, der in den kommenden Wochen besonders wichtig werden sollten. Zwischen der Einreichung der deutschen Note an die Reparationskommission am 24. Oktober, der dort – im Übrigen von ihrem französischen Vorsitzenden Louis Barthou – beantragten Bildung eines Sachverständigenremiums am 13. November, deren Einsetzung am 30. November und erster Sitzung am 14. Januar sowie der Präsentation der erarbeiteten Empfehlungen Dawes' am 9. April lag natürlich vor allem eins: viel Zeit. Die entscheidende Londoner Konferenz mit den entsprechenden politischen Beschlüssen folgte sogar erst Sommer 1924.⁴⁸⁶ Weil man unterdessen – zumindest bis ins Frühjahr – im Wesentlichen darauf angewiesen war, darauf zu warten, zu welchen Ergebnissen die Expertenberatungen kommen würden, bot sich darüber hinaus natürlich nur wenig Raum für etwaige außenpolitische Vorstöße oder konzeptionelle Initiativen. Sehr wohl kam es in dieser Zeit allerdings darauf an, nicht nur alles zu verhindern, was den Prozess einer internationalen Lösungsfindung in der Reparationsfrage irgendwie behindern hätte können – und da gab es ja gerade in den auf jede Kleinigkeit bedachten Öffentlichkeiten Deutschlands und Frankreichs reichlich Zündstoff –, sondern vielleicht sogar direkt durch „Bemühungen um [eine] Besserung [der] Atmosphäre“⁴⁸⁷ zu unterstützen.

Beiden Aufgaben wandte sich Hoesch in den nächsten Wochen zu, sowohl im Großen als auch im Kleinen: Während er beispielsweise die Berliner Verantwortlichen dazu mahnte, die mitunter schwierigen Gespräche zwischen Paris, London und Washington zur Klärung des weiteren Prozedere nicht durch unüberlegtes Handeln in eine unliebsame Richtung zu lenken, etwa indem man die Gefahr eines „neu erwachsenden Mißtrauens gegenüber Deutschlands Friedfertigkeit“⁴⁸⁸ unterschätze, bemühte er sich hinter den Kulissen kleine Streitigkeiten zu schlichten oder wenigstens zu beruhigen, wie sie in den vergangenen Jahren nach altbewährten Konfliktmuster immer wieder zu großen Irritationen geführt hatten. Potenzielle Streitpunkte gab es genug: So war beispielsweise in der Nähe des kleinen Örtchens Wiesholz an der deutsch-schweizerischen Grenze ein französischer Spion aufgegriffen worden, dessen Verhaftung – angeblich sogar auf Schweizer Boden – Paris dazu veranlasste, eine entsprechende Haftgeiselnahme im besetzten Gebiet anzudrohen, um dessen Freilassung zu erwirken.⁴⁸⁹ Als man dann am 30. November tatsächlich den Senatspräsidenten des Düsseldorfer Oberlandesgerichts, Hugo Lenzberg, inhaftierte, drohte natürlich sofort eine nationalistische Entrüstungswelle aufzubranden, der sich eine mitunter noch

⁴⁸⁶ Einen detaillierten Überblick über die Entwicklung der Reparationsfrage in dieser Zeit geben bspw. Krüger, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, S. 218–247 und Cohrs, *The Unfinished Peace after World War I*, Kap. 9.

⁴⁸⁷ Hoesch an AA vom 02.12.1923 in PA AA R 28234k.

⁴⁸⁸ Hoesch an AA vom 05.11.1923 in ADAP A VIII, Nr. 229.

⁴⁸⁹ Siehe dazu Min.Dir. Köpke an B Bern vom 25.11.1923 in PA AA R 28233k.

immer von der Hoffnung auf eine ‚aktive deutschen Außenpolitik‘⁴⁹⁰ geprägte Presselandschaft nur allzu gern angenommen hätte. Zumindest gelang es aber – Hoesch sprach ausführlich mit dem zuständigen Sous Directeur im Quai d’Orsay⁴⁹¹ –, wenn schon keine Einigung in der Sache zu erzielen, so doch öffentliche Protestkundgebungen, zumal von offizieller Seite, zu verhindern, die die gegenwärtige Lage aller Voraussicht nach nur hätten verschlimmern können.

Ähnlich glimpflich verlief ein deutlich bekannterer Fall, der die Forschung weniger mit Blick auf eine mögliche öffentliche Wirkung interessiert hat, sondern eher weil er Rückschlüsse zu geben scheint auf Gustav Stresemann, der dem preußischen Kronprinzen 1923 – jenem, dem er auch 1925 den angesprochenen Brief bezüglich des Vorgehens gegen den ‚französischen Würgers‘ schicken sollte – die bereits seit geraumer Zeit im Raum stehende Wiedereinreise nach Deutschland gewährte.⁴⁹² Unabhängig von den Fragen, welchen Sinn eine solche Rückkehr machte oder nicht, und ob damit überhaupt irgendeine Absicht verbunden war, bedeutete ein solcher Schritt natürlich ein unbestreitbares außenpolitisches Risiko. Gleichwohl man sich mit Wilhelm darauf verständigte, dass dieser unpolitisch und vor allem in Schlesien bleiben würde, waren Irritationen im Ausland fast zwangsläufig. Wie Hoesch aus Paris mitteilte, kursierten in der französischen Hauptstadt entsprechend relativ schnell Gerüchte, Poincaré könne die Auslieferung des Kronprinzen verlangen und dabei sogar etwaige Sanktionen in Form von weiteren Gebietsbesetzungen androhen.⁴⁹³ Auch hier gelang es Hoesch allerdings, aus der schwierigen Situation noch die „erträglichste Lösung, die nach Umständen möglich war“,⁴⁹⁴ zu unterstützen: Nachdem Poincaré, womöglich ja selbst an keiner Gefährdung des Zustandekommens des Sachverständigengutachtens interessiert, sich nach den ersten geglätteten Wogen wieder zurückhaltender zeigte, beließ es die in Paris ansässige Botschafterkonferenz – eine ebenfalls auf den Versailler Vertrag zurückgehende Institution, gedacht vor allem zur Abstimmung der vormaligen Siegermächte untereinander⁴⁹⁵ – nach verschiedenen Vorgesprächen, die Hoesch eifrig in deren Umfeld führte, bei der Abfassung einer im Ton relativ gemäßigten Protestnote, welche – in der Einschätzung Hoeschs – die „Kronprinzenfrage [...] sozusagen begraben“ sollte. Der Geschäftsträger fügte hinzu, er „hoffe, daß [die] Reichsregierung meinem in diesem Punkte etwas selbständigen Vorgehen, das diese Lösung ermöglichte, zustimmen wird.“⁴⁹⁶

⁴⁹⁰ So etwa Anonymus, Aktive Außenpolitik!, *Gewissen* vom 03.12.1923.

⁴⁹¹ Siehe Hoesch an AA vom 02.12.1923 in PA AA R 28234k.

⁴⁹² Vgl. Wright, Gustav Stresemann, S. 236–241.

⁴⁹³ Hierzu Hoesch an AA vom 15.11.1923 in ADAP A VIII, Nr. 247.

⁴⁹⁴ Hierzu Hoesch an AA vom 23.11.1923 in ADAP A IX, Nr. 15.

⁴⁹⁵ Ausführlich dazu Jürgen Heideking, Areopag der Diplomaten. Die Pariser Botschafterkonferenz der alliierten Hauptmächte und die Probleme der europäischen Politik 1920–1931, Husum 1979 (Historische Studien; 436) [Diss. Tübingen 1978].

⁴⁹⁶ Hierzu Hoesch an AA vom 23.11.1923 in ADAP A IX, Nr. 15.

Dass man Hoeschs ‚selbstständiges Handeln‘ tatsächlich tolerieren sollte in Berlin, auch zu dieser Zeit schon, mag darauf hindeuten, dass man trotz der Differenzen bezüglich der Reparationsnote weiterhin ein solides Vertrauen in den Geschäftsträger und seine Arbeit hatte, auch wenn Hoesch natürlich nach den Ereignissen der letzten Monate erwartungsgemäß nicht zu jenem Kandidatenkreis zählte, den Stresemann sich für den möglicherweise wiederzubesetzenden Botschafterposten zurechtgelegt hatte.⁴⁹⁷ Um derlei vorstellbar zu machen, bedurfte es erst einer Art Feuertaufe, die den Gesandten wieder dichter an die Ministeriumsspitze heranführen sollte, was nicht zuletzt durch Schuberts wachsenden Einfluss in der Wilhelmstraße vermutlich irgendwann sowieso passiert wäre, aber – wie so oft – besonders nachhaltig werden konnte durch eine gemeinsam durchlebte Krise. Dass es ausgerechnet Hoesch selbst war, der für diese gewissermaßen teambildende Erlebnis sorgen sollte, indem er jenen Eklat auslöste, den man eigentlich so tunlichst zu vermeiden versuchte zum Jahreswechsel 1923/24, war natürlich nicht ohne Ironie.

Die Affäre ‚Dixmuiden‘, die kein bilateraler oder gar internationaler Skandal gewesen ist, sondern vor allem ein innenpolitischer, kann dabei sicherlich als Musterfall dienen, um einen Eindruck davon zu gewinnen, unter welchen schwierigen Bedingungen Diplomatie, zumal auf Verständigung ausgerichtete, im Spannungsfeld der zur Selbstverständlichkeit gewordenen deutsch-französischen Feindseligkeit zu bestehen hatte; Feindseligkeit, in der außenpolitische Behutsamkeit zu Verunglimpfungen von innen und innenpolitische Rücksichtnahme zu außenpolitischen Verwerfungen führten, in der jedes noch so rational begründete Zugewand auf den Gegenüber zur ‚nationalen Schande‘ umgedeutet werden konnte und in denen es trotz aller objektiven Notwendigkeit zur – wenn schon nicht rein deutsch-französischen, so doch zumindest europäischen – Verständigung nur Nichtigkeiten brauchte, um dem Irrationalen Einfallstore zu bieten.

Die Nichtigkeit in diesem konkreten Fall war ein kurzer Besuch Hoeschs am Silvesterabend 1923 bei einem Mitarbeiter Poincarés im Quai d’Orsay, Emmanuel Peretti de la Rocca, den der Geschäftsträger noch eingerichtet hatte, um angesichts des seit einige Tagen vermissten Luftschiffes Dixmuiden und ihres mittlerweile zu befürchtenden Absturzes das ‚Beileid deutscher Regierung wegen Katastrophe‘ auszurichten. Zudem habe er, so berichtete Hoesch nach Berlin, ‚dabei [die] Hoffnung geäußert, daß vielleicht noch einige Menschenleben gerettet‘⁴⁹⁸ werden könnten. Was dieser zunächst eher unbedeutend scheinende Angelegenheit ihre Brisanz verlieh, war, das wusste auch Hoesch, der Umstand, dass es sich bei der Dixmuiden um ein ‚[e]hemaliges, deutsches Zeppelin-Luftschiff‘ handelte, das im Zuge des Versailler Vertrages in französisches Eigentum übergegangen war. Zudem war sie – auch das heikel – nicht in rein ziviler Mission unterwegs, als sie noch ‚vor Weihnachten mit 50 Personen Besatzung – darunter zahlreiche Offi-

⁴⁹⁷ Siehe Aufzeichnung Stresemanns vom 11.12.1923 in ADAP A IX, Nr. 48.

⁴⁹⁸ Hoesch an AA vom 31.12.1923 in PA AA R 70488.

ziere [des] Generalstabs und der Marine – zu grosser Luftrundreise nach Algier und Tunis“ aufgebrochen war. Auf dem Weg dorthin galt sie „seit mehreren Tagen [als] verschwunden“, als Hoesch am 28. Dezember nach Berlin meldete, dass ihm unter diesen Bedingungen, falls sich der vermutete Absturz bestätigt, ein „diskret[er] Ausdruck [des] Beileids [der] deutscher Regierung bei französischer Regierung geboten“ erscheine. Im Wissen um die Implikationen in diesem konkreten Fall bat er allerdings das Auswärtige Amt ausdrücklich um eine „Ermächtigung“⁴⁹⁹ zu einem solchen Schritt, die anscheinend unmittelbar telefonisch gewährt wurde.⁵⁰⁰ Zwei Tage später bedankte sich Margerie in Berlin im Namen Poincarés bei Schubert für Hoeschs Beileidsbekundungen⁵⁰¹ und Hoesch beschrieb aus Paris, dass man momentan einen recht guten Eindruck von den deutsch-französischen Beziehungen haben müsse. Staatspräsident Millerand habe bei seiner Neujahrsrede – gerade im Kontrast zu der Rede zwölf Monate zuvor – sogar schon „de la réconciliation et de la paix définitives“⁵⁰² gesprochen. Die Aussichten schienen besser denn je, sogar die etwas heikle „Beileidsdémarche war aussenpolitisch unzweifelhaft eine glückliche Aktion“.⁵⁰³

Die Gefahr jedoch, dass es zu irgendwelchen Problemen mit besagter Beileidserklärung kommen könnte, war bei Weitem noch nicht gebannt. Schon am 3. Januar legte die in Berlin erscheinende Zeitung *Der Tag* Wert auf die Feststellung, dass es ja schön und gut sei, wenn Geschäftsträger Hoesch das Mitleid der Regierung ausgedrückt habe in Paris, nur sei die deutsche Bevölkerung „gegenüber den Franzosen nicht in Beileidsstimmung, sondern empfindet durchaus das Gegenteil, und zwar berechtigterweise.“ Der Luftkreuzer,

„den man uns kraft erpreßten Vertrages gestohlen hat, ist untergegangen. Wir wünschen von ganzem Herzen, daß alle französischen Luftkreuzer, Kanonen, Maschinengewehre usw., die zu keinem anderen Zwecke als zur Vergewaltigung des der deutschen Rechte und zur brutalen Quälerei deutscher Menschen gehalten werden, ebenso in der tiefste See ersaufen möchten.“

Diesen Worten, die freilich schon von ihrer Anlage her erkennen lassen, dass es auf der realpolitischen Ebene Ende 1923, Anfang 1924 zwar zaghafte Fortschritte im deutsch-französischen Verhältnis gegeben haben mag, dass davon allerdings in den Öffentlichkeiten selbst noch nicht unbedingt viel angekommen war, folgte jene bereits thematisierte, zwischen Skepsis und Verachtung schwankende Generalkritik an der diplomatischen Sphäre an sich:

„Warum machen wir uns in der Diplomatie solche Mätzchen vor! [...] Deswegen braucht sich Herr von Hoesch nicht den Zylinder aufzusetzen und im Namen des Deutschen Reiches, im Namen des deutschen Volkes an der Tür des gar nicht sentimentalen Herrn Poincaré seine Kondolenz zu stammeln. Man versteht eben als Mensch mit

⁴⁹⁹ Hoesch an AA vom 28.12.1923 in PA AA R 70488.

⁵⁰⁰ Die Notiz über den Besuch bei Peretti beginnt mit „im Anschluß an heute Telephoniertes“. Siehe Hoesch an AA vom 31.12.1923 in PA AA R 70488.

⁵⁰¹ Aufzeichnung Min.Dir. Schubert vom 02.01.1924 in PA AA R 70488.

⁵⁰² Hoesch an AA vom 03.01.1924 in PA AA R 70488.

⁵⁰³ Hoesch an AA vom 08.01.1924 in PA AA R 70488.

natürlichen Empfindungen die höhere Weisheit unseres Auswärtigen Amtes noch immer nicht und wird sie vermutlich nie verstehen. Man stelle sich einmal den umgekehrten Fall vor. Wenn wir gesiegt hätten, [...] ob dann wohl Herr Poincaré seinem hiesigen Vertreter den Auftrag zu einem Beileidsbesuch gegeben hätte? [...] Soviel wir auch an den Franzosen auszusetzen haben, eins ist sicher: Sie haben Gefühl für nationale Würde.⁵⁰⁴

Auch der *Lokal-Anzeiger* fragte sich am gleichen Tag, wenn auch weniger angriffslustig, warum bei der „doch eigentlich hinreichend bekannten Mentalität auf der Gegenseite der unglückliche Herr von Hoesch jetzt hat zu Poincaré gehen müssen“.⁵⁰⁵

Vermutlich hätte man sich mit einigen solcher, zugegebenermaßen unangenehmen, aber ansonsten auch leicht wieder zu vernachlässigenden Zeitungsmeldungen durchaus abfinden können im Auswärtigen Amt, zumal die beiden zitierten Beispiele deutlich zeigten, dass der Nachrichtenwert der Angelegenheit ja allein auf den Empörungseffekt beschränkt schien, ohne dass sich jemand wirklich für die Materie selbst, geschweige denn für Details des konkreten Falles interessierte: Denn zunächst war Hoesch ja auf eigene und nicht auf fremde Initiative, allerdings mit Genehmigung der Wilhelmstraße aufgetreten; und er war auch nicht bei Poincaré, dem ‚Weltkriegshelden‘, sondern bei einem seiner Mitarbeiter vorstellig geworden; und außerdem hatte auch die französische Seite, etwa zum Tode Wilhelm Mayers, der deutschen Regierung sehr wohl kondoliert, das war also selbst zu einer Zeit Usus, „als die Spannung [des] Ruhrkonfliktes auf [dem] Höhepunkt war und der Abbruch der Beziehungen in Frage stand“.⁵⁰⁶ Gleichwohl mit solchen fehlerhaften Darstellungen hätte man sich sicherlich arrangieren können, wenn sie wieder abgeflaut wären. Das Problem war jetzt natürlich, dass es nicht bei diesen beiden Presseartikeln bleiben sollte: Nachdem zunächst weitere und immer auflagenstärkere Zeitungen, die *Deutsche Tageszeitung* zum Beispiel, ausführlich über die „nationale Würdelosigkeit ganz besondere Art“⁵⁰⁷ berichtet hatten, mehrten sich auch die Reaktionen aus der Bevölkerung. Stresemann erhielt jetzt zahlreiche wütende Protestbriefe, in denen vom fehlenden „Verständnis für die Handlungsweise des Botschaftsrates“⁵⁰⁸ die Rede war und „sofort eine entsprechende Berichtigung“⁵⁰⁹ gefordert wurde. Und auch aus politischen Kreisen kam Gegenwind auf: Reichswehrminister Geßler etwa wies darauf hin, dass die Aktion Hoeschs „vor allem das soldatische Empfinden [...] aufs tiefste“⁵¹⁰ verletzen müsse, der Chef der Heeresleitung Hans von Seeckt erklärte gegenüber Schubert, dass „wir diesen Schritt angesichts der schändlichen Übergriffe der Franzosen an Rhein und Ruhr

⁵⁰⁴ *Der Tag* vom 03.01.1924, Exemplar in PA AA R 70488.

⁵⁰⁵ *Lokal-Anzeiger* vom 03.01.1924, Exemplar in PA AA R 70488.

⁵⁰⁶ Hoesch an AA vom 08.01.1924 in PA AA R 70488.

⁵⁰⁷ *Deutsche Tageszeitung* vom 03.01.1924, Exemplar in PA AA R 70488.

⁵⁰⁸ ‚Kriegsverein Thunow‘ an Stresemann vom 06.01.1924 in PA AA R 70488.

⁵⁰⁹ So der ‚Verein reichstreuer Männer und Frauen‘ an Stresemann vom 04.01.1924 in PA AA R 70488.

⁵¹⁰ Geßler an Stresemann vom 05.01.1924 in PA AA R 70488.

und der sonstigen Haltung Frankreichs unter keinen Umständen hätten tun dürfen.“⁵¹¹ Durch das gesteigerte Interesse an dem Fall, geriet jetzt vor allem Hoesch immer mehr unter Beschuss. Die DNVP-Fraktion im Reichstag wollte in einer parlamentarischen Anfrage wissen, ob er „diesen Schritt aus eigener Initiative und auf eigene Verantwortung übernommen“ habe und ob die Regierung dafür Sorge tragen würde, „daß derartige Verstöße gegen unsere nationale Würde künftig vermieden werden“.⁵¹² In den weiter einlaufenden Protestschreiben war nun vermehrt die Rede davon, dass „jeder nationaldenkende Deutsche die Handlungsweise des Herrn von Hoesch als *deutschfeindlich*“⁵¹³ bewerten müsse.

Die Situation wurde damit spätestens jetzt brenzlich. Auch wenn die politische Sphäre der 20er Jahre nicht mit jener heutigen verglichen werden kann, so liegt doch auf der Hand, dass ein Moment gekommen war, an dem sich entscheiden musste, ob Hoesch ‚tragbar‘ blieb oder nicht. Stresemann, seit Ende November ‚nur‘ noch Außenminister in einem Kabinett des Zentrumspolitikers Wilhelm Marx, sowie Schubert, Köpke und sogar Maltzan sprangen dem Geschäftsträger in dieser Situation nun tatsächlich gemeinschaftlich zur Seite. Schubert erklärte noch am 7. Januar, dass man „die seinerzeit von [Hoesch] vorgeschlagene Kundgebung nach wie vor für menschlich gerechtfertigt und außenpolitisch wirksam“⁵¹⁴ halte. Noch deutlicher fiel die Antwort auf die parlamentarische Anfrage aus, die alle vier Genannten abgezeichnet hatten: „[D]ie innerpolitische Erörterung der deutschen Beileidserklärung“ habe wohl den Blick verklärt dafür, dass es sich bei Hoeschs Auftritt um einen „Akt einfacher diplomatischer Höflichkeit [...] unter voller Wahrung deutscher Würde“ gehandelt habe, wie er unter „menschlichen Gesichtspunkten“⁵¹⁵ absolut geboten erschien. Auch wenn Hoesch sich am 22. Januar offenbar noch einmal eigens vor dem Kabinett erklären musste⁵¹⁶ und die öffentlichen Angriffe gegen ihn eine ganze Zeit lang in unverminderter Form weitergingen – die *Deutsche Tageszeitung* etwa empfand jetzt auch die Solidarität der Wilhelmstraße mit Hoeschs Handeln als einen „Schlag ins Gesicht“ „von allen nationaldenkenden Deutschen“⁵¹⁷ –, so dürften diese Tage ein wesentlicher Schlüssel gewesen sein für die spätestens jetzt einsetzende, wirklich produktive Phase der deutschen Verständigungspolitik, weil sie letztlich den Beweis erbrachten, dass die für sie deutscherseits wesentlich Verantwortlichen in der Lage waren, gemeinsam an einem Strang zu ziehen und sich dabei notfalls auch gegenseitig zu decken und schützen. Eine ähnliche Erkenntnis dürfte an dieser Stelle auch bei Hoesch einge-

⁵¹¹ Aufzeichnung von Min.Dir. Schubert für Min.Dir. Köpke vom 07.01.1924 in PA AA R 70488.

⁵¹² Abschrift vom 18.01.1924 in PA AA R 70488.

⁵¹³ Privatbrief an Stresemann vom 11.01.1924 in PA AA R 70488 [Hervorhebung von mir, P.K.].

⁵¹⁴ Min.Dir. Schubert an B Paris vom 07.01.1924 in PA AA R 70488.

⁵¹⁵ Antwortentwurf vmtl. sogar von Stresemann vom 23.01.1924 in PA AA R 70488.

⁵¹⁶ Siehe die Ministerbesprechung vom 22.01.1924 in AdR Marx, Nr. 66.

⁵¹⁷ *Deutsche Tageszeitung* vom 30.01.1924, Exemplar in PA AA R 70488.

setzt haben. Der Rückhalt seitens des Ministeriums für seine Person und seine Handlungen auch in so turbulenten Momenten musste eigentlich als eine gewisse Anerkennung seiner bisherigen diplomatischen Bemühungen in Paris gesehen werden – und als ein gewisses Einverständnis in seine Ansichten und Vorstellungen. Hoesch selbst hatte seine Beileidsbekundung in der Diskussion darum ja keineswegs nur mit Relativierungen zu rechtfertigen versucht, sondern sie sogar in einem kurzen Papier verteidigt, das sich als – wenn auch kleines – konzeptionelles Statement verstehen lässt darüber, wie er seine eigene Rolle in der deutschen Außenpolitik verstand: Zwar gestand er zu, dass seine Geste ausschließlicly den 50 Toten, nicht dem Luftschiff gegolten habe und dass Deutschland einen Schritt habe unternehmen müssen, um nicht das einzige Land zu sein, dass sein Beileid nicht ausdrückt. Entscheidend sei für ihn aber gewesen, dass doch grundsätzlich eins klar sein müsse: „dass das Bestehen normaler diplomatischer Beziehungen auch [die] Anbequemung an diplomatische Gepflogenheiten erfordert“.⁵¹⁸ Der Satz ist auf dem entsprechenden Schriftstück zweimal unterstrichen.

Es wäre sicherlich etwas vereinfachend gedacht, wenn man jene Gruppe von Männern, die nun in den nächsten vier bis fünf Jahren die Außenpolitik der Republik von Weimar prägen sollten, nach ihren jeweiligen Aufgabengebieten separieren würde, jedem einen gewissen Verantwortungsbereich zuordnet und davon dann ableitet, wer jeweils welchen Anteil am Gang der kommenden Ereignisse hatte. Das größte Problem dabei wäre vermutlich, dass man die – eingangs kritisierte – Fokussierung auf eine Person, in der Regel auf Gustav Stresemann, vielleicht auf drei oder vier Personen splitten würde, ohne dass garantiert wäre, damit dann alle wesentlichen Faktoren berücksichtigen zu können, die entscheidend waren für Erfolg oder Misserfolg der deutschen Außenpolitik. Zudem könnten die Kontaktpunkte und Reibungsflächen zwischen den jeweiligen Akteuren aus den Augen geraten und so den Eindruck entstehen lassen, dass praktisch jeder Beteiligte sich lediglich um sein eigenes Feld gekümmert habe, ohne Gedanken auch zu den anderen Punkten zu entwickeln. Davon ist natürlich nicht auszugehen.

Wenn man allerdings annimmt, dass eine deutsche Verständigungspolitik ab Ende 1923 auf einem Konzept oder zumindest auf einer Idee oder allerwenigstens auf einer gewissen Absicht beruhte,⁵¹⁹ dann erscheint es schon legitim, gewisse Problemfelder auszumachen, die es zu bearbeiten galt. Zunächst brauchte man natürlich ein Ziel, bestenfalls ein gemeinsames, was während der Weimarer Jahre außenpolitisch nicht schwer auszumachen war: Es ging natürlich immer um die Rückgewinnung einer gewissen Position von Macht und Stärke für Deutschland, auch Autonomie und Souveränität waren angesichts der internationalen Lage Standardbegriffe des außen-

⁵¹⁸ Hoesch an AA vom 08.01.1924 in PA AA R 70488.

⁵¹⁹ Dazu insgesamt Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, passim.

politischen Denkens der Zeit. Die übliche Stoßrichtung dieser Ansichten zielte gegen den Versailler Vertrag, womit jedoch der vermeintliche Konsens auch meist schon wieder endete. Über Mittel und Methoden auf diesem Weg herrschte innerhalb der deutschen Öffentlichkeit nämlich ein derartig heterogenes Meinungsbild, dass sich das vielbenutzte Wort ‚Revisionismus‘ als relativ unscharf erweisen muss, wenn man damit die Außenpolitik des Jahres 1923 und des Jahres 1933 zusammenzubringen versucht. Fand man aber vielleicht eine Einigung über die richtigen Methoden im Auswärtigen Amt? Nach dem Jahreswechsel 1923/24 gibt es zwar sicherlich keinen vollständigen Konsens hinsichtlich der politischen Ziele in der Wilhelmstraße, aber es bildete sich durchaus eine wachsende Gruppe von Ministerialbeamten und Außendienstmitarbeitern heraus, zum Großteil schon mit persönlichem Kontakt vorher, die zumindest miteinander in Einklang zu bringende Vorstellungen hatten bezüglich der gewünschten methodischen Ausrichtung der deutschen Außenpolitik. Sie sollte vor allem darauf zielen, innerhalb der internationalen Ordnung und nicht gegen die internationale Ordnung Deutschland ‚ins Konzert der Mächte zurückzuführen‘ (Schubert), am ehesten vielleicht durch die ‚Verflechtung der Interessen‘ (Hoesch). Gelänge dies, würde sich logischerweise über kurz oder lang ein „Status der Gleichberechtigung“⁵²⁰ ergeben, mit dem dann vielleicht die Notwendigkeit, mitunter auch die Absicht verbunden war, sich ein neues Konzept erarbeiten zu müssen. Bis dahin brauchte man aber genauere Ideen, wie das Ziel der Ausnutzung von ‚gleichlaufenden Interessen‘ (Stresemann) umzusetzen war, konkret: wie diese ‚gleichlaufenden Interessen‘ *herzustellen* war. Theoretische Ideen gab es seit langer Zeit: Dem französischen Sicherheitsbedürfnis etwa entsprach der Vorschlag eines Garantiepaktes am Rhein, der zudem ja auch den Vorteil besaß, dass man die Interessen anderer Länder in die schwierigen deutsch-französischen Beziehungen einbinden konnte. Um so weit zu kommen, denn dass der Weg bis dahin weit sein musste, war zu erwarten, brauchte es allerdings einerseits einen Anfangskontakt, mit dessen Hilfe man mit dem jeweiligen Land in den Prozess der ‚Interessensverflechtung‘ eintreten konnte, und man brauchte, gerade weil in der deutschen Bevölkerung ein Rückhalt für eine solche Politik erst einmal fehlen würde, eine Absicherung der Entwicklung nach außen, ein Person, die die angestrebte Konzeption vertreten konnte, ihr quasi ein Gesicht gab.

Ohne seine eigenen politischen Ideen und Absichten ignorieren zu wollen – er selbst hatte ja die ‚Verflechtung der Interessen‘ immer wieder gefordert –, kann man also davon ausgehen, dass Hoeschs wesentliche Aufgabe in Paris war, Möglichkeiten des Kontakts herzustellen und aufrecht zu erhalten. Beides gelang ihm auf zum Teil beeindruckende Weise. Die bereits beschriebene Refunktionalisierung der diplomatischen Kontakte fand vielleicht ihren Höhepunkt schon in dem Moment, als Poincaré selbst die Wilhelmstraße dazu drängte, Hoesch zum Botschafter zu ernennen. Nachdem er andere von Berlin vorgeschlagene Namen abgelehnt hatte, fragte er Hoesch

⁵²⁰ Niedhart, Die Außenpolitik der Weimarer Republik, S. 20.

Ende Dezember frei heraus, ob er ihn nicht bald zu seiner Ernennung beglückwünschen könne.⁵²¹ Hoesch, der anscheinend zögerte, überhaupt nach dem Posten zu greifen, und sich im persönlichen Gespräch zudem erneut abfällig über Poincaré äußerte⁵²² – letzte Nachwirkungen der Reparationsnotenfrage vermutlich, deren Groll sich nach dem Dixmuiden-Fall aber verzog –, hatte es offenbar verstanden, in diesem knappen Jahr, das er jetzt der Botschaft vorstand, sich selbst unabkömmlich zu machen. Verschiedene Fähigkeiten unterstützten das: Auf dem schwierigen Posten in Paris brauchte man zunächst natürlich vor allem ein dickes Fell und ein gewisse Selbstbeherrschung, um der Gefahr auszuweichen, mit einer unbedachten Bemerkung die Arbeit von Monaten kaputt zu machen. Wie schwer das mitunter gewesen sein dürfte, kann man beispielhaft vielleicht an einer Szene aus dem zweiten Gespräch Hoeschs mit Poincaré am 17. Oktober sehen, in dem der Ministerpräsident nicht nur einen seiner berüchtigten Wutanfälle hatte – in dem er Stresemann angriff, was diesen zur Reparationsnote optieren ließ –, sondern auch offenbarte, dass die traditionellen Denkweisen der deutsch-französischen Erbfeindschaft keineswegs einen Bogen um die diplomatische Sphäre machten: Poincaré „begründete [...] sein Mißtrauen gegen Deutschland mit [...] deutsche[m] Überfall 1914 und vor allem heimtückischer Kriegsschuld-Propaganda gegen Frankreich und ihn“. Hoesch beschied sich selbst, dazu „schweren Herzens schweigen“⁵²³ zu müssen – und in der Tat Poincaré beruhigte sich nach wenigen Minuten wieder. Bei anderen Gelegenheiten verstand Hoesch sehr wohl, die richtigen Worte zu finden oder, wie im Falle des Absturzes der Dixmuiden, die richtige Geste. Seine kleine Antrittsansprache am 16. Februar 1924 beim französischen Staatspräsidenten anlässlich der Ernennung zum Botschafter enthielt jedenfalls ein Bekenntnis, das fortan durchaus als Grundlage seiner Arbeit im Umgang mit den Franzosen einerseits, aber auch weiterhin mit Berlin andererseits, verstanden werden kann: Er sei sich

„der Schwierigkeiten voll bewußt, die es zu überwinden gilt, um die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern wieder befriedigender zu gestalten. [...] [D]ie Erreichung dieses Zieles und damit die Lösung der großen Frage zu fördern, von deren Regelung in so hohem Maße die Zukunft Europas abhängt“,⁵²⁴

sei aber aller Mühen wert. Mit Blick auf Frankreich hatte er dabei das große Glück, auf einige Leute zu treffen, deren Denken offenbar von ganz ähnlichen Erwägungen bestimmt war wie sein eigenes: Aristide Briand, Jacques Seydoux, Philippe Berthelot, Édouard Herriot, um nur vier zu nennen. Bereits am 14. Februar 1924 berichtet Hoesch entsprechend über seinen Eindruck, wonach langsam, aber sicher eine beginnende Evolution der französischen Position zu erkennen sei, die bald einsehen werde,

⁵²¹ Hoesch an Min.Dir. Schubert vom 25.12.1923 in PA AA R 28041.

⁵²² Siehe die Eintragung vom 02.01.1924 in Kessler, Tagebuch, Bd. 8, S. 190.

⁵²³ Hoesch an AA vom 17.10.1923 in ADAP A VIII, Nr. 193.

⁵²⁴ W.T.B. vom 16.02.1924 in PA AA 28234k.

„daß Frankreich allein im Gegensatz nicht nur zu Deutschland, sondern auch zu den übrigen Großmächten nicht imstande ist, auf Dauer durch Machtentfaltung das deutsche Volk niederzuhalten.“⁵²⁵

Selbst Poincaré traute er mittlerweile zu, „wirklich [den] Friedenszustand in Europa“⁵²⁶ zu wollen. In vielen Gesprächen vor Ort versuchte, Hoesch diese ‚Evolution‘ zu stützen, in vielen Noten an Berlin zu schützen. Spätestens seine eigene Dixmuiden-Erfahrung hatte ihn ja dafür sensibilisiert, wie groß selbst kleinste Themen werden konnten vor dem Hintergrund der traditionellen Konfliktbereitschaft: Als Stresemann auf einer Rede in Dresden beispielsweise davon sprach, dass das Reich selbstverständlich seine ‚alte Armee und Flotte in Ehrfurcht bewahren‘ wolle, mahnte Hoesch, bloß nie zu vergessen, dass die Medien beider Rheinnachbarn leider „böswillig alle[s] [...] in für uns abträglichem Sinne auszuschlachten bestrebt sind“;⁵²⁷ das Wort ‚Armee‘ sollte der Minister von daher in Zukunft lieber gleich ganz aussparen. Etwaige Misstöne galt es vor allem deshalb zu verhindern, weil auch in Paris mittlerweile Leute am Ruder waren, für die die internationale Interessensverflechtung längst Realität schien. Jacques Seydoux, der Hoesch ja schon vorher aufgefallen war dadurch, dass er stets Lösungen, nie die Auseinandersetzung zu favorisieren schien,⁵²⁸ erwähnte gegenüber dem Botschafter, dass er den nahenden Dawes-Plan „für [den] einzig möglichen Ausweg“ halte. Er „vorkomme ihm wie ein vorbeifahrendes Schiff, in das alle einsteigen müssten, wenn nicht jede Hoffnung auf Weiterkommen verloren sein solle.“⁵²⁹

Im Zusammenhang mit dem Dawes-Gutachten erhielt entsprechend auch Hoeschs Arbeit in Paris noch einmal einen neuen Antrieb. Er verteidigte den Reparationsplan vehement, warnte vor etwaigen Berliner Nachbesserungsideen oder überhasteten Räumungsforderungen, denn: „Fällt das Gutachten, so verschwindet einziger fester Halt [...] und wir zutreiben neuen Gefahren und Erschütterungen.“⁵³⁰ Unterdessen begann er vertrauliche Gespräche über ein mögliches deutsch-französisches Handelsabkommen,⁵³¹ Verhandlungen über Gefangenenaustausche⁵³² – bislang eigentlich ein Tabuthema –, zu Herriot, dem Nachfolger Poincarés, ergeben sich anscheinend fast freundschaftliche Kontakte. Am 17. Juni, der neue Ministerpräsident stattete Hoesch seinen Antrittsbesuch ab, drahtete dieser nach Berlin, dass es jetzt die Aufgabe „auch deutscher Staatskunst“ sein müsse, „durch Aufzeigen neuen Weges der Verständigung deutschem Volke die grundlose weitere Kampfstellung gegen Frankreich begreiflich zu machen.“⁵³³ Die „Periode des

⁵²⁵ Hoesch an AA vom 14.02.1924 in ADAP A IX, Nr. 154.

⁵²⁶ Hoesch an RAM Stresemann und StS. Maltzan vom 02.05.1924 in PA AA R 28234k.

⁵²⁷ Hoesch an AA vom 28.02.1924 in PA AA R 28234k.

⁵²⁸ Vgl. Hoesch an AA vom 15.03.1922 in ADAP A VI, Nr. 15.

⁵²⁹ Hoesch an AA vom 07.05.1924 in PA AA R 28234k.

⁵³⁰ Hoesch an AA vom 15.05.1924 in ADAP A X, Nr. 82.

⁵³¹ Erste Anzeichen bereits bei Hoesch an AA vom 27.04.1924 in PA AA R 28234k.

⁵³² Vgl. Hoesch an AA vom 04.06.1924 in PA AA R 28234k.

⁵³³ Hoesch a AA vom 17.06.1924 in ADAP A X, Nr. 137.

Hasses aus der Welt zu schaffen“,⁵³⁴ sei das Ziel der Verständigungspolitik. Der Eindruck trügt nicht: Im Laufe des Jahres 1924 sollte Hoesch in seinem Verständigungsbemühen der Berliner Politik allmählich wieder deutlich vorauslaufen. Stresemann aber ließ ihn gewähren, es gibt kaum Anweisungsmemoranden, der Botschafter konnte weitestgehend eigenständig arbeiten: Mit Herriot diskutierte er Fragen eines deutschen Völkerbundbeitritts,⁵³⁵ mit Seydoux mittlerweile konkret über deutsch-französische Handelsvereinbarungen. Anfang Oktober 1924 beginnen diesbezüglich offizielle Verhandlungsrunden mit einer kleinen Eröffnungsrede des Botschafters, der fest an den Erfolg der anstehenden Gespräche glaubt, wenn man darin zu einer „wahre[n] Erkenntnis der beiderseitigen Interessen“⁵³⁶ gelangt.

Es war Hoesch, alles in allem, durchaus gelungen, dieses ursprüngliche Anliegen in die deutsch-französischen Beziehungen zu implementieren: Als Briand Mitte April 1925 zurückkehrt ins französische Außenministerium, fand er – wie bereits erwähnt – insofern eine veränderte Behörde vor, als man dort mittlerweile ein andere Deutschlandpolitik für möglich und wünschenswert hielt. Margerie teilt folglich im Auftrag seines Dienstherrn Stresemann mit,

„que, sous sa direction, la politique extérieure de la France continuera de s'inspirer des mêmes principes et que ses efforts tendront au développement de relations pacifique entre les deux pays.“⁵³⁷

Während Schubert unterdessen unterstützt von Gaus und Köpke die Sicherheitsinitiative inhaltlich vorbereitete und mit den Briten vorbesprach⁵³⁸ sowie Stresemann dessen innenpolitischen Rückhalt regelte,⁵³⁹ hatte Hoesch seinen Arbeitsauftrag in Paris eigentlich schon übererfüllt: Die alten traditionellen Ressentiments, Ängste und *sécurité*-Bedenken, die seit so vielen Jahren eine friedlichen Lösung der deutsch-französischen Spannungen im Weg gestanden hatten, waren zwar nicht vollständig ausgeräumt, weder in der französischen Öffentlichkeit, noch in der Politik, aber sie konnten umständehalber in den Hintergrund treten für Verhandlungen und Gespräche. In Paris hatte sich zwischen deutscher Botschaft und Quai d'Orsay mittlerweile ein Klima herausgebildet, das jenem von Locarno in kaum etwas nachstand. Hoesch überließ dabei nichts dem Zufall: Als er 1932 zur Londoner Botschaft wechseln sollte, beklagte er, dort über keine Lagerräume für seine Weinsammlung zu verfügen. Dabei brauche er den Wein, der „schliesslich kein Vergnügen für mich [ist], denn ich trinke überhaupt keinen, wenn ich allein bin, sondern er ist ein Opfer, das ich meiner Repräsentationspflicht bringe“.⁵⁴⁰ Es handelte sich um etwa 1.000 Flaschen!

⁵³⁴ Hoesch an AA vom 30.12.1924 in PA AA R 28236k.

⁵³⁵ Hoesch an AA vom 05.10.1924 in PA AA R 28235k.

⁵³⁶ Die Rede Hoeschs vom 01.10.1924 ist einen Tag später abgedruckt in W.T.B. Nr. 1956, in PA AA R 28235k.

⁵³⁷ Margerie an Stresemann vom 20.05.1925 in PA AA R 70492.

⁵³⁸ Siehe Krüger, Die Außenpolitik von Weimar, S. 269–284.

⁵³⁹ Vgl. Wright, Gustav Stresemann, S. 306.

⁵⁴⁰ Hoesch an Pannwitz vom 19.11.1932 in PA AA NL Hoesch 14.

3. VERSTÄNDIGUNGSPOLITIK – ‚EIN VERSPRECHEN FÜR DIE ZUKUNFT‘?

Zwei größere Fragen, vielleicht besser: mindestens zwei größere Fragen bleiben natürlich offen, wenn man die Herausbildung und Entwicklung der praktischen Verständigungspolitik, wie sie hier darzustellen versucht worden ist, nachvollzieht vor dem Hintergrund ihrer unmittelbaren Ergebnissen und längerfristigen Folgen. 1. War die Verständigungspolitik, gerade die deutsche, eigentlich ernst gemeint oder lediglich eine Strategie zur Verheimlichung der eigentlichen nationalen Absichten und Ziele? Mit andern Worten: Haben sich die französischen Politiker von Hoesch vor Ort, von Stresemann in Berlin und überhaupt von den Deutschen täuschen lassen? Ließ man sich einlullen vom Gerede über die ‚gleichlaufenden Interessen‘?

Dagegen spricht eigentlich, dass die Argumente Hoeschs – die sachlich natürlich alle richtig waren: Politik des Ausgleichs, gegenseitige Interessensanerkennung, Suche nach gemeinsamen Zielen – am Ende des Tages eigentlich nicht mehr Überzeugungskraft hatten, als sie zu irgendeiner anderen Zeit hätten haben müssen. Dass Hoesch sie besonders geschickt vorgetragen haben mag, hatte sicherlich seinen Anteil, muss aber – auch das ist anzudeuten versucht worden – auf ein passendes Gegenstück getroffen sein, einen fruchtbaren Boden sozusagen, in dem die deutschen Verständigungskeimlinge gedeihen konnten; wenn dieses etwas schiefe Bild erlaubt ist. Auch die Franzosen hatten – oder hätten jedenfalls haben müssen – ein genuin eigenes Interesse an einer europäischen Verständigung, das wie bei den Deutschen allerdings unter einem dicken Mantel an kulturellen Prägungen versteckt lag und gewissermaßen erst herausgelockt werden musste. War allerdings einmal diese Verbindung hergestellt, mit anderen Worten: war das erste Vertrauen aufgebaut, dann folgte die europäische Verständigung durchaus nationalen wie internationalen Interessen. Allein der Wirtschaftsraum Europa war bereits im frühen 20. Jahrhundert derart verschachtelt, dass eine eng an Nationalstaaten ausgerichtete Politik kaum mehr zukunftsfähig gewesen sein kann.

Die glückliche Fügung, dass es zur Mitte der 1920er Jahre an den entscheidenden politischen Schaltstellen Europas – mithin den Regierungen Großbritanniens, Frankreichs, Englands und in ihren jeweiligen administrativen Unterbauten – eine wenn auch nicht übermäßig große, aber immerhin doch durchsetzungsfähige Gruppe von Männern – Frauen waren leider noch außen vor – gegeben hat, die in der Lage war zu erkennen, dass die Zukunft des europäischen Kontinents sehr wesentlich davon abhängen musste, ob es gelingen würde, jene traditionellen Denkstrukturen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts – auch in der Breite der jeweiligen Öffentlichkeiten – aufzubrechen und durch ein neues Bewusstsein für die Notwendigkeit ‚gleichlaufender Interessen‘ oder ‚miteinander verflochtenen Interessen‘ zu ersetzen, lässt die Konferenz von Locarno auch nach nunmehr bald 90 Jahren durchaus als einen Lichtblick erscheinen in der sonst ja eher vom

Gegenteil geprägten modernen Geschichte der westlichen Welt. Denn was für die deutsch-französischen Beziehungen stimmte – natürlich dort noch einmal besonders stark durch die lange Zeit prägende Kraft der Erbfeindschaft mit all ihrer negativen Folgen –, stimmte genauso für die generelle europäische Entwicklung: Die am ehesten friedvolle Form zwischenstaatlicher Beziehungen dürfte die nicht zuletzt über gemeinsame Ziele und Interessen definierte Kooperation sein, die sich weniger dadurch auszeichnet, dass eine Seite zugunsten der anderen Seiten zu grundsätzlichen Abstrichen ihres eigenen Programms bereit sein muss – auch wenn das natürlich praktisch meist dazu gehört –, sondern bestenfalls dadurch dass jede Seite ihre eigenen Interessen gewahrt sehen kann im Zusammenleben mit der anderen Seite und deren Interessen.

Locarno vor diesem Hintergrund von vornherein zu verurteilen als öffentliche Kostümierungsshow jeweiliger nationaler Interessen,¹ führt etwas am Kern der Konferenz vorbei, denn die Idee eines ‚Parallelisierens‘ respektive ‚Verflechtens‘ nationaler Ziele, negiert ja nicht deren bloße Existenz. Und dass jeder der Beteiligten weiterhin bestimmte nationale Ziele verfolgte, war noch lange kein Beinbruch, wie eine kleine Episode der Konferenz zeigt.

Es waren ja nicht nur die drei späteren Nobelpreisträger, die im Schweizer Kurort miteinander verhandelten. Neben den Belgiern, Polen und Tschechoslowaken nahm auch eine italienische Delegation teil, kurzzeitig sogar angeführt von einem gewissen Benito Mussolini. Zumindest was das Protokoll betraf, hatte Italien dadurch eine eigentlich durchaus vergleichbare Rolle zur Friedenssicherung in Europa übernommen wie Großbritannien; man war de facto genauso Garantmacht der westeuropäischen Grenzen geworden und verpflichtete sich durch seine Unterschrift am 1. Dezember 1925 in London den gleichen Mechanismen wie die anderen teilnehmenden Staaten, vor allem in puncto friedliche Streitschlichtung durch die internationale Gemeinschaft. Passte das? Schließlich war Mussolini doch der Mann, der im Sommer 1923 anlässlich der Korfu-Krise im Konflikt mit der griechischen Regierung deutlich zu verstehen gegeben hatte, was er von den auch in Locarno beschworenen Mitteln der ‚new diplomacy‘ hielt: Die italienische Militäraktion auf der Mittelmeerinsel würde nur dann im Völkerbund gemeinschaftlich diskutiert werden, so drohte Mussolini damals, wenn Italien vorher aus ebenjenem austrete.² Und auch an die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages betreffend Deutschland, für deren Einhaltung Italien als Siegermacht ja mitverantwortlich zeichnete, fühlte Mussolini sich keineswegs durch internationales Recht gebunden, wie die europäischen Öffentlichkeiten spätestens ahnen mussten, als Ende 1923 auf dem Innsbrucker Bahnhof eine illegale Waffenlieferung von 500 schweren Maschinengewehren

¹ Sally Marks, *Illusion of Peace*, S. 74: „After all, the real spirit of Locarno behind the façade of public fellowship was one of bitter confrontation between fearful France flanked by the unhappy east Europeans, trying to hide their humiliation and panic, and a resentful, revisionist Germany demanding ever more alterations in the power balance to her benefit.“

² Vgl. James Barros, *The Corfu Incident of 1923. Mussolini and the League of Nations*, Princeton 1965, passim.

auf dem Weg nach Norden entdeckt wurde und vor allem von der österreichischen Presse publik gemacht wurde.³ In Diplomatenkreisen galt Mussolini zudem als schwierig, aufbrausend, unbelehrbar und stur;⁴ es war mehr als offensichtlich, dass seine Außenpolitik – sofern diese überhaupt ein kohärentes Muster erkennen ließ – vor allem auf italienische Belange ausgerichtet war und er darüber hinaus für die internationale Gemeinschaft und deren Sorgen wenig bis kein Interesse besaß.⁵

Dennoch war Italien von den anderen beteiligten Nationen eingeladen worden, an der Sicherheitsinitiative für die westeuropäische Grenze zwischen den ehemaligen Weltkriegsparteien teilzunehmen. Mehr noch: Man legte sogar dermaßen viel Wert auf Italiens Partizipation, dass man letztlich sogar den Tagungsort – Locarno liegt nur etwa 12 km nördlich der italienischen Grenze – so auswählte, dass Mussolini persönlich würde anreisen können: Ein Zugeständnis, das weder durch Italiens letztlich geringe Bedeutung bei den monatelangen Vorverhandlungen zu rechtfertigen war, noch aus logistischer Sicht eine kluge Entscheidung sein konnte. Der Schweizer Kurort verfügte ebenso wenig über ausreichende Fernverbindungen wie über die notwendigen Unterbringungsmöglichkeiten für die zahlreichen Delegationen, Sachverständigen und vor allem für die vielen erwarteten Journalisten. Zudem war der Konferenzsaal, der schlichte Sitzungsraum des örtlichen Rathauses, nicht wirklich geeignet für das Abhalten einer internationalen Konferenz. Es gab weder genügend Tische, noch ausreichend Sitzplätze, geschweige denn eine Rückzugsmöglichkeit für Einzelgespräche. Der Chefdolmetscher der deutschen Delegation, Paul Schmidt, hat in seinen Lebenserinnerungen später beschrieben, wie schwer seine Arbeit in dem akustisch katastrophalen Raum gewesen sei und wie unmöglich sie erst wurde, sobald direkt neben ihm polnische oder tschechische Gesandte ihre Aktenberge ausbreiteten und mit den entsprechenden Papieren raschelten.⁶ Diese Probleme hat man zwar vorausgesehen, jedoch hintenangestellt, damit – wie Stresemann im Berliner Kabinett offen zugab – „insbesondere Mussolini nicht verschnupfe.“⁷ Woher aber kam diese Haltung? Warum war den anderen Staaten so sehr gelegen an Italiens Beisein auf der Konferenz?

Als die Sicherheitsinitiative im Februar 1925 von den deutschen Diplomaten an die betreffenden europäischen Regierungen herangetragen wurde,⁸ reagierte Rom zunächst ‚befriedigt‘, dass es bei den internationalen Verhandlungen überhaupt mit einbezogen werden sollte,⁹ erklärte darüber hin-

³ Siehe Alan Cassels, *Mussolini and German Nationalism 1922–25*, In: *The Journal of Modern History* 35 (1963) 2, S. 137–157, S. 143f.

⁴ Vgl. z.B. den Bericht des französischen Botschafters in Rom, François Charles-Roux, vom 16.11.1922 in: DDF 1922, Nr. 322.

⁵ Diese Einschätzung u.a. beim deutschen Botschafter in Rom, Konstantin von Neurath, über Mussolinis Antrittsbesuch in einem Bericht an das AA vom 03.11.1922 in ADAP A VI, Nr. 234.

⁶ Hierzu Schmidt, *Statist auf diplomatischer Bühne*, S. 76–78.

⁷ Stresemann in Ministerbesprechung vom 22.09.1925 AdR Luther, Nr. 158.

⁸ Siehe StS. Schubert an Hoesch vom 21.02.1925 in ADAP A XII, Nr. 107, Anm. 14.

⁹ Der deutsche Botschafter in Rom, Konstantin von Neurath, am 25.02.1925 über ein Gespräch mit Salvatore Contarini, dem Generalsekretär des italienischen Außenministeriums, in ADAP A XII, Nr. 107, Anm. 13.

aus aber ebenso, dass man per se nur ein „geringes Interesse a[m] Pakt“¹⁰ habe. Die deutsche Seite hatte Italien hier freilich anders eingeschätzt und war eigentlich davon ausgegangen, dass die generelle Rolle und das bisherige Verhalten Mussolinis zumindest den grundsätzlichen Willen zu Veränderungen der europäischen Nachkriegsarchitektur erkennen lassen würden.¹¹ So hatte dieser zum Beispiel im Frühjahr 1925 klar zu verstehen gegeben, dass er Frankreich im Völkerbund die Unterstützung definitiv versagen werde, sollte Paris versuchen, die eigene militärische Stärke auf Kosten Deutschlands weiter zu zementieren.¹² Darauf glaubte man in Berlin gewissermaßen aufbauen zu können, schließlich war die faschistische Bewegung in Italien ja nicht zuletzt auch dadurch an die Macht gelangt, dass man auf den Straßen immer wieder propagiert und agitiert hatte, der Sieg Italiens im Weltkrieg wäre in der Versailler Friedensordnung nicht genug zum Ausdruck gekommen, sondern sei im Gegenteil regelrecht ‚verstümmelt‘ worden.¹³ Das öffentliche Versprechen, diese Schmach – die man ganz offenkundig britisch-französischen Ränkespielen zuschrieb – zu tilgen, interpretierte die Berliner Wilhelmstraße als Absage an den Status quo des europäischen Mächtesystems und als Hoffnungsschimmer bei der Suche nach potenziellen Interessenspartnern.

Großbritannien hingegen ließ sich bei seinem Werben um die italienische Teilnahme in Locarno vor allem von der – aus heutiger Sicht geradezu abwegigen – Auffassung leiten, die Regierung Mussolini sei ein weitestgehend ‚normales‘ Kabinett gewesen. Vor allem Chamberlain selbst unterhielt geradezu freundschaftliche Beziehungen zum Duce.¹⁴ In London schien man deshalb auch ohne größere Vorbehalte glauben zu können, Rom würde weiterhin in den traditionellen Bahnen italienischer Außenpolitik denken und handeln. Vor diesem Hintergrund war das Foreign Office bereit, Mussolinis – als weitestgehend natürlich erachteten – Anspruch auf eine regionale Machtposition in Südosteuropa als willkommenes kontinentales Gegengewicht gegen vermeintliche französische Hegemoniebestrebungen zu akzeptieren. Da man in Mussolini jemanden sehen wollte, mit dem sich ohne Weiteres und auf vernünftige Weise ‚Politik machen lasse‘,¹⁵ erschien es nur konsequent, ihn bei dem Versuch einzubeziehen, ein neues europäisches Mächtekonkordat mit möglichst ausgeglichenen Akteuren zu installieren. Je mehr europäische Staaten daran beteiligt sein würden, so die Logik, desto weniger müsse England selbst auf das Austarieren der Kräfte achten.

Frankreich wiederum schien zu glauben, Mussolini wisse noch gar nicht, was er genau wollen

¹⁰ Neurath an AA vom 10.03.1925 in ADAP A XII, Nr. 152.

¹¹ Vgl. Stresemanns entsprechende Äußerung in der Ministerbesprechung vom 01.10.1925 in AdR Luther, Nr. 168.

¹² Siehe Neurath an AA vom 02.03.1925 in ADAP A XII, Nr. 80, Anm. 10.

¹³ Hierzu bspw. H. James Burgwyn, *The Legend of the Mutilated Victory. Italy, the Great War, and the Paris Peace Conference 1915–1919*, Westport 1993.

¹⁴ Vgl. dazu Peter Edwards, *The Austen Chamberlain-Mussolini Meetings*, In: *The Historical Journal* 14 (1971) 1, S. 153–164.

¹⁵ Chamberlain soll Mussolini „a man with whom one could do business“ genannt haben, siehe zum Beleg bspw. Richard J. Overy, *The Road to War*, London 21999 [1989], S. 178.

würde. Mal ganz abgesehen davon, dass man ihn auch in seinen Aussagen und Handlungen für stark emotional und teilweise regelrecht unbedacht hielt, glaubte man wohl, ihn unter gegebenen Umständen in seiner Meinung und Politik nach den eigenen Vorstellungen und Wünschen beeinflussen zu können. Dass man im Duce einen Opportunisten sah, dem man nur entsprechende Gegenleistungen bieten müsse, damit dieser dann in einem anderen Punkt auf die eigene Seite umschwenkt, wäre jedenfalls eine mögliche Erklärung dafür, dass Briand im Vorfeld der Locarno-Konferenz eine Art Tauschgeschäft anbot, das in seiner tendenziellen Ausrichtung so gar nicht zum ‚Geist von Locarno‘ passen wollte. Im Juni 1925 offerierte Paris Rom ein separates französisch-italienisches Abkommen zur gegenseitigen Garantie der jeweils eigenen Grenzen. Für dieses bilaterale – also gänzlich ohne jene Mechanismen der internationalen Streitschlichtung durch den Völkerbund auskommende – Angebot war Briand sogar bereit, weitere Konzessionen zu machen, zum Beispiel bei Kolonialfragen in Nordafrika. Zwar wusste man, dass Mussolinis Frankreichbild von starken Rivalitätsgedanken bestimmt war, glaubte aber anscheinend trotzdem, man könne ihn zur Zusammenarbeit bewegen¹⁶ – sofern denn der Preis stimmte. Bis unmittelbar vor Konferenzbeginn blieben die Vorschläge Briands daher auf dem Tisch und die Hoffnung, der Duce würde noch zugreifen und sich somit für Garantien *gegen* Deutschland einnehmen lassen, existent.

Die hier zum Ausdruck kommenden Unterschiede in den ursprünglichen Zielen der späteren drei Friedensnobelpreisträger – oder besser gesagt: ihrer jeweiligen diplomatischen Apparate vor und zum Teil auch noch während der Konferenz von Locarno, überraschen den Kenner vielleicht nicht sonderlich. Natürlich versuchte jede Seite, durch den Vertrag vor allem eigene Vorteile zu schaffen beziehungsweise zu nutzen.¹⁷ Interessant ist jedoch, dass auch die jeweiligen Erwartungshaltungen an eine italienische Teilnahme sich derart unterscheiden, ja widersprechen konnten – und zwar erstaunlicherweise in den gleichen Kategorien, in denen später die Historiker über die Bewertung italienischer Außenpolitik in den 20er Jahren gestritten haben. Hoffte Deutschland mehr oder minder direkt, in Italien wenn schon keinen Verbündeten, so doch einen Gleichgesinnten gefunden zu haben für das Ziel, das Mächtesystem der Versailler Ordnung zu revidieren, so glaubte England offenbar, man könne mit Mussolini weiterhin sachliche Ausgleichspolitik machen, auch wenn der Faschismus als Bewegung eigentlich etwas anderes nahelegte. Und Frankreich hielt den Duce offenkundig für einen Opportunisten, dessen feste Überzeugung von italienisch-französischer Rivalität man mit entsprechenden Gegenleistungen würde überwinden können.

Wie an dieser Stelle zu sehen ist, war keine der drei großen Nationen frei davon, auch in Locarno den ein oder anderen Trick anzuwenden, um für die eigene Position einen etwaigen Vorteil

¹⁶ Siehe ausführlich Alan Cassels, *Locarno: Early Test of Fascist Intentions*, In: *Locarno Revisited. European Diplomacy 1920–1929*, hrsg. von Gaynor Johnson, London und New York 2004, S. 80–94, v.a. S. 85.

¹⁷ Vgl. Jacobsen, *Locarno Diplomacy*, S. 37–44.

rauszuschlagen. Selbst unabhängig davon, dass sich keine dieser versuchten Vereinnahmungen im Falle Mussolinis letztlich auszahlte, weil Italiens Bedeutung für den Locarno-Vertrag eigentlich bis zur Unterzeichnung marginal blieb,¹⁸ ist das aber wohl weniger ein Beleg für eine sonderliche Verschlagenheit und Unehrllichkeit der Konferenzteilnehmer, sondern eher ein Anzeichen einer gewissen Normalität. Das die eine Seite die andere Seite in Locarno also über den sprichwörtlichen Tisch gezogen habe, scheint etwas zu weit zugehen. Natürlich ließe sich über die einzelnen Protagonisten, etwa Stresemann, und ihre ‚tieferen‘ Absichten sehr wohl noch einmal ausführlich diskutieren; jedoch muss man dann so ehrlich sein, dass derlei eigentlich für alle beteiligten Politiker so gilt.

Bleibt die zweite Frage: Was wurde eigentlich aus der praktischen Verständigungspolitik? Direkt damit verknüpft ist natürlich die Frage, was wurde eigentlich aus Locarno als solches? Auch hier sind einfache Antworten nicht unbedingt leicht zu finden. Für Locarno als politische Idee ist zu sagen, was bereits zweimal angedeutet wurde, dass sich natürlich eigentlich schon in dem Moment, wo man die Einigung erzielt hatte damals, gewissermaßen das Problem stellen musste, wie es weiter gehen sollte. Zunächst haben die verschiedenen Nationen sich durchaus an diesem Vertrag orientiert, gerade im Falle von Deutschland aber kamen beinahe zwangsläufig irgendwann Überlegungen auf, wie man die neue internationale Gleichberechtigung eigentlich nutzen sollte. Insofern ist von der Forschung argumentiert worden, dass nicht erst mit Stresemanns Tod – und den darauffolgenden personellen Wechseln: Schubert verlor den Posten als Staatssekretär –, sondern bereits seit 1927/28 beinahe schleichend, aber letztlich doch kontinuierlich alte Brisanz zurückgekehrt ist in die europäischen Beziehungen. Zum einen wurden in Deutschland Stimmen laut, die Rheinlandbesetzung müsse endlich aufgehoben werden, zum anderen beunruhigte derlei natürlich die Franzosen und ließ sich wieder vermehrt über eine stärkere Annäherung an Großbritannien nachdenken. Und als wäre das noch nicht genug gewesen, erwies sich in dieser Zeit auch, dass der Dawes-Plan bereits ersetzt werden musste durch den niedriger dotierten Young-Plan, was jedoch in Deutschland selbst große Unruhe auslöste¹⁹ – jene Form von Unruhe, wohlgermerkt, die Hoesch immer so dringlich zu vermeiden suchte. Für den Moment schien die Situation für die deutsche Seite dennoch noch ganz günstig: Nach dem Handelsvertrag vom 17. August 1927 einigte man sich

¹⁸ Die entsprechenden Protokolle und Aufzeichnungen vermerken nicht eine einzige Wortmeldung des Duce! Eine Beteiligung am Friedensnobelpreis hat er im Übrigen dennoch angeblich erwartet. Siehe Steiner, *The Lights that Failed*, S. 494. 1935 ist Mussolini dann letztlich sogar noch vorgeschlagen worden – von der Rechtsfakultät der Universität Gießen und von Gilbert Gidel, einem französischen Juraprofessor. Das Nobelpreis-Komitee ließ gleichwohl kein Evaluierungsgutachten anfertigen, der Kandidat Mussolini scheiterte also gleich in der ersten Runde des Auswahlverfahrens: Man hielt ihn offenbar für nicht preiswürdig. Hierzu die entsprechende Datenbank auf http://www.nobelprize.org/nobel_prizes/peace/nomination/database.html (06.10.12).

¹⁹ Siehe insbesondere Berghahn, Volker R., *Das Volksbegehren gegen den Young-Plan und die Ursprünge des Präsidialregimes 1928–1930*, In: Dirk Stegmann, Bernd-Jürgen Wendt und Peter-Christian Witt (Hrsg.), *Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte. Festschrift für Fritz Fischer zum siebzigsten Geburtstag*, Bonn 1978 (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung; Bd. 137), S. 431–446.

im Zuge des Youngplans 1929/30 auch auf eine Räumung des Rheinlandes – an beiden Punkten hatte Hoesch logischerweise mitgearbeitet und folglich auch mit bekommen, dass sich in dieser Zeit immer mehr potenzielles Konfliktpotenzial aufstauen sollte. Vor allem die patriotisch und medial enorm aufgeladenen Feierlichkeiten rund um die Rheinlandräumung zum 30. Juni markierten dann einen regelrechten „Wettersturz“²⁰ in den deutsch-französischen Beziehungen. War man in Paris ursprünglich guter Hoffnung gewesen, dass der Rückzug der alliierten Truppen aus den besetzten Gebieten als „Befreiungsakt den Weg für die Versöhnung und Annäherung freimache[n]“²¹ könne, äußerten sich auf deutscher Seite Freude und Genugtuung über die Wiedererlangung der territorialen Souveränität am Rhein leider bald in der Gestalt, dass sie von nationalistischer Propaganda und frankophober Meinungsmache kaum mehr zu unterscheiden waren. Selbst Georg Bernhard ließ sich in seiner *Vossischen Zeitung* zu dem Kommentar hinreißen, in dem er nicht nur „aus brünstigem Herzen in den Jubel der Befreiungshymnen“ einstimmte, sondern auch die vormalige „Politik der Verständigung“ als „Politik der Befreiung [...] und damit der immanenten Revision“²² dechiffrierte.

Das Kabinett des Zentrumskanzlers Heinrich Brüning, erst seit drei Monaten im Amt und noch sehr darum bemüht, mit selbstbewusstem Auftritt nach außen die eigene innenpolitische Akzeptanz in einer zunehmend politikverdrossenen Gesellschaft zu sichern,²³ hütete sich, hier im Sinne einer bilateralen Beruhigung einzugreifen. Im Gegenteil: Wie der neue Außenminister Julius Curtius dem Reichstag versicherte, sah man in der Räumung keineswegs „ein Geschenk, sondern die endliche Vollziehung eines Aktes der Gerechtigkeit“.²⁴ Und als bei Ausschreitungen ehemalige Separatisten sowie deutsche Angestellte von Besatzern zu Opfern von Gewalttaten wurden, glaubte er höchstens einige „Hochverräter“²⁵ betroffen. Diplomatische Bedenken und Warnungen, von offizieller Seite in dieser Situation nicht unnötig Öl ins Feuer zu gießen,²⁶ ignorierte man so geflissentlich. Stattdessen ließ Reichspräsident Hindenburg in Abstimmung mit der Regierung die eigens organisierten Wiedervereinigungsfeste zu pathetischen Triumphkundgebungen ausschmücken, ohne sich dabei mit Blick auf die durchaus empfindliche französische Öffent-

²⁰ Knipping, Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära 1928–1931, S. 141.

²¹ Hoesch an AA vom 26.06.1930 in ADAP B XV, Nr. 102.

²² Georg Bernhard, Die Befreiung, *Vossische Zeitung* vom 01.07.1930.

²³ Exemplarisch die Forderung des Ministers für die besetzten Gebiete Gottfried Treviranus, dass alle Regierungsmitglieder unbedingt auf die „psychologische Lage [...] des deutschen Volkes [...] besondere Rücksicht nehmen müssen, wenn den radikalen Strömungen im Volk nicht neuer Nährstoff zugeführt werden soll.“ Dies gelte gerade für die Außenpolitik: „Keinesfalls dürfe Deutschland sich wieder auf eine Verteidigungslinie bringen lassen, sondern es müsse aktive Politik machen.“ So das Schreiben Treviranus’ ans AA vom 24.06.1930 in AdR Brüning, Nr. 55 bzw. die Ministerbesprechung vom 05.07.1930 in ebd., Nr. 65.

²⁴ Rede vom 25.06.1930 in Reichstagsprotokolle, Bd. 428, S. 5815 B–C.

²⁵ Curtius laut eigener Aufzeichnung vom 07.07.1930 zum französischen Botschafter, in ADAP B XV, Nr. 125.

²⁶ So fürchtete u.a. der Pariser Botschaftsrat Kurt Heinrich Rieth am 25.04.1930 negative Folgen einer offensiv-nationalistischen Revisionsrhetorik. Sein Schreiben findet sich im Bestand des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes (künftig: PA AA) R 28250k.

lichkeit im Ton zu bescheiden. Wie Hoesch treffend urteilte:

„Während wir die Rheinlandräumung als einen unter schweren Opfern erkaufen und viel zu spät gewährten Akt der Gerechtigkeit ansehen und dabei leicht vergessen, wie unendlich weit wir noch vor wenigen Jahren von der Wiedererlangung der Freiheit am Rhein entfernt waren, stellt sich für die Franzosen die Preisgabe des linken Rheinufers dar als eine gewaltige, fast unbegreifliche Tat des Entgegenkommens.“²⁷

Abgesehen von weiteren Verständigungsproblemen – etwa den Abbruch der Verhandlungen über die Rückgliederung des Saargebietes²⁸ – deutete die deutsche Position jetzt durchaus eine Wende zu einer ‚konfrontativeren Form der Außenpolitik‘²⁹ an, für die man auch eine neue Tonlage wählte. Wie selbstverständlich notierte der neue Staatssekretär Bernhard von Bülow, dass Gespräche mit französischen Diplomaten jetzt ‚eine gewisse Schärfe‘ annehmen konnten.³⁰

Davon weitestgehend unbehelligt blieb jedoch die persönliche Situation Hoeschs in Paris. Er war am 9. Juli zu Konsultationen mit Briand, Tardieu und Berthelot eingeladen worden und nicht, wie man erwarten hätte können, mit Beschwerden bezüglich des deutschen Verhaltens überhäuft worden, sondern mit einem überraschenden Angebot. Nachdem man ein aufrichtiges Verständnis für die neue deutsche Rhetorik beteuert, weil man die Notwendigkeit anerkenne, dass Kanzler Brüning auf die ‚Stimmung im deutschen Volk Rücksicht zu nehmen‘ habe, kam man plötzlich auf Geld zu sprechen: Wie Hoesch unmittelbar nach Berlin telegraphierte, wies Tardieu darauf hin, dass

„augenblicklich etwa 25 Milliarden Franken kurzfristiger Kredite in Deutschland umliefern, und ausdrückte Bedauern, daß diese Kredite ohne Oberaufsicht und Regelung durch die beiderseitigen Regierungen normalerweise ihren Weg über die Schweiz und Holland nähmen, wobei die Zwischenhändler große Gewinne einsteckten[,] während Frankreich geringe Zinsen vergütet erhalte und Deutschland hohe Zinsen zahlen müsse.“

Folgerichtig offerierte die französische Seite erstaunlich konkret ‚eine direkte Verständigung zwischen den Regierungen unter Beiziehung von Sachverständigen über direkte Gewährung solcher kurzfristigen Kredite von französischen Banken an deutsche Geldinstitute.‘³¹

Über eine derartige Finanzspritze des spätestens seit Mitte der 1920er Jahre wieder recht potenten französischen Kapitalmarktes für den nach Kriegsende eher schlecht aufgestellten deutschen war schon längere Zeit spekuliert worden. ‚Kapitalüberfluß in Frankreich – Kapitalmangel

²⁷ Hoesch an AA vom 25.07.1930 in ADAP, B XV, Nr. 160.

²⁸ Die neue deutsche Regierung zeigte sich in dieser noch vom Vorgänger-Kabinett angestoßenen Frage von Anfang an skeptisch. Der eigenen Öffentlichkeit glaubte man Übereinkünfte zu einer partnerschaftlichen Nutzung der wirtschaftlich so bedeutungsvollen Grubenregion, die seit Kriegsende unter Völkerbundmandat stand, nicht mehr vermitteln zu können. Anstatt eine innenpolitisch längst inopportun gewordene Verständigungsbereitschaft zu signalisieren, wollte man lieber, wie ursprünglich geplant, die Volksabstimmung 1935 abwarten und sich bis dahin nicht von der neuen selbstbewussten Haltung gegenüber Frankreich abbringen lassen. Siehe die Chefbesprechung vom 07.04.1930 bzw. die Ministerbesprechung vom 02.07.1930 in AdR Brüning, Nr. 10 und 61.

²⁹ Vgl. Büttner, Weimar, S. 426f.

³⁰ Siehe die Aufzeichnung vom 15.07.1930 in ADAP, B XV, Nr. 139.

³¹ Alle Zitate: Hoesch an AA vom 09.07.1930 in ADAP, B XV, Nr. 129.

in Deutschland: ganz von selbst drängt sich der Gedanke auf³², hieß es zum Beispiel in der Presse. Und auch Hoesch hatte sich bereits ausführlich mit dem Thema beschäftigt. Fast auf den Tag genau ein Jahr vor dem Gespräch analysierte er in einem Memorandum die generelle Konstitution des französischen Geldmarktes und diskutierte Möglichkeiten einer Inanspruchnahme freier Gelder für die kapitalbedürftige deutsche Volkswirtschaft. Der Botschafter stellte dabei fest, dass „sich in Frankreich ein Geldüberfluss gezeigt“ habe, „der den Anschein erweckt, als ob Frankreich wieder [...] in der Lage sei, für eine grosse Reihe von Ländern der hauptsächlichste Geldgeber zu werden.“ Bald werde man in Paris

„zweifelloso bestrebt sein, wie vor dem Kriege, die für die innerfranzösische Verwendung nicht notwendigen französischen Geldmittel in Kanäle zu leiten, welche der Förderung der französischen Aussenpolitik dienen können.“

Man müsse davon ausgehen, dass die Großbanken hierbei überhaupt nur „im Einvernehmen mit der französischen Regierung“ handeln würden, deren Einstellung sei also „von ausschlaggebender Bedeutung.“³³

Insofern wird Hoesch nicht unbedingt von der zugrundeliegenden Idee Tardieus und Briands überrascht gewesen sein, wohl aber vom Zeitpunkt des Angebots. Nach den zwischenzeitlichen Irritationen und unüberhörbaren Verstimmungen der Vorwochen hätte niemand ernsthaft damit rechnen können, dass die französische Regierung ausgerechnet jetzt ihre generelle Verhandlungsbereitschaft gegenüber Berlin signalisieren würde – just in einem Moment, in dem die deutsche Bevölkerung nach den Worten Brünnings durch „erhebliche Verärgerung und [...] Haß gegen die französische Politik“³⁴ geprägt gewesen sein soll. Die Pariser Initiative kann dabei rückblickend wohl vor allem als ein Bekenntnis zur Fortführung des Entspannungskurses der Vorjahre verstanden werden, dem man – gerade auch im eigenen Interesse – offenkundig zutraute, die sich anbahnende Spaltung Europas noch abzuwenden oder wenigstens merklich abzuschwächen.³⁵ Einer solchen „positiven Politik seien Deutschland und Frankreich“, so formulierte man es gegenüber Hoesch, auch in schwierigen Situationen „umso mehr verpflichtet“, da beide Länder ja „den Kern des gegenwärtigen Europas darstellten“.³⁶ Die hier offen zur Schau gestellte Absicht, zu einer dauerhaften Beilegung bilateraler Spannungen zu gelangen, war einerseits sicherlich eine Art Gegenentwurf zum chauvinistischen Zeitgeist, gab andererseits aber auch der Hoffnung Ausdruck, mit bedachten Verständigungsgesten wirtschaftlich fundierten Argumenten für deut-

³² So in der *Frankfurter Zeitung* vom 05.03.1930.

³³ Hoesch an AA vom 12.07.1929 in PA AA R 87668.

³⁴ Heinrich Brüning, *Memoiren 1918–1934*, Stuttgart 1970, S. 170.

³⁵ Grundlegend zur französischen Haltung mit Fokus auf Briand: Jacques Bariéty, *Aristide Briand et la sécurité de la France en Europe, 1919–1932*, In: *Deutschland und Frankreich. Vom Konflikt zur Aussöhnung. Die Gestaltung der westeuropäischen Sicherheit 1914–1963*, hrsg. von Stephen A. Schuker, München 2000, S. 117–134.

³⁶ Hoesch an AA vom 09.07.1930 in ADAP, B XV, Nr. 129.

sche Revisionsforderungen, wie man sie vom Finanzfachmann Brüning erwarten konnte,³⁷ den Wind aus den Segeln zu nehmen.³⁸ Die Pariser Entspannungspolitik, die sich unter Briand ja stets auch ökonomischer Mittel bediente, wenn dies den Vorstellungen von der eigenen *sécurité* zugutezukommen versprach,³⁹ floh also angesichts des neuen deutschen Tonfalls und vor dem Hintergrund ihrer vor der eigenen Öffentlichkeit dadurch in verständliche Erklärungsnöte geratenen Legitimität in ein gesteigertes Bekenntnis zur Gültigkeit ihrer bisherigen Wesensgrundsätze. So betonte Briand im Spätsommer 1930 im vertraulichen Gespräch wiederholt, „wie außerordentlich ihm [...] seine Arbeit erschwert worden sei“⁴⁰ durch die deutsche Haltung der letzten Monate, dass er allerdings nichtdestotrotz „mehr denn je [...] von der Richtigkeit seiner Politik überzeugt“ sei.

„Gewiß sei seine Lage augenblicklich schwierig und die Gegnerschaft gegen ihn erheblich. Aber das bestimmte ihn dazu[,] nur noch zäher an seinen Ueberzeugungen und Zielen festzuhalten. [...] Vor allem liege ihm [...] die Weiterführung der Politik der Verständigung mit Deutschland am Herzen und auf diesem Wege gedenke er weiterzuschreiten, überzeugt, auf der richtigen Bahn zu sein.“⁴¹

Anstatt eines Schritts zurück, ging man einen voraus und bekräftigte die Politik des *rapprochement franco-allemande* nach der Devise des ‚Jetzt erst recht‘.

Auf diesen letztlich durchaus nachvollziehbaren ‚Reflex der Verständigungspolitik‘⁴² reagierte Berlin jedoch mit auffallendem Desinteresse. Erst nach einem Monat antwortete man Hoesch, dass eigene Experten die in Paris genannten Zahlen für „viel zu hoch gegriffen“ halten würden und „eine sprunghafte Vermehrung der französischen kurzfristigen Kredite ihnen nicht erwünscht wäre.“⁴³ Die deutsche Position zeichnete sich hier durch eine Reserviertheit aus, wie man sie jüngst schon anderweitigen französischen Verhandlungsangeboten entgegengebracht hatte, egal ob es dabei um eine gemeinsame Wirtschaftspolitik oder die Sicherung eines dauerhaften europäischen Friedens gehen sollte.⁴⁴ Selbst Briands Appell, die deutsch-französische Annä-

³⁷ Zur Perzeption Brünings links des Rheins jetzt Franziska Brüning, Frankreich und Heinrich Brüning. Ein deutscher Kanzler in der französischen Wahrnehmung, Stuttgart 2012.

³⁸ Vgl. Kent, *The Spoils of War*, S. 333f.

³⁹ Hierzu Boyce, *Aristide Briand: Defending the Republic through economic appeasement*, passim.

⁴⁰ Der Bericht Hoeschs vom 04.09.1930 findet sich im Bestand des Bundesarchivs (BArch) R 43-I/67. Auch Tardieu unterstrich mehrfach, wie schwer es der französischen Verständigungspolitik mittlerweile falle, eine Parlamentsmehrheit zu finden. Siehe dazu Hoesch an AA vom 25.10.1930 in ADAP B XVI, Nr. 22.

⁴¹ So Hoesch an AA am 04.08.1930 in BArch R 43-I/67.

⁴² Siehe Knipping, *Ende der Locarno-Ära*, S. 168f.

⁴³ Staatssekretär Bernhard von Bülow an Hoesch vom 07.08.1930 in ADAP B XV, Nr. 172.

⁴⁴ Sowohl die Anfrage, „ob es nicht möglich wäre, eine früher geplante gemeinschaftliche Arbeit deutscher und französischer Wirtschafts- und Finanzkreise [...] wieder aufzunehmen“, als auch die Anregung Briands zu einer „dauernde[n] Friedensorganisation, getragen von den 4 Großmächten England, Frankreich, Deutschland und Italien“, wurde zurückhaltend bis ignorierend beschieden. Siehe die Aufzeichnung ohne Unterschrift vom 15.05.1930 in ADAP, B XV, Nr. 27. Ebenso wenig beachtete man die handelspolitischen Offerten des französischen Ministers Pierre-Étienne Flandin: Dazu Hoesch an AA vom 14.06.1930 in ADAP, B XV, Nr. 82.

herung sei „jetzt mehr denn je ein Gebot der vernünftigen Politik“,⁴⁵ verpuffte in Berlin anscheinend ungehört. Weder das Auswärtige Amt noch der zuständige Minister noch der Kanzler ließen sich trotz der wiederholten und engagierten Eingaben ihres Botschafters zu einem vorbehaltlos positiven Bekenntnis zum deutsch-französischen Verhältnis, geschweige denn zu einem echten Signal der Verhandlungsbereitschaft bewegen. Eine mögliche französische Finanzhilfe unmittelbar während der um sich greifenden Weltwirtschaftskrise, so scheint es, fiel damit jener „Agonie der Verständigungspolitik“ zum Opfer, die Peter Krüger mit dem Übergang zum Präsidialsystem diagnostiziert hat. An die Stelle „internationale[r] Bindungen und Verpflichtungen“ sollte „eine unbehinderte, einseitige Politik der freien Hand“⁴⁶ treten.

Die Gründe, die Berlin im Einzelnen erwogen haben mögen, das französische Angebot auszusagen – unmittelbar in der sich zuspitzenden Weltwirtschaftskrise wohl gemerkt –, sind viel diskutiert worden, ohne dass man bisher einen wie auch immer gearteten wissenschaftlichen Konsens hätte finden können.⁴⁷ Staatssekretärs Bülow schrieb jedenfalls am 7. August an Hoesch, dass man in Berlin jenes unweigerliche „Kardinalproblem langfristiger Finanzverflechtungen“⁴⁸ – also eine noch stärkere deutsche Abhängigkeit von Frankreich – für die kommende eigene Revisionspolitik unbedingt verhindern wollte. In dem entsprechenden Telegramm warnte Bülow vor einer generellen „politischen Unsicherheit der französischen Kredite“, die Deutschland unbedingt zu vermeiden habe. Daher bestünde zunächst „kein tatsächliches Bedürfnis“⁴⁹ an kurzfristigen Anleihen, so wie Paris sie vorgeschlagen hatte.

Gegen eine solche Ansicht sprach einiges. Nur wenige Tage nach Brüning's Regierungsantritt waren von verschiedenen Seiten Forderungen laut geworden, alle Staaten müssten jetzt endlich gemeinsam die globalen Gefahren einer bevorstehenden Depression bekämpfen. Vor allem Ökonomen aus dem Umfeld der Freiwirtschaftsbewegung mit Sitz in der Schweiz betonten, dass ihrer Ansicht nach „die gegenwärtig einsetzende Krisis der Weltwirtschaft eine Folge der Geldknappheit“ sei. Deshalb, so ihr Ratschlag an die europäischen Außenminister, müsse man „so rasch wie möglich ein internationales Uebereinkommen [...] schaffen“ zur „Stabilisierung der Kaufkraft“ durch eine „mit diesem Ziel geregelte Versorgung der verschiedenen Volkswirtschaften mit Geld.“⁵⁰ Auch wenn die Anhänger der Freiwirtschaft zur damaligen Zeit sicherlich keine mehrheitsfähige ökonomische Lehre vertraten, so ist gleichwohl erstaunlich, wie viele zeitgenössische Quellen mit den Appellen aus Bern zumindest insofern übereinstimmen, als dass sie die

⁴⁵ Hoesch an AA vom 22.03.1930 in ADAP, B XIV, Nr. 170.

⁴⁶ Krüger, Versailles, S. 156 und 162.

⁴⁷ Vor allem zur Bewertung Brüning's der Überblick bei Kolb, Die Weimarer Republik, S. 229–237.

⁴⁸ Knipping, Ende der Locarno-Ära, S. 174.

⁴⁹ Bülow an Hoesch vom 07.08.1930 in ADAP, B XV, Nr. 172.

⁵⁰ Schreiben des Internationalen Sekretariats der Freiwirtschaftsbewegung vom 12.04.1930 in PA AA R 117074.

Krise auf einen Kapitalmangel zurückführten⁵¹ und angesichts der sich verschlechternden Großwirtschaftslage die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit betonten. Ausländische Kredite spielten hierbei von Anfang an eine gewichtige Rolle, wie nicht zuletzt die Eingaben des deutschen Wirtschafts- und Finanzsektors an die entsprechenden Behörden zeigen. Seit geraumer Zeit warb man an dieser Stelle explizit für fremdländische Anleihen, ja forderte diese sogar vehement. Hatten Finanzkreise über verschiedene Kanäle mehrfach ihr „reges Interesse an der Gewinnung des französischen Geldmarktes“⁵² für Anlagen in Deutschland untermauert, plädierten Industrie und Handel nachdrücklich für französische Kreditbeteiligungen an der angeschlagenen deutschen Wirtschaft.⁵³ Und auch in Frankreich hatte der Kapitalmangel des östlichen Nachbarn längst Überlegungen aufkommen lassen, ob Paris nicht angesichts seiner eigenen Kapitalreserven mit einer Finanzspritze für Berlin inflationäre Tendenzen in Europa, die dem stabilen Franc mittelfristig schaden würden, entgegenzutreten sollte,⁵⁴ zumal dessen Stärke den französischen Entscheidungsträgern als wesentlicher Machtfaktor ihres Landes galt.⁵⁵ Tardieu gab offen zu, mögliche Kreditgeschäfte mit Deutschland vor allem mit dem Kalkül zu forcieren, dadurch eine drohende Geldentwertung zu verhindern.⁵⁶ Insofern ergänzten sich beide Interessenslagen, die deutsche und die französische, in dieser Angelegenheit eigentlich ganz gut.

Hoesch, der um diese Zusammenhänge wusste, hat in der Folge nicht nur für bilaterale Verhandlungen zwischen beiden Ländern geworben, sondern diese mitunter sogar eigenmächtig gesucht und geführt. Zwar betonte er dabei fortan stets, nur noch „in dem in Berlin vereinbarten Sinne“ auftreten zu wollen, befürwortete jedoch „trotz der gegenwärtigen Schwierigkeiten die Anlage langfristiger Gelder in Deutschland“⁵⁷ weiterhin vehement. In der Reichskanzlei, die derlei ablehnte, sorgte das durchaus für Unmut. Staatssekretär Herman Pünder schrieb an Brüning eher abfällig: „Die Auffassung des Herrn Botschafters ist wieder recht bezeichnend.“⁵⁸ Hoesch war wieder isoliert. Bereits vier Tage nach Regierungsantritt hatte man Hoesch instruiert, dass mit

⁵¹ Siehe den Bericht der Industrie- und Handelskammer München zum Geschäftsjahr 1930 in BArch R 2/13375: „Fragt man näher nach den Zusammenhängen, die das Entstehen und Ausmass der gegenwärtigen, in ihrer Auswirkung völlig ohne Beispiel in der neueren Wirtschaftsgeschichte dastehenden Krise hervorgerufen haben, so muss die breiteste Oeffentlichkeit immer wieder auf die in Deutschland herrschende Kapitalknappheit als eine der Hauptursachen hingewiesen werden.“

⁵² Hoesch an AA vom 12.07.1929 in PA AA R 87668.

⁵³ Siehe das Schreiben des Geschäftsführers des Deutschen Industrie- und Handelstages an das Reichswirtschaftsministerium vom 31.07.1929 in PA AA R 87668.

⁵⁴ Vgl. hierzu insgesamt Kenneth Mouré, *Managing the Franc Poincaré. Economic Understanding and Political Constraint in French Monetary Policy 1928-1936*, Cambridge u.a. 1991.

⁵⁵ Dazu v.a. Robert Frank, *La hantise du déclin. Le rang de la France en Europe 1920–1960. Finances, défense et identité nationale*, Paris 1994, S. 160–164.

⁵⁶ Hierzu u.a. Hoesch an AA vom 25.10.1930 in ADAP B XVI, Nr. 22.

⁵⁷ Hoesch an AA vom 23.10.1930 in ADAP B XVI, Nr. 17.

⁵⁸ Hoesch an AA vom 23.10.1930 in ADAP B XVI, Nr. 17.

Blick auf Frankreich „der Gedanke von Sonderkombinationen für Deutschland kein Interesse“⁵⁹ mehr haben könne. Hoesch hatte zwar noch seine hervorragenden Kontakte vor Ort in Paris, aber kein Team mehr in Berlin.

⁵⁹ Siehe zunächst Curtius an Hoesch vom 03.04.1930 und dann Hoesch an AA vom 08.04.1930 in PA AA R 28250k.

ABKÜRZUNGEN

AA	Auswärtiges Amt
ADAP	Akten zur deutschen auswärtigen Politik
B	Botschaft
BArch	Bundesarchiv Lichterfelde
BVP	Bayrische Volkspartei
DDF	Documents diplomatiques français
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DD NA Rep	Documents diplomatiques. Documents relatifs aux notes allemandes des 2 mai et 5 juin sur les réparations (2 mai – 3 août 1923)
DD Réparations	Documents relatifs aux réparations
DD Sécurité	Documents diplomatiques. Documents relatifs aux négociations concernant les garanties de sécurité contre une agression de l'Allemagne (19 janvier 1919 – 7 décembre 1923)
DBFP	Documents on British Foreign Policy
DPDF	Les Documents Politiques, Diplomatiques et Financiers
FRUS	Foreign Relations of the United States
HCITR	Haute Commission International des Territoires Rhénans
HZ	Historische Zeitschrift
Jg.	Jahrgang
MAE	Archives du Ministère des affaires étrangères
MICUM	Mission Interalliée de Contrôle des Usines et des Mines
Min.Dir.	Ministerialdirektor
OHL	Oberste Heeresleitung
PA AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts
PA AP	Papiers d'agents, Archives privées
RAM	Reichsaußenminister
RepKo	Reparationskommission
RFM	Reichsfinanzminister
RK	Reichskanzler
RM	Reichsminister
RP	Reichspräsident
StS.	Staatssekretär
UF	Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte

W.T.B.

Wolffs Telegraphisches Bureau

LITERATUR

1. Quellen

a. unveröffentlichte Quellen

Archives du Ministère des affaires étrangères, Paris (MAE)

Papiers Millerand

Papiers Massigli

Séries Z Europe (1918-1929) Allemagne

Séries Z Europe (1918-1929) Ruhr

Bundesarchiv Lichterfelde West (BArch)

Reichskanzlei – Auswärtige Angelegenheiten

Reichsfinanzministerium – Finanzwesen des Reiches

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin (PA AA).

Büro Reichsminister

Büro Staatssekretär

Pol. Abt. II – Frankreich

W Reparationen

Botschaft Paris

NL Hoesch

Westfälisches Wirtschaftarchiv Dortmund

NL Familie Hoesch

b. gedruckte Quellen

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Boppard am Rhein 1980ff.

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Serien A und B, bearb. von Peter Grupp, Harald Schinkel, Roland Thimme u.a., 21 Bde., Göttingen 1966ff.

Aktenstücke über den französisch-belgischen Einmarsch in das Ruhrgebiet, 4 Bde., Berlin 1923.

Documents diplomatiques français sur l'Allemagne 1920, hrsg. von Stefan Martens, 2 Bde., Bonn u.a. 1992 (Pariser historische Studien; 33).

Documents diplomatiques. 1914: La guerre européenne. Pièces relatives aux négociations qui ont précédé les déclarations de guerre de l'Allemagne à la Russie (1^{er} août 1914) et à la France (3 août 1914), déclaration du 4 septembre 1914, hrsg. vom Ministère des Affaires étrangères, Paris 1914.

Documents diplomatiques. Documents relatifs aux négociations concernant les garanties de sécurité contre une agression de l'Allemagne (19 janvier 1919 – 7 décembre 1923), hrsg. vom Ministère des Affaires étrangères, Paris 1924.

Documents diplomatiques. Documents relatifs aux notes allemandes des 2 mai et 5 juin sur les réparations (2 mai – 3 août 1923), hrsg. vom Ministère des Affaires étrangères, Paris 1923.

Documents diplomatiques. L'Alliance franco-russe. Origines de l'Alliance 1890–1893, Convention militaire 1892–1899 et Convention navale 1912, hrsg. vom Ministère des Affaires étrangères, Paris 1918.

Documents relatifs aux réparations, 2 Bde., hrsg. vom Ministère des Affaires étrangères, Paris 1922–1924.

Julikrise und Kriegsausbruch 1914. Eine Dokumentensammlung, 2 Bde., bearb. und eingel. von Imanuel Geiss, Hannover 1963–1964.

Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1918–1932, 52 Bde., Washington

1933–1947.

Quellen zum Friedensschluss von Versailles, hrsg. von Klaus Schwabe unter Mitarbeit von Tilman Stieve und Albert Diegmann, Darmstadt 1997 (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit; 30).

The Deliberations of the Council of Four (March 24 – June 28, 1919). Notes of the Official Interpreter Paul Mantoux, übers. und hrsg. von Arthur S. Link unter Mitarbeit von Manfred F. Boemeke, 2 Bde., Princeton 1992 [frz. 1955].

Treaty of Peace with Germany, Washington 1919.

c. Memoiren, Erinnerungen, Aufzeichnungen, Materialsammlungen

Bergmann, Carl, Der Weg der Reparation. Von Versailles über den Dawesplan zum Ziel, Frankfurt am Main 1926.

Brüning, Heinrich, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970.

Bülow, Bernhard von, Denkwürdigkeiten, hrsg. von Franz von Stockhammern, 4 Bde., Berlin 1930–1931.

Churchill, Winston, The Second World War, 6 Bde., London 1948–1954.

Clemenceau, Georges, Grandeur and Misery of Victory, London 1930 [frz. 1930].

Das Politische Tagebuch Alfred Rosenbergs 1934/35 und 1939/49, hrsg. von Hans-Günther Seraphim, München 1964.

De Gaulle, Charles, Discours et Messages, 5 Bde., Paris 1970.

Foch, Ferdinand, Mémoires pour servir a l'histoire de la guerre de 1914–1918, 2 Bde., Paris 1931.

Frankenthal, Käte, Der dreifache Fluch: Jüdin, Intellektuelle, Sozialistin. Lebenserinnerungen einer Ärztin in Deutschland und im Exil, hrsg. von Kathleen M. Pearle und Stephan Leibfried, Frankfurt am Main – New York 1981.

Hopman, Albert, Das ereignisreiche Leben eines ‚Wilhelminers‘. Tagebücher, Briefe, Aufzeichnungen 1901 bis 1920, hrsg. von Michael Epkenhans, München 2004 (Beiträge zur Militärgeschichte; 62) [Habil. Hamburg].

Kessler, Harry Graf, Das Tagebuch 1880–1937, hrsg. von Roland S. Kamzelak u.a., 9 Bde., Stuttgart 2004–2013 (Veröffentlichungen der Deutschen Schillergesellschaft; 50).

Neitzert, Dieter, „Das Amt“ zwischen Versailles und Rapallo. Die Rückschau des Staatssekretärs Ernst von Simson, In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 60 (2012), S. 443–490 [zitiert: Simson, Erinnerungsfragment]

Patry, Léonce, The Reality of War. A Memoir of the Franco-Prussian War and the Paris Commune (1870-1) by a French Officer, übers. und komm. von Douglas Fermer, London 2001 [frz. 1897].

Poincaré, Raymond, Au service de la France. Neuf années de souvenirs, 10 Bde., Paris 1926–1933.

Quidde, Ludwig, Der deutsche Pazifismus während des Weltkrieges 1914–1918, aus dem Nachlass hrsg. von Karl Holl unter Mitwirkung von Helmut Donat, Boppard am Rhein 1979 (Schriften des Bundesarchivs; 23).

Reynaud, Paul, Mémoires, 2 Bde., Paris 1960–1963.

Rosenberg, Frederic von, Korrespondenzen und Akten des deutschen Diplomaten und Außenministers 1913–1937, hrsg. von Winfried Becker, München 2011 (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts; 66).

Schmidt, Paul, Statist auf diplomatischer Bühne 1923–45. Erlebnisse des Chefdolmetschers im Auswärtigen Amt mit den Staatsmännern Europas, Bonn 1954 [1949].

Stresemann, Gustav, Reden, hrsg. und bearb. von Wolfgang Elz, <http://www.geschichte.uni-mainz.de/neuestegeschichte/795.php> (06.11.2012).

–, Schriften, hrsg. von Arnold Hartung, Berlin 1976.

–, Vermächtnis. Der Nachlass in drei Bänden, hrsg. von Henry Bernhard unter Mitarbeit von Wolfgang Goetz und Paul Wiegler, Berlin 1932.

d. zeitgenössische Publikationen und Texte

- Anonymus, Locarno – and After, In: Advocate of Peace through Justice 87 (1925) 12, S. 655–656.
- Anonymus, The Locarno Treaties, In: Bulletin of International News 1 (1925) 21, S. 2–3.
- Anonymus, The Locarno Psychology, In: Advocate of Peace through Justice 87 (1925) 12, S. 646–647.
- Anonymus, The Significance of Locarno, In: Bulletin of International News 1 (1926) 24, S. 5–6.
- Bainville, Jacques, Les conséquences politiques de la paix, Paris 1920.
- Cecil, Robert, The League of Nations and the Rehabilitation of Europe, In: Essays in Liberalism. Being the Lectures and Papers which were delivered at the Liberal Summer School at Oxford, London u.a. 1922, S. 1–18.
- Delbrück, Hans, Gegen oder mit dem Bolschewismus?, In: Preußische Jahrbücher 176 (1919), S. 152–155.
- Driant, Émile, Vers un nouveau Sedan, Paris 1906.
- Eichacker, Reinhold (Hrsg.), Haß. Antwort deutscher Dichter auf Versailles, München 1921.
- Fenwick, Charles G., The Legal Significance of the Locarno Agreements, In: The American Journal of International Law 20 (1926) 1, S. 108–111.
- Friedell, Egon, Kulturgeschichte der Neuzeit. Die Krisis der europäischen Seele von der Schwarzen Pest bis zum Ersten Weltkrieg, München 1965 [1927–1931].
- Hauptmann, Gerhart, Nachgelassene Werke. Fragmente, In: Ders., Sämtliche Werke. Centenar-Ausgabe zum 100. Geburtstag des Dichters, hrsg. von Hans-Egon Hass, fortgeführt von Martin Machatzke und Wolfgang Bungies, 11 Bde., Frankfurt am Main – Berlin 1962-1974, Bd. 11.
- Keynes, John Maynard, The Economic Consequences of the Peace, New York 1920.
- Lichtenberger, Henri, Deutschland und Frankreich in ihren gegenwärtigen Beziehungen, Leipzig 1924 [frühere franz. Fassung 1922].
- Mann, Heinrich, Noch ein Krieg mit Frankreich. Antwort nach Frankreich, Juni 1923, In: Ders., Sieben Jahre. Chronik der Gedanken und Vorgänge. Essays, hrsg. von Peter-Paul Schneider, Frankfurt am Main 1994, S. 117–127 [zuerst: 1923].
- Mann, Thomas, Das Problem der deutsch-französischen Beziehungen, In: Ders., Essays II 1914–1926, hrsg. von Hermann Kurzke, Frankfurt am Main 2002 (Große kommentierte Frankfurter Ausgabe: Werke, Briefe, Tagebücher; 15.1), S. 445–468.
- Martin, Charles E., The Politics of Peace, Stanford – London – Oxford 1929.
- Nicolson, Harold, Peacemaking 1919, London 1933.
- Ponsonby, Arthur, Falsehood in War Time: Containing an Assortment of Lies Circulated Throughout the Nations During The Great War, London 1928.
- Rayner, Robert M., The Twenty Years' Truce 1919–1939, London – New York – Chicago 1943.
- Rivière, Jacques, Une conscience européenne 1916–1924, hrsg. von Yves Rey-Herme unter Mitarbeit von Alain Rivière und Bernard Melet, Paris 1992.
- Stern-Rubarth, Edgar, Drei Männer suchen Europa: Briand, Chamberlain, Stresemann, München 1947 [engl. 1939].
- Troeltsch, Ernst, Nach der Entscheidung (26. Juni 1919), In: Ders., Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/22, hrsg. von Hans Baron, Tübingen 1924, S. 63–69.
- Versailles! Volkskommentar des Friedensdiktats, hrsg. von Kurt Freiherr von Lersner, Berlin 1921.

f. spätere Publikationen mit Quellencharakter

- Schwinge, Erich, Bilanz der Kriegsgeneration. Ein Beitrag zur Geschichte unserer Zeit, Marburg ¹³1987 [1979].
- Stresemann, Wolfgang, Mein Vater Gustav Stresemann, Frankfurt am Main 1992 [1979].

e. Periodika

Journal de débats politiques et littéraires, Paris.

Les Documents Politiques, Diplomatiques et Financiers

Kösener Korps-Listen von 1789 bis 1910. Eine Zusammenstellung aller Korpsangehöriger mit Angabe von Rezeptionsjahr, Chargen, Stand und Wohnort, bzw. Todesjahr, im Auftrag des Kösener S.C.-Verbandes bearb. und hrsg. von Karl Rügemer, Starnberg bei München 1910.

Stenographische Berichte der Verhandlungen des Reichstages.

2. Forschungsliteratur

Adamthwaite, Anthony, France, Germany and the Treaty of Versailles: France's bid for power in Europe, 1919–1924, In: Das deutsche Problem in der neueren Geschichte, hrsg. von Karl Otmar Freiherr von Aretin, Jacques Bariéty und Horst Möller, München 1997 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Sondernummer), S. 75–88.

Afflerbach, Holger, „... nearly a case of Italy contra mundum?“ Italien als Siegermacht in Versailles 1919, In: Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, hrsg. von Gerd Krumeich in Zusammenarbeit mit Silke Fehlmann, Essen 2001 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte; N.F., 14), S. 159–173.

Agulhon, Maurice, Die nationale Frage in Frankreich: Geschichte und Anthropologie, In: Nation und Emotion. Deutschland und Frankreich im Vergleich. 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Etienne François, Hannes Siegrist und Jakob Vogel, Göttingen 1995 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 10), S. 56–65.

Allain, Jean-Claude, Das Schloß von Versailles, In: Franzosen und Deutsche. Orte der gemeinsamen Geschichte, hrsg. von Horst Möller und Jacques Morizet, München 1996, S. 59–77.

Ambrosius, Lloyd E., Woodrow Wilson and the American Diplomatic Tradition. The Treaty Fight in Perspective, Cambridge u.a. 1986.

Angelow, Jürgen, Der Weg in die Urkatastrophe. Der Zerfall des alten Europas 1900–1914, Berlin 2010 (Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert; 2).

–, Schritt aus der Zivilisation. Forschungen, Fragestellungen und Neudeutungen zum Kriegsausbruch von 1914, In: Das Deutsche Kaiserreich 1890–1914, hrsg. von Bernd Heidenreich und Sönke Neitzel, Paderborn u.a. 2011, S. 189–200.

Artaud, Denise, La question des dettes interalliées et la reconstruction de l'Europe (1917–1929), 2 Bde., Paris u.a. 1978 [Diss. Paris 1976].

–, Reparations and War Debts. The Restoration of French Financial Power, 1919–1929, In: French Foreign and Defence Policy 1918–1940. The Decline and Fall of a Great Power, hrsg. von Robert Boyce, London und New York 1998, S. 89–106.

Aschmann, Birgit, Preußens Ruhm und Deutschlands Ehre. Zum nationalen Ehrdiskurs im Vorfeld der preußisch-französischen Kriege des 19. Jahrhunderts, München 2013 (Beiträge zur Militärgeschichte; 72) [Habil. Kiel 2006].

Aslangul, Claire, De la haine héréditaire à l'amitié indéfectible. Quelques images-symboles de la relation France-Allemagne, 1870–2009, In: Revue historique des armées 256 (2009), S. 3–13.

Audoin-Rouzeau, Stéphane, 1870. La France dans la guerre, Paris 1989.

–, Die Delegation der „gueules cassées“ in Versailles am 28. Juni 1919, In: Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, hrsg. von Gerd Krumeich in Zusammenarbeit mit Silke Fehlmann, Essen 2001 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, N.F.; 14), S. 280–287.

–, Die mobilisierten Kinder: Erziehung zum Krieg an französischen Schulen, In: „Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch...“. Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkriegs, hrsg. von Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich und Irina Renz, Essen 1993 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, N.F.; 1), S. 151–174.

–, French Public Opinion in 1870–71, In: On the Road to Total War. The American Civil War and the German Wars of Unification 1861–1871, hrsg. von Stig Förster und Jörg Nagler,

- Cambridge 1997, S. 393–411.
- und Annette Becker, 14–18, retrouver la Guerre, Paris 2000.
- Auffray, Bernard, Pierre de Margerie (1861–1942) et la vie diplomatique de son temps, Paris 1976.
- Baechler, Christian, Gustav Stresemann (1878–1929). Einige Überlegungen über den Politiker und seine Politik, In: *Politiker und Bürger. Gustav Stresemann und seine Zeit*, hrsg. von Karl Heinrich Pohl, Göttingen 2002, S. 64–85.
- , L’Alsace-Lorraine dans le relations franco-allemandes de 1918 à 1933, In: *La France et l’Allemagne entre les deux guerres mondiales*, hrsg. von Jacques Bariéty, Alfred Guth und Jean-Marie Valentin, Nancy 1987, S. 69–109.
- Bariéty, Jacques, Aristide Briand et la sécurité de la France en Europe, 1919–1932, In: *Deutschland und Frankreich. Vom Konflikt zur Aussöhnung. Die Gestaltung der westeuropäischen Sicherheit 1914–1963*, hrsg. von Stephen A. Schuker, München 2000, S. 117–134.
- , Das Deutsche Reich im französischen Urteil, 1871–1945, In: *Das Deutsche Reich im Urteil der Großen Mächte und europäischen Nachbarn (1871–1945)*, hrsg. von Klaus Hildebrand unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner, München 1995 (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien; 33), S. 203–218.
- , Deutschland, Frankreich und das Europa von Versailles, In: *Das deutsche Problem in der neueren Geschichte*, hrsg. von Karl Otmar Freiherr von Aretin, Jacques Bariéty und Horst Möller, München 1997 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Sondernummer), S. 59–74.
- , Die französische Politik in der Ruhrkrise, In: *Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg*, hrsg. von Klaus Schabe, Paderborn 1985, S. 11–27.
- , France and the Politics of Steel. From the Treaty of Versailles to the International Steel Entente 1919–1926, In: *French Foreign and Defence Policy 1918–1940. The Decline and Fall of a Great Power*, hrsg. von Robert Boyce, London und New York 1998, S. 30–48.
- , Frankreich und das deutsche Problem nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg, In: *Deutschland und der Westen im 19. und 20. Jahrhundert*, 2 Bde., hrsg. von Jürgen Elvert und Michael Salewski, Stuttgart 1993/1994 (Historische Mitteilungen, Beihefte; 7 und 11), Bd. 2: *Deutschland und Westeuropa*, S. 121–136.
- , Les relations franco-allemandes après la première guerre mondiale. 10. Nov. 1918 – 10. Jan. 1925 de l’exécution à la négociation, Paris 1977 (Publications de la Sorbonne: Sér. Internationale; 8) [Diss. 1975].
- Barnouw, Dagmar, *Weimar Intellectuals and the Threat of Modernity*, Bloomington – Indianapolis 1988.
- Barros, James, *The Corfu Incident of 1923. Mussolini and the League of Nations*, Princeton 1965.
- Baumgart, Winfried, Brest-Litovsk und Versailles. Ein Vergleich zweier Friedensschlüsse, In: *Historische Zeitschrift* 210 (1970), S. 583–619.
- , Europäisches Konzert und nationale Bewegung. Internationale Beziehungen 1830-1878, Paderborn u.a. 1999 (Handbuch der Geschichte der Internationalen Beziehungen; 6).
- Bavaj, Riccardo, *Von links gegen Weimar. Linkes antiparlamentarisches Denken während der Weimarer Republik*, Bonn 2005 (Politik- und Gesellschaftsgeschichte; 67) [Diss. 2004].
- Beaupré, Nicolas, *Das Trauma des großen Krieges 1918-1932/33*, Darmstadt 2009 (WBG Deutsch-Französische Geschichte; 8).
- , Occuper l’Allemagne après 1918. La présence française en Allemagne avant l’apaisement de Locarno ou la continuation de la Grande Guerre par d’autres moyens, In: *Revue historique des armées* 254 (2009), S. 9–19.
- Becker, Annette, Das Begräbnis des Leutnants Colpin in Lille am 21. März 1923, In: *Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923*, hrsg. von Gerd Krumeich und Joachim Schröder, Essen 2004 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte

- Nordrhein-Westfalens; 69), S. 257–263.
- Becker, Frank, „Bewaffnetes Volk“ oder „Volk in Waffen“? Militärpolitik und Militarismus in Deutschland und Frankreich 1870-1914, In: *Der Bürger als Soldat. Die Militarisierung europäischer Gesellschaften im langen 19. Jahrhundert: ein internationaler Vergleich*, Essen 2004 (Frieden und Krieg. Beiträge zur Historischen Friedensforschung; 3), S. 158-174.
- , *Bilder von Krieg und Nation. Die Einigungskriege in der bürgerlichen Öffentlichkeit Deutschlands 1864-1913*, München 2001 (Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit; 7) [Habil. Münster 1998].
- Becker, Jean-Jacques, *L'évolution de l'historiographie de la Première Guerre Mondiale*, In: *Revue historique des armées* 242 (2006), S. 4-15.
- , *La France en guerre 1914–1918. La grande mutation*, Brüssel 1988 (Questions au XXe siècle, Texte inédit; 6).
- und Gerd Krumeich, *La Grande Guerre. Une histoire franco-allemande*, Paris 2008.
- und Serge Berstein, *Victoire et frustrations 1914–1929*, Paris 1990 (Nouvelle histoire de la France contemporaine; 12).
- und Stéphane Audoin-Rouzeau, *La France, la nation, la guerre: 1850-1920*, Paris 1995 (Collection Regards sur l'Histoire; 106).
- Becker, Josef, *The Franco-Prussian Conflict of 1870 and Bismarck's Concept of a "Provoked Defensive War": A Response to David Wetzel*, In: *Central European History* 41 (2008) 1, S. 93–109.
- Becker, Udo, *Lexikon der Symbole*, Freiburg u.a. 1992.
- Becker, Winfried, *Frederic von Rosenberg (1874–1937). Diplomat vom späten Kaiserreich bis zum Dritten Reich, Außenminister der Weimarer Republik*, Göttingen 2011 (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; 83).
- Benz, Wolfgang, *Süddeutschland in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1918–1933*, Berlin 1970 (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter; 4) [Diss. München 1968].
- Berg, Nicolas, *Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung*, Göttingen 2004 [¹2003; Diss. Freiburg 2001].
- Berghahn, Volker R., *Das Kaiserreich 1871-1914. Industriegesellschaft, bürgerlicher Kultur und autoritärer Staat*, Stuttgart 2003 (Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte; 16).
- , *Europa im Zeitalter der Weltkriege. Die Entfesselung und Entgrenzung der Gewalt*, Frankfurt am Main 2002 (Europäische Geschichte).
- Bessel, Richard, *Die Krise der Weimarer Republik als Erblast des verlorenen Krieges*, In: *Zivilisation und Barbarei. Die widersprüchlichen Potentiale der Moderne*. Detlev Peukert zum Gedenken, hrsg. von Frank Bajohr, Werner Johe und Uwe Lohalm, Hamburg 1991 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte; 27), S. 98–114.
- Blessing, Ralph, *Der mögliche Frieden. Die Modernisierung der Außenpolitik und die deutsch-französischen Beziehungen 1923-1929*, München 2008 (Pariser Historische Studien; 76) [Diss. HU Berlin 2004].
- Boemeke, Manfred F., *Woodrow Wilson's Image of Germany, the War-Guilt Question, and the Treaty of Versailles*, In: *The Treaty of Versailles. A Reassessment after 75 Years*, hrsg. von Manfred F. Boemeke, Gerald D. Feldman und Elisabeth Glaser, Cambridge 1998, S. 603–614.
- Boisvert, Jean-Jacques, *Les relations franco-allemandes en 1920*, Montreal 1977.
- Bollmeyer, Heiko, *Der steinige Weg zur Demokratie. Die Weimarer Nationalversammlung zwischen Kaiserreich und Republik*, Frankfurt am Main 2007 (Historische Politikforschung; 13) [Diss. Bielefeld 2005/2006].
- Bormann, Patrick, *Furcht und Angst als Faktoren deutscher Weltpolitik 1897–1914*, In: *Angst in den Internationalen Beziehungen*, hrsg. von Patrick Bormann, Thomas Freiburger und Judith Michel, Göttingen 2010 (Internationale Beziehungen. Theorien und Geschichte; 7), S. 71–90.
- , *Thomas Freiburger und Judith Michel, Theoretische Überlegungen zum Thema Angst in den Internationalen Beziehungen*, In: *Dies. (Hrsg.), Angst in den Internationalen Beziehungen*,

- Göttingen 2010 (Internationale Beziehungen. Theorien und Geschichte; 7), S. 13–43.
- Botzenhart, Manfred, Französische Kriegsgefangene in Deutschland 1870/71, In: *Francia* 21 (1994) 3, S. 13-28.
- Bournazel, Renata, Rapallo. Ein französisches Trauma, Köln 1976 [frz. 1974].
- Boyce, Robert, Aristide Briand: Defending the Republic through Economic Appeasement, In: *Histoire@Politique* 16/2012, www.histoire-politique.fr.
- Breville, Benoit u.a. (Hrsg.), Atlas der Globalisierung. Das 20. Jahrhundert, Berlin ²2011 (Le Monde diplomatique) [frz. 2010].
- Bridge, Francis Roy, Transformations of the European States System, 1856-1914, In: „The Transformation of European Politics, 1763-1848“: Episode or Model in Modern History?, hrsg. von Peter Krüger und Paul W. Schroeder unter Mitarbeit von Katja Wüstenbecker, Münster 2002 (Forschungen zur Geschichte der Neuzeit. Marburger Beiträge; 5), S. 255–272.
- und Roger Bullen, The Great Powers and the European States System 1814-1914, Harlow ²2005 [1980].
- Bringmann, Thomas C., Handbuch der Diplomatie 1815–1963. Auswärtige Missionschefs in Deutschland und deutsche Missionschefs im Ausland von Metternich bis Adenauer, München 2001.
- Brüning, Franziska, Frankreich und Heinrich Brüning. Ein deutscher Kanzler in der französischen Wahrnehmung, Stuttgart 2012.
- Burgwyn, H. James, The Legend of the Mutilated Victory. Italy, the Great War, and the Paris Peace Conference 1915–1919, Westport 1993.
- Burleigh, Michael, Irdische Mächte, göttliches Heil. Die Geschichte des Kampfes zwischen Politik und Religion von der Französischen Revolution bis in die Gegenwart, München 2008 [engl. 2005/2006].
- Buschmann, Nikolaus, Einkreisung und Waffenbruderschaft. Die öffentliche Deutung von Krieg und Nation in Deutschland 1850-1871, Göttingen 2003 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 161) [Diss. Tübingen 2003].
- Büttner, Ursula, Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933, Stuttgart 2008.
- Canis, Konrad, Internationale Stellung und Außenpolitik Deutschlands vor dem Ersten Weltkrieg, In: Das Deutsche Kaiserreich 1890-1914, hrsg. von Bernd Heidenreich und Sönke Neitzel, Paderborn u.a. 2011, S. 177–187.
- Carl, Horst, Der Mythos des Befreiungskrieges: Die „martialische Nation“ im Zeitalter der Revolutions- und Befreiungskriege 1792–1815, In: Föderative Nation. Deutschlandkonzepte von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg, hrsg. von Dieter Langewiesche und Georg Schmidt, München 2000, S. 63–82.
- Caron, François, Frankreich im Zeitalter des Imperialismus 1851–1918, Stuttgart 1991 [frz. 1985] (Geschichte Frankreichs; 5).
- Cassels, Alan, Mussolini and German Nationalism 1922–25, In: *The Journal of Modern History* 35 (1963) 2, S. 137–157.
- Chickering, Roger, Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg, München ²2005 (Beck'sche Reihe; 1452) [engl. 1998].
- , Ein Krieg, der nicht vergehen will. Zur Frage des methodischen Fortschritts in der Historiographie des Ersten Weltkrieges, In: Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse, hrsg. von Sven Oliver Müller und Cornelius Torp, Göttingen 2009, S. 281-289.
- und Stig Förster (Hrsg.), Great War, Total War. Combat and Mobilization on the Western Front 1914-1918, Cambridge 2000.
- Conze, Eckart u.a., Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010.
- Cooper, John Milton Jr., Breaking the Heart of the World. Woodrow Wilson and the Fight for the League of Nations, Cambridge u.a. 2001.
- Cornebise, Alfred E., Cuno, Germany, and the Coming of the Ruhr Occupation: A Study in German-West European Relations, In: *Proceedings of the American Philosophical Society* 116

- (1972) 6, S. 502–531.
- , Gustav Stresemann und die Ruhrbesetzung: Die Entwicklung eines Staatsmannes, In: Gustav Stresemann, hrsg. von Wolfgang Michalka und Marshall M. Lee, Darmstadt 1982 (Wege der Forschung; 539), S. 177–208 [engl. 1972].
- Cornelißen, Christoph, Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2001 (Schriften des Bundesarchivs; Bd. 58) [Habil. Düsseldorf 1999/2000].
- , Vom „Ruhrkampf“ zur Ruhrkrise. Die Historiographie der Ruhrbesetzung, In: Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923, hrsg. von Gerd Krumeich und Joachim Schröder, Essen 2004 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens; 69), S. 25–45.
- Craig, Gordon A., Deutsche Geschichte 1866–1945. Vom Norddeutschen Bund bis zum Ende des Dritten Reiches, München ²1980 [engl. 1978].
- und Alexander L. George, Zwischen Krieg und Frieden. Konfliktlösung in Geschichte und Gegenwart, München 1984 [engl. 1983].
- Daniel, Silvia, A Brief Time to Discuss America. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Urteil amerikanischer Politiker und Intellektueller, Göttingen 2008 (Internationale Beziehungen. Theorie und Geschichte; 3) [Diss. Bonn 2006].
- Daniel, Ute, Informelle Kommunikation und Propaganda in der deutschen Kriegsgesellschaft, In: Der erste Weltkrieg als Kommunikationseignis, hrsg. von Siegfried Quandt und Horst Schichtel, Gießen 1993 (Medien, Kommunikation, Geschichte; 1), S. 76–94.
- Dann, Otto, Nation und Nationalismus in Deutschland 1770-1990, München ³1996 (Beck'sche Reihe; 494).
- Davis, Belinda, Experience, Identity, and Memory: The Legacy of World War I, In: Journal of Modern History 75 (2003) 1, S. 111-131.
- Defrance, Corine und Ulrich Pfeil, Eine Nachkriegsgeschichte in Europa 1945 bis 1963, Darmstadt 2011 (WBG Deutsch-Französische Geschichte; 10).
- Depkat, Volker, Lebenswenden und Zeitenwenden. Deutsche Politiker und die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, München 2007 [Habil. Greifswald 2003].
- Dittrich, Sigrid und Lothar, Lexikon der Tiersymbole. Tiere als Sinnbilder in der Malerei des 14.–17. Jahrhunderts, Petersberg ²2005 [12004] (Studien zur internationalen Architektur- und Kunstgeschichte; 22).
- Donat, Helmut, Die radikalpazifistische Richtung in der Deutschen Friedensgesellschaft (1918–1933), In: Pazifismus in der Weimarer Republik. Beiträge zur historischen Friedensforschung, hrsg. von Karl Holl und Wolfram Wette, Paderborn 1981, S. 27–45.
- Doß, Kurt, Das deutsche Auswärtige Amt im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Die Schülersche Reform, Düsseldorf 1977 [Diss. Köln 1976].
- , Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Das deutsche diplomatische Korps in einer Epoche des Umbruchs, In: Das Diplomatische Korps 1871–1945, hrsg. von Klaus Schwabe, Boppard am Rhein 1985 (Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit; 16), S. 81–100.
- Doughty, Robert A., France, In: War Planning 1914, hrsg. von Richard F. Hamilton und Holger H. Herwig, Cambridge u.a. 2010, S. 143–174.
- Dülffer, Jost, Das Deutsche Reich und der Versailler Vertrag, In: ZOOM 1920–2010. Nachbarnachbarn neun Jahrzehnte nach Versailles, hrsg. von Christoph Brüll, Eupen 2012, S. 53–69.
- , Die französische Deutschlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, In: Archiv für Sozialgeschichte 21 (1981), S. 593–601.
- , Frieden schließen nach einem Weltkrieg? Die mentale Verlängerung der Kriegssituation in den Friedensschluß, In: Der Verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918, hrsg. von Jost Dülffer und Gerd Krumeich, Essen 2002 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, N.F.; 15), S. 19–38.
- , Internationales System, Friedensgefährdung und Kriegsvermeidung: Das Beispiel der Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907, In: Lehren aus der Geschichte? Historische Friedensforschung, hrsg. von Reiner Steinweg, Frankfurt am Main 1990 (Friedensanalysen; 23), S. 95–116.

- , Kriegserwartung und Kriegsbild in Deutschland vor 1914, In: *Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse*, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Wolfgang Michalka, Weyarn 1997 [¹1994], S. 778–798 [zuerst frz. 1993].
- , Versailles und die Friedensschlüsse des 19. und 20. Jahrhunderts, In: *Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung*, hrsg. von Gerd Krumeich in Zusammenarbeit mit Silke Fehlmann, Essen 2001 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte; N.F., 14), S. 17–34.
- Duroselle, Jean-Baptiste, *La Grande Guerre des Français 1914–1918. L'incompréhensible*, Paris ³2002 [¹1994].
- , The Spirit of Locarno: Illusions of Pactomania, In: *Foreign Affairs* 50 (1972) 4, S. 752–764.
- Duus, Peter, *The Twentieth Century*, In: *The Cambridge History of Japan*, hrsg. von John W. Hall, 6 Bde., Cambridge u.a. 1988–1999, Bd. 6, S. 282–285.
- Echternkamp, Jörg, 1914–1945: Ein zweiter Dreißigjähriger Krieg? Vom Nutzen und Nachteil eines Deutungsmodells der Zeitgeschichte, In: *Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse*, hrsg. von Sven Oliver Müller und Cornelius Torp, Göttingen 2009, S. 265–280.
- Edwards, Peter, The Austen Chamberlain-Mussolini Meetings, In: *The Historical Journal* 14 (1971) 1, S. 153–164.
- Emons, Hans-Heinz, Die Kaliindustrie – Geschichte eines deutschen Wirtschaftszweiges?, In: *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät* 49 (2001) 6, S. 5–73
- Engerman, David C., Ideology and the Origins of the Cold War, 1917–1962, In: *The Cambridge History of the Cold War*, hrsg. von Melvyn P. Leffler und Odd Arne Westad, 3 Bde., Cambridge u.a. 2010, Bd. 1: Origins, S. 20–43.
- Epkenhans, Michael, Die Politik der militärischen Führung 1918: „Kontinuität der Illusionen und das Dilemma der Wahrheit“, In: *Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung*, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Jörg Duppler und Gerhard P. Groß, München 1999 (Beiträge zur Militärgeschichte; 53), S. 217–233.
- Erdmann, Karl Dietrich, Alternativen der deutschen Politik im Ruhrkampf, In: Klaus Schwabe (Hrsg.), *Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg*, Paderborn 1985, S. 29–38.
- , Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 3 (1955), S. 1–19.
- , Die Zeit der Weltkriege, In: *Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte*, 4 Bde., achte, völlig neubearbeitete Auflage hrsg. von Herbert Grundmann, Stuttgart 1965 [Erstdruck 1959], Bd. 4.
- Erl, Astrid, *Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung*, Stuttgart – Weimar ²2011 [¹2005].
- Etges, Andreas, Von der „vorgestellten“ zur „realen“ Gefühls- und Interessengemeinschaft? Nation und Nationalismus in Deutschland von 1830 bis 1848, In: *Die Politik der Nation. Deutscher Nationalismus in Krieg und Krisen 1760–1960*, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Jörg Echternkamp und Sven Oliver Müller, München 2002 (Beiträge zur Militärgeschichte; 56), S. 61–80.
- Fehrenbach, Elisabeth, Preußen-Deutschland als Faktor der französischen Außenpolitik in der Reichsgründungszeit, In: *Europa und die Reichsgründung. Preußen-Deutschland in der Sicht der großen europäischen Mächte 1860–1880*, hrsg. von Eberhard Kolb, München 1980 (HZ, Beihefte N.F.; 6), S. 109–137.
- , *Verfassungsstaat und Nationsbildung 1815–1871*, München 1992 (Enzyklopädie Deutscher Geschichte; 22).
- Feldman, Gerald D., *The Great Disorder. Politics, Economics, and Society in the German Inflation 1914–1924*, Oxford u.a. 1997 [¹1993].
- Félix, Christian, *Alsace-Lorraine et Union sacrée*, Lyon 1991.
- Fenske, Hans, *Monarchisches Beamtentum und demokratischer Staat. Zum Problem der Bürokratie in der Weimarer Republik*, In: *Demokratie und Verwaltung. 25 Jahre Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer*, Berlin 1972 (Schriftenreihe der Hochschule Speyer; 50),

- S. 117–136.
- Ferguson, Niall, Constraints and Room for Manoeuvre in the German Inflation of the Early 1920s, In: *The Economic History Review* XLIX (1996) 4, S. 635–666.
- , Der falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert, Stuttgart 1999 [engl. 1998].
- Fiebig von Hase, Ragnhild, Der Anfang vom Ende des Krieges: Deutschland, die USA und die Hintergründe des amerikanischen Kriegseintritts am 6. April 1917, In: *Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse*, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Wolfgang Michalka, Weyarn 1997 [¹1994], S. 125–158.
- Fink, Carole, Revisionism, In: *A Companion to Europe 1900–1945*, hrsg. von Gordon Martel, Chichester 2011, S. 326–340.
- Fisch, Jörg, Das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Domestizierung einer Illusion, München 2010.
- Fischer, Conan, *The Ruhr Crisis 1923–1924*, Oxford u.a. 2003.
- Fischer, Fritz, Das Bild Frankreichs in Deutschland in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg, In: Ders., *Der Erste Weltkrieg und das deutsche Geschichtsbild. Beiträge zur Bewältigung eines historischen Tabus. Aufsätze und Vorträge aus drei Jahrzehnten*, Düsseldorf 1977, S. 333–344.
- , Deutsche Kriegsziele. Revolutionierung und Separatfrieden im Osten 1914–1918, In: *Historische Zeitschrift* 188 (1959) 2, S. 249–310.
- , Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 2004 [zuerst 1961].
- , Hitler war kein Betriebsunfall. Aufsätze, München ⁴1998 [¹1992] (Beck'sche Reihe; 459).
- Föllmer, Moritz, Die Verteidigung der bürgerlichen Nation. Industrielle und hohe Beamte in Deutschland und Frankreich 1900–1930, Göttingen 2002 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 154) [Diss. HU Berlin 2000].
- Forsbach, Ralf, Alfred von Kiderlen-Wächter (1852–1912). Ein Diplomatenleben im Kaiserreich, 2 Bde., Göttingen 1997 (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften; 59) [Diss. Bonn 1995].
- Förster, Stig, Im Reich des Absurden: Die Ursachen des Ersten Weltkrieges, In: *Wie Kriege entstehen. Zum historischen Hintergrund von Staatenkonflikten*, hrsg. von Bernd Wegner in Verbindung mit Ernst Willi Hansen, Kerstin Rehwinkel und Matthias Reiß, Paderborn u.a. 2000 (Krieg in der Geschichte; 4), S. 211–252.
- Frank, Robert, *La hantise du déclin. Le rang de la France en Europe 1920–1960. Finances, défense et identité nationale*, Paris 1994, S. 160–164.
- French, David, „Had We Known How Bad Things Were in Germany, We Might Have Got Stiffer Terms“: Great Britain and the German Armistice, In: *The Treaty of Versailles. A Reassessment after 75 Years*, hrsg. von Manfred F. Boemeke, Gerald D. Feldman und Elisabeth Glaser, Cambridge 1998, S. 69–86.
- Fritzsche, Peter, *Landscape of Danger, Landscape of Design. Crisis and Modernism in Weimar Germany*, In: *Dancing on the Volcano. Essays on the Culture of the Weimar Republic*, hrsg. von Thomas W. Kniesche und Stephen Brockmann, Columbia 1994, S. 29–40.
- Fry, Michael Graham, British Revisionism, In: *The Treaty of Versailles. A Reassessment after 75 Years*, hrsg. von Manfred F. Boemeke, Gerald D. Feldman und Elisabeth Glaser, Cambridge 1998, S. 565–601.
- Fuchs, Günther, „Der Apostel des Friedens“. Aristide Briand (1862–1932), In: Ders., Udo Scholze und Detlev Zimmermann, *Werden und Vergehen einer Demokratie. Frankreichs Dritte Republik in neun Porträts*, Leipzig 2004, S. 112–141.
- Gall, Lothar, *Europa auf dem Weg in die Moderne 1850–1890*, München ⁴2004 [¹1984] (Oldenbourg Grundriss der Geschichte; 14).
- Geiss, Imanuel, *Der lange Weg in die Katastrophe. Die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs 1815–1914*, München ²1991 [¹1990] (Serie Piper; 943).
- Gerber, Stefan, Aus „Versailles“ 1919 lernen?, In: *Weimar und die Republik. Geburtsstunde eines demokratischen Deutschlands*, hrsg. von Michael Schultheiß und Julia Roßberg, Weimar 2009,

- S. 125–136.
- Gerwarth, Robert, *Der Bismarck Mythos. Die Deutschen und der eiserne Kanzler*, München 2007 [engl. 2005, Diss. Oxford 2003].
- und John Horne, *Vectors of Violence: Paramilitarism in Europe after the Great War, 1917–1923*, In: *The Journal of Modern History* 83 (2011) 3, S. 489–512.
- Gillingham, John, *Coal, Steel, and the Rebirth of Europe, 1945–1955. The Germans and French from Ruhr Conflict to Economic Community*, Cambridge u.a. 1991.
- Glaser, Elisabeth, *Handelspolitische Kriegsziele Deutschlands und Frankreichs, 1914–1918*, In: *Deutschland und Frankreich. Vom Konflikt zur Aussöhnung. Die Gestaltung der westeuropäischen Sicherheit 1914–1963*, hrsg. von Stephen A. Schuker unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner, München 2000 (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien; 46), S. 19–42.
- Gödde-Baumanns, Beate, *L'idée des deux Allemagnes dans l'historiographie française des années 1871–1914*, In: *Francia* 12 (1984), S. 609–619.
- Graebner, Norman A. und Edward M. Bennett, *The Versailles Treaty and Its Legacy. The Failure of the Wilsonian Vision*, Cambridge u.a. 2011.
- Graf, Rüdiger, *Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaneignungen in Deutschland 1918–1933*, München 2008 (Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit; 24) [Diss. HU Berlin 2006].
- Grathwohl, Robert, *Gustav Stresemann: Betrachtungen über seine Außenpolitik*, In: *Gustav Stresemann*, hrsg. von Wolfgang Michalka und Marschall M. Lee, Darmstadt 1982 (Wege der Forschung; 539), S. 224–249 [engl. 1973].
- Greenhalgh, Elizabeth, *Foch in Command: The Forging of a First World War General*, Cambridge u.a. 2011.
- , *Victory through Coalition. Britain and France during the First World War*, Cambridge u.a. 2005.
- Gründer, Horst, *Walter Simons (1961–1937)*, In: *Die Weimarer Republik. Portrait einer Epoche in Biographien*, hrsg. von Michael Fröhlich, Darmstadt 2002, S. 27–40.
- Grupp, Peter, *Deutsche Außenpolitik im Schatten von Versailles 1918–1920. Zur Politik des Auswärtigen Amtes vom Ende des Ersten Weltkriegs und der Novemberrevolution bis zum Inkrafttreten des Versailler Vertrags*, Paderborn 1988.
- Hahn, Hans-Werner, *Die Industrielle Revolution in Deutschland*, München 2005 (Enzyklopädie Deutscher Geschichte; 49).
- Hamilton, Keith und Richard Langhorne, *The Practice of Diplomacy. Its Evolution, Theory and Administration*, London u.a. 2011 [¹1995].
- Hankel, Gerd, *Die Leipziger Prozesse. Deutsche Kriegsverbrechen und ihre strafrechtliche Verfolgung nach dem Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2003 [Diss. Bremen 2002].
- Hanna, Martha, *The Mobilization of Intellect. French Scholars and Writers during the Great War*, Cambridge 1996.
- Hansen, Ernst Willi, *Vom Krieg zum Frieden: Probleme der Umstellung nach dem ersten „gesamtgesellschaftlichen“ Krieg*, In: *Wie Kriege enden. Wege zum Frieden von der Antike bis zur Gegenwart*, hrsg. von Bernd Wegner in Verbindung mit Ernst Willi Hansen, Kerstin Rehwinkel und Matthias Reiß, Paderborn u.a. 2002 (Krieg in der Geschichte; 14), S. 163–185.
- Harris, Ruth, *The „Child of the Barbarian“: Rape, Race and Nationalism in France during the First World War*, In: *Past & Present* 141 (1993), S. 170–206.
- Hartmann, Peter Claus, *Der Hitlerputsch (1923) im Urteil der französischen Gesandtschafts- und Botschaftsberichte*, In: *Francia* 5 (1977), S. 453–472.
- Haupt, Heinz-Gerhard, *Nationalismus und Demokratie. Zur Geschichte der Bourgeoisie im Frankreich der Restauration*, Frankfurt am Main 1974 [Diss. FU Berlin 1972].
- Heideking, Jürgen, *Areopag der Diplomaten. Die Pariser Botschafterkonferenz der alliierten Hauptmächte und die Probleme der europäischen Politik 1920–1931*, Husum 1979 (Historische Studien; 436) [Diss. Tübingen 1978].

- Heinemann, Ulrich, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 59) [Diss. Bochum 1981].
- Henig, Ruth, Versailles and After 1919–1933, London – New York 1984.
- Hensel, Paul R., The Evolution of the Franco-German Rivalry, In: Great Power Rivalries, hrsg. von William R. Thompson, Columbia 1999, S. 86-121.
- Herbert, Ulrich, Eine neue Weltordnung. Die Friedensverträge 1919 und ihre Auswirkungen, In: ZOOM 1920–2010. Nachbarschaften neun Jahrzehnte nach Versailles, hrsg. von Christoph Brüll, Eupen 2012, S. 23–52.
- Hertz-Eichenrode, Dieter, Deutsche Geschichte 1890-1918. Das Kaiserreich in der Wilhelminischen Zeit, Stuttgart – Berlin – Köln 1996.
- Hildebrand, Klaus, Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, Stuttgart 1995.
- , Deutsche Außenpolitik 1871-1918, München ³2008 [¹1989] (Enzyklopädie Deutscher Geschichte; 2).
- Hillgruber, Andreas, Der historische Ort des Ersten Weltkrieges, In: Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa. Festschrift für Karl Dietrich Bracher, hrsg. von Manfred Funke u.a., Düsseldorf 1987, S. 109-123.
- , Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege, Göttingen ²1979 [¹1967] (Kleine Vandenhoeck-Reihe; 1458).
- , Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, In: Grundfragen der deutschen Außenpolitik seit 1871, hrsg. von Gilbert Ziebura, Darmstadt 1975 (Wege der Forschung; 315), S. 15-47 [zuerst 1969].
- , Unter dem Schatten von Versailles – Die außenpolitische Belastung der Weimarer Republik: Realität und Perzeption bei den Deutschen, In: Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute. Kölner Kolloquium der Fritz Thyssen Stiftung Juni 1979, hrsg. von Karl Dietrich Erdmann und Hagen Schulze, Düsseldorf 1980, S. 51–67.
- Hirschfeld, Gerhard, Der Erste Weltkrieg in der deutschen und internationalen Geschichtsschreibung, In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 29-30 (2004), S. 3-12.
- Hobsbawm, Eric, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München ⁹2009 [engl. 1994].
- Hobson, Rolf, Imperialism at sea. Naval strategic thought, the ideology of sea power and the Tirpitz Plan, 1875-1914, Boston 2002.
- Hoffmann, Dieter, Der Sprung ins Dunkle oder Wie der 1. Weltkrieg entfesselt wurde, Leipzig 2010.
- Holsti, Ole R., Public Opinion and American Foreign Policy, Ann Arbor 2004 [¹1996].
- Horne, John und Alan Kramer, German Atrocities 1914. A History of Denial, Yale 2001.
- Housden, Martyn, The League of Nations and the Organisation of Peace, Harlow u.a. 2012.
- Howard, Michael, The Franco-Prussian War. The German Invasion of France, 1870–1871, London 2002 [¹1961].
- Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, 8 Bde., Stuttgart u.a. 1957–1991.
- Hürten, Heinz, Bürgerkriege in der Republik. Die Kämpfe um die innere Ordnung von Weimar 1918–1920, In: Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft, hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen, Bonn ²1988 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung; 21) [¹1987], S. 81–94.
- Hüser, Dietmar, Selbstfindung durch Fremdwahrnehmung in Kriegs- und Nachkriegszeiten. Französische Nation und Deutscher Nachbar seit 1870, In: Das Bild „des Anderen“. Politische Wahrnehmungen im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Birgit Aschmann und Michael Salewski, Stuttgart 2000 (Historische Mitteilungen, Beihefte; 40), S. 55–79.
- Ilić, Frano, Frankreich und Deutschland. Das Deutschlandbild im französischen Parlament 1919–1933, Münster 2004 (Politische Soziologie; 19) [Diss. Münster 2002].

- Jackson, Peter, French Security and a British ‚Continental Commitment‘ after the First World War: a Reassessment, In: *English Historical Review* 126 (2011) 519, S. 345–385.
- Jacobsen, Jon, *Locarno Diplomacy and the West 1925–1929*, Princeton 1972.
- , Strategies of French Foreign Policy after World War I, In: *The Journal of Modern History* 55 (1983) 1, S. 78–99.
- , The Conduct of Locarno Diplomacy, In: *The Review of Politics* 34 (1972) 1, S. 67–81.
- Jahr, Christoph, Der lange Weg nach München. Britische Außenpolitik unter dem Eindruck von Versailles, In: *Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung*, hrsg. von Gerd Krumeich in Zusammenarbeit mit Silke Fehlmann, Essen 2001 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte; N.F., 14), S. 113–125.
- Jansen, Anscar, *Der Weg in den Ersten Weltkrieg. Das deutsche Militär in der Julikrise 1914*, Marburg 2005 [Diss. 2003].
- Jansen, Christian und Henning Borggräfe, *Nation, Nationalität, Nationalismus*, Frankfurt am Main 2007 (Historische Einführungen; 1).
- Jarausch, Konrad H., Der nationale Tabubruch. Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik in der Fischer-Kontroverse, In: *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945*, hrsg. von Martin Sabrow, Ralph Jessen und Klaus Große Kracht, München 2003 (Beck’sche Reihe; 1544), S. 20–40.
- Jardin, Pierre, La politique rhénane de Paul Tirard (1920–1923), In: *Revue d’Allemagne et des Pays de langue allemande* 21 (1989), S. 208–216.
- Jeannesson, Stanislas, French Policy in the Rhineland, In: *Diplomacy & Statecraft* 16 (2005) 3, S. 475–486.
- , Jacques Seydoux et la diplomatie économique dans la France de l’après-guerre, In: *Relations internationales* 121 (2005) 1, S. 9–24.
- , Poincaré, la France et la Ruhr (1922–1924). Histoire d’une occupation, Straßburg 1998 (Collection Les mondes germaniques; 7).
- , Pourquoi la France a-t-elle occupé la Ruhr?, In: *Vingtième Siècle* 51 (1996), S. 56–67.
- , Übergriffe der französischen Besatzungsmacht und deutsche Beschwerden, In: *Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923*, hrsg. von Gerd Krumeich und Joachim Schröder, Essen 2004 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens; 69), S. 207–224.
- Jeismann, Michael, *Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbegriff und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792–1918*, Stuttgart 1992 (Sprache und Geschichte; 19), [Diss. Bielefeld 1990/91].
- , Propaganda, In: *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, hrsg. von Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich und Irina Renz, Paderborn 2009, S. 198–209.
- Joeres, Niels, *Der Architekt von Rapallo: Der deutsche Diplomat Ago von Maltzan im Kaiserreich und in der frühen Weimarer Republik*, Heidelberg 2006 [Diss. 2005].
- , Forschungsbericht Rapallo. Zeitgeschichte einer Kontroverse, In: *Francia* 34/3 (2007), S. 103–126.
- Joll, James, Locarno – Ein Rückblick, In: *Wege in die Zeitgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Gerhard Schulz*, hrsg. von Jürgen Heideking, Gerhard Hufnagel und Franz Knipping, Berlin – New York 1989, S. 433–447.
- Julien, Elise, À propos de l’historiographie française de la Première Guerre Mondiale, In: *Labyrinthe* 18 (2004) 2, S. 53–68.
- Kaelble, Hartmut, *Nachbarn am Rhein. Entfremdung und Annäherung der französischen und deutschen Gesellschaft seit 1880*, München 1991.
- Kay, Aaron C. und Justin Friesen, On Social Stability and Social Change: Understanding When System Justification Does and Does Not Occur, In: *Current Directions in Psychological Science* 20 (2011) 6, S. 360–364.
- Keiger, John F.V., Poincaré, Clemenceau, and the Quest for Total Victory, In: *Great War, Total War. Combat and Mobilization on the Western Front, 1914–1918*, hrsg. von Roger Chickering

- und Stig Förster, Cambridge 2000, S. 247–263.
- , Raymond Poincaré, Cambridge 2002 [¹1997].
- , Raymond Poincaré and the Ruhr Crisis, In: French Foreign and Defence Policy 1918–1940. The Decline and Fall of a Great Power, hrsg. von Robert Boyce, London und New York 1998, S. 49–70.
- Kemper, Claudia, Das „Gewissen“ 1919–1925. Kommunikation und Vernetzung der Jungkonservativen, München 2011 (Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit; 36) [Diss. Hamburg 2009].
- Kennan, George F., The Decline of Bismarck's European Order. Franco-Russian Relations 1875–1890, Princeton 1979.
- Kent, Bruce, The Spoils of War. The Politics, Economics, and Diplomacy of Reparations 1918–1932, Oxford u.a. 1989.
- Kiesewetter, Hubert, Industrielle Revolution in Deutschland. Regionen als Wachstumsmotoren, Stuttgart 2004.
- Kießling, Friedrich, Gegen den „großen Krieg“? Entspannung in den internationalen Beziehungen 1911–1914, München 2002 (Studien zur Internationalen Geschichte; 12) [Diss. Erlangen-Nürnberg 2000].
- Kittel, Manfred Provinz zwischen Reich und Republik. Politische Mentalitäten in Deutschland und Frankreich 1918–1933/36, München 2000 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; 47) [Habil. Regensburg 1999].
- Kißener, Michael, Wie Völker hassen lernen. Deutsche und Franzosen im 19. Jahrhundert, In: Frankreich am Rhein – vom Mittelalter bis heute, hrsg. von Franz J. Felten, Stuttgart 2009 (Mainzer Vorträge; 13), S. 181–198.
- Klautke, Egbert, Unbegrenzte Möglichkeiten. „Amerikanisierung“ in Deutschland und Frankreich (1900–1933), Stuttgart 2003 (Transatlantische historische Studien; 14) [Diss. Heidelberg 1999].
- Klein, Fritz, Between Compiègne and Versailles: The Germans on the Way from a Misunderstood Defeat to an Unwanted Peace, In: The Treaty of Versailles. A Reassessment after 75 Years, hrsg. von Manfred F. Boemeke, Gerald D. Feldman und Elisabeth Glaser, Cambridge 1998, S. 203–220.
- Klünemann, Clemens, Akt einer neuen politischen Kultur. De Gaulles Aufruf und die „France éternelle“, In: Dokumente/Documents 2/2010, S. 37–41.
- Knipping, Franz, Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära 1928–1931. Studien zur internationalen Politik in der Anfangsphase der Weltwirtschaftskrise, München 1987 [Habil. Tübingen 1984].
- Knock, Thomas J., To End All Wars. Woodrow Wilson and the Quest for a New World Order, New York – Oxford 1992.
- Köhler, Henning, Deutschland auf dem Weg zu sich selbst. Eine Jahrhundertgeschichte, Stuttgart – Leipzig 2002.
- , Novemberrevolution und Frankreich. Die französische Deutschland-Politik 1918–1919, Düsseldorf 1980.
- Kolb, Eberhard, Das Stresemannbild im Wandel der Zeit, In: Historie und Leben. Der Historiker als Wissenschaftler und Zeitgenosse. Festschrift für Lothar Gall, hrsg. von Dieter Hein, Klaus Hildebrand und Andreas Schulz, München 2006, S. 573–585.
- , Der Frieden von Versailles, München 2005 (Beck'sche Reihe; 2375).
- , Der Kriegsausbruch 1870. Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870, Göttingen 1970.
- , Die Weimarer Republik, München 2002 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte; 16)
- , Gustav Stresemann, München 2003 (Beck'sche Reihe; 2315).
- Koller, Christian, ‚Von Wilden aller Rassen niedergemetzelt‘. Die Diskussion um die Verwendung von Kolonialtruppen in Europa zwischen Rassismus, Kolonial- und Militärpolitik (1914–1930), Stuttgart 2001 (Beiträge zur Kolonial- und Überseegegeschichte; 82) [Diss. Zürich 1998].

- Koszyk, Kurt, Gustav Stresemann. Der kaisertreue Demokrat, Köln 1989.
- Körper, Andreas, Gustav Stresemann als Europäer, Patriot, Wegbereiter und potentieller Verhinderer Hitlers. Historisch-politische Sinnbildungen in der öffentlichen Erinnerung, Hamburg 1999 (Beiträge zur deutschen und europäischen Geschichte; 25) [Diss.].
- Korte, Helmut, Die Mobilmachung des Bildes – Medienkultur im ersten Weltkrieg, In: Krieg – Medien – Kultur. Neue Forschungsansätze, hrsg. von Matthias Karmasin und Werner Faulstich, München 2007, S. 35–66.
- Kramer, Alan, „Greuelthaten“. Zum Problem der deutschen Kriegsverbrechen in Belgien und Frankreich 1914, In: „Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch...“. Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkriegs, hrsg. von Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich und Irina Renz, Essen 1993 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, N.F.; 1), S. 85–114.
- Krapoth, Stéphanie, L’antagonisme franco-allemand de 1918 jusqu’au traité de l’Élysée. Opposition irréductible ou réflexe culturel?, In: Les relations culturelles internationales au XXe siècle. De la diplomatie culturelle à l’acculturation, hrsg. von Anne Dulphy u.a., Brüssel 2010 (Enjeux internationaux; 10), S. 611–620.
- Krüger, Peter, A Rainy Day, April 16, 1922: The Rapallo Treaty and the Cloudy Perspective for German Foreign Policy, In: Genoa, Rapallo, and European Reconstruction in 1922, hrsg. von Carole Fink, Axel Frohn und Jürgen Heideking, Cambridge u.a. 1991, S. 49–64.
- , Carl von Schubert und die deutsch-französischen Beziehungen, In: Deutschland und Frankreich. Vom Konflikt zur Aussöhnung. Die Gestaltung der westeuropäischen Sicherheit 1914–1963, hrsg. von Stephen A. Schuker unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner, München 2000 (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien; 46), S. 73–96
- , Das Reparationsproblem der Weimarer Republik in fragwürdiger Sicht. Kritische Überlegungen zur neuesten Forschung, In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 29 (1981) 1, S. 21–47.
- , Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985.
- , Die deutschen Diplomaten in der Zeit zwischen den Weltkriegen, In: Eliten in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert, im Auftrag des Deutsch-Französischen Historikerkomitees hrsg. von Rainer Hudemann und Georges-Henri Soutou, 2 Bde., München 1994–1996, Bd. 1: Strukturen und Beziehungen, S. 281–291.
- , Die Reparationen und das Scheitern einer deutschen Verständigungspolitik auf der Pariser Friedenskonferenz im Jahre 1919, In: Historische Zeitschrift 221 (1975) 2, S. 326–372.
- , Die Rolle der Banken und Industrie in den deutschen reparationspolitischen Entscheidungen nach dem Ersten Weltkrieg, In: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, hrsg. von Hans Mommsen, Dietmar Petzina und Bernd Weisbrod, 2 Bde., Düsseldorf 1977 [1974], Bd. 2, S. 568–582.
- , Europäische Ordnung und deutsch-französisches Verhältnis nach dem Ersten Weltkrieg, In: Französisch-deutsche Beziehungen in der neueren Geschichte. Festschrift für Jean Laurent Mayer zum 80. Geburtstag, hrsg. von Klaus Malettke und Christoph Kampmann unter Mitarbeit von Kornelia Open, Berlin 2007 (Forschungen zur Geschichte der Neuzeit. Marburger Beiträge; 6), S. 241–257.
- , Stresemann und Briand – mehr als ein Mythos?, In: Europäer des 20. Jahrhunderts. Wegbereiter und Gründer des „modernen“ Europas, hrsg. von Heinz Durchhardt, Mainz 2002, S. 39–68.
- , Zur Bedeutung des Auswärtigen Amtes für die Außenpolitik Stresemanns, In: Gustav Stresemann, hrsg. von Wolfgang Michalka und Marshall M. Lee, Darmstadt 1982 (Wege der Forschung; 539), S. 400–415.
- Krumeich, Gerd, Aufrüstung und Innenpolitik in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg. Die Einführung der dreijährigen Dienstpflicht 1913–1914, Wiesbaden 1980 (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Abteilung Universalgeschichte; 96) [Diss. Düsseldorf].
- , Der „Ruhrkampf“ als Krieg: Überlegungen zu einem verdrängten deutsch-französischen Konflikt, In: Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923, hrsg. von Gerd Krumeich

- und Joachim Schröder, Essen 2004 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens; 69), S. 9–24.
- , Frankreichs Sicht des deutschen Kaiserreiches 1890–1914, In: Das Deutsche Kaiserreich 1890-1914, hrsg. von Bernd Heidenreich und Sönke Neitzel, Paderborn u.a. 2011, S. 241–254.
- , Psychose de guerre et calcul politique dans la France de 1913: La crainte d’une „attaque brusquée“ allemande, In: 1914, les psychoses de guerre?, hrsg. von Johannes Vandenrath, Rouen 1985 (Publications de l’Université de Rouen; 82), S. 85–94.
- , Versailles 1919. Der Krieg in den Köpfen, In: Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, hrsg. von Gerd Krumeich in Zusammenarbeit mit Silke Fehlmann, Essen 2001 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte; N.F., 14), S. 53–64.
- Laak, Dirk van, Über alles in der Welt. Deutscher Imperialismus im 19. und 20. Jahrhundert, München 2005 (Beck’sche Reihe; 1650).
- Lahaie, Olivier, Le renseignement militaire français dans l’Allemagne d’après-guerre (mai 1919 – mars 1920): à la recherche d’une nouvelle sécurité, In: Revue historique des armées 256 (2009), S. 32–42.
- Lange, A. Kai-Uwe, George Frost Kennan und der Kalte Krieg. Eine Analyse der Kennanschen Variante der Containment Policy, Münster 2001 (Texte zu Politik und Zeitgeschichte; 3) [Diss. Marburg 2000].
- Lauren, Paul Gordon, Diplomats and Bureaucrats. The First Institutional Responses to Twentieth-Century Diplomacy in France and Germany, Stanford 1976.
- Lauter, Anna-Monika, Die öffentliche Meinung in Frankreich im Vorfeld der Ruhrbesetzung, In: Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923, hrsg. von Gerd Krumeich und Joachim Schröder, Essen 2004 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens; 69), S. 85–97.
- , Sicherheit und Reparationen. Die französische Öffentlichkeit, der Rhein und die Ruhr (1919–1923), Essen 2006 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens; 74) [Diss. Düsseldorf 2003].
- Lecaillon, Jean-François, Août 1870: Retrouver l’autre guerre (Mai 2001), http://mapage.noos.fr/jflecaillon/Pages/retrouver_lautre_guerre.htm (21.08.2012).
- Leiner, Wolfgang, Das Deutschlandbild in der französischen Literatur, Darmstadt ²1991 [1989].
- Lenger, Friedrich, Industrielle Revolution und Nationalstaatsgründung, Stuttgart 2003 (Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte; 15).
- Lentin, Anthony, Guilt at Versailles. Lloyd George and the Pre-History of Appeasement, London 1985 [1984].
- , Lloyd George and the Lost Peace. From Versailles to Hitler, 1919–1940, Basingstoke u.a. 2001.
- , Lloyd George, Clemenceau and the Elusive Anglo-French Guarantee Treaty, 1919: ‚A Disastrous Episode‘?, In: Anglo-French Relations in the Twentieth Century. Rivalry and Cooperation, hrsg. von Alan Sharp und Glyn Stone, London und New York 2000, S. 104–119.
- Lindemann, Thomas, Die Macht der Perzeptionen und Perzeptionen von Mächten, Berlin 2000 (Beiträge zur Politischen Wissenschaft; 118) [Diss. Paris 1996], S. 282.
- Link, Werner, Die Vereinigten Staaten und der Ruhrkonflikt, In: Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, hrsg. von Klaus Schwabe, Paderborn 1985, S. 39–51.
- Linke, Horst Günther, Rußlands Weg in den Ersten Weltkrieg und seine Kriegsziele 1914–1917, In: Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Wolfgang Michalka, Weyarn 1997 [1994], S. 54–94.
- Lipp, Karlheinz, Die Friedensnobelpreise 1926 und 1927, In: Wissenschaft & Frieden 4/2011, S. 41–43.
- Lorenz, Thomas, „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht!“ Der Versailler Vertrag in Diskurs und Zeitgeist der Weimarer Republik, Frankfurt – New York 2008 [Diss. Marburg 2004/2005].
- Lützel, Paul Michael, Die Schriftsteller und Europa. Von der Romantik bis zur Gegenwart,

- Baden-Baden ²1998.
- Madelénat, Daniel, *Le 18 janvier 1871: contraintes, apories et diversités d'une évocation littéraire française (1871–1900)*, In: *Versailles dans la littérature. Mémoire et imaginaire aux XIX^e et XX^e siècles*, hrsg. von Véronique Léonard-Roques, Clermont-Ferrand 2005, S. 343–355.
- Mai, Gunther, *Die Weimarer Republik*, München 2009 (Beck'sche Reihe; 2477).
- Manela, Erez, *The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anti-colonial Nationalism*, Oxford u.a. 2007.
- Marcowitz, Reiner, *Frankreich – Akteur oder Objekt des europäischen Mächtekonzerts 1814–1848?*, In: *Das europäische Mächtekoncert. Friedens- und Sicherheitspolitik vom Wiener Kongreß 1815 bis zum Krimkrieg 1853*, hrsg. von Wolfram Pyta unter Mitarbeit von Philipp Menger, Köln – Weimar – Wien 2009 (Stuttgarter historische Forschungen; 9), S. 103–123.
- Marks, Sally, *Mussolini and the Ruhr Crisis*, In: *The International History Review* 8 (1986) 1, S. 56–69.
- , *Poincaré-la-Peur. France and the Ruhr Crisis of 1923*, In: *Crisis and Renewal in France 1918–1962*, hrsg. von Kenneth Mouré und Martin S. Alexander, New York u.a. 2002, S. 28–45.
- , *Reparations in 1922*, In: *Genoa, Rapallo, and European Reconstruction in 1922*, hrsg. von Carole Fink, Axel Frohn und Jürgen Heideking, Cambridge u.a. 1991, S. 65–76.
- , *The Myths of Reparations*, In: *Central European History* 11 (1978) 3, S. 231–255.
- Martens, Stefan (Hrsg.), *Vom „Erbfeind“ zum „Erneuerer“*. Aspekte und Motive der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Sigmaringen 1993 (Beihefte der Francia; 27).
- Mäs, Michael, *Regionalismus, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit*, Wiesbaden 2005.
- Mayer, Arno J., *Der Krieg als Kreuzzug. Das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die „Endlösung“*, Reinbek 1989 [engl. 1988].
- , *Politics and Diplomacy of Peacemaking. Containment and Counterrevolution at Versailles 1918–1919*, New York 1967.
- Mayer, Martin, *Geheime Diplomatie und öffentliche Meinung. Die Parlamente in Frankreich, Deutschland und Großbritannien und die erste Marokkokrise 1904–1906*, Düsseldorf 2002 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; 133) [Diss. Mainz 2000].
- McDougall, Walter A., *France's Rhineland Diplomacy, 1914–1924. The Last Bid for a Balance of Power in Europe*, Princeton 1978 [Diss. Chicago].
- Mehrkens, Heidi, *Statuswechsel. Kriegserfahrung und nationale Wahrnehmung im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71*, Essen 2008 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte; N.F., 21) [Diss. Braunschweig 2005].
- Metzing, Andreas, *Kriegsgedenken in Frankreich (1871–1914). Studien zur kollektiven Erinnerung an den Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71*, Diss. Freiburg 1995.
- Meyer, Gerd, *Die Reparationspolitik. Ihre außen- und innenpolitischen Rückwirkungen*, In: *Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft*, hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen, Bonn ²1988 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung; 21) [1987], S. 327–342.
- Meyer, Thomas, *„Endlich eine Tat, eine befreiende Tat...“*. Alfred von Kiderlen-Wächters „Panthersprung nach Agadir“ unter dem Druck der öffentlichen Meinung, Husum 1996 (Historische Studien; 448) [Diss. Düsseldorf].
- Michalka, Wolfgang, *Stresemann im Lichte seiner gegenwärtigen Biographien: Stresemann aus deutscher Sicht*, In: *Politiker und Bürger. Gustav Stresemann und seine Zeit*, hrsg. von Karl Heinrich Pohl, Göttingen 2002, S. 267–289.
- Mieck, Ilja, *Das Preußenbild der Franzosen zwischen 1815 und 1870*, In: *Médiations/ Vermittlungen. Aspects des relations franco-allemandes du XVII^e siècle à nos jours*, hrsg. von Michel Grunewald und Jochen Schlobach, 2 Bde., Bern u.a. 1992 (Contacts, Série II – Gallo-Germanica; 7), S. 281–301.
- , *Der Einfluß der „Orientalischen Frage“ auf die französisch-preußischen Beziehungen im 19.*

- Jahrhundert, In: *Les tiers dans le relations franco-allemandes*, im Auftrag des Deutsch-Französischen Historikerkomitees hrsg. von Christian Baechler und Klaus-Jürgen Müller, München 1996, S. 139-153.
- Milza, Pierre, „L'année terrible.“ *La guerre franco-prussienne (septembre 1870 - mars 1871)*, Paris 2009.
- Miquel, Pierre, *La bataille de la Marne*, Paris 2003.
- , Versailles im politischen Meinungsstreit Frankreichs 1919–1926, In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 20 (1972) 1, S. 1–15.
- Möller, Horst, *Europa zwischen den Weltkriegen*, München 1998 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte; 21).
- Molthagen, Dietmar, *Das Ende der Bürgerlichkeit? Liverpools und Hamburger Bürgerfamilien im Ersten Weltkrieg*, Göttingen 2007 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte; 42) [Diss. Hamburg 2004].
- Moltmann, Günter, Ansätze zur totalen Kriegsführung im amerikanischen Bürgerkrieg (1861-65) und im deutsch-französischen Krieg (1870/71), In: *Politischer Wandel, organisierte Gewalt und nationale Sicherheit. Beiträge zur neueren Geschichte Deutschlands und Frankreichs. Festschrift für Klaus-Jürgen Müller, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes* hrsg. von Ernst Willi Hansen, Gerhard Schreiber und Bernd Wegner, München 1995 (Beiträge zur Militärgeschichte; 50), S. 29-45.
- Mombauer, Annika, *German War Plans*, In: *War Planning 1914*, hrsg. von Richard F. Hamilton und Holger H. Herwig, Cambridge u.a. 2010, S. 48–78.
- Mommsen, Hans, Die politischen Folgen der Ruhrbesetzung, In: *Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923*, hrsg. von Gerd Krumeich und Joachim Schröder, Essen 2004 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens; 69), S. 305–312.
- Mommsen, Wolfgang J., Der Topos vom unvermeidlichen Krieg. Außenpolitik und öffentliche Meinung im Deutschen Reich im letzten Jahrzehnt vor 1914, In: *Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890-1914. Beiträge zur historischen Friedensforschung*, hrsg. von Jost Dülffer und Karl Holl, Göttingen 1986, S. 194-224.
- , Der Vertrag von Versailles. Eine Bilanz, In: *Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung*, hrsg. von Gerd Krumeich in Zusammenarbeit mit Silke Fehlmann, Essen 2001 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte; N.F., 14), S. 351–360.
- , Die deutschen kulturellen Eliten im Ersten Weltkrieg, In: *Kultur und Krieg. Die Rolle der Intellektuellen, Künstler und Schriftsteller im Ersten Weltkrieg*, hrsg. von Wolfgang J. Mommsen unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner, München 1996 (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien; 34), S. 1–16.
- , Die Regierung Bethmann Hollweg und die öffentliche Meinung 1914–1917, In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 17 (1969) 2, S. 117–159.
- , *Die Urkatastrophe Deutschlands. Der Erste Weltkrieg 1914-1918*, Stuttgart 2002 (Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte; 17).
- Morsey, Rudolf, *Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923*, Düsseldorf 1966 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; 32) [Habil. Bonn 1965].
- Mühleisen, Horst, *Kurt Freiherr von Lersner. Diplomat im Umbruch der Zeiten 1918–1920. Eine Biographie*, Göttingen – Zürich 1984 [Diss. Köln 1981].
- Mühlhausen, Walter, Die Sozialdemokratie am Scheideweg – Burgfrieden, Parteikrise und Spaltung im Ersten Weltkrieg, In: *Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse*, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Wolfgang Michalka, Weyarn 1997 [¹1994], S. 649–671.
- , Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn ²2007 [¹2006].
- Muller, Dominique et. al., Are People More Aggressive When They Are Worse Off or Better Off than Others?, In: *Social Psychological and Personality Science* 3 (2012) 6, S. 754–759.
- Müller, Sven Oliver, *Die Nation als Waffe und Vorstellung. Nationalismus in Deutschland und*

- Großbritannien im Ersten Weltkrieg, Göttingen 2002 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 158) [Diss. Bielefeld 2001].
- Naimark, Norman M., Flammender Hass. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert, München 2004 [engl. 2001].
- Neitzel, Sönke, Weltkrieg und Revolution 1914–1918/9, Berlin 2008 (Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert; 3).
- Nelson, Keith L., Victors Divided: America and the Allies in Germany 1918–1923, Berkeley u.a. 1975.
- Néré, Jacques, The Foreign Policy of France from 1914 to 1945, London u.a. 2002 [1975] (Foreign Policies of the Great Powers; 7).
- Niedhart, Gottfried, Der Erste Weltkrieg. Von der Gewalt im Krieg zu den Konflikten im Frieden, In: Wie Kriege enden. Wege zum Frieden von der Antike bis zur Gegenwart, hrsg. von Bernd Wegner in Verbindung mit Ernst Willi Hansen, Kerstin Rehwinkel und Matthias Reiß, Paderborn u.a. 2002 (Krieg in der Geschichte; 14), S. 187–211.
- , Deutsche Geschichte 1918–1933. Politik in der Weimarer Republik und der Sieg der Rechten, Stuttgart – Berlin – Köln 1994.
- , Die Außenpolitik der Weimarer Republik, München 1999 (Enzyklopädie deutscher Geschichte; 53).
- , Internationale Beziehungen 1917–1947, Paderborn u.a. 1989 (UTB; 1552).
- , Multipolares Gleichgewicht und weltwirtschaftliche Verflechtung: Deutschland in der britischen Appeasement-Politik 1919–1933, In: Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas, hrsg. von Michael Stürmer, Königstein im Taunus 1980 (Neue wissenschaftliche Bibliothek: Geschichte; 112), S. 113–130.
- Nipperdey, Thomas, 1933 und die Kontinuität der deutschen Geschichte, In: Ders., Nachdenken über die deutsche Geschichte. Essays, München 1986, S. 186–205 [zuerst 1978].
- , Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1983.
- , Deutsche Geschichte 1866–1918, 2 Bde., München 1990–1992.
- Nolan, Michael E., The Inverted Mirror. Mythologizing the Enemy in France and Germany 1898–1914, New York – Oxford 2005.
- Nolte, Ernst, Die Weimarer Republik. Demokratie zwischen Lenin und Hitler, Stuttgart 2006.
- , Weltbürgerkrieg 1917–1989?, In: Ders., Lehrstück oder Tragödie? Beiträge zur Interpretation des 20. Jahrhunderts, Köln – Weimar – Wien 1991, S. 117–136.
- Oncken, Emily, Panthersprung nach Agadir. Die deutsche Politik während der zweiten Marokkokrise 1911, Düsseldorf 1981 [Diss. Köln 1980].
- O’Riordan, Elspeth Y., Britain and the Ruhr Crisis, Basingstoke – New York 2001.
- , British Policy and the Ruhr Crisis 1922–24, In: Diplomacy and Statecraft 15 (2004) 2, S. 221–251.
- Osterhammel, Jürgen, Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München 2011 [12009].
- Pascal, Jérôme, Germanies Liebe zu Deutschland, In: Dokumente/Documents 4/2010, S. 81–84.
- Pawley, Margaret, The Watch on the Rhine. The Military Occupation of the Rhineland 1918–1930, London und New York 2007
- Peukert, Detlev J.K., Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt am Main 1987 (Edition Suhrkamp; 1282).
- , Max Webers Diagnose der Moderne, Göttingen 1989 (Kleine Vandenhoeck-Reihe; 1548).
- Pflanze, Otto, Bismarck, 2 Bde., München 1997–1998 [engl. 1963–1990].
- Philippi, Hans, Das deutsche diplomatische Korps 1871–1914, In: Das Diplomatische Korps 1871–1945, hrsg. von Klaus Schwabe, Boppard am Rhein 1985 (Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit; 16), S. 41–80.
- Plumpe, Werner, Eine wirtschaftliche Weltmacht? Die ökonomische Entwicklung Deutschlands von 1870 bis 1914, In: Das Deutsche Kaiserreich 1890–1914, hrsg. von Bernd Heidenreich und Sönke Neitzel, Paderborn u.a. 2011, S. 39–60.

- Poidevin, Raymond, Die unruhige Großmacht. Deutschland und die Welt im 20. Jahrhundert, Freiburg – Würzburg 1985 [frz. 1983].
- , La peur de la concurrence allemande en France, avant 1914, In: 1914, les psychoses de guerre?, hrsg. von Johannes Vandenrath, Rouen 1985 (Publications de l'Université de Rouen; 82), S. 77–84.
- , Le face-à-face entre la France et l'Allemagne vers 1900, In: Das deutsche Problem in der neueren Geschichte, hrsg. von Karl Otmar Freiherr von Aretin, Jacques Bariéty und Horst Möller, München 1997 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte; Sondernummer), S. 47–56.
- , Les Relations économiques et financières entre la France et l'Allemagne de 1898 à 1914, Paris 1969 [Diss.].
- und Jacques Bariéty, Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815–1975, München 1982 [frz. 1977].
- Prost, Antoine und Jay Winter, Penser la Grande Guerre. Un essai d'historiographie, Paris 2004.
- Pyta, Wolfram, Die Weimarer Republik, Berlin 2004.
- und Carsten Kretschmann (Hrsg.), Burgfrieden und Union sacrée. Literarische Deutungen und politische Ordnungsvorstellungen in Deutschland und Frankreich 1914–1933, München 2011 (HZ, Beihefte N.F.; 54).
- Radewahn, Wilfried, Europäische Fragen und Konfliktzonen im Kalkül der französischen Außenpolitik vor dem Krieg von 1870, In: Europa vor dem Krieg von 1870. Mächtekonstellation – Konfliktfelder – Kriegsausbruch, hrsg. von Eberhard Kolb unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner, München 1987 (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien; 10), S. 33–63.
- Raithel, Thomas, „Augusterlebnisse“ 1914 in Deutschland und Frankreich, In: Das ‚lange‘ 19. Jahrhundert. Alte Fragen und neue Perspektiven, hrsg. von Nils Freytag und Dominik Petzold, München 2007 (Münchener Kontaktstudium Geschichte; 10), S. 245–260.
- , Das schwierige Spiel des Parlamentarismus. Deutscher Reichstag und französische Chambre des Députés in den Inflationen der 1920er Jahre, München 2005 [Habil. 2002].
- Rak, Christian, Krieg, Nation und Konfession. Die Erfahrung des deutsch-französischen Krieges 1870/71, Paderborn u.a. 2004 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Forschungen; 97) [Diss. Tübingen 2001/02].
- Raulet, Gérard (Hrsg.), Weimar ou l'explosion de la modernité, Paris 1984.
- Redlhammer, Hans H., Stresemann, Briand, Chamberlain. Seite an Seite als Kämpfer für den Frieden Europas, In: Gustav Stresemann. Festschrift zur Wiedererrichtung des Stresemann-Ehrenmals in Mainz, bearb. von Joseph Scheidel, Mainz 1960, S. 55–71.
- Reimann, Aribert, Der Erste Weltkrieg – Urkatastrophe oder Katalysator?, In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 29–30 (2004), S. 30–38.
- Rémond, René, Notre siècle de 1918 à 1991, Paris 1991 [1988] (Histoire de France; 6).
- Renouvin, Pierre, Die öffentliche Meinung in Frankreich während des Krieges 1914–1918, In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 18 (1970) 3, S. 239–273.
- , Les buts de guerre du gouvernement français, 1914–1918, In: Revue historique 235 (1966), S. 1–38.
- Röder, Andreas, Revisionismus und Verständigung. Gustav Stresemann und die deutsche Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Vortrag anlässlich des 80. Jahrestages der Verleihung des Friedensnobelpreises an Stresemann, Briand und Chamberlain im AA am 29.06.2007, <http://www.stresemann-gesellschaft.de/downloads/andreasroedder.pdf> (21.03.2008).
- , Zwischen Besatzung und Besetzung: Möglichkeiten und Grenzen deutsch-französischer Verständigung zwischen den Weltkriegen, In: Frankreich am Rhein – vom Mittelalter bis heute, hrsg. von Franz J. Felten, Stuttgart 2009 (Mainzer Vorträge; 13), S. 199–216.
- Rohrkämper, Thomas, August 1914 – Kriegsmentalität und ihre Voraussetzungen, In: Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Wolfgang Michalka, Weyarn 1997 [1994], S. 759–777.

- Röhl, John C.G., Vorsätzlicher Krieg? Die Ziele der deutschen Politik im Juli 1914, In: Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Wolfgang Michalka, Weyarn 1997 [¹1994], S. 193–215.
- , Wilhelm II., 3 Bde., München 1993-2008.
- Roshwald, Aviel und Richard Stites (Hrsg.), European cultures in the Great War. The arts, entertainment and propaganda 1914-1918, Cambridge 2002 [¹1999] (Studies in the Social and Cultural History of Modern Warfare; 6).
- Ruge, Wolfgang, Stresemann – Ein Leitbild?, In: Gustav Stresemann, hrsg. von Wolfgang Michalka und Marschall M. Lee, Darmstadt 1982 (Wege der Forschung; 539), S. 72–97 [zuerst 1969].
- Rupieper, Hermann J., The Cuno Government and Reparations 1922-1923, Den Haag – Boston – London 1979 (Studies in Contemporary History; 1).
- Rürup, Reinhard, Deutschland im 19. Jahrhundert, 1815-1871, Göttingen ²1992 [¹1990] (Deutsche Geschichte; 8).
- Salewski, Michael, Das Weimarer Revisionssyndrom, In: Aus Politik und Zeitgeschichte B2/30 (1980), S. 14–25.
- , Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919–1927, München 1966 (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik e.V. Bonn; 24) [Diss. Bonn].
- , Versailles 1919: Der fast gelungene Frieden. Ein Essay, In: Internationale Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Winfried Baumgart zum 65. Geburtstag, hrsg. von Wolfgang Elz und Sönke Neitzel, Paderborn u.a. 2003, S. 187–203.
- Scheidemann, Christiane, Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau (1869–1928). Eine politische Biographie, Frankfurt am Main – Berlin – Bern 1998 (Europäische Hochschulschriften, Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften; 788) [Diss. Freiburg Wintersemester 1995/1996].
- Schivelbusch, Wolfgang, Die Kultur der Niederlage. Der amerikanische Süden 1865 – Frankreich 1871 – Deutschland 1918, Berlin 2001.
- Schlott, Wolfgang, „Der Deutsche“ von Jacques Rivière. Eine Analyse deutschen Denkens und Handelns unter der existentiellen Erfahrung des Ersten Weltkriegs, In: Krieg beginnt in den Köpfen. Literatur und politisches Bewusstsein, hrsg. von Carl-Heinrich Bösling u.a., Göttingen 2011 (Erich Maria Remarque Jahrbuch; 21), S. 19–31.
- Schmale, Wolfgang, Geschichte Frankreichs, Stuttgart 2000 (UTB; 2145).
- Schmidt, Gustav, Der europäische Imperialismus, München – Wien 1989 [¹1985].
- , Der gescheiterte Frieden. Die Ursachen des Zusammenbruchs des Versailler Systems, In: Frankreich – Europa – Weltpolitik. Festschrift für Gilbert Ziebura zum 65. Geburtstag, hrsg. von Hartmut Elsenhans u.a., Opladen 1989, S. 174–196.
- Schmidt, Stefan, Frankreichs Außenpolitik in der Julikrise 1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs, München 2009 (Pariser Historische Studien; 90) [Diss. Bonn 2005/2006].
- Schöllgen, Gregor und Friedrich Kießling, Das Zeitalter des Imperialismus, München ⁵2009 [¹1986] (Oldenbourg Grundriss der Geschichte; 15).
- Schöllgen, Gregor, Der Wille zur Weltmacht. Die deutsche „Weltpolitik“ und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs, In: Ders., Stationen deutscher Außenpolitik. Von Friedrich dem Großen bis zur Gegenwart, München 1992, S. 51–66.
- Schroda, Julia, Nationaler Anspruch und regionale Identität im Reichsland Elsass-Lothringen im Spiegel des französischsprachigen Elsassromans (1871–1914), Bern 2008 [Diss. Freiburg].
- Schröder, Hans-Jürgen, Demokratie und Hegemonie. Woodrow Wilsons Konzept einer Neuen Weltordnung, In: Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Wolfgang Michalka, Weyarn 1997 [¹1994], S. 159–177.
- Schuker, Stephen A., Frankreich und die Weimarer Republik, In: Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas, hrsg. von Michael Stürmer, Königstein im Taunus 1980 (Neue wissenschaftliche

- Bibliothek: Geschichte; 112), S. 93–112.
- , The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes Plan, Chapel Hill 1976 [Diss. Harvard].
- , The Rhineland Question: West European Security at the Paris Peace Conference in 1919, In: The Treaty of Versailles. A Reassessment after 75 Years, hrsg. von Manfred F. Boemeke, Gerald D. Feldman und Elisabeth Glaser, Cambridge 1998, S. 275–312.
- Schulin, Ernst, Die Urkatastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts, In: Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Wolfgang Michalka, Weyarn 1997 [¹1994], S. 3–27.
- Schulze, Hagen, Versailles, In: Deutsche Erinnerungsorte, 3 Bde., hrsg. von Etienne François und Hagen Schulze, München ⁴2002 [¹2001], Bd. 1, S. 407–421.
- , Weimar. Deutschland 1917–1933, Berlin ²1982 (Die Deutschen und ihre Nation; 4).
- Schumann, Dirk, Politische Gewalt in der Weimarer Republik. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001 (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe A: Darstellungen; 17) [Habil. Bielefeld 1998].
- Schwaabe, Christian, Die deutsche Modernitätskrise. Politische Kultur und Mentalität von der Reichsgründung bis zur Wiedervereinigung, München 2005 [Habil. München 2004].
- Schwabe, Klaus, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19, Düsseldorf 1971 [Habil. Freiburg 1969].
- , Germany's Peace Aims and the Domestic and International Constraints, In: The Treaty of Versailles. A Reassessment after 75 Years, hrsg. von Manfred F. Boemeke, Gerald D. Feldman und Elisabeth Glaser, Cambridge 1998, S. 37–67.
- , Großbritannien und die Ruhrkrise, In: Ders. (Hrsg.), Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Paderborn 1985 (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart), S. 54–87.
- Schwarz, Hans-Peter, Fragen an das 20. Jahrhundert, In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 48 (2000) 1, S. 1–36.
- Schwengler, Walter, Völkerrecht, Versailler Vertrag und Auslieferungsfrage. Die Strafverfolgung wegen Kriegsverbrechen als Problem des Friedensschlusses 1919/20, Stuttgart 1982 (Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte; 24) [Diss. Kiel 1980].
- Sedlmaier, Alexander, Deutschlandbilder und Deutschlandpolitik. Studien zur Wilson-Administration (1913–1921), Stuttgart 2003 (Historische Mitteilungen, Beihefte; 51).
- Seibt, Gustav, 2000. Endliche Welt, kein Ende der Geschichte, In: Das Jahrtausend im Spiegel der Jahrhundertwenden, hrsg. von Lothar Gall, Berlin 1999, S. 379–418.
- Seipp, Adam R., Beyond the ‚Seminal Catastrophe‘: Re-imagining the First World War, In: Journal of Contemporary History 41 (2006) 4, S. 757–766.
- Sellin, Volker, France, the Vienna Settlement and the Balance of Power, In: „The Transformation of European Politics, 1763–1848“: Episode or Model in Modern History?, hrsg. von Peter Krüger und Paul W. Schroeder unter Mitarbeit von Katja Wüstenbecker, Münster 2002 (Forschungen zur Geschichte der Neuzeit. Marburger Beiträge; 5), S. 227–234.
- Serman, William, French Mobilization in 1870, In: On the Road to Total War. The American Civil War and the German Wars of Unification 1861–1871, hrsg. von Stig Förster und Jörg Nagler, Cambridge 1997, S. 283–294.
- Seyferth, Alexander, Die Heimatfront 1870/71. Wirtschaft und Gesellschaft im deutsch-französischen Krieg, Paderborn 2007 (Krieg in der Geschichte; 35) [Diss. Potsdam 2005].
- Sharp, Alan, Anglo-French Relations from Versailles to Locarno, 1919–1925. The Quest for Security, In: Anglo-French Relations in the Twentieth Century. Rivalry and Cooperation, hrsg. von Alan Sharp und Glyn Stone, London und New York 2000, S. 120–138.
- , Peacemaking after World War I, In: A Companion to Europe 1900–1945, hrsg. von Gordon Martel, Chichester 2011, S. 261–276.
- , The Enforcement of the Treaty of Versailles, 1919–1923, In: Diplomacy & Statecraft 16

- (2005) 3, S. 423–438.
- , *The Versailles Settlement. Peacemaking After the First World War 1919–1923*, Basingstoke 2008 [¹1991].
- Sharp, Paul, Who needs diplomats? The problem of diplomatic representation, In: *International Journal* 52 (1997) 4, S. 609–634.
- Sheehan, James, *Kontinent der Gewalt. Europas langer Weg zum Frieden*, München 2008 [engl. 2008].
- Shuster, Richard J., *German Disarmament After World War I. The Diplomacy of International Arms Inspection 1920–1931*, London 2006 (Cass Series: Strategy and History; 14).
- Siemann, Wolfram, *Gesellschaft im Aufbruch. Deutschland 1849–1871*, Frankfurt am Main 1990 (Neue Historische Bibliothek; 1537).
- Smets, Joseph, *Le Rhin, frontière naturelle de la France*, In: *Annales historiques de la Révolution française* 314 (1998), S. 657–698.
- Smith, Helmut Walser, *Jenseits der Sonderweg-Debatte*, In: *Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse*, hrsg. von Sven Oliver Müller und Cornelius Torp, Göttingen 2009, S. 31–50.
- Snyder, Timothy, *Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin*, München 2011 [engl. 2010].
- Sonthheimer, Kurt, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus 1918–1933*, München 1978 [¹1962].
- Soutou, Georges-Henri, 1918: la fin de la Première Guerre Mondiale?, In: *Revue historique des armées* 251 (2008), S. 4–17.
- , *Der Einfluß der Schwerindustrie auf die Gestaltung der Frankreichpolitik Deutschlands 1919–1921*, In: *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, hrsg. von Hans Mommsen, Dietmar Petzina und Bernd Weisbrod, 2 Bde., Düsseldorf 1977 [¹1974], Bd. 2, S. 543–552.
- , *Die deutschen Reparationen und das Seydoux-Projekt 1920/21*, In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 23 (1975) 3, S. 237–270.
- , *Die Kriegsziele des Deutschen Reiches, Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten während des Ersten Weltkrieges: ein Vergleich*, In: *Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse*, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Wolfgang Michalka, Weyarn 1997 [¹1994], S. 28–53.
- , *La France et les Marches de l’Est 1914–1919*, In: *Revue historique* 260 (1978), S. 341–388.
- , *L’Allemagne et la France en 1919*, In: *La France et l’Allemagne entre les deux guerres mondiales*, hrsg. von Jacques Bariéty, Alfred Guth und Jean-Marie Valentin, Nancy 1987, S. 9–30.
- , *Le concert européen, de Vienne à Locarno*, In: *L’ordre européen du XVIe au XXe siècle. Actes du colloque de l’Institut des Recherches sur les Civilisations de l’Occident Moderne*, hrsg. von Jean Bérenger und Georges-Henri Soutou, Paris 1998, S. 117–136.
- , *Problèmes concernant le rétablissement des relations économiques franco-allemandes après la Première Guerre Mondiale*, In: *Francia* 2 (1974), S. 580–596.
- Steinkamp, Volker, *Die Europa-Debatte deutscher und französischer Intellektueller nach dem Ersten Weltkrieg*, Bonn 1999 (Zentrum für Europäische Integrationsforschung Discussion Paper; C 49).
- Steinmeyer, Gitta, *Die Grundlagen der französischen Deutschlandpolitik 1917–1919*, Stuttgart 1979 (Geschichte und Theorie der Politik, Unterreihe A: Geschichte; 3) [Diss. FU Berlin 1976].
- Stevenson, David, *Armaments and the Coming of War. Europe 1904–1914*, Oxford 2002 [¹1996].
- , *France and the German Question in the Era of the First World War*, In: *Deutschland und Frankreich. Vom Konflikt zur Aussöhnung. Die Gestaltung der westeuropäischen Sicherheit 1914–1963*, hrsg. von Stephen A. Schuker unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner, München 2000 (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien; 46), S. 1–18.
- , *France at the Paris Peace Conference. Addressing the Dilemmas of Security*, In: *French Foreign and Defence Policy 1918–1940. The Decline and Fall of a Great Power*, hrsg. von Robert

- Boyce, London und New York 1998, S. 10–29.
- , Was a Peaceful Outcome Thinkable? The European Land Armaments Race before 1914, In: *An Improbable War? The Outbreak of World War I and European Political Culture before 1914*, hrsg. von Holger Afflerbach und David Stevenson, New York und Oxford 2007, S. 227–260.
- Stöber, Gunda, *Pressepolitik als Notwendigkeit. Zum Verhältnis von Staat und Öffentlichkeit im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914*, Stuttgart 2000 (Historische Mitteilungen, Beihefte; 38) [Diss. FU Berlin 1998].
- Strachan, Hew, *From Cabinet War to Total War: The Perspective of Military Doctrine, 1861–1918*, In: *Great War, Total War. Combat and Mobilization on the Western Front, 1914–1918*, hrsg. von Roger Chickering und Stig Förster, Cambridge 2000, S. 19–33.
- Stürmer, Michael, *Das ruhelose Reich. Deutschland 1866–1918*, Berlin ²1986 [¹1983] (Die Deutschen und ihre Nation; 3).
- , *Die Reichsgründung. Deutscher Nationalstaat und europäisches Gleichgewicht im Zeitalter Bismarcks*, München ²1986 [¹1984] (Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart; 4).
- Taithe, Bertrand, *Citizenship and Wars. France in Turmoil 1870–1871*, London 2001.
- Tenfelde, Klaus, 1914 bis 1990: Einheit der Epoche, In: *Was ist Gesellschaftsgeschichte? Positionen, Themen, Analysen, zum 60. Geburtstag von Hans-Ulrich Wehler* hrsg. von Manfred Hettling u.a., München 1991, S. 70–79.
- , Bürgerkrieg im Ruhrgebiet 1918 bis 1920, In: *Erster Weltkrieg, Bürgerkrieg und Ruhrbesetzung. Dortmund und das Ruhrgebiet 1914/18–1924. Mit Beiträgen von Margrit Schulte Beerbühl, Klaus Tenfelde und Gabriele Unverferth* hrsg. von Karl-Peter Ellerbrock, Dortmund 2010 (Gesellschaft für Westfälische Wirtschaftsgeschichte e.V., Kleine Schriften; 33), S. 13–57.
- Thimme, Annelise, *Gustav Stresemann. Eine politische Biographie zur Geschichte der Weimarer Republik*, Hannover – Frankfurt am Main 1957.
- Thompson, William R. (Hrsg.), *Great Power Rivalries*, Columbia 1999.
- Thoß, Bruno, Die Zeit der Weltkriege – Epochen als Erfahrungseinheit?, In: *Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland*, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Bruno Thoß und Hans-Erich Volkmann, Paderborn u.a. 2002, S. 7–30.
- Todd, David, A French Imperial Meridian 1814–1870, In: *Past and Present* 210 (2011), S. 155–186.
- Tombs, Robert, *The Wars against Paris*, In: *On the Road to Total War. The American Civil War and the German Wars of Unification 1861–1871*, hrsg. von Stig Förster und Jörg Nagler, Cambridge 1997, S. 541–564.
- Trachtenberg, Marc, Poincaré's Deaf Ear: The Otto Wolff Affair and French Ruhr Policy, August–September 1923, In: *The Historical Journal* 24 (1981) 3, S. 699–707.
- , *Reparation in World Politics. France and European Economic Diplomacy, 1916–1923*, New York 1980.
- Traverso, Enzo, *Im Bann der Gewalt. Der europäische Bürgerkrieg 1914–1945*, München 2008 [frz. 2007].
- Ulbert, Jörg, *France and German Dualism 1756–1871*, In: *A History of Franco-German Relations in Europe. From „Hereditary Enemies“ to Partners*, hrsg. von Carine Germond und Henning Türk, New York 2008, S. 39–48.
- Ullrich, Sebastian, Mehr als Schall und Rauch. Der Streit um den Namen der ersten deutschen Demokratie 1918–1949, In: *Die „Krise“ der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters*, hrsg. von Moritz Föllmer und Rüdiger Graf, Frankfurt am Main u.a. 2005, S. 187–208.
- Ullrich, Volker, *Die nervöse Großmacht 1871–1918. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs*, Frankfurt am Main 2007 [¹1997].

- , Die Revolution von 1918/19, München 2009 (Beck'sche Reihe; 2454).
- Vaïsse, Maurice (Hrsg.), *Bâtir une nouvelle sécurité: La coopération militaire entre la France et les États d'Europe centrale et orientale de 1919 à 1929. Actes du colloque de décembre 1999*, Paris 2001.
- Veit-Brause, Irmeline, Die deutsch-französische Krise von 1840. Studien zur deutschen Einheitsbewegung, Diss. Köln 1967.
- Verhey, Jeffrey, *The Spirit of 1914. Militarism, Myth, and Mobilisation in Germany*, Cambridge 2000.
- Vogel, Jakob, Nationen im Gleichschritt. Der Kult der ‚Nation in Waffen‘ in Deutschland und Frankreich 1871–1914, Göttingen 1997 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 118) [Diss. FU Berlin 1995].
- Vogt, Martin, „Illusionen als Tugend und kühle Beurteilung als Laster“. Deutschlands „gute Gesellschaft“ im Ersten Weltkrieg, In: *Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes* hrsg. von Wolfgang Michalka, Weyarn 1997 [1994], S. 622–648.
- Waechter, Matthias, De Gaulles 30jähriger Krieg. Die Résistance und die Erinnerung an 1918, In: *Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918*, hrsg. von Jost Dülffer und Gerd Krumeich, Essen 2002 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte; N.F., 15), S. 51–60.
- , Versailles und der amerikanische Liberalismus, In: *Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung*, hrsg. von Gerd Krumeich in Zusammenarbeit mit Silke Fehlmann, Essen 2001 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte; N.F., 14), S. 105–112.
- Walkenhorst, Peter, Nation – Volk – Rasse. Radikaler Nationalismus im Deutschen Kaiserreich 1890–1914, Göttingen 2007 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; 176) [Diss. Bielefeld 2005/06].
- Wandycz, Piotr S., *France and Her Eastern Allies 1919–1925. French-Czechoslovak-Polish Relations from the Paris Peace Conference to Locarno*, Minneapolis 1962.
- Watson, David, *Père la Victoire or Perdre la Victoire: Clemenceau's Defence of the Peace Settlement*, In: *Peacemaking, Peacemakers and Diplomacy 1880–1939. Essays in Honour of Alan Sharp*, hrsg. von Gaynor Johnson, Newcastle upon Tyne 2010, S. 103–120.
- Wehler, Hans-Ulrich, *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918*, Göttingen 1988 [1973] (Deutsche Geschichte; 9).
- , *Der Nationalsozialismus. Bewegung, Führerschaft, Verbrechen*, München 2009.
- , *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, 5 Bde., München 1987–2008.
- , „Die Urkatastrophe“. Der Erste Weltkrieg als Auftakt und Vorbild für den Zweiten Weltkrieg, In: *Der Spiegel* vom 16.02.2004, S. 82–89.
- Weidenfeld, Werner, Stresemanns Englandpolitik im Spannungsfeld zwischen Kooperation und Konfrontation, In: *Gustav Stresemann*, hrsg. von Wolfgang Michalka und Marschall M. Lee, Darmstadt 1982 (Wege der Forschung; 539), S. 163–176 [zuerst 1972].
- Weill-Raynal, Étienne, *Les réparations allemandes et la France*, 3 Bde., Paris 1938–1947.
- Weipert, Matthias, „Mehrung der Volkskraft“. Die Debatte über Bevölkerung, Modernisierung und Nation 1890–1933, Paderborn u.a. 2006 [Diss. Siegen 2005].
- Weitz, Eric D., *Weimar Germany. Promise and Tragedy*, Princeton und Oxford 2007.
- Welch, David, *Germany, Propaganda and Total War, 1914–1918. The Sins of Omission*, New Brunswick 2000.
- Wengenroth, Ulrich, Partnerschaft oder Rivalität? Die Beziehungen zwischen der deutschen und der französischen Schwerindustrie vom späten 19. Jahrhundert bis zur Montanunion, In: *Frankreich und Deutschland. Forschung, Technologie und industrielle Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert*, hrsg. von Yves Cohen und Klaus Manfrass, München 1990, S. 321–330.
- Wenger, Klaus Rudolf, *Preußen in der öffentlichen Meinung Frankreichs 1815–1870. Politische Aspekte des französischen Preußenbildes. Ein Beitrag mit historischer Analyse nationaler Urteilsklischees*, Göttingen 1979 (Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft; 50) [Diss. 1976].

- Wetzel, David, *A Duel of Giants. Bismarck, Napoleon III, and the Origins of the Franco-Prussian War*, Madison u.a. 2001.
- Wiggenhorn, Harald, *Verliererjustiz. Die Leipziger Kriegsverbrecherprozesse nach dem Ersten Weltkrieg*, Baden-Baden 2005 (Studien zur Geschichte des Völkerrechts; 10) [Diss. HU Berlin 2002].
- Williamson, David G., *Great Britain and the Ruhr Crisis 1923–24*, In: *British Journal of International Studies* 3 (1977) 1, S. 70–91.
- , *The British in Germany 1918–1930. The Reluctant Occupiers*, New York u.a. 1991.
- Winkler, Heinrich August, *Der lange Weg nach Westen*, 2 Bde., München 2000.
- , *Ein Junker als Revolutionär. Zum 100. Todestag Otto von Bismarcks*, In: Ders., *Auf ewig in Hitlers Schatten? Über die Deutschen und ihre Geschichte*, München 2007, S. 25–32 [zuerst 1998].
- , *Geschichte des Westens*, 3 Bde., München 2009ff.
- Winter, Jay, Geoffrey Parker und Mary R. Habeck (Hrsg.), *Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert*, Hamburg 2002 [engl. 2000].
- Winzen, Peter, *Das Kaiserreich am Abgrund. Die Daily-Telegraph-Affäre und das Hale-Interview von 1908. Darstellung und Dokumentation*, Stuttgart 2002 (Historische Mittelungen, Beihefte; 43).
- , *Der Krieg in Bülow's Kalkül. Katastrophe der Diplomatie oder Chance zur Machtexpansion?*, In: *Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890–1914. Beiträge zur historischen Friedensforschung*, hrsg. von Jost Dülffer und Karl Holl, Göttingen 1986, S. 161–193.
- Wirsching, Andreas, *Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert*, München 2001 (Beck'sche Reihe; 2165).
- , *Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft*, München 2000 (Enzyklopädie deutscher Geschichte; 58).
- , *Vom „Lehrstück Weimar“ zum Lehrstück Holocaust?*, In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1–3/2012, S. 9–14.
- Wisotzky, Klaus, *Der „blutige Karsamstag“ 1923 bei Krupp*, In: *Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923*, hrsg. von Gerd Krumeich und Joachim Schröder, Essen 2004 (Düsseldorf Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens; 69), S. 265–287.
- Wittek, Thomas, *Auf ewig Feind? Das Deutschlandbild in den britischen Massenmedien nach dem Ersten Weltkrieg*, München 2005 [Diss. Augsburg 2003].
- Wittgens, Herman J., *War Guilt Propaganda Conducted by the German Foreign Ministry During the 1920s*, In: *Communications historiques* 15 (1980) 1, S. 228–247.
- Wolfrum, Edgar, *Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung*, Göttingen 2001 (Kleine Reihe V & R; 4028).
- Wright, Jonathan, *Die Maske: Stresemanns politische Persona*, In: *Politiker und Bürger. Gustav Stresemann und seine Zeit*, hrsg. von Karl Heinrich Pohl, Göttingen 2002, S. 41–63.
- , *Gustav Stresemann 1878–1929. Weimars größter Staatsmann*, München 2006 [engl. 2002].
- Zeidler, Manfred, *Reichswehr und Rote Armee 1920–1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit*, München 1993 (Beiträge zur Militärgeschichte; 36) [Diss. Frankfurt am Main 1990].
- Zeldin, Theodore, *France 1848–1945*, 2 Bde., Oxford 1973–1977 (Oxford History of Modern Europe).
- Ziegler, Dieter, *Das Zeitalter der Industrialisierung 1815–1914*, In: *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick*, hrsg. von Michael North, München 2005 [2000], S. 197–286.
- Ziemann, Benjamin, *Das „Fronterlebnis“ des Ersten Weltkrieges – eine sozialhistorische Zäsur? Deutungen und Wirkungen in Deutschland und Frankreich*, In: *Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik*, hrsg. von

- Hans Mommsen, Köln – Weimar – Wien 2000 (Industrielle Welt; 60), S. 43–82.
- , Germany after the First World War – A Violent Society? Results and Implications of Recent Research on Weimar Germany, In: Journal of Modern European History 1 (2003), S. 80–95.
- Zimmermann, Clemens, Politischer Journalismus, Öffentlichkeiten und Medien im 19. und 20. Jahrhundert, In: Politischer Journalismus, Öffentlichkeiten und Medien im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Clemens Zimmermann, Ostfildern 2006 (Schriften der Siebenpfeiffer-Stiftung; 8), S. 9–23.
- Zimmermann, Ludwig, Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, Göttingen – Berlin – Frankfurt 1958.
- , Frankreichs Ruhrpolitik von Versailles bis zum Dawesplan, hrsg. von Walther Peter Fuchs, Zürich – Göttingen 1971 [geschrieben vor Kriegsende 1945].